Johannes Öhquist

Das Reich des Führers

Ursprung und Kampf, Weltanschauung und Aufbau des Nationalsozialismus
geschildert von einem Ausländer

Die Schrift wird in der NS-Bibliographie geführt.

Berlin, den 5. November 1940

Der Vorsitzende der parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums

Vorwort

In einer Rede, beim Presseempfang in Genf zum 28. September 1933 sagte der Reichsminister Dr. Joseph Goebbels u. a. "Das Problem des Nationalsozialismus ist so neuartig und seine praktische Ausgestaltung in Deutschland selbst für die Welt so ohne Vorgang, dass es einer intensiven Beschäftigung mit ihm bedarf, um dafür Verständnis oder gar Wohlwollen aufbringen zu können. In ihm wird in der Tat ein einzigartiger und nie dagewesener Versuch gemacht, das Schicksal eines Landes mit anderen Methoden als den bisher üblichen zu formen."

Der Ausländer, der keine Gelegenheit gehabt hat, durch eigenen Augenschein sich davon zu überzeugen, in welcher Weise sich das Erlebnis der nationalsozialistischen Bewegung in den breitesten Schichten des deutschen Volkes widerspiegelt, muss sich davor hüten, ein vorschnelles Urteil über Wesen und Wert dieser Bewegung zu fällen. Besonders die intellektuellen Schichten im Auslande, die noch ganz in überlieferten politischen Anschauungen befangen sind, sollten, da sie Gerechtigkeit, Objektivität und Toleranz für sich als spezielle Tugenden in Anspruch nehmen, die Selbstbeherrschung und Geduld aufbringen, ein sachliches Studium einer Erscheinung zu widmen, die im Verlauf weniger Jahre ein ganzes Volk seelisch umgewandelt und wirtschaftlich zur Gesundung gebracht hat, und deren Ausstrahlungen weit über die Grenzen des eigenen Landes hinausdringen.

Ein solches sachliches Studium will dieses Buch vermitteln. Es verfolgt keine propagandistischen, oder polemischen Zwecke, sondern will in erster Linie ein unbefangener Tatsachenbericht sein. Die Wirklichkeit redet, eine so ehrliche und überzeugende Sprache, dass Rühmen oder Tadeln nur verwirrend wirken kann. Wo Urteile in die Darstellung mit eingeflochten sind, beschränken sie sich in der Hauptsache auf die Mitteilung persönlicher Erfahrungen von Ausländern. Meist sind sie zudem in die Anmerkungen verwiesen. Diese sollen nicht nur den Text von Einzelheiten entlasten und ihn lesbar machen, sondern vor allem ihrerseits dazu beitragen, das Buch zu einem zuverlässigen Nachschlagewerk zu gestalten.

Der Verfasser hat, als Ausländer, dem Nationalsozialismus ein jahrelanges Studium gewidmet. Mehr noch: ihm ist dank wiederholtem monatelangen Aufenthalts in Deutschland die nationalsozialistische Bewegung zu einem persönlichen Erlebnis geworden. Er hat den Nationalsozialismus erkennen gelernt als eine politischsoziale Erscheinung ausschließlich deutscher Art, die nicht auf außerdeutsche Länder nachahmend übertragen werden kann. Aber er hat zugleich erkannt, dass ihre Wirkungen nicht auf das deutsche Volk allein beschränkt bleiben können und auch nicht sollen. Denn es liegen in dieser Erscheinung Keime zu schon heute sichtbar werdenden Entwicklungen

materieller, geistiger und sozialer Art, deren Einfluss weit über die Grenzen des Mutterbodens hinausgreift.

Berlin, im September 1940.

Johannes Öhquist

Inhaltsverzeichnis

1 Wirkungen des Weltkrieges

1.1 Zusammenbruch

Der 18.Juli und der 8.August 1918 sind schwarze Tage für das deutsche Heer in Frankreich. Hunderte von feindlichen Tanks, in künstliche Nebel gehüllt, durchbrechen die deutsche Front. Durch schnelle und geschickte Rückzugsbewegungen gelingt es immer wieder, eine neue Verteidigungsstellung zu schaffen. Aber da trifft etwas Unerwartetes ein: Truppen, die zum Gegenstoß ansetzen, werden von anderen mit dem Rufe "Streikbrecher, Kriegsverlängerer!" empfangen. Trotzdem wird weiter gekämpft. Nicht um den Krieg zu verlängern, sondern um den Feind zu einem annehmbaren Frieden geneigt zu machen. Nach Hindenburgs Überzeugung ist dies möglich, wenn das deutsche Heer auf französischem Boden bleibt.

Das deutsche Heer geht inzwischen auf die gewaltige Verteidigungslinie zurück, von wo aus es im Mai und Juni 1918 den großen Vormarsch begonnen hatte, der in unwiderstehlichem Angriff wieder bis zur Marne gedrungen war. Aber nun sind die Amerikaner angekommen. Ende Juni stand schon eine Million von ihnen in Frankreich. Im Juli waren weitere 300 000 hinzugekommen. Im September setzt ein neuer furchtbarer Ansturm der feindlichen Kräfte gegen die deutschen Stellungen ein. Aber immer noch hält die Front.

Am 8. Januar 1918 hatte der Präsident der Vereinigten Staaten in einer Kongressbotschaft ein Friedensprogramm mit vierzehn Punkten aufgestellt.[1)] Am 29. September verlangte die Oberste deutsche Heeresleitung, dass auf Grund dieser vierzehn Punkte ein Waffenstillstands- und Friedensangebot an Wilson gemacht werde. In Berlin ist man aber mit ganz anderen Fragen beschäftigt. Im Reichstag liegen sich die Parteien in den Haaren. Die innerpolitischen Programme erscheinen ihnen viel wichtiger als alles, was an der Front geschieht. Am 2. Oktober telegraphiert die Oberste Heeresleitung, es käme auf 24 Stunden an, damit der Feind nicht Zeit finde, die Schwäche der deutschen Stellung zu erkennen, und fordert die Parteien auf, durch einmütiges und geschlossenes Auftreten einen Frieden zu ermöglichen, den Deutschland annehmen könne. Diese Mitteilung wird durch Verrat in entstellter Form dem Feinde hinterbracht. Endlich, am folgenden Tag ist es gelungen, aus Sozialdemokraten, Fortschrittspartei und Zentrum eine neue Regierung zu bilden. Sie bietet in einer Note Wilson Frieden an und schlägt sofortige Waffenstillstandsverhandlungen vor. Aber nun ist es zu spät. Die Alliierten wissen, wie es um Deutschland steht, und brechen zu einem neuen Angriff vor. In planmäßiger Ordnung geht das deutsche Heer auf die llermann-Hunding-Brunhildstellung zurück. Der Angriffswille des Feindes erlahmt. Zähneknirschend sieht er, dass das deutsche Heer noch immer nicht besiegt ist.

In Deutschland selber aber greift die Revolution um sich. Auf der Reichskonferenz des Spartakusbundes in Gotha am 7. Oktober wird beschlossen, überall Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden. Die Kommunisten unterstützen mit Geld und Flugblättern den Umsturz. Auf Verlangen der Sozialdemokraten wird Karl Liebknecht aus dem Zuchthaus entlassen, und am 20. Oktober schreibt der sozialdemokratische "Vorwärts": "Deutschland soll - das ist unser fester Wille - seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben." Wilson und die deutsche Sozialdemokratie fordern die Absetzung des Kaisers und die Abschaffung der Monarchie.

Inzwischen fallen die Verbündeten von Deutschland ab und schließen Sonderfrieden mit der Entente. Ende Oktober beginnt ein neuer Generalangriff der Feinde gegen die deutsche Stellung. Das deutsche Heer geht in voller Geschlossenheit auf die Antwerpen-Maas-Stellung zurück. In der Heimat ist die Revolution in vollem Gange. Ihre erste Tat gegen das eigene Heer ist, der kämpfenden Front die Zufuhr von Munition und Lebensmitteln abzuschneiden. Anfang November setzen alle Kriegsschiffe rote Fahnen. In Bayern proklamiert Kurt Eisner die Republik. Am 5. November teilen die Alliierten mit, sie würden eine Abordnung empfangen, um ihr die Waffenstillstandsbedingungen zu übergeben. Am 9. November übernimmt Fritz Ebert, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, die Regierung. Einige Tage vorher hat er Erzberger in den Wald von Compiègne geschickt, um die Bedingungen in Empfang zu nehmen.

An demselben Tage frühmorgens verlässt Kaiser Wilhelm das Große Hauptquartier und begibt sich nach Holland. Einen Tag darauf dankt Kaiser Karl ab. Ein paar Wochen später folgt Kaiser Wilhelm seinem Beispiel.

Über die Waffenstillstandsbedingungen darf nicht verhandelt werden, sie sind ohne Wimperzucken anzunehmen. Sie lauten: Räumung von Nordfrankreich, Belgien und Elsass-Lothringen in 15 Tagen. Räumung des Rheinlandes in weiteren 16 Tagen. Die alliierten Truppen besetzen das links-rheinische Deutschland und in einem Umfang von 30 km Durchmesser die Brückenköpfe bei Köln, Koblenz und Mainz. Östlich des Rheins ist weiter eine 10 km breite Zone von allen deutschen Truppen zu räumen. Im Osten sind alle deutschen Truppen hinter die Grenze von 1914 zurückzuziehen. Abzuliefern sind: 5000 Geschütze, 25.000 Maschinengewehre, 3.000 Minenwerfer, 1.700 Flugzeuge, 5.000 Lokomotiven, 150.000 Eisenbahnwagen, 5.000 Lastkraftwagen. Sämtliche U-Boote sind auszuliefern, 6 Panzerkreuzer, 10 Linienschiffe, 8 kleine Kreuzer, 50 Torpedoboote neuesten Typs müssen in alliierten Häfen interniert werden. Die deutschen Kriegsgefangenen verbleiben bis zum Abschluss der Friedensverhandlungen in Gefangenschaft. Die Blockade gegen Deutschland bleibt bestehen.

Erzberger unterschreibt.

Als das deutsche Heer unter umsichtiger Führung Hindenburgs die Rückkehr in die Heimat antritt, findet es hier Zustände vor, die jeglicher Beschreibung spotten. Das Land ist von Nahrungsmitteln entblößt, die Bevölkerung durch Hunger entkräftet, die Jugend vor allem von einer gegnerischen Hetze vergiftet, Pöbelhaufen reißen den Soldaten die schwarz-weiß-roten Kokarden, den Offizieren die Achselstücke ab. Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Spartakusbund unter Führung von Liebknecht, Rosa Luxemburg, Radek, die eine Diktatur des Proletariats und einen von Kommunisten regierten Staat propagieren, beherrschen die Massen. Nur einzelne kleine Teile der Frontarmee halten noch zusammen. Die Regierung, die noch vor wenigen Tagen sie verraten hatte, muss sie jetzt um Hilfe gegen den völligen Umsturz bitten. Der Bürgerkrieg steht vor der Tür.

1.2 Versailles

Der Waffenstillstand war von der Entente so kurz bemessen worden, dass Deutschland Mitte Januar 1919 um eine Verlängerung ersuchen musste. Sie wurde nur gegen Ablieferung von 53.000 landwirtschaftlichen Maschinen bewilligt.

Am 19. Januar fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Die 421 Sitze teilten sechs Parteien unter sich, die drei mächtigsten, die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Demokraten, bildeten die entscheidende Mehrheit und nannten sich, als die Volksvertretung im Nationaltheater zu Weimar zusammentrat, die "Weimarer Koalition". Einige Tage darauf wählte die Nationalversammlung Fritz Ebert zum Präsidenten der Deutschen Republik.

Gleich im Anfang traten einige peinliche Fragen an die Regierung und an die Volksvertretung heran. Es kam eine Abordnung der Elsass-Lothringer nach Weimar, um in einer Vollsitzung der Nationalversammlung für das Selbstbestimmungsrecht Elsass-Lothringens zu sprechen (Wilsons 14 Punkte!). Die Abordnung wurde nicht einmal empfangen, denn "man fürchtete, mit einem Empfang die Gefühle Frankreichs zu verletzen". In Österreich hatte die provisorische österreichische Nationalversammlung schon im November 1918 unter jubelnder Zustimmung des Volkes folgenden Beschluss gefasst: "Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik." Daraufhin gab man dem Artikel 61 der Weimarer Verfassung den Wortlaut: "Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluss an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl." Am 12. März 1919 wiederholte die konstituierende Nationalversammlung Deutsch-Österreichs ihren Beschluss vom November indem sie dem Artikel 1 der österreichischen Verfassung den Wortlaut gab: "Deutsch-Österreich ist ein

Bestandteil des Deutschen Reiches." Nun aber wagte die Weimarer Nationalversammlung nicht mehr, jenen Artikel 61 zu verwirklichen. Die Deutsch-Österreicher wurden nicht einmal zur Teilnahme an der Deutschen Nationalversammlung aufgefordert. Die Erklärung hierfür gab später der Artikel 80 des Versailler Friedensvertrages und der Artikel 88 des Diktats von St. Germain,[2)] laut welchen Österreich ein unabhängiger Staat sein und Deutschland anerkennen soll, dass diese Unabhängigkeit unabänderlich ist. Auf Befehl der Entente musste Deutschland den Artikel 61 und Österreich den Artikel 1 aus seiner Verfassung streichen. Der amerikanische Staatssekretär des Äußeren Lansing schreibt in seinen Memoiren: Jene klarere Verleugnung des angeblichen Selbstbestimmungsrechtes ist kaum zu denken als dieses Verbot des vom fast einmütigen Wunsche des deutsch-österreichischen Volkes getragenen Anschlusses an Deutschland."[3)] Dass übrigens die Verfasser des Versailler Diktats selber kein ganz reines Gewissen bei der Abfassung des Artikels 80 hatten, beweisen die Worte, mit denen dieser Artikel schließt: " ... es sei denn, dass der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt." Das Volk Österreichs hat diese Zustimmung nicht abgewartet, sondern aus eigenem Entschluss am 12.März 1938 den Anschluss vollzogen.

Während des Frühjahrs und des Sommers 1919 herrschten in Deutschland Zustände, die die Ausbreitung eines Bürger-Krieges im ganzen Reich befürchten ließen. In Berlin war der Spartakisten-Aufstand freilich im Januar niedergeworfen, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erschossen worden, aber in den meisten großen Städten flammten immer wieder neue Aufstände auf. Plünderungen, Überfälle, Ermordungen gehörten zur Tagesordnung. Die Gegner Deutschlands nahmen auf alle dies keine Rücksicht. Im Gegenteil. Im Februar - noch ehe der Waffenstillstand abgelaufen - musste die ganze deutsche Handelsflotte an die Sieger abgeliefert werden. Als ein paar Wochen darauf der Waffenstillstand zum letzten Mal verlängert wurde, bewilligte die Entente dies nur unter der Bedingung, dass Deutschland gegen die in das Reich eingedrungenen polnischen Freischärler keinen Widerstand leistete. In München regierte der unabhängige Sozialdemokrat Kurt Eisner, dessen jüdischer Name Kosmanowsky war. Als er am 21. Februar 1919 erschossen wurde, errichteten die Spartakisten unter Beihilfe der Sozialdemokraten am 7. April eine Räterepublik und hausten mit Mord und Plünderung unter der Bevölkerung, bis das Freikorps EPP in tagelangem Kampf dem roten Terror ein Ende bereitete.

Während einzelne vaterländisch gesinnte Gruppen von Frontsoldaten unter der Führung junger Offiziere die überall ausbrechenden politischen Brandherde zu löschen versuchten, begab sich die deutsche Friedensdelegation unter Führung des Grafen Brockdorff-Rantzau nach Paris und überreichte dort einen 443 Seiten umfassenden Gegenvorschlag, der die äußersten Grenzen angab, bis zu denen Deutschland zu gehen sich imstande sah. Die Entente nahm von diesem Vorschlag kaum Notiz. Sie wünschte überhaupt nicht zu verhandeln. Sie

diktierte nur, und Deutschland hatte sich zu unterwerfen. Das einzige, wozu die Entente sich verstand, war eine Volksabstimmung in Oberschlesien.

Als endlich im Mai der Friedensvertrag übergeben und sein Inhalt bekannt wurde, brach in Deutschland eine ungeheure Erregung aus.[4)] Das Volk verlangte Ablehnung. In der Aula der Berliner Universität fand eine große Kundgebung der Nationalversammlung gegen Versailles statt. Nur die Unabhängige Sozialdemokratie veranstaltete Demonstrationszüge für eine sofortige Annahme des Diktats. Und das Zentrumsmitglied Erzberger entfaltete eine eifrige Betriebsamkeit, um die Ablehnung zu verhindern. Die Regierung bemühte sich wenigstens, die Anerkennung der Kriegsschuld und die Auslieferung der als "Kriegsverbrecher" gebrandmarkten deutschen Kriegsteilnehmer aus dem Vertrag gestrichen zu sehen. Die Entente war unerbittlich, sie verlangte eine bedingungslose Unterwerfung. Am 23. Juni 1919 nahm die Nationalversammlung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der USPD, des Zentrums und der Demokraten den Friedensvertrag an. An demselben Tage verbrannten Freikorpssoldaten und Studenten am Denkmal Friedrichs des Großen Unter den Linden in Berlin die im Kriege 1870/1871 erbeuteten französischen Fahnen, damit sie nicht, wie der Versailler Vertrag vorschrieb, den Franzosen zurückgegeben werden konnten. Fünf Tage später wurde der Vertrag im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles unterzeichnet, in demselben Spiegelsaal, wo 48 Jahre vorher die feierliche Gründung des Deutschen Reiches stattgefunden hatte.

Graf Brockdorff-Rantzau weigerte sich, den Vertrag zu unterzeichnen. Er wollte in der Nationalversammlung eine Rede dagegen halten, kam aber nicht dazu, weil er vorher als Außenminister gestürzt wurde. Diese Rede offenbart eine so prophetische Schau in die Zukunft, dass ein kleiner Auszug hier angeführt werden mag: "Die Vorteile", sagte er, "die wir uns durch die Unterwerfung unter das Diktat der Gegner sichern wollen, werden von ganz kurzer Dauer sein. Denn der Frieden, den man uns jetzt anbietet, ist unerträglich und unerfüllbar. Man wird mir einwenden, gerade deshalb kann man ihn ruhig unterzeichnen; denn was unerfüllbar ist, braucht nicht gehalten zu werden... Nein, meine Damen und Herren, wenn wir diesen Schuldschein unterschreiben, so wird er mit der ganzen Zähigkeit eingetrieben werden, derer, die in ihren eigenen finanziellen und politischen Interessen bedrohten Gegner fähig sind. Wir werden aus dem Schuldturm nicht mehr herauskommen, bis wir den letzten Heller bezahlt haben. Und das Ärgste wird sein, dass wir niemals leisten können, was wir versprochen haben, dass wir stets als die schlechten Schuldner dastehen werden. Man wird über uns jederzeit neue Strafen verhängen können, weil wir die alten Bußen nicht rechtzeitig tilgten. Und wenn wir uns dagegen empörten, wird man uns unsere eigene Unterschrift vorhalten und antworten: Ihr habt es so gewollt."

Bei der Eröffnung der Friedenskonferenz am 18. Januar 1919 hatte Poincaré erklärt: "Wir werden nur Gerechtigkeit suchen, die niemand bevorzugt; Gerechtigkeit in den territorialen Fragen, Gerechtigkeit in den finanziellen Fragen, Gerechtigkeit in den wirtschaftlichen Fragen... Gerechtigkeit schließt die Träume von Eroberung und Imperialismus aus, die Missachtung des Willens der Nationen, den willkürlichen Austausch von Provinzen zwischen Staaten, als wären die Menschen lediglich Gegenstände oder Figuren in einem Schachspiel." Der Versailler Vertrag sollte zeigen, wie dieses Versprechen verwirklicht wurde.

Die 440 Artikel des Versailler Vertrages können hier natürlich nicht wiedergegeben werden. Zum größten Teil kennt die übrige Welt sie überhaupt nicht. Nur einzelner Hauptpunkte erinnert man sich noch, wie z. B. dass Deutschland alle seine Kolonien verlor, dass es nicht mehr als 100.000 Soldaten haben durfte,[5)] dass die Allgemeine Wehrpflicht abgeschafft, Unterseeboote und Luftstreitkräfte verboten wurden usw. Aber da befanden sich auch einzelne Bestimmungen und Verbote, an die heute (und wahrscheinlich auch früher nicht) außerhalb Deutschlands kein Mensch mehr denkt, von denen aber wenigstens einige der wichtigsten in aller Kürze angedeutet werden müssen, um die Wirkung begreiflich zu machen, die sie im deutschen Volk auslösen musste.

Im Westen, Norden und Osten wurden große Teile deutschen Landes zum Teil sofort von Deutschland abgetrennt, zum Teil ihr Besitz von zukünftigen Abstimmungen abhängig gemacht. Das deutsche Staatsgebiet wurde um 13 Prozent verkleinert, sechs einhalb Millionen Deutsche, 10 Prozent des alten Reiches, kamen unter fremde Herrschaft. Zwanzigtausend Kilometer neuer Grenzen wurden gezogen ohne geringste Kenntnis der lokalen Verhältnisse. An manchen Stellen liefen die neuen Grenzen mitten durch einen Bauernhof, mitten durch ein Wohnhaus. 68 unterbrochene Eisenbahnlinien, 144 versperrte Heeresstraßen, 722 sonstige Verkehrswege führten nun sozusagen ins Nichts. Nicht nur Unverständnis, auch böser Wille war hier am Werk: im Saargebiet ließ Tardieu eine Adresse von 150 000 dort lebenden Franzosen aufsetzen, die den amerikanischen Präsidenten um Befreiung vom preußischen Joch anflehten. Vor dem Kriege gab es nicht ganz 2000, d. h. nicht einmal 1 Prozent, Franzosen im Saargebiet. Der polnische Korridor sollte nicht bloß Polen einen Zugang zum Meere verschaffen, sondern jede Verständigungsmöglichkeit zwischen Deutschland und Polen verbauen. Im April 1919 erklärte Wilson: "Das einzig wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt." Alle Staaten rund um das große Deutschland: Dänemark, Belgien, Frankreich, Italien, Südslawien, Tschechoslowakei, Polen, Litauen erhielten durch Versailles deutsches Land und deutsche Bewohner, damit sie alle, um diesen Raub behalten zu dürfen, zu keinen friedlichen Gefühlen für Deutschland kommen sollten. Die Sieger schienen tatsächlich derselben Ansicht zu sein, die

Clemenceau dahin formuliert hatte, dass es "20 Millionen Deutsche zu viel in der Welt gab".

Zu diesen Landabtretungen kamen Sachlieferungen und andere Leistungen sowie Verluste, die noch schroffer als alles andere den Charakter von Strafen an der Stirn trugen.

Durch die entrissenen Gebiete verlor Deutschland 15 Prozent seiner Getreideerzeugung, 17 Prozent der Kartoffelerzeugung, 30 Prozent seiner Kohlenförderung, 80 Prozent seiner Eisenerzlager, 70 Prozent seiner Zinkerze und 25 Prozent seiner Bleierze. Deutschland musste sich verpflichten, 5 Jahre lang jährlich auf eigene Kosten 200.000 t Schiffe für die Entente zu bauen, es musste zehn Jahre lang 23 Millionen t Kohlen an die Entente liefern, ferner: 700 Zuchthengste, 35.000 Stutenfüllen, 4.000 Stiere, 140.000 Milchkühe, 40.000 Jungrinder, 1.200 Böcke, 120.000 Schafe, 10.000 Ziegen, 15.000 Mutterschweine. Es musste sofort 50 Prozent seiner Vorräte an Farben, bis 1925 25 Prozent seiner Produktion an Farben und eine Menge einzeln aufgezählter Vorräte an Baustoffen, Möbeln usw. abliefern. Das gesamte deutsche Volksvermögen im feindlichen Auslande (d. h. Kapitalien, Grundbesitz, Unternehmungen, Schiffe, Rechte, Konzessionen, Patente usw.) wurde beschlagnahmt. Man bemächtigte sich der Depots der kleinen Sparer bei den deutschen Auslandsbanken und erklärte sämtliche Vorkriegsverträge, Forderungen, Lieferungsabkommen, die nach bisherigem Brauche im Kriege nur ruhten, für ungültig. Außer den Entschädigungen für alle Verluste im Kriegsgebiet sollte Deutschland Pensionen und Kriegsunterstützungen an Privatpersonen der Entente zahlen und an Belgien die Anleihen, die dieses bei seinen Verbündeten aufgenommen hatte. Deutschland musste der Entente auf dem Gebiet des Handels Meistbegünstigung und für eine Reihe von Jahren Zollfreiheit bewilligen. Es durfte die Einfuhr nach Deutschland der Entente niemals verbieten. Die Luftschifffahrt der Entente sollte in Deutschland dieselben Rechte genießen wie diejenige Deutschlands. Die Elbe, Oder, Memel und Donau wurden für ihre deutschen Strecken internationalisiert. Die Blockade des hungernden Deutschlands durfte noch lange nicht aufgehoben werden. "La guerre économiquo mondiale" nannte Ilerriot diese Politik.

Um diesem ungeheuerlichen System der 440 Artikel einen Mantel des Rechtes umzuhängen, musste Deutschland sich verpflichten anzuerkennen, dass es allein schuld am Kriege war. Die USPD bemühte sich, der Entente Beweise hierfür zu verschaffen, und Kurt Eisner veröffentlichte bereits Ende November 1918 "Enthüllungen", in denen er durch willkürlich aus dem Zusammenhang gerissene Bruchstücke von amtlichen Berichten und Telefongesprächen, die er dazu noch eigenmächtig kürzte, änderte und entstellte, einen Beweis für die Schuld Deutschlands am Kriege zu konstruieren suchte. Gestützt auf diese Legende der alleinigen Kriegsschuld stellte die Entente eine Liste von sog.

"Kriegsverbrechern" zusammen und verlangte von Deutschland die Auslieferung derselben. An der Spitze standen der Kaiser, Hindenburg und Ludendorff. Frankreich und Belgien forderten außerdem die Auslieferung von 334, England von 100, die anderen Staaten eine entsprechend kleinere Anzahl von Personen. Als die deutsche Regierung dieses Ansinnen ablehnte, forderten die Sieger, dass die von ihnen genannten Personen von dem Reichsgericht in Leipzig abgeurteilt würden, behielten sich aber zugleich das Recht vor, diese Urteile nachzuprüfen. Die vor Schrecken und Furcht gelähmte deutsche Nationalversammlung nahm durch ein Gesetz vom 5. März 1920 diese Forderung an. Von 45 Fällen wurden vor dem Reichsgericht 35 eingestellt, 6 freigesprochen, 4 verurteilt. Auf eine Weiterführung dieses beschämenden Verfahrens wurde schließlich stillschweigend verzichtet.

Eine Woche, ehe der Friedensvertrag in Versailles unterzeichnet wurde, ließ der deutsche Admiral Ludwig von Reuter die in Seapa Flow internierte deutsche Kriegsflotte versenken, damit sie nicht von den Feinden gebraucht werden konnte.

Den 28. Juni 1919, fast 8 Monate nach Einstellung der Kriegshandlungen, wurde der Friedensvertrag unterzeichnet.

Amerika unterzeichnete wohl den Friedensvertrag, aber der Senat lehnte die Ratifikation ab. Erst am 25. August 1925 schloss es einen Sonderfrieden mit Deutschland. Amerika lehnte auch später den Eintritt in den von seinem eigenen Präsidenten vorgeschlagenen Völkerbund ab, weil ihm dieser nur als ein politisches Instrument der Siegerstaaten zur Aufrechterhaltung des in Versailles geschaffenen Zustandes in Europa erschien.

1.3 Reparationen und Sanktionen

Doch alle die Zahlungen und Lieferungen, die wir oben angegeben haben, waren noch lange nicht der größte Teil dessen, was Deutschland laut dem Versailler Vertrag leisten sollte. Es blieben noch die sog. "Reparationen", die Zahlungen, in bar und in Sachlieferungen, mit denen Deutschland als einziger Schuldner den Weltkrieg liquidieren sollte. Konnte oder wollte es nicht die Reparationen leisten, dann griff man zu den "Sanktionen", den Sicherungsvorschriften für die Erfüllung der Reparationen. Diese Zwangsgarantien sollten als "Rechtshandlungen", nicht als feindselige Handlung gelten. Ihr Zweck war, der Entente das Recht zu geben, Teile von Deutschland auch im Frieden militärisch zu besetzen. Dass Deutschland den Versailler Vertrag unmöglich erfüllen konnte, wusste Frankreich natürlich ebenso gut wie alle anderen. Aber Frankreich wollte unerfüllbare Bedingungen. Bei den Beratungen über den Frieden hatte Clemenceau erklärt: "In 15 Jahren werden die Deutschen nicht alle Bedingungen des Vertrages erfüllt haben, und in 15 Jahren können wir sagen: wir sind am Rhein und bleiben am Rhein." Isvolski hatte schon in einem Bericht

vom 13. Oktober 1914 festgestellt, dass "Frankreich den Rhein und die Zertrümmerung Deutschlands wollte". Nur Lloyd George warnte in seinem Memorandum von Fontainebleau vom 26. März 1919: "Beides können wir nicht erreichen: Deutschland verkrüppeln und erwarten, dass es zahle." Poineau aber erklärte in einer Rede vor namhaften Publizisten Frankreichs am 26. Juli 1922: "Das einzige Mittel, den Versailler Vertrag zu retten, besteht darin, es so zu arrangieren, dass unsere Gegner, die Besiegten, ihn nicht einhalten können. Wenn Deutschland die in Versailles eingegangenen Verpflichtungen erfüllte, wäre es um die Macht unserer Armee getan, dann müsste abgerüstet werden.

Um die Erfüllung der Reparationen sicherzustellen, wurde das ganze linke Rheinufer besetzt. Die Kosten dieser Besetzungen musste Deutschland tragen (wie alle späteren auch), sie betrugen allein bis Ende 1923 1.350.000 Goldmark. lm IX. Teil des Versailler Vertrages vorgeschrieben, dass ein Interalliierter Ausschuss die Höhe aller Zahlungen festsetzen und seine Beschlüsse bis zum 1. Mai 1921 mitteilen soll. Das war eine schwierige Aufgabe. Die europäischen Alliierten waren nämlich so hoch an Amerika verschuldet, dass sie sich fürchteten, ihren siegestrunkenen Völkern die Größe dieser Schulden sichtbar werden zu lassen. Man vertröstete sie mit dem bequemen "le boche payera tout" (das Schwein wird alles bezahlen). Vergebens zerbrach man sich den Kopf, wie hoch man die Endsumme festsetzen sollte, die Deutschland zu zahlen hatte. Sicherheitshalber begann man deshalb gleich mit astronomischen Summen. Lord Cunliffe, der Gouverneur der Bank von England, verlangte 480.000.000.000 Goldmark, der französische Finanzminister Klotz (der später wegen Korruption entlarvt wurde) war schon bescheidener und begnügte sich mit 300.000.000.000 Goldmark, in 34 Jahren zahlbar. Am 15. September 1919 begann die Interalliierte Reparationskommission ("Pepiro") ihre Tätigkeit in Berlin. Sie, wie andere Kontrollkommissionen, hatte die Aufgabe, darüber zu wachen, dass Deutschland seine Verpflichtungen genau erfüllte. Der Krieg mit seinen Millionen Toter und Verwundeter hatte Deutschland seiner kräftigsten Männer beraubt. Die von der Entente mit grausamer Rücksichtslosigkeit bis weit über den Krieg hinaus aufrecht erhaltene Hungerblockade gegen die Zivilbevölkerung hatte den Volkskörper bis zur Erschöpfung geschwächt. Nun kam noch ein Würger, den das Volk nicht sah und von dessen Absichten und Methoden es kaum etwas begriff, dessen Krallen es aber immer fester an seiner Kehle spürte, die "Repko". Das Volk hatte auch kaum Zeit, sich um die Maßregeln dieses Würgers viel zu kümmern. Andere nähere und fühlbarere Aufregungen und Gefahren bedrohten ihm Ruhe und Leben. Jede Woche, fast jeden Tag und jede Stunde sah es von irgendeiner Seite eine Faust sich erheben, deren es sich nicht erwehren konnte.

Am 3.November 1919 verhängte die Entente Sanktionen für die Versenkung der deutschen Kriegsflotte. Noch immer befanden sich die deutschen Kriegsgefangenen im feindlichen Auslande. Als die Reichsregierung anfragte,

wann sie denn endlich nach Hause geschickt werden würden, erwiderte Clemenceau: "So lange das deutsche Gewissen nicht, wie die ganze Welt, begreift, dass das Unrecht wieder gut gemacht werden muss und die Verbrecher ihre Strafe finden müssen, darf Deutschland nicht erwarten, dass es in die Gemeinschaft der Völker wieder eintreten, noch bei den Alliierten Verzeihung für seine Vergehungen und Milderungen der gerechten Friedensbedingungen erlangen werde."

1.4 Innere Kämpfe

Das deutsche Heer war aufgelöst, aber die Frontsoldaten waren noch da. Freilich - ein großer Teil von ihnen wandte dem Vaterland den Rücken und machte mit den Feinden von Ordnung und Zucht gemeinsame Sache. Aber es gab auch noch andere, denen das Schicksal des Vaterlandes ans Herz griff, die sich gegen die Demütigungen, Erniedrigungen und Brutalitäten empörten, mit denen die Gegner es Tag für Tag quälten, und die ratlos nach Auswegen und Möglichkeiten suchten, ihre junge und ungenützte Kraft einzusetzen, um der Qual und dem Elend so oder so ein Ende zu machen. Das Reichsheer war ihnen verschlossen, es war eine besoldete Truppe mit einer beschränkten Anzahl Soldaten. Außerdem kommandierten in den alten Korpskommandos und Garnisonen die Soldatenräte und verhinderten nach Möglichkeit eine geregelte Truppenaufstellung. So standen sie allein und sahen sich vergebens nach Führern um. Es war deshalb begreiflich, dass sie, wenn einer sie rief, ihm gern folgten. Es bildeten sich unter verschiedenen Führern und verschiedenen Namen Freiwilligenverbände von ehemaligen Kriegsteilnehmern, denen sich auch vaterländisch gesinnte Jugendverbände anschlossen. Wenn die Regierung in Not war, wandte sie sich an diese Freikorps um Hilfe. Bald aber verbot sie sie wieder und löste sie auf. Sie bildeten sich von neuem. Sie gingen ins Baltikum, nach Oberschlesien, überallhin, wo sie glaubten, dass ihr Volk bedroht war. Sie vergossen ihr Blut in den unaufhörlichen offenen und heimlichen Kämpfen gegen das überall drohende Chaos und gegen den unterirdischen oder sichtbaren roten Feind in der Heimat, der das eigene Volk von innen auszuhöhlen suchte. Deutschland blutete und eiterte zugleich ohne irgendeinen ersichtlichen geschweige denn schöpferischen Zweck.

So kam es, dass wagemutige, nationalgesinnte Männer, von bestem Willen beseelt, den Versuch machten, das Geschick des Reiches zu wenden und die rote Regierung zu beseitigen. Am 13. März 1920 überraschte die Marinebrigade Ehrhardt die Regierung mit einem Revolutionsversuch, der für mehrere Tage das ganze Reich in große Aufregung versetzte. Dieser Versuch scheiterte, weil er ungenügend vorbereitet war, und weil die gegnerischen Kräfte sich schließlich als stärker erwiesen, vor allem dank dem Generalstreik, den Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam proklamierten. Der Generallandschaftsdirektor Kapp, der sich selber zum Reichskanzler ausgerufen hatte, musste, nachdem die

im ersten Schrecken nach Stuttgart geflohene Regierung wieder zurückgekehrt war, ins Ausland flüchten.

Im Sommer 1919 war die III. Internationale gegründet worden. Im Anschluss daran konstituierte sich die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) als radikaler Flügel der Linken. Die Folge war ein andauernder kommunistischer Kriegszustand im Deutschen Reich, überall bildeten sich kommunistische Banden und brachen in Dörfer und Städte ein. Am schlimmsten plünderte und raubte in Sachsen der berüchtigte, von den Kommunisten als Held gepriesene Max Hölz mit seinen roten Horden. Die Alliierten drohten, sie würden sofort jede Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Deutschland sperren, wenn dort eine monarchische oder Räteregierung zur Macht käme. Als der Zentralrat der Arbeiter im Ruhrgebiet wieder den Generalstreik proklamierte, marschierte die Reichswehr ins Ruhrgebiet, um es vor völligem Ruin zu retten. Darauf griff die Entente sofort zu, "Sanktionen" und ließ Frankfurt, Hanau und Darmstadt besetzen. Die Reichsregierung war machtlos. Aber sie erniedrigte sich auch noch zum Werkzeug der Entente. Um ihren Erfüllungswillen zu beweisen, ernannte sie einen besonderen deutschen Entwaffnungskommissar. Dieser verbot alle Einwohnerwehren und bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und ließ überall nach Waffenlagern schnüffeln und sie zerstören. Bis zum April 1921 hatte Deutschland 50.000 Geschütze, 26.000 Lafetten, 22.000 industrielle Maschinen, 28 Millionen Granaten, 4 Millionen Gewehre und Pistolen, 86.000 Maschinengewehre und 195.000 Maschinengewehrläufe zerstört.

Seit Anfang 1920 herrschte in Oberschlesien die Interalliierte Abstimmungskommission. Der französische General Le Rond unterstützte offen die polnischen Banden, die ins Land einfielen, um einen Abstimmungsterror auszuüben. Trotz alledem brachte die Abstimmung am 20. März 1921 einen klaren deutschen Sieg. Da drangen irreguläre polnische Truppen in Oberschlesien ein. Die Einwohner wurden zu Dutzenden erschossen und in viehischer Weise misshandelt. Es bildeten sich Freikorps ("Oberland"), um die Bevölkerung zu schützen. Die Reichsregierung und die Interalliierte Kommission verboten sie. Es kam zu einem regelrechten lokalen Krieg, in welchem die Polen unterlagen. Da legte die Reichsregierung einen Kordon um Oberschlesien, der jeglichen Schutz der Bevölkerung unmöglich machte. Das Tageblatt schrieb, die Oberschlesien-Freikorps seien Abenteurer, denen man das Handwerk schleunigst legen müsse. In ähnlicher Weise äußerten sich andere Blätter des Mosse- und des Ullstein-Verlages. Die Franzosen ließen sich das nicht zweimal gesagt sein, sie holten rasch mehr Truppen heran. Oberschlesien lag ohnmächtig in Fesseln. lm Oktober 1921 beschloss der Völkerbund die Zerreißung Oberschlesiens. Die besten Teile wurden Polen zugesprochen. Von 67 Steinkohlebergwerken fielen 53 an Polen, von 570.000 t Eisenerz, die in den oberschlesischen Stahlöfen jährlich gewonnen wurden, gerieten 400.000 an

Polen. Briand erklärte vor der französischen Kammer: "Künftig kann Deutschland das oberschlesische Arsenal nicht mehr für sich nutzbar machen."

Auch im Rheinland wurden die Verhältnisse von Tag zu Tag unerträglicher. Dort standen 150.000 französische, englische, amerikanische und belgische Truppen, darunter 30.000 Farbige. Täglich kamen Willkürakte gegen die Einwohner vor. Immer wieder hörte man von Vergewaltigungen von Frauen. Schulen, Villen, Wohnungen wurden kurzerhand beschlagnahmt, die Bewohner vertrieben. Der militärischen Besatzung folgten ganze Heere voll Frauen, Kindern, Gouvernanten, Dienstboten, die immer mehr Wohnungen beanspruchten.

Die Erbitterung unter der national gesinnten Jugend in Deutschland flammte immer heftiger auf. Im August 1921 wurde der eifrigste Verfechter einer unbegrenzten Nachgiebigkeitspolitik, der ehemalige Reichsfinanzminister Matthias Erzberger, im Walde erschossen.

1.5 Konferenzen und Tribute

Während dieser Jahre tagten immer wieder in verschiedenen Städten die Konferenzen, denen die Aufgabe oblag zu bestimmen, wie viel Deutschland eigentlich zahlen sollte. Im Januar 1921 wurde in Paris die Gesamtsumme der deutschen Schuld mit 296 Milliarden festgelegt. Dazu sollte eine zwölfprozentige Abgabe der ganzen deutschen Ausfuhr kommen. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund erklärte in einem Aufruf, dies Verlangen sei gleichbedeutend mit der Einführung der Sklavenarbeit in Deutschland. Ende Februar 1921 bot Deutschland von sich aus in der Londoner Konferenz 50 Milliarden Goldmark an, wenn man den deutschen Handel von seinen Fesseln befreite und Oberschlesien beim Reich beließe. Der Vorschlag wurde von der Entente überhaupt nicht diskutiert. Briand erklärte im Senat: "Sollte Deutschland versuchen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, so wird es eine starke Hand an seiner Gurgel spüren." Und vor der Kammer sagte er: "Deutschland steht vor der Bilanz seiner Verpflichtungen und seiner Leistungen. Wir besitzen einen vollstreckbaren Titel. Der Gerichtsvollzieher ist unterwegs. Wenn der Schuldner widerspenstig ist, wird ihn der Gendarm begleiten." Deutschland war tatsächlich am Ende seiner Leistungsfähigkeit. Die Entente begann wieder mit Sanktionen: eine ganze Reihe von Rheinstädten wurde besetzt, zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland eine Zollgrenze gezogen. Im Mai 1921 tagte wieder eine Konferenz in London. Sie ließ durch Lloyd George ein Ultimatum überreichen: 132 Milliarden in 37 Jahren zu zahlen, dazu 25 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr nach England und Frankreich. Wenn Deutschland nicht annahm, sollten am 12. Mai die Interalliierten Truppen ins Ruhrgebiet einrücken. Die Reichsregierung wusste nicht aus noch ein. Sie nahm das Ultimatum an und verschaffte sich eine kurzfristige Auslandsanleihe zu 15 Prozent Zinsen im Monat (!). Man begann, in

großem Maßstab Papiergeld zu fabrizieren, um Devisen zu beschaffen. Da traf ein merkwürdiges Intermezzo ein; die Mengen von Kohlen, die Deutschland auf Reparationskonto liefern musste, waren so groß, dass es diesen Forderungen nicht mehr nachkommen konnte. Ganz unerwarteter Weise verlangte plötzlich die Entente, dass diese Lieferungen sofort gestoppt würden. Frankreich und Belgien waren nämlich daran, in Kohlen zu ersticken, und ihre eigene Kohlenindustrie drohte zugrunde zu gehen, da die Reparationskohle zu Schleuderpreisen weiterverkauft wurde.

Es kommt das Jahr 1922. Im Januar erklärt auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokraten in Leipzig der Abgeordnete Crispien: "Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt. Unser Vaterland ist das Proletariat." Ende März hielt Rathenau eine große Rede im Reichstag, in der er feststellte, dass Deutschlands Leistungen seit Kriegsende im Ganzen 45,6 Milliarden Goldmark betrugen. "Hierbei", so fuhr er fort, "ist der Wert der Kolonien und der reine Wirtschaftswert der abgetretenen oberschlesischen und westpreußischen Gebiete nicht in Ansatz gebracht. Fügt man den nach mittleren Schätzungen hinzu, so erhöht sich diese Summe auf weit über 100 Milliarden Goldmark. Das habe ich dem Ausland zu sagen, das durch eine starke Propaganda heute noch immer die Meinung zu hören bekommt, Deutschland habe nichts gezahlt und Deutschland wolle nichts zahlen. Es ist die stärkste Zahlungsleistung von Deutschland ausgegangen, die jemals von einem Volk der Erde an andere Völker geleistet worden ist."

Solche Reden, vor dem deutschen Reichstag gehalten, hatten nicht die geringste Bedeutung. Nicht einmal das neutrale Ausland kümmerte sich um sie. Der jüdische Großindustrielle Walter Rathenau, der als deutscher Außenminister an der Konferenz in Genua im April 1922 teilnahm, begriff als Wirtschaftstheoretiker sehr gut die verhängnisvollen Wirkungen des Versailler Diktats. Aber er vermochte ebenso wenig wie alle seine Kollegen den Ausweg aus dem Labyrinth zu finden, weil auch er die wichtigsten Probleme ausschließlich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus glaubte lösen zu müssen. Er überraschte die Genueser Konferenz, indem er mit dem Außenminister der Sowjetunion nach Rapallo ging und mit diesem dort einen wirtschaftspolitischen Pakt schloss, der wie eine Bombe in die Konferenz von Genua hineinplatzte, ohne aber für Deutschland eine andere Wirkung zu haben als ein verschärftes Misstrauen von seiten der Entente.

Die vaterländische deutsche Jugend sah in Rathenau nur den liberalen Juden, der trotz aller Klugheit die tiefsten Belange des Deutschtums weder verstand noch verstehen konnte. Er erschien ihr deshalb nicht als eine Stütze, sondern als eine besondere Gefahr für das Vaterland.[6)]

Immer weiter folgten Konferenzen auf Konferenzen, ohne dass man zu irgendeiner Einigung gelangte. In Deutschland nahm die Erbitterung ungezügelte Formen an. Den 24. Juni 1922 wurde Rathenau ermordet. Die Not wuchs in erschreckendem Maße. Der Wert der Reichsmark sank in beschleunigtem Tempo. Ende 1918 hatte man 6 Reichsmark für den Dollar gezahlt, Ende 1919 zahlte man 42 Mark, Ende 1920 70 Mark, Ende 1921 300 Mark, Ende 1922 7350 Mark. Ein Pfund Brot kostete 240 Mark, Fleisch 1200 Mark, Butter 2400 Mark. In West- und Mitteldeutschland brachen Lebensmittel- und Teuerungsunruhen aus. In den rheinischen Industriestädten wurde der Generalstreik proklamiert.

1.6 Der Kampf um das Ruhrgebiet

Tatsächlich konnte Deutschland im August 1922 keine Tributzahlungen mehr leisten. Internationale Sachverständige, Bankiers, Finanzspezialisten und Professoren, die die Reichsregierung zusammenberief, sahen nirgends einen Ausweg. Sie erklärten, dass Deutschland bankrott sei.

Nun war die Stunde für Frankreich gekommen, wo es unter dem Deckmantel des Versailler Vertrages sich in den Besitz deutschen Landes setzen konnte. Ende 1922 stellte die Reparationskommission fest, dass Deutschland im Laufe des Jahres zu wenig Holz und Telegraphenstangen geliefert habe. Deutschland erklärte sich bereit, den Wert dieser infolge bürokratischer Schwierigkeiten nicht gelieferten Waren in bar zu zahlen. In Paris konnten sich England und Italien nicht dem Wunsch Frankreichs anschließen, nun zu Sanktionen zu greifen. Es half nichts. Frankreich wollte unbedingt noch mehr "produktive Pfänder" in seine Hände bringen. Dem eigentlichen Grund gab vielleicht Jacques Bainville aufrichtigeren Ausdruck, wenn er in der "Liberté" schrieb: "Und wenn wir wirklich eine vollkommene Desorganisation Deutschlands herbeiführten, was wäre Schlimmes dabei? Und da wir von einem Deutschland in dem organisierten Zustande von 1914 mehr zu befürchten haben als von einem Deutschland in dem desorganisierten Zustand von 1923, werden wir uns immer sagen können, dass sein Zusammenbruch und seine Machtlosigkeit, da sie uns vor Invasionen schützen, für uns Milliarden wert sind."

Am 5. Januar 1923 beschloss die französische Regierung, das Ruhrgebiet zu besetzen. Das ist das größte deutsche und europäische Kohlen- und Eisenindustriegebiet mit einer sehr dichten Bevölkerung (600 Einw. auf 1 qkm). Es umfasst etwa 3.800 qkm und enthält 60 Milliarden t Kohlenvorräte. Die Art des französischen Vorgehens war recht eigentümlich. Am 10. Januar teilte Frankreich der deutschen Regierung mit, dass es eine Delegation von Ingenieuren ins Ruhrgebiet absenden wolle, um die deutschen Kohlenlieferungen zu kontrollieren. Um diese Abordnung von einigen Dutzend Ingenieuren zu beschützen, marschierten am 11. Januar fünf französische Divisionen und eine belgische Division unter dem Kommando des Generals

Degoutte - 60.000 Mann mit schwerem Geschütz, 75 Tanks, mit Kavallerie und Hunderten von Flugzeugen - ins Ruhrgebiet ein. Die Reichsregierung erließ einen Aufruf, in dem sie vor der ganzen Welt Frankreich des Rechtsbruches anklagte. Die Welt blieb stumm. Ein Gutachten von englischen Kronjuristen bezeichnete zwar den Ruhreinbruch als eine Verletzung des Versailler Vertrages. England unterließ es aber, dieses Gutachten zu veröffentlichen. General Allen, der amerikanische Oberkommandierende, schreibt in seinem Rheinland-Tagebuch: "Der Gedanke, dass wir hier sehenden Auges vor dem historischen Hintergrund des Siebenjährigen und Dreißigjährigen Krieges möglicherweise eine Geschichtswiederholung erleben könnten, war und bleibt vorwiegend. Es ist keine leere Redensart, dass ein Pulvergraben angezündet worden ist, dessen Wirkungen sich bis an die russische Grenze und vielleicht darüber hinaus bemerkbar machen werden." Einige Tage nach dem Einmarsch der Franzosen zogen die amerikanischen Besatzungstruppen aus Koblenz ab.

Am 19. Januar 1923 wurde deutscherseits im Ruhrgebiet der passive Widerstand proklamiert. Eisenbahn, Post, die ganze Beamtenschaft, sämtliche Fabriken legten die Arbeit nieder, die Kohlenlieferungen auf Reparationskonto hörten auf. Die Franzosen tobten. Eine maßlose Wut gegen die widerspenstige Bevölkerung kam über sie und ergoss sich in grausamen und blutigen Exzessen über die wehrlosen Menschen. Wenn ein Deutscher bei Begegnung mit einem französischen Offizier nicht respektvoll vom Bürgersteig auf das Straßenpflaster trat, wurde er mit der Peitsche misshandelt. Jeder des Widerstandes Verdächtige wurde ins Gefängnis abgeführt und durchgeprügelt. Geschäfte plünderte man aus; auf Deutsche, die vaterländische Lieder zu singen wagten, wurde mit Maschinengewehren geschossen. Man wies zunächst alle Eisenbahner aus. Nachher traf die Ausweisung Tausende anderer Einwohner. Man beraubte die Banken ihrer Gelder und fand rund hundert Milliarden Mark. Viel war das nicht, der Dollar stand auf 49.000. Was die Franzosen auch verlangten, freiwillig rührte sich keine Hand. Sie drangen in die Kruppwerke ein. Als die Arbeiter sich im Fabrikhof versammelten, ließen die Franzosen auf sie schießen, die Folge: Tote und Verwundete. Krupp und seine Direktoren wurden verhaftet und ins Gefängnis geworfen.

Am 29. Januar verhängte General Degoutte den verschärften Belagerungszustand. Das Ruhrgebiet war damit vom übrigen Deutschland vollkommen abgeschnitten. Die Franzosen versuchten, mit eigenen Arbeitern und Beamten auszukommen. Die Folge war ein völliges Chaos in der Verwaltung und in den Betrieben. Je größer ihre Ratlosigkeit wurde, umso brutaler ihre Willkür. Die Gewalttaten der französischen Soldaten kannten keine Grenzen. In Dortmund wurden zwei Franzosen im Streit mit Deutschen erschossen. Darauf begannen die französischen Soldaten in der Stadt zu wüten; ein einziger französischer Offizier schoss nacheinander sechs Deutsche nieder. Die vorhandene Schutzpolizei wiesen die Franzosen aus, die Aufstellung von

Sicherheitstruppen verhinderten sie. Ein weitläufiger Apparat zur Beitreibung von Pfändern. die "Mission Interalliée de Controle des Usines et des Mines" ("Micum") maßte sich unbegrenzte Beschlagnahmerechte an. Und unaufhörlich arbeiteten die Kriegsgerichte. In sieben Monaten waren im besetzten Gebiet 121 Personen ermordet, eine unbekannte Anzahl von Menschen in die Gefängnisse gebracht, 145.000 Menschen von Haus und Hof vertrieben, 10 Todesurteile gefällt, über 200 Schulgebäude beschlagnahmt, 1.652 Billionen Mark Geldstrafen verhängt worden. Daneben eignete sich die Rheinlandkommission alles an, was sie irgend nehmen konnte: die Häfen und Werftanlagen von Mannheim und Karlsruhe, das Elektrizitätswerk von Darmstadt, die Badische Anilinfabrik Ludwigshafen. An den Grenzen des besetzten Gebietes wurden unglaubliche Zölle in Devisen erhoben.

Das Volk, entwaffnet, kontrolliert und ausspioniert, von Denunzianten, Verrätern und waffenstarrenden Soldaten umgeben, hielt sich still. Aber unter der sichtbaren Oberfläche gärte es, und es dauerte nicht lange, bis der leidenschaftliche Freiheitswille seine unterirdischen Flammen nicht mehr bezähmen konnte. Es bildeten sich im Geheimen Freiwilligenverbände und kleine Gruppen, die miteinander in Verbindung traten. Während in den Berliner Ministerien rauschende Festlichkeiten und unterwürfige Diplomatenempfänge stattfanden, gingen todesbereite Jünglinge daran, dem eingedrungenen Feinde zu zeigen, dass die Geduld des gepeinigten Volkes nicht mehr zu zügeln war, sondern sich in gewaltsamen Explosionen Luft machen musste. Sie brachten Eisenbahnzüge zum Entgleisen, sie sprengten Brücken und Schleusen, verhinderten und störten nach Möglichkeit die Tätigkeit der fremden Eindringlinge. Als deren gefährlichster Gegner erwies sich Albert Leo Schlageter, ein junger Krieger, dem in seinem Kampf für die deutsche Freiheit keine Aufgabe zu schwer, kein Unternehmen zu gewagt erschien. Unter französischem Druck erließ ein deutscher Bürgermeister einen Steckbrief hinter ihm. Verrat spielte ihn in die Hände der Franzosen. Am 26. Mai 1923 wurde er von den Franzosen in der Golzheimer Heide bei Düsseldorf erschossen. Ein französischer Sergeant schlug dem Aufrechtstehenden brutal mit dem Gewehrkolben die Knie ein.

Um diese beispiellosen Tragödien in den besetzten Gebieten kümmerten sich die Konferenzen und Verhandlungen in Berlin und in den Ententestaaten nicht weiter; sie führten auch sonst zu keinerlei positiven Ergebnissen. Erst Anfang August entschloss sich England zu erklären, dass seine Kronjuristen mit ihrem Gutachten Recht hatten, dass die Ruhrbesetzung dem Versailler Vertrage widerspreche. Den Gang der Inflation konnten aber auch alle Konferenzen nicht aufhalten. Von Woche zu Woche sank der Wert der Papiermark. Mitte Juni musste man für den Dollar 100.000 Mark zahlen, Ende Juni über 1 Million, einen Monat später weit über 10 Millionen, Mitte September 132 Millionen. Die Regierung musste den Druck von Papiermark an Privatdruckereien in Auftrag

geben, weil sie allein damit nicht fertig wurde. In den einzelnen Ländern, in einer Menge von Städten wurde Notgeld von verschiedenster Form gedruckt. Ganze Waggonladungen von Papiermark gingen zur Unterstützung des passiven Widerstandes ins Ruhrgebiet. Die Franzosen konfiszierten diese Sendungen. Das Wesen des Geldes als bloße Fiktion trat in grellster Weise zu Tage. Wenn die Hausfrauen zum Einholen auf den Markt gingen, hatten sie einen kleinen Korb oder eine Tasche für die Waren mit. Die nötigen Papiergeldmassen trugen sie in einem weit größeren Behälter. Die Verkäuferinnen hatten neben ihrem Warenstand Riesenkörbe stehen, in die sie die Papierscheine warfen. Wenn nach Schluss des Marktes der Platz gesäubert wurde, flatterten und lagen im Straßenschmutz Hunderte von davongeflogenen und zerfetzten hunderttausend Mark- und noch höheren Papierscheinen, um die sich kein Mensch kümmerte.

Im September war die Regierung so weit, dass sie keinen Ausweg mehr sah. Den 26. September 1923 stellte sie den passiven Widerstand ein. Der Wert der Papiermark stürzte mit steigender Geschwindigkeit. Am 15. Oktober, an dem man für den Dollar 5,5 Milliarden Papiermark zahlte, wurde die Deutsche Rentenbank gegründet, um durch ein neues Zahlungsmittel der Inflation Einhalt zu gebieten. Mehr als einen Monat brauchte man, um das sinkende Schiff in den Hafen zu bringen. Unterdessen fiel der Wert der Papiermark weiter von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde. "Geld" hatte keinen Wert mehr, nur "Ware", gleichgültig um was es sich handelte. Wer Papiermilliarden in der Hand hatte, beeilte sich sie sofort auszugeben. Die geringfügigsten Dinge erschienen wertbeständiger als Geld. Die Ausländer vor allem kauften mit ihren Devisen ganze Waggonladungen von wertvollen Gegenständen zu Preisen auf, die ihnen lächerlich erschienen. In Berlin gingen ganze Straßenfronten in den Besitz von Ausländern über. Es war wie ein riesiger Ausverkauf des ganzen deutschen Besitzes, dem die Inhaber von Papiermark ohnmächtig zuschauen mussten. Zugleich verbreitete sich die Börsenspekulation mit Effekten in alle Kreise der städtischen Bevölkerung. Wer nichts besaß, versuchte wenigstens durch Vermittlung gerissener Agenten und Geschäftemacher auf der Börse etwas zu gewinnen. Männer und Frauen, Alt und Jung, Reich und Arm waren in einen wirbelnden Taumel von Raffgier und Geldverdienen hineingerissen worden.

Endlich, am 20. November 1923, als man für den Dollar 4,2 Billionen Papiermark notierte, und die Ausgabe der Rentenmark in Gang gekommen war, gelang es, der Inflation mit einem Schlage ein Ende zu bereiten. Die 4,2 Billionen Papiermark, d.h. der Dollar, galten nun 4,2 Rentenmark. Es war, als wenn ein rasender Kreisel plötzlich zum Stillstand gekommen wäre. Die Inflation war eine Art Papierrausch gewesen. Jetzt kam mit der Solidität plötzlich auch die Erleichterung. Zugleich aber auch eine beispiellose Verarmung des deutschen Volkes. Sämtliche Vermögen, die aus ehemaliger Reichsmark oder auf Reichsmark lautenden Wertpapieren bestanden, waren verschwunden, denn die Reichsmark existierte nicht mehr, sie war in der

Papiermark ertrunken. Nicht nur der sparsame Mittelstand, auch der Wohlhabende und der Reiche, die die Gefahr der Inflation gar nicht begriffen und deshalb keine Vorkehrungen getroffen hatten, ihr Bargeld und ihre Wertpapiere in irgendeiner Weise zu retten, standen ausnahmslos am Bettelstab. Es gab auch Fälle von drastischer Tragikomik: ein Bauer, ein Geizhals, hatte fleißig Papiermark gehamstert und kam nach Einstellung der Inflation mit seinem Riesenkoffer voller ungezählter Billionen in die Bank, um seinen Reichtum zu erheben. Dass der Inhalt seines Koffers nun keinen Pfennig wert war, konnte er weder glauben noch begreifen. Die Ausländer, die um ein Butterbrot fünfstöckige Häuser erworben hatten, waren nun nicht imstande, mit den zusammengeschmolzenen Mieten die Riesensteuern zu bezahlen. Sie ergaben sich in ihren, im Grunde ja unbedeutenden Verlust und kümmerten sich nicht mehr um ihre Häuser. Es gab nun in Berlin eine ganze Menge solcher herrenlosen Häuser, die von den Mietern in Verwaltung genommen werden mussten, um nicht in vollkommenen Verfall zu geraten.

Von dem Augenblick an, wo die Reichsregierung nicht mehr den passiven Widerstand im Ruhrgebiet mit Papiermark finanzieren konnte, war die Bevölkerung dieses Gebietes dem furchtbarsten Elend preisgegeben. Man begriff nun plötzlich, dass das unbesetzte Deutschland die besetzten Gebiete aus seiner Steuerkraft erhalten hatte. Nun hatten diese Gebiete weder Arbeit noch Nahrung. Die meisten Familien lebten wochen- und monatelang nur von etwas Brot, Kartoffeln und Margarine. Der Hungertod hielt seinen Einzug unter das ruinierte Volk im besetzten wie im unbesetzten Gebiet. Die Anzahl Selbstmorde wuchs in erschreckendem Maße, und die soziale Verbitterung nahm verzweifelte und beunruhigende Formen an.

1.7 Separatismus

Es trat aber noch eine andere Gefahr in Erscheinung, die den politischen Bestand des ganzen Reiches bedrohte. Das waren die kommunistischen und separatistischen Revolutionen, die darauf ausgingen, einzelne Teile vom Reich loszulösen. In Preußen herrschte eine sozialdemokratische Parteidiktatur, die sich elf Jahre lang in Gegensatz zur Reichsregierung stellte und deren Politik sabotierte. In Sachsen wurde ein linksradikaler Dr. Zeigner zum Ministerpräsidenten ernannt, der planmäßig einen Bürgerkrieg gegen das Reich vorbereitete. Erst als Reichswehr gegen Sachsen eingesetzt wurde, gelang es, die Hochverräter festzunehmen und die Ordnung einigermaßen wiederherzustellen. In Thüringen kämpften Kommunisten gegen Bayern und das Reich. In Bayern trug man sich mit dem Gedanken, sich von einem Reich zu lösen, in dem ein sozialdemokratisches Preußen die Hauptrolle spielte. Schließlich standen mehrere Länder Gewehr bei Fuß gegeneinander, alle Reichsautorität schien sich in voller Auflösung zu befinden.

Noch schlimmere Dinge ereigneten sich in den Rheinlanden. Unter dem Schutz und der Protektion Frankreichs arbeiteten dort gewissenlose Hochverräter an der Bildung selbständiger Rheinrepubliken, die natürlich in Zukunft in Frankreich aufgehen sollten. Als die Zeitung "Rheinische Republik", die ein skrupelloser Agitator herausgab, vom Kölner Polizeipräsidenten verboten wurde, griffen die Franzosen sofort ein, und als der Agitator zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, verbot die Interalliierte Kommission, dieses Urteil zu vollstrecken. Ein Revolverjournalist, Matthes, ein vorbestraftes Individuum, das ins besetzte Gebiet geflüchtet war, wurde zum Redakteur des von den Besatzungsbehörden herausgegebenen "Nachrichtenblattes" ernannt und erhielt das Recht, beschlagnahmte Waren zu verschieben, wodurch er sich ein Vermögen erwarb. Den Höhepunkt hochverräterischer Frechheit aber leistete sich ein Separatistenführer in Aachen. Er ließ hier alle Verwaltungsgebäude besetzen und proklamierte kurzerhand die Rheinische Republik. In einer Reihe anderer Städte versuchte man diesem Beispiel zu folgen.

Aber nun war der Zorn des Volkes nicht mehr zu halten. In geschicktester Weise hatte ein österreichischer Reserveoffizier aus Kärnten, Hans Steinacher, den Widerstand gegen die Separatisten vorbereitet und im ganzen Rheinland Zellen unter lokalen Führern organisiert, die auf einen Wink im gegebenen Augenblick gegen die Verräter vorgehen konnten. In Aachen wurde das Signal zum Kampf gegeben. Eine überwältigende Volksmasse war plötzlich zusammengeströmt. Ohne dass es eigentlicher sichtbarer Führer bedurft hätte, fegte sie in unwiderstehlichem Sturm das ganze Gesindel aus der Stadt hinaus. Dasselbe geschah auch in anderen Städten. Französische Truppen führten die vertriebenen Separatisten zurück. Nun aber erhob sich auch die ganze ländliche Bevölkerung. Tausende von Bauern, Arbeitern, Angestellten drangen in die Ortschaften und Städte herein, wiesen die gegen sie vorgehenden französischen Truppen zurück und befreiten die bedrängten Orte von den Separatisten und ihrem Anhang. Der von ihnen erträumten Rheinischen Republik war damit das Genick gebrochen. Die energische Selbsthilfe, zu der das zur Verzweiflung und Empörung getriebene anonyme Volk gegriffen hatte, hatte ihr Werk getan und dem Reich das Rheinland gerettet.

Im Westen waren Eupen-Malmedy, im Osten die besten Teile Oberschlesiens, im Norden ein großes Stück Schleswigs verloren gegangen, das Reich durch den polnischen Korridor in zwei Teile gerissen worden. Nun brachen auch die Litauer in das von den Alliierten besetzte Memelland ein und nahmen es in Besitz, ohne dass die Alliierten sich dem widersetzten. Während so im Westen, Norden und Osten sich Chaos und Bürgerkrieg über das Reich verbreiteten, ohne dass die Regierung dem Einhalt zu gebieten vermochte, entstand im Süden, in Bayern, eine rein politisch-revolutionäre Bewegung, die sich zum Ziele setzte, von Bayern aus das Reich zu retten, da Preußen sich dazu ohnmächtig erwiesen hatte. Diese Bewegung, die von einer anfangs unbedeutenden Gruppe eingeleitet

wurde, wuchs dank der rücksichtslos und zielbewusst vorwärtsstürmenden Willenskraft eines einzelnen Mannes zu einem revolutionären Sturme an, der nicht nur die Zukunft Deutschlands bestimmen, sondern von weltgeschichtlicher Bedeutung werden sollte. Der Mann, dem das Schicksal diese Aufgabe und Verantwortung übertragen hatte, hieß Adolf Hitler.

2 Hitler

2.1 Lehrjahre

Adolf Hitler ist am 20. April 1889 im österreichischen Städtchen Braunau als Sohn eines österreichischen Zollbeamten geboren. Der Vater, dem als Sohn eines armen Häuslers die Laufbahn eines Staatsbeamten als das Erstrebenswerteste auf Erden erschien, wünschte, auch der Sohn solle Beamter werden. Aber mit einer bemerkenswerten Instinktsicherheit widersetzte sich der Sohn gerade dieser Laufbahn mit größter Entschiedenheit. Er hatte ein offenkundiges Talent zum Zeichnen, und der Beruf als Kunstmaler war sein Lebenstraum. Schon drohte diese Meinungsverschiedenheit zwischen Vater und Sohn einen schweren Konflikt heraufzubeschwören, als der plötzliche Tod des Vaters und nach wenigen Jahren der Tod der Mutter den Sechzehnjährigen in seiner völligen Mittellosigkeit zwang, sein Brot sich selber zu verdienen.

Ausgerüstet mit einem dicken Pack Zeichnungen, ging er nach Wien in der festen Überzeugung, in die Akademie der Künste aufgenommen zu werden. Er sollte eine schwere Enttäuschung erleben. Man fand, dass seine Fähigkeiten nicht auf dem Gebiete der Malerei, wohl aber auf dem der Architektur lägen. Er entschloss sich nun, sich zum Baumeister auszubilden. Aber auf diesem Wege lagen viel ernstere Hindernisse vor: die Aufnahme in die Architekturschule setzte die Absolvierung von Schulkursen voraus, an die für ihn nicht zu denken war. Trotzdem hielt er in dem Plan fest, sich der Kunst zu widmen, und verbrachte die traurigsten und schwersten fünf Jahre seines Lebens teils als gelegentlicher Hilfsarbeiter, teils als kleiner Maler in Wien. Er hungerte, studierte und las, was ihm an Büchern in die Hände kam. Ein ausgezeichneter Lehrer der Geschichte, Leopold Pötsch, in der Realschule in Linz, hatte das Interesse des jungen Hitler für das Studium der Weltgeschichte so zu wecken und lebendig zu machen gewusst, dass er seitdem all seine freien Stunden dieser Lektüre widmete und schon während der Hungerjahre in Wien gründliche Kenntnisse gewann. Ihm kam hierbei eine angeborene Fähigkeit zustatten: er verstand richtig zu lesen, nämlich sein Gedächtnis mit nichts Unwichtigem zu belasten, dafür aber das Wesentliche sich um so genauer einzuprägen und in logische Ordnung zu bringen, so dass er mit Leichtigkeit Zusammenhänge und Ursachen im Weltgeschehen erkennen und beurteilen lernte. "Aber noch mehr als dieses", sagt er in seinem Buch "Mein Kampf" (S. 21), "in dieser Zeit bildete sich mir ein Weltbild und eine Weltanschauung, die zum granitenen Fundament meines derzeitigen Handelns wurde. Ich habe zu dem, was ich mir so einst schuf, nur weniges hinzulernen müssen, zu ändern brauchte ich nichts." Ihm ging nämlich eine Erkenntnis auf, die für sein ganzes inneres Leben für alle Zeit richtunggebend werden sollte. Schon in Linz hatte sein genialer Lehrer Pötsch in ihm das Gefühl der Verbundenheit mit der österreichischen Heimat geweckt. Jetzt vertiefte sich diese Liebe zu einer leidenschaftlichen Hingabe an das deutsche Volkstum überhaupt. Die Begriffe Volk, Nation, Vaterland füllten sich

mit einem realen, substantiellen Inhalt. Und hier in Wien kam ihm zum Bewusstsein, dass sein deutsches Österreich unter dem unheilvollen Regiment der Dynastie Habsburg immer mehr dem Deutschtum entfremdet und dem Slawentum in die Arme getrieben wurde. Hitler begann die Dynastie zu hassen. Immer stärker festigte sich in ihm die Überzeugung, dass das Habsburgische Erzhaus zum Unglück der deutschen Nation bestimmt war, und dass die Sicherung des Deutschtums die Vernichtung des österreichischen Staates voraussetzte.

Und noch etwas für ihn Neues lernte er in Wien kennen und verstehen: die soziale Frage. Er wurde mit ihr nicht theoretisch als Angehöriger einer höheren Gesellschaftsschicht bekannt, sondern er erlitt sie persönlich aus der sozialen Unterschicht als einer, der sich mit unzähligen Mitleidenden in dem klammernden Griff von Not und Druck befand. Ihm offenbarten sich die physischen und psychologischen Ursachen, die auch den tüchtigen Arbeiter in Unglück, Elend und Verkommenheit hinabgleiten ließen, und es begann ihm ein Licht darüber aufzugehen, in welcher Richtung ein Weg zur Besserung und Rettung lag.

Von der Sozialdemokratie hatte er nur sehr geringe Kenntnisse und reichlich unrichtige Vorstellungen. Sie war ihm nicht unsympathisch, hauptsächlich weil ihre Tätigkeit dazu angetan schien, das Habsburgerregime zu schwächen. Abgestoßen fühlte er sich dagegen von ihrer feindseligen Haltung gegenüber dem Kampfe um die Erhaltung des Deutschtums. Praktisch kam er mit der Sozialdemokratie erst in Berührung, als die Not ihn zwang, sich als Hilfsarbeiter bei Bauunternehmungen sein Auskommen zu suchen. Schon ein paar Tage, nachdem er seine Arbeit begonnen hatte, wurde er von den "Genossen" aufgefordert, in die Gewerkschaft einzutreten. Auf seine Erklärung, er kenne den Zweck dieser Organisation nicht, erwiderte man ihm, er müsse eben eintreten. Dies genügte für Hitler, den Eintritt zu verweigern. Und innerhalb vierzehn Tagen gingen ihm über den eigentlichen Charakter seiner sozialdemokratischen Umgebung die Augen auf, so dass ihn nichts in der Welt zum Beitritt hätte bewegen können. Inhalt und Form der politischen Diskussionen unter den Arbeitern eröffneten ihm nämlich eine bisher unbekannte Welt. Er begann nun die Bücher zu studieren, aus denen sie ihre Weisheit geschöpft zu haben behaupteten. Er konnte nicht umhin, sich den darin vorgetragenen Ansichten zu widersetzen. Darauf erklärten die Arbeiter, er müsse sofort vom Bau verschwinden, sonst würde er eines Tages vom Gerüst hinunterfliegen. Er musste dem Terror weichen.

Nun erst machte er sich genauer mit der sozialdemokratischen Presse bekannt. Und er erschrak vor der Glut von Hass, der ihm aus den Spalten dieser Presse entgegenschlug. Als er die Literatur und die Presse der marxistischen Lehre in ihrer internationalen Volksfremdheit erkannt hatte, kam ihm die Empfindung,

als hätte er nun erst den Weg zu seinem Volke wieder gefunden. Ehe nur zwei Jahre vergangen waren, war er sich sowohl über die Lehre wie auch über das brutale taktische Vorgehen der Sozialdemokratie im Klaren, und es ging ihm die Erkenntnis darüber auf, dass, wenn eine Lehre von besserer Wahrhaftigkeit der Sozialdemokratie entgegengestellt würde, sie nur dann Aussicht auf Erfolg hätte, wenn sie sich mit der gleichen Brutalität durchzusetzen verstünde wie sie.

Die Gewerkschaftsidee, in der Hitler anfangs nichts anderes als ein Instrument der Partei des politischen Klassenkampfes sah, beurteilte er bald anders. Er begriff, dass die gewerkschaftliche Organisation nicht nur ein notwendiges Hilfsmittel bilden konnte, um die einzelnen Arbeiter gegenüber der Macht des großen Unternehmen zu schützen, sondern auch um den sozialen Gedanken in der Praxis zur Auswirkung zu bringen. Er sah aber zugleich ein, dass die Gewerkschaftsbewegung schon um die Jahrhundertwende aufgehört hatte, dieser ihrer eigentlichen Aufgabe zu dienen. Sie war, umso tiefer sie in den Bannkreis der sozialdemokratischen Politik geriet, zu einem bloßen Werkzeug des Klassenkampfes geworden und damit zu einem der fürchterlichsten terroristischen Mittel gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft, die Festigkeit des Staates und die Freiheit der Person.

Während der Studien, die er betrieb, um den inneren Kern der sozialdemokratischen Lehre zu erfassen, stieß er auf eine Erscheinung, die ihm bisher vollkommen unbekannt gewesen war und in der er nun den Schlüssel zum Erfassen der wirklichen Absichten der Sozialdemokratie zu erkennen glaubte. Diese Erscheinung war das Judentum. Für ihn war der Jude bisher nur ein durch die Konfession sich von den andern Menschen unterscheidendes Wesen. Eine Unduldsamkeit aus religiösen Gründen verurteilte er, und als er die antisemitische Presse in Wien kennen lernte, erschien ihm der Ton, den sie anschlug, der kulturellen Überlieferung eines großen Volkes unwürdig. Vom Vorhandensein einer grundsätzlichen Judengegnerschaft hatte er keine Ahnung. Zum ersten Mal stieg ihm ein anfangs ganz leiser Verdacht auf, nachdem er sich mit der sog. "Weltpresse" in Wien näher vertraut gemacht hatte. Zunächst bewunderte er zwar den Umfang und Reichtum des Inhaltes und den, wie ihm schien, vornehmen Ton der Darstellung. Nur die übertriebene Umschmeichelung des Hofes stieß ihn ab. Wie viel Verlogenheit in diesem ganzen Gebaren steckte, sollte er erst später erkennen.

Er studierte das antisemitische "Deutsche Volksblatt", mit dessen scharfem judenfeindlichem Ton er ebenfalls nicht einverstanden war. Auf diesem Wege lernte er den Mann und die Bewegung näher kennen, die damals Wiens Schicksal bestimmten, den Oberbürgermeister Dr. Karl Lueger und die christlich-soziale Partei, die Hitler bei seiner Ankunft in Wien für "reaktionär" gehalten hatte. Sie waren die entschiedensten Gegner des Judentums. Indem Hitler nun ihre Blätter aufmerksamer studierte und vor allem das Auftreten und

die Reden Luegers näher kennen lernte, begann in ihm sich eine Wandlung der Ansichten zu vollziehen, die ihn, wie er gesteht, die meisten seelischen Kämpfe gekostet hat. Er vertiefte sich in die antisemitische Literatur. Sie gefiel ihm nicht. Er wurde unsicher und rückfällig aus Furcht, Unrecht zu tun. Als er aber den Zionismus kennen lernte, wurde ihm der ausgesprochen völkische Charakter der Judenschaft klar. Das gab endlich den Ausschlag. "Erst nach monatelangem Ringen zwischen Verstand und Gefühl", sagt er in seinem Buch "Mein Kampf" (S. 59), "begann der Sieg sich auf die Seite des Verstandes zu schlagen. Zwei Jahre später war das Gefühl dem Verstande gefolgt, um von nun an dessen treuester Wächter und Warner zu sein."

Nun begann er mit anderen Augen auch die österreichische "Weltpresse" und die Presse der Sozialdemokratie zu studieren. Und da machte er eine überraschende Entdeckung: er erkannte den Juden als Führer der Sozialdemokratie.[7)] Nun verstand er, warum die Sozialdemokraten ihr eigenes deutsch-österreichisches Volkstum mit grenzenlosem Hass belegten. Was ihn selber mit einer "fanatischen" [8)] Liebe erfüllte, betrachteten jene als etwas Fremdes, ja geradezu Feindseliges. Ein langwieriger innerer Kampf hatte damit in ihm seinen endgültigen Abschluss gefunden. Der Antisemitismus hatte in seiner Seele Wurzel gefasst, um immer tiefer und ausschließlicher von ihr Besitz zu ergreifen.

Als Hitler - noch nicht zwanzigjährig - zum ersten Mal den ihm imponierend schön erscheinenden Palast des österreichischen Parlaments, des "Reichsrats", am Frenzensring in Wien betrat, hegte er eine gewisse Hochachtung vor dem Begriffe Parlament, weil seine historische Lektüre ihm eine Bewunderung für das englische Parlament eingeflößt hatte. Aber für den österreichischen "Reichsrat" konnte er keine Sympathie aufbringen; für sein Gefühl waren die Belange des Deutschtums dort viel zu schwach vertreten. Der Eindruck, den er empfing, nachdem er fleißig den Debatten in dem Parlament zugehört hatte, zerstörte auch seine grundsätzliche Hochachtung vor dieser Form von Volksvertretung. Beim ersten Besuch fand er eine gestikulierende, in allen Tonarten und in den verschiedensten Dialekten durcheinander schreiende Masse, so dass er lachend das Haus verließ. Einige Wochen später fand er den Sitzungssaal fast völlig leer. Man schlief da unten, außer einem, der "redete". Ein Jahr lang beobachtete er dies wechselnde Schauspiel. Er begann, sich mit dem demokratischen Prinzip der Mehrheitsbestimmung als der Grundlage dieser ganzen Einrichtung vertraut zu machen und zugleich den Typus "Parlamentarier" zu studieren. Das Ergebnis dieser Studien war erschütternd. Was ihm zuallererst und am meisten zu denken gab, war das Fehlen jeder Verantwortlichkeit einer einzelnen Person. Und er fragte sich: "Kann denn überhaupt eine schwankende Mehrheit von Menschen jemals verantwortlich gemacht werden? Ist denn nicht der Gedanke jeder Verantwortlichkeit an die Person gebunden? Muss nicht unser parlamentarisches Mehrheitsprinzip zur

Demolierung des Führergedankens überhaupt führen? Glaubt man aber, dass der Fortschritt dieser Welt etwa aus dem Gehirn von Mehrheiten stammt und nicht aus den Köpfen einzelner?" Und er beantwortete für sich diese Fragen mit der Erkenntnis: "Es gibt gar kein Prinzip, das, objektiv betrachtet, so unrichtig ist als das parlamentarische." Aber er überlegte die Frage noch gründlicher und sagte sich, dass es doch ungerecht wäre zu glauben, dass ein jeder Parlamentarier mit so geringen Gefühlen der Verantwortung behaftet sei. Doch diese Frage erschien ihm hinfällig vor der Tatsache, dass dieses System den einzelnen zwingt, zu Fragen Stellung zu nehmen, von denen er keine Ahnung hat. Und auf den Einwand, dass der Parlamentarier seine Stellungnahme doch danach treffe, wie ihn seine Fraktion berate, und dass diese ja ihre besonderen Sachverständigen habe, stellte er sich die Frage, warum man denn dann fünfhundert wähle, wenn doch nur einige die nötige Weisheit besitzen, das Richtige zu finden?

Und er fand hierin des Pudels Kern: "Es ist nicht das Ziel unseres heutigen demokratischen Parlamentarismus, etwa eine Versammlung von Weisen zu bilden, als vielmehr eine Schar geistig abhängiger Nullen zusammenzustellen, deren Leitung nach bestimmten Richtlinien umso leichter sein wird, je größer die persönliche Beschränktheit des einzelnen ist." Nur so, sagte er sich, kann der eigentliche Drahtzieher immer vorsichtig im Hintergrunde bleiben, ohne jemals persönlich zur Verantwortung gezogen werden zu können.

Als er nach zweijährigem Besuch des Wiener Parlaments sich zu dieser Überzeugung durchgerungen hatte, ging er nicht mehr hinein. Das Problem Österreich beschäftigte ihn nun in immer höherem Maße. Er lernte die dortigen politischen, sozialen und religiösen Strömungen genau kennen, und immer deutlicher erkannte er, dass dieser zusammengewürfelte Nationalitätenstaat niemals das Ideal, das ihn erfüllte, würde verwirklichen können. Er führte gewissermaßen ein Doppelleben: Verstand und Wirklichkeit zwangen ihn, in Österreich eine ebenso bittere wie segensreiche Schule durchzumachen, aber sein Herz weilte woanders: in Deutschland. Immer stärker zog ihn die Sehnsucht dorthin, wo er die Heimat seiner Seele wusste. Endlich schlug die Stunde dieses Glücks für ihn: im Frühjahr 1912 kam er endgültig nach München.

Die nun folgenden zwei Jahre empfindet er als die glücklichsten seines Lebens: er ist in einer deutschen Stadt. Er hört einen Dialekt, der ihn an seine Jugendzeit erinnert. Und vor allem: er kommt hier - außer seiner beruflichen Arbeit als Kunstmaler - zu Einsichten über Sinn und Bedeutung politischer Tagesereignisse, über die er sich in der trüben Wiener Atmosphäre kein klares Bild machen konnte. Vor allem war er entsetzt über die unheilvolle deutsch-österreichische Bündnispolitik. Seiner Überzeugung nach gab es für Deutschland nur eine vernünftige Politik: Lösung des österreichischen Bündnisses und entweder ein Zusammengehen mit Russland gegen England, wenn man europäische Bodenpolitik treiben wollte, oder mit England gegen

Russland, wenn man Kolonial- und Welthandelspolitik im Auge hatte. Und jetzt machte er in den kleinen Kreisen, in denen er verkehrte, kein Hehl daraus, dass der unselige Bündnisvertrag mit dem zum Untergange bestimmten Habsburger Reiche auch zu einem katastrophalen Zusammenbruch Deutschlands führen werde. Besonders beschäftigte ihn in München das Problem der Staatenbildung und von Zweck und Aufgabe des Staates. Er erkannte die Verkehrtheit der Anschauung, dass der Staat in erster Linie eine wirtschaftliche Institution darstelle, nach wirtschaftlichen Belangen zu regieren sei und demgemäß auch in seinem Bestande von der Wirtschaft abhänge. Er begriff, dass der Staat nicht eine Zusammenfassung wirtschaftlicher Kontrahenten ist, sondern "die Organisation einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleicher Lebewesen zur besseren Ermöglichung der Forterhaltung ihrer Art", und dass dieser Trieb der Arterhaltung die erste Ursache zur Bildung menschlicher Gemeinschaften, der Staat demnach seiner Natur nach ein völkischer Organismus ist. Deshalb kann man die wirklich staatsbildenden und staatserhaltenden Kräfte in einer einzigen Bezeichnung zusammenfassen: Aufopferungsfähigkeit und Aufopferungswille des einzelnen für die Gesamtheit. Man stirbt nicht für Geschäfte, sondern nur für Ideale. Das Ideal des völkischen Menschen ist die Reinerhaltung des Blutes. Der Rassegedanke wird damit zu dem einen tragenden Pfeiler der Weltanschauung Hitlers. Er gibt dem Antisemitismus die reale Grundlage und inhaltliche Substanz. Der zweite Pfeiler seiner Weltanschauung ist der Nationalismus, d. h. der Glaube, dass alles Glück des Einzelmenschen nur möglich ist auf Grund einer als unzertrennlich empfundenen Verbundenheit mit der Volksgemeinschaft, der er durch Abstammung und gemeinsames Schicksal zugehört.

Aus dieser Weltanschauung und den bisher gemachten Erfahrungen heraus wachsen seine Erkenntnis und seine Willensrichtung, dass das deutsche Volk nur gerettet werden kann durch seine Befreiung vom Judentum und vom Marxismus.

2.2 Gründung der Partei

Als der Weltkrieg ausbrach, sah sich Hitler vor die Frage gestellt, ob er als österreichischer Staatsangehöriger oder als Deutscher sich zum freiwilligen Kriegsdienst melden sollte. Die Antwort erschien ihm einfach und klar: für ihn stritt nicht Osterreich für irgendeine serbische Genugtuung, sondern die deutsche Nation um Sein oder Nichtsein. Er hatte Osterreich vor allem aus politischen Gründen verlassen, weil er nicht für eine Dynastie, die er hasste, leben und sterben wollte, sondern für eine Nation, ein Volk, seine deutsche Nation. Am 3. August 1914 meldete er sich als Freiwilliger bei einem bayrischen Regiment. [9)]

Im Oktober 1916 wurde er verwundet und kam in das Lazarett zu Beelitz bei Berlin. Hier hatte er ein Erlebnis, das ihn bis ins Tiefste erschütterte. Er hörte,

wie einzelne Soldaten sich der eigenen Feigheit rühmten und die Begriffe des anständigen Soldaten als lächerlich hinstellten. Als er wieder gehen konnte, begab er sich nach Berlin und sah, wie die Millionenstadt Hunger litt. In München fand er noch schlimmere Zustände. Die Drückebergerei galt schon fast als Zeichen höherer Klugheit. Zugleich entdeckte er, dass in Bayern gegen Preußen gehetzt wurde. Verzweifelt über diesen inneren Hader, war er froh, im März 1917 wieder bei seinem Regiment an der Front zu sein.

Ende 1917 kam nach dem russischen Zusammenbruch neuer Mut in die deutsche Armee, während bei der Entente sich Niedergeschlagenheit bemerkbar machte. Ein Munitionsstreik, den die Marxisten in Deutschland nun entfachten, verfehlte zwar seinen eigentlichen Zweck, aber er gab der Ententepropaganda die willkommene Parole: Deutschland vor der Revolution! Mitte Oktober 1918 bei Ypern geriet Hitler ins Trommelfeuer von Gasgranaten mit dem giftigen Geltkreuz. Mit brennend schmerzenden Augen, halbblind, schwankte und stolperte er zurück und wurde ins Lazarett nach Pasewalk in Pommern gebracht. Hier erlebte er, in ohnmächtiger Blindheit, die Revolution.

Ende November war er wieder in München. In seinem Kopf jagten endlose Pläne einander: die Politik, die ihn seit Wien beschäftigt hatte, begann ihn immer stärker zu beherrschen. Was sollte er tun? In eine politische Partei einzutreten, konnte er sich nicht entschließen. Aber etwas musste geschehen, um das Volk vor der Seuche zu bewahren, die ihr Gift zu verbreiten begann. Er agitierte allein gegen die Spartakisten. Im April 1919 wollten sie ihn verhaften. Mit vorgehaltenem Karabiner jagte er sie davon. Dann erhielt er den Auftrag, an einem "Kurs" teilzunehmen, wo Soldaten politischen Unterricht erhalten sollten. Das war etwas für ihn. Hier lernte er gleichgesinnte Kameraden kennen, unter denen die Bildung einer neuen politischen Partei erörtert wurde, die sich "Sozialrevolutionäre Partei" nennen wollte. Die erste Frage, auf die bei den Vorträgen in diesem Kreise sein Interesse gelenkt wurde, war eine prinzipielle Auseinandersetzung mit dem internationalen Börsen- und Leihkapital. Eines Abends hörte er den Vortrag eines Herrn Gottfried Feder, [10] der mit rücksichtsloser Brutalität den spekulativen Charakter dieses Kapitals enthüllte. Feder war ein Programmatiker reinsten Wassers, der nur das Ziel sah, nicht die praktische Verwirklichung desselben. Er stieß deshalb auf Kritik und Widerspruch. Hitler, dem der Unterschied zwischen einem Programmatiker und einem Politiker klar war, [11] begriff, als er den ersten Vortrag Feders über die "Brechung der Zinsknechtschaft" angehört hatte, sofort, dass es sich hier um eine theoretische Wahrheit von großer Tragweite handelte. Er sah ein, dass man durch eine Scheidung des Börsenkapitals von der nationalen Wirtschaft der Verinternationalisierung der deutschen Wirtschaft entgegentreten konnte, "ohne zugleich mit dem Kampf gegen das Kapital überhaupt die Grundlage einer unabhängigen völkischen Selbsterhaltung zu bedrohen". Er erkannte nicht nur die Gefahr der im "Kapital" begründeten Marx'schen Doktrin für eine gesunde

nationale Wirtschaft, vielmehr wurde ihm klar, dass die Lehre von Karl Marx genau wie der Kampf der Sozialdemokraten gegen die nationale Wirtschaft nur dazu diene, den Boden für die Herrschaft des internationalen Finanz- und Börsenkapitals vorzubereiten.

Er vertiefte sich nun in das Studium dieser für ihn noch wenig vertrauten Fragen und erkannte jetzt die eigentlichen Grundgedanken in Marx' "Kapital" und ihre Gefahr für eine gesunde nationale Wirtschaft.

Es war für Hitler ein Glück, dass er um diese Zeit den Auftrag erhielt, in einem damaligen Münchener Regiment als so genannter "Bildungsoffizier" Vorträge für die Soldaten zu halten. Er machte die Erfahrung, dass er "reden" konnte, und es gelang ihm, in vielen Hunderten, ja bei Tausenden von Kameraden die schlummernde Liebe zu Volk und Vaterland wiederzuerwecken und zugleich die Disziplin zu stärken.

Eines Tages erhielt Hitler den Befehl nachzusehen, was es für eine Bewandtnis mit einem anscheinend politischen Verein habe, der unter dem Namen "Deutsche Arbeiterpartei" eine Versammlung abhalten wollte. Bei dieser Versammlung sah er sich veranlasst, einem Redner entgegenzutreten, der zu Hitlers Entrüstung eine Lostrennung Bayerns von Preußen propagierte. Sein Auftreten schien Eindruck gemacht zu haben, denn eine Woche darauf erhielt er zu seinem Erstaunen eine Mitteilung, dass er als Mitglied in jene Partei aufgenommen worden sei und zu einer Ausschusssitzung kommen sollte. Er wusste nicht, ob er sich ärgern oder lachen sollte, aber er ging nach einigem überlegen doch hin. Es war tatsächlich, was er befürchtet hatte: eine Vereinsmeierei ärgster Art. Und doch schien ihm dieser winzige Kreis einen Vorzug zu besitzen: daraus ließ sich vielleicht etwas Eigenes schaffen. Was hier verkündet werden konnte und musste, war nicht eine neue Wahlparole, sondern eine neue Weltanschauung. Eine Weltanschauung? Was meinte er damit? Mancher lächelt über diesen Ausdruck und hält ihn für eine Erfindung deutscher Philosophen. Und doch ist es kein abstrakter Begriff. Das Wort bezeichnet eine durch persönliche Erfahrung und persönliches Erlebnis erworbene grundsätzliche Anschauung über die Lebenshaltung und das Handeln der Menschen. Es ist die Leitvorstellung vom inneren Zusammenhang des Naturlebens und des Menschenlebens. Diese Leitvorstellung ermöglicht es dem Menschen, auf ihrer Grundlage jedem Ding seinen Wert und Rang zu verleihen und das Leben sinnvoll zu gestalten. Weltanschauung ist für den Nationalsozialismus die von den Grundwerten der Rasse und des Blutes abhängige Auffassung des Menschen von Inhalt und Zweck seines Daseins, zugleich aber auch das Ziel, nach dem sein Handeln sich richtet, und das Gesetz, das dieses Handeln bestimmt.

Hitler definiert das Wort "Weltanschauung" als "die feierliche Proklamation des Entschlusses, allen Handlungen eine bestimmte Ausgangsauffassung und damit sichtbare Tendenz zu Grunde zu legen. Eine solche Auffassung kann richtig oder falsch sein, sie ist der Ausgangspunkt für die Stellungnahme zu allen Erscheinungen und Vorgängen des Lebens und damit ein bindendes und verpflichtendes Gesetz für jedes Handeln." Es ist also keine theoretische, sondern eine durchaus praktische Angelegenheit. Der aus den Ideen der französischen Revolution hervorgegangene Liberalismus, der Marxismus, sind Weltanschauungen. Es gibt freilich nur wenige Menschen, die eine klare und bestimmte Weltanschauung haben. Die meisten besitzen nur Ansichten, die sie nach den Umständen und je nach dem Charakter wechseln. Grundlegende Erkenntnisse jedoch, die eine bittere oder süße Frucht persönlichen Erlebens sind und dem Menschen in Fleisch und Blut übergegangen sind, so dass sie wie ein Kompass mit unfehlbarer Sicherheit sein Urteilen und Handeln bestimmen, wie viele besitzen sie? Dass die kleine Gruppe, die Hitler zu ihrem Mitglied ernannt hatte, nicht in diesem Sinne weltanschaulich gerüstet war, hatte er sofort begriffen. Aber gerade diese Freiheit von vorhandenen Parteibindungen und das noch unsichere Suchen nach neuen Idealen und Bindungen - war das nicht ein Boden, von dem aus er für seine Weltanschauung werben konnte? Nach zweitägigem Nachgrübeln und überlegen fasste er seinen Entschluss und meldete sich als Mitglied der Deutschen Arbeiterpartei, wo er die Nummer Sieben erhielt.

Er glaubte, damit ein Sprungbrett in die Öffentlichkeit und in wirksame politische Arbeit gefunden zu haben. Aber mit der Öffentlichkeit sah es zunächst sehr trübe aus. Kaum ein Mensch kümmerte sich um diesen kleinen politischen Verein. Mit unerschütterlicher Hartnäckigkeit verfolgte jedoch Hitler seinen Plan. Allmählich begannen seine flammenden Reden Zuhörer heranzulocken. Auch die Marxisten spitzten die Ohren: hier drohte Gefahr für ihre Lehre. Mit Worten war diese Gefahr nicht zu überwinden; man musste die Gewalt der Fäuste zu Hilfe nehmen. Darauf war Hitler gefasst. Schon hatte er eine kleine Gruppe junger kräftiger Männer, meist ehemalige Frontsoldaten, die ihm und der von ihm vorgetragenen politischen Lehre bedingungslos ergeben waren, als Saalschutz organisiert. Ihre Aufgabe war, jeden Versuch, eine Versammlung durch Gewalt zu sprengen, mit Gewalt niederzuschlagen. Nun, im Februar 1920, wollte er mit einer ersten Massenversammlung einen entscheidenden Schlag für seine Partei führen. Einen Namen hatte sie bereits: "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (NSDAP)." National und sozial sind zwei identische Begriffe. "Wir haben uns bei der Gründung dieser Bewegung entschlossen, sie (trotz aller Abmahnungen) als Nationalsozialistische zu taufen. Wir sagten uns, dass national sein in allererster Linie heißt, in grenzenloser, alles umspannender Liebe zum Volke handeln, und, wenn nötig, auch dafür zu sterben. Und also heißt sozial sein, den Staat und die Volksgemeinschaft so aufbauen, dass jeder einzelne für die Volksgemeinschaft handelt und demgemäß auch überzeugt sein

muss von der Güte und ehrlichen Redlichkeit dieser Volksgemeinschaft, um dafür sterben zu können." Um der völkischen Weltanschauung eine bestimmte und für jedermann verständliche Formulierung zu geben, arbeitete er ein Programm aus, in dem er in 25 Punkten die Forderungen der Partei zusammenfasste, und zum Entsetzen der übrigen Vorstandsmitglieder mietete er den großen Festsaal des Hofbräuhauses in München, der fast zweitausend Personen fasste. Er selber fürchtete, dass das ein zu optimistischer Entschluss gewesen. Aber als er kurz vor Beginn der Versammlung den Saal betrat, wollte sein Herz fast vor Freude zerspringen: der gewaltige Raum war mit Menschen überfüllt, und was ihn vor allem freute: weit über die Hälfte des Saales schien von Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten besetzt. Sie hatten offenbar die Absicht, der neuen, gefährlichen Bewegung ein rasches Ende zu bereiten.

Kaum hatte Hitler als zweiter Redner einige Minuten gesprochen, als es von Zwischenrufen hagelte. Es kam zu heftigen Zusammenstößen, aber Hitlers treue Kriegskameraden schlugen sich tapfer mit den Störenfrieden und stellten allmählich die Ruhe wieder her. Hitler konnte weiter sprechen. Nach einer halben Stunde wurde das Schreien und Brüllen der Kommunisten schon von Beifallsrufen übertönt. "Und nun" - so schildert Hitler den Schluss dieser denkwürdigen Versammlung - "ergriff ich das Programm und begann es zum ersten Male zu erläutern. Von Viertelstunde zu Viertelstunde wurden die Zwischenrufe mehr und mehr zurückgedrängt von beifälligen Zurufen. Und als ich endlich die 25 Thesen Punkt für Punkt der Masse vorlegte und sie bat, selber das Urteil über sie zu sprechen, da wurden sie nun eine nach der andern unter immer mehr sich erhebendem Jubel angenommen, einstimmig und immer wieder einstimmig, und als die letzte These so den Weg zum Herzen der Masse gefunden hatte, stand ein Saal voll Menschen vor mir, zusammengeschlossen von einer neuen Überzeugung, einem neuen Glauben, von einem neuen Willen."

Die 25 Punkte des Programms, das geschaffen wurde, um die Ziele der jungen Bewegung der breiten Masse verständlich zu machen, hatten folgenden Wortlaut:
"1. Wir fordern den Zusammenschluss aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.
2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.
3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.
4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist, Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muss unter Fremdengesetzgebung stehen.
6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, dass jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.
Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten, ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten.
7. Wir fordern, dass sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.
8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, dass alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.
9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.
10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muss sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muss im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.
11. Daher fordern wir Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft.
12. Im Hinblick auf die ungeheueren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muss die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.
13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.
14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.
15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung
16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.
17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.
18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemein-Interesse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein Deutsches Gemein-Recht.
20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muss bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.
21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundung zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine.
22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.
23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewusste politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse.
Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, dass:
a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,
b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen; sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden,
c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird, und fordern als Strafe für Übertretung die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes, sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.
Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluss auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.
24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.
Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdischmaterialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, dass eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz.
25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen

Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisation im Allgemeinen.
Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.
Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten."

Wir führen diese 25 Punkte hier wortgetreu an, weil der Nationalsozialismus, wie wir sehen werden, sie keineswegs wie einen schmackhaften Köder dem Volke hinwarf, um sie nur als demagogisches Hetzmittel zu verwenden. Sie waren alle buchstäblich ernst gemeint, das bewies der ebenso ernst gemeinte 25. Punkt. Das hat aber in noch überzeugenderer Weise die Tatsache bewiesen, dass der Nationalsozialismus, nachdem er die Macht errungen hatte, zweifellos bestrebt ist, den wesentlichen Inhalt dieser 25 Punkte zu verwirklichen und zum großen Teil auch bereits verwirklicht hat. Erst wenn man den Geist und die Form, in der diese Verwirklichung vor sich geht, erfasst hat, erkennt man die ganze Tragweite und den Sinn dieses Programms, dessen Studium nicht dringend genug anempfohlen werden kann.

Nun veranstalteten die Nationalsozialisten jede Woche eine öffentliche Versammlung, wo Hitler über die Schuld am Kriege, die Friedensverträge und andere politische Themen sprach, die ihm agitatorisch zweckmäßig oder ideenmäßig notwendig erschienen. Besonders der Versailler Vertrag galt damals als ein für die Regierung peinliches Thema. Die Marxisten betrachteten einen Angriff gegen denselben als einen Angriff gegen die Republik und als ein Zeichen reaktionärer oder monarchischer Gesinnung. Sobald Hitler darüber zu reden begann, hagelte es Zwischenrufe: "Und Brest-Litowsk?" Nun hatte aber Hitler erkannt, dass seine Gegner sich systematisch darauf vorbereiteten, ihn durch immer wiederkehrende Einwände möglichst aus dem Konzept zu bringen. Aber er zeigte sich dieser wohl disziplinierten Propaganda gewachsen. Er hatte gelernt, dass man allen Einwänden am einfachsten sofort die Spitze abbrach, indem man sie selber vorbrachte und im Voraus widerlegte. Seinen Vortrag über den Friedensvertrag betitelte er von nun an nicht mehr "Friedensvertrag von Versailles", sondern die "Friedensverträge von Versailles und Brest-Litowsk", von denen seine Zuhörer unter dem Einfluss marxistischer Schlagwörter vollkommen falsche Vorstellungen hatten. Nun wies er zuerst nach, wodurch sich die beiden Friedensverträge voneinander unterschieden [12)] und der Erfolg war, dass Brest-Litowsk nie mehr gegen Versailles ausgespielt wurde. Dies nur als ein Beispiel für viele.

Diese nationalsozialistischen Versammlungen waren, wie schon angedeutet, keine friedlichen Vereinssitzungen. Hitler legte es darauf an, auch durch äußere Kennzeichen, z. B. auffallend rote Plakate, seine Gegner zu reizen. Die Wirkung war, dass immer mehr Sozialdemokraten und Kommunisten in seine

Versammlungen kamen - natürlich, um ihn niederzuschreien und die Versammlung zu sprengen. Das gerade war es, was die Nationalsozialisten provozieren wollten, um immer mehr Menschen auf ihre Propaganda aufmerksam zu machen. Die Sprengung mussten sie natürlich verhindern. Das war nur möglich, indem sie dem marxistischen Terror ihren eigenen nationalsozialistischen Terror entgegenstellten. Auge um Auge, Zahn um Zahn, war die Parole, und nun, wo die Partei über eine handfeste Schar kräftiger Beschützer verfügte, konnte sie immer häufiger und in immer größeren Räumen ihre Versammlungen abhalten. Schließlich wagte sie sich in den weit über 6.000 Menschen fassenden Zirkus Krone in München. Die Marxisten schäumten vor Wut. Am 4. November 1921, als die Nationalsozialisten im Münchener Hofbräuhausfestsaal eine besonders eindrucksvolle Propagandaversammlung planten, beschlossen die Marxisten, diesem unangenehmen Konkurrenten endgültig ein Ende zu bereiten und die Versammlung unbedingt mit Gewalt zu sprengen. Nur 46 Mann Saalschutz hatten die Nationalsozialisten zu ihrer Verfügung. Als Hitler in die Vorhalle des Hofbräuhauses kam, sah er, dass der Saal übervoll und deshalb polizeilich gesperrt war. Die Gegner waren sehr früh erschienen, die Anhänger der Nationalsozialisten waren draußen geblieben. Hitler ließ die Türen zum großen Saal schließen und ließ die 46 Mann antreten. Er stellte ihnen vor, dass sie heute wahrscheinlich der Bewegung zum ersten Mal auf Biegen und Brechen die Treue halten müssten, und dass keiner von ihnen den Saal verlassen dürfe, außer man trüge sie als Tote hinaus. Er würde selber im Saale bleiben und sei überzeugt, dass keiner von ihnen ihn verlassen würde; wenn er aber einen erblickte, der sich als Feigling erwiese, so würde er persönlich ihm die Binde vom Arm reißen und das Parteiabzeichen abnehmen. Dann forderte er sie auf, beim geringsten Versuch zur Sprengung augenblicklich vorzugehen und dessen eingedenk zu sein, dass man sich am besten verteidigt, indem man selbst angreift.

Als er in den Saal hineinging, sah er zahllose Gesichter mit verbissenem Hass ihm zugewandt. Zurufe ertönten, man würde heute Schluss mit den Nationalsozialisten machen, ihnen für immer das Maul stopfen usw. Hitler, der wie gewöhnlich auf einem Biertisch an einer der Längsfronten stand, befand sich damit eigentlich mitten unter seinen Zuhörern. Vor ihm und zu seinen Seiten saßen und standen lauter Gegner: große, robuste Männer und Burschen aus den bekanntesten Fabriken Münchens. Sie hatten sich möglichst nah an ihn herangeschoben und begannen Bierseidel zu sammeln, d. h. sie bestellten immer wieder Bier und stellten die ausgetrunkenen Krüge unter den Tisch. So entstanden ganze Batterien von Wurfgeschossen.

Anderthalb Stunden konnte Hitler ruhig sprechen, so dass er schon Herr der Situation zu werden schien und die Führer der Sprengtrupps schon ganz unruhig und nervös ihre Leute aufzuputschen suchten. Als Hitler einen Zwischenruf in etwas unüberlegter Form zurückwies, gaben sie das Signal zum Losschlagen.

Plötzlich sprang ein Mann auf einen Stuhl und brüllte "Freiheit", worauf die Marxisten auf die Nationalsozialisten eindrangen. In wenigen Sekunden war der ganze Raum erfüllt von Brüllen und Geschrei, und unzählige Maßkrüge flogen durch die Luft an die Köpfe der Streitenden. Dazwischen krachten zerbrochene Stuhlbeine und zertrümmerte Bierseidel. In diesem blödsinnigen Spektakel blieb Hitler ruhig auf seinem Tisch stehen, wehrte die gegen ihn fliegenden Maßkrüge ab und beobachtete mit Befriedigung, wie restlos seine Jungen ihre Pflicht erfüllten.

Kaum hatten die Marxisten den Kampf eröffnet, als die nationalsozialistischen Sturmtruppler wie Wölfe in Rudeln von acht oder zehn auf ihre Gegner losstürzten und sie aus dem Saal hinauszudreschen begannen. Nach fünf Minuten schon war jeder von ihnen blutüberströmt. Zwanzig Minuten lang dauerte dieser Höllenlärm, dann waren die Gegner, die an sieben- bis achthundert Mann zählen mochten, fast alle aus dem Saal hinaus- und die Treppen hinuntergejagt. Da fielen plötzlich vom Saaleingang zum Podium zwei Pistolenschüsse und nun ging eine wilde Knallerei los. Die Sturmtruppler wurden dadurch nur zu immer feurigerem Vorgehen ermuntert. Nach weiteren fünf Minuten waren auch die letzten Störer an die Luft befördert. Der Saal sah aus, als ob eine Granate eingeschlagen hätte. Die blutenden Sturmtruppler wurden verbunden oder weggefahren. Als Ruhe eingetreten war, erklärte der Versammlungsleiter: "Die Versammlung geht weiter. Das Wort hat der Referent", und Hitler setzte seine Rede wieder fort.

Nach der Saalschlacht vom 4. November 1921 erhielt die Ordnertruppe des Saalschutzes zur dauernden Erinnerung an ihren Sieg den Namen Sturmabteilung = SA. Als Ziel für die Ausbildung der SA galt nun die Erziehung ihrer Mitglieder zu unerschütterlich überzeugten Vertretern der nationalsozialistischen Idee. Ihre Disziplin wurde aufs äußerste befestigt. Sie sollte weder eine bewaffnete Wehrorganisation und noch weniger eine Geheimorganisation sein. Deshalb sollte ihre Ausbildung nicht nach militärischen Gesichtspunkten, sondern nach parteizweckmäßigen erfolgen. Um ihr von vorneherein jeden geheimen Charakter zu nehmen, sollte sie eine besondere sofort erkennbare Bekleidung erhalten. Sie sollte keine Verschwörerbande sein, sondern dem weltanschaulichen Vernichtungskrieg gegen den Marxismus und dem Aufbau eines neuen nationalsozialistischen völkischen Staates dienen.

Im Jahre 1922 verfügte die Bewegung bereits über eine stattliche Anzahl von uniformierten Hundertschaften. Die erste eindrucksvolle Demonstration der SA fand im Spätsommer 1922 auf dem Königsplatz in München statt, wo sechs Hundertschaften derselben mit zwei Musikkapellen und fünfzehn Fahnen sich den vaterländischen Verbänden Münchens anschlossen, um gegen das so genannte Republikschutzgesetz zu protestieren. Das Erscheinen dieser

uniformierten Truppe erregte ungeheure Begeisterung unter der Bevölkerung. Rote republikanische Schutzbündler versuchten gegen ihre anmarschierenden Kolonnen mit Terror vorzugehen, wurden aber mit blutigen Köpfen auseinander getrieben. Die nationalsozialistische Bewegung hatte damit zum ersten Mal ihre Entschlossenheit bewiesen, auch für sich das Recht auf die Straße in Anspruch zu nehmen und damit dieses Monopol den Roten aus der Hand zu nehmen.

Die nächste Gelegenheit, dies noch deutlicher als am Königplatz in München zu beweisen, fand sich im Oktober desselben Jahres, als "Völkische Verbände" in Coburg einen "Deutschen Tag" veranstalten wollten. Auch Hitler wurde eingeladen und beschloss, mit einer Begleitung von achthundert SA-Männern nach Coburg zu fahren.

Bei der Ankunft in Coburg erfuhr Hitler, die sozialdemokratische und kommunistische Partei hätten den Nationalsozialisten verboten, mit Fahnen und Musik in geschlossenem Zuge in die Stadt zu marschieren. Hitler ließ darauf seine Hundertschaften mit klingender Musik und fliegenden Fahnen nach Coburg hineinmarschieren. Eine viele Tausende zählende Menge empfing seinen Trupp mit Grölen und Johlen: "Mörder!", "Banditen!", Verbrecher!" usw. Die SA-Leute ließen sich durch all das nicht stören. Da begannen die Marxisten die Marschierenden mit Steinen zu bombardieren. Nun war die Geduld der SA zu Ende. Zehn Minuten lang hagelten die Schläge der SA auf die Störer und bald waren die Straßen leer von Marxisten. Auch nachts kam es noch zu schweren Zusammenstößen. Nun machte die SA kurzen Prozess mit ihren Gegnern. Schon am nächsten Morgen war der rote Terror, unter dem Coburg seit Jahren gelitten hatte, niedergebrochen. Die Marxisten tobten. Sie beriefen Tausende von Arbeitern zu einer Gegendemonstration. Darauf ließ Hitler seine SA-Männer, die inzwischen auf anderthalbtausend Mann angewachsen waren, auf dem Platz, wo die marxistische Demonstration stattfinden sollte, aufmarschieren. Die Folge war, dass sich höchstens ein paar hundert Demonstranten einfanden, die sich ganz still verhielten oder rasch verschwanden. Die durch den roten Terror eingeschüchterte Bevölkerung der Stadt wachte nun aus einem bösen Traum auf. Sie wagte sogar, die Nationalsozialisten durch jubelnde Zurufe zu begrüßen. Noch ein Zwischenfall ereignete sich am Bahnhof: das Eisenbahnpersonal weigerte sich, die Nationalsozialisten zu befördern. Darauf ließ Hitler den Rädelsführern mitteilen, dass die SA möglichst viele rote Bonzen einfangen und mitnehmen, den Zug aber selber fahren würde. Sie könnten dann allerdings nicht dafür einstehen, dass es ohne Unglück ablaufen würde. Worauf der Zug sehr pünktlich abfuhr.

2.3 Der Redner

Der Ruhm der nationalsozialistischen Bewegung verbreitet sich nun rasch. Hitler ist unermüdlich in seinem Kampf gegen die Weimarer Regierung und deren Bemühungen, durch besondere Schutzgesetze die Republik vor dem

Ansturm der Radikalen von rechts und von links zu retten. Er wird in Haft genommen, wochenlang gefangen gehalten; sobald er in Freiheit ist, nimmt er den Kampf mit derselben rücksichtslosen Heftigkeit wieder auf. Seine Reden rufen eine immer stürmischere Begeisterung hervor. Immer größere Zuhörerscharen strömen ihm zu. Die Intellektuellen begreifen das gar nicht. Sie vermissen in seinen Reden das, was sie "Geist" nennen. Die sog. "Gebildeten" lächeln oft über diese Reden, die ihnen in ihrer Leichtfasslichkeit allzu banal erscheinen. Hitlers Erfolg als Redner beruht aber gerade auf seinem ausgeprägten Wirklichkeitssinn und dem psychologisch sicheren Instinkt, mit dem er sich in seiner Rede stets nach dem geistigen Niveau seiner Zuhörerschar zu richten weiß. Er hat diese Kunst auch genau überdacht und bewusst entwickelt. Er gibt darüber beachtenswerte Bemerkungen in seinem Buch, und als Beispiel für einen genialen Volksredner führt er Lloyd George an. "Die Rede eines Staatsmannes zu seinem Volk habe ich nicht zu messen nach dem Eindruck, den sie bei einem Universitätsprofessor hinterlässt, sondern an der Wirkung, die sie auf das Volk ausübt", stellt er fest. Es haben sich in Hitler gewisse Eigenschaften in besonderer Stärke und Vollkommenheit zusammengefunden, die jeden Menschen, der nicht in einem politischen Schema verknöchert ist, heftig erregen und schließlich hinreißen müssen. Er war sich voll Anfang an darüber im Klaren, dass er das Volk, die Masse gewinnen musste, um siegen zu können. Das konnte er nur, wenn er so sprach, dass ihn jedermann, auch der einfachste Mensch im Dorf und auf der Straße, verstand. Deshalb brauchte er nicht arm an guten und richtigen Gedanken zu sein. Seine Reden vor der Machtergreifung sind von einer eindringlichen Klarheit und Popularität, die sich nicht im Geringsten davor fürchten, als billige Demagogie gescholten zu werden. Aber auch wenn er zu einem anspruchsvollen Publikum sprach oder spricht, wie das später vor dem Reichstag und bei vielen anderen Gelegenheiten geschah, zeichnet sich seine Rede durch Einfachheit der Satzbildung und des Ausdrucks aus, die auch dem akademisch Gebildeten angenehm auffällt und außerdem bei dem Tempo, das er oft anschlägt, auch den weniger geschulten Zuhörer immer fest im Geleise hält. Er versteht es, die Leitgedanken mit großer Klarheit anzuordnen und läßt auf jede Behauptung die Begründung auf dem Fuße folgen: erstens, zweitens, drittens. Er ist ferner nie abstrakt, in seinen Reden finden sich keine klischeeartigen Wendungen, er scheut nicht Derbheit, nicht einmal Grobheit, und steht immer auf dem festen Boden der Wirklichkeit, auch wenn er sich aus dem Alltäglichen ins Reich des Idealen erhebt. Aber nicht nur das Verständnis und das sachliche Interesse des Zuhörers hält er fest. Was ihn vor allem zum großen Redner macht, ist seine eigene Ergriffenheit, seine Hingabe, ja seine Besessenheit vom Geiste, der ihn in einen Vulkan verwandelt, so dass der Zuhörer, ob er will oder nicht, in seinem Innersten gepackt wird von der Gewalt der ehrlichen und mutvollen Überzeugung, die ihm aus diesem unverfälschten Menschentum entgegenströmt. [13)]

Und noch in einer anderen Tatsache liegt das Geheimnis der starken Wirkung seiner Reden; einer Tatsache, die auf der klaren Erkenntnis der Gesetze der Propaganda und der Psychologie der breiten Masse beruht. Er ist nämlich streng darauf bedacht, dass die Aufmerksamkeit nicht bloß einer zufälligen Zuhörerschar, sondern eines ganzen Volkes, das er für sich gewinnen will, nicht zersplittert, sondern immer auf einen einzigen Gegner konzentriert wird. "Je einheitlicher dieser Einsatz des Kampfwillens eines Volkes stattfindet", sagt er einmal, "umso größer wird die magnetische Anziehungskraft einer Bewegung sein, und umso gewaltiger die Wucht des Stoßes." In allen seinen Reden sind es daher immer nur ganz bestimmte, aber gewichtige Glocken, deren dröhnenden Klang er unermüdlich ertönen läßt. Immer und immer ruft er das deutsche Volkstum auf: "Erwache, Deutschland!" und rüttelt er an dem sozialen Gewissen seiner Volksgenossen: "Gemeinnutz geht vor Eigennutz!" und immer wieder schärft er dem Volke ein, dass sein Todfeind der Marxismus ist und dass Marxismus und Judentum dasselbe sind.

Aber all diese geniale Kunst der Rhetorik würde allein nicht genügen, um in unglaublich kurzer Zeit tausende und zehntausende von Menschen aufzurütteln und zu gewinnen und zahllose Gleichgültige, ja sogar Gegner in begeisterte Anhänger zu verwandeln. Es musste noch andere, bisher vielleicht unbekannte oder nicht genügend beachtete Zaubermittel geben, die dieses Wunder vollbrachten. Es gab tatsächlich solche, und sie waren im Grunde sehr einfacher Art, aber es war keinem Staatsmann und keinem Politiker bisher eingefallen, sich ihrer zu bedienen. Die Voraussetzung, dass diese Mittel ihre Wirkung entfalten konnten, lag in der politischen Lage selbst. Das deutsche Volk war durch Krieg, Niederlage, Hunger und Not, feindliche Unterdrückung und Aussaugung, durch Inflation, Verarmung und grausamste Enttäuschung in einen seelischen Zustand geraten, der es für jede Heilslehre, ob sie kommunistischen Nihilismus oder religiöse Glaubensinbrunst predigte, aufnahmefähig machte. Man war bereit, alles zu bejahen, was eine radikale Veränderung in Aussicht stellte. Und nun kam etwas viel Stärkeres und Größeres: keine bloßen Versprechungen eines kommenden Himmelreiches - davon waren seit November 1918 genügend laute Posaunen erklungen und verklungen - nein, die Offenbarung einer leicht begreiflichen, wirklichkeitsnahen Tatsache, die einen jeden anging und deren Erfüllung ebenso selbstverständlich wie beglückend war. Man begriff auf einmal, dass man nicht vereinsamt, nicht verlassen und nicht zu ewiger Not verdammt war, wenn man nur den Weg zu jener körperlichen und seelischen Heimat fand, in der allein der Mensch stark und sicher wurde: dem mütterlichen Schoß der Volksgemeinschaft. Dass es Hitler gelang, dieses in Scheintod versunkene Nationalgefühl zu neuem Leben und Blühen zu erwecken, war einer der Zauberschlüssel, mit denen er den Eingang in das Herz seiner Volksgenossen öffnete. Ein Nationalgefühl, das nichts mit dem traditionellen Patriotismus zu tun hatte, das nicht in Eitelkeit, Eroberungs- oder Ruhmsucht, Dünkel oder Herrschsucht wurzelte, sondern in der selbstlosen

Hingabe an die Vorfahren und Mitlebenden, an Land und Sippe, kurz: an die Gemeinschaft. Dem Volk fiel es wie eine Binde von den Augen, dass es doch im Grunde eine gewaltige, geschlossene Einheit bildete, und dass vor der Kraft und Macht dieser Einheit aller Fluch, der von Kriegsschuld, Reparationen, Klassenkampf und Parteiwirtschaft ausging, in Nichts zu versinken begann. Denen, die Hitlers Reden lauschten, gingen die Augen darüber auf, dass es etwas gab, das handgreiflich und wirklich und zugleich von geheimnisvoller Tiefe war, das sie alle verband: das gemeinsame Blut. Wenn Hitler "Blut" sagte, so meinte er mehr als nur die Materie des roten Saftes. Er entfaltete mit diesem Wort ein symbolisches Banner für einen bestimmten Charakter, eine bestimmte Lebenshaltung und Weltanschauung, für eine Rasse. Prinz Anton Rohan sagt in seinem Werk "Schicksalsstunde Europas": "Es ist eines der großartigsten Ergebnisse des Nationalsozialismus, dass er es vermocht hat, ein ganzes großes Volk auf das Ideal der Blutsveredlung zu verpflichten."

Diese Eröffnung von der tiefgehenden Bedeutung von Blut und Rasse für den einzelnen wie für eine ganze Volksgemeinschaft musste eine außerordentliche Wirkung auf ein Volk ausüben, das unter einer starken jüdischen Überfremdung litt und dem die natürlichen, blutbewahrenden Instinkte durch eine international und antinational gerichtete Presse geschwächt und von abstrakten Illusionen überwuchert waren. Für geistreiche und professorale Diskussionen, dass der Rassebegriff wissenschaftlich noch gar nicht festgelegt sei und deshalb z. B. die Judenfrage nur von Dilettanten ernst genommen werde, hatte das Volk kein Verständnis. Es traute seinem Gefühl mehr als theoretischen Spekulationen.[14] Der noch immer lebendige Blutinstinkt des Volkes war durch das Rasseprogramm des Nationalsozialismus nicht nur in weiten Schichten des Volkes zu neuem Leben erwacht, sondern auch in feierlichster Form legitimiert worden.

Und noch eins machte die Wirkung von Hitlers Propaganda erstaunlich: er versprach dem Volk nichts, keine goldenen Berge, nicht unmittelbare Behebung der Not, nicht Sicherheit des Lebens. Im Gegenteil: er warnte vor Illusionen und zu großen Hoffnungen. Weder lockte er Anhänger herbei, noch suchte er sich selber als Führer zu empfehlen. Als der "Rat der Volksbeauftragten" am 9. November 1918 den bombastischen Aufruf "An alle!" erließ, war dieser Aufruf mit den übertriebensten Versprechungen gespickt: Kapitalismus überwunden! Jedem Werktätigen gerechte Entlohnung! Jedem Arbeit und Brot garantiert! Allgemeiner politischer Aufstieg, Wahre Freiheit, Schönheit und Würde!

Dagegen Hitler in einer Massenversammlung am 28. Juli 1922: "Wer heute Führer ist des deutschen Volkes auf unserer Seite, wahrhaftiger Gott, der hat nichts zu gewinnen, sondern vielleicht nur alles zu verlieren. Wer heute mit uns streitet, der kann nicht große Lorbeeren, noch viel weniger große Güter erringen, eher noch endet er im Gefängnis." Und am 4. Mai 1923: "Da entsteht die Frage:

ist die geeignete Führerpersönlichkeit da? Unsere Aufgabe ist es nicht, nach der Person zu suchen. Die ist entweder vom Himmel gegeben oder ist nicht gegeben. Unsere Aufgabe ist: das Schwert zu schaffen, das sie brauchen würde, wenn sie erscheint. Unsere Aufgabe ist, dem Diktator, wenn er kommt, ein Volk zu geben, das reif ist für ihn."

Vom ersten politischen Auftreten an treibt ihn keinen Augenblick gewöhnlicher Ehrgeiz [15] oder irgendein persönlich-egoistischer Beweggrund vorwärts, sondern immer nur eines: die sein ganzes Wesen beherrschende und verzehrende Leidenschaft für sein Volk und sein Vaterland. Die Befreiung Deutschlands vom Joch der Fremdherrschaft steht für ihn im dunkelsten Jahr der Unterdrückung, im Jahr des Ruhreinbruchs, so hoch über allen anderen Wünschen und Hoffnungen, dass er statt des vom Reichskanzler Cuno proklamierten passiven Widerstandes einen aktiven nationalen Widerstand verlangt, weil er glaubt, dass hinter dieser Katastrophe die endliche Befreiung winkt. Denn er ist überzeugt, dass die Welt in Empörung über das Vorgehen der Franzosen gerade das von den Deutschen erwartet.

Die Massen, die ihn hörten, wussten, dass er bereit war, für die Idee, die er verfocht, sein Leben einzusetzen, wie er es auch von den Anhängern der Bewegung erwartete. Das gewann ihm auch die letzten Zweifler.[16]

2.4 Der Revolutionär

Die schmachvolle Ruhrtragödie mit ihren Folgen von Inflation, Hungerelend und Selbstmordepidemie, die immer weiter um sich greifende kommunistische Gefahr und die Unfähigkeit der Reichsregierung, dieser Gefahr Herr zu werden, verwandelten den "Trommler" Hitler, der mit seinen Reden das Volk aus der dufflenden Passivität herauszureißen suchte, zum Revolutionär Hitler, der den Umsturz der Regierung plant und durchzuführen versucht. Die letzten Gründe seines entschlossenen Vorgehens im Herbst 1923 sind noch nicht völlig aufgeklärt, weil über das politische Ränkespiel seiner Gegner noch nicht genügend Einzelheiten bekannt sind. Zwei Tatsachen stehen fest: erstens, dass Hitlers wachsende Popularität und Macht über die Massen nicht nur die Regierungsmänner in Berlin, sondern auch den Generalstaatskommissar in Bayern, Dr. von Kahr, zu beunruhigen begann. Man fasste also in München den Plan, sich mit Hitler zu verbünden, nicht nur, um ihn dadurch unter Aufsicht zu behalten, sondern ihn - wenn nötig - unschädlich machen zu können. Und zweitens steht fest, dass auch die bayrischen Regierungsmänner zur Reichsregierung in Opposition standen, wenn auch aus anderen Gründer als Hitler. v. Kahr war Monarchist und wollte gegebenenfalls als Statthalter der Monarchie, (des Hauses Wittelsbach) Bayern vom Reich, d. h. von Preußen, unabhängig machen. Für die Staatsform hatte Hitler kein unmittelbares Interesse.[17] In seinen Augen bestand der Umsturz vom November 1918 nicht zu Recht: die Weimarer Republik erkannte er nicht an. Er war sogar bereit, den

bayrischen Kronprinzen von dem Revolutionsplan zu unterrichten. Aber sein Kampf galt nicht der Wiedererrichtung des bayrischen Königshauses, sondern zunächst dem Sturz der Novemberregierung in Berlin. Was nach der Abrechnung mit dieser Regierung kam, mochte die Zukunft entscheiden.

Hitler hielt v. Kahr für einen Ehrenmann, auf dessen Wort man sich verlassen konnte, aber er erschien ihm nicht als der Mann, der "große Erwartungen des deutschen Volkes hätte erfüllen können". Er wird - sagte er sich - einen riesenhaften Anlauf nehmen, um, wenn der Kampf beginnen soll, zusammenzubrechen. Aber neben v. Kahr standen zwei andere Männer, bei denen Hitler Willenskraft und Mut vermutete: der Oberkommandeur der bayrischen Divisionen, General v. Lossow, und der Oberst v. Seisser. Hitler war bereit, sie zu unterstützen. Doch die Verhandlungen mit diesen drei Männern zogen sich in die Länge. Sie wollten, und sie wollten wieder nicht. Hitler wurde ungeduldig. Er war sich darüber ganz sicher, dass sie das gleiche Ziel verfolgten wie er: die Reichsregierung zu beseitigen und an ihre Stelle eine antiparlamentarische, rein national gesinnte Regierung zu setzen. Aber er hatte zugleich den bestimmten Eindruck, dass ihnen die Entschlusskraft fehlte, die Initiative zu ergreifen, dass ihr Wunsch war, durch ein nicht von ihnen hervorgerufenes Ereignis, kurz: durch die Gewalt der Verhältnisse, mit andern Worten: durch Hitlers energisches Auftreten zum Abfall gezwungen zu werden. Dass sie vielleicht schon vorher im geheimen entschlossen waren, sich nicht nur zurückzuziehen, sondern den Staatsstreich durch die bewaffnete Polizei zu verhindern und Hitler zu vernichten, indem sie ihn in eine Falle lockten, davon hatte Hitler keine Ahnung.

In einer Bürgerbräuversammlung am 8. November 1923, in der v. Kahr, Lossow und Seisser zum Volke reden, dringt deshalb Hitler mit seinen Leuten in den Saal, erklärt die Reichsregierung für abgesetzt und ernennt unter dem Jubel der Menge v. Kahr zum Statthalter von Bayern. Ludendorff, der sich Hitler angeschlossen hat, wird zum Kriegsminister ernannt. v. Kahr, aufs tiefste ergriffen, willigt nicht nur ein, sondern reicht Hitler beide Hände und sieht ihm offen lange in das Auge. Da hört Hitler, dass in einer Kaserne noch Widerstand geleistet wird. Er eilt dorthin. Als er zurückkehrt, sind Kahr, v. Lossow und Seisser verschwunden. Sie haben Ludendorff ihr Ehrenwort gegeben, und er hat sie gehen lassen. Die drei Verräter sind indessen in die Kaserne des 19. Infanterieregiments geeilt und senden von dort einen Funkspruch "An alle" mit dem Wortlaut: "Generalstaatskommissar von Kahr, General von Lossow und Oberst von Seisser lehnen Hitlerputsch ab. Mit Waffengewalt erpresste Stellungnahme in der Bürgerbräuversammlung ungültig. Vorsicht gegen Missbrauch obiger Namen v. Kahr, v. Lossow, Seisser."

Hitler und Ludendorff waren noch am folgenden Morgen überzeugt, dass Reichswehr und Polizei auf ihrer Seite standen und beschlossen, um sich davon

zu überzeugen, welche Stellung die öffentliche Meinung einnahm, in die Stadt zu marschieren. Man machte sie darauf aufmerksam, dass vielleicht auf sie geschossen werden würde. Darauf Ludendorff: "Wir marschieren!", und er setzte sich mit Hitler an die Spitze der Nationalsozialisten. "An der Ludwigsbrücke" - so berichtet Hitler vor dem Volksgericht am 26. Februar 1924 - "trat uns die Polizei entgegen, die scharf lud; als wir weitermarschierten, ging dieser Polizeikordon auseinander. Wir marschierten zum Marienplatz, wo wir von der ungeheuren Menge mit Jubel begrüßt wurden. Bei der Residenz wurden wir durch einen stärkeren Polizeikordon aufgehalten. Wir waren in Zivil und von uns hatte keiner eine Pistole in der Hand. Da fielen ein Karabinerschuss und gleich darauf eine Salve. Scheubner stürzte und riss mich mit, ich hatte das Gefühl, als hätte ich einen Steckschuss. Ich versuchte, mich wieder aufzuraffen. Die Schießerei hörte dann auf. Ich sah um mich nichts als Tote. Am Boden lag ein großer Herr mit schwarzem Mantel, ganz blutüberströmt, und ich hatte die Überzeugung, es sei Ludendorff. Erst später erfuhr ich, dass Ludendorff lebte."

Dieser unerwartete Feuerüberfall zerstreute den Demonstrationsmarsch. Sechzehn Teilnehmer waren gefallen. Ludendorff war wie durch ein Wunder unbeschädigt durch die Polizistenkette gekommen. Hitler war, schwer verletzt, von seinen Kameraden nach Uffing am Staffelsee gebracht worden. Dort wurde er am 11. November von einem starken Polizeiaufgebot verhaftet und nach der Festung Landsberg gebracht. In dem Schlusswort, das er am 27. März 1924 vor dem Volksgericht hielt, gab er eine vernichtende Kritik des Umsturzes von 1918 und der am Ruder befindlichen Regierung. Er zeigte, dass was er und seine Anhänger getan, kein Hochverrat, geschweige denn Landesverrat gewesen, sondern dass sie nur ihre Pflicht getan.[18)] Und er verlangte, dass seine Mitkämpfer, die auf der Anklagebank saßen, als schuldlos freigesprochen würden. Sie seien auf den Grundsatz des unbedingten Gehorsams vereidigt worden. Er allein, dem sie gehorchen mussten, trage die Verantwortung. Und er schloss seine Rede mit den Worten: "Nicht Sie, meine Herren, sprechen das Urteil über uns, das Urteil spricht das ewige Gericht der Geschichte, das sich aussprechen wird über die Anklage, die gegen uns erhoben ist. Ihr Urteil, das Sie fällen werden, kenne ich. Aber jenes Gericht wird uns nicht fragen: Habt Ihr Hochverrat getrieben oder nicht? Jenes Gericht wird über uns richten, über den Generalquartiermeister der alten Armee, über seine Offiziere und Soldaten, die als Deutsche das Beste gewollt haben für ihr Volk und Vaterland, die kämpfen und sterben wollten. Mögen Sie uns tausendmal schuldig sprechen, die Göttin des ewigen Gerichtes der Geschichte wird lächelnd den Antrag des Staatsanwaltes und das Urteil des Gerichtes zerreißen; denn sie spricht uns frei." Am 1. April 1924 wurde er wegen Hochverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, die er auf der Festung Landsberg abbüßen sollte. Hier, in der Haft, fand er nach Jahren aufregendsten Parteikampfes Muße und Ruhe, sich zu sammeln. Hier schrieb er das Bekenntnis seines bisherigen Lebens und Mühens und fasste seine politische Überzeugung in dem umfangreichen,

programmartigen Werk "Mein Kampf" zusammen, diesem Werk, das eine Verdichtung dreier Elemente darstellt: Biographie, politisches Programm und Weltanschauung. Nur wer dieses Werk genau durchstudiert hat, dürfte über Hitler und den Nationalsozialismus ein Urteil abgeben dürfen. Freilich enthält es Äußerungen, die durch politische Verhältnisse veranlasst wurden, welche zum Teil heute nicht mehr bestehen. Man soll ihm auch nahe gelegt haben, die betreffenden Stellen dementsprechend umzuarbeiten. Er hat das mit Recht abgelehnt. Es ist ein geschichtliches Dokument, dessen prinzipieller Standpunkt keine Veränderung erlitten hat und auch keine duldet.[19)]

2.5 Der Politiker

Am 20. Dezember 1924 wurde Hitler aus der Festungshaft entlassen. Kaum hatte er jedoch am 27. Februar 1925 zum ersten Mal wieder in München öffentlich geredet, als die bayrische Regierung am 9. März ein Redeverbot gegen ihn erließ. Mehrere andere Länder folgten diesem Beispiel. Erst im Verlauf der Jahre 1927 und 1928 wurden diese Redeverbote wieder aufgehoben.

Während Hitler in Haft saß, hatte sich in wirtschaftlicher Beziehung eine entscheidende Wendung in Deutschland vollzogen. Nach Helfferichs und Schachts Vorschlägen war am 15. November 1923 die sog. Rentenmark eingeführt und der Inflation mit einem Schlage ein Ende bereitet worden. Doch die Verwüstung, die diese hinterließ, war entsetzlich. Das deutsche Volk hatte sein ganzes Vermögen, soweit es nicht in Sachwerten bestand, verloren. Die besitzenden Schichten der Bevölkerung waren zum größten Teil proletarisiert.

Dieser materiellen Inflation folgte eine seelische auf dem Fuße. Das durch Krieg, Niederlage und Hungersnot zermürbte Volk begriff nicht die verhängnisvollen Wirkungen dessen, was nun geschah. Die amerikanische Hochfinanz sah ihren Tag gekommen. Sie wollte ihr Geld, das sie den Alliierten geliehen, zurückbekommen. Dazu musste Deutschland in den Stand gesetzt werden, die Reparationen zu bezahlen. Um dies zu ermöglichen, wollte Amerika Kapital in Deutschland investieren. Das war den Geschäftemachern in Deutschland willkommen. Es begann ein Anleihetaumel ohne Grenzen. Der Typus des Parvenüs schuf eine Art Hochkonjunktur, deren wahres Wesen als einer bloßen Scheinblüte dem Volk verborgen blieb. Um die Schuldenzahlungen sicherzustellen, arbeitete der Amerikaner Rufus Dawes einen Plan aus, den ein New-Yorker Wirtschaftsblatt mit Recht eine internationale Konkursverwaltung nannte. Mit diesem Plan verschob sich die deutsche Schuldverknechtung vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet. Auf die Diktatur der französischen Gewaltpolitik folgte die Diktatur der Hochfinanz. Die künstlich hochgezüchtete Blütezeit nahm aber bald genug ein Ende mit Schrecken. Nachdem 18 Milliarden Mark Anleihen in Deutschland untergebracht worden, sperrte die internationale Hochfinanz plötzlich den Geldmarkt gegen weitere deutsche Kredite.[20)]

Hitler ging indessen mit ungebrochener Energie an den Neuaufbau seiner Partei. Schon bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 hatten die Parteien der Weimarer Koalition eine empfindliche Niederlage erlitten; die Sozialdemokraten gingen von 173 Sitzen auf 100, die Demokraten von 39 auf 28, die Volkspartei von 66 auf 44 Sitze zurück, während die Deutschnationalen von 67 auf 106, die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung, zu der die Nationalsozialisten gehörten, von 3 auf 32 anschwollen (darunter 9 Nationalsozialisten). Auch die Kommunisten errangen statt ihrer 15 ganze 62 Mandate.

In richtigen Schwung kam indessen die nationalsozialistische Partei erst, als Hitler nach dem 11. März 1925 wieder öffentlich reden durfte. Seiner Partei war es wesentlich zu verdanken, dass Hindenburg am 26. April zum Reichspräsidenten gewählt wurde. Und nun strömten neue Anhänger der Partei zu. Im Sommer 1927 nahm Hitler beim Reichsparteitag der Nationalsozialisten in Nürnberg den Vorbeimarsch von 30.000 Braunhemden ab. Trotzdem die ganze deutsche Presse den Nationalsozialismus totzuschweigen suchte, wuchsen seine Scharen von Woche zu Woche. Bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928, bei denen die Sozialdemokraten einen unerwarteten Erfolg errangen und ihre Mandate auf 153 Sitze erhöhten, drangen die Nationalsozialisten zum ersten Mal mit 12 Mandaten in den Reichstag ein. Beim folgenden Parteitag in Nürnberg im August 1929 war die Zahl der Parteimitglieder auf 150.000 gestiegen, und 60.000 SA-Männer marschierten vier Stunden lang am Führer vorbei. In Tausenden von Volksversammlungen warben die Nationalsozialisten unter Hitlers Führung für ihre Idee im Kampf gegen die Weimarer Koalition. Der "Stahlhelm", ein Verband der Frontsoldaten, den Franz Seldte schon Ende 1918 gegründet hatte und der trotz Verboten und Verfolgungen bereits weit über 100.000 Mitglieder zählte, verband sich mit den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen, um die Annahme des Youngplanes zu verhindern.

Dieser Finanzplan hatte, nachdem die Durchführung des Dawesplanes sich als unmöglich erwiesen hatte, endlich die Endsumme der deutschen Zahlungen festgesetzt und auf 59 Jahre verteilt. Bis 1966 sollten jährlich 2.050 Millionen gezahlt werden, von 1966 bis 1988 in absteigender Skala 1.700 bis 897 Millionen, im Ganzen rund 100.000 Millionen. Die drei Rechtsparteien versuchten, ein Plebiszit gegen den Youngplan durchzuführen. Beinahe 6 Millionen Deutsche verlangten seine Ablehnung. Diese Beteiligung erreichte nicht ganz die von der Verfassung vorgeschriebene Zahl. Am 12. März 1930 nahm der Reichstag mit 265 Stimmen gegen 192 den Youngplan an.

Der Kampf zwischen Rechts und Links tobte unterdessen weiter: in Thüringen gelang Anfang 1930 der erste große Vorstoß der Nationalsozialisten: Dr. Frick wurde dort Minister des Innern und Volksbildungsminister. Im September

desselben Jahres neuer Sieg der Nationalsozialisten: sie zogen mit 107 Vertretern in den Reichstag ein.

Es kommt das schlimme Jahr 1931. Der im März 1930 zum Reichskanzler ernannte Zentrumsführer Brüning kämpft vergebens mit Notverordnungen und Reichstagsauflösung gegen das wachsende Chaos. Im Juni 1931 muss die Regierung die Erklärung abgeben, dass Deutschland den Youngplan nicht erfüllen kann, weil das Ausland sämtliche Kredite, auf die Deutschland rechnete, zurückgezogen hat.

Nationalsozialisten und Kommunisten führen blutige Kämpfe um den Besitz der Straße. Hitlers Braunhemden sind von einer fanatischen Opferbereitschaft.[21)] Unerschrocken machen sie ihre Werbemärsche durch die Rotfrontquartiere. Für jeden von ihnen, der dabei erschossen wird, springen Hunderte von neuen ein. Die Kommunisten umspinnen ganz Deutschland mit Geheimorganisationen, und ihre geschulten und bewaffneten Scharen harren nur des Signals loszuschlagen. Und das Volk? Stegemann in seinem Werk "Weltwende" sagt: "Das deutsche Volk war des klügelnden Spieles müde. Erdrückt unter Schulden, von der Konjunktur im Stich gelassen, um Ausfuhr und Arbeit betrogen und bis in die Tiefen aufgewühlt, rang dieses Volk nicht mehr um die Aufstellung eines fragwürdigen Staatshaushaltes und noch fragwürdigerer Reformen, ja nicht einmal mehr um das nackte Dasein, sondern, aus tiefster Not nach den Sternen greifend, um eine neue Lebensform und eine ideale Zielsetzung. Es war innerlich damals schon zur Revolution bereit."

Unter der Oberfläche von Terror und Not reifte unsichtbar eine seelische Wandlung des deutschen Volkes.

Reichskanzler Brüning, dem Hindenburg damals noch sein ganzes Vertrauen schenkte, wurde, teils durch den Zwang des Geschehens, teils durch eigene Schuld, zum Schrittmacher des Nationalsozialismus. Sein Fehler war, dass er diese Bewegung gar nicht verstand und sie auf eine gleiche Stufe stellte wie den Kommunismus oder irgendeinen beliebigen staatsfeindlichen Umsturzversuch. Er wusste nicht oder wollte nicht wissen, dass Hitlers Taktik nach 1923 sich verändert hatte, dass er in seiner Gesinnung zwar noch derselbe Revolutionär war wie früher, dass er aber nicht mehr an der Spitze eines Häufleins von Sturmtrupplern, sondern als erkorener Führer von Millionen siegen wollte. Brüning wandte sich in einer Denkschrift gegen "das hochverräterische Unternehmen der NSDAP" und ließ schon 1930 Reichswehrleutnants, die zur Partei gehörten, vor Gericht verklagen. Hitler, als Zeuge befragt, beschwor, dass die nationalsozialistische Bewegung keinen gewaltsamen Umsturz plane, sondern auf legalem Wege zur Macht gelangen wolle. Der 8. November 1923 hatte ihn darüber belehrt, dass dies der einzige Weg war, auf dem ein wirklicher

und dauernder Erfolg möglich war. An dem Grundsatz der Legalität hat er dann unerschütterlich festgehalten.

Am 10. Oktober 1931 empfängt Hindenburg zum ersten Mal den Führer der Nationalsozialisten. Das hindert nicht, dass die Berliner Polizei an demselben Tage die SA-Heime schließt. Immer verworrener und gefährlicher schlingen sich die Fäden der Geschehnisse ineinander und durcheinander. Schlag und Gegenschlag folgen einander auf dem Fuße.

Das folgende Jahr 1932 ist von heftigsten Wahlschlachten erfüllt. In der Wahl des Reichspräsidenten verbinden sich sonst einander feindliche Parteien miteinander, nur um die Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten zu verhindern. Trotz dieser einheitlichen feindlichen Parteifront erhält Hitler im ersten Wahlgang 11,3 Millionen, gegen Hindenburgs 18,6 Millionen, im zweiten 13,4 Millionen, gegen Hindenburgs 19,3 Millionen Stimmen. Hindenburg ist damit wieder gewählt. Gleich darauf begeht Brüning wieder einen Fehler: er läßt die SA und die SS verbieten, alle Büros und Akten der NSDAP beschlagnahmen und ihre Heime und Küchen schließen. Er hat ein neues, kompliziertes Programm ausgearbeitet, um der Not und der Unordnung Herr zu werden. Er weiß, dass er auch des Reichstags nicht mehr sicher ist. Er will, wenn nichts anderes hilft, mit einem Präsidialkabinett regieren, denn er glaubt sich noch immer im Besitz des vollen Vertrauens Hindenburgs. Darin irrt er sich. Der greise Reichspräsident hat erkannt, dass das Volk nicht mehr den Reichskanzler zu stützen willig ist. Er trennt sich von Brüning und lädt Hitler zu einer Beratung ein. Er wolle, sagt er, von sich aus einen Reichskanzler ernennen, der kein Parteiführer sein soll. Hitler zeigt sich als Politiker der Situation gewachsen. Er denkt nicht daran sich aufzudrängen. Er hat Zeit zu warten und erklärt, seine Partei sei bereit, die neue Regierung zu tolerieren, falls die Verbote gegen die Partei aufgehoben und ihr das Recht auf die Straße wiedergegeben würde. Er weiß: das, worauf er sich stützt und als künftiger Reichskanzler stützen wird - die Volksgewalt - bedeutet mehr noch als die Autorität selbst dieses Reichspräsidenten.

Ein neuer Mann, Franz von Papen, wird Reichskanzler und löst den Reichstag auf. Die Neuwahlen vom 31. Juli 1932 ergeben einen ungeheuren Sieg der Nationalsozialisten: sie ziehen mit 230 Abgeordneten in den Reichstag ein. Zwei Wochen später ruft Hindenburg wieder Hitler zu sich und bietet ihm das Amt des Vizekanzlers in der Regierung an. Zu seinem Erstaunen lehnt Hitler dies Angebot ohne weiteres ab. Er will nicht durch seinen Eintritt in Papens Kabinett dessen Politik unterstützen. Für ihn, der ein Programm vertritt, das etwas ganz anderes will als alle, die bisher das Reich zu regieren versuchten, gibt es nur eines: entweder die ganze Macht oder nichts. In seiner eigenen Partei wird man ungeduldig. Man drängt ihn, doch endlich zuzugreifen. Aber er weiß, was er tut, und bleibt fest.

Im November 1932 spitzt sich die politische Lage in Deutschland so zu, dass man jeden Augenblick eine Katastrophe erwartet. Am 6. November finden die Reichstagswahlen statt. Sie ergeben einen Verlust von 34 Mandaten für die Nationalsozialisten, während Linke marxistischen Parteien ihre Sitze bedeutend vermehren. Die Gegner Hitlers triumphieren. Aber Hitler läßt sich nicht beirren: er weiß, dass seine Partei sogar den Verlust von 2 Millionen Stimmen vertragen kann. Er weiß, dass seine Zeit kommen wird - so oder so. Er fährt nach Berchtesgaden, um sich zu neuem Kampf zu sammeln. Er hatte Recht.

Am 17. November erklärt Papen seinen Rücktritt. Am 19. und 21. November läßt Hindenburg bei Hitler anfragen, "ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit im Reichstag finden würde". Damit ist ein Kabinett der nationalen Konzentration gemeint. Hitler verlangt Bedenkzeit. Vier Tage lang führt er eine Korrespondenz mit der Reichskanzlei. Dann gibt er seine Antwort. Sie ist, wie immer, klar und bestimmt: er schlägt dem Reichspräsidenten vor, er möge ihn, Hitler, ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung der Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen. Dazu kann sich Hindenburg nicht entschließen, weil seiner Ansicht nach ein vom Führer einer so ausschließlich eingestellten Partei geleitetes Präsidialkabinett sich zwangsweise zu einer Parteidiktatur entwickeln würde. Die Spannung im Volke ist nah am Zerreißen. Auf seinem Wege vom "Kaiserhof", wo der nationalsozialistische Stab sein Quartier hat, zur Reichskanzlei umdrängen jubelnde Volksmassen Hitlers Wagen. Stand er nicht nun auf dem Gipfel des Glücks? Warum läßt er sich nicht zum Reichskanzler ernennen? Warum macht er Bedingungen? Seine unbeugsame Willenskraft kämpft die Ungeduld in der Partei nieder: "Sie müssen mich holen, wenn nicht heute, dann in ein paar Wochen oder Monaten, sie kommen so nicht weiter." Er allein sieht den Abgrund, den diese Verführung vor ihm aufreißt und bleibt unabänderlich bei seinem: Alles oder nichts. Noch eine andere Gefahr droht: die Lehren des Kommunismus erfassen auch Kreise, die ihnen bisher ablehnend gegenüber standen: die Volksschule und die Intellektuellen. Nun gilt es für Hitler, alle Kräfte zum Kampf anzuspannen. Er nimmt wieder seinen Propagandaflug durch alle deutschen Länder auf; er spricht jeden Tag, oft fünf- bis sechsmal an verschiedenen Orten. Tausende seiner Anhänger unterstützen ihn in dieser Aufklärungsarbeit. Sie alle sind wochen-, monatelang fast ununterbrochen auf Reisen. An Schlaf ist oft nicht zu denken; eine oder ein paar Stunden müssen genügen, um plötzliches Zusammenbrechen zu verhüten. Joseph Goebbels, der nachherige Propagandaminister, hat in seinem Buch "Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" eine lebendige, ja geradezu aufregende Schilderung dieser Propagandafahrten gegeben. Man fasst es nicht, wie die Nerven und die körperliche Kraft dieser Männer eine solche Belastungsprobe ohne Schaden haben durchhalten können. Vielleicht weil sie es verstehen, in den

wenigen Abendstunden, wo die Pflicht sie nicht ruft, Entspannung in der Kunst zu finden. Wenn sie sich an einem solchen Abend an einem abgelegenen Orte, zufällig oder auf übereinkommen finden, wird die Politik an den Nagel gehängt. Dann wird musiziert, oder - in größeren Städten - eine Wagneroper besucht, oder der Führer erzählt aus seinen Jugend- und Lehrjahren. Nach einem solchen Flug im folgenden Jahr notiert Joseph Goebbels, der Hitler auf unzähligen Propagandaflügen begleitet hat, in seinem Tagebuch: "Wegen eines dichten Schneegestöbers gleich auf nahezu 6.000 Meter emporgestiegen. Wir alle können nur noch aus Sauerstoff-Flaschen atmen. Die meisten Mitfahrer sind grün und gelb vor Atemlosigkeit, nur der Führer bleibt unerschüttert und ist auch nicht einen Augenblick auf irgendein Behelfsmittel angewiesen. Es ist für uns alle wie ein Wunder, wie er körperliche und seelische Strapazen übersteht. Man hat den Eindruck, als berühre ihn das gar nicht. Er raucht nicht und trinkt nicht, isst nur vegetarische Kost, lebt einfach wie irgendeiner aus dem Volk-, hat kein Vergnügen und keine Ausspannung als nur seine Arbeit und seine Aufgabe."

Inzwischen ist im 3. Dezember ein General Schleicher zum Reichskanzler ernannt worden. Er macht einen ungeschickten Versuch, die Nationalsozialisten für sich zu gewinnen, und lädt Hitler zu einer Besprechung nach Berlin ein. Hitler denkt nicht daran, einer solchen Einladung zu folgen. Stattdessen verhandelt Hitler am 4. Januar 1933 in Köln mit Franz von Papen. Der letztere hat Hitlers Bedeutung erkannt und will ihm die Wege zur Macht ebnen. Noch einen Versuch macht Schleicher: er bietet Hitler das neu zu errichtende hohe Amt eines Präsidenten des Staatsrats an, was Hitler kalt zurückweist.

Die Kampforganisation der nationalsozialistischen Partei geht nun auf der ganzen Linie zum Angriff gegen den Kommunismus vor. Am 22. Januar marschiert die Berliner SA zu einer großen Horst-Wessel-Feier [22)] vor dem Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz auf, das die Kommunisten zu einer Festung mit geheimen unterirdischen Gängen und Waffenlagern ausgebaut haben. Die Unruhe und Spannung im Volk wächst zu aufregender und gefährlicher Höhe. Jetzt kann der politische General nicht weiter, am 28. Januar reicht Schleicher seinen Abschied ein. Nun ist niemand mehr da, der den Mut und die Fähigkeit hat, die Verantwortung zu übernehmen, als Hitler. In geschickter Weise stellt Papen die Verbindung zwischen ihm und dem Reichspräsidenten her.

Am 30. Januar 1933 findet eine entscheidende Konferenz beim Reichspräsidenten statt. Hindenburg hat Göring zu sich berufen. Im "Kaiserhof" harrt in atemloser Spannung der Stab der nationalsozialistischen Führung. Hitler selber ist auch im "Kaiserhof". Endlich kommt Göring zurück. Man sieht es ihm an, was geschehen ist: Hitler ist zum Reichskanzler ernannt worden. Alle sind stumm vor Ergriffenheit. Jeder drückt dem Führer die Hand, die er ihnen in tiefem Ernst, ohne ein Wort zu sagen, hinreicht. "Draußen toben die Massen vor

dem Kaiserhof" - notiert Goebbels in seinem Tagebuch. - "Aus den Tausenden werden Zehntausende. Ein unendlicher Menschenstrom ergießt sich in die Wilhelmstraße. Um 7 Uhr gleicht Berlin einem aufgescheuchten Ameisenhaufen. Und dann beginnt der Fackelzug. Endlos, endlos, von 7 Uhr abends bis 1 Uhr nachts marschieren unten an der Reichskanzlei die Menschen vorbei. Es herrscht ein unbeschreiblicher Jubel. Oben an seinem Fenster steht der Reichspräsident, ehrwürdig und von mythischem Zauber umwittert."

2.6 Der Staatsmann

Innere Politik

Noch ist es zu früh, vom Staatsmann zu reden. Noch ist Hitler der Führer der Revolution. Erst muss Ordnung und eine Grundlage für die neue Arbeit geschaffen werden, ehe man mit dem systematischen Aufbau beginnt. Noch ist die Lage im Reich nicht so sicher, dass der Nationalsozialismus seine Stellung als absolut befestigt betrachten kann. Noch am 31.Januar 1933 werden vier Nationalsozialisten auf der Straße erschossen.

Die erste entscheidende Maßregel ist die Auflösung des Reichstags. Die Neuwahlen werden auf den 5. März festgesetzt. In einem Aufruf an die Nation legt die Reichsregierung ihr Programm vor: "Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit der Lebensgrundlage der Nation, Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit."

Bis der neue Reichstag zusammentritt, besteht die Hauptarbeit noch immer in einem riesenhaft aufgezogenen Wahlkampf, in dessen Organisierung Joseph Goebbels Erstaunliches leistet. Währenddessen toben sich die Kommunisten noch in blutigen Terrorakten aus. Hitler fliegt von Ort zu Ort und redet vor Arbeitern, Bauern, Bergleuten, Bürgern, vor Pressevertretern und Ausstellungsbesuchern. Überall geraten die Tausende und Hunderttausende von Zuhörern in frenetischen Jubel. Göring macht indessen mit rücksichtsloser Frische Ordnung im preußischen Staat, wo eine sozialdemokratische Landesregierung jahrelang mit der Reichsregierung auf dem Kriegsfuß gestanden hat.

In der Nacht auf den 27. Februar plötzlich der Alarmruf: "Der Reichstag brennt!" Ein junger holländischer Kommunist, van der Lubbe, wird auf frischer Tat ertappt. In derselben Nacht werden wieder zwei SA-Männer auf der Straße erschossen. Die Regierung greift nun scharf durch: die KPD wird verboten, zahlreiche Verhaftungen werden vorgenommen.[23)] Am 28. Februar erlässt der Reichspräsident eine "Verordnung zum Schutz von Volk und Staat". Sie setzt die so genannten Grundrechte der Weimarer Verfassung bis auf weiteres außer

Kraft. Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmungen, sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen werden zulässig, wenn Wohl und Sicherheit des Volksganzen dies erfordern.[24)]

Am 5. März erringen die Nationalsozialisten mit 17.264.000 Stimmen 288 Sitze im Reichstag. Die Deutschnationalen und Stahlhelmer erhalten 52 Mandate. Die Sozialdemokraten belegen 120, das Zentrum 73 Sitze. Da die Kommunisten verschwunden sind, verfügt damit Hitlers "Regierung der nationalen Konzentration" über eine Mehrheit von 123 Mandaten. In Wirklichkeit ist es schon eine nationalsozialistische Regierung, denn sie allein, nicht die konservativen Deutschnationalen und Stahlhelmer, hat die unbestrittene geistige Führung. Die Bewegung, die vor 13 Jahren von 7 Mann eingeleitet wurde, wird nun von 17 Millionen Menschen getragen. Hitler hat Recht gehabt, als er 1923 in seinem Buche schrieb: "Weltgeschichte wird durch Minoritäten gemacht dann, wenn sich in dieser Minorität der Zahl die Majorität des Willens und der Entschlusskraft verkörpert." Hindenburg, der Reichspräsident selber, stellt sich entschieden auf die Seite der nationalsozialistischen Bewegung: am 12. März verleiht er ihr offiziell das Zeichen der Legalität, indem er vorschreibt, dass fortan die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne gemeinsam als Symbol des Reiches aufzuziehen seien. [25)]

Nun kann die neue Regierung, wenn auch vorerst nur schrittweise und vorsichtig, daran gehen, ihr revolutionäres Programm zu verwirklichen. Doch ehe zu gesetzgeberischen Maßregeln geschritten werden kann, muss die Machtergreifung in feierlicher Form verkündet und zum Ausdruck gebracht werden. Dies geschieht am 21. März 1933 in der Garnisonkirche zu Potsdam durch eine weihevolle Eröffnung des Reichstags, die von Goebbels in würdiger und schöner Form ausgestaltet wird. Dieser Akt bestätigt vor aller Welt, dass die Revolution auf der ganzen Linie gesiegt hat. Nach einer kurzen Ansprache erteilt der greise Generalfeldmarschall dem jungen Reichskanzler das Wort. In eindringlicher Rede weist dieser auf das Erwachen eines neuen nationalen Lebensgefühls hin, nennt die großen bevorstehenden Aufgaben der Zeit und schließt seine Rede mit dem Gelöbnis: "Wir wollen wiederherstellen die Einheit des Geistes und des Willens der deutschen Nation! Aufbauen wollen wir eine wahre Gemeinschaft aus den deutschen Stämmen, aus den Ständen, den Berufen und den bisherigen Klassen. Sie soll zu jenem gerechten Ausgleich der Lebensinteressen befähigt sein, den des gesamten Volkes Zukunft erfordert: aus Bauern, Bürgern, Arbeitern muss wieder werden ein deutsches Volk."

In wie buchstäblichem und tiefem Sinne diese Forderung der Einheit des Geistes und des Willens gemeint ist, werden die meisten in jenem Augenblick wohl kaum geahnt haben. Die ganze Weite der Zukunftsschau Hitlers und die unbeugsame Kraft seines Formungswillens kannten sie noch nicht. Aber sie werden es gefühlt haben, dass eine geschichtliche Wende von weittragender Bedeutung sich mit dieser Proklamation vollzog. "Als Hitler den Akt (aus dem er gelesen) zuschlug", sagt der Kriegs- und Kulturhistoriker Hermann Stegemann, "rauschte der Atem von tausend ergriffenen Menschen durch das Gotteshaus. Tief bewegt und tränenden Auges reichte Hindenburg ihm beide Hände. Es war die erhabenste Stunde der nationalen Erneuerung. Sie ist als solche unwiederbringlich und unwiederholbar in die Geschichte eingegangen. Einen Augenblick hatten alle Kämpfe, alle Zweifel geschwiegen, war die Uhr nur auf den Feierklang der nationalen Sammlung eingestellt und die Zeit an diesen Augenblick gebunden."

Am 23. März findet die erste Reichstagssitzung in der Krall-Oper, gegenüber dem durch Feuer zerstörten Reichstagsgebäude, statt. In einer großen Rede zieht Hitler die Linien der inneren und äußeren Politik seiner Regierung: Den Arbeiter wolle sie dem nationalen Staat gewinnen, den sesshaften Bauern zum zuverlässigsten Ernährer des Volkes erheben, den Mittelstand wieder lebensfähig machen und der Wirtschaft ihre eigentliche Aufgabe wiedergeben, die er in dem Satz formuliert: "Das Volk lebt nicht nur für die Wirtschaft, und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk." Zugleich rechnet er endgültig mit der Sozialdemokratie ab. In einer glänzenden Erwiderung auf eine Rede des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Wels deckt er die Heuchelei und Verlogenheit dieser Partei auf und schließt mit den Worten: "Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie."

Außenpolitisch erklärt er, Deutschland verlange nichts anderes als gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheiten wie andere Völker. Das Programm seiner Regierung sei die Zurückgewinnung der deutschen Souveränität. An Krieg denke er nicht. Jeder Staat möge nach seiner Fasson selig werden, auch in Sowjetrusslands Angelegenheiten mische er sich nicht, in Deutschland selber dürfe es aber keinen Kommunismus geben.

Der Nationalsozialismus hatte die Macht erobert. Nun wollte er auch den Staat erobern. Dazu brauchte er eine Waffe, mit dem er das Alte, das ihm im Wege stand, zerbrechen, und ein Werkzeug, mit dem er das Neue, das ihm als Ideal vorschwebte, aufbauen konnte. Vor allem brauchte er dazu freie Hände, die durch keine parlamentarische Tradition gehindert und gebunden werden konnten. Diesen Zweck verfolgte das zunächst für vier Jahre geltende "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" vom 23. März 1933, meistens nur kurz das "Ermächtigungsgesetz" genannt. Es gibt der Regierung das Recht,

Reichsgesetze zu beschließen, auch wenn sie von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht den Reichstag, den Reichsrat und die Rechte des Reichspräsidenten berühren. Der Nationalsozialismus verlangte mit diesem Gesetz gewissermaßen die Legitimierung seiner Revolution durch den Reichstag. Der Reichstag erteilte sie ihm. Gegen 94 Stimmen der Sozialdemokraten nahm er mit 441 Stimmen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, das Ermächtigungsgesetz an.[26)]

Es folgte nun Schlag auf Schlag eine Reihe wichtiger Gesetze, deren schleunige Durchführung der Festigung der Revolution dienen sollte. Vor allem galt es, das erste Ziel der Revolution: die Reichseinheit sicherzustellen.

Als Bismarck das zweite Reich der Deutschen schuf, da konnte er es nur gründen als "ewigen Bund" der Fürsten und Freien Städte (Hamburg, Bremen, Lübeck). Außer den Zöllen, den Verbrauchssteuern und der Post hatte das Reich keine eigenen Einnahmen und lebte von Umlagebeträgen der einzelnen Bundesstaaten (Umlage = auf die Einzelländer verteilte Beiträge). Schwarz-weiß-rote Grenzpfähle gab es nur zwischen Elsass-Lothringen und Frankreich; an den übrigen Reichsgrenzen prangten die Farben des jeweiligen Bundesstaates. Bayern unterhielt sogar im Ausland besondere Gesandtschaften, und bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk war Bayern mit eigener Stimme vertreten. Ebenso hatten die Länder eigene Gesandte in Berlin. Bis 1919 hatte Bayern sogar eigene Briefmarken. Auch die Eisenbahnen gehörten den Ländern, nicht dem Reich. Ein Reichsbürgerrecht gab es nicht, sondern nur preußisches, sächsisches usw. Adolf Hitler musste Braunschweiger werden, um als Reichsdeutscher zu gelten.

Diesem Zustande, dessen Überwindung auch Bismarck nicht gelungen war, machten nun einige durchgreifende Gesetze ein Ende. Den ersten Schritt zu einer völligen Vereinheitlichung des ganzen Reiches bildete außer dem "Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 31.März 1933 das so genannte "Reichsstatthaltergesetz" vom 7. April 1933 (ergänzt durch das "Gesetz über den Neuaufbau des Reiches" vom 30. Januar 1934) und vom 30. Januar 1935.[27)] Diese Gesetze schufen eine einheitliche Staatsführung im gesamten Reichsgebiet und erledigten endgültig ein deutsches Erbübel: den Partikularismus. Mit der Aufhebung der Landeshoheit der einzelnen Länder war jedoch weder Zentralismus noch Gleichmacherei beabsichtigt. Die Landeshauptstädte haben freilich aufgehört, Sitze autonomer Regierungen oder Stätten für Parlamentstagungen zu sein, sie behalten aber, und zwar in erhöhtem Grade, ihre Bedeutung als kulturelle und wirtschaftliche Zentralpunkte im Reich. Als symbolisches Zeichen dieser politischen Verschmelzung wurden die Grenzpfähle zwischen den einzelnen Ländern in der Nacht vom 12. zum 13. November 1933 von deutschen Jungen niedergelegt. Die

Landesgrenzen sind nur noch verwaltungstechnische Gebietsgrenzen, nicht aber Hoheitsgrenzen.

Eine weitere Maßregel, die der neuen Regierung dringend erschien, bestand darin, den gewaltigen Beamtenapparat des Reiches von unerwünschten Elementen zu reinigen, die sich während der verflossenen vierzehn Jahre einzunisten gewusst hatten. Das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 richtete sich sowohl gegen politisch unzuverlässige Beamte und Marxisten wie vor allem gegen das Judentum.[28)] Es soll in dem folgenden Kapitel näher beleuchtet werden. Einen ähnlichen politischen Zweck verfolgten das "Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen", die zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933 erfolgt waren, und das "Gesetz über die Aberkennung des Deutschen Staatsbürgerrechts und die Einziehung von Vermögen". Diese beiden Gesetze richteten sich gegen Juden, denen es gelungen war, in der genannten Periode das deutsche Staatsbürgerrecht zu erwerben, und gegen Emigranten, die im Auslande als Verleumder und Ketzer gegen Deutschland auftraten.

Am 1. Mai führte Hitler einen symbolischen Schlag gegen den Marxismus, indem er diesem den proletarischen Feiertag wegnahm und ihn zu einem Volksfeiertag weihte. Wie er den Marxisten zu deren Ärger mit dem Grundfelde des Hakenkreuzes das Monopol der roten Fahne weggenommen hatte, so verwandelte er nun den Tag, an dem sie den Klassenkampf international verherrlichten, in einen Tag der nationalen Arbeit, an dem sich alle Schaffenden vereinigten, der Fabrikarbeiter, der Ingenieur, der Unternehmer und der Handwerker, der Lehrer, der Beamte und der Angestellte.

Am Tage darauf erfolgte ein noch vernichtenderer Schlag gegen den Marxismus: Der Aktionsausschuss zum Schutze der deutschen Arbeit gab der SA den Befehl, im ganzen Reich die Häuser der sog. freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften [29)] und die Arbeiterbanken zu besetzen und die Führer der Gewerkschaften zu verhaften. Durch dieses energische Vorgehen gewarnt, unterstellten sich sämtliche übrigen Gewerkschaften und Organisationen des Handwerks, der Industrie und des Handels sofort freiwillig der Führung der Partei, so dass die Deutsche Arbeitsfront schon am 5. Mai dem Führer melden konnte, dass 8 Millionen organisierter Arbeiter und als Zeichen der Anerkennung des sozialen Friedens auch die Unternehmerschaft der Arbeitsfront angegliedert worden waren. Um die Gelder, die die marxistischen Organisationen an ihre Parteistellen ausgezahlt hatten, für die Arbeiterschaft sicherzustellen, wurde das Vermögen der sozialdemokratischen Partei, der sozialdemokratischen Zeitungen und der sozialdemokratischen Kampforganisationen, des Reichsbanners, beschlagnahmt.[30)]

Aber noch bestanden die Parteien, außer der kommunistischen. Vor allem war es die Sozialdemokratische Partei, die ihre Zentrale nach Prag verlegt hatte und von dort eine offene Hetze gegen das nationalsozialistische Deutschland betrieb. Am 22. Juni 1933 verbot die Regierung diese Partei und ließ ihre in Deutschland agitierenden Führer verhaften. Die demokratische Staatspartei, die sich bei den letzten Wahlen mit den Sozialdemokraten verbunden hatte, löste sich am 28. Juni 1933 selbst auf. Es blieben noch drei Parteien: die Deutschnationale, die Deutsche Volkspartei und das katholische Zentrum. Am 27. Juni erklärte eine Abordnung der Deutschnationalen dem Reichskanzler, dass die Partei sich entschlossen habe, sich der nationalsozialistischen Führung zu unterwerfen. Die Volkspartei und das Zentrum lösten sich freiwillig auf. Auch Franz Seldtes "Stahlhelm" gliederte sich der nationalsozialistischen Bewegung ein. Damit waren sämtliche Parteibildungen in Deutschland von der Bildfläche verschwunden. Am 14. Juli 1933 verbot ein Gesetz die Neubildung von Parteien und erklärte jeden Versuch eine solche zu gründen für Hochverrat.

Der dringendste Punkt des ersten Vierjahresplans, den Hitler in seinem Aufruf vom 1. Mai proklamiert hatte, betraf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. "Deutsches Volk" - das waren seine Worte - "glaube nicht. dass das Problem der Arbeitsbeschaffung in den Sternen gelöst wird! Du selbst musst mithelfen, es zu lösen. Du musst aus Einsicht und Vertrauen alles tun, was Arbeit schaffen kann." Diese Auffassung war schon ein paar Jahre vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus hier und da unter dem Volke lebendig geworden. Es gab mehrere Dutzend "Arbeitsdienste", die neben den nationalsozialistischen Arbeitsdienstorganisationen von verschiedenen Verbänden und Gruppen eingerichtet wurden. Die damalige Regierung aber hatte kein Verständnis für diese Form von Arbeitsbeschaffung.[31)] Sie zog es vor, durch Auslandsanleihen einen künstlichen Auftrieb der deutschen Wirtschaft hervorzurufen, der das Ausland blendete und es dazu verführte, die deutsche Leistungsfähigkeit zu überschätzen (Youngplan!). Über die Folgen dieser Politik geben die trockenen und nüchternen Berichte der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erschütternde Beweise. Die Arbeitslosigkeit nahm einen Umfang an, der die Gefahr einer allgemeinen Hungersnot heraufzubeschwören schien. Die Anzahl der Erwerbslosen stieg schließlich auf nahezu 7 Millionen. Rechnet man dazu noch die Anzahl anderer Unterstützungsbedürftiger und deren Familienmitglieder, so erhält man 21,5 Millionen, die durch Unterstützungen am Leben erhalten werden mussten.[32)] Die Verschuldung der oben genannten Reichsanstalt stieg von 184 Millionen RM im Jahre 1929 auf 1.400 Millionen im Jahre 1931. Im Jahre 1935 trug die Reichsanstalt ihren Etat nicht nur selbst, sondern hatte darüber hinaus dem Reich und den Gemeinden die Lasten der Krisenfürsorge abgenommen und beide dadurch um insgesamt 2.275 Millionen RM entlastet.

Die "Arbeitsschlacht", die Hitler am 1. Februar verkündete, d. h. die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung, sollte auf zwei Wegen erfolgen: auf dem Wege der privaten Arbeitsbeschaffung (Instandsetzung aller Häuser und sonstiger Bauten im Reiche) und auf dem Wege der öffentlichen Arbeitsbeschaffung, vor allem durch einen umfassenden Straßenneubau. Das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933, für dessen Durchführung eine Milliarde Reichsmark zur Verfügung gestellt wurde, wurde durch eine Reihe von Gesetzen vervollständigt, die außer der direkten Arbeitsbeschaffung vor allem den Zweck hatten, durch Steuererleichterungen den Umsatz zu fördern und durch verschiedene Maßregeln praktischer und psychologischer Art die Wirtschaft anzukurbeln. Besonders auffällig waren die Wirkungen des vom Staat unternommenen Baus von Autobahnen. Mit jedem Jahr stiegen das Tempo und die Intensität der Arbeit. Seit dem 19. Mai 1935, wo die Strecke Frankfurt a. M. - Darmstadt eröffnet wurde, wird jeden Tag 1 km Reichsautobahn fertig. Von dem Umfang dieser Arbeiten bekommt man einen Begriff, wenn man erfährt, dass z. B. der Suezkanal 74 Millionen cbm Bodenbewegung an Erdarbeiten eingefordert hatte, für die Reichsautobahnen aber schon am 1. August 1935 an 170 Millionen cbm Erdbewegung geleistet worden waren. Die Wirkungen auf Industrie und Wirtschaftsleben überhaupt mögen folgende Beispiele illustrieren: der Umsatz von Straßenwalzen war im Jahre 1934 vierundzwanzig mal größer als 1932; der Absatz von Personenautos stieg von 40.000 im Jahre 1932 auf 185.000 im Jahre 1935; dagegen fiel die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren in der Bauindustrie von 960 im Jahre 1932 auf weniger als 100 im Jahre 1935.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit hatte man sich in drei Etappen gedacht, deren erste den Sommer 1933 umfasste. Am Ende dieser Etappe konnte man feststellen, dass die Zahl der Arbeitslosen von etwa 7 Millionen auf 3,7 Millionen gesunken war. Im Januar 1935 gab es noch 2.974.000 Erwerbslose, im Januar 1936 2.520.000 und im April 1937 wurde zum ersten Mal die Millionengrenze unterschritten. Die unsichtbare Arbeitslosigkeit ist verschwunden. Bettler und Hausierer gibt es kaum noch. Dafür besteht in einer Reihe von Erwerbszweigen bereits ein fühlbarer Facharbeitermangel.[33)] Es sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, um dem Arbeitermangel abzuhelfen, da eine industrielle Reservearmee nicht mehr vorhanden ist und die Zahl der noch einsatzfähigen Arbeitskräfte nur ganz gering ist. Man berechnet, dass im Jahr 1947 nur wenig über 400.000 junge Menschen die Volksschulen werden verlassen haben, während es 1931 noch 570.000 waren. Ein gangbarer Weg ist, die volkspolitisch unwichtigen Betriebe und Berufe durchzukämmen, um Männer und Frauen frei zu machen und sie in lebenswichtigen Werkstätten einzusetzen. Dieser Weg ist schon teilweise beschritten worden. Ein anderer Weg ist: Umschulung unproduktiver Kräfte, Kürzung der Lehrzeit, Intensivierung der gesamten Lehre.

Hitler verfocht die Ansicht, dass es vor allem gelte, die Ideologie der Bedürfnislosigkeit und der systematischen Einschränkung, also den vom Kommunismus ausgehenden Primitivitätskult zu bekämpfen, der unweigerlich zur Zerstörung der Wirtschaft und des ganzen Lebens führen müsse. Das Entscheidende sei nicht, dass alle sich beschränken, sondern dass alle sich bemühen, vorwärtszukommen und sich zu verbessern.

Natürlich bedeutete dies nicht eine Aufforderung zum Wohlleben. Im Gegenteil. Wenn Hitler das Volk aufforderte mitzuhelfen, so meinte er damit nicht nur schaffen und produzieren, sondern auch opfern und verzichten, was in der gemeinsamen Volkssolidarität mit enthalten ist. "Wenn der eine oder andere sagt, man würde dabei zu stark belastet werden, man müsse ja immer wieder geben, dann kann man nur erwidern: Das ist nun einmal der Sinn einer wirklichen nationalen Solidarität. Im Nehmen kann die wirkliche nationale Solidarität ihren Sinn nicht haben. Es soll mit Absicht einem Teil unseres Volkes, eine gewisse Not mit aufgebürdet werden, damit er dadurch hilft, die Not des anderen erträglicher zu gestalten. Wenn das ganze Volk richtig erfasst hat, dass diese Maßnahmen für jeden ein Opfer bedeuten müssen, dann wird nicht nur eine Milderung der materiellen Not eintreten, sondern... daraus die Überzeugung wachsen, dass diese Volksgemeinschaft nicht ein leerer Begriff ist..." [34)]

Es wird immer Menschen geben, die im Reichtum die einzige zuverlässige Grundlage des Lebensglückes sehen. Die Erkenntnis, dass das ein Irrtum ist, kommt immer dann, wenn es schon zu spät ist. Die Volksgenossen dazu zu erziehen, dass diese Einsicht allgemein Eingang findet und schon dem jugendlichen Sinn eingeprägt wird, darin sieht der Nationalsozialismus eine seiner ethischen Aufgaben. Freilich soll der Nationalsozialist danach streben, dass auch die materiellen Daseinsbedingungen für alle wie für den einzelnen leichter werden, freilich soll er für die Freiheit, Macht und Größe seines Vaterlandes wirken, aber das Lebensziel des Volkes wie des einzelnen soll nicht die "prosperity" sein.[35)] Nietzsche sagt das noch deutlicher in folgen den Worten. "Die Arbeiter sollen einmal leben wie jetzt die Bürger, aber über ihnen, sich durch Bedürfnislosigkeit auszeichnend, die höhere Kaste: also ärmer und einfacher, doch im Besitz der Macht." Der Begriff "Fortschritt", mit dem der Liberalismus sich brüstet, wird damit nicht aufgehoben, aber in ihm beginnt ein ganz neuer, höherer, edlerer Inhalt aufzuschimmern.

Aus diesem Geiste heraus entstanden solche Hilfsmaßnahmen wie das sog. "Eintopfgericht" und das "Winterhilfswerk", die im Kapitel über die NS-Volkswohlfahrt näher behandelt werden.

Am 6. Juli 1933 hielt Hitler eine Ansprache an die Reichsstatthalter, in der er den Verlauf und das Ergebnis der Revolution kennzeichnete. Er erklärte die

Revolution für abgeschlossen und warnte vor übereiltem Vorgehen beim Aufbau, an den nun geschritten werden müsse. "Man darf erst umschalten, wenn man die geeigneten Personen für die Umschaltung hat. Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen, als gelungene aufgefangen und zum Stehen gebracht worden. Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muss den freigewordenen Strom in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten."

Am 2. August 1934, dem zwanzigsten Jahrestage des Kriegsbeginns, starb der Reichspräsident Paul von Hindenburg. Einige Monate vorher hatte er sein politisches Testament niedergeschrieben und darin gesagt: "Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan." An demselben Tage erließ die Regierung das "Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches" vom 1. August 1934, laut welchem das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers vereinigt wird. Adolf Hitler übernahm die Befugnisse beider Ämter als "Führer und Reichskanzler". Er bestimmt seinen Stellvertreter und seinen Nachfolger.

Über das Gesetz vom 1. August fand am 19. August eine Volksabstimmung [36)] statt. Sie ergab 38.362.760 Ja-Stimmen, 4.294.654 Nein-Stimmen. 90 Prozent des Volkes hatten ihre Zustimmung zum Gesetz gegeben. Über dies Ergebnis äußerte der amerikanische Zeitungskönig William Randolph Hearst in einer Unterredung mit dem Auslandspressechef der NSDAP, Dr. Hanfstaengel, sich folgendermaßen: "Eigentlich kommt das Wahlresultat einer einstimmigen Willensäußerung gleich. Diese überwältigenden Majoritäten, mit denen Herr Hitler als erster die Welt in Staunen versetzt hat, und die wir jetzt gelernt haben wie Selbstverständlichkeiten hinzunehmen, eröffnen in gewissem Sinne ein neues Kapitel der modernen Geschichte... Gelingt es Herrn Hitler, seinem Volke Frieden, Ordnung und Wege zu jener gesitteten Entfaltung zu erschließen, die der Krieg auf der ganzen Welt in weitern Umfange vernichtet hat, so tut er damit Gutes nicht allein für sein eigenes Volk, sondern für die gesamte Menschheit. Deutschland kämpft für seine Befreiung von den frevelhaften Bestimmungen des Versailler Vertrages und für seine Erlösung von der boshaften Unterdrückung und Einschnürung, denen es unterworfen worden ist, unterworfen von Völkern, die in ihrer Selbstsucht und Kurzsichtigkeit und Feindschaft für Deutschlands Aufstieg nichts übrig haben, der in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein Kampf, der von allen freiheitsliebenden Völkern mit verständnisvoller Teilnahme verfolgt werden sollte."

Man wunderte sich deshalb nicht, dass die Welt, trotz der Aufregung Frankreichs, völlig ruhig blieb, als Hitler am 16. März 1935 die

Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit aus eigener Machtvollkommenheit proklamierte und ein Gesetz für den Aufbau der deutschen Wehrmacht erließ.

Hitlers Bedeutung und Fähigkeit als Staatsmann traten tatsächlich immer deutlicher zu Tage. Er zeigte sich im Besitz der seltenen Gabe, in besonnener Geduld und Selbstbeherrschung den Strom des sozialen und politischen Geschehens scheinbar in Freiheit dahingleiten zu lassen, dann aber im richtigen Augenblick entschlossen zuzugreifen, um ihn in die Richtung zu lenken, in der sein eigenes Endziel lag. Am überraschendsten und ausdrucksvollsten sollte diese seine Entschluss- und Handlungskraft zu Tage treten, als er die Frage des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich mit einem für die übrige Welt völlig unerwarteten Vorgehen löste.

Die eigentliche staatsmännische Aufbauarbeit auf dem Gebiete der inneren Politik, des Wirtschafts- und Kulturlebens im Rahmen der Partei soll im vierten Abschnitt dieses Buches dargestellt werden. Hier soll zunächst, ehe wir zur Betrachtung der Außenpolitik des nationalsozialistischen Staates übergehen, über ein noch zu Hindenburgs Lebenszeit vorgefallenes Ereignis berichtet werden, aus dessen Verlauf die außerordentliche Entschlusskraft und Geistesgegenwart und der persönliche Mut Hitlers hervorleuchten, aber auch die unbeugsame Strenge und Härte, mit der er, wenn die Verwirklichung seiner Ideale und die Wohlfahrt des Volkes auf dem Spiele stehen, seinen Willen durchzusetzen und seine Machtposition zu behaupten weiß.

Im Jahre 1934 hatte die nationalsozialistische Bewegung ihr Ziel endgültig errungen, und ihre politische wie ihre völkische Stellung schien völlig gesichert. Staatsfeindliche Kräfte der Zersetzung machten sich nur noch in der Verbreitung verlogener Gerüchte, unverbindlicher Kritisiererei und Miesmacherei bemerkbar. Gegen diese letzteren eröffnete der Reichspropagandaleiter Goebbels eine Aktion mit einer Rede im Berliner Sportpalast am 11. Mai, und am 25. Juni hielt der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, eine Rede, in der er die unberufenen Kritiker warnte, die über die Maßnahmen der Regierung unrichtige Darstellungen verbreiteten und die Tatkraft und den Willen des Volkes durch böswillige Entstellungen zu lähmen suchten. "Wir wissen" - sagte er - "so gilt wie der Führer selbst, dass so unendlich viel heute noch Stückwerk ist und erst den Keim des Erstrebten in sich trägt, aber wir verbitten uns die Kritik derjenigen, welche einst an Stellen standen, an denen sie hätten beweisen können, dass sie die Probleme besser zu lösen verstehen als wir, und die versagten, die den Niedergang nicht aufzuhalten vermochten."

Doch neben diesen harmlosen Warnungen kam in seiner Rede noch etwas viel Ernsteres zum Ausdruck. Er sprach von den Provokateuren, welche Volksgenossen gegeneinander zu hetzen versuchten und dieses verbrecherische Tun mit dem Namen einer "zweiten Revolution" bemäntelten. Dass er mit dieser

Mahnung an Tatsachen rührte, die im geheimen Bereits einen gefährlichen Umfang angenommen hatten, sollte sich schon nach wenigen Tagen zeigen.

Es handelte sich um die SA, die Sturm-Abteilungen, die aus einer geringen Schutztruppe der politischen Versammlungen zu einer Garde der Revolution sich entwickelt hatten und unter Hitlers strenger Schule ein Vorbild von Treue und Gehorsam geworden waren. Nach 1925 war ihre Zahl in raschem Tempo gewachsen und seit Ende 1933 bildeten sie die Zusammenfassung sämtlicher nationalen Verbände. Aus der SA wurden später die "Schutz-Staffeln" (SS) als persönliche Leibgarde des Führers herausgelöst.[37)]

Die SA bildet die große politische Schule des Nationalsozialismus, die nach dem äußeren Sieg den Kampf um das Innere des deutschen Menschen weiterführen soll. Die SA muss nach den Worten des Führers der Garant sein für den siegreichen Vollzug der Revolution, und diese werde nur dann siegreich vollzogen sein, wenn durch die Schule der SA ein neues deutsches Volk herangebildet wurde. Wenn das Heer der Waffenträger der Nation sei, dann müsse die SA ihr politischer, gestaltender Willensträger sein. Die Fahne der SA sei die Fahne der politischen und geistigen Revolutionierung des deutschen Volkes. Einmal müsse die Zeit kommen, da unter dem Banner der SA wirklich ganz Deutschland marschiert. Und am Ende ihres Weges müsse stehen ein deutsches Volk mit einer politischen Willensorganisation. Und Hitler verlangt vom SA-Mann Treue, blinden Gehorsam, unbedingte Disziplin, vorbildliche Aufführung, all Einfachheit und Pflichterfüllung. Er verlangt vom SA-Führer, dass er an Mut und Opfersinn von seinen Untergebenen nicht mehr fordere, als er selbst jederzeit einzusetzen bereit sei. Der SA-Mann solle geistig und körperlich zum geschultesten Nationalsozialisten erzogen werden, denn nur in der weltanschaulichen Verankerung in der Partei liege die einzigartige Stärke dieser Organisation.

Sollte diese Eliteorganisation der Bewegung sich als nicht zuverlässig erweisen? Nein - die SA als Ganzes erwies sich als über allem Verdacht stehend, wenn auch die Katastrophe für einige wenige Tage einen Schatten über sie warf. Die Schuldigen waren die Oberste Führung der SA und einige andere mit ihnen in Verbindung stehende Personen. Der Stabschef der SA, Röhm, der seit Beginn der Bewegung mit großer Energie an Hitlers Seite gekämpft und an dem Aufbau der SA aktivsten Anteil genommen, plante einen verräterischen Umsturz des nationalsozialistischen Staates. Diese "Röhm-Revolte" hat begreiflicherweise in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen erregt und ist im Auslande vielfach teils missverstanden, teils in tendenziöser Weise in ihren Ursachen und ihrem Verlauf entstellt worden. Im Interesse der Wahrheit erscheint deshalb eine unvoreingenommene Darstellung dieses Falles geboten. Hitler selber hat darüber in einer großen Rede vor dem Reichstag am 13. Juli 1934 in so klarer und überzeugend einfacher Aufrichtigkeit berichtet, dass man die sicherste Kunde

über die Vorgeschichte, Entstehung und Überwindung der Revolte nur aus Hitlers Darstellung erhalten kann. Mit einigen Kürzungen soll seine Rede deshalb hier wiedergegeben werden.

"... Das erst vereinzelte Geschwätz von einer neuen Revolution, von einer neuen Umwälzung, von einem neuen Aufstand wurde allmählich so intensiv, dass nur eine leichtsinnige Staatsführung darüber hätte hinwegsehen können. Man konnte nicht mehr alles das einfach als dummes Gerede abtun, was in Hunderten und endlich Tausenden von Berichten mündlich und schriftlich darüber einging. Noch vor drei Monaten war die Parteiführung überzeugt, dass es sich einfach um das leichtsinnige Geschwätz politischer Reaktionäre, marxistischer Anarchisten oder aller möglichen Müßiggänger handeln würde, dem jede tatsächliche Unterlage fehle.
Mitte März habe ich veranlasst, Vorbereitungen zu treffen für eine neue Propagandawelle. Sie sollte das deutsche Volk gegen den Versuch einer neuen Vergiftung immunisieren. Gleichzeitig damit aber gab ich auch an einzelne Parteidienststellen den Befehl, den immer wieder auftauchenden Gerüchten einer neuen Revolution nachzugehen und wenn möglich die Quellen dieser Gerüchte aufzufinden.
Es ergab sich, dass in den Reihen einiger höherer SA-Führer Tendenzen auftraten, die zu ernstesten Bedenken Anlass geben mussten...
Ich habe auf diese und eine Reihe weiterer Missstände den Stabschef Röhm hingewiesen, ohne dass irgendeine fühlbare Abhilfe, ja auch nur ein erkennbares Eingehen auf meine Ausstellungen eingetreten wäre. Im Monat April und Mai nahmen diese Klagen ununterbrochen zu. Zum ersten Male erhielt ich in dieser Zeit aber auch aktenmäßig belegte Mitteilungen über Besprechungen, die von einzelnen höheren SA-Führern abgehalten worden waren und die nicht anders als mit grober Ungehörigkeit bezeichnet werden mussten. Zum ersten Male wurde in einigen Fällen unleugbar bewiesen, dass in solchen Besprechungen Hinweise auf die Notwendigkeit einer neuen Revolution gegeben wurden, dass die Führer die Aufforderung erhielten, sich für eine solche neue Revolution innerlich und sachlich vorzubereiten.
Stabschef Röhm versuchte, alle diese Vorgänge in ihrer Wirklichkeit abzustreiten, und erklärte sie als versteckte Angriffe gegen die SA...
... Diese Auseinandersetzungen führten zu sehr ernsten Aussprachen zwischen dem Stabschef und mir, in denen mir zum ersten Mal Zweifel in die Loyalität dieses Mannes aufstiegen. Nachdem ich viele Monate lang jeden solchen Gedanken von mir zurückgewiesen hatte, nachdem ich vorher jahrelang mit meiner Person diesen Mann in unerschütterlicher treuer Kameradschaft gedeckt hatte, begannen mir nun allmählich Warnungen - vor allem auch meines Stellvertreters in der Parteiführung, Rudolf Heß - Bedenken einzuflößen, die ich selbst beim besten Willen nicht mehr zu entkräften vermochte.

Es konnte vom Monat Mai ab keinen Zweifel mehr geben, dass Stabschef Röhm sich mit ehrgeizigen Plänen beschäftigte, die im Falle ihrer Verwirklichung nur zu schwersten Erschütterungen führen konnten.
Wenn ich in diesen Monaten immer wieder zögerte, eine letzte Entscheidung zu treffen, geschah es aus zwei Gründen:
1. Ich konnte nicht so ohne weiteres mich mit dem Gedanken abfinden, dass nun ein Verhältnis, das ich auf Treue aufgebaut glaubte, nur Lüge sein sollte.
2. Ich hatte noch immer die stille Hoffnung, der Bewegung und meiner SA die Schande einer solchen Auseinandersetzung zu ersparen und die Schäden ohne schwerste Kämpfe zu beseitigen.
Allerdings brachte das Ende des Monats Mai immer bedenklichere Tatsachen an das Tageslicht.
Stabschef Röhm begann sich nicht nur innerlich, sondern auch mit seinem gesamten äußeren Leben von der Partei zu entfernen. Alle die Grundsätze, durch die wir groß geworden waren, verloren ihre Geltung.
Das Leben, das der Stabschef und mit ihm ein bestimmter Kreis zu führen begann, war für jede nationalsozialistische Auffassung unerträglich. Es war nicht nur furchtbar, dass er selbst und sein ihm zugetaner Kreis alle Gesetze von Anstand und einfacher Haltung brachen, sondern schlimmer noch, dass dieses Gift sich nunmehr in immer größeren Kreisen auszubreiten begann. Das Schlimmste aber war, dass sich allmählich aus einer bestimmten gemeinsamen Veranlagung heraus in der SA eine Sekte zu bilden begann, die den Kern einer Verschwörung nicht nur gegen die moralischen Auffassungen eines gesunden Volkes, sondern auch gegen die staatliche Sicherheit abgab...
... Ohne mich jemals davon zu verständigen, und ohne dass ich es zunächst auch nur ahnte, hat Stabschef Röhm durch Vermittlung eines durch und durch korrupten Hochstaplers, eines Herrn von A., die Beziehung zu General Schleicher aufgenommen. General Schleicher war der Mann, der dem inneren Wunsche des Stabschefs Röhm den äußeren Ausdruck verlieh. Er war es, der konkret die Auffassung fixierte und vertrat, dass
1. das heutige deutsche Regiment unhaltbar sei, dass
2. vor allem die Wehrmacht und sämtliche nationalen Verbände in einer Hand zusammengefasst werden müssten, dass
3. der dafür allein gegebene Mann nur Stabschef Röhm sein könnte, dass
4. Herr von Papen entfernt werden müsste und er bereit sein würde, die eines Vizekanzlers einzunehmen. Dass weiter auch noch andere wesentliche Veränderungen des Reichskabinetts vorgenommen werden müssten.
Wie immer in solchen Fällen begann nunmehr das Suchen nach den Männern für die neue Regierung, immer unter der Annahme, dass ich selbst in meiner Stellung, wenigstens für zunächst, belassen würde.
Die Durchführung dieser Vorschläge des Generals von Schleicher musste schon im Punkte 2 auf meinen nie zu überwindenden Widerstand stoßen. Es wäre mir weder sachlich noch menschlich jemals möglich gewesen, meine Einwilligung

zu einem Wechsel im Reichswehrministerium zu geben und die Neubesetzung durch den Stabschef Röhm vorzunehmen...
Da der Stabschef Röhm selbst unsicher war, ob Versuche in der bezeichneten Richtung wohl bei mir auf Widerstand stoßen würden, wurde der erste Plan festgelegt zur Erzwingung dieser Entwicklung. Die Vorbereitungen hierzu wurden umfangreich getroffen:
1. Planmäßig sollten die psychologischen Voraussetzungen für den Ausbruch einer zweiten Revolution geschaffen werden. Zu diesem Zwecke wurde durch SA-Propagandastellen selbst in die SA die Behauptung hineinverbreitet, die Reichswehr beabsichtige eine Auflösung der SA, und später wurde ergänzt, ich sei leider für diesen Plan auch persönlich gewonnen worden. Eine ebenso traurige wie niederträchtige Lüge!
2. Die SA müsste nunmehr diesem Angriff zuvorkommen und in einer zweiten Revolution die Elemente der Reaktion einerseits und der Parteiwiderstände andererseits beseitigen, die Staatsgewalt aber der Führung der SA selbst anvertrauen.
3. Zu diesem Zwecke sollte die SA in kürzester Frist alle notwendigen sachlichen Vorbereitungen treffen. Es ist dem Stabschef Röhm gelungen, unter Verschleierungen - unter anderem der lügenhaften Angabe, soziale Hilfsmaßnahmen für die SA durchführen zu wollen - Millionenbeträge diesem Zwecke zuzuführen.
4. Um die entscheidendsten Schläge rücksichtslos führen zu können, wurde die Bildung bestimmter nur hierfür in Frage kommender eingeschworener Terrorgruppen unter dem Titel "Stabswachen" gebildet...
... In bestimmten Führertagungen sowohl als bei Erholungsfahrten wurden allmählich die in Frage kommenden SA-Führer zusammengezogen und individuell behandelt. Das heißt, während die Mitglieder der inneren Sekte die eigentliche Aktion planmäßig vorbereiteten, wurden dem zweitgrößeren Kreis der SA-Führer nur allgemeine Mitteilungen gemacht des Inhalts, dass eine zweite Revolution vor der Tür stände, dass diese Revolution kein anderes Ziel besitze, als mir selbst die Handlungsfreiheit zurückzugeben, dass daher die neue und diesmal blutige Erhebung - die Nacht der langen Messer, wie man sie grauenvoll bezeichnete -, meinem eigenen Sinn entspräche. Die Notwendigkeit des eigenen Vorgehens der SA wurde begründet mit dem Hinweis auf meine Entschlussunfähigkeit, die erst dann behoben sein würde, wenn Tatsachen geschaffen wären...
... Anfangs Juni ließ ich als letzten Versuch Stabschef Röhm noch einmal kommen zu einer nahezu fünfstündigen Aussprache, die sich bis Mitternacht hinzog.
Ich teilte ihm mit, dass ich aus zahllosen Gerüchten und aus zahlreichen Versicherungen und Erklärungen alter treuer Parteigenossen und SA-Führer den Eindruck gewonnen hätte, dass von gewissenlosen Elementen eine nationalbolschewistische Aktion vorbereitet würde, die über Deutschland nur namenloses Unglück bringen könnte. Ich erklärte ihm weiter, dass mir auch

Gerüchte zu Ohren gekommen seien über die Absicht, die Armee in den Kreis dieser Pläne einzubeziehen.
Ich versicherte dem Stabschef Röhm, dass die Behauptung, die SA solle aufgelöst werden, eine niederträchtige Lüge sei, dass ich mich zur Lüge, ich selbst wolle gegen die SA vorgehen, überhaupt nicht äußern könnte, dass ich aber jeden Versuch, in Deutschland ein Chaos entstehen zu lassen, augenblicklich persönlich abwenden würde und dass jeder, der den Staat angreift, von vornherein mich zu seinen Feinden zählen müsse.
Ich beschwor ihn, zum letzten Mal, von sich aus diesem Wahnsinn entgegenzutreten und seine Autorität mit anzuwenden, um eine Entwickelung zu verhindern, die nur so oder so in einer Katastrophe enden könnte. Ich führte erneut schärfste Beschwerde wegen der sich häufenden unmöglichen Exzesse und forderte die nunmehrige restlose Ausmerzung dieser Elemente aus der SA, um nicht die SA selbst, Millionen anständiger Parteigenossen und Hunderttausende alter Kämpfer durch einzelne minderwertige Subjekte um ihre Ehre bringen zu lassen. Stabschef Röhm verließ diese Unterredung mit der Versicherung, diese Gerüchte seien teils unwahr, teils übertrieben, er werde im Übrigen alles tun, um nunmehr nach dem Rechten zu sehen.
Das Ergebnis der Unterredung aber war, dass Stabschef Röhm in der Erkenntnis, auf meine Person bei seinem geplanten Unternehmen unter keinen Umständen rechnen zu können, nunmehr die Beseitigung meiner Person selbst vorbereitete.
Zu diesem Zwecke wurde dem größeren Kreise der hinzugezogenen SA-Führer erklärt, dass ich selbst mit dem in Aussicht genommenen Unternehmen wohl einverstanden sei, aber persönlich davon nichts wissen dürfe bzw. den Wunsch hätte, zunächst auf 24 oder 48 Stunden bei Ausbruch der Erhebung in Haft genommen zu werden, um so durch die vollzogenen Tatsachen der unangenehmen Belastung enthoben zu sein, die sich im anderen Fall für mich außenpolitisch ergeben müsste. Diese Erklärung erhält ihre letzte Illustration durch die Tatsache, dass unterdes vorsorglicherweise bereits der Mann gedungen war, der meine spätere Beseitigung durchzuführen hatte:
Standartenführer Uhl gestand noch wenige Stunden vor seinem Tod die Bereitwilligkeit zur Durchführung eines solchen Befehls...
... Die direkte Aktion sollte in Berlin schlagartig einsetzen mit einem Überfall auf die Regierungsgebäude, mit einer Verhaftung meiner Person, um dann die weiteren Aktionen als in meinem Auftrag stattfindend, abrollen lassen zu können...
... Sowohl Stabschef Röhm als auch Gruppenführer Ernst, Obergruppenführer Heines, Hayn und eine Reihe anderer haben vor Zeugen erklärt, dass zunächst eine mehrtägige Auseinandersetzung blutigster Art mit ihren Widersachern stattfinden sollte. Die Frage nach der wirtschaftlichen Seite bei einer solchen Entwicklung wurde mit geradezu wahnsinnigem Leichtsinn unter dem Hinweis abgetan, dass der blutige Terror die notwendigen Mittel so oder so schaffen würde...

... Die Größe der Gefahr wurde aber erst recht erwiesen durch die Feststellungen, die nun vom Ausland nach Deutschland kamen. Englische und französische Zeitungen begannen immer häufiger von einer bevorstehenden Umwälzung in Deutschland zu reden, und immer mehr Mitteilungen ließen erkennen, dass von den Verschwörern eine planmäßige Bearbeitung des Auslandes in dem Sinne vorgenommen wurde, dass in Deutschland die Revolution der eigentlichen Nationalsozialisten vor der Türe stände und das bestehende Regiment nicht mehr zu handeln fähig sei...

... Ende Juni war ich daher entschlossen, dieser unmöglichen Entwicklung ein Ende zu setzen, und zwar ehe noch das Blut von zehntausend Unschuldigen die Katastrophe besiegeln würde.

Da die Gefahr und die auf allen lastende Spannung allmählich unerträglich geworden war und gewisse Parteistellen und Staatsstellen pflichtgemäß Abwehrmaßnahmen treffen mussten, erschien mir die eigenartige plötzliche Verlängerung des Dienstes vor dem SA-Urlaub bedenklich, und ich entschloss mich daher, Samstag, den 30. Juni, den Stabschef seines Amtes zu entheben, zunächst in Verwahrung zu nehmen und eine Anzahl von SA-Führern, deren Verbrechen klar zutage lag, zu verhaften.

Da es zweifelhaft war, ob angesichts der drohenden Zuspitzung Stabschef Röhm überhaupt noch nach Berlin oder anderswo hingekommen wäre, entschloss ich mich, zu einer nach Wiessee angesetzten SA-Führerbesprechung persönlich zu fahren. Bauend auf die Autorität meiner Person und auf meine wenn notwendig immer vorhanden gewesene Entschlusskraft, wollte ich dort um 12 Uhr mittags den Stabschef seiner Stellung entheben, die hauptschuldigen SA-Führer verhaften und in einem eindringlichen Appell die. übrigen zu ihrer Pflicht zurückrufen.

Im Laufe des 29. Juni erhielt ich aber so bedrohliche Nachrichten über letzte Vorbereitungen zur Aktion, dass ich mittags die Besichtigung der Arbeitslager in Westfalen abbrechen musste, um mich für alle Fälle bereit zu halten.

Um 1 Uhr nachts erhielt ich aus Berlin und München zwei dringendste Alarmnachrichten.

Nämlich erstens, dass für Berlin um 4 Uhr nachmittags Alarm angeordnet sei, dass zum Transport der eigentlichen Stoßformationen die Requisition von Lastkraftwagen befohlen und bereits im Gange sei, und dass Schlag 5 Uhr die Aktion überfallmäßig mit Besetzung der Regierungsgebäude ihren Anfang nehmen sollte. Gruppenführer Ernst war zu dem Zwecke auch nicht mehr nach Wiessee gereist, sondern zur persönlichen Führung der Aktion in Berlin zurückgeblieben. Zweitens wurde in München die Alarmierung der SA bereits für 9 Uhr abends angeordnet. Die SA-Formationen wurden nicht mehr nach Hause entlassen, sondern in die Alarmquartiere gelegt. Das ist Meuterei! Der Befehlshaber der SA bin ich und sonst niemand!

Unter diesen Umständen konnte es für mich nur noch einen einzigen Entschluss geben. Wenn überhaupt das Unheil noch zu verhindern war, dann musste blitzschnell gehandelt werden. Nur ein rücksichtsloses und blutiges Zugreifen

war vielleicht noch in der Lage, die Ausbreitung der Revolte zu ersticken. Und es konnte dann keine Frage sein, dass besser hundert Meuterer, Verschwörer und Konspiratoren vernichtet wurden, als zehntausend unschuldige SA-Männer auf der einen, zehntausend ebenso Unschuldige auf der anderen Seite verbluten zu lassen. Denn wenn die Aktion des Verbrechers Ernst in Berlin erst abzurollen begann, waren die Folgen ja, unausdenkbar! Wie das Operieren mit meinem Namen gewirkt hatte, ergab sich aus der beklemmenden Tatsache, dass es diesen Meuterern zum Beispiel gelungen war, in Berlin unter Berufung auf mich von nichts ahnenden Polizeioffizieren sich für ihre Aktion vier Panzerwagen zu sichern...

... Es war mir endlich klar, dass dem Stabschef nur ein einziger Mann entgegentreten konnte und entgegentreten musste.

Mir brach er die Treue, und ich allein musste ihn dafür zur Verantwortung ziehen!

Um 1 Uhr nachts erhielt ich die letzten Alarmdepeschen, um 2 Uhr morgens flog ich nach München. Ministerpräsident Göring hatte unterdes von mir schon vorher den Auftrag bekommen, im Falle der Aktion der Reinigung seinerseits sofort die analogen in Berlin und Preußen zu treffen. Er hat, mit eiserner Faust den Angriff auf den nationalsozialistischen Staat niedergeschlagen, ehe er zur Entwicklung kam. Die Notwendigkeit dieses blitzschnellen Handelns brachte es mit sich, dass mir in dieser entscheidenden Stunde nur ganz wenige Menschen zur Verfügung standen. Im Beisein des Ministers Goebbels und des neuen Stabschefs wurde dann die Ihnen bekannte Aktion durchgeführt und in München abgeschlossen.

Wenn ich noch wenige Tage vorher zur Nachsicht bereit gewesen war, dann konnte es in dieser Stunde eine solche Rücksicht nicht mehr geben. Meutereien bricht man nach ewig gleichen eisernen Gesetzen. Wenn mir jemand den Vorwurf entgegenhält, weshalb wir nicht die ordentlichen Gerichte zur Aburteilung herangezogen hätten, dann kann ich ihm nur sagen: In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr. Meuternde Divisionen hat man zu allen Zeiten durch Dezimierung wieder zur Ordnung gerufen. Nur ein Staat hat von seinen Kriegsartikeln keinen Gebrauch gemacht und dieser Staat ist dafür auch zusammengebrochen: Deutschland. Ich wollte nicht das junge Reich dem Schicksal des alten ausliefern.

Ich habe den Befehl gegeben, die Hauptschuldigen an diesem Verrat zu erschießen, und ich gab weiter den Befehl, die Geschwüre unserer inneren Brunnenvergiftung und der Vergiftung des Auslandes auszubrennen bis auf das rohe Fleisch. Und ich gab weiter den Befehl, bei jedem Versuch des Widerstandes der Meuterer gegen ihre Verhaftung diese sofort mit der Waffe niederzumachen.

Die Nation muss wissen, dass ihre Existenz - und diese wird garantiert durch ihre innere Ordnung und Sicherheit - von niemandem ungestraft bedroht wird! Und es soll jeder für alle Zukunft wissen, dass, wenn er die Hand zum Schlage

gegen den Staat erhebt, der sichere Tod sein Los ist. Und jeder Nationalsozialist muss wissen, dass kein Rang und keine Stellung ihn seiner persönlichen Verantwortung und damit seiner Strafe entziehen. Ich habe Tausende unserer früheren Gegner wegen ihrer Korruption verfolgt. Ich würde mir innere Vorwürfe machen, wenn ich gleiche Erscheinungen bei uns dulden würde...
... Wenn mir die Meinung entgegengehalten wird, dass nur ein gerichtliches Verfahren ein genaues Abwägen von Schuld und Sühne hätte ergeben können, so lege ich gegen diese Auffassung feierlich Protest ein. Wer sich gegen Deutschland erhebt, treibt Landesverrat.
Wer Landesverrat übt, soll nicht bestraft werden nach dem Umfang und Ausmaß seiner Tat, sondern nach seiner zutage getretenen Gesinnung.
Wer sich untersteht, im Innern unter Bruch von Treue und Glauben und heiligen Versprechen, eine Meuterei anzuzetteln, kann nichts anderes erwarten, als dass er selbst das erste Opfer sein wird. Ich habe nicht die Absicht, die schuldigen Kleinen erschießen zu lassen und die Großen zu schonen. Ich habe nicht zu untersuchen, ob und wem von diesen Verschwörern, Hetzern, Destrukteuren und Brunnenvergiftern der deutschen öffentlichen Meinung und im weiteren Sinne der Weltmeinung ein zu hartes Los zugefügt wurde, sondern ich habe nur darüber zu wachen, dass das Los Deutschlands getragen werden kann. Ein ausländischer Journalist, der bei uns Gastrecht genießt, protestiert im Namen der Frauen und Kinder der Erschossenen und erwartet aus ihren Reihen die Vergeltung. Ich kann diesem Ehrenmanne nur eines zur Antwort geben: Frauen und Kinder sind stets die unschuldigen Opfer verbrecherischer Handlungen der Männer gewesen. Auch ich empfinde mit ihnen Mitleid, allein ich glaube, dass das Leid, das ihnen zugefügt worden ist durch die Schuld dieser Männer, nur ein winziger Bruchteil ist gegenüber dem Leid, das vielleicht Zehntausende an deutschen Frauen getroffen hätte, wenn diese Tat gelungen wäre. Ein ausländischer Diplomat erklärt, dass die Zusammenkunft mit Schleicher und Röhm selbstverständlich ganz harmloser Natur gewesen wäre. Ich habe mich darüber mit niemandem zu unterhalten. Die Auffassungen über das, was harmlos ist und was nicht, werden sich auf politischem Gebiet niemals decken.
Wenn aber drei Hochverräter in Deutschland mit einem auswärtigen Staatsmann eine Zusammenkunft vereinbaren und durchführen, die sie selbst als dienstlich bezeichnen, unter Fernhaltung des Personals durchführen und mir durch strengsten Befehl verheimlichen, dann lasse ich solche Männer totschießen, auch wenn es zutreffend sein sollte, dass bei einer vor mir so verborgenen Beratung mir über Witterung, alte Münzen und dergleichen gesprochen worden sein soll.
Die Sühne für diese Verbrechen war eine schwere und harte.
Neunzehn höhere SA-Führer, einunddreißig SA-Führer und SA-Angehörige wurden erschossen, ebenso drei SS-Führer als Mitbeteiligte am Komplott. Dreizehn SA-Führer und Zivilpersonen, die bei der Verhaftung Widerstand versuchten, mussten dabei ihr Leben lassen. Drei weitere endeten durch Selbstmord.

Fünf Nicht-SA-Angehörige, aber Parteigenossen, wurden wegen Beteiligung erschossen.
Endlich wurden noch erschossen drei SS-Angehörige, die sich eine schändliche Misshandlung gegenüber Schutzhäftlingen zuschulden kommen ließen.
Um zu verhindern, dass die politische Leidenschaft und Empörung an weiteren Belasteten zur Lynchjustiz greifen konnte, wurde, nachdem die Gefahr beseitigt und die Revolte als niedergebrochen gelten konnte, noch am Sonntag, dem 1. Juli, der strengste Befehl gegeben, jede weitere Vergeltung zu unterlassen. Es ist damit seit Sonntag, dem 1. Juli, nachts, der normale Zustand wiederhergestellt. Eine Anzahl von Gewalttaten, die mit dieser Aktion in keinem Zusammenhang stehen, werden den normalen Gerichten zur Aburteilung übergeben...
... So wie ich vor anderthalb Jahren unseren damaligen Gegnern die Versöhnung angeboten habe, so möchte ich auch all denen, die mitschuldig waren an dieser Wahnsinnshandlung, von jetzt ab ebenfalls das Vergessen zusagen...
... Mögen sie jetzt sicherer als früher die große Aufgabe erkennen, die uns das Schicksal stellt, und die nicht gelöst wird durch Bürgerkrieg und Chaos. Mögen sie sich alle verantwortlich fühlen für das kostbarste Gut, das es für das deutsche Volk geben kann: die innere Ordnung und den inneren und äußeren Frieden! So wie ich bereit bin, vor der Geschichte die Verantwortung zu übernehmen für die 24 Stunden der bittersten Entschlüsse meines Lebens, in denen mich das Schicksal wieder gelehrt hat, in banger Sorge mit jedem Gedanken das Teuerste zu umkrallen, das uns auf dieser Welt gegeben ist: das deutsche Volk und Deutsche Reich!"

Die Rede machte auf sämtliche Anwesende einen erschütternden Eindruck. Philippe Barre, Korrespondent des "Matin", berichtet an sein Blatt: "Wer diese Worte nicht gehört hat, nicht den Saalhall, in dem sich Abgeordnete, Publikum, die Leute des Ordnungsdienstes, die Journalisten wie ein Mann erhoben und dem Führer zujubelten, der hat nichts gesehen von Deutschland."

Der Generalfeldmarschall erkannte in einem Telegramm an den Reichskanzler das entschlossene Zugreifen und das tapfere Einsetzen seiner Person an und sprach ihm seinen tiefempfundenen Dank aus. Das Reichskabinett erließ ein "Gesetz über die Maßnahmen der Staatsnotwehr", das das Vorgehen Hitlers als berechtigt anerkannte, und Hitler selbst erklärte in einer Anordnung vom 3. Juli, dass die Aktion als abgeschlossen zu betrachten sei und im Zusammenhang mit ihr stehende Gewalttaten der normalen Justiz zu übergeben seien.

Außenpolitik
In der Innenpolitik hatte sich der Staatsmann Hitler mit Problemen zu befassen, mit denen er sich zum größten Teil bereits seit zehn Jahren in seinen Gedanken beschäftigt und von denen er viele, teils grundsätzlich, teils bis in Einzelheiten hinein, in seinem Buch behandelt hatte. Ganz anders lagen die staatsmännischen Aufgaben auf dem außenpolitischen Gebiet. Freilich hatte er auch solche in

seinem Buch zu formulieren gesucht. Aber das waren theoretische Betrachtungen gewesen. Jetzt hatte er sich mit der nackten Praxis auseinanderzusetzen. In dieser sah er sich mehr als einmal zu Konzessionen und Kompromissen gezwungen. In der Außenpolitik konnte der Politiker nicht immer die Linie des Programmatikers einhalten. Umso bemerkenswerter ist es, dass er auch auf diesem eisglatten Gebiet niemals die Grundlinie seines Programms aus dem Auge verlor. Sehr richtig sagt Hermann Stegemann von ihm: "Er glich dem Polarforscher, der gezwungen ist, sein Schiff durch die aufspringenden Wasserbahnen des Packeises zu führen, ohne einen bestimmten Weg innehalten zu können und Ablenkungen, Rückwendungen und Einfrierungen in Kauf nimmt, ohne sich von seiner Zielsetzung abbringen zu lassen."

Auf eine ausführliche Behandlung der nationalsozialistischen Außenpolitik kann hier nicht eingegangen worden. Wir müssen uns auf die wichtigsten Fälle beschränken, die für die Auffassung und das Vorgehen Hitlers charakteristisch sind.

Seine außenpolitische Einstellung wird von zwei Hauptfragen beherrscht: der Wiederherstellung der Souveränität und staatlichen Gleichberechtigung Deutschlands und der Sicherung des Friedens. Die Art, wie er diese beiden Fragen behandelt, die von Böswilligen so leicht in Widerspruch miteinander gebracht werden können, stellt seine staatsmännische Begabung in ein helles Licht.

Frankreich war es, das ihn zuerst veranlasste, das Gebiet der äußeren Politik als Redner zu betreten. Die französische Regierung behauptete nämlich, die Schupo, die SA und die SS seien militärische Formationen, mit ihrer Aufstellung habe Deutschland den Versailler Vertrag verletzt. Diese Behauptung beantwortete der Außenminister Neurath mit einer sehr ernst gehaltenen Note. Er wies nach, dass die Behauptung, die SA und die SS seien militärische Formationen, unwahr sei. Anderseits müsse aber Deutschland unter Voraussetzung der Gleichberechtigung, auch wenn man den von England vorgeschlagenen Abrüstungsplan verwirklichte, unter allen Umständen aufrüsten, denn die Großmächte würden nie alle Forderungen des Abrüstungsplanes erfüllen, sondern immer noch wesentlich stärker gerüstet sein als Deutschland. Auf diese energische Erklärung, aus der mit aller Klarheit hervorging, dass Deutschland nicht mehr gewillt war, sich als eine Nation geringeren Grades behandeln zu lassen, griff Frankreich Anfang Mai 1933 zu militärischen Maßnahmen und drohte mit Sanktionen, d. h. einem bewaffneten Einmarsch in Deutschland.

Nun trat Hitler am 17. Mai 1933 im Reichstag mit einer dreistündigen Rede auf, in der er sich an die ganze Welt wandte. Es war jetzt nicht der Volksredner,

sondern der Staatsmann, der in klug abgewogener, beherrschter Form die aktuellen weltpolitischen Probleme entwickelte. Eine wörtliche Wiedergabe dieser bemerkenswerten Rede verbietet sich hier aus Raumgründen. Aber einige der Hauptpunkte mögen hier angedeutet werden:

"Der Gedanke der Reparationen" - sagte Hitler, als er sich den wirtschaftlichen Problemen zuwandte - "und ihrer Durchführung wird in der Völkergeschichte einst ein Schulbeispiel dafür sein, wie sehr die Leidenschaften der internationalen Wohlfahrt Aller schädlich sein können... Es ist die Schuld des Versailler Vertrages, eine Zeit eingeleitet zu haben, in der finanzielle Rechenkunst die wirtschaftliche Vernunft umzubringen scheint. Deutschland hat die ihm auferlegten Verpflichtungen trotz der ihnen innewohnenden Unvernunft und der vorauszusehenden Folgen geradezu selbstmörderisch treu erfüllt? [38)] Die internationale Wirtschaftskrise ist der unumstößliche Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung."

Dann wandte er sich an das internationale Rechtsempfinden, das durch die Friedensverträge verletzt worden sei, indem die Begriffe Sieger und Besiegte zum Fundament einer neuen internationalen Rechts- und Wirtschaftsordnung gemacht wurden. "Verträge, die zur Befriedung des Lebens der Völker untereinander abgeschlossen werden, haben nur dann einen inneren Sinn, wenn sie von einer wirklichen und aufrichtigen Gleichberechtigung aller ausgehen."

Und nun kam er auf den Krieg zu sprechen, zu dem, wie Frankreich behauptete, Deutschland rüste. "Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwa bessere zu setzen... Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende müsste zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatenordnung führen... Es ist der tiefernste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unfriedliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern."

Diese friedliche Entwicklung sei auch der innere Sinn der deutschen Revolution gewesen, deren positives Ziel sei: Verhinderung des kommunistischen Umsturzes, die Rettung der Arbeitslosen durch Arbeitsbeschaffung und eine autoritäre Staatsführung, getragen vom Vertrauen und Willen der Nation. Deutschland wolle nichts für sich, was es nicht auch bereit sei, anderen zu geben. Darum müsse er aufs schärfste dagegen protestieren, dass man die unbewaffnete SA, SS und den Stahlhelm als eine Bedrohung der bewaffneten Riesenarmee der anderen Völker bezeichne.

Wenn Frankreich erst absolute Sicherheit verlange, ehe es Deutschland die Gleichberechtigung gewähre, dann frage er, was für konkrete Sicherungen Frankreich noch haben wolle, außer denen, die Deutschland schon gegeben.

Deutschland sei zu jedem Opfer bereit, das auch von den anderen gebracht werde.

Was aber die angedrohten Sanktionen betreffe, so werde jeder Versuch, Deutschland durch Majorisierung zu vergewaltigen, nur dazu führen, dass es Deutschland als dauernd diffamiertem Volke schwer fallen würde, noch weiter dem Völkerbunde anzugehören.

Diese deutliche Warnung Hitlers haben seine Gegner nicht ernst genommen oder nicht verstanden. Ihre ganze gespannte Aufmerksamkeit war nur darauf gerichtet, was er über Krieg und Frieden sagen würde. Sein befreiendes Wort reinigte den Himmel der europäischen Politik von den drohenden Gewitterwolken.

Einen Monat später gab Hitler seine erste Unterschrift zu einem internationalen Dokument, nämlich dem von Mussolini ausgearbeiteten "Viermächtepakt". In Anbetracht dessen, dass der Völkerbund allein nicht genügt, um die Erhaltung des Friedens und die vertrauensvolle internationale Zusammenarbeit zu garantieren, verpflichteten sich Deutschland, Italien, England und Frankreich in diesem am 15. Juli 1933 in Rom unterzeichneten Akt, "alle Anstrengungen zu machen, um im Namen des Völkerbundes eine Politik wirksamer Zusammenarbeit zwischen allen Mächten zur Erhaltung des Friedens zur Anwendung zu bringen" und "um den Erfolg der Abrüstungskonferenz sicherzustellen". Der Vertrag wurde für eine Dauer von zehn Jahren geschlossen und gilt als erneuert, wenn er nicht nach Ablauf von acht Jahren gekündigt wird.

Bei den Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in Genf im Oktober 1933 forderte Deutschland zweierlei: wirklich substantielle Abrüstung der hochgerüsteten Staaten und die sofortige praktische Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung. England, Frankreich und Amerika hatten sich aber bereits vor der Konferenz ohne Deutschlands Wissen darüber geeinigt, was für Beschlüsse sie fassen wollten, und dachten gar nicht daran, den deutschen Forderungen Gehör zu schenken.[39)] Schon einmal hatte Deutschland die Abrüstungskonferenz verlassen und war erst zurückgekehrt, als ihm die Gleichberechtigung ausdrücklich zugesagt worden war. Da dieses Versprechen auch jetzt nicht gehalten wurde, machte die deutsche Regierung ihre vom Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vorn 17. Mai 1933 ausgesprochene Warnung wahr und erklärte am 14. Oktober 1933 Deutschlands Rücktritt von der Konferenz und zugleich seinen Austritt aus dem Völkerbund.[40)]

An demselben Tage wandte sich die Regierung in einem Aufruf an das deutsche Volk und forderte es auf, mit einem Ja oder Nein zu erklären, ob es diesen Austritt aus dem Völkerbund billige. Da dieser Aufruf ein sehr klares Bild von

der außenpolitischen Stellungnahme der nationalsozialistischen Regierung gibt und das darauf folgende Plebiszit zugleich zeigt, wie das deutsche Volk sich zu dieser Politik verhielt, sei er hier im Wortlaut wiedergegeben:

"Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Verantwortung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns.
Die deutsche Regierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der bestehenden Staatengemeinschaft ab.
Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu gleichem entschließen.
Die deutsche Regierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich aller unserer früheren Gegner im Sinne der Überwindung der Kriegspsychose und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftslos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.
Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluss kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.
Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Ehrauffassung, dass die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung in internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.
Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschlusse, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszuscheiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volk nicht mehr vorenthalten wird.
Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als künftighin Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrliebende Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Elends des Versailler Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden.
Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Rüstungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen. Sie fordern nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind

gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.
Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage: Billigt das deutsche Volk die ihm hier vorgelegte Politik seiner Reichsregierung, und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?"

Am 12. November 1933 fand die Volksabstimmung statt. Sie ergab von 42.733.819 gültigen Stimmen 40.632.628 (95,1 Prozent) "Ja"- und 2.101.191 (4,9 Prozent) "Nein"-Stimmen.

In Übereinstimmung mit der auch in dem Aufruf vom 14. Oktober wiederholten Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, durch Abschluss von Nichtangriffspakten den Frieden Europas sicherzustellen, trat Hitler offen für eine Verständigung mit Frankreich ein. Von allen Nachbarstaaten Deutschlands hatte jedoch nur Marschall Pilsudski für Polen die Entschlusskraft, sich mit Deutschland über einen Nichtangriffspakt zu verständigen. Am 26. Januar 1934 wurde die Konvention geschlossen und ihre Dauer auf zehn Jahre festgesetzt.[41)]

Mit Frankreich drohte dagegen ein neuer Konflikt zu entstehen. Am 16. Oktober 1925 hatten Deutschland, England, Italien, Frankreich und Belgien in Locarno durch einen gegenseitigen Vertrag die in Versailles festgelegte deutsche Westgrenze garantiert. Außerdem hatte Deutschland sich verpflichtet, die entmilitarisierte Zone zu beiden Seiten des Rheins streng zu beachten. Da nun die Großmächte, ungeachtet aller Abrüstungskonferenzen, offenkundig aufrüsteten, sahen sie sich schließlich genötigt, diese Aufrüstungen mit Bestrebungen nach nationaler Sicherheit, d. h. also nach internationaler Friedenssicherung, zu rechtfertigen. England tat dies in einem Weißbuch, "Statement relating to defence", vom 4. März 1935, Frankreich wiederum verlängerte am 15. März seine Militärdienstzeit.

Infolgedessen sah sich Deutschland gezwungen, seinerseits am 16. März 1935 das Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht zu verkünden, das die allgemeine Wehrpflicht einführt. Zu seiner Begründung richtete die Reichsregierung am 16. März einen Aufruf an das deutsche Volk, in welchem sie im Einzelnen den schreienden Widerspruch nachwies, der zwischen der notorischen Friedensbereitschaft Deutschlands und der unbegrenzten Aufrüstung der anderen Großmächte bestand. Da England und Frankreich durch ihre Aktionen sich von den eine Abrüstung fordernden Bestimmungen des Versailler Vertrages in aller Form losgesagt hätten, sehe sich Deutschland gezwungen und berechtigt, diesen Vertragsbruch damit zu beantworten, dass es seine eigene Wehrhoheit wiederherstellte. Die Regierung gehe dabei von denselben Erwägungen aus, denen Minister Baldwin in seiner letzten Rede so wahren Ausdruck verliehen: "Ein Land, das nicht gewillt ist, die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu seiner

eigenen Verteidigung zu ergreifen, wird niemals Macht in dieser Welt haben, weder moralische noch materielle Macht." Indem die Regierung auf das in ihrem Aufruf vom 14. Oktober Gesagte hinwies, erklärte sie, dass Deutschland nicht nach einer militärischen Hegemonie strebe und entschlossen sei, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinausgehen und insbesondere in der nationalen deutschen Rüstung kein Instrument kriegerischen Angriffs als vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen.

Als, hauptsächlich aus diesem Anlass, England, Italien und Frankreich am 11. April 1935 zu Verhandlungen zusammentraten und an Deutschland die Anfrage richteten, ob es bereit sei, sich an dem sog. "Ostpakt" zu beteiligen, erwiderte Deutschland, es könne einem solchen Pakt nicht beitreten, weil dieser mehr oder weniger automatisch wirkende militärische Beistandsverpflichtungen enthalte (er würde z.B. Deutschland verpflichten, der Sowjetunion beizustehen, falls diese von einem Dritten - z. B. Japan - angegriffen würde!). Am 21. Mai 1935 trat darauf Hitler mit einer groß angelegten Friedensrede vor den Reichstag, die in der ganzen Welt die lebhafteste Aufmerksamkeit erregte. In Genf war nämlich am 17. April erklärt worden, dass Deutschland mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht den Versailler Vertrag gebrochen habe. Nun rechnete Hitler zunächst in seiner Rede mit Stresa und Genf, den Militärpakten und der Einkreisungsstrategie ab und fasste dann in dreizehn Punkten den Standpunkt der deutschen Regierung in der Friedensfrage zusammen. Da diese dreizehn Punkte Deutschlands Standpunkt in der Außenpolitik und seine Bemühungen um den allgemeinen Frieden deutlich kennzeichnen, sei der Hauptinhalt derselben ganz kurz gefasst hier wiedergegeben:

1. Nicht Deutschland hat den Vertrag von Versailles einseitig gebrochen, sondern jene Mächte, die sich nicht entschließen konnten, der Abrüstung Deutschlands die vertraglich vorgesehene eigene folgen zu lassen.
2. Deutschland hat sich deshalb von der Rüstungsbeschränkung losgesagt, weil es diese als eine Diskriminierung betrachtet. Es wird aber die sonstigen, das Zusammenleben der Nationen betreffenden Artikel, einschließlich der territorialen Bestimmungen, unbedingt respektieren und Revisionen nur auf dem Wege einer friedlichen Verständigung durchführen.
3. Deutschland wird den Locarno-Pakt so lange erfüllen, wie die anderen Partner es tun.
4. Deutschland ist bereit, sich an der gemeinsamen Sicherung des Friedens zu beteiligen, hält aber die Revision von Verträgen für wünschenswert.
5. Nach Deutschlands Ansicht ist ein Zusammenarbeiten in der Form einseitig aufoktroyierter Bedingungen nicht möglich.
6. Deutschland ist bereit, Nichtangriffspakte mit den Nachbarstaaten abzuschließen.
7. Deutschland ist bereit, einem Luftabkommen zuzustimmen.

8. Deutschland ist bereit, in seiner Waffenrüstung jene Begrenzungen vorzunehmen, die von den anderen Staaten ebenfalls übernommen werden.
9. Nach Deutschlands Ansicht muss das Bombenabwerfen aus Flugzeugen verboten werden.
10. Deutschland ist für Beseitigung der schwersten Waffenarten.
11. Deutschland stimmt jeder Begrenzung der Kaliberstärke der Artillerie und jeglicher Art von Kriegsschiffen zu.
12. Deutschland ist der Ansicht, dass die Vergiftung der öffentlichen Meinung durch Presse, Film und Theater verhindert werden muss.
13. Deutschland stimmt einer internationalen Vereinbarung zu, die eine Einmischung von außen in andere Staaten unmöglich macht.

Am 18. Juni 1935 traf Deutschland ein Flottenabkommen mit .England, wonach die Stärke der deutschen Flotte gegenüber der Gesamtflottenstärke Großbritanniens stets im Verhältnis 35:100 stehen Soll.[42)]

Wie beantwortete Frankreich diese dreizehn Punkte? Anfang März 1936 billigte das französische Parlament einen Beistandspakt, der die französische Regierung mit Sowjetrussland am 2. Mai 1935 abgeschlossen hatte. Da dieser Vertrag sich zweifellos gegen Deutschland richtete, wandte sich Deutschland am 7. März 1936 in einer Denkschrift an die Locarnomächte und wies darin nach, dass das französisch-sowjetrussische Abkommen einen Bruch des Locarno-Vertrages bedeute und Deutschland sich deshalb nicht mehr an diesen erloschenen Pakt für gebunden halte.

Es habe deshalb die uneingeschränkte Souveränität des Reiches in der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes wieder hergestellt.

Die praktische Folge dieser Erklärung war, dass Deutschland den entmilitarisierten Teil des Rheinlandes militärisch besetzte.[43)] Um aber den rein defensiven Charakter dieser Maßnahme außer allen Zweifel zu setzen, überreichte die deutsche Regierung am 1. April 1936 der englischen Regierung einen Friedensplan, in welchem sie auf noch breiterer Grundlage in neunzehn Punkten positive Angebote zu einer praktischen und dauernden Befriedung Europas machte und sich bereit erklärte, mit Frankreich und Belgien über eine beiderseitig entmilitarisierte Zone eine Vereinbarung zu treffen. Ferner schlug sie vor, dass Deutschland, Frankreich und Belgien einen Nichtangriffspakt für fünfundzwanzig Jahre abschließen sollten. England und Italien sollten eingeladen werden, diesen Pakt als Garanten zu unterzeichnen. Deutschland erklärte sich damit einverstanden, Holland in dieses Vertragssystem mit einzubeziehen. Ebenso erklärte es sich bereit, mit den Westmächten einen Luftpakt abzuschließen, der alle Luftangriffe von vorneherein unmöglich machen sollte. Ferner wiederholte es seine Bereitschaft, auch mit seinen östlichen Nachbarn Nichtangriffspakte abzuschließen. Schließlich erklärte es

sich bereit, wieder in den Völkerbund einzutreten, doch in der Erwartung, dass im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Völkerbundstatutes von seiner Versailler Grundlage geklärt wird".

Aber auch der Friedensplan Deutschlands vom 31. März 1936 verhallte vor tauben Ohren. Als deshalb Mussolini am 11. Dezember 1937 den Austritt Italiens aus dem Völkerbunde verkündete, begrüßte die deutsche Regierung diesen Schritt und machte ihrerseits ihre Bereitschaft, in den Völkerbund zurückzukehren, rückgängig, worüber sie folgende Erklärung im "Völkischen Beobachter" vom 13. Dezember 1937 veröffentlichte:

"Der Entschluss der Faschistischen Regierung, den Austritt Italiens aus dem Völkerbunde zu erklären, und die hochbedeutsamen Ausführungen, in denen der Duce diesen Entschluss begründet hat, finden in Deutschland volles Verständnis und wärmste Sympathie. Über die grundsätzliche Einstellung der italienischen Politik gegenüber dem Völkerbund konnte schon längst niemals mehr ein Zweifel obwalten. Die Worte von den falschen Göttern Genfs, die Mussolini Ende September in Berlin auf dem Maifelde sprach, klingen noch in unseren allen Ohren. Es ist aber von größter Wichtigkeit, dass die italienische Regierung durch den gestern verkündeten Beschluss nun eine endgültige Klärung der Lage herbeigeführt hat. Der Völkerbund erhält damit die verdiente Quittung für seine politischen Leistungen. Er hat sich in keiner Periode seines Bestehens als fähig erwiesen, zur Behebung der jeweils aktuellen Probleme der Weltpolitik einen nützlichen Beitrag zu leisten. Im Gegenteil hat er auf die gesamte politische Entwicklung der Nachkriegszeit stets nur einen schädlichen, vielfach sogar einen gefährlichen Einfluss ausgeübt. Unter dem Schutz vorgegebener Ideale wurde er immer mehr zu einem Zweckverband einzelner Nutznießer der Versailler Regelung.

Anstatt die internationale Politik durch einen vernünftigen Ausgleich der natürlichen Kräfte und Bedürfnisse der Völker auf den Weg einer fruchtbaren Entwicklung zu führen, hat man sich in Genf in erster Linie mit der Ausbildung und Anwendung von Methoden befasst, um einer solchen Entwicklung entgegenzuarbeiten.

Das völlige Versagen des Völkerbundes ist heute eine Tatsache, die keines Beweises und keiner Erörterung mehr bedarf. Die Hoffnungen, die vor allem manche kleinere Staaten auf den Völkerbund gesetzt haben, sind immer mehr dahingeschwunden vor der Einsicht, dass die Genfer Politik der kollektiven Sicherheit in Wahrheit zu einer kollektiven Unsicherheit geführt hat. Wenn sonst noch hier und da versucht wird, das Scheitern der Institution auf ihre mangelnde Universalität zurückzuführen, so ist das ganz offensichtlich eine

Verwechslung von Ursache und Wirkung. Die Gründe, die zuerst Japan, dann Deutschland und nun auch Italien gezwungen haben, den Völkerbund zu verlassen, beweisen zur Evidenz, wo die radikalen Fehler seiner Konstruktion und der ihn beherrschenden politischen Tendenzen liegen. Es ist ein hoffnungsloses Bemühen, diesen radikalen Fehlern durch Teilreformen abhelfen zu wollen.

Ob die in Genf verbleibenden Großmächte auch jetzt noch den Willen haben werden, den Völkerbund als ernsthaften Faktor in ihre Politik einzustellen, ist ihre Sache. Sie haben aber nicht mehr das Recht, den Völkerbund als berufenen Repräsentanten der Staatenwelt und als höchstes Organ der internationalen Zusammenarbeit hinzustellen. Die Reichsregierung wird sich jedenfalls in voller Übereinstimmung mit der italienischen Regierung durch nichts in der Überzeugung beirren lassen, dass das politische System von Genf nicht nur verfehlt, sondern verderblich ist. Eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund wird deshalb nicht mehr in Betracht kommen."

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich hatte einen gespannten Charakter angenommen, vor allem weil die österreichische Regierung die nationalsozialistische Bewegung in Osterreich zu unterdrücken suchte, die den Anschluss an das Deutsche Reich erstrebte. Durch Übereinkommen vom 11. Juli 1936 und im Februar 1937 versuchten die Regierungen der beiden Länder eine friedliche Lösung dieser Frage zu erreichen, ohne dass aber diese Bemühungen zu einer befriedigenden Einigung geführt hätten.

Um auch hier in positiver Richtung für den Frieden Europas zu wirken, lud Hitler den österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg am 12. Februar 1938 zu einer persönlichen Aussprache nach Obersalzberg bei Berchtesgaden ein. Hier gelangten die beiden Staatsmänner in einer fünfstündigen Beratung über die strittigen politischen Probleme zu einer beiden Teilen glücklich erscheinenden Lösung: Deutschland anerkannte die volle politische Souveränität des "unabhängigen und selbständigen, deutschen und christlichen, ständisch gegliederten und autoritär geführten Österreichs", wogegen Österreich sämtliche gegen österreichische Nationalsozialisten ergriffenen strafrechtlichen Maßnahmen durch eine Generalamnestie aufhob. Schuschnigg unterstrich diesen Beschluss mit der Erklärung, es sei nicht jeder, der nationalsozialistisches Gedankengut vertrete und sich die organische Fortentwicklung Mitteleuropas in der Schaffung eines neuen großen Reiches vorstellt, deshalb zugleich schon ein schlechter Österreicher.

Diese Begegnung des deutschen Reichskanzlers und des österreichischen Bundeskanzlers bildete den Auftakt zu einer Reihe überraschender und in ihren Folgen unvorhergesehener Ereignisse. Die unwiderstehliche Willenskraft und blitzartige Handlungsweise Hitlers trat in ihnen nicht zum ersten Mal, aber

eindrucksvoll wie noch nie zuvor in Erscheinung. Da am 16. Februar der österreichische Nationalsozialist Dr. Seyß-Inquart zum Innenminister in Österreich ernannt wurde und durch eine Amnestie sämtliche politischen Häftlinge ihre Freiheit erhielten, schien die Besprechung auf dem Obersalzberg tatsächlich den erwarteten Erfolg gehabt zu haben. Eine erste Enttäuschung bereitete die Rede, die Schuschnigg am 24. Februar vor dem Bundestag hielt und in der er das Abkommen vom Obersalzberg im Sinne der Marxisten zu verfälschen suchte. Am 1. März wurde im Widerspruch zu dem Abkommen der in Linz geplante "Deutsche Tag" verboten, und in einer Rede vom 9. März in Innsbruck verkündete Schuschnigg, völlig überraschend für den nächsten (nach drei Tagen einfallenden) Sonntag eine "Abstimmung", deren Durchführung der von ihm beschlossenen Fälschung und dem Betrug Vorschub leistete.[44)] Dr. Jury, der Stellvertreter Seyß-Inquarts, ließ sofort erklären: Schuschnigg habe hinter den Kulissen des Kabinetts gehandelt; die österreichischen Nationalsozialisten würden sich nicht an dieser Abstimmungskomödie beteiligen. Schon am folgenden Tag erhob sich die ganze österreichische Bevölkerung gegen Schuschniggs Versuch, sie durch einen groben Betrug zu vergewaltigen, so dass Schuschnigg sich gezwungen sah, am 11. März 1938 zu demissionieren.[45)]

Schuschniggs Rücktritt erfolgte spät abends am Freitag, und noch an demselben Abend rief die neue österreichische Regierung unter Seyß-Inquart, um die Gefahr eines drehenden Bürgerkriegs zu bannen, die Hilfe Hitlers an und erbat die Entsendung reichsdeutscher Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und um Blutvergießen zu vermeiden. Darauf erließ der Reichskanzler am 12. März eine Proklamation:

"Panzertruppen, Infanteriedivisionen und SS-Verbände auf der Erde und die deutsche Luftwaffe am blauen Himmel werden - selbst gerufen von der neuen nationalsozialistischen Regierung in Wien - der Garant dafür sein, dass dem österreichischen Volk nunmehr endlich in kürzester Frist die Möglichkeit geboten wird, durch eine wirkliche Volksabstimmung seine Zukunft und damit sein Schicksal selbst zu gestalten... Ich selbst als Führer und Kanzler des Deutschen Volkes werde glücklich sein, nunmehr wieder als Deutscher und freier Bürger jenes Land betreten zu können, das auch meine Heimat ist..."

Am 13. März 1938 ist der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich ohne einen Schwertstreich und ohne einen Tropfen Blutes vollzogen worden. Das Deutsche Reich ist von einem Tag zum andern um 84.000 Quadratkilometer und etwa 6,7 Millionen Einwohner zu einem Großdeutschland geworden. Am Tage darauf zog der Führer unter endlosem Jubel der ganzen Bevölkerung in Wien ein.[46)]

Das Diktat von St. Germain und der § 80 des Diktats von Versailles sind für immer zerrissen, ohne dass die Großmächte, die diese Diktate geschaffen und ihre Aufrechterhaltung fast zwei Jahrzehnte lang mit Gewaltandrohungen durchgesetzt hatten, ein Wort des Protestes zu erheben wagten.

Aber die Lösung einer noch schwierigeren außenpolitischen Aufgabe als der Anschluss Österreichs an das Reich sollte noch im Verlauf desselben Jahres an Hitler herantreten: das sudetendeutsche Problem.[47)] In der österreichischen Anschlussfrage handelte es sich um ein ganzes einheitliches und politisch souveränes Reich, dessen Vereinigung mit Deutschland wie eine überreife Frucht in die Hand des Staatsmannes fallen musste, der die Klugheit, Entschlossenheit und Kühnheit besaß, sie allen Drohungen und Gefahren zum Trotz im rechten Augenblick zu pflücken. Hitlers Vorgehen bewies, dass er die Eigenschaften besaß, die das Schicksal in den entscheidenden Augenblicken von der deutschen Staatsführung verlangte.

Anders verhielt es sich mit dem sudetendeutschen Gebiet, das, politisch wie völkisch dem deutschen Österreich gehörig, durch das Versailler Diktat zu einem Anhängsel eines ihm völlig fremden neuen Staatsgebildes gemacht worden war, und unter einer schamlosen Unterdrückung dem völkischen und materiellen Untergang entgegentreibend, zwanzig Jahre lang vergebens darum kämpfte, sich von diesem Elend zu befreien. Die Lösung dieser Frage war umso schwieriger und gefährlicher, als der die Sudetendeutschen tyrannisierende Tschechenstaat in Frankreich sich auf eine übermächtige Rückendeckung stützen konnte.

Die historische Entwicklung dieses Befreiungskampfes und der Verlauf der letzten entscheidenden Phasen desselben waren, so einfach und klar das prinzipielle Problem auch an sich ist, doch infolge einer tendenziösen Presseagitation in ihren Einzelheiten so verwickelt und verworren geworden, dass die europäische Öffentlichkeit von ihr nur eine unvollkommene und vielfach falsche Vorstellung erhielt. Um eine gerechte Beurteilung der politischen Geschehnisse und ihrer Hintergründe möglich zu machen, erscheint es deshalb notwendig, dieses Problem hier in etwas ausführlicherer Weise zu behandeln als den Anschluss Osterreichs.

In seiner Doktordissertation hatte Benesch im Jahre 1928 geschrieben: "Man kann die Errichtung eines tschechischen Staates nicht ernsthaft ins Auge fassen, wenn ein Drittel der Bevölkerung seines Gebiets entschlossen ist, ihn um jeden Preis zu bekämpfen und ihn niemals als rechtmäßig anzuerkennen. Die historischen Provinzen müssen zugunsten national abgegrenzter Gebiete weichen; vor allem müssen die Tschechen die Fiktion ihres historischen Staatsrechts aufgeben." Und noch 1915 erklärte er in einer Artikelserie "Krieg und Kultur": "An die Kundgebungen des Lebens nationaler Individualitäten zu

rühren, ist ebenso sündhaft und nichtswürdig, wie an das Leben gleichviel weiches Individuums zu rühren. Sich den nationalen Kulturen in den Weg zu stellen, sie zu vernichten und ihnen das Leben zu verwehren, ist die größte Sünde an der Menschheit, die die menschliche Gesellschaft überhaupt kennen kann."

Drei Jahre später, als sich der Zusammenbruch Deutschlands vollzogen hatte, hat sich sein Standpunkt in das Gegenteil verkehrt. In Versailles überreicht er den Siegermächten elf Denkschriften, von denen er bekennt: "Ich verfasste schnellstens, gleichsam improvisiert und ohne Hilfsmaterial und Literatur, die meisten unserer Denkschriften, in die ich alle unsere Friedensforderungen aufnahm." Im November 1918 bittet er in dringenden Briefen an die Prager Regierung, nur ja keine Nachrichten darüber nach Paris gelangen zu lassen, dass die Sudetendeutschen auf Anerkennung ihrer Nationalität bestehen und einen unversöhnlichen Standpunkt gegenüber den Tschechen einnehmen. "Wir sind von der Welt anerkannt, sie nicht" - schreibt er am 27. November 1918. "Und was das wichtigste ist: sie werden nicht anerkannt... Von den Deutschen in Böhmen ist überhaupt nicht gesprochen worden und wird nicht gesprochen werden."

In welcher Weise die Konstruktion dieses tschechoslowakischen Staates zustande kam, hat Hitler in drastischer Form in seiner Rede am 26. September 1938 geschildert: "Dieser tschechische Staat begann mit einer einzigen Lüge. Der Vater dieser damaligen Lüge hieß Benesch. Dieser Herr Benesch trat damals in Versailles auf und versicherte zunächst, dass es eine tschechoslowakische Nation gebe. Er musste diese Lüge erfinden, um der wirklichen Zahl seiner eigenen Volksgenossen einen etwas größeren und damit berechtigteren Umfang zu geben. Und die in geographischen und volklichen Hinsichten stets nicht sehr ausreichend bewanderten angelsächsischen Staatsmänner haben es damals nicht für notwendig befunden, diese Behauptungen des Herrn Benesch nachzuprüfen, denn sonst hätten sie gleich feststellen können, dass es eine tschechoslowakische Nation nicht gibt, sondern dass es Tschechen gibt und Slowaken, und dass die Slowaken von den Tschechen nichts wissen wollen... So haben nun diese Tschechen zunächst durch Herrn Benesch die Slowakei annektiert. Da dieser Staat nicht lebensfähig schien, nahm man kurzerhand gegen ihr Selbstbestimmungsrecht und ihren Selbstbestimmungswillen dreieinhalb Millionen Deutsche. Da auch das nicht genügte, mussten noch über eine Million Magyaren hinzukommen, dann Karpatho-Russen und endlich noch einige hunderttausend Polen." Und über die weitere Entwicklung fährt Hitler fort: "Als Herr Benesch damals diesen Staat zusammenlog, da versprach er feierlich, ihn nach Schweizer System in Kantone einzuteilen... Wir wissen alle, wie Herr Benesch dieses Kantonalsystem gelöst hat. Er begann sein Terrorregime! Schon damals versuchten die Deutschen, gegen diese willkürliche Vergewaltigung zu protestieren. Sie wurden zusammengeschossen. Und seitdem setzte nun ein

Ausrottungskrieg ein. In diesen Jahren der 'friedlichen' Entwicklung der Tschecho-Slowakei mussten nahezu 600.000 Deutsche die Tschecho-Slowakei verlassen. Dies geschah aus einem sehr einfachen Grunde: weil sie sonst hätten verhungern müssen.

Allein die gesamte Entwicklung seit dem Jahre 1918 bis 1938 zeigte eines klar: Herr Benesch war entschlossen, das Deutschtum einfach allmählich langsam auszurotten! Und er hat dies auch bis zu einem gewissen Grade erreicht. Er hat unzählige Menschen in tiefstes Unglück gestürzt... Unter der fortwährenden Anwendung seines Terrors ist es ihm langsam gelungen, diese Millionen mundtot zu machen, und in derselben Zeit entstand dann auch Klarheit über die internationalen Aufgaben dieses Staates. Man machte nun gar kein Hehl mehr daraus, dass dieser Staat dazu bestimmt war, notwendig gegen Deutschland eingesetzt zu werden. Pierre Cot hat diesen Wunsch ganz nüchtern ausgesprochen: 'Den Staat brauchen wir', sagte er, 'weil von diesem Staat aus die deutsche Wirtschaft, die deutsche Industrie am leichtesten mit Bomben zu zerstören sind...'
In diesem Staat des Herrn Benesch sind die Folgen für die Nationalitäten grauenhaft gewesen. Ich spreche nur für die Deutschen. Sie haben die größte Sterblichkeit aller deutschen Volksstämme, ihre Kinderarmut ist die größte, ihre Arbeitslosigkeit die furchtbarste. Wie lange soll so etwas andauern?" [48)]

Diesen systematischen Ausrottungsmaßregeln setzte das Sudetendeutschtum einen zähen, aber unbedingt loyalen Widerstand entgegen. Die Sudetendeutschen bemühten sich, in Parlament und Verwaltung auf legalem Wege für ihr Volkstum einzutreten. Nach zwanzigjährigen vergeblichem Kampfe, stellte endlich Konrad Henlein, den die Sudetendeutschen zu ihrem Führer erkoren hatten,[49)] in einer Haupttagung der SdP (= Sudetendeutsche Partei) in Karlsbad am 28. April 1938 acht klare Forderungen an die Prager Regierung, deren Hauptpunkte folgendermaßen lauteten:

"Wenn es zu einer friedlichen Entwicklung im tschechoslowakischen Staat kommen soll, dann ist nach der Überzeugung des Sudetendeutschtums folgende Staats- und Rechtsordnung zu schaffen:
1. Herstellung der völligen Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit der deutschen Volksgruppen mit dem tschechischen Volk;
2. Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit zur Wahrung dieser gleichberechtigten Stellung im Staate;
3. Feststellung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes;
4. Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Siedlungsgebiet in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, soweit es sich um Interessen und Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe handelt;
5. Schaffung gesetzlicher Schutzbestimmungen für jene Staatsangehörigen, die außerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes ihres Volkstums leben;

6. Beseitigung des dem Sudetendeutschtum seit dem Jahre 1918 zugefügten Unrechts und Wiedergutmachung der ihm durch dieses Unrecht entstandenen Schäden;
7. Anerkennung und Durchführung des Grundsatzes: im deutscher Gebiet deutsche öffentliche Angestellte;
8. Volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung."

Obgleich die Rede Henleins in der ganzen europäischen Presse die größte Beachtung fand, versuchte die Prager Regierung Verhandlungen über die aufgestellten acht Punkte durch allerhand Scheingründe und -forderungen zu verzögern.

Da die Verfolgungen der Sudetendeutschen nichtsdestoweniger immer heftigere Formen annahmen, sah sich Hitler endlich gezwungen, vor aller Welt zu erklären, dass er, wenn deutsches Volkstum außerhalb der Grenzen Deutschlands gegen Recht und Billigkeit unterdrückt würde, nicht gleichgültig bleiben würde. Schon am 20. Februar 1938 hatte er in einer Reichstagsrede erklärt, dass die zehn Millionen an den Grenzen des Reichs lebenden Volksgenossen (er meinte die Österreicher und die Sudetendeutschen) unter den moralischen Schutz des Reiches gestellt seien. Die Welt hörte das, verstand aber offenbar nicht die Tragweite der Worte. Es folgte im März die Befreiung Osterreichs.

Dann aber trat im Mai ein Ereignis ein, das vielleicht als der unmittelbare Anlass zu der plötzlichen Verschärfung der tschechischen Krise bezeichnet werden kann. Es sollten in der Tschecho-Slowakei Gemeindewahlen stattfinden. Da die Prager Regierung befürchtete, dass die Deutschen und die anderen nichttschechischen Nationalitäten diese Gelegenheit benutzen würden, um sich zu vereinigen, glaubte sie, das Abstimmungsverfahren durch eine brutale Einschüchterung, nämlich eine Mobilisierung des Heeres, beeinflussen zu können. Eine solche Demonstration konnte man aber vor der Welt nur durch die sensationelle Nachricht berechtigt erscheinen lassen, dass Deutschland Truppen mobil gemacht und die Absicht habe, in die Tschecho-Slowakei einzumarschieren. Da in Wirklichkeit nicht ein einziger deutscher Soldat mehr eingezogen war, als an sich dienten, ja, überhaupt kein deutscher Soldat sich außerhalb seiner Friedensgarnison befand, konnte Deutschland die von Benesch erdachte Lüge sofort dementieren.

Trotzdem bemächtigte sich der europäischen Öffentlichkeit eine steigende Nervosität. Die unerträgliche Spannung entlud sich zugleich im Sudetenland in blutigen tschechischen Gewalttaten. Die Notwendigkeit einer radikalen Lösung des sudetendeutschen Problems wurde immer dringlicher. England und Frankreich sahen schon das Gespenst eines europäischen Krieges am Horizont

aufsteigen. Um eine genaue Klärung der Lage zu erreichen, teilte Chamberlain am 26. Juli dem Unterhaus mit, dass die britische Regierung auf Ersuchen der tschecho-slowakischen Regierung beschlossen habe, einen unabhängigen "Untersucher" und "Vermittler" nach der Tschecho-Slowakei zu entsenden, der die Frage an Ort und Stelle nachprüfen und die Mittel und Wege vorschlagen sollte, welche zu einer Lösung der Frage führen könnten. Mit dieser Aufgabe wurde Lord Runciman betraut.

Nun äußerte sich Hitler auf dem Parteitage Großdeutschlands am 12. September 1928 in unzweideutiger Weise noch einmal zum sudetendeutschen Problem: "Wenn dreieinhalb Millionen Angehörige eines Volkes von fast achtzig Millionen kein Lied singen dürfen, was ihnen passt, nur weil es den Tschechen nicht gefällt, oder wenn sie blutig geschlagen werden, bloß weil sie Strümpfe tragen, die die Tschechen einfach nicht sehen wollen, oder wenn man sie terrorisiert und misshandelt, weil sie einen Gruß grüßen, der den Tschechen unangenehm ist, obwohl die damit nicht die Tschechen, sondern nur sich selbst untereinander grüßen, wenn man sie wegen jeder nationalen Lebensäußerung wie das hilflose Wild jagt und hetzt - dann mag dies den würdigen Vertretern unserer Demokratien vielleicht gleichgültig, möglicherweise sogar sympathisch sein, weil es sich hier ja nur um dreieinhalb Millionen Deutsche handelt. Ich kann aber den Vertretern dieser Demokratien nur sagen, dass uns dies nicht gleichgültig ist und dass, wenn diese gequälten Kreaturen kein Recht und keine Hilfe selbst finden können, sie beides von uns bekommen werden." Er bezog sich wieder darauf, was er am 20. Februar im Deutschen Reichstag in dieser Frage gesagt hatte, und bat die ausländischen Staatsmänner überzeugt zu sein, dass es sich hier um keine Phrasen handelte. Um aber den Bogen nicht zu überspannen, legte er sich möglichste Mäßigung auf und verlangte nichts anderes als das Recht der Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen. Er überließ es der tschecho-slowakischen Regierung, sich mit den berufenen Vertretern der Sudetendeutschen auseinanderzusetzen, um eine Verständigung herbeizuführen. Damit hatte Hitler das ganze Problem auf eine internationale Ebene gehoben, wodurch die sudetendeutsche Frage sich grundlegend wandelte.

Die tschechische Regierung beantwortete diesen Vorschlag mit einer an die englische Regierung gerichteten Note vom 12. September, in welcher sie eine Volksabstimmung als verfassungswidrig und unmöglich erklärte, und proklamierte am folgenden Tage das Standrecht im Sudetenland, das von einem unerhörten Terror begleitet war, der zahlreiche Tote und Verwundete forderte. Konrad Henlein stellte nun an die Prager Regierung ein Ultimatum, binnen sechs Stunden das Standrecht aufzuheben und die Polizei zurückzuziehen, widrigenfalls er keine Verantwortung für die Folgen übernehmen könne. Da die Prager Regierung dieses Ultimatum nicht beachtete und der Terror sich unvermindert fortsetzte, brachen sie alle weiteren Verhandlungen ab. Am 14. September rückte tschechisches Militär in die Stadt Eger ein und beschoss mit

Kanonen und Maschinengewehren das Hotel Viktoria, wo sich die Hauptstelle der SdP befand. Dann drangen die Soldaten in das Hotel ein und plünderten die Amtsräume. Die tschechischen Gewalttaten hatten zur Folge, dass die Bevölkerung des Sudetenlandes über die Grenze nach Deutschland flüchten musste. Ihre Anzahl war binnen kurzem auf 244.850 Flüchtlinge gestiegen.

In einem offenen Brief an Runciman forderte Mussolini am 15. September die Volksabstimmung für die Sudetendeutschen und erklärte den tschechischen Staat für ein künstliches Gebilde, dessen Teile nicht zueinander, sondern auseinander strebten und nur durch Zwang zusammengehalten wurden.

Doch die Forderung nach einer Volksabstimmung war schon durch die Ereignisse selbst überholt. Denn noch an demselben Tag, wo Mussolini seinen Appell an Runeiman richtete, veröffentlichte Henlein eine Proklamation an das deutsche Volk und an die ganze Welt, in der er mit dem Ruf: "Wir wollen heim ins Reich!" die Abtrennung des Sudetenlandes von der Tschecho-Slowakei forderte.

Chamberlain, der noch am 11. September in einer amtlichen Erklärung, die in der englischen Presse als "Warnung an Deutschland" bezeichnet wurde, bekannt gegeben hatte, dass jeder Versuch einer Gewaltlösung heute die allgemeine Verurteilung der ganzen Welt finden würde" und dass England und Frankreich in solchem Fall mit Waffengewalt intervenieren würden, erkannte nun endlich, nachdem er die Rede, die Hitler am 12. September im Reichsparteitag gehalten, einer sorgfältigen Prüfung unterworfen hatte, dass er, um eine friedliche Lösung zu ermöglichen, persönlich und zwar eiligst zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei vermitteln musste. Am 14. September ersuchte er Hitler um eine persönliche Unterredung, die Hitler mit einer Einladung nach dem Berghof beantwortete.

Schon am folgenden Tage fand diese Besprechung statt, die Chamberlain in Unterredungen mit Pressevertretern als "ein offenes, aber sehr freundschaftliches Gespräch" bezeichnete. In der Rede, in der Chamberlain am 28. September vor dem Unterhause über seine Unterredung mit Hitler berichtete, sagte er: "Es wurde mir sehr bald deutlich, dass die Lage sich viel ernster und sehr viel dringlicher darbot, als ich vermutet hatte. In höflichen, aber vollkommen eindeutigen Darlegungen machte Herr Hitler klar, sein Entschluss stehe fest, dass die Sudetendeutschen das Recht auf Selbstbestimmung und auch, falls sie es wünschten, der Rückkehr in das Reich erhalten müssten. Wenn sie dies nicht aus eigener Kraft erreichen könnten, dann würde er sie dabei unterstützen."

Als Chamberlain den Berghof verließ, erklärte er, dass er schon nach wenigen Tagen wieder mit Hitler zusammentreffen werde. Bei seiner Rückkehr am 16.

September landete gleichzeitig mit ihm auch Runciman, aus der Tschecho-Slowakei zurückkehrend, auf dem Flugplatz Heston bei London. In dem abschließenden Bericht, den er über seine Beobachtungen in der Tschecho-Slowakei der englischen Regierung überreichte, sagte er u. a.: "Ich habe viel Sympathie übrig für die Seele der Sudetendeutschen. Es ist hart, von einer fremden Rasse beherrscht zu werden. Und ich habe den Eindruck erhalten, dass die tschechische Herrschaft in den Sudetengebieten in den vergangenen zwanzig Jahren, wenn auch nicht aktiv unterdrückend und gewiss nicht 'terroristisch', so doch ausgezeichnet war durch Taktlosigkeit, Mangel an Verständnis, durch kleinliche Unduldsamkeit und unterschiedliche Behandlung in einem Maß, in dem sich das Gefühl der deutschen Bevölkerung unvermeidlich bis zur Revolte steigern musste. Zu diesen Hauptklagen kamen noch lokale Reibungen, tschechische Beamte und tschechische Polizei, der deutschen Sprache wenig oder gar nicht mächtig, wurden in großer Zahl in rein deutschen Bezirken angestellt. Ich glaube, dass die Klagen in der Hauptsache berechtigt sind. Selbst in der letzten Zeit meiner Mission konnte ich keine Bereitschaft bei der tschechischen Regierung finden, diesen Klagen irgendwie abzuhelfen. So wurde mir immer klarer, dass die Grenzbezirke zwischen der Tschecho-Slowakei und Deutschland, in denen die sudetendeutsche Bevölkerung eine bedeutende Mehrheit besitzt, sofort das volle Recht der Selbstbestimmung erhalten sollten.

Wenn eine Abtretung unvermeidlich ist, und ich glaube, dass dies der Fall ist, so sollte dies rasch und ohne Verzögerung getan werden. Es besteht eine wirkliche Gefahr, ja, die Gefahr eines Bürgerkrieges in der Fortdauer dieses Zustandes."

Auf Grund des völlig neutralen Urteils von Lord Runciman, das auf wochenlangen, erschöpfenden Beobachtungen an Ort und Stelle fußte, forderten die englische und die französische Regierung in einer Note vom 19. September die tschecho-slowakische Regierung auf, die Gebiete, die mehr als 50 Prozent deutsche Bevölkerung hatte, vorbehaltlos an Deutschland abzutreten. Eine vorherige Abstimmung wurde als überflüssig angesehen, da ihr Ergebnis nicht bezweifelt werden konnte. Zwei Tage darauf, am 21. September, wie die englische und die französische Regierung verlangt hatte, nahm die Prager Regierung diesen Vorschlag ohne Vorbehalt an.

Damit, sollte man meinen, wäre der schwierige Konflikt glücklich gelöst gewesen. Aber keineswegs! Schon am folgenden Tag, dem 22. September, gab der tschechische Generalstabschef Krejey den tschechischen Truppen den Befehl, in die sudetendeutschen Gebiete einzumarschieren, wo die Bevölkerung ihrer Begeisterung über die angenommene Abtrennung der sudetendeutschen Gebiete durch Hissen von Hakenkreuzfahnen Ausdruck gab. Aus ihren Panzerwagen eröffneten die Truppen ein heftiges Maschinengewehrfeuer auf die ahnungslosen Mengen, was wiederum zahlreiche Tote und Verwundete zur Folge hatte.

Gleichzeitig mit diesen Gewalttaten verkündete Benesch folgende Erklärung durch den Rundfunk: "Wir haben unsere Haltung der Lage angepasst, und ich betrachte die weitere Entwicklung ohne jede Sorge, denn ich habe meinen Plan und lasse mich nicht von meinem Wege abbringen. Unser Volk weiß, dass es kämpfen muss, und ich wiederhole, dass ich einen Plan habe." Diese dunkle Andeutung über einen "Plan" kann nur dahin gedeutet werden, dass Benesch durch taktische Verzögerungsmanöver eine Situation herbeiführen wollte, die Deutschland zwingen sollte, zum Handeln überzugehen. Damit hoffte Benesch (und mit ihm alle Kriegshetzer), die unmittelbare Gefahr eines europäischen Krieges heraufzubeschwören.

Er hatte zwar die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland angenommen, aber wie diese Abtretung geschehen sollte, davon hatte er bei seiner Einwilligung nichts gesagt. Indem er nun die Frage der formalen Methode der Abtretung aufs Tapet brachte, versuchte er die Unterredung zwischen Hitler und Chamberlain in Godesberg zum Scheitern zu bringen. Um dieser Intrige zu begegnen, verlängerte Hitler den anfangs festgesetzten Termin "jetzt" und "sofort" um eine ganze Woche und erklärte, dass die Gebiete, wo eine Abstimmung nicht als nötig betrachtet wurde, am 1. Oktober von deutschem Militär besetzt werden sollten.

Chamberlain erkannte an, dass Hitlers Vorschlag, "wenn er annehmbar wäre, eine sofortige Erleichterung der Spannung herbeiführen würde". Aber er fürchtete, dass dieser Vorschlag in England und den übrigen Ländern nicht als eine friedliche Lösung gewertet werden würde. Auf Hitlers Antwort hierauf bat ihn Chamberlain, seinen Durchführungsvorschlag in einem Memorandum niederzulegen, das er dann der Prager Regierung übermitteln wolle.

Die Tatsache, dass die Godesberger Besprechung unentschieden endigte, gab den Gegnern einer friedlichen Lösung, u. a. dem englischen und dem französischen Gesandten in Prag, den Anlass, der tschechischen Regierung den Rat zu erteilen, nicht mehr passiv zu bleiben.

Dies gerügte, dass Benesch an demselben Abend durch den Rundfunk die Mobilisierung der tschechischen Armee ankündigte, und zwar mit der unwahren Begründung, dass die Godesberger Besprechungen abgebrochen worden seien und deutsche Streitkräfte im Anmarsch auf die tschecho-slowakische Grenze sich befänden. Zugleich ließ er die ganzen telephonischen und telegraphischen Verbindungen und den Eisenbahnverkehr mit Deutschland sperren.

Nun trat Hitler am 26. September im Berliner Sportpalast mit einer großen Rede vor sein Volk, in der er mit einem Ernst, der an seiner Entschlossenheit keinen Zweifel übrig ließ, eine ausführliche Darstellung des Konfliktes gab. Er deckte

schonungslos die Verlogenheit der tschechischen Politik auf und fuhr fort: ich habe nunmehr ein Memorandum mit einem letzten und endgültigen deutschen Vorschlag der britischen Regierung zur Verfügung gestellt. Dies Memorandum enthält nichts anderes als die Realisierung dessen, was Herr Benesch bereits versprochen hat. Der Inhalt dieses Vorschlags ist sehr einfach: jenes Gebiet, das dem Volke nach deutsch ist und seinem Willen nach zu Deutschland will, kommt jetzt zu Deutschland, und zwar nicht erst dann, wenn es Herrn Benesch gelungen sein wird, vielleicht ein oder zwei Millionen Deutsche ausgetrieben zu haben, sondern jetzt, und zwar sofort. Ich habe hier jene Grenze gewählt, die auf Grund des seit Jahrzehnten vorhandenen Materials über die Volks- und Sprachenaufteilung in der Tschecho-Slowakei gerecht ist. Trotzdem aber bin ich gerechter als Herr Benesch und will nicht die Macht, die wir besitzen, ausnützen. Ich habe daher von vornherein festgelegt:

Dies Gebiet wird unter die deutsche Oberhoheit gestellt, weil es im Wesentlichen von Deutschen besetzt ist, die endgültige Grenzziehung jedoch überlasse ich dann dem Votum der dort befindlichen Volksgenossen selbst! Ich habe also festgelegt, dass in diesem Gebiet dann eine Abstimmung stattfinden soll. Und damit niemand sagen kann, es könnte nicht gerecht zugehen, habe ich das Statut der Saarabstimmung als Grundlage für diese Abstimmung gewählt.

Ich bin nun bereit und war bereit, meinetwegen im ganzen Gebiet abstimmen zu lassen. Allein dagegen wandten sich Herr Benesch und seine Freunde. Sie wollten nur in einzelnen Teilen abstimmen lassen. Gut, ich habe hier nachgegeben. Ich war sogar einverstanden, die Abstimmung durch internationale Kontrollkommissionen überprüfen zu lassen.

Ich ging dann noch weiter. Ich war bereit, die Grenzziehung einer deutsch-tschechischen Kommission zu überlassen, Herr Chamberlain meinte, ob es nicht eine internationale Kommission sein könnte. Ich war auch dazu bereit... Ich war weiter bereit, während dieser Abstimmung sogar wieder die Truppen zurückzuziehen, und ich habe mich heute bereit erklärt, für diese Zeit die britische Legion einzuladen, die mir das Angebot machte, in diese Gebiete zu gehen und dort die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Und ich war dann bereit, die endgültige Grenze durch eine internationale Kommission festsetzen zu lassen und alle Modalitäten einer Kommission zu übergeben, die sich aus Deutschen und Tschechen zusammensetzt...

Ich habe Herrn Benesch ein Angebot gemacht, das nichts anderes ist als die Realisierung dessen, was er selbst schon zugesichert hat. Er hat jetzt die Entscheidung in seiner Hand! Frieden oder Krieg! Er wird entweder dieses Angebot akzeptieren und den Deutschen jetzt endlich die Freiheit geben, oder wir werden diese Freiheit uns jetzt holen!"

Es bedurfte tatsächlich dieser klaren und entschiedenen Worte, um den Staatsmännern die Augen darüber zu öffnen, was die Stunde geschlagen hatte. Die Lage hatte sich in so bedrohlicher Weise zugespitzt, dass ganz Europa, ja, die ganze Welt in atemloser Spannung jeden Augenblick eine furchtbare Explosion erwartete.

Da geschah etwas ganz Unerwartetes. Als Chamberlain am 29. September im Unterhaus einen ausführlichen Bericht über seine Verhandlungen mit Hitler erstattete, überreichte ihm Sir John Simon mitten in seiner Rede einen Zettel, auf dem einige Notizen standen. Chamberlain unterbrach seine Rede, um den Zettel zu lesen, und fuhr unter größter Spannung des Hauses fort: "Ich habe dem Hause noch etwas Weiteres mitzuteilen: Ich bin von Hitler dahin unterrichtet worden, dass er mich eingeladen hat, ihn morgen früh in München zu treffen.[50)] Er hat auch Mussolini und Daladier eingeladen. Mussolini hat angenommen, und ohne Zweifel wird Daladier auch annehmen. Ich brauche nicht zu sagen, wie meine Antwort lauten wird." Mit stürmischem Beifall empfing das ganze Haus diese Mitteilung. Damit war der unheimliche Bann gebrochen. Am folgenden Tage waren die vier Staatsmänner im Führerhaus in München versammelt. Nach achtstündiger gemeinsamer Beratung hatten sie ein einstimmiges Abkommen getroffen, laut welchem das sudetendeutsche Gebiet am 1. Oktober 1938 von den tschechischen Truppen geräumt und etappenweise durch deutsche Truppen besetzt werden sollte. In den Einzelheiten des Abkommens (Volksabstimmung, Festlegung der Grenzen, Optionsrecht usw.) folgte man im Grundsätzlichen den von Hitler angegebenen Richtlinien.

Am 30. September verkündete der tschechische Ministerpräsident Syrovy durch den Rundfunk die Annahme des Münchener Abkommens durch die tschechische Regierung.

Damit war wiederum auf friedlichem Wege eine der ganzen Welt unmittelbar drohende Kriegsgefahr gebannt.

Leider hat die weitere Entwicklung gezeigt, dass Chamberlain seine Unterschrift zu dem Münchener Übereinkommen nicht mit dem ehrlichen Willen gab, einen dauernden Frieden in Europa zu befestigen, sondern nur um eine Atempause zu gewinnen, weil er England noch nicht genügend für den Krieg gerüstet wusste, den es, wie später dokumentarisch bewiesen worden ist, schon damals gegen Deutschland vorbereitete.

Mit dem zum Reich zurückgekehrten deutschen Sudetenland hatte sich das Gebiet Großdeutschlands um 28.680 qkm erweitert und seine Einwohnerzahl um mehr als drei Millionen vermehrt (fast eine halbe Million blieben im tschechischen Gebiet).

Ehe Chamberlain München verließ, hatte er noch eine längere Aussprache mit Hitler, deren Ergebnis in folgender bemerkenswerten Erklärung Ausdruck fand:

"Wir hatten heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, dass die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder und für Europa ist.
Wir sehen das gestern Abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.
Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens beizutragen.
Adolf Hitler.
Neville Chamberlain.
30. September 1938."

Etwa zwei Monate später, am 6. Dezember 1938, wurde zwischen dem deutschen und dem französischen Außenminister im Auftrag ihrer Regierungen in Paris folgende Vereinbarung unterzeichnet:

"1. Die deutsche Regierung und die französische Regierung sind übereinstimmend der Überzeugung, dass friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eines der wesentlichsten Elemente der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa und der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens darstellen. Beide Regierungen werden deshalb alle ihre Kräfte dafür einsetzen, dass eine solche Gestaltung der Beziehungen zwischen ihren Ländern sichergestellt wird.
2. Beide Regierungen stellen fest, dass zwischen ihren Ländern keine Fragen territorialer Art mehr schweben, und erkennen feierlich die Grenze zwischen ihren Ländern, wie sie gegenwärtig verläuft, als endgültig an.
3. Beide Regierungen sind entschlossen, vorbehaltlich ihrer besonderen Beziehungen zu dritten Mächten, in allen ihre beiden Länder angehenden Fragen in Fühlung miteinander zu bleiben und in eine Beratung einzutreten, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte."

Man sollte meinen, dass die schnelle und geschickte Heilung der als tödlich betrachteten Wunde im politischen Körper Europas durch diese Erklärungen eine würdige Krönung als Garantie des gegenseitigen guten und ehrlichen Willens für einen allgemeinen und dauernden Frieden erhalten hätte. Das war jedoch ein Irrtum.

Kaum waren einige Monate nach der Regelung der sudetendeutschen Frage vergangen, als sich schon Unstimmigkeiten zwischen der Prager Regierung und den beiden Ländern, denen sie im Oktober gewisse Autonomierechte zugebilligt hatte, zeigten. Die Prager Regierung machte Herrenrechte, die ihr gar nicht zukamen, geltend, indem sie den karpatho-ukrainischen Minister Revay seines Amtes entsetzte und einen tschechischen General Prehala statt seiner ernannte. Dasselbe Verfahren wandte sie gleich darauf auch der slowakischen Regierung gegenüber an: am 10. März 1939 setzte sie den slowakischen Ministerpräsidenten Tiso und drei andere Mitglieder der Regierung ab. Die Folge war, dass Tiso sich gezwungen sah, sich der Unterstützung der deutschen Reichsregierung zu vergewissern.

Die Empörung über diese Willkürakte der tschechischen Regierung riefen in der Slowakei und der Karpatho-Ukraine Unruhen hervor und führte zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und bewaffneten Marxisten, die auch unter den deutschen Bewohnern Opfer forderten. Es blieb nicht bei einzelnen Zusammenstößen. Es erwies sich, dass man tschechischerseits an die Verwirklichung systematisch vorbereiteter, sehr weitgehender Pläne schritt, die zweifellos von den Kommunisten unterstützt wurden.[51)]

Der Präsident der tschechischen Republik Hacha und sein Außenminister Chvalkovsky erkannten sofort die dem Staat drohende Gefahr und mussten sich eingestehen, dass sie nicht im Stande wären, den vor der Tür stehenden Ausbruch eines Bürgerkrieges zu verhindern. "In der elften Stunde", wie der Präsident Hacha sich nachher ausdrückte, begaben sie sich am Abend des 14. März nach Berlin, wo sie noch in den Nachtstunden mit dem Führer, dem Generalfeldmarschall Göring und dem Reichsaußenminister Ribbentrop über die Lage Beratungen pflegten. Diese führten zu einem am Morgen des 15. März getroffenen Abkommen, über welches folgende amtliche Erklärung veröffentlicht wurde:

"Der Führer und Reichskanzler hat heute in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Dr. Hacha und den tschecho-slowakischen Außenminister Dr. Chvalkovsky auf deren Wunsch in Berlin empfangen. Bei der Zusammenkunft ist die durch die Vorgänge der letzten Wochen auf dem bisherigen tschecho-slowakischen Staatsgebiet entstandene ernste Lage in voller Offenheit einer Prüfung unterzogen worden. Auf beiden Seiten ist übereinstimmend die Überzeugung zum Ausdruck gebracht worden, dass das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Teile Mitteleuropas sein müsse.

Der tschecho-slowakische Staatspräsident hat erklärt, dass er, um diesem Ziele zu dienen und um eine endgültige Befriedung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des

Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschluss Ausdruck gegeben, dass er das tschechische Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird.
Berlin, 15. März 1939.
gez. Adolf Hitler. gez. Dr. Hacha.
gez. v. Ribbentrop. gez. Dr. Dr. Chvalkovsky."

Gleich darauf marschierten mit Einwilligung der tschechischen Regierung deutsche Truppen in Böhmen und Mähren ein, und der Führer erließ folgende Proklamation:

"An das deutsche Volk!
Nachdem erst vor wenigen Monaten Deutschland gezwungen war, seine in geschlossenen Siedlungsgebieten lebenden Volksgenossen gegenüber dem unerträglichen terroristischen Regime der Tschecho-Slowakei in Schutz zu nehmen, zeigten sich in den letzten Wochen steigend erneut gleiche Erscheinungen. Dies muss in einem Raume, in dem so viele Nationalitäten nebeneinander leben, zu unerträglichen Zuständen führen.
Als Reaktion auf diese erneuter Angriffe gegen die Freiheit und das Leben der Volksgruppen haben sich diese nunmehr von Prag losgelöst.
Die Tschecho-Slowakei hat damit aufgehört zu existieren.
Seit Sonntag finden in vielen Orten wüste Exzesse statt, denen nunmehr aber wieder zahlreiche Deutsche zum Opfer fielen. Stündlich mehren sich die Hilferufe der Betroffenen und Verfolgten. Aus den volkreichen deutschen Sprachinseln, die die Großmut Deutschlands im vergangenen Herbst bei der Tschecho-Slowakei beließ, beginnt wieder ein Strom von Flüchtlingen von um Hab und Gut gebrachten Menschen in das Reich zu fließen.
Eine Fortdauer dieser Zustände muss zur Zerstörung der letzten Ordnung in einem Gebiet führen, an dem Deutschland lebenswichtig interessiert ist, ja das selbst über tausend Jahre lang zum Deutschen Reich gehörte.
Um diese Friedensbedrohung nunmehr endgültig zu beseitigen und die Voraussetzungen für die erforderliche Neuordnung in diesem Lebensraum zu schaffen, habe ich mich entschlossen, mit dem heutigen Tage deutsche Truppen nach Böhmen und Mähren einmarschieren zu lassen. Sie werden die terroristischen Banden und die sie deckenden tschechischen Streitkräfte entwaffnen, das Leben aller Bedrohten in Schutz nehmen und somit die Grundlagen für die Einführung einer grundsätzlichen Regelung sichern, die dem Sinn einer tausendjährigen Geschichte und den praktischen Bedürfnissen des deutschen und des tschechischen Volkes gerecht wird.
Berlin, den 15. März 1939.
gez. Adolf Hitler." [52)]

Am folgenden Tage, dem 16. März 1939, unterzeichnete Hitler die nachfolgende Erklärung über die Abtrennung der Landesteile Böhmen und Mähren von der ehemaligen tschecho-slowakischen Republik:

"Ein Jahrtausend lang gehörten zum Lebensraum des deutschen Volkes die böhmisch-mährischen Länder. Gewalt und Unverstand haben sie aus ihrer alten historischen Umgebung willkürlich gerissen und schließlich durch ihre Einfügung in das Gebilde der Tschecho-Slowakei den Herd einer ständigen Unruhe geschaffen. Von Jahr zu Jahr vergrößerte sich die Gefahr, dass aus diesem Raume heraus - wie schon einmal in der Vergangenheit - eine neue ungeheuerliche Bedrohung des europäischen Friedens kommen würde. Denn dem tschecho-slowakischen Staat und seinen Machthabern war es nicht gelungen, das Zusammenleben der in ihm willkürlich vereinten Völkergruppen vernünftig zu organisieren und damit das Interesse aller Beteiligten an der Aufrechterhaltung ihres gemeinsamen Staates zu erwecken und zu erhalten. Er hat dadurch aber seine innere Lebensunfähigkeit erwiesen und ist deshalb nunmehr auch der tatsächlichen Auflösung verfallen.

Das deutsche Reich aber kann in diesen für seine eigene Ruhe und Sicherheit sowohl als für das allgemeine Wohlergehen und den allgemeinen Frieden so entscheidend wichtigen Gebieten keine andauernden Störungen dulden. Früher oder später müsste es als die durch die Geschichte und geographische Lage am stärksten interessierte und in Mitleidenschaft gezogene Macht die schwersten Folgen zu tragen haben. Es entspricht daher dem Gebot der Selbsterhaltung, wenn das Deutsche Reich entschlossen ist, zur Wiederherstellung der Grundlagen einer vernünftigen mitteleuropäischen Ordnung entscheidend einzugreifen und die sich daraus ergebenden Anordnungen zu treffen, denn es hat in seiner tausendjährigen geschichtlichen Vergangenheit bereits bewiesen, dass es dank sowohl der Größe als auch der Eigenschaften des deutschen Volkes allein berufen ist, diese Aufgaben zu lösen."

Erfüllt von dem ernsten Wunsch, den wahren Interessen der in diesem Lebensraum wohnenden Völker zu dienen, das nationale Eigenleben des deutschen und des tschechischen Volkes sicherzustellen, dem Frieden und der sozialen Wohlfahrt aller zu nützen, ordnete er daher namens des Deutschen Reiches als Grundlage für das künftige Zusammenleben der Bewohner dieser Gebiete an, dass die Landesteile Böhmen und Mähren als dem Großdeutschen Reich gehören und unter Schutz treten sollten.[53)]

Zum Reichsprotektor wurde der Präsident des Kabinettsrates Reichsminister K. v. Neurath ernannt, der sich in einem Interview über seine Aufgabe folgendermaßen äußerte:

"Ich sehe den tiefsten Sinn meiner Aufgabe darin, der Welt zu zeigen, wie die deutsche Nation ein ihr anvertrautes Volkstum zu fördern, seine natürlichen Rechte zu achten und, ohne seine Würde und Ehre anzutasten, für die Lebensgemeinschaft zu gewinnen weiß."

Zwei Tage vorher (am 14. März 1939) hatte die Slowakei sich von der Tschechei losgesagt. Am 15. März erklärte Chamberlain im Unterhaus, dass die englische Garantie für die Tschecho-Slowakei nicht zur Anwendung kommen könne, weil "der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so sein Ende fand".

Am 16. März richtete der slowakische Ministerpräsident Tiso an Hitler ein Telegramm folgenden Inhalts: Jn starkem Vertrauen auf Sie, den FÜhrer und Reichskanzler des Großdeutschen Reiches, unterstellt sich der slowakische Staat Ihrem Schutze."

Der Führer erklärte sich mit der Übernahme dieses Schutzes einverstanden und traf mit der slowakischen Regierung ein militärisches Übereinkommen, laut welchem Deutschland das Recht erhielt, auf einem westlichen Grenzstreifen der Slowakei militärische Befestigungsanlagen zu errichten und sie mit deutschen Truppen zu besetzen. Die Slowakei bleibt ein souveräner Staat, dessen Grenzen Deutschland für 25 Jahre garantiert hat.

Damit war jedoch noch immer nicht das stürmische Vorgehen Hitlers zur Befreiung der unter fremdem Joch befindlichen Deutschen zum Stillstand gekommen.

Als der litauische Außenminister Urbsys, von einer Italienreise zurückkehrend, am 20. März 1939 Berlin passierte und dem Reichsminister des Auswärtigen einen Besuch abstattete, benutzte dieser die Gelegenheit, um seinem Besuch mitzuteilen, dass das Reich eine endgültige Lösung der Memelfrage nur in einer Rückkehr des reindeutschen Memellandes ins Deutsche Reich erblicken könne. Er fügte hinzu, dass ein rascher und freiwilliger Verzicht Litauens zweifellos die beste Lösung sei, da er dem Reich ermöglichen würde, auf Litauens wirtschaftliche Interessen im Hafenplatz Memel volle Rücksicht zu nehmen.

Außenminister Urbsys berichtete am 21. März sofort nach seiner Rückkehr der Kaunas-Regierung, die daraufhin den Beschluss fasste, die Memelfrage unverzüglich und auf die einzig vernünftige Weise aus der Welt zu schaffen. Schon am 23. März kehrte der litauische Minister nach Berlin zurück, um mit der deutschen Regierung ein Hafenabkommen zu treffen. Nachdem dann auch der litauische Seim der Rückgabe des Memelgebietes an Deutschland zugestimmt hatte, wurde die Wiedervereinigung dieses dem Reich durch das Versailler Diktat geraubten Landgebietes endgültig durchgeführt.

Mit dem Anschluss Osterreichs und der Einverleibung des Protektorates Böhmen und Mähren und Memels mit dem Reich waren schwere Fehler des Versailler Vertrages wieder gutgemacht worden. Aber noch blieb die größte Ungerechtigkeit dieses Friedensdiktates unverändert bestehen: die Abtrennung Danzigs vom Reich und der polnische "Korridor".[54)] Hitler dachte nicht daran, dieses schwierige Problem durch Gewaltandrohung zu lösen. Deshalb schloss er am 26. Januar 1934 die deutsch-polnische Friedenserklärung, die zehn Jahre gelten sollte. Noch am fünften Jahrestag der Unterzeichnung dieser Friedenserklärung betonten die deutsche wie die polnische Regierung ihren gegenseitigen Willen, auch in Zukunft den in der Erklärung enthaltenen Grundsätzen treu bleiben zu wollen.

Dieser gute Wille war aber nur auf der einen, der deutschen, Seite wirklich vorhanden. Trotzdem die polnische Regierung sich in einem Vertrag vom 28. Juni 1919 den alliierten und assoziierten Hauptmächten gegenüber verpflichtet hatte, den innerhalb Polens lebenden Minderheiten, insbesondere der deutschen Bevölkerung, nicht nur ihre Sprache und Religion zu respektieren, sondern ihnen auch sonst alle die gleichen Rechte zu gewähren, die den polnischen Bewohnern zukamen, dachte sie gar nicht daran, diese Bestimmungen, über deren Einhaltung der Völkerbund wachen sollte, zu erfüllen.[55)] Schon am 20. November 1920 sah sich die deutsche Regierung genötigt, der polnischen Regierung eine umfassende Beschwerde zu überreichen, in der sie nachwies, dass der genannte Vertrag von der polnischen Regierung nicht im geringsten gehalten wurde, sondern dass die Deutschen in Polen nicht die zugesagte Gleichberechtigung genossen, sondern vielmehr fast überall geradezu als vogelfrei galten.[56)] Am 10. April 1923 verkündete sogar der damalige Ministerpräsident Sikorsky in öffentlicher Rede als Regierungsprogramm "die Liquidation deutscher Güter und die Entdeutschung der westlichen Provinzen".

Diese feindselige Haltung der polnischen Regierung gegenüber Deutschland trat, ohne Rücksicht auf die deutsch-polnische Friedenserklärung vom Januar 1934, immer deutlicher zu Tage und nahm ganz schroffe Formen an, als Chamberlain sich unter dem Zwang der englischen Kriegstreiber von der Verständigungsidee des Münchener Abkommens abwandte, indem er erklärte, dass die Errichtung eines Protektorats Böhmen und Mähren einen Bruch jenes Münchener Abkommens bedeute.[57)]

Polen war vor allem bestrebt, die Freie Stadt Danzig für Polen zu gewinnen und den Korridor unverändert aufrechtzuerhalten. Danzig war bekanntlich durch den Versailler Vertrag vom Deutschen Reich abgetrennt und als "Freie" Stadt unter die Aufsicht eines Hohen Kommissars des Völkerbundes gestellt worden. Dass Deutschland diese rein deutsche Stadt wieder mit dem Reich vereinigen wollte, war selbstverständlich.[58)] Polen wiederum tat von Anfang an alles, um die

Polnisierung Danzigs durchzuführen. Es zog mit vierundzwanzig Behörden in Danzig ein, von denen jede eine polnische Zelle darstellte. Unter Missbrauch polnischer Privilegien im Post- und Eisenbahnwesen, gestützt auf chauvinistische Propaganda und durch Anwendung schärfsten wirtschaftlichen Druckes versuchte es unablässig Danzig zur Unterwerfung unter polnische Interessen zu zwingen.[59)] Gleichzeitig wurde durch die Errichtung und einseitige Begünstigung des polnischen Konkurrenzhafens Gdingen dem Danziger Hafen von Polen schwersten Schaden zugefügt.

Deutschland versuchte im Verlauf der nächsten Jahre wiederholt, auf dem Weg freundschaftlicher Verhandlungen diese Schwierigkeiten zu überwinden und zu einen beiderseits befriedigenden Minderheitenschutzvertrag zu gelangen. Alle diese Bemühungen stießen auf eine ablehnende Haltung der polnischen Regierung.

Am 24. Oktober 1938 schließlich entwickelte der Reichsaußenminister v. Ribbentrop vor dem polnischen Botschafter genau formulierte deutsche Vorschläge, deren Hauptpunkte lauteten:

1. Der Freistaat Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück.
2. Durch den Korridor wird eine exterritoriale, Deutschland gehörige Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.
3. Polen erhält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Autobahn und eine Eisenbahn und einen Freihafen.

Deutschland verzichtete also auf eine Rückgliederung der abgetretenen Gebiete und anerkannte den Korridor grundsätzlich, verlangte dagegen nur die Rückkehr Danzigs zum Reich.

Nur Hitler konnte, dank dem unbegrenzten Vertrauen, das er beim deutschen Volk genoss, wagen (wie er es selbst in einer Reichstagsrede hervorhob), dem deutschen Volke eine derartige Verzichtleistung zuzumuten, die fast alle Vorteile Polen überließ und einem der ungerechtesten Paragraphen des Versailler Diktats zur Anerkennung verhalf.

Trotzdem wich Polen einer offenen und klaren Antwort aus. Als Deutschland am 26. Januar und am 9.1. März 1939 von neuem auf die Frage zurückkam, beantwortete Polen diesen Versuch mit einer Teilmobilisierung seiner Armee und mit Truppenzusammenziehungen bei Danzig. Endlich, am 26. März 1939, kam eine klare Antwort von Polen: der Botschafter Lipski erklärte, dass jedes weitere Verlangen der Rückkehr Danzigs zum Reich den Krieg mit Polen bedeute. Ebenso drohte der polnische Außenminister Beck am 29. März für diesen Fall mit Krieg. Statt nach Berlin, wohin er eingeladen war, reiste er nach London, um dort den von England angebotenen Garantiepakt zu unterzeichnen.

Dieser Pakt besagte, dass Polen in einem etwaigen deutsch-englischen Konflikt durch einen gegen Deutschland gerichteten Angriff auch dann eingreifen werde, wenn dieser Konflikt Polen und seine Interessen überhaupt nicht berührte. Durch diesen Garantiepakt setzte Polen die deutsch-polnische Erklärung vom 26. Januar 1934 willkürlich und einseitig außer Kraft. Trotzdem erklärte sich die deutsche Regierung bereit, eine neue vertragliche Regelung der gegenseitigen Beziehungen zu beraten. Die Antwort Polens darauf war eine hochfahrende Rede Becks vom 5. Mai 1939 und eine Steigerung der antideutschen Hetze, in der sogar ganz Ostpreußen für Polen gefordert wurde.

Die deutschfeindliche Haltung Polens stützte sich vor allem auf die Stellungnahme Englands, das eine Stärkung der deutschen Macht unter keinen Umständen gestatten wollte.[60)] Zu diesem Zweck hatte England schon vor längerer Zeit begonnen, sich für eine kriegerische Auseinandersetzung mit Deutschland vorzubereiten. Die entscheidenden Schritte hierfür waren die Bemühungen um eine Einkreisungspolitik Englands gegen Deutschland, die im Februar 1939 einsetzten. Sie beruhten auf dem Bestreben Englands, die jeweils stärkste Kontinentalmacht in Europa mit Hilfe von Koalitionen niederzuzwingen, ehe sie sich der englischen Kontrolle entziehen konnte.

Der erste Staat, dessen sich England jetzt versicherte, war Polen. Die Verhandlungen mit diesem Staat endeten, wie Chamberlain am 31. März 1939 im Unterhaus erklärte, damit, dass England, falls die polnische Unabhängigkeit bedroht würde, seinerseits der polnischen Regierung alle in Englands Macht stehende Hilfe sofort gewähren sollte.[61)]

In seiner großen Reichstagsrede am 28. April 1939 erklärte der Führer, dass die Politik Englands "keine Zweifel darüber läßt, dass man in London... der Meinung ist, dass, ganz gleich, in welchen Konflikt Deutschland einmal verwickelt werden würde, Großbritannien stets gegen Deutschland Stellung nehmen müsste", und dass England dadurch dem Flottenabkommen mit Deutschland einseitig die Grundlagen entzogen und es außer Kraft gesetzt habe.

Schon am 22. März 1939 hatte Deutschland mit Litauen einen Nichtangriffspakt geschlossen. Nun schloss es ähnliche Verträge mit Dänemark (31. Mai), Estland und Lettland (7. Juni) und schließlich mit Räterussland (23. August), 62) das England sich monatelang vergebens bemüht hatte zu bewegen, sich seiner Einkreisungspolitik gegen Deutschland anzuschließen.

Am 25. August 1939 machte der Führer einen neuen Versuch, sich mit England zu verständigen. Er erklärte dem britischen Botschafter, dass er bereit sei, nach der Lösung des polnischen Problems noch einmal an England mit einem großen, umfassenden Angebot heranzutreten.

Er bejahe, sagte er, das Britische Imperium und sei bereit, sich für dessen Bestand persönlich zu verpflichten und die Kraft des Deutschen Reiches dafür einzusetzen, wenn die deutschen kolonialen Forderungen erfüllt würden. Ohne Rücksicht auf dieses großzügige Angebot unterzeichnete England an demselben Tage einen britisch-polnischen Beistandpakt.[63)]

In Polen selbst gingen die Verfolgungen der Deutschen weiter und erreichten einen noch nicht dagewesenen Höhepunkt, indem Mörderbanden über die waffenlose deutsche Bevölkerung herfielen [64)] und das Militär von seinen Schusswaffen Gebrauch machte. In der Reichstagssitzung vom 1. September sah sich der Führer deshalb gezwungen zu erklären:

"In Polen hat man heute Nacht zum ersten Mal auf unserem eigenen Territorium auch durch reguläre Soldaten geschossen. Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen."

In diesem Augenblick griff Mussolini zu einer Vermittlung ein. Er schlug einen Waffenstillstand und die Einberufung einer Konferenz in zwei bis drei Tagen vor. Die Reichsregierung erklärte sich bereit, auf diesen Vorschlag einzugehen. Auch die französische Regierung war dazu bereit. Nur die englische Regierung verlangte die Zurückziehung der deutschen Truppen und zwang die französische Regierung, ihr Einverständnis zu annullieren. Damit hatte sie den Friedensversuch Mussolinis torpediert. Sie verlangte von der Reichsregierung in einem zweistündigen Ultimatum die Zurückziehung der Truppen, andernfalls sie Deutschland den Krieg erklären würde.

Die Reichsregierung wies die ultimative Forderung Englands zurück und erklärte zugleich in einem ausführlichen Memorandum vom 3. September 1939 u. a.: "... 2. Seit vielen Monaten herrscht an unserer Ostgrenze der tatsächliche Zustand des Krieges. Nachdem der Versailler Vertrag Deutschland erst zerrissen hat, wurde allen deutschen Regierungen seitdem jede friedliche Regelung verweigert. Auch die nationalsozialistische Regierung hat nach dem Jahre 1933 immer wieder versucht, auf dem Wege friedlicher Aushandlungen die schlimmsten Vergewaltigungen und Rechtsbrüche dieses Vertrages zu beseitigen. Es ist mit in erster Linie die britische Regierung gewesen, die durch ihr intransigentes Verhalten jede praktische Revision vereitelte. Ohne das Dazwischentreten der britischen Regierung wäre - dessen sind sich die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk bewusst - zwischen Deutschland und Polen sicher eine vernünftige und beiden Seiten gerecht werdende Lösung gefunden worden. Denn Deutschland hatte nicht die Absicht oder die Forderung gestellt, Polen zu vernichten...
3. Die britische Regierung hat - ein einmaliger Vorgang in der Geschichte - dem polnischen Staat eine Generalvollmacht erteilt für alle Handlungen gegen Deutschland, die dieser Staat etwa vorzunehmen beabsichtigen würde. Die

britische Regierung sicherte der polnischen Regierung unter allen Umständen für den Fall, dass sich Deutschland gegen irgendeine Provokation oder einen Angriff zur Wehr setzen würde, ihre militärische Unterstützung zu... Die deutsche Regierung hat, begriffen von dem Leid der von Polen gequälten und unmenschlich misshandelten deutschen Bevölkerung, dennoch fünf Monate lang geduldig zugesehen, ohne auch nur einmal gegen Polen eine ähnlich aggressive Handlung zu betätigen.
Sie hat nur Polen gewarnt, dass diese Vorfälle auf die Dauer unerträglich sein würden und dass sie entschlossen sei, für den Fall, dass dieser Bevölkerung sonst keine Hilfe würde, zur Selbsthilfe zu schreiten, Alle diese Vorgänge waren der britischen Regierung auf das genaueste bekannt. Es wäre ihr ein leichtes gewesen, ihren großen Einfluss in Warschau aufzubieten, um die dortigen Machthaber zu ermahnen, Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die bestehenden Verpflichtungen einzuhalten. Die britische Regierung hat dies nicht getan. Sie hat, im Gegenteil unter steter Betonung ihrer Pflicht, Polen unter allen Umständen beizustehen, die polnische Regierung geradezu ermuntert, in ihrem verbrecherischen, den Frieden Europas gefährdenden Verhalten fortzufahren. Die britische Regierung bat aus diesem Geiste heraus den den Frieden Europas immer noch retten könnenden Vorschlag Mussolinis zurückgewiesen, obwohl die deutsche Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt hatte, darauf einzugehen. Die britische Regierung trägt daher die Verantwortung für all das Unglück und das Leid, das jetzt über viele Völker gekommen ist und kommen wird."

Am 3. September 1939 erklärte auch Frankreich Deutschland den Krieg, worauf der Reichsaußenminister erwiderte, Deutschland habe nicht die Absicht, Frankreich anzugreifen, und dass die heutige französische Regierung für das Leid, das den Ländern zugefügt wird, falls Frankreich Deutschland angreife, die volle Verantwortung trage.

Damit war der Krieg zwischen den Großmächten zur Tatsache geworden.

3 Die Juden in Deutschland

3.1 Die Judenfrage [65)]

Die "Judenfrage" ist von jeher in geschichtlicher, völkischer, gesellschaftlicher und politischer Beziehung ein schwieriges und heikles Problem gewesen, und eine gerechte Behandlung desselben erfordert eine Unbefangenheit des Urteils, die aufrechtzuerhalten heute nicht leicht ist.[66)] Die nachfolgende Betrachtung sucht die Frage sine ira, et studio bei aller Gedrängtheit möglichst vielseitig zu beleuchten.

Das ist schon deshalb notwendig, weil über den Antisemitismus vielfach Ansichten verbreitet sind, die wohl berechtigt sind, soweit sie sich gegen Übertreibungen und karikaturartige Verzerrungen dieser Erscheinung richten, aber als oberflächlich und falsch bezeichnet werden müssen, wenn sie den Antisemitismus ein Erzeugnis künstlicher Propaganda nennen und seine Verbreitung in weiteren Schichten des deutschen Volkes leugnen. Antisemitismus gibt es in der ganzen Welt. Dass er in Deutschland eine besonders radikale Form angenommen hat, wird man verstehen, wenn man die Ursachen dafür näher studiert.

Zwei Erscheinungen sind es, denen das Phänomen der sog. "Judenfrage" seine Entstehung verdankt: die eine ist der "Talmud",[67)] d. h. die auf das talmudische Denken hinführende geistige Entwicklung, also nicht nur die religiöse, sondern auch die intellektuelle Seite, der Frage, die zweite die sog. Diaspora (hebräisch "Galuth"), d. h. die Zerstreuung des jüdischen Volkes über die ganze Welt. Der Talmud enthält die Gesetzeslehre der Juden und ist reich an Vorschriften, die vom moralischen Standpunkt als verwerflich bezeichnet werden müssen. Die Juden haben deshalb Übersetzungen des Talmuds zu verhindern versucht und, wo solche erschienen, sie als Fälschungen verworfen. Im Jahre 1910 veröffentlichte indessen Dr. A. Luzsénsky in Budapest eine Talmud-Übersetzung, die bald in etwa 20 Exemplaren verbreitet wurde.

Nach vielfachen Anstrengungen gelang es den Juden, die Übersetzung für anfechtbar zu erklären und den Rest der Auflage beschlagnahmen zu lassen. Ein Prozess, der aus diesem Grunde anhängig gemacht wurde, brachte den Beweis, dass die Übersetzung richtig war, worauf die Beschlagnahme aufgehoben wurde. In dem Urteil heißt es u. a.:

"Das Königliche Gericht hat festgestellt, dass die in der Übersetzung von Alfons Luzsénsky enthaltenen Abscheulichkeiten ohne Ausnahme im Talmud zu finden sind. Seine Übersetzung ist genau, da er die im Talmud vorkommenden Sätze in Übereinstimmung mit ihrem wirklichen Sinn wiedergibt."

Der Prozess wurde dann noch in höherer Instanz weitergeführt, die das Urteil der unteren Instanz bestätigte und folgendermaßen begründete: "Der Angeklagte hat dem Inhalt nach den allgemein gebrauchten, niemals durch irgendeine Verordnung verbotenen hebräischen Talmud, der von jedermann durch Kauf erworben werden kann, übersetzt."

Die Gefahr des Talmuds liegt aber nicht bloß in seinen unsittlichen Vorschriften, sondern in ebenso hohem Grade in dem Wesen und der Richtung der in ihm zum Ausdruck kommenden Denkweise, die für das Judentum überhaupt kennzeichnend ist und von dem Nichtjuden schon instinktmäßig als fremd und abstoßend empfunden wird.

Wenn auch eine Untersuchung über das talmudische Denken eine für die Charakteristik des Judentums sehr wichtige Angelegenheit ist, würde eine Behandlung dieser Frage uns hier zu weit führen. Um die Rolle, die das Judentum bis vor kurzem in Deutschland spielte, zu beleuchten, genügt es, einleitungsweise einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Diaspora zu geben.

Das tragische Schicksal der Juden war, dass sie schon mehr als 700 Jahre v. Chr. durch feindliche Eroberung und Zerstörung das verloren, was ihr Vaterland genannt werden kann, d. h. Samaria im Norden und Jerusalem im Süden Palästinas, und gewaltsam in ein fremdes Land deportiert wurden. Die erste Deportation (nach Mesopotamien) geschah im Jahre 587, die zweite (nach Ägypten) bald danach, die dritte (nach Syrien) etwas später. Das was man im eigentlichen Sinne Diaspora nennt, zählt jedoch seinen Beginn erst seit dem Jahre 538 v. Chr., als das strenge babylonische Exil aufgehoben wurde und die Rückkehr nach Palästina den Juden wieder freistand. Von dieser Freiheit machten bei weitem nicht alle Juden Gebrauch, die meisten blieben freiwillig in Babylon, aber sie assimilierten sich ebenso wenig mit dem Wirtsvolk wie andere in der Zerstreuung lebende Juden, sondern blieben bewusst Juden. Trotzdem ein Teil der Juden aus dem babylonischen Exil nach Jerusalem zurückkehrte, bildete sich hier doch nicht mehr der altjüdische Staat von neuem, sondern eine Theokratie ohne ein Volk, auf das sie sich stützen konnte. Als deshalb Titus im Jahre 70 n. Chr. Jerusalem zerstörte und damit diese Theokratie vernichtete, wurde die über die Welt zerstreute jüdische Diaspora durch diese Katastrophe gar nicht getroffen. Die geschichtliche Existenz des Judentums ist nun "nicht mehr ein Volkstum und Staatswesen, das irgendwo seinen bestimmten Platz als politische Größe hat, und das nun seine Kraft in eine Diaspora hinausstrahlt; seine geschichtliche Existenz ist vielmehr die der Heimatlosigkeit".[68)]

Schon in Alexandria spielten die Juden eine große Rolle, und zur Zeit Vespasians betrug ihre Anzahl in Ägypten eine Million unter acht Millionen: 13

Prozent der Gesamtbevölkerung. Zur Zeit Konstantins hat es sogar eine wohlgeordnete Judenkolonie in Köln gegeben.

Eine dem Judentum eigentümliche Tatsache ist, dass es niemals einen ernsthaften Versuch gemacht hat, diesen im Grunde unnatürlichen Zustand der Heimatlosigkeit zu ändern und einen eigenen Staat zu gründen.[69)] Der Zionismus kann, wie Georg Kittel hervorhebt, nicht als ein solcher Versuch gedeutet werden. Sein Zweck ist nicht, "einen jüdischen Staat zu bilden, der nun wirklich die Juden alle umfassen würde", sondern nur, "eine Stelle zu bilden, die eine Art Mittelpunkt oder Asyl für das Weltjudentum ist". Die Tatsache, dass das Judentum auch in der Zerstreuung eine unzerstörbare Widerstandskraft gegen die Aufsaugung durch andere Völker zeigt, ist umso rätselhafter, als es nicht nur einer Heimat und Bodenständigkeit, sondern auch einer eigenen Sprache ermangelt, denn Hebräisch dürfte es schon in der alexandrinischen Zeit nicht mehr gekannt haben, wofür Philo von Alexandrien ein Beispiel ist.

Nun hätte aus dieser Tatsache allein noch keineswegs das zu entstehen brauchen, was wir unter "Judenfrage" im heutigen Sinne verstehen. Sogar der Umstand, dass Christentum und Judentum von jeher und für immer unversöhnliche Feinde sind, [70)] war kein zwingender Anlass zum Aufkommen dieses Problems, solange das Judentum im Ghetto ein streng abgeschlossenes Dasein führte. Die Judenfrage verdankt ihre Entstehung erst der durch die amerikanische Verfassung von 1787 [71)] und die französische Revolution von 1789 proklamierten Gleichberechtigung der Juden. Nach erfolgter Emanzipation begannen unter den Juden sich Bestrebungen geltend zu machen, sich dem Wirtsvolk zu assimilieren, in ihm aufzugehen, um auf diesem unauffälligem Wege mit der Landesbevölkerung, unter der sie lebten, auf all den Gebieten, die sich den Juden eröffneten, in Wettbewerb zu treten. Dass sie hierbei trotz aller mehr oder weniger gelungenen, in Wirklichkeit immer nur scheinbaren Assimilation doch nie aufhörten, Juden zu sein und sich als Juden zu fühlen, das streute die ersten Keime einer "Judenfrage" unter die Völker. Wir können diese Erscheinung überall da beobachten, wo Juden sich inmitten eines anderen Volkes niederlassen. Sehr bemerkenswert ist das Geständnis eines bekannten Juden; Dr. Eduard Gant, ehem. Professor an der Berliner Universität, erklärte: "Taufe und sogar Kreuzung nützen gar nichts. Wir bleiben auch in der hundertsten Generation Juden wie vor dreitausend Jahren. Wir verlieren den Geruch unserer Rasse nicht, auch in zehnfacher Kreuzung. Und bei jeglicher Verbindung mit jeglichem Weibe ist unsere Rasse dominierend: es werden junge Juden daraus." (Zitat bei, Peter Deeg: "Hofjuden" S 357.)

Dass und warum die Judenfrage im deutschen Volk eine besonders scharfe Zuspitzung erfuhr, soll weiter unten näher beleuchtet werden. Es spielt bei dieser Entwicklung der Judenfrage keine Rolle, dass sich unter den Juden selbst zwei einander bekämpfende Richtungen bildeten: die Zionisten und die

Assimilanten. Die letzteren sind der Meinung, die Erhaltung des jüdischen Volkes als solchem sei unmöglich. Deshalb sind sie bestrebt, ihr Judentum aufzugeben und ganz in dem Wirtsvolk aufzugehen.[72] Die Zionisten wiederum, wie Theodor Herzl sich diese Gründung dachte, wollten zwar die ihnen durch die Emanzipation zugestandenen Rechte als Bürger in einem bestimmten Staate aufgehen, aber "sie wollten das Volk Israel innerhalb aller Staaten der Welt als Volk erhalten und ihm als Volk einen Rückhalt in einer geschlossenen palästinensischen Siedlung schaffen. Diese Siedlung sollte zwar nicht ein Nationalstaat mit Souveränität, Heer und Flotte, aber ein Nationalheim ("National Home", "Erez Israel") sein, um das herum sich das Volk Israel als eine Einheit in der Zerstreuung sammeln und durch die ganze Welt hin einheitlich ausrichten würde. Palästina sollte die Integration des Weltjudentums sein." (Wilhelm Stapel in Forschungen zur Judenfrage 1. S. 165).

In Deutschland gab es nun Vertreter beider Richtungen. Walther Hathenan war einer der führenden Assimilanten, und ihm schlossen sich vor allem zahlreiche Intellektuelle an. Unter den Zionisten wiederum nimmt nach Theodor Herzl, dem Begründer des Zionismus. vor allem Martin Buber eine führende Stellung ein. Nach seiner Geschichtsauffassung ist "das Blut die tiefste Machtschicht der Seele". Abstammung ist nach seiner Ansicht nicht bloß Zusammenhang mit dem Vergangenen, sie legt in uns hinein, "was uns zu keiner Stunde unseres Lebens verlässt", was "alles", was wir tun, zu innerst bestimmt". Buber ist der konsequenteste und tiefste Vertreter des Rassegedankens im Judentum und genießt auch unter den Assimilanten-Juden seines lauteren Charakters wegen ein hohes Ansehen. Genau denselben Standpunkt, nimmt der Zionist Arnold Zweig ein, der eine "spezifisch jüdische Erbmasse" (Rasse) für unbestreitbar hält. Übrigens erklärte schon der jüdische englische Ministerpräsident Disraeli (Lord Beaconsfield), dass die Rassenfrage der Schlüssel zur Weltgeschichte sei.

Es zeugt also von geringer Konsequenz, wenn heute viele .Juden (und liberale Intellektuelle) die Rassenfrage als eine unwissenschaftliche oder gleichgültige Angelegenheit, oder gar als eine spezielle Erfindung der Nationalsozialisten bezeichnen. Sie leugnen damit die Geschichte und das Geheimnis des jüdischen Volkes, dieses Volkes ohne Land, ohne Staat, ohne Sprache, das sein Dasein durch die Jahrtausende trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungen erhalten hat, weil es unerschütterlich an den Gesetzen des Bluts festgehalten und sie sogar in seiner Gesetzesreligion verankert hat. Das Rassebewusstsein des Juden ist die lebendige Wurzel seines Volkes und hat es mitten im Völkergemisch der übrigen Welt nicht untergehen lassen.

Aber es ist nicht allein die rassenbiologische Haltung der Juden, die dazu beigetragen hat, sie zweitausend Jahre lang von allen Völkern zu trennen. "Das an sich erstaunliche Phänomen" sagt einer der ersten Fachleute auf diesem Gebiet, [73] "dass ein Volk ohne Reich sich solange erhalten konnte, ist zu

einseitig allein durch die Rasseneigenart der Juden und durch ihre blutsmäßige Absonderung erklärt worden. Die Gemeinschaft der Religion, die besondere Erziehung durch den Talmud und die Auserwähltheits-Idee haben sich in solcher Kraft erhalten, dass im Laute der Geschichte durch Einheirat und übertritt Einzelmenschen und auch Gruppen von Menschen in das Judentum aufgenommen werden konnten, ohne dass sich an der Eigenart der Juden etwas geändert hätte."

3.2 Der Antisemitismus

In Deutschland begünstigte der Staat früher die Assimilanten, und schon deshalb war ihre Anzahl unvergleichlich größer als die der offenen Zionisten. Dass sich im deutschen Volke selbst ein immer heftigerer Widerstand gegen beide Richtungen, vor allem aber gegen die Assimilanten, erhob, beruhte nicht nur auf dem von jeher im deutschen Volke rassisch empfundenen Widerstand gegen alles Jüdische, sondern auch auf der durch die Erfahrung bestätigten Erkenntnis, dass die Assimilation, auch wenn sie ehrlich gewollt war, eine Illusion blieb, weil auch hinter den entschiedensten Assimilanten immer das unzerstörbare Phänomen des Weltjudentums sichtbar blieb, vor allem aber weil die Assimilanten selbst die Erscheinung und Wirkung dieses Phänomens unentwegt lebendig erhielten, indem sie in sozialer, geschäftlicher, gesellschaftlicher und familiärer Beziehung nie die Verbindung mit ihren Stammesgenossen abbrachen, sondern in ganz offenkundiger Weise vor den Augen des ganzen Volkes wie die Kletten zusammenhielten und wie durch eine unsichtbare Mauer das übrige Volk von dem geweihten Kreise des "auserwählten Volkes" fernhielten. Seit wie lange schon der verhängnisvolle Einfluss des Judentums auf das deutsche Volk von Einsichtigen erkannt wurde, zeigt eine Äußerung von Paul de Lagarde (gest. 1892), der schon 1884 in dem "Programm für die konservative Partei Preußens" erklärt, "dass die Juden als Juden in jedem europäischen Volke ein schweres Unglück sind". Wenn die Juden, meint er, nicht aus Deutschland vertrieben würden, so werde Deutschland verjuden, wozu es schon (1884!) nicht bloß auf dem Wege sei.[74)]

Diese Tatsache der durch die Juden selber aufrechterhaltenen Fremdheit erhielt - wenigstens soweit es Deutschland betrifft - eine immer empfindlichere Schärfe durch die Rücksichtslosigkeit, mit der die Juden im Lebenskampf ihre eigenen Stammesgenossen auf Kosten der übrigen Bevölkerung bevorzugten und zu größerer Macht zu bringen suchten. Dies ist eine der ersten Ursachen, weshalb der angeborene, aber anfangs meist gar nicht bewusst empfundene Instinkt der Bevölkerung gegen das Judentum sich zu einem bewussten Antisemitismus auswuchs. Wer den Antisemitismus als eine "Barbarei" verurteilt, sei darauf aufmerksam gemacht, dass ein Jude die Tatsache festgestellt hat, dass es innerhalb des Judentums eine vollkommen dem Antisemitismus entsprechende geistige Einstellung gegenüber allem Nichtjüdischen gibt. Cheskel Zwi Klötze schreibt in einem Aufsatz "Das große Hassen" in der Zeitschrift "Janns" 1912

Nr. 9: "Dem Antisemitismus, dem Judenhass, steht auf jüdischer Seite ein großes Hassen alles Nichtjüdischen gegenüber... Ich glaube, man könnte beweisen, dass es im Judentum eine Bewegung gibt, die das getreue Spiegelbild des Antisemitismus ist, und ich glaube, dieses Bild würde vollkommener werden, wie nur irgendeins... Man nennt uns eine Gefahr des Deutschtums. Gewiss sind wir das so sicher, wie das Deutschtum eine Gefahr für das Judentum ist... An der Tatsache, dass ein starkes Judentum eine Gefahr für alle Nichtjüdischen ist, kann niemand rütteln... Ob wir die Macht haben oder nicht, das ist die einzige Frage, die uns interessiert, und darum müssen wir danach streben, eine Macht zu sein und zu bleiben."

Eine zweite und zwar sehr verhängnisvolle Ursache des Antisemitismus lag darin, dass Deutschland das unmittelbare Aufnahmeland des nach Westen drängenden und aus besonders unwillkommenen Elementen bestehenden Ostjudentums war, das, nachdem es nach gründlicher Durchsiebung seinen Bodensatz in Deutschland zurückgelassen hatte, seine zivilisierten Teile nach Westen, nach England, Frankreich usw., weiterströmen ließ. Man muss diesen Filtrierungsprozess berücksichtigen, wenn man die Juden in Deutschland mit denen in westlichen Ländern vergleicht.[75)] Dass die besseren Teile unter den Juden in Deutschland und die Juden, die im Nachkriegs-Deutschland die einflussreichen Posten in der Regierung bekleideten, gar nichts gegen den Einstrom dieser gefährlichen Einwanderung aus dem Osten taten oder dies Versäumnis jedenfalls viel zu spät erkannten, ist mit eine der Ursachen gewesen, dass der Antisemitismus nach dem Weltkrieg in Deutschland so heftige Formen annahm und die radikalen Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung von der Bevölkerung mit so einmütiger Zustimmung (um nicht das vielleicht richtigere Wort "Jubel" anzuwenden) begrüßt wurden. Die Verbreitung und den Einfluss, die das Judentum in Deutschland gewonnen hatte, verdankt es auch einem Umstande, der bei der Beurteilung dieser Frage gar nicht in Betracht gezogen wird. Seit dem 15. und 16. Jahrhundert hatten die osteuropäischen Juden eine auf dem Deutschen beruhende Mischsprache (das Jiddische) angenommen, was zur Folge hatte, dass sehr rasch Deutsch überhaupt das verbreitetste Verständigungsmittel unter den Juden wurde. Dazu kam, soweit es die "gebildeten" Juden betrifft, dass, wie Wilhelm Stapel (Forschungen zur Judenfrage 1.1887) hervorhebt, die Juden "durch die jüdische (in deutscher Sprache erscheinende) Literatur und noch mehr durch Heinrich Heine an die deutsche Sprache gebunden sind. Man macht sich gewöhnlich nicht klar, welche geistige und politische Bedeutung für die Juden die Tatsache hat, dass der größte Schriftsteller, den es unter ihnen in der Galuth gegeben hat, und jedenfalls der einzige, der den Juden von heute noch allgemein zugänglich ist, in deutscher Sprache dichtete. Heine ist für die Juden, was Goethe für die Deutschen, Dante für die Italiener: er integriert das moderne jüdische Volk in der Galuth... Die deutsche Judenpresse bildet, und das hängt nicht zuletzt mit Heinrich Heine

zusammen, eine der großen Verbindungen des Weltjudentums, durch sie verkehren die Juden aller Welt miteinander."

Neben diesen allgemeinen volkspsychologischen Voraussetzungen für die Entstehung des Antisemitismus traten in Deutschland noch andere ganz besondere Umstände hinzu, die weiter unten, und besonders am Schluss dieses Kapitels, angeführt werden sollen.

Einleitungsweise soll hier jedoch zunächst der kühlen und harten Sprache, die die Statistik redet, Raum gegeben werden. Eine solche Statistik ist innerhalb Deutschlands nur in Preußen während längerer Perioden mit zuverlässiger Genauigkeit geführt worden, aber die Zahlen dürften im Großen und Ganzen durchschnittlich auch für das ganze Reich Geltung beanspruchen können. Zu beachten ist ferner bei der Beurteilung dieser Zahlen, dass die Statistik nur mit dem Begriff des konfessionellen Juden operiert und nicht den Begriff des Rassejuden kennt. Infolgedessen kommen alle Juden, die Rassejuden sind, ohne dem mosaischen Bekenntnis anzugehören, in der Statistik gar nicht zum Vorschein.

Laut Volkszählung von 1925 gab es in Deutschland 546.379 Angehörige der jüdischen Konfession oder 0,90 Prozent der Gesamtbevölkerung von 62,5 Millionen. Zählen wir die Getauften und die "Konfessionslosen" hinzu, so erhöht sich der Prozentsatz vielleicht auf etwas über 1 Prozent. Dieser Prozentsatz ist immer bei den nachfolgenden statistischen Angaben bei Vergleichen mit der nichtjüdischen Bevölkerung in Betracht zu ziehen.

Wenn wir die Statistik befragen, fallen zunächst zwei allgemeine Erscheinungen auf: erstens, dass die Juden nur ganz bestimmte Berufe bevorzugen, und zweitens, dass sie sich vorzugsweise in Städten, vor allem in Großstädten, niederlassen. Im Jahre 1925 wohnten in Preußen von sämtlichen dort eingetragenen konfessionellen Juden 72,8 Prozent in Großstädten (von der Gesamtbevölkerung nur 29,2 Prozent). Allein in Berlin wohnten 42,7 Prozent sämtlicher Juden und zwar der größte Teil in den wohlhabenden Stadtteilen. Berlin hat wie ein Schwamm einen großen Teil der über Deutschland verbreiteten Juden und fast alle aus dem Osten einwandernden Juden in immer wachsendem Maße in sich aufgesogen.

Unter den Berufen bevorzugen die Juden neben den "freien" Berufen ausgesprochen den Handel, während sie gegenüber der Handarbeit in Industrie und Handwerk und vor allem der Landwirtschaft eine tiefe Abneigung bezeigen. Der Einwand, dass sie infolge der Einsperrung in das Ghetto und des Boykotts auf dem Lande und in der Kleinstadt aus den handarbeitenden Berufen herausgedrängt worden seien, wird durch die Tatsache entkräftet, dass überall da, wo die Juden auf dem Lande und in der Kleinstadt stark verbreitet waren,

wie z. B. in Hessen oder in Posen, sie keineswegs Bauern wurden, sondern sich mit dem Handel in den verschiedensten Formen befassten, wie Handel mit Vieh, Saatgut, Getreide, Kartoffeln, Kunstdünger und vor allem Kapital. Erst durch diese völlig einseitige Beschlagnahme des Handels in diesen agrarischen Bezirken ist es dann zu der Missstimmung und Feindschaft gegen die Juden gekommen. Laut Werner Sombart ("Die Deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert" S. 112-118)" ist es in vielen bäuerlichen Gegenden Deutschlands, namentlich in den kleinbäuerlichen Geländen des Westens und Südwestens (Hessen, Rheinland, Elsass-Lothringen, Teile von Württemberg und Baden) einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Handelsleuten (fast durchgängig jüdischer Abstammung) gelungen, einen großen Teil der Bauernschaft in eine tatsächliche Schuldknechtschaft zu bringen, also dass die kleinen Landwirte nicht mehr für sich und die Ihrigen, sondern fast ausschließlich für jene Geschäftsleute den Acker bestellten".

Auch der gründliche jüdische Gesellschaftstheoretiker Felix A. Theilhaber, der in seiner volkswirtschaftlichen Studie "Der Untergang der deutschen Juden" (Jüdischer Verlag, Berlin 1921) mit sittlicher Leidenschaft und unerbittlicher Wahrheitsliebe den Gründen des Zersetzungsprozesses in seinem eigenen Volke nachgegangen ist, gibt die oben angeführte Tatsache zu.

In der Tat sind die Juden laut Statistik in der Landwirtschaft nur mit 1,74 Prozent gegen 29,5 Prozent bei der Gesamtbevölkerung vertreten. Dagegen zeigt die Rubrik "Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft" 58 Prozent Juden gegenüber nur 17,11 Prozent der Gesamtbevölkerung.

In Bezug auf die sog. freien (intellektuellen) Berufe (mit Ausnahme von Künstlern, Schriftstellern usw.) gibt die neueste Statistik für Anfang 1933 folgende Zahlen für die Stadt Berlin:

Juden waren unter sämtlichen

- Ärzten 42 Prozent,
- Krankenkassenärzten 52 Prozent,
- Zahnärzten 35 Prozent,
- Apothekern 28 Prozent,
- Rechtsanwälten 48 Prozent,
- Notaren 56 Prozent.

Von sämtlichen Schul- und Fürsorgeärzten waren in Berlin 68 Prozent Juden, von den fest angestellten Wohlfahrtsärzten ebenfalls 68 Prozent. Von ärztlichen Direktoren an den großen Krankenhäusern 45 Prozent, von den dirigierenden Ärzten 44 Prozent. Im Kaiser- und Kaiserin-Friedlich-Krankenhaus (Stadtteil

Wedding) waren 80 Prozent Ärzte Juden; von den sechs Stadtschulärzten in Wedding fünf.

An der Universität Berlin waren in der Juristischen Fakultät von 44 Professoren 15 Juden (34 Prozent), in der Medizinischen von 265 Professoren 118 Juden (43 Prozent), in der Philosophischen von 268 Professoren 85 Juden (31 Prozent).

Diese Prozentsätze erhalten ihre richtige Beleuchtung dann, wenn man sich erinnert, dass es unter den 62,5 Millionen der Gesamtbevölkerung Deutschlands (laut Statistik von 1925) nur etwas über 1 Prozent Juden gab.

Noch auffallender wird das Überwiegen des jüdischen Elements, wenn man statt der rein quantitativen die qualitative Statistik zu Rate zieht und untersucht, was für Positionen die Juden auf den Gebieten einnahmen, die sie besonders bevorzugen. Da zeigt sich eine besonders starke Überfremdung in den leitenden Stellungen des deutschen Wirtschaftslebens. In diesen war das Judentum dreimal so stark vertreten wie die ansässigen Deutschen. In den meisten bedeutenderen Geschäftsunternehmungen befanden sich die höheren Posten in den Händen von Juden. Im Wirtschaftsleben wollten sie überall die Arbeitgeber sein, nicht die Arbeitnehmer: unter 100 Deutschen waren 16 selbständig und 49 Arbeiter, unter 100 Juden dagegen 47 selbständig und nur 9 Arbeiter. Sehr lehrreich ist das deutsche "Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte", aus dem hervorgeht, dass die Schlüsselpositionen des Finanzkapitals und der Industrie vorwiegend von Juden besetzt waren (der bekannte Finanzmagnat Jakob Goldschmidt bekleidete nicht weniger als 115 Aufsichtsratposten).

Eine beherrschende Rolle spielte das Judentum an der Börse. Im Vorstand der Berliner Börse waren unter 147 Vorstands- und Ausschussmitgliedern 116, d. h. fast 80 Prozent, Juden.

Diese wirtschaftlich vorteilhaften Stellungen hatten für die Juden ein durchschnittlich viel höheres Einkommen zur Folge als für die übrige Bevölkerung. Werner Sombart hat für die Vorkriegszeit das Einkommen der Juden pro Kopf auf das Sechs- bis Siebenfache des sonstigen Bevölkerungseinkommens in Deutschland geschätzt. Der jüdische sachverständige Statistiker Dr. Alfred Marcus berechnet das jüdische Einkommen pro Kopf auf das Fünffache des sonstigen deutschen Gesamteinkommens in der Vorkriegszeit und auf das 3,2 fache im Jahre 1930.

Allgemein bekannt sind der gewaltige Einfluss und die Machtstellung, die sich die Juden in der deutschen, vor allem der Berliner Presse verschafft hatten. Freilich gab es auch einzelne große nicht ausgesprochen jüdische Zeitungsverlage (Scherl mit dem Jerliner Lokalanzeiger" und der "Woche", die "Münchener Neuesten Nachrichten", das "Hamburger Fremdenblatt", die

"Leipziger Neuesten Nachrichten"), aber vor den gigantischen Auflagen der großen Berliner Verlage, vor allem Ullstein und Messe, deren sämtliche Blätter in jüdischen Händen waren und fast nur von Juden redigiert wurden, traten sie doch in den Schatten. Allein die Blätter des Verlages Ullstein gingen in einer Gesamtauflage von mehr als 4 Millionen Exemplaren in die Welt hinaus. Auch die Redaktion des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei, des "Vorwärts", bestand fast ausschließlich aus Juden. Unter den freien Journalisten, die vermöge ihrer vielfältigen Tätigkeit mindestens so Einflussreich waren wie die festangestellten Redakteure, zählt das "Jüdische Lexikon" allein für Berlin 32 prominente Juden auf.

Sie begnügten sich auch nicht mit der privaten Stellung eines freien Schriftstellers. Es gelang ihnen nach 1918 auch, die entscheidenden amtlichen Pressereferate im preußischen Staat in ihren Besitz zu bringen. So waren im Jahre 1930 der Pressechef und sein Vertreter in der preußischen Staatsregierung Juden (Goslar und Peiser), ebenso der Pressereferent im preußischen Staatsministerium (Dr. Weichmann), ebenso das Pressereferat des preußischen Ministerium des Innern (Dr. Hirschfeld) usw. Der Vorsitzende des "Reichsverbandes der deutschen Presse", der Berufsorganisation der deutschen Journalisten, war jahrelang der Jude Georg Bernhard. Eine fast ausschließlich jüdische Angelegenheit war der große "Verein Berliner Presse", dessen alljährlicher "Presseball" eine der Hauptattraktionen des Berliner Gesellschaftslebens war. Im "Schutzverband deutscher Schriftsteller", der die Interessen der Schriftsteller in der Öffentlichkeit vertrat, waren 1928 von den 16 Vorstandsmitgliedern nur 4 Nichtjuden, 1929 von 18 Mitgliedern nur 5.

Von einer Charakteristik einzelner Persönlichkeiten muss hier abgesehen werden; aber ein paar Namen müssen genannt worden, weil sie durch ihr Auftreten in besonders krasser Weise dazu beitrugen, die Empörung im deutschen Volke gegen das Judentum aufzupeitschen und den Antisemitismus in weite Kreise zu tragen. Die Fälle seien hier in aller Kürze erwähnt. Wir berühren damit ein schlimmes Kapitel: die in der Kriegs- und Nachkriegszeit herrschende Korruption. Auch die übrigen Länder sind davon nicht verschont geblieben. In Deutschland nahm sie jedoch besonders krasse Formen an.

3.3 Korruption

Felix Pinner, der führende jüdische Wirtschaftsjournalist im Deutschland der Nachkriegszeit, hat in seinem Buch "Deutsche Wirtschaftsführer" (Verlag der Weltbühne 1924) ein Bild dieser Korruption gezeichnet, aus dem man ersehen kann, welch hervorragende Rolle Juden darin gespielt haben. Schon die sog. Kriegsgesellschaften, die im Weltkrieg die Bewirtschaftung der Rohstoffe, ihre Einfuhr und ihre Verwaltung zu versehen hatten, waren geradezu eine jüdische Kolonie. Die größte unter ihnen, die Zentral-Einkaufsgesellschaft (ZEG), wurde von dem Juden Jaques Meyer geleitet. In der Kriegs-Metall AG waren unter

vierzehn Aufsichtsratmitgliedern nur zwei Nichtjuden. Pinner schildert treffend die Entwicklung dieser meist jungen Geschäftemacher: "Viele der Dreißigjährigen haben als Heereslieferanten angefangen, wobei in manchen Fällen schwer zu entscheiden ist, ob der Wunsch, an Kriegsmateriallieferungen zu verdienen, oder der Wunsch, vom Heeresdienst befreit zu werden, Hauptmotiv oder Nebenmotiv ihrer Anfänge gewesen ist. Für manche kam auch erst die große Stunde, als die Heeresbestände aufgelöst wurden (wie z. B. der Jude Richard Kahn bei der Liquidierung der Rüstungsfabriken ein Riesengeschäft machte) und andere wieder legten die Wurzeln zu ihrem Reichtum in der eigentlichen regulären Geldentwertungs-Wirtschaft der Nachkriegszeit."

Wenn man die Prozessakten der Korruptions- und Skandalaffären der Nachkriegszeit durchblättert, zeigen schon die bloßen Namen (Ciprut, Sklarz, Barmet, Kutisker, Sklarek, Schaie-Rotter, Katzenellenbogen usw.), dass es sich so gut wie ausschließlich um Juden handelt. Aber aus diesen Prozessakten erfährt man noch etwas anderes: dass nicht nur unter den millionenreichen privaten Geschäftsleuten, sondern sogar unter hohen Beamten Juden Beispiele einer unerhörten Korruption lieferten. An der Spitze dieser Beamten stehen Dr. Weismann, der über ein Jahrzehnt lang, bis zum Jahre 1932, die Einflussreichste Stellung eines Staatssekretärs in Preußen bekleidete, und der im Jahre 1927 zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannte jüdische Sozialdemokrat Dr. Bernhard Weiß. Über Weismann schreibt die "Freiheit", das Berliner Zentralorgan der unabhängigen Sozialdemokratie: "Herr Weismann ist einer der berüchtigtsten Spieler von Berlin. Dieser Mann müsste ein Objekt der Staatsanwaltschaft sein, statt sich als deren Vertreter gegenüber der Arbeiterschaft aufzuspielen."

Einer der gerissensten jüdischen Schieber war der aus dem Osten eingewanderte Georg Sklarz, der es verstanden hatte, in kurzer Zeit ein so riesiges Vermögen zusammenzuraffen, dass er ein Luxusleben sondergleichen führen und die mächtigsten Persönlichkeiten in der sozialdemokratischen Regierung durch Geschenke und vorteilhafte Geschäftsbeteiligungen zu seinen Gönnern machen konnte. Sein jüdischer Sekretär Sonnenfeld hatte sein Büro in der Reichskanzlei. Die Minister waren ständige Gäste in seinem Haus. Als die Staatsanwaltschaft gegen ihn vorgehen wollte, nahmen sie ihn in Schutz, wie ein später entdecktes Schreiben des jüdischen Ministers Haenisch an den preußischen Justizminister beweist, in welchem Haenisch seinen Kollegen beschwört, Sklarz in einer Privataudienz zu empfangen, da Haenisch und mehrere seiner Kollegen in Gefahr waren, in unangenehmer Weise in den Prozess verwickelt zu werden. Als alle Versuche dieser Herren, den Prozess gegen Sklarz aufzuheben, an der Ehrlichkeit des Staatsanwalts Gutjahr scheiterten (Weismann bot ihm drei Millionen Mark an, wenn er die Protokolle nach Weismanns Angaben fälschte), wurde dieser einfach in ein Disziplinarverfahren verwickelt, beurlaubt und die

Angelegenheit einem anderen Beamten übergeben, der auch sofort das Verfahren gegen Sklarz einstellte.[76)]

Die drei Brüder Sklarek belieferten fast den ganzen Berliner Magistrat kostenlos oder für wenige Pfennige mit Pelzmänteln, Frackanzügen und sonstiger Garderobe. Dafür hatten sie das Monopol fast der gesamten Wäsche- und Kleiderlieferung der Stadt Berlin. Sogar die Unterstützungsempfänger der Wohlfahrtsämter waren gezwungen, ihren Bedarf bei den Brüdern Sklarek zu decken. Darüber hinaus reichten sie Rechnungen über immer höhere, gar nicht geleistete Lieferungen ein, die ihnen von der Berliner Stadtbank anstandslos bezahlt wurden.

Der jüdische Minister Asch in Mecklenburg (580.000 Einwohner!) beging Schiebungen bis zu 76 Millionen Mark und machte große Geschäfte mit einer Filmgesellschaft, zu deren Direktor er sich ernennen ließ.

Am zahlreichsten sind natürlich die Fälle von Korruption, in denen gewissenlose Konjunkturjäger als Parteimitglieder sich ungeheure Einnahmen zu verschaffen wussten. So bezog, um nur ein Beispiel zu nennen, der sozialdemokratische Ansager der Berliner Funkstunde ein Jahresgehalt von 64.000 RM und bekam durch ein raffiniertes System von Extravergütungen während der Jahre 1925 bis 1933 noch 300.000 RM.

Aber alle diese Korruptionsfälle verblassen vor dem schamlos zur Schau getragenen landesverräterischen Auftreten, dessen sich zahlreiche Juden schuldig machten. Hätte es nicht schon eine starke antisemitische Strömung innerhalb der Bevölkerung gegeben - dies allein hätte genügt, in jedem Deutschen den wildesten Hass gegen die Juden zu entfachen. Auch hier mögen nur einige wenige Beispiele genügen.

Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Richard Grelling versuchte in zwei Büchern "Jaectise" und "Das Verbrechen" zu beweisen, dass Deutschland allein am Weltkrieg schuld sei. Er fand in einem rechtlich denkenden, jüdischen Schriftsteller, Karl Federn, einen empörten Gegner, der in einer Gegenschrift "Anklage gegen Deutschland" 1917 die Bücher Grellings für ruchlos erklärte und nachwies, dass Grelling fast durchweg mit Lügen und Verfälschungen der Tatsachen und Dokumente gearbeitet hatte.

Dr. Theodor Lessing, Privatdozent der Philosophie an der Technischen Hochschule in Hannover veröffentlichte am 25. April 1925 im "Prager Tageblatt" einen Aufsatz "Hindenburg", in welchem folgende Aussprüche vorkommen: "Ein Philosoph würde mit Hindenburg nun eben nicht den Thronstuhl besteigen. Nur ein repräsentatives Symbol, ein Fragezeichen, ein Zero. Man kann sagen: besser ein Zero als ein Nero. Leider zeigt die Geschichte,

dass hinter einem Zero immer ein künftiger Nero verborgen steht." Im Jahre 1929 veröffentlichte er in demselben "Prager Tageblatt" seine "Kriegserinnerungen", wo man Sätze wie die folgenden losen kann: "Es gelang mir, mich zu drücken. Durch vier Kriegsjahre musste ich alle Monate zur Musterung. Die Ausmusterungen wurden immer strenger. Ich verwandte immer neue Listen, um der Front zu entgehen." Die Studentenschaft in Hannover und die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes empörte sich gegen diesen Hochschullehrer. Aber die Regierung nahm ihn in Schutz.

Noch schlimmer war der "Fall Gumbel". Emil Julius Gumbel, Dozent an der Universität Heidelberg, Vorkämpfer und Anhänger der dritten Internationale. Trotz mehrfachen Landesverrats und Disziplinarverfahren seitens der Universität konnte er unter dem Schutze der roten Regierung und der Fürsprache seiner Freunde, von Georg Bernhard bis Albert Einstein, sich auf seinem Posten halten und wurde sogar, trotz aller Proteste und eines vernichtenden Gutachtens der Universität, auf Vorschlag des roten badischen Kultusministers zum a. o. Professor der Universität Heidelberg ernannt. In seinen Broschüren "Zwei Jahre Mord" (1921) und "Vier Jahre Mord" (1929) kommen folgende Wendungen vor: "Dem besiegten kaiserlichen Deutschland des 5. Oktober stellte die Entente mit Recht die denkbar schärfsten Waffenstillstandsbedingungen." In seiner Broschüre "Verschwörer" leugnet er, dass die kommunistischen Geheimorganisationen auch nur für einen einzigen Mord verantwortlich zu machen seien. Er denunzierte dafür die vaterländischen Organisationen, die sich zur Aufgabe gemacht hatten, die gefährdeten deutschen Grenzen zu schützen, und war einer der Mitverfasser der berüchtigten Broschüre "Deutschlands geheime Rüstungen", die den französischen, englischen und polnischen Regierungen übermittelt wurde und zur Folge hatte, dass die Kölner Zone von der Entente nicht geräumt wurde. Auf Grund seiner aufhetzenden und lügenhaften Propaganda wurde gegen ihn ein Landesverratsverfahren eingeleitet. Die Heidelberger Studentenschaft forderte die Entfernung Gumbels. Die philosophische Fakultät leitete ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein und entzog ihm die Lehrberechtigung. Das sozialdemokratische Kultusministerium hob das Verbot auf und schlug Gumbel für eine Stelle an der japanischen Kaiserlichen Universität in Tokio vor. Professor Einstein fühlte sich "moralisch verpflichtet", den Herrn Minister "inständig zu ersuchen, von jeder Maßregelung des Herrn Gumbel Abstand zu nehmen, da jeder solcher Schritt als Begünstigung reaktionärer Machenschaften gegen Fortschritt und internationale Verständigung gedeutet würde (26. August 1924). Gumbel aber reiste unterdessen in Frankreich umher und hielt Vorträge darüber, dass die Reparationen zu Recht bestünden, dass Deutschland wohl zahlen könne, aber nicht wolle. In einer von Pazifisten im Dezember 1927 im Leipziger Zentraltheater veranstalteten Versammlung kündete Gumbel dem Oberreichsanwalt unmittelbar an, dass er und seine Gesinnungsgenossen auch weiterhin Landesverräter bleiben würden und dass kein Landesverratsprozess sie

davon abhalten würde. Und als sein Gesinnungsgenosse Küster in die Versammlung die Worte rief: "Landesverrat ist keine Schande mehr. Ich habe die Ehre, mich der Versammlung als Schwerverbrecher, nämlich als Hochverräter und dreifacher Landesverräter vorzustellen", da klatschte Gumbel stürmisch Beifall.

Dr. Paul Levi, einer der Einflussreichsten Intellektuellen in der sozialdemokratischen Partei, Verfasser zahlreicher Schriften und berühmter Redner, schrieb, als anlässlich der Feier des Verfassungstages der Republik eine Denkmünze mit Hindenburgs Bildnis geschlagen wurde, am 11. August 1929 in Nr. 13 der Zeitschrift "Der Klassenkampf" u. a.: "Wenn die Regierung nicht dem untreu werden will, was der Herrgott am sechsten Tage, als Krönung seines Werkes schuf, dann gehört, wenn auf der Vorderseite der Kopf Hindenburgs ist, nach avatornischen Gesetzen auf die Rückseite ein Popo. Diesen anzusehen dürfte dem deutschen Steuerzahler und Untertanen nützlicher sein, als das Gesicht Hindenburgs, das man nachgerade schon auswendig kennt."

Der Rechtsanwalt Dr. Kurt Roseifeld wurde am 11. November 1918 zum preußischen Justizminister ernannt, musste aber schon Anfang Januar 1919 zurücktreten, weil sogar die Sozialdemokratie dieses ihr Parteimitglied als Justizminister unmöglich fand. Dafür betätigte er sich nun umso eifriger als Landtags- und Reichstagsabgeordneter. In der Sitzung am 28. September 1921 erklärte er bei der Beratung über Bestrafung des Konkubinats, es sei notwendig, "endlich mit dem Vorurteil zu brechen und die veralteten Bestimmungen über das Konkubinat (d. h. das Verbot desselben) aufzuheben".[77)] Der jüdische Justizrat Werthauer verlangte Straflosigkeit für den Ehebruch, "da er ja keinen Eingriff in die Rechtssphäre eines einzelnen enthalte". Gleich Magnus Hirschfeld wollte er homosexuelle Vergehen straflos lassen, weil sie eine nicht als lasterhaft anzusehende Richtung der menschlichen Natur seien. Er machte sogar den Vorschlag, den Betrug straffrei zu lassen. Wer sich betrügen lasse, sagte er, habe lediglich einen zivilrechtlichen Anspruch. Die Bevölkerung sei angeblichen Betrügern gegenüber zum Selbstschutz zu erziehen.

Eine besondere Erregung in der Bevölkerung rief der Einfluss der jüdisch-kommunistischen Propaganda auf dem Gebiete der Kindererziehung hervor. Besonders schlimm in dieser Beziehung waren die Schulverhältnisse im "roten" Bezirk Neukölln in Berlin, wo der Berliner jüdische Schulrat Kurt Löwenstein das Regiment führte. Unter der Direktion des Juden Dr. Fritz Karsen (früher Krakauer) befand sich hier eine "Karl-Marx-Schule", wo die Schüler das eigentliche Wort führten und die Lehrer sich ihnen anzupassen und unterzuordnen hatten. Natürlich gab es hier auch sog. "Schülerräte". Der Erörterung erotischer und sexueller Fragen wurde ein weiter Spielraum gelassen. Anlässlich eines sensationellen Abtreibungsfalles im Jahre 1931 fertigten die Schüler umfangreiche Studienarbeiten über die Abschaffung des § 218 im

Strafgesetzbuch an. Man wollte sogar einen "Schülerkampfbund gegen den § 218"' gründen. Die Primaner dieser Anstalt machten eine Studienfahrt nach Hamburg, wobei sie von ihrem Lehrer in das Quartier der Bordelle "zu Studienzwecken" geführt wurden und dann ihre Erlebnisse in schriftlichen Arbeiten niederlegten.

Der Stadtschulrat Kurt Löwenstein hatte in seiner Schrift "Das Kind als Träger der werdenden Gesellschaft" 1924 als Ziel der Erziehung aufgestellt: "Der Kampf wider die Kirche und wider den Religionsunterricht ist kein theoretischer Kampf um theoretische Lehren, sondern der Kampf der neuen werdenden Gesellschaft gegen die absterbende Gesellschaft." Die Schüler der "Karl-Marx-Schule" gaben eine Schülerzeitschrift, "Das rote Schulecho, Organ der revolutionären Schülerschaft der Karl-Marx-Schule" heraus. Dort heißt es in der Oktobernummer 1932 anlässlich der damaligen Reichstagswahl: "Der Marxismus lehrt, dass eine Parlamentswahl niemals den Sozialismus herbeiführen kann. Das kann nur der gewaltsame Umsturz!"

Der Schulrat Löwenstein richtete auch Kinderzeltlager ein, die er "Kinderrepubliken" nannte. Im Jahre 1929 gab es sechs solcher Zeltlager mit 10.000 Kindern. Knaben und Mädchen waren grundsätzlich in den Zelten vereinigt. Einem Pressevertreter gegenüber äußerte Löwenstein: "Es gibt bei uns einfach für die Kinder weder Gott noch Religion."

Es fehlte nicht an Protesten gegen diesen Schulrat. Schon bei seiner Ernennung wandten sich 8.000 Bürger bei der vorgesetzten Behörde gegen seine Wahl, aber sie hatten ebenso wenig Erfolg wie die Kampagne der nationalsozialistischen und rechtsstehenden Presse.

3.4 Jüdische Selbstkritik und Selbstüberhebung

Man fragt sich unwillkürlich: gab es unter den Juden selbst gar keine moralisch sauberen Persönlichkeiten, die die Einsicht und den Mut besessen hätten, dieser offenen Korruption und Demoralisation entgegenzutreten? Freilich gab es einige, aber ihre Stimmen verschwanden in dem allgemeinen Chor der moralischen Nihilisten und Geschäftemacher. Ein paar Warner haben wir bereits genannt. Hier sei zum Schluss auf einen Juden hingewiesen, der als bekannter Kulturschriftsteller die Kompetenz besaß, die Verhältnisse zu beurteilen, und der zugleich den Mut hatte, die Dinge bei ihrem Namen zu nennen. Moritz Goldstein, das war sein Name, veröffentlichte schon im März 1912, also lange, ehe die jüdische Demoralisation in Presse und Kulturleben ihren Höhepunkt erreicht hatte, in der von Ferdinand Avenarius herausgegebenen angesehenen Zeitschrift "Der Kunstwart" einen Aufsatz unter dem Titel "Deutschjüdischer Parnass", in dem er die Vorherrschaft der Juden im deutschen Kulturleben, zugleich aber auch die Tragik und verzweifelte seelische Lebenslage des Judentums in Deutschland in rückhaltlos offenherziger Weise enthüllte.

Er bezeichnet die Juden als die "Verwalter" des geistigen Besitzes des deutschen Volkes und sagt: "Auf allen Posten, von denen man sie nicht gewaltsam fernhält, stehen plötzlich Juden; die Aufgaben der Deutschen haben die Juden zu ihrer eigenen Aufgabe gemacht; immer mehr gewinnt es den Anschein, als sollte das deutsche Kulturleben in jüdische Hände übergehen. Das aber hatten die Christen, als sie den Parias in ihrer Mitte einen Anteil an der europäischen Kultur gewährten, nicht erwartet und nicht gewollt. Sie begannen sich zu wehren, sie begannen wieder uns fremd zu nennen, sie begannen, uns im Tempel ihrer Kultur als eine Gefahr zu betrachten. Und so stehen wir denn jetzt vor dem Problem: Wir Juden verwalten den geistigen Besitz eines Volkes, das uns die Berechtigung und die Fähigkeit dazu abspricht."

Und weiter unten fährt er fort: "Niemand bezweifelt im Ernst die Macht, die die Juden in der Presse besitzen. Namentlich die Kritik ist, wenigstens in den Hauptstädten und ihren Einflussreichen Zeitungen, geradezu im Begriff, jüdisches Monopol zu werden. Ebenso bekannt ist das Vorherrschen des jüdischen Elements im Theater: fast sämtliche Berliner Theaterdirektoren sind Juden, ein großer, vielleicht der größte Teil der Schauspieler desgleichen, und dass ohne jüdisches Publikum ein Theater- und Konzertleben in Deutschland so gut wie unmöglich wäre, wird immer wieder gerühmt oder beklagt. Eine ganz neue Erscheinung ist, dass auch die deutsche Literaturwissenschaft im Begriff scheint, in jüdische Hände überzugehen, und es ist, je nach dem Standpunkt, komisch oder tragisch, die Mitglieder der germanischen Seminare unserer Universitäten zu überblicken (ich selbst habe dazu gehört). Wie viele Juden endlich es unter den deutschen Dichtern gibt, weiß so manch ein Hüter deutscher Kunst zu seinem Zorn."

Goldstein hebt hervor, dass die einzigen, die von der "ungeheuerlichen Tatsache" dieser jüdischen Vorherrschaft nichts wissen oder nichts wissen wollen, "die Mehrzahl der Juden selbst sind. Sie tun etwas sehr einfaches: sie leugnen das Faktum."

Mit offenem Blick für den tragischen Konflikt, in dem sich das deutsche Judentum befindet, fragt er: "Was tun wir jetzt? Sollen wir uns behaupten oder weichen?" und er antwortet: "Ich würde weichen; ich würde es nicht länger ertragen, übel gelitten zu sein, ich würde, was ich etwa an Fähigkeiten besitze, dorthin tragen, wo man sich ihrer gerne bedient - wüsste ich nur, wo das wäre. Einen Weg ins Freie kennen wir nicht. Wir kennen ihn vielleicht, aber wir dürfen ihn nicht gehen."

Als die schlimmsten Feinde des Judentums erscheinen ihm diejenigen Juden, "die nichts merken, die unentwegt deutsche Kultur machen, die so tun, als ob, und sich einreden, man erkenne sie nicht. Das sind unsere wahren Feinde; sie

gilt es von den allzu sichtbaren Posten zu verdrängen, wo sie die Judenschaft repräsentieren als ein falscher Typus Jude, sie gilt es mundtot zu machen und allmählich auszurotten, damit wir anderen Juden wieder unseres Lebens froh werden können in dem einzigen, worin ein Mann sich stolz und frei fühlen kann: im offenen Kampf gegen einen ebenbürtigen Gegner."

Doch für diesen trotz aller Bemühungen sein eigentliches Ziel nicht klar erkennenden Zionisten bleibt schließlich nichts übrig als Resignation: "Ich habe gesagt, was wir wollen, was wir wollen müssen. Ich habe auch gesagt, warum wir es doch nicht wollen können. Das Problem aufzuzeigen war meine Absicht. Es ist nicht meine Schuld, dass ich keine Lösung weiß."

Auch ein anderer Jude, der bereits oben erwähnte jüdische Arzt und Schriftsteller Felix Aaron Theilhaber, rief in seinem unmittelbar nach dem Weltkrieg erschienenen Buch "Der Untergang des deutschen Juden" der "Pseudojudenheit", wie er seine Zeitgenossen nennt, ein hartes Menetekel zu. Ihm erscheint sie als eine "absterbende Judenheit mit unverbesserlichem, fast verbrecherischem Optimismus", als eine "demoralisierte Judenheit, deren Mitläufer im Indifferentismus nur den Sinn auf das eigene Wohl, den Beruf und die Genüsse des Lebens gerichtet haben".[78)]

Und schließlich hat auch der jüdische Kulturphilosoph und nachmalige Minister des Äußern, Walther Rathenau, in seinen Betrachtungen "Höre, Israel!" (abgedruckt in "Impressionen" 1902) eine Charakteristik des Juden in Deutschland gegeben, die ihm von jüdischer Seite sehr verübelt worden ist. Nach seiner Ansicht ist die Judenfrage in Deutschland im Grunde weniger eine wirtschaftliche (die durch Gesetzgebung geregelt werden kann), als vielmehr eine gesellschaftliche. "Drohend erhebt sich" - sagt er - "die gesellschaftliche, die Kulturfrage. Wer ihre Sprache vernehmen will, mag an Berliner Sonntagen um zwölf mittags durch die Tiergartenstraße gehen, oder abends in den Vorraum eines Theaters blicken. Seltsame Vision! Inmitten deutschen Lebens ein abgesondert fremdartiger Menschenstamm, glänzend und auffällig staffiert, von heißblütig beweglichem Gebaren. Auf märkischem Sand eine asiatische Horde. Die gezwungene Heiterkeit dieser Menschen verrät nicht, wie viel alter, ungesättigter Hass auf ihren Schultern lastet. Sie ahnen nicht, dass nur ein Zeitalter, das alle natürlichen Gewalten gefesselt hält, sie vor dem zu beschützen vermag, was ihre Väter erlitten haben. In engem Zusammenhang unter sich, in strenger Abgeschlossenheit nach außen: so leben sie in einem halb freiwilligen, unsichtbaren Ghetto, kein lebendes Glied eines Volkes, sondern ein fremder Organismus in seinem Leibe... Es besteht die unbestreitbare Wahrheit, dass die besten Deutschen einen tiefen Widerwillen gegen jüdisches Wesen und Treiben hegen, die am meisten, die nicht viel Worte davon machen."

Und er ruft seinen Stammesgenossen sehr ernste Worte der Warnung zu: "Seht euch im Spiegel! Das ist der erste Schritt zur Selbstkritik! ... Ihr spracht, Ihr Schlauen und Weltgewandten, wer den Reichtum besitzt, der hat die Macht. Nun habt Ihr den Reichtum, und eure Reichen sind weniger geachtet als eure Armen... Der Staat hat euch zu Bürgern gemacht, um euch zu Deutschen zu erziehen, ihr seid Fremde geblieben."

Er verlangt von den Juden, dass sie sich dem Wirtsvolk (also den Deutschen) so anpassen sollen, dass jüdische "Stammeseigenschaften, gleichviel ob gut oder schlecht, von denen es erwiesen ist, dass sie den Landesgenossen verhasst sind, abgelegt und durch geeignetere ersetzt werden. Es verlangt ja niemand von euch so etwas wie Gemüt; was dem ähnlich sah, habt ihr mit manchem anderen Gut in den Ghettos gelassen. Eure Väter waren in ihrer Frömmigkeit gemütvoll: ihr seid aufgeklärt und witzig. Aber ihr sollt die Seele und das Gemüt eurer Landesgenossen begreifen und ehren, anstatt sie durch vorlautes Urteil und frivole Ironie zu verletzen."

Aber weder die harten Urteile eines Moritz Goldstein und Felix Theilhaber, noch die Warnungen und Ratschläge eines Rathenaus fanden Verständnis und Anerkennung bei der Judenheit. Im Gegenteil: sie wurden systematisch unterdrückt und totgeschwiegen. Sogar gegen Rathenau wurde aus dem jüdischen Lager ein so heftiger Widerspruch erhoben, dass er es ratsam fand, den noch nicht verkauften Teil der Auflage seiner Broschüre selber zurückzukaufen. In die Ausgabe seiner gesammelten Werke (S. Fischer, Berlin, 1917) hat er auch nicht diesen bemerkenswerten Essay aufgenommen, den ein Schriftsteller mit Recht den "Kassandraruf eines um das Schicksal seiner Rasse bitter besorgten Juden" genannt hat.

Ganz sonderbar nimmt sich gegenüber diesen Selbsterkenntnissen und Anklagen die Überheblichkeit aus, mit der manche Juden in der deutschen Öffentlichkeit ihr Volk und ihre Rasse über alle anderen Völker stellen. Gustav Frenssen zitiert in seinen 1938 erschienenen, aber schon zehn Jahre früher geschriebenen Buch "Vorland" (S.155) folgende Stelle aus Alfred Kerrs Buch "Das deutsche Wesen": "Es (das deutsche Wesen) ist illusionistisch, heldisch, katastrophisch, heimatlich (landsmännisch), subjektiv und durch Subjektivität (Schutz des Eigenen) das Große hindernd, ja, zerstörend; das jüdische Wesen dagegen real, praktisch, kaltklug, international, vornehm allmenschlich. Das illusionistische, heroische, landsmännische Zeitalter ist im Vergehen; mit ihm nationale Kriege, Helden wie Bismarck; das andere, das jüdische Wesen, kommt zur Herrschaft. Es hat die germanische Arbeitermasse schon erobert; es wird das ganze deutsche Volk erobern, die ganze Menschheit." Frenssen fügt für seinen Teil prophetisch genug hinzu: "Es wird das Gegenteil kommen." "Wir sind die Auserwählten", ruft Dr. Bernhard Cohn (Jüdisch-politische Streitfragen) aus. "Stolz dürfen wir das Haupt tragen und den Anspruch auf besondere Verehrung erheben. Nicht

nur gleichberechtigt müssten wir sein, sondern sogar bevorrechtigt." Der Rabbiner Dr. Rulf hat ein Buch ("Aruchas bar-Ammi, Israels Heilung" 1883) geschrieben, in dem es heißt: "Das jüdische Volk ist ein Segen für alle Völker. Der Segen hat sich an die Fersen der Juden geheftet; es lebt eine ganze Welt von Juden, die alle in Nahrung setzt, überall Besitz und Genuss, Wohlbehagen und Wohlstand verbreitet. Denn erst der Handelsverkehr der Juden ist es, der Werte schafft. Die Arbeit tut das nicht." [79)] In der Schrift "Jeschurun" (8. Jahrg. März/April 1921, Heft 3/4) lesen wir: "Israel allein ist auf Grund seiner ererbten Anlage befähigt, Propheten hervorzubringen, die Männer, die in übernatürlicher Weise in eine besondere Beziehung zu Gott treten können. Israel gleicht einem Samenkorn, das in der Erde die Elemente in seine Natur verwandelt. Israel ist das Herz im Organismus der Menschheit. Es ist das Herz unter den Nationen."

Der jüdische Schriftsteller Arthur Trebitsch schreibt in "Deutscher Geist und Judentum (1921) S. 396: "Der Sieg des Judentums über alle übrigen Völker steht unmittelbar bevor, ja, er ist geradezu schon vorhanden. Im Bereiche des politischen Lebens ist die bis ans Ende durchgeführte Umzingelung und Verstrickung aller übrigen Völker der Erde durch die zionistische Weltbewegung zur höchsten Vollendung gediehen, und man kann ohne Übertreibung ruhig behaupten, dass heute keine politische Aktion, keinerlei Beratung von Volk zu Volk, kein einziger außenpolitischer Plan und Schachzug bewerkstelligt werden, die nicht entweder von Organen des zionistischen Geheimbundes oder doch wenigstens unter genauer Bewachung und Kontrolle derselben ausgeführt werden."

Zu Bismarcks Lebzeiten stellten die Juden an ihn das Verlangen, den jüdischen Versöhnungstag zum Reichsfeiertag zu erheben.

"The Jewish Chronicle" vom 4. April 1919 verkündet: "Es liegt etwas Großes in der Tatsache des Bolschewismus selbst, in der Tatsache, dass die Ideale des Bolschewismus in vielen Punkten mit den schönsten Idealen des Judentums übereinstimmen." In "The American Hebrew" vom 3. Juni 1938 propagiert ein Jude Joseph Trimble in einem Aufsatz "Will Eli, Eli Triumph over Horst Wessel?" eine jüdische Weltherrschaft unter der Führung von Léon Blum, Litwinow und dem englischen Kriegsminister Hore-Belisha.

Aber schon zu Karl Marx' Zeiten waren derartige Welteroberungspläne unter den Juden gang und gäbe. "La Revue de Paris" veröffentlichte 1928 einen Brief, den der Jude Baruch Levy an Karl Marx geschrieben hatte. "Das jüdische Volk" - heißt es da - "wird, kollektiv betrachtet, sein eigener Messias sein. Seine Herrschaft über die Welt wird es durch die Vereinigung der anderen menschlichen Rassen erreichen durch die Abschaffung der Grenzen und Monarchien, welche die Bollwerke des Partikularismus sind, und durch die Aufrichtung einer Weltrepublik, die überall das Bürgerrecht der Juden

anerkennen wird: In dieser neuen Organisation der Menschheit werden die Söhne Israels sich über den ganzen Erdball ausbreiten; alle von der gleichen Rasse und der gleichen traditionellen Bildung - und doch ohne eine bestimmte Nationalität zu bilden, werden sie, ohne Opposition, zum führenden Element werden. Das wird besonders dann der Fall sein, wenn es ihnen gelingt, die arbeitenden Massen fest in ihre Hand zu bekommen. Die Regierungsgewalt der Nationen, die die Weltrepublik bilden, wird reibungslos in die Hände der Israeliten übergehen, und zwar durch den Sieg des Proletariats. Das Privateigentum kann dann von der jüdischen Rasse abgeschafft werden, die überall die öffentlichen Fonds verwalten wird. So werden die Verheißungen des Talmuds in Erfüllung gehen. Wenn die Zeiten des Messias gekommen sind, dann werden die Juden in ihren Händen die Schlüssel zu den Reichtümern aller Völker der Erde halten."

Diese jüdische Ideologie hat in erschreckender Weise auch die geistige Atmosphäre des bürgerlichen Liberalismus vergiftet. Zu welchen Verstiegenheiten das geführt hat, zeigt u. a. der Begründer und Leiter der Paneuropa-Bewegung Graf Nikolaus Coudenhove-Kalergi (Sohn eines österreichischen Adligen und einer Japanerin und mit einer Jüdin verheiratet), der in seinem Buch "Praktischer Idealismus" sagt: "Der kommende Mensch der Zukunft wird Mischling sein. Für Paneuropa wünsche ich mir eine eurasisch-negroide Zukunftsrasse, um eine Vielfalt der Persönlichkeit herbeizuführen... Die Führer sollen die Juden stellen, denn eine gütige Vorsehung hat Europa in den Juden eine neue Adelsrasse von Geistesgnaden geschenkt."

Eine Erklärung für den in allen diesen Zitaten ausgedrückten Standpunkt finden wir in folgender Weissagung des Talmud: "Gott schuf die Nichtjuden in Menschengestalt, denn zu keinem anderen Zwecke wurden sie geschaffen, als um Tag und Nacht den Juden zu dienen und nicht abzulassen von ihrem Dienst. Nun ist es aber nicht geziemend für einen Königssohn (d.h. für einen Hebräer), dass ihm diene ein Tier in Tiergestalt, sondern ein Tier in Menschengestalt." [80)]

3.5 Nationalsozialismus und Judentum

Die Weltpresse erhob ein empörtes Geschrei gegen das nationalsozialistische Deutschland, als dieses Anfang April 1933 den von dem Weltjudentum proklamierten Boykott gegen Deutschland mit einem eintägigen Gegenboykott erwiderte. Über den jüdischen Weltboykott hat sie dagegen kein Wort verloren. Sie tat überhaupt, als wenn in Deutschland nicht eine Revolution, sondern nur eine Judenverfolgung stattfände.

Nur einzelne Ausländer hatten den Mut, sich in objektiver Weise über die Geschehnisse in Deutschland zu äußern, wie z. B.: der norwegische Schriftsteller Niels J. Mürer, der in dem umfangreichen Bericht, den er über seine Reise durch Deutschland herausgegeben hat, sagt: "In dem nazistischen

Antisemitismus liegt ein nationaler Selbsterhaltungsgedanke, für den wir ein wenig Verständnis aufzubringen versuchen müssen, und den wir jedenfalls nicht nur als reine Barbarei abfertigen dürfen... Es liegt daher in der deutschen Offensive gegen die Juden ein unbedingtes Einräumen ihrer glänzenden aber gefährlichen Eigenschaften, als kosmopolitische Volksverführer in großem Stil, als Unterwühler des nationalen Gemeinwesens von zwei Fronten her, vom Kontor des internationalen Bankiers, mag dieses in der Wall Street oder in der City sein, und vom Rednerpult des internationalen Agitators, mag dieses in Moskau oder in Hamburg stehen."

Die Bevölkerung in Deutschland hat die Judenfrage, bei aller instinktiven völkischen Abneigung, von jeher vorwiegend vom wirtschaftlichen Standpunkt aus beurteilt. Freilich gab es auch Bewegungen, die schon vor längerer Zeit bewusst auch den Rassenstandpunkt vertraten, wie die "Altdeutschen" in Deutschland und. Österreich. Aber die entscheidende nationale Bedeutung der Judenfrage als Rasseproblem ist erst von der nationalsozialistischen Bewegung klar erkannt und mit unzweideutiger und unwiderstehlicher Entschlossenheit ihrer Lösung entgegengeführt worden. Sie hat das Problem sowohl vom politisch-moralischen wie vom rein rassisch-völkischen Standpunkt angepackt.

Die Überfremdung im öffentlichen Staats- und Gemeindedienst zu überwinden bezweckt der § 3 im "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 (s. Anmerkung 28).

Der Reinerhaltung der Rasse dienen wiederum die so genannten Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935, die den Zweck haben, die Blutmischung deutscher Menschen mit Juden zu verhindern. Diese Gesetze gehen von der Erkenntnis aus, dass rassische Blutreinheit die Voraussetzung für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes ist; sie bringen eine grundlegende gesetzliche Regelung der Rassenfrage und sind deshalb von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der Stellungnahme des Nationalsozialismus zum Judenproblem. Erst ein genaues Studium der Rassenfrage und der Bedeutung, die der Nationalsozialismus ihr im Volksleben beilegt, ermöglicht eine gerechte Würdigung der Gesetzgebung, die sich auf die Erbgesundheit des Volkes bezieht.

Das erste der Nürnberger Gesetze heißt "Reichsbürgergesetz", das zwischen Staatsangehörigen und Reichsbürgern unterscheidet und als Inhaber der vollen staatsbürgerlichen Rechte (Reichsbürger) nur den deutschen Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes anerkennt, "der durch sein Verhalten beweist, dass er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen". Infolgedessen können Juden (mit Ausnahme gewisser Mischlinge) nicht Reichsbürger sondern nur Staatsangehörige sein. Die grundsätzlichen Bestimmungen des Reichsbürgergesetzes finden eine genauere

Darlegung in der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, das in § 2 Vorschriften über jüdische Mischlinge und in dem den eigentlichen Kernpunkt bildenden § 5 die endgültige Regelung des Judenbegriffs bringt.

Das zweite Nürnberger "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" hatte den Zweck, eine klare Scheidung zwischen Deutschen und Juden festzulegen und dabei das Anwachsen einer zu großen Schicht von Mischlingen zu verhindern. Das Gesetz verbietet daher grundsätzlich sowohl die eheliche wie die uneheliche Rassenmischung.[81)] Doch ist die eheliche Verbindung von Deutschen mit jüdischen Mischlingen bestimmten Abstammungsgrades (die ziemlich komplizierten Abstammungsverhältnisse jüdischer Mischlinge sind in der ersten Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 14. November 1935 genau angegeben) gestattet, manche nur nach eingeholter Genehmigung.[82)] Das Gesetz verbietet außerdem die Beschäftigung weiblicher deutscher Hausangestellter (unter 45 Jahren) bei Juden.[83)]

Der nationalsozialistische Staat ließ aber die wirtschaftliche Existenz der Juden, die sich mit ihrem Schicksal abfanden und ihrem Berufe ruhig weiter nachgingen, zunächst unangetastet. Es dauerte noch mehrere Jahre, ehe man zu strengerer Kontrolle und schärferen Maßregeln gegen die überwiegende Verjudung des Geschäftslebens in Deutschland schritt. Erst das Jahr 1938 brachte eine Reihe durchgreifender Maßregeln in dieser Richtung. Am 26. April 1938 erschien eine Verordnung über die Anmeldepflicht der jüdischen Vermögen. Es erwies sich hierbei folgendes: das deutsche Volksvermögen belief sich im November 1938 auf rund 200 Milliarden RM, in das sich 80 Millionen Volksgenossen teilen. Im Reich gibt es (hochgerechnet) 700.000 Juden, in deren Händen sich nach genauen Feststellungen mindestens 8 Milliarden RM befinden. Auf den einzelnen Deutschen entfallen also im Durchschnitt 2.500 RM, auf den einzelnen Juden aber im Durchschnitt 11.480 RM. Jeder Jude besitzt demnach 4,57 oder mehr als viereinhalb mal so viel als der deutsche Volksgenosse. Zu bemerken ist, dass das jüdische Vermögen in Deutschland 1918 rund 4 Milliarden betrug, in der Nachkriegszeit also, trotz der Inflation, sich verdoppelt hat. Besonders ist der Grundbesitz in den Großstädten in die Hände der Juden gekommen. 65 Prozent des Berliner Grundbesitzes im Werte von 5,5 Milliarden RM gehörte noch im November 1938 den Juden.[84)]

Im Wirtschaftsleben nahmen die Juden, wie wir oben gesehen haben, eine führende Stellung im gesamten Finanzwesen ein, aber auch im Handel jeder Art hatten sie sich eine Stellung verschafft, die in gar keinem Verhältnis zu ihrer Zahl innerhalb der Bevölkerung stand. In Berlin besaßen sie im Jahre 1933 rund 4.590 Einzelhandelsgeschäfte und 2.000 Handwerksbetriebe, vor allem im Schneider-, Kürschner- und Pelzgeschäft (im letzten 70 Prozent). Bis 1928

blieben die Bemühungen der Regierung, hierin Wandel zu schaffen, ziemlich erfolglos, weil die Juden, deren Geschäfte von dem wirtschaftlichen Aufschwung des Dritten Deiches außerordentlich profitierten, es verstanden, die gegen sie gerichteten Maßnahmen zu sabotieren.

Die von der jüdischen Emigration im Auslande betriebene Hetze gegen das Dritte Reich führte schließlich im Sommer 1938 dazu, dass man energische Schritte zur Entjudung des Geschäftslebens ergriff. So wurde z. B. durch ein Gesetz vom 6. Juli 1938 in die Gewerbeordnung ein neuer Paragraph 34b eingefügt, der den Juden den Betrieb folgender Gewerbe untersagt: Handel mit Grundstücken, Geschäfte gewerbsmäßiger Vermittlung von Immobiliarverträgen und Darlehen, das Gewerbe der Haus- und Grundstückverwalter, Auskunftserteilung, Heiratsvermittlung, Fremdenführung und das Bewachungsgewerbe. Nach dem 31. Dezember 1938 dürfen Juden die oben genannten Gewerbe nicht mehr betreiben. Eine andere Maßregel vom 14. August 1938 wurde dadurch veranlasst, dass jüdische Firmen und Einzelpersonen ihr Judentum dadurch zu tarnen versuchten, dass sie sich nichtjüdische Namen beilegten. Es wurde ihnen vorgeschrieben, durch einen unzweifelhaft jüdischen Namen sich offen zum Judentum zu bekennen.[85)]

Die Ermordung des deutschen Legationsrats Ernst vom Rath in Paris durch den Juden Grünspan veranlasste eine besonders durchgreifende Maßregel gegen das Judentum in Deutschland. Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Göring, ordnete am 12. November 1938 an, "dass die Juden deutscher Staatsangehörigkeit unter dem Erfordernis entschiedener Abwehr und harter Sühne in ihrer Gesamtheit eine Kontribution in Höhe von 1 Milliarde Reichsmark an das Deutsche Reich zu zahlen haben." [86)]

Es folgte am 23. November 1938 eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers der Justiz, die so gut wie vollständig die Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausschaltet. Es wurde ihnen der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks verboten. Sie dürfen aus Märkten, Messen oder Ausstellungen keine Waren oder gewerbliche Leistungen anbieten, dafür werben oder Bestellungen darauf annehmen. Ein Jude kann nach dem 31. Dezember 1938 nicht mehr Betriebsführer im Sinne der AOG, noch Mitglied einer Genossenschaft sein.

Eine besondere Verordnung verbot den Juden den Besitz, den Erwerb und das Führen von Schusswaffen und Munition sowie von Hieb- oder Stoßwaffen.

Anfang Dezember 1928 verbot eine Anordnung den Juden das Halten und Führen von Personenkraftfahrzeugen aller Art, und einen Monat früher war den

Juden verboten worden, an deutschen Hochschulen zu studieren; ebenso dürfen jüdische Kinder nur jüdische Schulen besuchen.

Die "Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz" vom 4. Juli 1939 bestimmt die Errichtung einer "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland", durch welche das jüdische Schulwesen und die jüdische Wohlfahrtspflege geregelt wird.

Eine "Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens" vom 3. Dezember 1938 ermöglicht in gewissen Fällen die zwangsweise Einstellung jüdischer gewerblicher Betriebe, verbietet Juden, Grundbesitz zu erwerben oder Grundbesitz ohne Genehmigung zu verkaufen, und verpflichtet Juden, ihre gesamten Wertpapiere in ein Depot bei einer Devisenbank einzuliefern. Über diese Depot darf nur nach amtlicher Genehmigung verfügt werden. Die Verordnung verpflichtet schließlich Juden, Gold, Platin, Silber, Edelsteine und Perlen nur an bestimmten amtlichen Ankaufsstellen zu erwerben oder zu verkaufen. Die wesentliche Bedeutung dieser Verordnung liegt darin, dass sie es den Behörden ermöglicht, auch zwangsweise Entjudungen durchzuführen.

Am 3. Januar 1939 bestimmte der Reichswirtschaftsminister, dass Juden zu den gesetzlichen Prüfungen der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern nicht mehr zugelassen werden. Zur Förderung der jüdischen Auswanderung dürfen jedoch die Kammern auf Grund von Arbeitsbescheinigungen und Zeugnissen jüdischen Arbeitskräften auf Antrag eine Bescheinigung über ihre Berufsausbildung oder ihre fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten ausstellen.

Auf diese Abwehrmaßnahmen des Dritten Reiches rief das Weltjudentum mit seiner politisch-finanziellen Zentrale in New York die demokratischen Staaten zu einem gemeinsamen Kampf gegen das Dritte Reich auf, [87)] was die deutsche Presse mit der Erklärung beantwortete, dass für das Dritte Reich die Judenfrage erst dann als gelöst gilt, wenn es keine Juden mehr in Deutschland gibt.

In den freien Berufen wurden Maßnahmen zur Begrenzung des vorherrschenden Judentums nur schrittweise ergriffen. So praktizierten um die Mitte des Jahres 1934 in Berlin noch 41,2 Prozent jüdische Ärzte. In den folgenden Jahren ist dieser Prozentsatz Schritt für Schritt zurückgegangen, so dass im Juli 1938 in Berlin von 6.949 Ärzten 1.561 oder 22,4 Prozent und von den 2.973 Kassenärzten 816 oder 27,4 Prozent Juden waren. Erst durch die am 25. Juli 1938 erlassene 4. Verordnung zum Reichsbürgergesetz wurde den Juden die Ausübung der ärztlichen Praxis vom 1. Oktober 1938 ab verboten. Nur dort, wo die jüdische Bevölkerung in besonders starkem Maße zusammengeballt ist, sollen für diese jüdische Bevölkerung die bisherigen jüdischen Ärzte zur ärztlichen Praxis zugelassen werden.

In der Rechtsanwaltspraxis befanden sich am 1. April 1933 unter 19.200 Rechtsanwälten in Deutschland mindestens 4.500, d. h. 23 Prozent, Juden, darunter allein in Berlin 1.879. Hier gab es nur 1.554 arische Rechtsanwälte. In Wien waren damals 85,5 Prozent aller Anwälte Juden.

Das Reichsbürgergesetz vom 7. April 1933 verbot die Tätigkeit jüdischer Rechtsanwälte, doch gestatteten eine Reihe von Ausnahmebestimmungen und Sonderregelungen einem Teil der Juden auch weiterhin als Anwälte tätig zu sein. Infolge des Reichsgesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 11. April 1934 verminderte sich die Anzahl der jüdischen Rechtsanwälte in Preußen von 3.515 auf 2.850. In Berlin blieben von 1.898 jüdischen Rechtsanwälten 1.203 unbehindert in ihrer Tätigkeit. Noch am 1. Januar 1936 waren 13,6 Prozent der Anwälte in Deutschland Juden, am 1. Januar 1938 betrug ihr Anteil immer noch 10,1 Prozent, und zwar in Berlin 28 Prozent, in Frankfurt a. M. 25,5 Prozent, in Breslau 16,7 Prozent und in Danzig 36,4 Prozent.

Erst am 30. November 1938 endete auf Grund der 5.Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 26. September 1938 im ganzen Gebiet des Altreiches die Tätigkeit der jüdischen Rechtsanwälte. Für das Land Österreich galt als Stichtag der 31. Dezember 1938. Nach diesen Terminen gibt es nur noch eine Anzahl jüdischer "Konsulenten" zur Wahrung der Rechtsinteressen ihrer Rassegenossen.

Ein Gesetz über Mietsverhältnisse mit Juden vom 4. Mai 1939 bezweckt, eine Möglichkeit zu schaffen, jüdische Mieter aus Häusern zu entfernen, die deutschen Volksgenossen gehören. Nach diesem Gesetz sollen Juden vorzugsweise in solchen Häusern als Mieter untergebracht werden, deren Besitzer Juden sind. Doch soll dies Verfahren nicht zu einer unerwünschten Ghettobildung führen. Um Störungen der öffentlichen Sicherheit zu vermeiden und zu gewährleisten, dass sich die Ausscheidung der Juden aus deutschen Häusern reibungslos und ohne unnötige Härten vollzieht, ist eine weitgehende behördliche Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes vorgesehen.

Trotz der negativen Einstellung des Nationalsozialismus zum Judentum hat er dessen soziale, gesellschaftliche und rassische Belange nicht behindert, soweit sie sich innerhalb der Grenzen der jüdischen Bevölkerung hielten. Die Juden dürfen ihr eigene Winterhilfswerk betreiben und die hierbei gesammelten Mittel ungeschmälert für ihre Rassegenossen verwenden. In ihrer Religionsübung werden sie nicht gehindert. Die Erziehung und den Unterricht ihrer Kinder können sie nach eigenem Ermessen in eigenen Schulen betreiben.

In besonderer Weise hat man auf die geistig-künstlerischen Interessen des Judentums in Deutschland Rücksicht genommen. Schon im Sommer 1933 wurde eine besondere amtliche Stelle zur Überwachung der künstlerisch tätigen Nichtarier errichtet. Die Veranstaltungen der Juden durften nur unter Mitwirkung jüdischer Künstler stattfinden, und ebenso hatten nur Juden zu solchen Veranstaltungen Zutritt.

So entstand allmählich der Berliner Kulturbund der Juden in Deutschland, der sich bald auf das ganze Reich ausdehnte und im Sommer 1934 rund 20.000 Mitglieder zählte. Anfang 1935 wurde der "Reichsverband jüdischer Kulturbunde" gegründet, zu dem alle jüdischen lokalen Kulturbünde, Vereine für jüdische Geschichte und Literatur, Musik- und Theatervereine gehören, ebenso als Einzelmitglieder jüdische Schauspieler, Sänger, Musiker, Rezitatoren, Tänzer und Tänzerinnen, Regisseure, Dirigenten, Statisten usw. Dieser Reichsverband umfasste schon 1935 rund 110.000 Mitglieder und besitzt in vier Großstädten des Reiches eigene Theater mit eigenen Ensembles für Oper, Operette und Schauspiel. Große Städte verfügen sogar über eigene Jüdische Sinfonieorchester. Der jüdische Kulturbund gliedert sich in eine Reihe von besonderen Abteilungen für Schauspiel, Oper, Dramaturgie, Konzerte, Gastspiele usw. unter der künstlerischen Gesamtleitung des ehemaligen Intendanten der Charlottenburger städtischen Oper Dr. Singer.[88)]

Dem jüdischen Kunstschaffen im nationalsozialistischen Deutschland ist damit genügend Spielraum gelassen. Zwei Äußerungen, eine von nationalsozialistischer und eine zweite von jüdischer Seite mögen dies bestätigen. Der Reichsinnenminister Dr. Frick sagt in der "Rassenpolitischen Auslandskorrespondenz" Februar 1937: "Das Reichsbürgergesetz und das Blutschutzgesetz... verfolgen nicht den Zweck, die Angehörigen des jüdischen Volkes nur um ihrer Volkszugehörigkeit schlechter zu stellen. Die Ausschaltung des Judentums aus dem deutschen öffentlichen Leben und die Verhinderung weiterer Rassenmischung sind vielmehr gebieterische Notwendigkeiten, wenn der Fortbestand des deutschen Volkes gesichert bleiben soll. Die Lebensmöglichkeit soll den Juden in Deutschland nicht abgeschnitten werden. Das deutsche Schicksal aber gestaltet in Zukunft lediglich das deutsche Volk." Und wie sehr die im Reichsverband jüdischer Kulturbünde zusammengeschlossenen Juden diese Regelung begrüßen, geht aus folgender Äußerung des jüdischen Kulturbundleiters Dr. Singer hervor, die er in einem Rechenschaftsbericht des Kulturbundes gemacht hat: "Es ist nichts wie ein ehrliches Manneswort, wenn ich sage, dass in allen Dingen der Organisation, der künstlerischen Gestaltung und des Ausbaues unseres Kulturbundes die ministerielle Instanz zwar autoritativ, aber mit vollendeter Loyalität unsere Arbeit unterstützt und schützt. Es ist bei Hunderten von Veranstaltungen nicht ein einziges Mal zum Einschreiten der Behörde, nie zu einem Zwischenfall

gekommen. Wir haben trotz der Einschränkung auf nur jüdische Mitwirkende und nur jüdisches Publikum niemals das Gefühl eines geistigen Ghettos gehabt."

Immerhin verließen nach dem Sieg des Nationalsozialismus zahlreiche Juden Deutschland. Nach sorgfältiger Berechnung, unter Berücksichtigung des bei den Juden im Allgemeinen festgestellten Sterbeüberschusses, hat man die Zahl der tatsächlich Abgewanderten auf rund 41.500 Personen geschätzt. Aus der Ostmark wanderten von den dort ansässigen 180.000 (allein in Wien 165.000) Juden mosaischer Konfession bis zum 30. April 1939 im ganzen 99.672 Juden aus. Außer diesen gab es in der Ostmark noch etwa 120.000 konfessionslose Juden. Am 16. April 1934 erließ der preußische Ministerpräsident Göring eine Bekanntmachung, laut welcher gegen die Rückwanderung solcher Emigranten nichts einzuwenden sei, die durch die ausländische Gräuelpropaganda eingeschüchtert, über die Grenze gegangen waren und die später das Unrichtige hierin erkannt und vor ihrer Rückkehr gegen die Gräuelhetze Stellung genommen haben. Von welcher Wirkung dieser Erlass gewesen, ist nicht bekannt.

Wir haben uns hier mit der Judenfrage etwas ausführlicher beschäftigt, nicht nur weil über sie im Allgemeinen sehr mangelhafte und vielfach unrichtige Vorstellungen herrschen, sondern auch weil die Entwicklung, die sie in Deutschland genommen und vor allem der leidenschaftliche Ausbruch des Volkszornes im Jahr 1933 nur dann verstanden und gerecht beurteilt werden kann, wenn man wenigstens einige Beispiele der abnormen Auswüchse kennen lernt, die besonders im Nachkriegsdeutschland als Folge der jüdischen Überfremdung zu Tage getreten sind.

4 Der Nationalsozialistische Staat

4.1 Die Weltanschauung des Nationalsozialismus

Der äußere Aufbau des völkischen oder nationalsozialistischen Staates erfolgt auf der Grundlage oder geht Hand in Hand mit einem inneren, geistigen Aufbau des Volkes. Beides: das Äußere und in noch höherem Grade das Innere sind als etwas Neues und Absolutes gedacht, das keine Konzessionen duldet und nicht mit sich handeln läßt. Sie sind beide Integrationen der Begriffe national und sozial, und zwar in höchster Potenz. Dies ist in dem Sinne gemeint, dass das Nationale = Nation, Volk und das Soziale = die Gemeinschaft, das Übergeordnete ist, das Einzelindividuum dagegen das Untergeordnete. Der völkische Staat verlangt die Politisierung des Volkes; nicht in dem Sinne, dass der einzelne Politik machen soll, sondern dass jeder einzelne politisch denkt und fühlt, d. h. dass sein eigenes und seiner Volksgenossen Schicksal stets in ihm lebendig und mit seinem Tun und Denken organisch verbunden ist.

Es ist deshalb eine ganz selbstverständliche Forderung dieses Politischen Standpunktes, dass der völkische Staat in seinem Rahmen keine Erscheinungen dulden kann, die als gesonderte Organisationen ihr eigenes Leben mit Zielen, die dem Staat fremd sind, für sich führen wollen. Schon aus diesem Grund konnte z. B. der Freimaurerei mit ihren geheimen Satzungen und Symbolen und ihren internationalen Bindungen im völkischen Staat keine Daseinsberechtigung eingeräumt werden.[90)]

Als Staatsform will der Nationalsozialismus nicht als eine Diktatur im Sinne eines dem Volke aufgezwungenen Despotismus betrachtet sein, sondern als eine neue Form nationaler oder genauer: germanischer Demokratie, als ein germanischer Führerstaat.[91)] Den obersten Führer betrachtet der Nationalsozialismus als Vollstrecker des Volkswillens. Die Verbundenheit von Führer und Volk kommt in den Volksbefragungen (Plebisziten) zum Ausdruck, in denen das Prinzip der Demokratie in anderer Weise als in den wechselnden Parteiabstimmungen des parlamentarischen Systems verwirklicht wird.

Die Linien, die Hitler schon 1923 in seinem Buch als Wunsch, Programm und Forderung gezogen hat, werden nun in ihrem grundsätzlichen Inhalt in die Wirklichkeit übertragen. Die Hauptpunkte seiner Weltanschauung sind tragende Säulen eines gewaltigen Gebäudes, an denen nicht gerüttelt werden darf, und die auch an sich so fest gegründet sind, dass kein Rütteln sie zu erschüttern vermag. Denn sie ruhen auf der sicheren Unterlage der Wirklichkeit und der menschlichen Natur.

Der erste Punkt bezieht sich auf Blut und Rasse. Der Behauptung des Marxismus, dass die Menschen gleich sind, setzt der Nationalsozialismus seine These entgegen, dass die Menschen verschieden sind, und begründet diese

These mit der von der Rassenkunde und der Eugenik aufgestellten Lehre von dem Vorhandensein und der Bedeutung der Rassen und der Erbgesundheit. Es ist schon früher in diesem Buch auf die Rolle hingewiesen worden, welche die Rassenfrage in der Weltanschauung des Nationalsozialismus spielt. Sein Verdienst ist es, dass das Rassenproblem aus dem Gebiet theoretischer Diskussionen in dasjenige praktischpolitischer Staatsführung übertragen wurde. Dies findet seine Berechtigung und Stütze in der Tatsache, dass jahrzehntelange wissenschaftliche Forschungsarbeit zu der Erkenntnis geführt hat, dass der Mensch gleich der ganzen übrigen Organismenwelt in jeder Hinsicht der Naturgesetzlichkeit der Vererbung unterworfen ist, eine Einsicht, die bisher von der Kulturmenschheit nur auf dem Gebiet der Pflanzen- und Tierzucht zu praktisch-nützlicher Anwendung gebracht worden war.

Hitler hat in seiner großen Reichstagsrede am 30. Januar 1937 die Bedeutung des Rassegedankens in ebenso eindeutiger wie einleuchtender Weise dargelegt. Er setzt als Ausgangspunkt das blutbedingte und mit dem Boden verbundene Volk.[12)] Zum ersten Mal vielleicht, sagte er, sei dem deutschen Volk die Erkenntnis gekommen, dass von allen Aufgaben, die uns gestellt sind, die erhabenste und damit für den Menschen heiligste die Erhaltung der von Gott gegebenen blutgebundenen Art ist. Zum ersten Mal sei man zu der Erkenntnis gekommen, dass diese Frage für die Erhaltung des Volkes von gewaltigerer Bedeutung ist als alle siegreichen Kriege oder erfolgreichen Wirtschaftsschlachten. "Die größte Revolution des Nationalsozialismus" - so fährt er fort - "ist es, das Tor der Erkenntnis dafür aufgerissen zu haben, dass alle Fehler und Irrtümer der Menschen zeitbedingt und damit wieder verbesserungsfähig sind, außer einem einzigen: dem Irrtum über die Bedeutung der Erhaltung seines Blutes, seiner Art und damit der ihm von Gott gegebenen Gestalt und des ihm von Gott geschenkten Wesens. Wir Menschen haben nicht darüber zu rechten, warum die Vorsehung die Rassen schuf, sondern nur zu erkennen, dass sie den bestraft, der ihre Schöpfung missachtet... Und ich spreche es hier prophetisch aus: so wie die Erkenntnis des Umlaufs der Erde um die Sonne zu einer umwälzenden Neugestaltung des allgemeinen Weltbildes führte, so wird sich aus der Blut- und Rassenlehre der nationalsozialistischen Bewegung eine Umwälzung der Erkenntnisse und damit des Bildes der Geschichte der menschlichen Vergangenheit und ihrer Zukunft ergeben." Und im Hinblick auf das Judenproblem fügt er hinzu: "Dies wird nicht zu einer Entfremdung der Völker, sondern im Gegenteil zum ersten Male zu einem wahren gegenseitigen Verstehen führen! Es wird dann allerdings aber auch verhindern, dass das jüdische Volk unter der Maske eines biederen Weltbürgers alle anderen Völker innerlich zu zersetzen und dadurch zu beherrschen versucht."

Alle grundlegenden Eigenschaften der Menschen beruhen in erster Linie auf Erbanlagen. Rassenunterschiede sind also Erbunterschiede. Und wenn auch die

Erbanlage nicht unbedingt mit der Exaktheit eines physikalischen Experiments funktioniert, so bildet sie doch die schicksalsmäßige Grundlage im Wesen des Menschen. Diese Grundlage ist Entwicklungsmöglichkeiten ausgesetzt, die von der Umwelt bestimmt werden. Auf dieser Tatsache fußen die Erblehre und die Rassenhygiene, die Erbbiologie und die Eugenik. Und auf diese Tatsache stützt sich die Forderung der völkischen Weltanschauung, dass der völkische Staat die Veredelung und Höherbildung seiner Volksgenossen in leiblicher und geistiger Beziehung als eines seiner vornehmsten Ziele betrachten muss. Um dieses Ziel zu erreichen, muss er die Spreu vom Weizen sondern. Er braucht nicht die Fürsorge um die durch Schicksal oder durch eigene Schuld an Leib und Geist Benachteiligten zu versäumen, aber er darf sie auch nicht, wie der frühere Staat (und die Gesellschaft) getan, auf Kosten der Starken und Gesunden begünstigen. Die Sorge um diese letzteren muss für ihn die Hauptaufgabe sein. Er muss nicht nur nach den Besten suchen, sondern sie auch vor allen anderen fördern und unterstützen.

Der zweite tragende Gedanke des Nationalsozialismus heißt Volkstum und Volksgemeinschaft. "Volkstum ist Wesensgemeinschaft und zugleich Erlebnisgemeinschaft: Wesensgemeinschaft im: Sinne der Gemeinsamkeit von Sprache, Abstammung, Verwandtschaft, Gemeinsamkeit in Kultur, Brauchtum, Geschichte, Mythos, Boden und Klima... Wesensgemeinschaft ist Erbe und Besitz, Erlebnisgemeinschaft Aufgabe und Neugestaltung... Dadurch, dass wir den Staat aus dem Volkstum begründen, erwächst für den Staat seine Würde, seine Bestimmung, seine Kraft und seine Macht... Volkstum ist am stärksten in den breiten Schichten vertreten . . . im Gegensatz zu den intellektuellen Allerweltsbürgern."

Mit Volksgemeinschaft ist also nicht gemeint eine politische Zusammenfassung der verschiedenen deutschen Volksgruppen und Stämme. Dies ist eine selbstverständliche praktische Folge der Aufhebung aller inneren Grenzen zwischen den Ländern. Volksgemeinschaft ist eine innere, seelische Angelegenheit. Sie hebt nicht die Verschiedenheit der deutschen Volksstämme auf, sie rührt nicht an ihre Überlieferungen, ihre Sitten, ihre Mundarten und ihre Wesen, aber sie verschmilzt sie alle auf einer höheren Ebene zu einer großen Einheit, zu dem Gefühl und Bewusstsein einer untrennbaren Zusammengehörigkeit und Einheit, der alle anderen Menschen auf dieser Erde trotz ihrer Menschengemeinschaft als Fremde gegenüberstehen. Zu dieser Volksgemeinschaft gehören deshalb nicht bloß die innerhalb eines bestimmten geographischen Gebietes Wohnenden, sondern auch alle anderen auf diesem Erdball Verstreuten, die desselben Blutes sind und die gleiche Sprache reden.

Die Wissenschaft beweist, sagt der Nationalsozialismus, dass auf dieser Erde nicht alles gleich ist, was Menschenantlitz trägt, dass vielmehr die großen Rassen nicht nur leiblich, sondern erst recht geistig und seelisch tief greifende

erbliche Verschiedenheiten aufweisen. Dass das deutsche Volk aus sehr verschiedenen rassischen Substanzen besteht, sei nicht zu bestreiten. Der Nationalsozialismus wünscht aber (erklärte Hitler auf dem Parteitag am 1. September 1933), dass die politische und kulturelle Führung des deutschen Volkes das Gesicht und den Ausdruck jener Rasse erhalte, die "durch ihren Heroismus allein dank ihrer inneren Veranlagung aus einem Konglomerat verschiedener Bestandteile das deutsche Volk überhaupt erst geschaffen hat. Der Nationalsozialismus bekennt sich damit zu einer heroischen Lehre der Wertung des Blutes, der Rasse und der Persönlichkeit sowie der ewigen Auslesegesetze."

Und ein halbes Jahr später ergänzt Hitler diese Gedanken und erklärt, im Rassegedanken liege keine Geringschätzung oder Minderbewertung anderer Völker, er führe im Gegenteil zu einer natürlichen Respektierung des Lebens und des Wesens anderer Völker. Er hat wiederholt jeden Gedanken an "Germanisierung" fremder Völkerschaften mit größter Entschiedenheit abgelehnt. Schon in seinem Buche drückt er sich sehr scharf über dieses Lieblingsthema der ehemaligen alldeutschen Nationalisten aus. In seiner Friedensrede vor dem Reichstag am 17. Mai 1933 sagte er: "Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben. Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der heraus man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden."

Auch verbietet der Nationalsozialismus bekanntlich jegliche Propaganda für sich im Auslande: "Der Nationalsozialismus ist keine Exportware", wie Joseph Goebbels das ausgedrückt hat. Aber auch jede von Deutschen ausgehende aktive Unterstützung judenfeindlicher oder rassenpolitischer Bestrebungen im Auslande wird vom Nationalsozialismus als eine Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse fremder Staaten abgelehnt.[93)]

Der dritte tragende Pfeiler des Nationalsozialismus ist die soziale Idee. Sie verleiht dem Nationalsozialismus seinen revolutionären Charakter und bekleidet ihn mit der Kraft und Bedeutung einer entscheidenden geschichtlichen Umwälzung. Rasse und Nationalität enthalten Forderungen praktisch-politischer Art. Auch der Sozialismus folgt diesem Prinzip. Auch er stellt die Forderung auf, die richtigen Menschen zu finden, die dem Ideal der nationalsozialistischen Weltanschauung entsprechen. Er nennt das Auslese. Der Staatsmann handelt im Interesse aller, also in Übereinstimmung mit dem sozialistischen Prinzip, wenn er für jede Funktion des Lebens den dafür Geborenen sucht, um ihm auf diesem Gebiet die Verantwortung zu übertragen ohne Ansehen seiner bisherigen

wirtschaftlich bedingten oder gesellschaftlichen Herkunft. "Wenn das Wort Sozialismus überhaupt einen Sinn haben soll", sagte der Führer auf dem Reichsparteitag am 3. September 1933, "dann kann es nur den haben, in eiserner Gerechtigkeit, das heißt tiefster Einsicht, jedem an der Erhaltung des Gesamten das aufzubürden, was ihm dank seiner angeborenen Veranlagung und damit seinen Werten entspricht." Die Befähigung sei am sichersten feststellbar durch die Art der Reaktion der einzelnen Menschen auf eine neu zu proklamierende Idee. Dies ist die unfehlbare Methode, die Menschen zu suchen, die man finden will, denn jeder hört nur auf den Klang, auf den sein Innerstes abgestimmt ist. Hunderttausende haben sich der nationalsozialistischen Bewegung ergeben, "einfach weil ihr innerer Empfänger auf die Wellenlänge dieser Idee gestimmt war".

Die Aufgabe der Bewegung sei nun, die politische Führung durch eine richtige Auswahl zu ergänzen, so dass das innerste Wesen der tragenden Kräfte der Nation niemals verändert wird. Nicht die zahlenmäßige Größe sei das Entscheidende, sondern nur die "innere Würdigkeit und damit die innere Homogenität". Die Bewegung müsse diese Auslese nach denselben harten Grundsätzen treffen, die das harte Schicksal ihr in der Vergangenheit auferlegt habe.

Die soziale Idee wird aber vor allem durch eine ethische Kraft getragen, nämlich durch die Auffassung des Menschenlebens als einer Gestaltung des Daseins, die nicht durch äußere Bindungen geschaffen und gehalten wird, sondern durch ein inneres Gesetz, das das Verhalten der Menschen zueinander bestimmt. Man spricht von einem demokratischen Prinzip. Das ist ein verdächtig, ja, gefährlich schillernder Begriff geworden, weil er seines ursprünglichen Inhalts entkleidet und dadurch verfälscht worden ist. Was der Nationalsozialismus von den sittlichen und sozialen Beziehungen der Menschen untereinander fordert, ist gegenseitige menschliche Respektierung und Bereitschaft. Wir haben kein anderes eindeutiges Wort dafür als das einfache: Pflicht. Es ist die einzige Forderung, die an alle ohne Unterschied gestellt wird, das einzige Element, das allen gemeinsam sein muss und keinem einen Vorrang vor dem anderen gewährt. Hoch und Niedrig, Arm und Reich, Befehlende und Gehorchende - vor diesem einen Element sind alle gleich. Es ist das Gesetz, das am natürlichsten und schönsten im Arbeitsdienst zur Verwirklichung gekommen ist. Dieses sozial und ethisch gerichtete Pflichtbewusstsein der Kameradschaft und Gemeinschaft hat dem Führer das Recht gegeben, sich selber, gegenüber den herrschenden Demokratien, als den eigentlichen wahren Demokraten zu bezeichnen.

Dass es dem Nationalsozialismus gelungen ist, diese drei tragenden Ideen im politischen Leben des deutschen Volkes zu verwirklichen, verdankt er dem Umstande, dass er mit eiserner Folgerichtigkeit den Grundsatz des Führertums zur Geltung gebracht hat. Der Reichsleiter Alfred Rosenberg hat diesem Prinzip

die einfachste populäre Formulierung gegeben. Er erklärt, dies Prinzip sei immer dort vorhanden, wo eine Gemeinschaft wirklich ernst um ihren Bestand kämpft, und fährt fort: "Das ist Prinzip nicht nur im Soldatenleben, tausendmal erprobt, sondern selbst in den verwahrlosten Zeiten der politischen Demokratie war dieses Führerprinzip überall dort vorhanden, wo es wirklich um Leistung und Verantwortung ging. Der Kapitän eines Schiffes ist immer Herr über sein Schiff gewesen. Er trug die Verantwortung für das Schicksal des ihm anvertrauten Gutes, und eine Nichteinhaltung seiner Anordnungen war genau so Meuterei wie eine Gehorsamsverweigerung im Heer. Jeder wissenschaftliche Leiter einer Expedition war Herr über diese und verantwortlich für Inhalt und Durchführung aller Anordnungen."

Für Hitler ist dieses Prinzip die praktische Kampfparole gegen das Mehrheitsprinzip der Demokratie, dieser "herdenmäßigen Majorisierung der Intelligenz und wahren Energie durch die Zahl der toten Masse". Er gibt diesem Prinzip zugleich einen streng und fest umrissenen realen Inhalt. Im Gegensatz zur anonymen Verantwortungslosigkeit parlamentarischer und jeglicher anderen "kollegialen" Mehrheit verlangt er für jede Willensäußerung, jeden Befehl und jede Handlung, auf allen Gebieten, wo es sich um die Erreichung eines gewissen Zieles handelt, vor allem aber auf dem politischen Gebiet die persönliche Verantwortung eines bestimmten Führers und den unbedingten Gehorsam der dem Führer unterstellten Persönlichkeit oder Gefolgschaft.[94)] Autorität des Führenden nach unten und Verantwortlichkeit gegenüber der höheren Person nach oben. Dieses Prinzip durchzuführen, war schon Hitlers erste Sorge, als er 1919 als siebentes Mitglied in den kleinen Verein in München eintrat. Es ist heute der oberste Grundsatz in der gesamten Organisation der NSDAP und des Staates. Er steht in unauflöslichem Zusammenhang mit der Forderung der Auslese. Gehorsam kann nur derjenige verlangen, der dazu qualifiziert ist. Verantwortung kann man nur von demjenigen erwarten, der sie zu tragen fähig ist. Und zwar fordert die Partei diese Fähigkeiten in doppelter Beziehung: als Leistung an sich und als Charakter. Die Schulung von Führern gehört deshalb zu den wichtigsten Aufgaben der Partei. Das Führerprinzip ist deshalb folgerichtig auch Kampfprinzip.

In engem Zusammenhang mit dem Führerprinzip steht der Begriff der Freiheit, wie ihn der Nationalsozialismus geprägt hat. Nach der landläufigen individualistischen Auffassung bedeutet Freiheit das Gegenteil von Zwang und Diktatur. Das ist ebenso richtig wie oberflächlich. Diese äußere Freiheit ist auch dem Nationalsozialismus nicht unbekannt. Aber er kennt auch eine innere Freiheit, die mit Zwang und Diktatur von außen nichts zu tun hat, weil sie unter dem Zwange des Gewissens steht. Dieses Gesetz des Gewissens und der Verantwortung im Menschen aufzubauen, ist eine der großen ethischen Aufgaben des Nationalsozialismus. Ein Engländer, Rolf Gardiner, hat diesem Begriff der Freiheit einen Ausdruck verliehen, der sich mit der Auffassung des

Nationalsozialismus deckt. Er sagt: "Nationalsozialismus vom Ausland gesehen" (S. 10): "Die englische Freiheit, einst ein weit edlerer Begriff, hat sich allmählich abgeschwächt, zu einem bloßen Freisein vom Zwang, ja zu einem Freibrief für jede Eigenbrödelei. In gleicher Weise ist der Gemeinschaftsgeist zum bloßen Herdeninstinkt entartet. Die altenglische Freiheitsidee aber bedeutet etwas völlig anderes: das Recht war eine Pflicht und die Freiheit zugleich Herrschaft und Dienst. Diese frühere Sinngebung hat Deutschland versucht wieder zu erwecken. Goethe rief aus: 'Und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben.' Die Deutschen verstehen unter Freiheit nicht Rechtsansprüche, noch das Fehlen von Zwang, sondern freiwillige Unterordnung unter eine Führung und Dienst am Ganzen. Sie proklamieren die Tugend der 'Bindung'... Der preußischen Idee der Freiheit hat immer dieser metaphysische Sinn innegewohnt: sie bedeutete Freiheit durch Gehorsam der Seele."

In seiner Schlussansprache auf dem Parteitag am 10. September 1934 hat Hitler den obigen Gedankengängen eine für seine kräftige und unzweideutige Ausdrucksweise kennzeichnende Formulierung gegeben:
"Die Partei wird für alle Zukunft die politische Führungsauslese des deutschen Volkes sein. Sie wird einen Stab politischer Apostel und Streiter ausbilden, die dann als gehorsame und pflichtgetreue Offiziere der Bewegung ihren Dienst tun. Sie wird jene große Schule sein, die Millionen unseres Volkes an sich zieht, ausbildet und wieder entlässt. In ihr wird sich eine Tradition der Kunst der Volksführung entwickeln, die verhindern soll, dass jemals wieder fremde Geister Gehirn und Herz des deutschen Alensehens verwirren. Sie wird in ihrer Lehre unveränderlich, in ihrer Organisation stahlhart, in ihrer Taktik schmiegsam und anpassungsfähig, in ihrem Gesamtbild aber wie ein Orden sein. Sie ist für alle Zukunft das Senfkorn der nationalsozialistischen Idee, die Lehrmeisterin der nationalsozialistischen Organisationskunst, die Schule der nationalsozialistischen Propaganda... Nur dann, wenn wir in der Partei durch unser aller Zutun die Verkörperung des nationalsozialistischen Gedankens und Wesens verwirklichen, wird sie eine ewige und unzerstörbare Säule des deutschen Volkes und Reiches sein. Dann wird einst neben die herrliche ruhmreiche Armee, den alten stolzen Waffenträger unseres Volkes, die nicht minder traditionsgefestigte politische Führung der Partei treten. Und dann werden diese beiden Einrichtungen gemeinsam den deutschen Menschen erziehen und festigen und auf ihren Schultern tragen: den deutschen Staat, das deutsche Reich."

In amtlicher Form hatte das Verhältnis zwischen Partei und Staat schon im Gesetz zur Sicherheit der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933 Ausdruck gefunden. Dieses Gesetz erklärte in seinem § 1, dass die NSDAP die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staat unlöslich verbunden sei. Den Mitgliedern der NSDAP und der SA als der führenden und bewegenden Kraft des nationalsozialistischen Staates obliegen erhöhte Pflichten gegenüber

Führer, Volk und Staat. Sie unterstehen wegen Verletzung dieser Pflichten einer besonderen Partei- und SA-Gerichtsbarkeit. Damit wurde der Aufbau einer selbstverantwortlichen "staatstragenden Schicht" geschaffen. Als äußeres Zeichen der Einheit von Partei und Staat trägt die Wehrmacht und tragen die uniformierten Beamten des Reichs das Hoheitszeichen der Partei.

Über die Begriffe Staat, Volk, Partei haben sich zahlreiche führende Persönlichkeiten des Nationalsozialismus in ausführlicher Weise geäußert, als Jurist der Reichsminister Dr. Frank in seiner Ansprache vor der Akademie für deutsches Recht am 18. Juni 1938, in der er neben den Werten Rasse, Boden, Arbeit und Reich als fünften großen Wert und tiefsten Inhalt des Lebens der deutschen Volksgemeinschaft die Ehre der Nation hervorhob. Sie verlange, dass in allen Gesetzen die Treue als oberste Ehrenbewahrung enthalten sei. Wer gegen die Treue zu Volk, Reich, Führer, Partei und Volksgenossen verstoße, sei der Gemeinschaft unwürdig. Dadurch werde das große Gebäude der bürgerlichen Rechtsordnung von früher umgewandelt in eine volksgemeinschaftliche Lebensordnung.

Der Reichspressechef Dr. Dietrich führte darüber auf dem Parteitag 1936 aus: "Die Partei verkörpert nicht nur den Willen des Volkes, sie vollzieht ihn auch durch ihre besondere Verbundenheit mit dem Staat. Wie sie auf der einen Seite im Volke fest verwurzelt ist, so ist sie auf der anderen Seite auch mit dem Staate und seiner Führung innerlich unlösbar verwachsen. Partei und Staat sind nicht ein und dasselbe, denn ihre Aufgaben sind verschieden. Die Partei befiehlt dem Staate, aber sie ist nicht der Staat! Die Partei ist die politische Führung, der Staat die Funktion der Verwaltung. Beide sind sachlich getrennt, aber personell miteinander verbunden. Der Führer der Partei ist zugleich die oberste Spitze des Staates. Die Partei gibt durch ihre Lebens- und Leistungsschule dem Staate unaufhörlich die Männer, die er zur politischen Führung bedarf. Damit ist durch die nationalsozialistische Partei auch die Führung des Staates mit dem flutenden Leben der Nation verbunden und durch sie das oberste Gesetz der Demokratie, die Homogenität von Volk und Staat, in einzigartiger Weise verwirklicht." [95)]

Die Armee oder die Wehrmacht, wie sie heute heißt, ist freilich von jeglicher politischen Betätigung ausgeschlossen. Sie ist nichts anderes als der Waffenträger des Reichs, damit ist aber das völkische Band zwischen Wehrmacht und Partei nicht aufgehoben. Die politisch-weltanschauliche Erziehung des Soldaten und gleichzeitig seine Unterrichtung in den Tagesfragen ist durch verschiedene Erlasse des Kriegsministers (wie der Wehrminister heute heißt) sichergestellt. Nach der Überzeugung des Nationalsozialismus muss der deutsche Soldat, um Größtes für sein Volk leisten zu können, ein weitanschauliches Kampfziel vor Augen haben und vom Geiste dieser Weltanschauung tief beseelt sein.

Man versteht deshalb, dass der Gedanke, dass einst das ganze deutsche Volk nationalsozialistisch denken und handeln wird, dem überzeugten Nationalsozialisten nicht als eine optimistische Illusion erscheint, sondern im Gegenteil für jede lebende Generation ein Quell des Ansporns und des Trostes sein wird. Das Prinzip der Auslese, das sich in der Praxis in Schulung, Verantwortung und Führung verwirklicht, ist ein unerschütterlicher Grundstein für den gesamten Aufbau des nationalsozialistischen Staates. Von jeher ist kein Mensch unersetzbar gewesen. Der Nationalsozialismus sorgt dafür, dass auch für den Besten, wenn er vom Schauplatz abtritt, immer ein gleichwertiger Nachfolger vorhanden ist.

Auf den drei Grundpfeilern: Rasse, Volksgemeinschaft und Sozialismus baut sich also der nationalsozialistische Staat auf. Das Volk ist sein Kern und seine lebendige Substanz, die Partei sein Wille und Geist, der die Substanz formt, und der Staat das Werkzeug, das der Partei zur Verwirklichung ihrer Idee dient. Denn der Staat an sich ist nicht Ziel und Zweck. Er ist nur ein Mittel zur Erfüllung höherer Aufgaben, nämlich: "Erhaltung und Förderung einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleichartiger menschlicher Lebewesen". Höchster Zweck des Daseins der Menschen ist Bewahrung und Höherentwicklung ihrer Art, der Staat ist wohl die Voraussetzung zur Bildung einer höheren menschlichen Kultur, aber nicht die Ursache derselben. Der Staat ist nicht Inhalt, sondern Form, er ist das Gefäß, der Inhalt ist das Volk. Sie beide stehen in keinem Gegensatz, sondern in unlöslichem Zusammenhang miteinander. Der Staat ist das organisierte Volk. Das Volk wiederum ist nicht die Summe von Staatsbürgern, sondern eine nationale und soziale Schicksalsgemeinschaft, in der jeder einzelne seine Aufgabe und seine Pflicht hat, von der er sich nicht befreien kann, ohne das moralische Gesetz des Sozialismus zu verletzen. Denn der einzelne ist nicht Selbstzweck, sondern als Glied der Volksgemeinschaft, der vergangenen, wie der gegenwärtigen und zukünftigen, eine Persönlichkeit, deren Wert in ihrer Leistung für das Volk besteht. über dem Wollen aller Volksgenossen steht die Forderung "Gemeinnutz vor Eigennutz". Sozialismus ist nicht so genanntes "soziales Handeln", das an Almosenhilfe denkt, sondern er ist eine Weltanschauung, die jeden Volksgenossen verpflichtet, sein Leben als Dienst am Volk aufzufassen und zu führen.

4.2 Die Wehrmacht

Wie an anderer Stelle in diesem Buch ausgeführt worden, sah sich der Führer infolge der politischen Haltung der Westmächte gezwungen, durch das Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 die Wiederherstellung der Wehrhoheit auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht zu verkünden und durch das Wehrgesetz vom 21. Mai 1935 ihre praktische Anwendung zu regeln und im Neubau des nationalsozialistischen Staates zu verankern.[96)]

Die Grundlagen der Erziehung des Heeres waren schon von General von Seeckt durch seinen Erlass vom 1. Januar 1921 gelegt worden. Die "Reichswehr" bestand aus Berufssoldaten, die zwölf Jahre dienten und ihrer Pflicht in musterhafter Weise genügten, aber natürlich in dem damaligen "demokratisch" regierten Staat in keinen lebendigen Kontakt mit dem Volk gelangten. Trotz alledem bildete dieses Heer, dank der zielsicheren und nationalgerichteten Erziehung seiner obersten Führer den einzigen von Parteizwistigkeiten unberührten Machtfaktor, der das Reich zusammenhielt, und auf dessen Vorhandensein sich Hitler stützen konnte, als er 1933 den Marxismus zertrümmerte. In die Angehörigen dieses Heeres war im Verlauf der Jahre auch schon der Geist eingedrungen, der sie mit dem Bewusstsein erfüllte, mit dem Volke verbunden zu sein. Mit Recht konnte Hitler in seiner Rede am 30. Januar 1934 erklären: "Es war ein einzigartiger geschichtlicher Vorgang, dass zwischen den Kräften der Revolution und den verantwortlichen Führern einer auf das Äußerste disziplinierten Wehrmacht solch herzliche Verbundenheit im Dienste des Volkes in Erscheinung trat, wie zwischen der nationalsozialistischen Partei und mir als ihrem Führer einerseits und den Offizieren und Soldaten des deutschen Reichsheeres und der Marine andererseits."

"Die Staatsführung", sagte der Führer ein anderes Mal, "wird von zwei Säulen getragen, politisch von der in der nationalsozialistischen Bewegung organisierten Volksgemeinschaft, militärisch von der Wehrmacht. Es wird für alle Zukunft mein Streben sein, dem Grundsatz Geltung zu verschaffen, dass der alleinige politische Willensträger in der Nation die nationalsozialistische Partei, der einzige Waffenträger des Reiches die Wehrmacht ist. Auf der Treue dieser beiden Organisationen zum Staat beruht dessen Stärke und Kraft."

Eine Folge dieser Entwickelung ist in der heutigen Wehrmacht der soziale Geist, der nicht einen bestimmten Bildungsgrad bevorzugt. Der sog. "Einjährige" der Vergangenheit ist mit dem Geist, aus dem er hervorgegangen war, verschwunden. Neu sind auch der Begriff der Wehrwürdigkeit und der Ausschluss nichtarischer Staatsangehöriger. Neu ist schließlich die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Vor allem neu ist aber im Aufbau der heutigen Wehrmacht die ebenso imposante wie überraschende militärischtechnische Entwicklung der Waffen und der Kriegführung, was bei der geistigen und charakterlichen Höhe der Wehrmachtangehörigen jeden Grades von ganz besonderer Bedeutung ist.

Technisch ist die heutige Kriegführung, wie sie in den Feldzügen in Polen, Norwegen, Holland, Belgien und vor allem Frankreich zu Tage getreten ist, nicht nur besser als im Weltkriege, sie ist in wesentlichen Punkten etwas Neues. So erwies sich als etwas ganz Beispielloses die enge Zusammenarbeit der deutschen Tankwaffe und der deutschen Luftwaffe und beider Zusammenwirken mit der Infanterie, die man früher in dieser Art nicht gekannt hatte. Es ist

überhaupt das einheitliche Zusammengehen aller Waffen zu einem Höchstmaß von Wirkung entwickelt worden.

Die ausländischen Fachleute, ja, auch die feindliche Seite, haben diese neuen Eigenschaften offen anerkannt. Mit staunender Bewunderung hat z. B. die englische Presse die Art hervorgehoben, wie die deutschen Panzer auch ohne Verbindung mit der eigenen Truppe selbständig operierten, wie sie sich die Nacht in Wäldern gut versteckt hinter mitgebrachtem Stacheldraht verborgen hielten, um dann am Morgen hervorzubrechen und mit ihren neukonstruierten Schusswaffen Verderben und Schrecken zu verbreiten. Diese Selbständigkeit und diese Beweglichkeit der deutschen Panzerwaffe hat ihr trotz bedeutend geringerer Feuerkraft als die schwere Artillerie bei Großangriffen im Weltkriege schließlich doch eine größere Durchbrechungskraft und moralische Wirkung verliehen.

Ebenso zeigten die Fliegerabwehrkanonen (Flak), die Panzerabwehrkanonen (Pak) und andere Waffen neue und wirksamere Konstruktionen im Vergleich zu den früheren. Eine große Überraschung für die übrige Welt bildete die Verwendung von Fallschirmjägern und Luftlandetruppen im Felde, obgleich sie bei deutschen Manövern schon vorgeführt worden waren.

In der Marine zeigten sich die neukonstruierten kleinen Schnellboote (die "Moskitos der Meere"), die auch bei sehr schlechtem, hartem Wetter unterwegs waren, und andere Formen von Wasserfahrzeugen als eine unerwartet gefährliche Angriffswaffe.

Auf die Schlagkraft und Anzahl dieser Waffen waren die Gegner Deutschlands ebenso wenig gefasst, wie auf die kämpferische Einsatzbereitschaft und kriegerische Selbständigkeit des einzelnen Mannes in der Truppe, noch viel weniger aber auf die Genialität der deutschen Führung, die sowohl in strategischer wie taktischer und organisatorischer Beziehung sich als einzigartig erwies. Die Schnelligkeit und die Heimlichkeit, mit der beispielsweise Panzerkräfte durch die Ardennen gegen die Stellungen an der Maas vorgebracht wurden, die Art und Weise, in der diese Tanks im Gefecht gehalten und durch motorisierte Truppen unterstützt wurden, und vor allem die ganz unerwartet kurze Zwischenzeit zwischen dem deutschen Vorstoß an den Kanal und der Eröffnung des Angriffs auf die Weygandlinie werden von der feindlichen Presse als Beispiele einer solchen ungewöhnlichen strategischen, taktischen und militärisch-verwaltungsmäßigen Gipfelleistung bezeichnet. Die Berichte über all diese von der ganzen Welt mit staunender Spannung zur Kenntnis genommenen militärischen Leistungen wurden durch eine Mitteilung übertroffen, mit der der Reichsmarschall Göring im Sommer 1940 bei einem Empfang der deutschen Presse die Öffentlichkeit überraschte.

Man wusste, dass Hitler die Führung des Krieges als Oberster Kriegsherr in eigene Hand genommen hatte. Man wusste aber nicht. dass er nicht bloß dem Namen nach, sondern in Wirklichkeit selber den Krieg führte, ihn vom ersten Planen bis zur letzten Einzelleistung erdachte, anlegte und befahl. Der Reichsmarschall beschrieb und erläuterte als erster vor Vertretern der deutschen Presse die militärische Begabung des Führers. Er zeigte, wie der Plan des ganzen Feldzuges, angefangen von Polen, in seinen großen Linien von Hitler entworfen und bis ins kleinste ausgearbeitet worden war. Er hob das ungewöhnliche militärische Wissen des Führers hervor, er zeigte, wie jede militärische Tatsache, angefangen von den Schiffen der feindlichen Flotten und der feindlichen Heeresorganisation bis zu den unwichtigst erscheinenden Brücken und Wegen auf dem Kriegsschauplatz ihm bekannt war, und wie die visionäre Genialität des Führers mit revolutionärer Erkenntnis auch auf dem Gebiet der Kriegführung strategische Grundsätze durchbrochen hat, die bisher bei den Gegnern als sakrosankt gegolten hatten. Er hat den alten ewigen Grundwahrheiten jeder strategischen Operation in neuer Form wieder zur Geltung verholfen. Dem deutschen Volke hat das Schicksal in Adolf Hitler einen großen Staatsmann und Künstler geschenkt. Nun offenbart er sich auch als ein Feldherrngenie von überragender Bedeutung. Das Charakterbild dieses ungewöhnlichen Mannes ist um einen neuen, unerwarteten Glanz bereichert worden.

4.3 Sozialer Aufbau

Die Deutsche Arbeitsfront

Der soziale Aufbau, an den die nationalsozialistische Regierung sehr bald nach der Machtübernahme schritt, war offenbar in seinen Hauptzügen schon lange vorher geplant worden. Anders kann man sich weder die Zielsicherheit noch die Schnelligkeit erklären, mit der die Errichtung dieses riesigen und ungeheuer komplizierten Werkes in die Hand genommen und Schritt für Schritt verwirklicht wurde. "Die Deutsche Arbeitsfront" (DAF), wie sich dieses Werk nennt, ist eine nationale Arbeitsorganisation von solchem Ausmaße, dass eine vollständige Schilderung derselben den Umfang eines ganzen Buches erfordern würde. Wir müssen uns hier deshalb auf die Hauptpunkte und auf die wichtigsten Einzelheiten beschränken. Es ist greiflich, dass der Aufbau dieser Organisation auf mancherlei Schwierigkeiten stieß, die nur mit Geduld und Vorsicht zu überwinden waren. Und dass man nicht sofort die endgültige Form fand, beweisen die häufigen Veränderungen, Verbesserungen und Umbauten, die durch neue Gesetze und Verordnungen vorgenommen wurden. Es ist aber bemerkenswert, dass selbst durchgreifende Umstellungen mit einer Geschicklichkeit erfolgten, dass die Masse der Arbeitenden, Angestellten und Unternehmer kaum etwas davon verspürte.

Über die Größe des wirtschaftspolitischen Organismus, dem die Regierung Hitlers bei ihrem Machtantritt gegenüberstand, bekommt man einen Begriff,

wenn man die Sozialstruktur der deutschen Wirtschaft um das Jahr 1933 ins Auge fasst. Die Gesamtzahl der im Hauptberuf als Erwerbspersonen Beschäftigten betrug rund 27 Millionen, davon 5,3 Millionen selbständige und leitende Personen, 5,5 Millionen Angestellte und Beamte und 16,2 Millionen Arbeiter und Hausangestellte. Sie verteilten sich auf 274 verschiedene Berufsgruppen mit 200 Berufsarten und rund 4600 Berufen. Es waren also eine ungeheuer weitläufige berufliche Gliederung und viele Millionen von Klein- und Großbetrieben der verschiedensten Gewerbearten zu berücksichtigen.

Die mächtigste Organisation dieser Werktätigen war der sozialdemokratische "Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund" (ADGB), der nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler in einer entscheidenden Sitzung den Vorschlag, einen Generalstreik zu proklamieren, ablehnte, weil er annahm, dass die neue Regierung sicher bald abgewirtschaftet haben würde. In dieser Überzeugung machte er nach dem Aufruf Hitlers den Versuch, in einem Gegenaufruf die Öffentlichkeit gegen die Regierung zu beeinflussen. Als der Bundesvorstand erfuhr, die Regierung beabsichtige einen Reichskommissar für die Gewerkschaften zu ernennen, schlug er allerdings einen anderen Ton an und erklärte sich bereit, sich in den Dienst der neuen Regierung zu stellen. Aber jetzt war es zu spät. Am 21. April 1933 gab das kurz vorher ernannte "Aktionskomitee zum Schutze der Deutschen Arbeit" den Befehl, sämtliche 28 Verbände des "Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" aufzulösen, ihre Vorsitzenden und Leiter in Schutzhaft zu nehmen und ihre Kassen und Konten zu sperren. Es sollte, wie es in dem Befehl heißt, "in der Form vor sich gehen, dass dem Arbeiter und Angestellten das Gefühl gegeben wird, dass diese Aktion sich nicht gegen ihn, sondern gegen ein überaltertes und mit den Interessen der deutschen Nation nicht übereinstimmendes System richtet". Der Befehl wurde am 2. Mai ausgeführt.

Dieses entschlossene Vorgehen hat seinen Grund in einigen der Hauptpunkte des nationalsozialistischen Programms. In Punkt 8 heißt es: "Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und gleiche Pflichten besitzen", und in Punkt 9: "Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muss sein, geistig oder körperlich zu schaffen". Laut Punkt 7 ist "der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbsund Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen". Und Punkt 11 schließlich fordert "die Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens".

Das Recht jedes Volksgenossen auf Arbeit ist der Ausgangspunkt der Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus. Er will die Arbeit vom Kapitalmarkt und von der Konjunktur unabhängig machen. Er will die ethische Würde der Arbeit wiederherstellen and den Begriff des Proletariats aus der Welt schaffen. Indem er verbürgt, dass Staat und Partei jedem Volksgenossen einen Arbeitsplatz garantieren, macht er den Arbeiter wirtschaftlich frei und selbständig. Es handelt sich nicht mehr um Fürsorge, sondern um die Erfüllung

eines Rechtsanspruchs. Diese nationalsozialistische Sozialpolitik ist etwas ganz anderes als die der marxistischen Ideologie. Deshalb konnte Hitler in der ersten Sitzung des neuen Reichstags am 23. Mai 1933 den Sozialdemokraten zum Abschied zurufen: "Sie, meine Herren, sind nicht mehr benötigt."

Nach der Auflösung der Gewerkschaften wurden deren Aufgaben von einer Organisation übernommen, die schon am 1. Januar 1931 unter dem Namen "Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation" (NSBO) zu dem Zwecke gegründet worden war, die nationalsozialistische Propaganda in die Betriebe zu tragen, um den marxistischen Wühlereien am Ursprungsort selbst entgegenzutreten. Neben ihr bestand seit dem 15. Dezember 1932 ein "Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes", der die Aufgabe hatte, Handel, Handwerk und Gewerbe dem Nationalsozialismus zuzuführen, um dadurch einen stärkeren Einfluss auf die Wirtschaft zu erhalten. Dieser Kampfbund wurde am 4. August 1933 in zwei Organisationen geteilt, nämlich in die "Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation" (NS-Hago), die der Reichsleitung der NSDAP unterstellt wurde, und den "Gesamtverband des deutschen Handwerks, Handels und Gewerbes" (GHG), der zur Deutschen Arbeitsfront gehörte. Für die NS-Hago, der nur Parteigenossen angehörten, trat eine sofortige Sperre ein; alle Neuaufgenommenen wurden in den Gesamtverband der Deutschen Arbeitsfront eingegliedert. Die NS-Hago erhielt die Aufgabe, aus ihren Reihen heraus die politischen Führer heranzubilden, welche die Befähigung zur Führung der großen Volksorganisation der GHG besaßen.

Diesen beiden Organisationen: der NSBO und der NS-Hago wurde die Führung des das ganze Arbeitsleben in Deutschland umfassenden Marktes übertragen, nämlich der oben genannten am 5. Mai 1933 gegründeten "Deutschen Arbeitsfront", die am 10. Mai ihren ersten Kongress in Berlin abhielt. Sie besteht aus einer Gesamtleitung, dem "Zentralbüro", dem "Gesamtverband der Deutschen Arbeiter" und dem "Gesamtverband der Deutschen Angestellten". Diese gliedern sich wiederum in eine Anzahl Ämter (früher "Betriebsgemeinschaften" genannt); das sind mit einem gewissen Verwaltungsapparat ausgestattete Organe, die Betriebe von derselben Art zusammenfassen und darüber zu wachen haben, dass diese Betriebe in nationalsozialistischem Geiste geleitet werden und, soweit möglich, in ihrem Arbeitsbereiche sich zu Musterbetrieben entwickeln.[97)]

Daneben gehören zum Hauptarbeitsgebiet der DAF eine Reihe von "Ämtern", deren Aufgabe in erster Linie die Sicherung des sozialen Friedens und die Hebung des Lebensstandards ist.[98)] Rund 32.000 "Amtswalter" sind in der DAF hauptamtlich angestellt, während fast anderthalb Millionen Amtswalter ehrenamtlichen Dienst leisten. Ein Drittel der hauptamtlichen Mitarbeiter ist weiblichen Geschlechts.

Seine grundlegende Regelung erhielt das Arbeitsleben im Dritten Reich durch das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934, kurz Arbeitsordnungsgesetz" (AOG) genannt, das durch eine Führerverordnung vom 24. Oktober 1934 ergänzt wird, welche die Aufgaben bestimmt und klarstellt, die der Organisation aller Schaffenden im Rahmen einer Ordnung der nationalen Arbeit zukommen.[99)]

Die DAF ist ein der NSDAP angeschlossener Verband im Sinne des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933. Sie steht unter der politischen Führung der Partei und erhält von dieser durch die NSBO und die NS-Hago Anweisungen und Befehle. Sie ist aufzufassen als eine Zusammenfassung aller in geistiger und Handarbeit stehenden Menschen ohne Unterschied ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung. Sie umschließt demnach alle Unternehmer, alle Angestellten und alle Arbeiter. In ihr sind insbesondere die Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, Angestelltenverbände und Unternehmervereinigungen als gleichberechtigte Mitglieder zusammengeschlossen. Das Ziel der DAF ist die Bildung einer "Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen". Sie hat dafür Sorge zu tragen, dass jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zur höchsten Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet. Mit Rücksicht auf diesen nationalethischen Zweck der DAF hat man die Mitgliedschaft zu ihr grundsätzlich freiwillig gestaltet. Aus Zwang braucht niemand ihr beizutreten. In welchem Umfange ihre Bedeutung vom Volke erkannt wurde, zeigt die Tatsache, dass sie 1939 insgesamt 22,5 Millionen Einzelmitglieder und 7 Millionen Mitglieder korporativ angeschlossener Verbände zählte. Die Betriebsbetreuung erfasst rund 23 Millionen Gefolgschaftsmitglieder in 4 Millionen Betrieben. Die Beiträge der Mitglieder sind, wenigstens bei den großen Spitzenverbänden (Buchdruck, Metall, Bau) um 60 Prozent niedriger als bei den früheren Arbeiterverbänden. Der Beitrag kommt durch Selbsteinschätzen des Lohnes zustande. In der Zeit von 1933 bis 1938 ist das prozentuale Beitragsaufkommen von 90 Prozent auf fast 98 Prozent gestiegen. Im Altreich allein beträgt die Beitragseinnahme monatlich über 37,5 Millionen Mark.

Das Hauptziel Hitlers bei der Gründung der DAF war zweifacher Art: dem marxistisch eingestellten Handarbeiter das Bewusstsein der nationalen Volksgemeinschaft einzuflößen und den Intellektuellen einzuprägen, dass jedes Reich, das nur auf den Schichten des intellektuellen Verstandes aufgebaut wird, schwach gebaut ist. "Ich werde" - sagte Hitler auf dem ersten Kongress der DAF am 10. Mai 1933 - "keinen größeren Stolz in meinem Leben besitzen als den, einst am Ende meiner Tage sagen zu können: ich habe dem Deutschen Reiche den deutschen Arbeiter erkämpft!"

Die DAF trägt vor allem dazu bei, die neue Gesellschaftsordnung zu schaffen. Sie darf keine auseinander strebenden sozialen Schichtungen und Klassen kennen. "Die nationalsozialistische Staatsführung ist eine so souveräne und so über allen wirtschaftlichen Bindungen stehende, dass in ihren Augen die Kennzeichen Arbeitnehmer und Arbeitgeber belanglose Begriffe sind. Es gibt keinen Arbeitgeber und es gibt keinen Arbeitnehmer vor den höchsten Interessen der Nation, sondern nur Arbeitsbeauftragte des ganzen Volkes", sagte Hitler in der Proklamation auf dem Reichsparteitag 1936. Eigentums- und Unternehmerwirtschaft und das Recht der Wirtschaft, zu wachsen und Erträge abzuwerfen, sollen unangetastet bleiben. Aber breite Volksschichten, für die die bisherige Sozialpolitik nur ein geringes oder gar kein Interesse gehabt hatte, wie Bauern und Siedler, Handwerker und Kleingewerbetreibende, Heimarbeiter u. a. sind nun in den Bereich des sozialpolitischen Interesses und sozialpolitischer Obhut mit einbezogen worden. Für alle schaffenden Menschen soll die DAF die "hohe Schule" der nationalsozialistischen Weltanschauung sein. Ihre Aufgabe ist die Erziehung zur Gemeinschaft. Nicht das Einzelindividuum ist der Hauptgegenstand des Interesses der Sozialpolitik, sondern das Volk, das als natürliche, blutgebundene Gemeinschaft aufgefasst wird. Die Sicherung und Erhaltung seiner Lebensexistenz ist ihr oberstes Ziel.

Im Mittelpunkt der sozialen Arbeit steht der "Betrieb". Darunter ist jede organisierte Arbeitsgemeinschaft [110)] mit allen daran arbeitend beteiligten Personen zu verstehen. An die Stelle der früheren Klassenorganisation ist das Fachamt (früher Betriebsgemeinschaft) gerückt, in der die Gesamtheit der in ihr Schaffenden zu einer unauflöslichen Schicksalsgemeinschaft zusammengeschlossen ist. Im Betriebe arbeiten der Besitzer oder Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und die Arbeiter als "Gefolgschaft" gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke. Der Führer des Betriebes entscheidet allein verantwortlich der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten und hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen.

Ein besonderer "Vertrauensrat" im Betriebe, dessen Mitglieder ehrenamtlich tätig sind, hat die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die sich auf die Arbeitsleistung, die Arbeitsbedingungen, die Betriebsordnung, den Betriebsschutz u. ä. beziehen, und soll zugleich auf eine Beilegung von Streitigkeiten hinwirken.

Für größere Wirtschaftsgebiete werden "Treuhänder" ernannt, die als Reichsbeamte dem Reichsarbeitsminister unterstehen. Sie haben für die Erhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen und die Gefolgschaftsmitglieder vor Willkür oder Eigennutz der Betriebsführer zu schützen. Als staatliches Organ hat der Treuhänder auch darüber zu wachen, dass die Gefolgschaftsmitglieder angemessen entlohnt werden. Vereidigte Sachverständige stehen ihm jederzeit

beratend zur Verfügung. Ein wichtiges Mittel zur Erhaltung des Arbeitsfriedens ist der Kündigungsschutz. Arbeiter und Angestellte, die mindestens ein Jahr dem gleichen Unternehmen oder Betrieb mit mindestens zehn Beschäftigten angehören, können (laut § 56 des AOG) binnen zwei Wochen beim Arbeitsgericht auf Widerruf der Kündigung klagen, wenn diese unbillig und hart und nicht durch die Verhältnisse des Betriebs bedingt ist. Laut § 20 des AOG ist für Massenentlassungen noch eine besondere Kündigungsfrist vorgesehen. Solche Kündigungen müssen vorher dem Treuhänder schriftlich angezeigt werden.

In jedem Betrieb mit mindestens zwanzig Angestellten und Arbeitern muss der Führer des Betriebs eine Betriebsordnung für die Gefolgschaft schriftlich aufstellen (§ 26). Laut § 32 kann der Treuhänder nach Beratung mit einem Sachverständigenausschuss eine schriftliche Tarifordnung erlassen, deren Bestimmungen als Mindestbedingungen rechtsverbindlich sind.

Gröbliche Verletzungen der sozialen Pflichten (die im Gesetz genau aufgezählt werden) sollen von Ehrengerichten gesühnt werden. Über Verletzungen der sozialen Ehre entscheidet ein Ehrengericht, das für jeden Bezirk eines Treuhänders zu errichten ist. Ein Betriebsführer, der z. B. unter Missbrauch seiner Machtstellung im Betriebe böswillig seine Gefolgschaftsmitglieder ausnutzt oder sie in ihrer Ehre kränkt, wird vom Ehrengericht bestraft. Dass dies streng durchgeführt wird, beweist die Tatsache, dass im Jahre 1935 in 156 Ehrengerichtsverfahren nur in vier Fällen Freispruch erfolgte.

In welcher Weise sich diese Gesetze auf den Betriebsfrieden ausgewirkt haben, geht daraus hervor, dass Streitfälle vorkamen auf 1000 Beschäftigte im Jahre 1932: 21,9; 1933: 14,1; 1934: 9,0; 1935: 8,4.

Am 21. März 1935 wurden durch die so genannte "Leipziger Vereinbarung" in den einzelnen Wirtschaftsbezirken "Arbeitsausschüsse" gebildet, die beratende Organe innerhalb der Fachämter sind, und eine einheitliche Zusammenarbeit auf sozial- und wirtschaftspolitischem Gebiet zum Zwecke haben. Seit Mitte 1935 sind bereits rund 3.900 solcher Arbeitsausschüsse mit insgesamt 36.000 Betriebsführern und Gefolgschaftsmitgliedern errichtet worden.

Außer diesen Selbstverantwortungsorganen gibt es für große Wirtschaftsgebiete so genannte "Arbeitskammern" und für das ganze Reichsgebiet eine "Reichsarbeitskammer", die sich aus solchen Persönlichkeiten zusammensetzen, die geeignet sind, in Sozial- und Wirtschaftsfragen kompetente Ratschläge und Urteile zu geben.

Ein "Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft" vom 27. Februar 1934 regelt die Organisation der gewerblichen

Wirtschaft nach Fachgruppen, von denen es sechs Reichsgruppen gibt: Industrie, Handel, Handwerk, Banken, Versicherungen, Energiewirtschaft. Diese sind ihrerseits in Wirtschafts- und Fachgruppen eingeteilt. So besitzt z. B. die Reichsgruppe Industrie 29 Wirtschaftsgruppen. Die Aufgabe dieser Gruppen ist die fachliche Betreuung sowie die technische und wirtschaftliche Unterrichtung mit dem Ziele der Verbesserung der Betriebsführung usw. Die Mitgliedschaft zu diesen Gruppen ist laut einer Verordnung vom 27. November 1934 zwingende Pflicht.

Das oberste Organ der gesamten Wirtschaftsorganisation ist die Reichswirtschaftskammer, die zusammen mit den führenden Stellen des Arbeitslebens im Reichsarbeits- und -wirtschaftsrat die gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen bespricht und für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit allen Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront Sorge trägt.

Am 6. Oktober 1935 beschloss mit dem so genannten "Bückeberger Abkommen" der Reichsnährstand der deutschen Bauern als korporatives Mitglied ebenfalls den Beitritt zur DAF und vervollständigte damit den Zusammenschluss aller die Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes bildenden Glieder.

Die Lohnpolitik des Nationalsozialismus baut sich auf zwei Grundsätzen auf: erstens soll jedem arbeitenden Volksgenossen ein Mindesteinkommen zur Erhaltung des Lebens und der Arbeitskraft gesichert werden, und zweitens muss die Höhe des Einkommens von der Leistung abhängig sein. Mindestlohn und Leistungslohn ergänzen einander.

Der in der Tarifordnung festgesetzte Lohn ist grundsätzlich angemessener Mindestlohn, der einer Grundleistung entspricht. Das Niveau des Gesamtmindesteinkommens darf nicht schematisch heraufgeschoben werden, sondern die Lohnsteigerung soll stets nur als Folge individueller und allgemeiner Produktionssteigerung geschehen. Im Prinzip also bleibt der durch die Tarifordnungen festgelegte Mindestlohn stabil (ebenso wie die Preise). Das Einzeleinkommen aber wächst bei steigender Produktion nach Maßgabe des persönlichen Einsatzes, und eine Höchstgrenze für Löhne gibt es nicht. Doch können die Reichstreuhänder laut einer Verordnung vorn 25. Juni 1938 von Fall zu Fall Löhne mit bindender Wirkung nach oben festsetzen.

Das schwierige Problem einer gerechten Tarifordnung konnte begreiflicherweise nicht mit einem Schlage eine ideale Lösung finden: sie wurde Schritt für Schritt an der Hand von praktischen Erfahrungen verbessert. Am 1. April 1938 traten neue Tarifordnungen in Kraft, die für Lohnempfänger und Angestellte wesentliche Vorteile brachten, die Löhne wurden nicht unbeträchtlich erhöht,

die Kündigungsfristen verlängert, eine Unkündbarkeit nach 25 Dienstjahren und sog. Dienstzeitzulagen eingeführt. Die Urlaubsbedingungen wurden verbessert und die Krankenbezüge neu geregelt, so dass sie nun bei jeder Krankheit und schon vom ersten Tage an berechnet werden. Die Arbeitszeitverordnung vom 30. April 1938 schreibt vor, dass die regelmäßige Arbeitszeit für Erwachsene wie bisher grundsätzlich die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf. Allen männlichen Gefolgschaftsmitgliedern ist nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine Ruhezeit von mindestens elf Stunden zu gewähren (über erhöhten Schutz bei Frauen und der Jugendlichen wird an anderer Stelle berichtet), und vieles andere mehr.

Ebenso wie der Lohn ist der Unternehmergewinn, als das Einkommen des wirtschaftlich Selbständigen, von der Leistung abhängig. Dem gesunden Erwerbsstreben soll ermöglicht werden, auch bei ihm den Leistungswillen aufzurufen. "Der wohlverstandene Eigennutz ist nicht verfeint oder gar abgeschafft, er ist nur in gesunde Bahnen gelenkt und in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Der Staat will keine Wirtschaftsbeamten, er will keine Wirtschaftspensionäre, die in festen Preisen und garantiertem Absatz den letzten Sinn alles Wirtschaftens sehen, und erspart dem Unternehmer daher nicht den gesunden Wettbewerb. Aber er schützt ihn und den Ertrag seiner Leistung vor dem Zugriff und vor dem unlauteren Wettbewerb des spekulierenden anonymen Kapitals. ("Deutsche Sozialpolitik" S. 35.)

Der Nationalsozialismus ist sich darüber im Klaren, dass es eine aus dem Zusammenhang gerissene objektiv gerechte Lohnbemessungsmethode vorläufig noch nicht gibt. Deshalb hat er auch den Akkordlohn der Vergangenheit, über den die Ansichten so diametral auseinander gehen, grundsätzlich übernommen, weil er ebenfalls von der Leistung als Grundlage des Entgelts ausgeht. Für den Nationalsozialismus ist das Entscheidende die Erziehung des Menschen in der Wirtschaft. Durch sie sollen die seelischen Voraussetzungen für den Wirtschaftsfrieden geschaffen werden. Deshalb schreibt das AOG im § 29 die Allgemeingültigkeit des Leistungslohnes vor und bestimmt im § 27, dass die Grundsätze für die Berechnung der Akkordarbeit in der Betriebsordnung enthalten sein müssen, wenn im Betrieb im Akkord gearbeitet wird. "Es ist nicht so, dass die Verwirklichung der nationalsozialistischen Lohngrundsätze engelgleiche Wesen von überirdischer Gerechtigkeit und ohne jede menschliche Schwäche voraussetzt. Dann müssten allerdings diese Grundsätze utopisch bleiben. Ihre Verwirklichung erfordert ja aber nicht mehr als die innere Wandlung der Menschen in der Wirtschaft zu ehrlichen Nationalsozialisten, die sich des gesunden Erwerbsstrebens zwar nicht schämen, dieses Streben aber in übergeordnete Forderungen der Volks- und Schicksalsgemeinschaft sinnvoll einfügen. ("Deutsche Sozialpolitik" S. 36.)

Auch die Frage der Gewinnbeteiligung der Gefolgschaftsmitglieder sucht man nach dem Grundsatz der Leistungsidee zu lösen. Eine schematische Verteilung des Gewinns entspricht natürlich nicht der nationalsozialistischen Auffassung, sondern man sticht eine Gewinnbeteiligung nach Maßgabe der Leistung jedes einzelnen anzustreben.

Ein weiteres Problem bilden die Bezahlung der Feiertage und die Sicherung eines Urlaubs ohne Lohnabzug. Bei einer allgemeinen Bezahlung der Feiertage, die auf Wochentage fallen können (Weihnachten, Neujahr usw.), wird sich das Arbeitseinkommen im Reich, wie man berechnet hat, um insgesamt 400 Millionen Mark erhöhen. Im Dezember 1937 ist diese allgemeine Bezahlung der Feiertage im ganzen Reich durch Verordnung eingeführt worden. Einen gesetzlichen Urlaub gibt es zurzeit für die Erwachsenen noch nicht. Er ist in dem Entwurf des Arbeitsverhältnisgesetzes vorgesehen, der im Juni 1938 veröffentlicht worden ist. Trotzdem haben fast alle erwerbstätigen Deutschen einen Rechtsanspruch auf Urlaub aufgrund der Regelungen in den Tarifordnungen der Reichstreuhänder der Arbeit und in den Betriebsordnungen. Ein gesetzlicher Urlaub besteht für die Jugendlichen bis zum Alter von 18 Jahren auf Grund des Gesetzes über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen (Jugendschutzgesetz vom 30. April 1938).

In der Praxis ist der gesetzliche Urlaub freilich schon seit 1936 geübt worden und grundsätzlich bis ins Einzelne organisiert, sowohl was die Länge des Urlaubs, die Wartezeit bis zum Recht darauf und die Staffelung der Anzahl Tage betrifft. Auch Saison- und Heimarbeiter haben jetzt ein Recht auf Urlaub. "Es gibt heute in Deutschland wohl keine Berufsgruppe einschließlich der Lehrlinge mehr, die nicht jährlich einen vollbezahlten, unabdingbaren längeren Erholungsurlaub erhält", sagt ein bekannter Sozialpolitiker (Willy Müller). Diesem Recht entspricht aber auch eine Pflicht: jeder Beurlaubte ist verpflichtet, die Urlaubszeit tatsächlich zur Erholung zu verwenden und nicht etwa zum Extraverdienst.

Die sehr komplizierte Form der "Heimarbeit", die in Deutschland stark entwickelt ist (z. B. Spitzen- und Stickereiindustrie im Vogtlande, Spielwarenindustrie in Thüringen usw.) regelt ein besonderes "Gesetz über die Heimarbeit" vom 23. März 1934, das als Grundsatz aufstellt, dass der Heimarbeit der besondere Schutz des Reiches gilt. Die Gesamtzahl der in Heimarbeit Beschäftigten betrug 1939: 700.000 Personen.[101)]

Die große Umgestaltung, die in der DAF im Jahre 1934 durchgeführt wurde, hatte zur Folge, dass auch die Rechtsberatung nicht mehr innerhalb von Verbänden, sondern durch besondere Rechtsberatungsstellen erfolgt, die ihre oberste Spitze im Amt für Rechtsberatungsstellen im Zentralbüro der DAF haben. Das Entscheidende ist hier, dass die DAF in ihren Rechtsberatungsstellen

sowohl die Beschäftigten als auch die Unternehmer berät, so dass von vornherein sichergestellt ist, dass die Beratung in einer Weise erfolgt, die unter Zurückstellung egoistischer Wünsche des einzelnen die Interessen der Volksgemeinschaft in den Vordergrund stellt. Ihre Aufgabe ist, durch außergerichtliche Vergleiche unnütze Prozesse zu vermeiden. Den Erfolg dieser Bemühungen zeigt z. B. die Statistik für 1935. Insgesamt wurden 3,5 Millionen Volksgenossen beraten, und durch außergerichtlichen Vergleich konnten 295.000 Streitfälle mit einem Gesamtstreitwert von 18 Millionen RM geregelt werden. Die praktische Rechtshilfe und die Prozessvertretung vor dem Arbeitsgericht ist kostenlos. Die Anzahl der Fälle vor den Arbeitsgerichten hat sich stark vermindert.[102)]

Eine wichtige Aufgabe der DAF ist die charakterliche Erziehung und berufliche Schulung der Mitglieder. Sie wird in Abendkursen durchgeführt, in denen über die Organisation, die Aufgaben und das Wesen der DAF, über allgemeine soziale Fragen, über die Selbstverwaltung der Wirtschaft usw. in Vortragsstunden oder Arbeitsgemeinschaften unterrichtet wird. Ein wichtiges Hilfsmittel hierbei ist die Presse der DAF, darunter 90 fachliche Schulungsblätter, die kostenlos an Werktätige geliefert werden. Die Gesamtauflage dieser Presse umfasst rund 20,5 Millionen Exemplare.[103)] Eine besondere Schulung erhalten die so genannten DAF-Walter, die Führerposten in den Betrieben einnehmen. Für sie bestehen vierzig besondere Schulen, nach deren Absolvierung sie in einer der neun Reichsschulungsburgen in Internaten weiter fortgebildet werden. Die höchsten Schulen sind die, vorläufig drei, großen "Ordensburgen" der NSDAP, in denen vor allem die politischen Leiter der Partei durch die Führer der Bewegung geschult werden.[101)] Eine besondere Einrichtung: das "Deutsche Institut für nationalsozialistische technische Arbeitsschulung" ("Dinta"), das jetzt dem Amt für Berufserziehung und Betriebsführung in der DAF eingegliedert ist, bildet in seinen Schulen Arbeitspädagogen aus, die imstande sind, industrielle Arbeitswerkstätten einzurichten, Eignungsprüfungen durchzuführen und Arbeitsverfahren zu ermitteln.

Eine bemerkenswerte Aufgabe in der Betreuung der Mitglieder der DAF ist den im Jahre 1934 errichteten Werkscharen auferlegt. Das sind freiwillige, 30 bis 40 Mann zählende Gruppen von mindestens achtzehnjährigen Betriebsangehörigen, die, unter einem Werkscharführer zusammengefasst, für die Festigung einer nationalsozialistischen Gesinnung und Haltung unter der Gefolgschaft ihres Betriebes sorgen. Ihre Aufgabe ist vorwiegend ethischer und politischer Art. Es kommt vor, dass Zweck und Nutzen der Maßnahmen der DAF von der Gefolgschaft eines Betriebes nicht sogleich verstanden werden, und dass die Menschen in solchem Fall manchmal die Köpfe zusammenstecken und sogar zu meckern anfangen, nicht weil sie schlechten Willens sind, sondern weil ihnen der Sinn der Maßregeln nicht aufgehen will. Hier setzt die Aufgabe der

Werkscharen ein. Was immer die einzelnen Ämter der DAF den breiten Massen zu sagen haben, das übermitteln sie ihnen über die Werkscharen. Und die Männer gehen hin und halten keine Reden, sondern sprechen zu ihren Arbeitskameraden, wie man eben zu Arbeitskameraden spricht, offen, gerade heraus und in der Sprache des Volkes. Das ist mit wenigen Worten natürlich nicht abgetan. Es schließt in sich die Verbreitung der weltanschaulichen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Grundsätze des Nationalsozialismus, die Aufklärung über besondere Maßnahmen, die Behandlung des politischen Tagesgeschehens, die Förderung des Leistungswillens, kurz: alles, was irgendwie im Interesse des Betriebes oder darüber hinaus der Gesamtheit zu geschehen hat.

Es sind zu diesem Zweck drei Werkschararbeitsgruppen aufgestellt worden, eine für Volksgesundheit, eine für Berufserziehung und eine für Kraft durch Freude.

Die eine dient der Gesundheitsaufklärung von Mensch zu Mensch im Betrieb und in der Familie, der gesunden Lebens- und Arbeitsgestaltung, der Betriebs- und Gewerbehygiene, dem Arbeitsschutz, dem Hilfsdienst bei Betriebsuntersuchungen usw.

Die zweite Gruppe tritt beim Leistungskampf der Betriebe und beim Berufswettkampf aller Schaffenden in Aktion. Bei letzterem ist sie Trägerin des Wettkampfes für die Erwachsenen. Nicht nur, dass die Werkschar geschlossen am Reichsberufswettkampf teilnimmt und darüber hinaus durch ihr Beispiel zahllose Arbeitskameraden zur Teilnahme anregt, sie betreut auch die Wettkämpfer und organisiert die zahlreichen Fragen, die mit dieser Aktion zusammenhängen: Ausgleich des Lohn- und Zeitausfalls, Beschaffung des Arbeitsmaterials, der Wettkampfstätten usw. Darüber hinaus gestaltet sie das äußere Bild der Eröffnungsfeiern, stellt Bewerter und Punktrichter und hat 1939 zum ersten Mal die Aufgaben des Wettkampfes selber für die Erwachsenen aufgestellt.

Die dritte Arbeitsgruppe "Kraft durch Freude" schließlich sieht ihre Aufgabe darin, Schönheit der Arbeit zu pflegen, Reisen, Wandern und Urlaub zu fördern, Sport, Feierabend und Volksbildungswerk zu gestalten. Sie ist also, insgesamt gesehen, das Instrument für alle Ämter und Dienststellen der DAF, die sich seiner bedienen, um die Menschen für die Aufgaben der DAF aufnahmefähig zu machen.[105)]

Zu nennen wären noch die Berufserziehung und Ausbildung der Lehrlinge, die Umschulung (Berufsänderung) von Arbeitskräften, das Anlernen von Arbeitslosen, die freiwillige Fortbildungsarbeit der öffentlichen Angestellten,[106)] die Einrichtung von Übungswirtschaften[107)] und wirtschaftskundlichen Fahrten,

[108] die geplante "Pobinsonerziehung" [109] und vieles andere, was in dieser Übersicht nicht aufgezählt werden kann.

In welchen Teil man auch in den lebendigen Organismus der DAF eindringt, immer wieder stößt man auf das durchgehende Prinzip der charakterlichen und fachlichen, nationalsozialistisch gerichteten Schulung, Erziehung und der darauf fußenden Auslese der Besten und Fähigsten. Diesem Prinzip dient auch eine sehr bemerkenswerte Einrichtung der DAF, die sie zusammen mit der Reichsjugendführung leitet, nämlich die so genannten "Reichsberufswettkämpfe" der deutschen Jugend, an denen sich neuerdings auch Erwachsene beteiligen. Die Arbeiter aller Berufsschichten können im Reichsberufswettkampf, fern von jeder Schulprüfung, in der Form einer freiwilligen Selbstprüfung ihr Können und ihre berufliche Erfahrung unter Beweis stellen. Solche Reichsberufswettkämpfe finden einmal jährlich statt.

Am ersten Wettkampf im Frühjahr 1934 nahmen 1,2 Millionen Jugendliche teil. Eintausendfünfhundert Praktiker hatten für fünfzehn verschiedene Berufsgruppen fünfhundert Arbeitsaufgaben zusammengestellt. Die Altersgrenzen für die Jugendlichen liegen bei den männlichen Teilnehmern zwischen 14 und 18 Jahren, bei weiblichen Teilnehmern und männlichen Angestellten zwischen 14 und 21 Jahren. Die Teilnahme ist kostenlos, und die Teilnehmer müssen, falls sie beruflich gebunden sind, von ihren Betriebsführern für den hierfür bestimmten halben oder ganzen Tag ohne Lohnabzug freigegeben werden. Im Jahre 1936 waren 720 Berufe mit rund 1,5 Millionen, 1937 mit über 1,8 Millionen, 1938 mit 3 Millionen Teilnehmern vertreten.

Auch ein Leistungswettkampf der Betriebe wird von dem Amt "Soziale Selbstverantwortung" durchgeführt. Als nationalsozialistischer Musterbetrieb wird der Betrieb ausgezeichnet, der sich ein Leistungsabzeichen erworben hat a) für vorbildliche Berufserziehung, b) für Sorge um Volksgesundheit, e) für Heimstätten und Wohnungen und d) für Förderung der NSG "Kraft durch Freude".

Die letzte Überprüfung der Betriebe bezieht sich nicht auf Selbstverständlichkeiten, wie saubere Arbeitsplätze, hygienische Anlagen u. dgl., sondern es werden die Maßnahmen gewertet, die der Betrieb durchgeführt hat, um den Vierjahresplan zu unterstützen. Die "Goldene Fahne" erhält nur der Betrieb, der durch eine wirklich nationalsozialistische Betriebsgestaltung und eine richtige Menschenführung hervorragend an der Lösung der arbeitspolitischen Aufgaben mitgearbeitet hat.[110]

Die Reichsberufswettkämpfe haben sich von besonderer Bedeutung nicht nur für die Begabtenförderung, sondern vor allem für die Auslese der besten Kräfte erwiesen. Am 11. Juli 1939 wurde das "Begabtenförderungswerk des deutschen

Volkes" gegründet, um allen Leistungsfähigen den Aufstieg und die vollkommene Entwicklung ihrer Arbeitskraft zur wahren Meisterschaft möglich zu machen. Das Begabtenförderungswerk soll vor allem im Sinne des nationalsozialistischen Parteiprogramms tätig sein, in dessen Punkt 20 es heißt: "Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten."

Die reichseinheitliche Aufgabenstellung und die Bewertung nach reichseinheitlichen Richtlinien sichern die Ausschaltung aller Zufälle, wie sie sonst bei der Auslese im kleinen Kreise nicht zu vermeiden sind. Die Sieger und Siegerinnen des Berufswettkampfes stellen tatsächlich die berufliche Elite des deutschen Volkes dar. Da gleichzeitig mit dem Wettkampf weltanschauliche und sportliche Aufgaben verbunden sind, erfasst er die Totalleistungsfähigen, während die Berufsstreber ausfallen. Das hat sich an hunderten von Fällen bereits erwiesen, wo Sieger und Siegerinnen mit Hilfe der Förderung in Schulen aller Art eingewiesen wurden und es dort zu tadellosen Leistungen brachten. Auch von Betriebsführern ist immer wieder bestätigt worden, dass sie mit den ihnen anvertrauten Siegern des Berufswettkampfes im beruflichen Leben die besten Erfahrungen machten.[111)]

Spezielle Fragen der Sozialpolitik, wie Arbeits-, Betriebs-, Frauen- und Jugendschutz, soziale Sicherungen verschiedener Art usw. werden an einschlägigen Stellen dieses Buches behandelt. Hier soll nur das berührt werden, was nicht in den Rahmen der Gesamtdarstellung sich einfügen ließ. So muss z. B. erwähnt werden, dass vom 1. Januar 1939 ab die pflichtmäßige Altersversorgung für das deutsche Handwerk eingeführt worden ist. Jeder selbständige Handwerker ist grundsätzlich der Angestelltenversicherung unterstellt. Er kann sich aber durch Abschluss eines Lebensversicherungsvertrags von der Pflichtzugehörigkeit zur Angestelltenversicherung befreien. Er kann auch beide Möglichkeiten kombinieren, Voraussetzung ist nur, dass der vorgeschriebene Gesamtbeitrag so oder so gezahlt werden muss.[111a)]

Ferner wurde die DAF im weitesten Umfange zur Mitarbeit am Vierjahresplan herangezogen. Durch Umschulung und andere Berufserziehungsmaßnahmen führte sie dem Arbeiterheer zur Durchführung des Vierjahresplanes eine sehr große Menge Dienstkräfte zu. Bei den Westwallbefestigungen und bei den Ostbefestigungen wurde der DAF die gesamte Betreuung, Unterbringung und Verpflegung der dort beschäftigten Bauarbeiter übertragen. Es handelte sich hier um viele hunderttausende von Menschen. Das Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF stellte sich ganz in den Dienst der Propagierung und Aufklärung für die Arbeiten des Vierjahresplanes. Über viele andere Arbeiten im Programm der DAF kann hier aus Raummangel nicht berichtet worden.

Der Nationalsozialismus verlangt, wie wir schon sahen, dass Urlaub und Freizeit tatsächlich zur Erholung und zum Ausruhen angewandt werden. Er weiß auch, dass unzählige Volksgenossen nicht recht wissen, wie sie das am besten tun sollen. Manchen mangelt es an Energie, vielen an dem nötigen Geld. Um auch auf diesem Felde helfend, ermunternd und in praktischer Form einzugreifen, wurde am 27. November 1933 die Errichtung eines gewaltigen Erholungswerkes verkündet, das den Namen "NS Gemeinschaft Kraft durch Freude" (KdF) erhielt.

Man hatte ursprünglich an die Idee des italienischen "Dopolavoro" ("Nach der Arbeit") gedacht. Aber die DAF hatte ein noch weiteres Ziel. Sie wollte den arbeitenden Menschen durch eine sinn- und zweckvolle Gestaltung der Freizeit in eine möglichst nahe Verbindung mit der ganzen Nation bringen und in ihm das Gefühl und das Bewusstsein wecken und lebendig erhalten, dass er nicht nur am Werktisch, sondern auch in der Freizeit nicht ein einzelner, sondern Mitglied einer großen Gemeinschaft ist. Den Feierabend und den Urlaub wollte sie so organisieren, dass weder Langeweile noch minderwertige Zerstreuung ihm die Freizeit verdarb, sondern dass sie mit Lebensfreude erfüllt wurde und die Wege zur kulturellen Hebung der Persönlichkeit offen ließ, und dass nicht nur er selber, sondern auch seine Familie mit in den Genuss all der Gaben kamen, die die "KdF" zu bieten hatte. Deshalb nannte man diese Erholungsorganisation eine "Gemeinschaft"; sie sollte neben Betrieb und Arbeit auch zu einem Bindeglied unter den Volksgenossen werden. Der von der Arbeit müde Mensch soll nicht auf ein Ruhebett gepackt werden, sondern seinem Geist und Körper soll eine neue Nahrung zugeführt werden. Nicht durch gekünstelte Vorträge, nicht durch Belehrungen in Parteibüros und nicht verteilt nach bestimmten Schichten, Berufen, Klassen oder nach Bildungsgrad und Rang und Geldbesitz. Auch der Geringste soll im Urlaub wie bei der Arbeit das Gefühl der sozialen Vollwertigkeit haben. Die NS-Gemeinschaft KdF ist also nicht als eine Wohltätigkeitsanstalt zu betrachten. Sie erhält auch weder vom Staat noch von einer anderen Seite finanzielle Zuschüsse, sie wird von den Schaffenden Deutschlands selber materiell getragen.

Eine für Geist und Körper gesunde Ausgestaltung der Freizeit will die Gemeinschaft KdF auf den verschiedensten Gebieten verwirklichen:

1. Im Sport, und zwar nicht durch Jagd nach Rekorden und Züchtung von Matadoren und Kanonen, sondern als Massensport, als Leibesübung und -kräftigung und kameradschaftliche Leistung. Vor allem der Sport soll (neben der Arbeitsdienstpflicht) dazu beitragen, alle Schichten des Volkes einander zu nähern und sie mit der Idee der wahren Demokratie vertraut zu machen. Im Sport sind alle einander gleich: der "Direktor", d. h. der Betriebsführer, der Kontorist, der Laufbursche, die Amtswalterin und die Telefonistin. Dies ist auch in allen übrigen Formen der Gemeinschaft "Kraft durch Freude" der Fall.

2. Durch Reisen und Wandern. Den Volksgenossen soll eine Möglichkeit geboten werden, auf billige Weise ihr Vaterland und die verschiedenen Volksstämme im Lande persönlich kennen zu lernen. Aber auch Auslandsreisen sollen ihnen geboten werden, vor allem auf größeren Seereisen. Sie sollen auf ihren Reisen nicht nur die Schönheiten der Natur genießen, nicht nur Museen und Kultursehenswürdigkeiten besuchen, sondern auch die Schöpfungen der Technik in industriellen Werken und Fabriken.
3. Durch eine Feierabendgestaltung, die dem Volksgenossen Unterhaltung in möglichst vielseitiger Form bietet: Theater, Konzerte, Film, Ausstellungen, Musik- und Singübungen u. dgl.
4. Durch ein Volksbildungswerk. Es soll die Möglichkeit bieten, das eigene Können und Wissen zu bereichern, und zwar nicht nur durch Vorträge, Vorlesungen oder Kurse, sondern auch durch praktische Besichtigungen und Führungen und Besuch von Bibliotheken und Sammlungen.
5. Durch Propaganda für Schönheit der Arbeit. Sie umfasst alles, was sich auf die äußere Gestaltung der Betriebe und Arbeitsplätze bezieht. Man bemüht sich, die Wohnräume und die Fabriken und Werkstätten der Arbeiter nicht nur hygienisch zu gestalten, sondern auch in eine schöne Umgebung zu stellen. Durch eine Zeitschrift, Ausstellungen und Filme (z. B. "Gutes Licht") klärt man die Öffentlichkeit auf und hat eine Menge Verbesserungen und Verschönerungen zustande gebracht.[112)] Dieser Gedanke hat sich ganz automatisch auch auf die eigene Wohnung ausgedehnt und sogar zu der Idee der "Dorfverschönerung" erweitert. Bis Ende 1936 waren schon 63 Güter und etwa 5.000 Dörfer in Bezug auf Hausbau, Gärten, Landstraßen, Anpflanzungen usw. verschönert worden.

Die Gesamtkosten der von den deutschen Betrieben in unmittelbarer Zusammenarbeit mit dem Amt "Schönheit der Arbeit" vorgenommenen Verbesserungen betrugen (1939) 780.799.732 RM. Die tatsächliche Stimme, mit Einschluss der statistisch nicht erfassbaren Verbesserungen, ist selbstverständlich noch viel größer.

Dass die Arbeit der KdF nicht vergebens gewesen und in welchem Umfange sie vom Volk erfasst worden, mögen einige statistische Zahlen aufweisen.

Im Sport stieg die Anzahl der Teilnehmer im ersten Halbjahr 1938 auf mehr als 8 Millionen Menschen, die unter der Leitung von rd. 3000 staatlich geprüften Sportlehrern in rd. 400.000 Sportkursen übten. Die vom Sportamt der Gemeinschaft KdF betreuten 15.000 Betriebsportgemeinschaften haben bis 1939 weit über eine Million Menschen für diese gesunde sportliche Betätigung betreut. Die Teilnehmerzahl an den Reisen stieg von 2 Millionen im Jahre 1934 auf 9.657.500 im Jahre 1937. In den letzten Jahren waren zehn große Überseedampfer mit 200.000 Arbeitern und Angestellten (und deren Familien) unterwegs und haben ihre Fahrten bis nach Lissabon und Madeira ausgedehnt.

An den Wanderungen nahmen 1937 rund 2 Millionen Menschen teil. Eine achttägige Seefahrt, einschließlich Verpflegung, Besichtigungen usw. kostet etwa 30 bis 40 RM, eine ebenso lange Landreise etwa 20 RM. Seit 1938 gibt es für besonders bedürftige Arbeitskameraden sechstägige Urlaubsreisen für 10 bis 15 RM. Erforderliche Zuschüsse zahlt die KdF. Ein Drittel der Urlauber hatte ein Monatseinkommen unter 100 RM, ein weiteres Drittel ein solches zwischen 100 und 150 RM und der Rest durchschnittlich ein Einkommen zwischen 150 und 250 RM. Eigens für die großen Seereisen hat die Gemeinschaft mehrere nach ganz neuen Gesichtspunkten eingerichtete "Kraft-durch-Freude"-Hlochseedampfer von je 25.000 Tonnen bauen lassen. Hier gibt es keine Klasseneinteilung, alle Kabinen sind einander gleich. 1934 nahmen 80.000 Deutsche an den Seereisen teil, 1937 war ihre Anzahl auf 150.000 gestiegen. Auf der Insel Rügen läßt sie ein Strandbad mit 20.000 Betten und allen notwendigen Einrichtungen zur Erholung anlegen. Hier werden die Besucher für 2 RM täglich volle Pension erhalten. Zur Verbreitung der KdF-Idee werden sicher auch die in Arbeit genommenen Volkswagen beitragen, die trotz ihres billigen Preises (995 RM, die durch monatliche Teilbeträge im Voraus bezahlt werden) an Qualität und Dauerhaftigkeit den kostspieligeren Automobilen nicht nachstehen sollen. Am 1. Juli 1939, also zehn Monate nach Inkrafttreten des Sparsystems, hat die Zahl der Sparer für den KdF-Wagen die Viertelmillion überschritten. Das monatliche Einkommen von 50 Prozent der Sparer liegt unter 300 RM.

Nach ihren Berufen verteilen sich die KdF-Urlauber nach der amtlichen Statistik vom 1. Februar 1936 folgendermaßen:

	8tägige Reisen	14tägige Reisen
Arbeiter	36,3 Prozent	18,2 Prozent
Kaufmännische Angestellte	27,5 Prozent	41,2 Prozent
Gewerbliche Angestellte	23,2 Prozent	22,0 Prozent
Beamte und Pensionäre	7,1 Prozent	11,4 Prozent
Freie Berufe	3,4 Prozent	4,3 Prozent
Selbständige Gewerbetr.	2,5 Prozent	2,9 Prozent

Die Feierabendgestaltung illustrieren folgende Zahlen: An den Musik- und Singstunden nahmen wöchentlich rund 10.000 Personen teil. 15.324 Theatervorstellungen der KdF wurden in der Spielzeit 1937-1938 von 8.408.005 Menschen besucht.[113)] Die Konzerte zählten rund 3 Millionen Besucher. Besonders beliebt sind die fröhlichen Abende mit kabarettartigen Darbietungen. Im Jahre 1936 wurden 41.000 Veranstaltungen dieser Art von rund 17 Millionen Menschen besucht. Im Jahre 1937 fanden 40.000 Veranstaltungen von sog. "Offenem Singen" statt, an denen 800.000 Sänger sich beteiligten.

An etwa 300 Volksbildungsstätten werden Besichtigungen, Führungen und Vorträge über Geschichte, Kunst, Wirtschaftskunde, Heimatkunde,

Naturwissenschaft, Technik, Volksgesundheit, Erblehre, Rassenkunde usw. gehalten, ferner finden Elementarkurse in Fremdsprachen, Rechnen, Stenographie u. a. statt. Daneben gab es an 6.250 Abenden Vorlesungen aus den Werken zeitgenössischer Dichter, die von etwa 1,4 Millionen Teilnehmern besucht waren, und 1.574 Fabrikausstellungen, in denen über 4 Millionen Arbeiter mit Werken lebender deutscher Künstler bekannt gemacht wurden. Im Ganzen erhielten 1939 16,5 Millionen Menschen Gelegenheit, sich auf solchen, ihnen offen stehenden Wegen zu bilden.

Der optimistische Grundgedanke der Gemeinschaft, "Kraft durch Freude", der sich schon im Namen ausdrückt, hat in steigendem Maße Anklang im Volk gefunden. Wenn man alle diejenigen, die schon im Jahre 1936 an den Veranstaltungen aller Art teilgenommen haben, zusammenzählt, so erhält man insgesamt 71 Millionen Menschen, also beinahe die damalige Gesamteinwohnerzahl des Deutschen Reiches. Es entspricht dem Ziel und dem Wesen des Nationalsozialismus, neben dem Ernst, der Strenge, dem Asketismus mahnenden Ruf nach opferwilliger Pflichterfüllung auch der Lebensheiterkeit und Freude einen angemessenen Raum im Alltag des arbeitenden Menschen zu bereiten. Der Gesunde Wirklichkeitssinn des Nationalsozialismus verbietet alles Theoretisieren, alle Pedanterie und allen Doktrinarismus, er sucht überall nur nach den unversieglichen Quellen des Lebens selbst.

Die Wirkungen der NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" haben auch in anderen Ländern Aufmerksamkeit und Interesse erregt. Der Weltkongress für "Freizeit und Erholung" (Mitte Juni 1937 in Hamburg), zu dem mehr als fünfzig Länder Delegierte geschickt hatten, beschloss ein "Internationales Zentralbüro für Freude und Arbeit" zu errichten, zu dessen Leiter der Schöpfer der DAF Dr. Ley erwählt wurde. Diesem Zentralbüro wurde ein "Internationales Forschungsinstitut" angegliedert, das die Gestaltung der Freizeit unter den Werktätigen wissenschaftlich bearbeiten soll.

Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV)
Wie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hat der nationalsozialistische Staat auch auf dem Gebiet der öffentlichen Wohltätigkeit mehr oder weniger eingreifende Veränderungen grundsätzlicher Art vorgenommen. Vor 1933 hatte die Wohltätigkeit in Deutschland zu großem Teil den Charakter von Armenpflege. In erster Linie dachte man an Geldunterstützungen im Allgemeinen, und als die Zahl der Arbeitslosen so ungeheuer stieg, dass es dem Verwaltungsapparat des Staates ganz einfach unmöglich wurde, an eine individuelle Behandlung und Pflege der Hilfsbedürftigen zu denken, beschränkte sich die ganze Wohltätigkeit schließlich auf eine schematische Auszahlung der Unterstützungsbeträge. Anderseits begnügte man sich damit, wenigstens die sichtbaren Formen der Not zu beseitigen, indem man durch gelegentliche Gaben von Geld oder Sachen hier und da einem allzu auffallenden

Notzustand abhalf. Man hatte weder Zeit noch ein richtiges Verständnis dafür, den Ursachen der Not nachzugehen, noch die Möglichkeiten zu erforschen, diesen Ursachen zuvorzukommen und den Notstand zu verhüten.

Grade diesem Umstande wendet der nationalsozialistische Staat seine besondere Aufmerksamkeit zu. Er geht noch weiter: er bemüht sich, die Volksteile, die noch nicht dem Elend verfallen sind, gesund und arbeitsfähig zu erhalten und sie im voraus vor der Gefahr zu behüten, in Not und Krankheit zu geraten. Hierher gehören Kleinkinderfürsorge, Überwachung der Jugend, Familienfürsorge, Hygiene und Gesundheitspflege sowie viele andere Vorbeugungsmaßregeln gegen Krankheit und Armut. Eine wichtige Maßregel auf diesem Gebiet ist das neue "Gesetz über die Kinderarbeit und die Arbeitszeit der Jugendlichen" vom 30. April 1938, kurz das Jugendschutzgesetz genannt, das am 1. Januar 1939 in Kraft trat. Es verbietet die Kinderarbeit (als Kinder gelten die unter 14 Jahren) und beschränkt die Jugendarbeit (als Jugendliche gelten die zwischen 14 und 18 Jahren). Das Gesetz ist gleich allen nationalsozialistischen Gesetzen nicht formalistisch starr in seinen Paragraphen, sondern nimmt elastisch auf die Verschiedenheiten des Lebens Rücksicht. Kinder zwischen 12 und 14 Jahren dürfen zu leichten Handreichungen, z. B. zu Botengängen, verwandt werden, aber höchstens drei Stunden täglich. Für die Jugendlichen ist Nachtarbeit und Sonn- und Festtagsarbeit grundsätzlich verboten. Der Reichsarbeitsminister kann sie sogar aus ganzen Zweigen von Betrieben oder Arbeiten herausnehmen, wenn das übergeordnete Wohl des Ganzen es verlangt. Zugleich enthält das Gesetz eine sehr umfangreiche Kasuistik, d. h. die Anwendung oder Nichtanwendung auf den Einzelfall, so dass es dem Betriebsführer, den Gerichten und Kontrollinstanzen möglich ist, daraus den Willen des Gesetzgebers für andere Fälle, wie sie der wirtschaftliche Alltag aufwirft, gleich zu erkennen. Die Durchführung des Jugendschutzgesetzes wird von der DAF überwacht. Durch ihre Jugenddienststellen werden über 5 Millionen schaffende Jugendliche beiderlei Geschlechtes betreut. Diese Betreuung liegt in den Händen von 35.000 Betriebsjugendwaltern und -walterinnen.

Die nationalsozialistische Volkswohlfahrt geht nicht in erster Linie darauf aus, in Einzelfällen Erfolge zu erzielen, sondern das Niveau der Wohlfahrt überhaupt zu heben. Die Aufgaben der Wohlfahrt müssen deshalb nicht so sehr mit den Augen des Finanzmannes als vielmehr mit denen des sozialen Reformators betrachtet werden. Wenn dieser ungestört arbeiten kann, dann werden auch die finanziellen Hilfsquellen sich einfinden.

Der soziale Reformator auf dem Gebiet der Volkswohlfahrt erblickt seine Aufgabe nicht nur darin, bloß wirtschaftlich dem in Not Befindlichen zu helfen, sondern vor allem darin, diese Hilfe so zu organisieren, dass sie im Stande ist, die Arbeitskraft und den Arbeitswillen wieder zu erwecken, über die der Bedürftige noch etwa verfügt. So hat z. B. die Abteilung für Sonderfürsorge in

der NSV die Aufgabe, den körperlich behinderten Volksgenossen (allein im Altreich über 1 Million Blinder, Schwerhöriger, Gehörloser und Kleinrentner) ihre Leiden erträglicher zu gestalten und sie in der Volksgemeinschaft zu betreuen. In Heimen und Werkstätten, durch Vorträge und Einrichtungen werden Möglichkeiten gefunden, körperlich behinderte Volksgenossen auszubilden und für sie eine Arbeit zu finden, die sie leisten können, und ihnen dann Arbeitsplätze zu beschaffen.

Der nationalsozialistische Staat ist bemüht, nicht als eine Versorgungsanstalt zu erscheinen, der schließlich den Charakter eines Armenhauses erhält, wo die körperlich behinderte oder lebensuntaugliche Masse auf Kosten der arbeitstüchtigen und fleißigen Minderheit lebt, sondern sein Bestreben geht darauf aus, durch Arbeitsbeschaffung, Erziehung, Disziplin und konsequente Anwendung einer gerechten Aussonderung schädlicher und asozialer Elemente die Lebenskraft des Volkes zu erhöhen. Deshalb ist die nationalsozialistische Volkswohlfahrt auch kein Unterstützungsverein um jeden Preis, sondern sie hat dort einzugreifen, wo die Mittel der staatlichen und städtischen Fürsorge nicht ausreichen. Sie soll natürlich auch nicht Arbeitsscheuen ein bequemes Leben ermöglichen, sondern muss jeden Einzelfall besonders prüfen, und das ist die Hauptaufgabe der untersten Instanz, nämlich des NSV-Blockwarts. Er muss nicht nur den Grad der Notlage, sondern auch die Würdigkeit prüfen, und dann die richtigen Vorschläge machen. Auch die sog. "verschämten Armen" (pauvres honteux) muss er in Betracht ziehen.

Eine solche Betreuung der wirtschaftlich Bedrängten ist ein Prozess, der Zeit, Geduld und Urteilsfähigkeit erfordert. Der nationalsozialistische Staat ist deshalb, als er im Januar 1933 die Macht übernahm, auf dem Gebiet der Volkswohlfahrt mit ebenso viel Vorsicht und Verantwortungsgefühl wie Energie vorgegangen.

Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt ist aus einem Hilfswerk der Partei für Not leidende, insbesondere stellungslos gewordene Mitglieder und deren Familien und für die Pflege verwundeter SA-Männer schon in der Kampfzeit entstanden. Durch Verfügung des Führers vom 3. Mai 1933 wurde sie als Parteiorganisation anerkannt und Ende 1934 als angeschlossener Verband an die Partei angegliedert. Sie ist die oberste Stelle der NSDAP für alle Fragen der Wohlfahrt und Fürsorge und führt zugleich die Reichsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, der der "Zentralausschuss der Inneren Mission", das "Deutsche Rote Kreuz" und der katholische "Caritas-Verband" (DCV) angehören. Die Mitgliederzahl der NSV ist von 112.000 Ende 1933 auf 6.188.000 im Oktober 1936 angewachsen.

Die Aufgaben der NSV umfassen das ganze Volk. Um eine Vorstellung von der Größe ihrer Leistungen zu geben, mögen folgende Angaben dienen:

In den Jahren 1933 bis 1936 erhielten 1.893.871 Kinder einen vierwöchigen Erholungsurlaub in Heimen und Landpflegestellen. Das am 2. März 1934 begründete Hilfswerk "Mutter und Kind" sorgt für werdende Mütter und Wöchnerinnen und hat zu diesem Zweck bis 1936 164.743.010 RM verwandt. Dem Hilfswerk "Mutter und Kind" gelang es, die Säuglingssterblichkeit im Laufe dieser Aufbaujahre durch fürsorgende und vorsorgende Tätigkeit von 7,9 Prozent auf 6,4 Prozent zu senken. Das bedeutete die Lebenserhaltung für 162.000 gesunde Kinder. Mit der Einrichtung von 5.183 Dauerkindergärten und 5.584 Erntekindergärten wurde zahllosen Kindern eine fröhliche Heimstatt geschaffen, wenn ihre Mütter von beruflichen oder hauswirtschaftlichen Pflichten in Anspruch genommen waren.[113a] Eine besondere Hilfe wurde bedürftigen Familien durch Beschaffung von Betten geleistet. Die von der NSV verteilten 675.369 Betten übertreffen um 80.000 Stück die Zahl der in sämtlichen deutschen Krankenhäusern vorhandenen Plätze. Die von der NSV hierfür aufgebrachten Geldmittel betrugen 21.980709 RM. Für die Gesundheitspflege von Erwachsenen sorgt die "Hitler-Freiplatz-Spende", die 413.634 Freiplätze in Heilanstalten und 11.002 Kurstellen in einem Gesamtwerte von 33.059.142 RM zur Verfügung stellen konnte. Auf dem Parteitag von 1936 wurde ein Tuberkulose-Hilfswerk verkündet, das sofort 3.150.396 RM zusammenbrachte. Die NS-Schwesternschaft umfasste 1936 4.446 Schwestern, die in 1.552 Stationen 993.112 Personen betreuten und insgesamt 31,5 Millionen Kranken- und Hausbesuche ausführten. Die Aufwendungen hierfür betrugen 9.420.000 RM. Auf den Gebieten der Jugendpflege, der Flüchtlingsfürsorge, der Gefangenenhilfe und der Katastrophenhilfe hat die NSV 23.500.985 RM aufgewandt. Der Gesamtwert der Geld- und Sachleistungen der NSV betrug bis 1936 255.854.242 RM

In der NSV sind 849.161 Helfer ehrenamtlich und über 13.000 hauptamtlich beschäftigt. Sie werden in besonderen Lehrgängen für ihre Aufgaben geschult.

Die bemerkenswerteste Hilfsmaßnahme der NSV ist die Organisation des "Winterhilfswerks" (WHW), das der Abwendung der besonderen wirtschaftlichen Notstände des Winters - Hunger und Kälte - dient. Dieses Hilfswerk, das seine Mittel durch öffentliche Sammlungen aufbringt, soll vor allem für Bedürftige, die keine Leistungen der öffentlichen Fürsorge erhalten, Lebensmittel, Kleidung und Brennstoff verschaffen. Es soll aber auch durch reine Form der Erziehung des ganzen Volkes zur echten Volksgemeinschaft und zum Sozialismus der Tat dienen. Deshalb eröffnet in jedem Herbst der Führer selbst das Winterhilfswerk durch eine programmatische Rede, und sämtliche Minister und führende Parteigenossen gehen mit ihren Sammelbüchsen auf die Straße.[114] "Wir glauben", so sagte Hitler am 9. Oktober 1935, "dass wir durch so sichtbare Demonstrationen das Gewissen unseres Volkes immer wieder aufrütteln und jedem einzelnen immer wieder zum Bewusstsein bringen: du

sollst dich als ein Volksgenosse fühlen und du sollst Opfer bringen!" Schon 24 Stunden nach der ersten Proklamation begannen die ersten'Spenden einzulaufen. Nach 48 Stunden waren 4 Millionen RM. gezeichnet. Werkgemeinschaften verzichteten auf einen Teil ihres Lohnes, um die Möglichkeit zur Neueinstellung eines weiteren Volksgenossen zu geben, Freitische wurden unter persönlichen Opfern der Spender eingerichtet. Theater und Film usw. stellten sich in den Dienst der Sache.

Durch ein Gesetz vom 1. Dezember 1936 erhielt das WHW Rechtsfähigkeit. Die Führung des WHW liegt in den Händen des Ministers für Volksaufklärung und Propaganda. In den vier ersten Winterhilfswerken brachte das Volk 1.490.760.834 RM zusammen. Bei dem WHW 1936/1937 waren 1340.356 freiwillige Helfer und Helferinnen tätig. Der Wert der im WHW von 1935/36 verteilten Spenden betrug 365.829.716 RM. Es wurden verteilt: Roggen- und Weizenmehl, Fische, Fleisch, Fette, Gemüse, Zucker, Graupen, Haferflocken, Nudeln, Reis, Kartoffeln usw. - im ganzen 13,5 Millionen Zentner. An Kohlen gelangten 53 Millionen Zentner zur Verteilung, die allein 6.600 Eiserbahnzüge mit je 40 Waggons beansprucht hätten. Außerdem wurden verteilt: 2 Millionen Bekleidungsstücke, 2,5 Millionen Paar Schuhe, 1,6 Millionen Paar Strümpfe, 4,5 Millionen Stück Leib- und Kinderwäsche, 500.000 Stück Haus- und Bettwäsche, 240.000 Bett- und Federdecken. Daneben erhielten die Bedürftigen Gutscheine für Lebensmittel und Bekleidungsstücke im Werte von 200.593.859 RM und verschiedene Einrichtungen der NSV 19.097.469 RM in bar. Das WHW 1939/40 brachte 681 Millionen RM ein, gegen 566 Millionen im letzten Friedensjahr. Die Gesamtleistung aller bisherigen WHW beträgt über 3 Milliarden RM.

Eine andere, im Zusammenhang mit dem WHW stehende Notstandshilfe ist das sog. "Eintopfgericht", das zu einer ganz allgemein durchgeführten Einrichtung geworden ist. Am ersten Sonntag in jedem Monat soll jedermann nur ein Eintopfgericht im Werte von 50 Pfennigen als Mittagsmahl genießen und den Überschuss an das WHW abliefern. Das Eintopfgericht brachte im Winter 1933/34 25.129.000 RM ein, im Winter 1935/36 bereits 31.697.000 RM.[215)]

Die Arbeitsdienstpflicht
Unter den zahlreichen Jugendbünden, die vor allem nach dem Weltkriege entstanden, gab es einen "Bund der Artamanen", der 1924 gegründet worden war und den der Reichsjugendführer "die einzige reale bündische Organisation" genannt hat, weil er mit seiner bäuerlichen Aufbauarbeit als ein Vorkämpfer für Arbeitsdienst und völkische kulturelle Erneuerung des Bauerntums bezeichnet werden kann. Im Jahre 1934 wurde der Bund der Artamanen in die Hitler-Jugend übernommen. Im Jahre 1926 waren zum ersten Mal Arbeitslager entstanden, in denen Arbeiter, Bauern und Studenten die ersten Anfänge einer nicht bloß praktisch, sondern auch ideell gerichteten Arbeitsdienstbewegung zu

verwirklichen suchten. Aber der Dienst war zu kurz bemessen, und es fehlte an geschulten Führern und einem richtigen Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Gemeinschaften. Erst die nationalsozialistische Bewegung fasste den Arbeitsdienst als eine Erziehungsschule auf und erhob schon im Jahre 1928 die allgemeine Arbeitsdienstpflicht zu einem ihrer Programmpunkte. Der Vorkämpfer dieser Idee, Oberst a. D. Hierl, wurde 1929 von Hitler zum Leiter der Organisationsabteilung in der NSDAP ernannt, die den Aufbau des Arbeitsdienstes in die Hand nehmen sollte. Die Partei verlangte schon damals die Einführung der Arbeitsdienstpflicht, stieß aber, wie schon früher erwähnt, auf eine ablehnende Haltung der Regierung.[116)] Dessen ungeachtet fuhr die NSDAP damit fort, die Einführung der Arbeitsdienstpflicht systematisch vorzubereiten. Sie suchte zu Führern geeignete Persönlichkeiten aus und begann sie in Führerkursen zu schulen. Im Januar 1932 wurde das erste Arbeitslager in Hammerstein (Grenzmark) errichtet, dem im Verlaufe des Jahres zahlreiche andere folgten.

So war bereits eine wichtige Vorarbeit für den Arbeitsdienst geleistet, als am 30. Januar 1933 die NSDAP die Macht im Reiche übernahm. Am 1. Mai 1933, dem "Tag der nationalen Arbeit", wies Hitler in seiner Rede dem Arbeitsdienst folgendes Ziel: "Als wir zum ersten Male den Gedanken der Arbeitsdienstpflicht der Öffentlichkeit übergaben, entfachten die Vertreter der absterbenden marxistischen Welt ein großes Geschrei und erklärten: das ist ein neuer Angriff auf die Arbeit, ein Angriff auf das Leben des Arbeiters! Warum taten sie das? Sie wussten genau, dass es nie ein Angriff auf die Arbeit und erst recht nicht auf den Arbeiter sein werde, sondern nur ein Angriff auf ein entsetzliches Vorurteil, nämlich dass Handarbeit minderwertig sei. Dieses Vorurteil wollen wir ausrotten in Deutschland. Wir wollen in einer Zeit, da Millionen unter uns leben ohne Verständnis für die Bedeutung des Handarbeitertums, das deutsche Volk durch die Arbeitsdienstpflicht zu der Erkenntnis erziehen, dass Handarbeit nicht schändet, nicht entehrt, sondern vielmehr wie jede andere Tätigkeit dem zur Ehre gereicht, der sie getreu und redlichen Sinnes erfüllt. Es bleibt unser unverrückbarer Entschluss, jeden einzelnen Deutschen, sei er, wer er sei, ob reich, ob arm, ob Sohn von Gelehrten oder Sohn von Fabrikarbeitern, einmal in seinem Leben zur Handarbeit zu führen, damit er sie kennen lernt, damit er auch hier einst leichter befehlen kann, weil er selbst vorher gehorchen lernte. Wir denken nicht daran, den Marxismus nur äußerlich zu beseitigen. Wir sind entschlossen, ihm die Voraussetzungen zu entziehen. Wir wollen den Geschlechtern, die nach uns kommen, seine geistigen Verwirrungen ersparen. Kopf- und Handarbeiter dürfen niemals gegen einander stehen. Deshalb rotten wir jenen dünkelhaften Sinn ans, der so leicht den einzelnen befällt und von oben herunterschauen läßt auf die Kameraden, die nur am Schraubstock stehen, an der Maschine oder hinter dem Pflug. Aber nicht nur muss jeder Deutsche diese Art Arbeit einmal kennen lernen, sondern umgekehrt muss der Handarbeiter wissen, dass auch geistige Arbeit notwendig ist. Wir werden in

diesem Jahre zum ersten Male diesen großen ethischen Gedanken, den wir mit dem Arbeitsdienst verbinden, verwirklichen. Und wir wissen, dass, wenn erst einmal vierzig Jahre vergangen sind, das Wort Handarbeit für Millionen Menschen dieselbe Sinneswandlung erfahren haben wird, wie einst der Begriff des Landsknechts, an dessen Stelle der Begriff des deutschen Soldaten trat."

Und der am 11. Juli 1934 zum Reichskommissar für den Arbeitsdienst ernannte Oberst Hierl umriss in einer Rede das Wesen und die Aufgaben des Arbeitsdienstes mit folgenden Worten: "Der Arbeitsdienst bedeutet etwas anderes, viel größeres, als eine aus der Not der Zeit geborene vorübergehende Aushilfe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Idee der Arbeitsdienstpflicht bedeutet die folgerichtige Fortführung und notwendige Ergänzung der Gedanken, die zur allgemeinen Schulpflicht und allgemeinen Wehrpflicht geführt haben... Die Arbeitsdienstpflicht soll Ehrenpflicht der deutschen Jugend und soll Dienst am Volk sein. Die Arbeitsdienstpflicht soll der Staatsleitung ein Arbeitsheer liefern, um große öffentliche Arbeiten, die hohen volkswirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen staatspolitischen Zwecken dienen, durchzuführen. Vor allem aber soll der Arbeitsdienst eine große Volkserziehungsschule sein. Aus dem eigenen Erleben im Arbeitsdienst heraus soll der junge deutsche Mensch die rechte Auffassung vom sittlichen Wert der Arbeit und die rechte Einstellung zur deutschen Arbeitsgemeinschaft gewinnen. So wird der Arbeitsdienst die durch nichts anderes zu ersetzende Volkserziehungsschule zum neuen deutschen Arbeitertum, zum vorbildlichen deutschen Sozialismus."

In der Gemeinsamkeit der Arbeitsstätte und des Arbeitslagers sollen die alten Vorurteile von Klassenunterschieden fallen, soll die materialistische Auffassung verschwinden, die die Arbeit zur käuflichen Ware entwürdigt und damit zum Fluch stempelt, soll das Dienen als etwas Höheres erkannt werden als das Verdienen.

Schon am Parteitag im September 1934 marschiert der Arbeitsdienst mit geschultertem Spaten in seiner erdbraunen Uniform in einer Stärke von 52.000 Mann am Führer in Nürnberg vorüber, während im ganzen Reich in mehr als 1.000 Arbeitslagern 180.000 Arbeitsmänner ihre freiwillig übernommene Pflicht erfüllen.

"Es ist ein großes Unterfangen" - sagte der Führer nach dieser Parade - "nun ein ganzes Volk zu diesem neuen Arbeitsbegriff und zu dieser neuen Arbeitsauffassung zu erziehen. Wir haben es gewagt und es wird uns gelingen, und ihr seid die ersten Zeugen dafür, dass dies Werk nicht misslingen kann. Durch eure Schule wird die ganze Nation gehen! Die Zeit wird kommen, da kein Deutscher hineinwachsen kann in die Gemeinschaft dieses Volkes, der nicht zuerst durch eure Gemeinschaft gegangen ist." Der Arbeitsdienst war anfangs

freiwillig, aber schon am 1. Mai 1933 hatte Hitler gesagt, dass der Dienst als Pflicht eingeführt werden soll. Bald darauf erklärte sich die deutsche Studentenschaft bereit, den Arbeitsdienst als Pflicht zu übernehmen. Die DAF und der Reichsnährstand führten den Arbeitsdienstpass ein, mit dem ein jeder, der sich um eine Führerstelle bewarb, beweisen musste, dass er den Arbeitsdienst absolviert hatte. Das Volk hatte damit gezeigt, dass es die Arbeitsdienstpflicht als eine Ehrenpflicht zu übernehmen bereit war.

So war die Zeit reif für ein "Reichsarbeitsdienstgesetz" (RAD), das die Regierung am 26. Juni 1935 erließ. Seine Hauptbestimmungen lauten:

§ 1
1. Der Reichsarbeitsdienst ist Ehrendienst am deutschen Volke.
2. Alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts sind verpflichtet, ihrem Volke im Reichsarbeitsdienst zu dienen.[117)]
3. Der Reichsarbeitsdienst soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allem zur gebührenden Achtung der Handarbeit erziehen.
4. Der Reichsarbeitsdienst ist zur Durchführung gemeinnütziger Arbeiten bestimmt.[118)]

§ 3
2. Die Dienstpflicht beginnt frühestens nach vollendetem 18. und endet spätestens mit Vollendung des 25. Lebensjahres (Ausnahmen gestattet).[119)]

Seit dem 1. Januar 1934 bestand auch ein zunächst, freiwilliger Frauen-Arbeitsdienst, der am 1. Januar 1936 dem Allgemeinen Reichsarbeitsdienst eingegliedert wurde. Allerdings fehlten noch die organisatorischen und vielleicht auch die finanziellen Voraussetzungen, um ihn als obligatorische Arbeitsdienstpflicht durchzuführen. Er musste Schritt für Schritt ausgebaut werden. Dieser Aufbau erfolgte nun in wenigen Jahren. Obgleich er, schon im Jahre 1928 30.000 Arbeitsmaiden gab, wurde das Tempo noch beschleunigt. Sofort nach Ausbruch des Krieges erließ der Ministerrat für die Reichsverteidigung die Durchführungsverordnung vom 4. September 1939, die folgenden Wortlaut hat:

§ 1
Die Stärke des Reichsarbeitsdienstes für die weibliche Jugend ist auf 100.000 Arbeitsmaiden (einschließlich Stammpersonal) zu erhöhen.

§ 2
Der Reichsarbeitsführer ist ermächtigt, ledige Mädchen von 17 bis 25 Jahren, die nicht voll berufstätig sind, nicht in beruflicher oder schulischer Ausbildung

stehen und nicht als mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft benötigt werden, zur Erfüllung der Reichsarbeitsdienstpflicht heranzuziehen."

In 28 Schulen begann nun eine verstärkte Führerinnenausbildung. Eine Reserve von 1.000 Führeranwärterinnen gab es bereits. Ausgeschiedene, verheiratete Führerinnen und viele andere weibliche Berufstätige meldeten sich ebenfalls.

Laut dem neuen Reichsarbeitsdienstgesetz vom 9. September 1939 ist das Reichsgebiet in 25 Bezirke eingeteilt. In jedem Bezirk steht unter der Bezirksführerin die Lagergruppenführerin, der jeweils 15 bis 20 Lager unterstehen (1940 gibt es schon mehr als 2.000 weibliche Arbeitsdienstlager). Ihr zur Seite stehen 3 Gehilfinnen. Eine Lagereinheit besteht aus 1 Lagerführerin, 1 Gehilfin der Lagerführerin, 1 Wirtschaftsgehilfin, 1 Verwalterin, 1 außerplanmäßigen Gehilfin, 3 oder 4 Kameradschaftsältesten und 32 bis 41 Arbeitsmaiden. Die Reichsarbeitsdienstführerinnen sind zu einer ununterbrochenen Dienstzeit von mindestens 3 Jahren verpflichtet. Wenn sie dann ausscheiden, erhalten sie eine Dienstbelohnung und einen Angestelltenschein, der sie zur bevorzugten Einstellung in Stellen des öffentlichen Dienstes berechtigt. Die Arbeitsmaid erhält gleich dem Arbeitsmann nach Ableistung der Dienstzeit den Arbeitsdienstpass.

Im Frauenarbeitsdienst gelten im Allgemeinen dieselben Grundsätze wie im männlichen Arbeitsdienst, doch sind die Lebensformen im Lager persönlicher gestaltet als bei den Männern. Ein wesentlicher Unterschied liegt dagegen in der Arbeit selbst. Die jungen Mädchen werden in Lagern zusammengefasst, deren erste Form die eines hauswirtschaftlichen Betriebes, die zweite Form die eines landwirtschaftlichen Betriebes ist, und zwar Hand in Hand mit der NSV in der Betreuung von bedürftigen Kindern und in der Hilfe bei kinderreichen Familien. Die dritte Form ist die Hilfeleistung bei Siedlern und Bauern.

Die arbeitsdienstpflichtigen Mädchen sind zum größten Teil in einer Anzahl von durchschnittlich 35 bis 50 auf dem Lande in leerstehenden Gutshäusern untergebracht. Sie werden von pädagogisch geschulten Frauen zum Leben im Arbeitsdienst und Zusammenleben erzogen. Gearbeitet wird 6 Stunden täglich. Die übrige Zeit wird mit staatspolitischer Schulung, weltanschaulicher Erziehung, mit Sport und Gymnastik ausgefüllt. Die Dauer der Dienstzeit beträgt 26 Wochen. Verpflegung, Einheitskleidung und Unterkunft erhalten sie ebenso wie die Männer und sind gegen Krankheit und Unfall versichert.[120)]

Das ideelle Wesen des Frauenarbeitsdienstes charakterisierte die Führerin des "Deutschen Frauenwerkes" beim V. Internationalen Kongress für Hauswirtschaftsunterricht am 25. August 1934 folgendermaßen: "Die deutsche Frau, wie wir sie uns denken, muss, wenn es die Lage des Volkes erfordert, verzichten können auf Luxus und Genuss, sie muss arbeiten können, geistig und

körperlich gesund sein, und sie muss aus dem harten Leben, das wir heute zu leben gezwungen sind, ein schönes Leben machen können. Sie muss innerlich um die Nöte und Gefahren, die das Leben unseres Volkes bedrohen, wissen. Sie muss so sein, dass sie alles, was von ihr gefordert wird, gern tut. Sie muss politisch denken können, nicht parteipolitisch, nicht politisch im Sinne des politischen Kampfes mit anderen Nationen, sondern politisch so, dass sie mitfühlt, mitdenkt, mitopfert mit dem ganzen Volk." [121)]

In den Schulungsanstalten des Reichsarbeitsdienstes wird nicht nur in Arbeitstechnik unterrichtet, sondern vor allem eine weltanschauliche, charakterliche und wirtschaftliche Erziehungsarbeit geleistet. Bei aller Arbeitsdienstschulung wird nicht die Spezialausbildung in einer bestimmten Arbeitsart als das Wesentliche betrachtet, sondern die allgemeine Ausbildung der Führer, die im Arbeitsdienst sowohl staatspolitische Jugenderzieher als auch ein sportliches Vorbild, einwandfreie Verwalter des ihnen anvertrauten Gutes an Menschen und Werten und technische Könner, und zuletzt, aber nicht zum wenigsten, ein menschliches Vorbild an Haltung, Zucht und Disziplin sein sollen. Beförderungen werden nur nach dem Gesichtspunkt der Eignung und der Führereigenschaft und nicht nach Altersgesichtspunkten vorgenommen.

Der staatspolitische Unterricht ist weniger auf Vorträgen aufgebaut als auf der lebendigen nationalsozialistischen Feierabendgestaltung im Lager und auf Arbeitsgemeinschaften, in denen bestimmte zeitgemäße und grundsätzliche Fragen behandelt und besprochen werden. Man verlangt kein theoretisches "Einpauken", sondern lebendiges Mitdenken und Miterleben.

Der Staat sorgt für den Arbeitsmann und für die Arbeitsmaid von ihrem Eintritt bis zu ihrer Entlassung. Er gibt ihnen Unterkunft, Kleidung und Ernährung und ein tägliches Taschengeld (den Männern von 25, den Maiden von 20 Pfennigen). Er trägt die Kosten für die Gesundheitsfürsorge. Bei der Rückkehr in den Zivilberuf haben die Arbeitsmänner und die Arbeitsmaiden bei Bewerbungen um Beschäftigung den Vorrang vor anderen Bewerbern.

Am 8. September 1938 ist ein "Fürsorge- und Versorgungsgesetz für die ehemaligen Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes und ihre Hinterbliebenen" erlassen worden. Es gewährt allen denen Fürsorge, die zur Überwindung einer Übergangszeit nach dem Ausscheiden aus dem Reichsarbeitsdienst oder nach dem Verlust des Ernährers der staatlichen Hilfe bedürfen. Und es gewährt denjenigen Versorgung, deren Lebensunterhalt dauernd sichergestellt werden muss. Auf die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes und vor allem auf den Geist, von dem es getragen wird, einzugehen, ist hier nicht möglich, aber sie verdienen durchaus ein näheres Studium. Es sei hier nur erwähnt, dass, wer in das freie Erwerbsleben übertreten will, eine Abfindung von 8.000 RM erhält, wer einen landwirtschaftlichen Betrieb oder einen mit einer Landsiedlung

verbundenen Landwirtsbetrieb übernehmen will, 10.000 RM; bei Übernahme einer Neubauernstelle 12.000 RM, im Grenzgebiet und in besonderen Fällen sogar 15.000 RM. Ebenso werden Kinderbeihilfen, Dienstbelohnungen, Ruhegehalte und Entschädigungen jeder Art (Krankheit, Sterbegeld, Umzugskosten, Witwengeld usw.) in ausreichendem Maße gewährt.

Ein kurzer Überblick über die Leistungen des Arbeitsdienstes mag seinen wirtschaftlichen und kulturellen Nutzen beleuchten.

Von den rund 47 Millionen ha des deutschen Bodens sind etwa 30 Millionen ha landwirtschaftlich genutzt und 12 Millionen ha sind Waldbestand. Von diesen 42 Millionen ha Kulturland bringen aber etwa 14 Millionen ha keine vollen Erträge: 8 Millionen ha sind zu feucht, 5 Millionen ha sind zu trocken, 1 Million ha werden immer wieder von Überschwemmungen heimgesucht. Außerdem sind etwa 2 Millionen ha Moorgebiet und 500.000 ha Sand, Heide und Ödland. Schließlich können noch rund 500.000 ha neuen Kulturlandes dem Meer abgewonnen werden. Alles Neuland, das gewonnen werden kann, würde ein Gebiet von der Größe Württembergs ergeben.

Das ganze Reich ist nun in dreiunddreißig so genannte "Großarbeitsvorhaben" eingeteilt, in denen stets mehrere "Abteilungen" (jede zu rund 200 Mann) nach einheitlichem Plan ein größeres Gebiet bearbeiten. Der Einsatz der nunmehr insgesamt 230.000 Arbeitskräfte wurde folgendermaßen verteilt:

55 Prozent bei Landeskulturarbeiten,
15 Prozent bei Wirtschaftswegebau,
10 Prozent bei Forstarbeiten,
5 Prozent bei Vorbereitungsarbeiten für Siedlungen,
15 Prozent bei sonstigen Arbeiten (Talsperren, Wasserstraßen, Reichsautobahnen und dgl.).

Zu den Hauptaufgaben gehört die Regelung der Wasserverhältnisse (Entwässerung, Bewässerung, Deichbauten und dgl.); eine wichtige Aufgabe ist die Anlage neuer Wege und Straßen, um Orte mit schlechten Verkehrsverhältnissen wirtschaftlich zu heben, oder die Urbarmachung großer Ödlandgebiete zu ermöglichen; ferner die so genannte "Flurbereinigung" oder "Umlegung", um zerstückelten Grundbesitz durch Neueinteilung vorteilhafter zu gestalten. Auf dem Gebiet der Forstwirtschaft sorgt der Arbeitsdienst für Aufforstung, für die Anlage guter Holzabfuhrwege und Wiederherstellung von Waldschadengebieten. Schließlich tritt er bei Katastrophenschutz (Waldbränden, Moorbränden, Überschwemmungen) und bei landwirtschaftlichen Erntenotständen in Tätigkeit.

Da der Reichsarbeitsdienst kein Geschäft ist und man nicht nach seiner "Rentabilität" fragt, kann man seine Leistungen nicht mit Geld messen. Der

Bericht des Reichsarbeitsführers für 1936/37 gibt aber doch in Zahlen das Ergebnis der Arbeitsleistungen und der durch diese erreichten Ertragssteigerungen an. Einige Beispiele mögen ein Bild dieser materiellen Gewinne geben. Durch Deichbau und Flussregelungen wurden 37.000 ha Bauernland vor regelmäßigen Hochwasserüberflutungen geschützt. Durch Vorflutausbau, Binnenentwässerung und Drainierung wurden 106.000 ha in ihrem Ertrage gesteigert. Durch Rodung, Einebnung und Umbruch wurden 18.000 ha der Bewirtschaftung erschlossen. Durch Neuanlage und Ausbau von 570 km Wirtschaftswegen wurde für 46.000 ha ungünstig gelegenes Bauernland die Bewirtschaftung erleichtert. Durch diese Arbeiten wurde ein jährlicher Mehrertrag erzielt, der die Ernährung von 50.000 Menschen ermöglicht. Durch Forstarbeiten wurden 9.000 ha zur Aufforstung vorbereitet und hiervon 6.000 ha angepflanzt. Allein von April bis September 1937 wurden mehr als 3 Millionen Tagewerke geleistet, wodurch die Nahrung für eine Viertelmillion Menschen sichergestellt wurde. Im Jahre 1938 wurden insgesamt 310.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche auf ihre volle Ertragsfähigkeit gebracht. Ein kleines Beispiel zum Schluss: in Norddorf auf der Nordseeinsel Amrum wurden 85 ha Neuland durch 144 Mann in 1,5 Jahren gewonnen. Der Durchschnittsertrag betrug vor der Eindeichung 6.375 RM jährlich, nach der Eindeichung aber 47.855 RM.

Die Organisation des deutschen Arbeitsdienstes wurde bald wie vieles andere im Dritten Reich Gegenstand missverständlicher und verdächtigender Kritik in der ausländischen Presse.[122)] Um solchen Entstellungen entgegenzuwirken, hat der Arbeitsdienst schon im Laufe des Jahres 1934 zahlreichen Ausländern Gelegenheit gegeben, sich Einblick in den deutschen Arbeitsdienst zu verschaffen. Eine große Anzahl von Ausländern (man spricht von Tausenden) hat von dieser Einladung Gebrauch gemacht. Hier mögen als Beispiele einige Äußerungen von Ausländern wiedergegeben werden, die persönlich nicht nur Arbeitsdienstlager in Deutschland besucht, sondern in solchen auch gelebt und gearbeitet haben.

Der amerikanische Student Henry Eliot Scott im Lager Benediktbeuren erklärte nach seinem Ausscheiden: "Eines bedauere ich aufrichtig, dass ich nicht längere Zeit im deutschen Arbeitsdienstlager arbeiten und leben kann, weil ich so bald abreisen muss. Außer den sozialen und erzieherischen Vorteilen, die ich glaube schon wirklich wirkend gesehen zu haben, und die ich für eine so kurze Zeit erleben und beobachten konnte, bewundere ich vor allem den kameradschaftlichen Geist und den Willen zur Selbstdisziplin, die ich gern mit einem längeren Aufenthalt vertiefen würde. Obwohl ich stolz bin, reiner Amerikaner zu sein, beneide ich Deutschland um den Geist, der im Arbeitslager Benediktbeuren besteht."

Der bekannte amerikanische Journalist und Radiosprecher Brinkley schreibt: "Ich möchte aus meiner eigenen Erfahrung feststellen, aus meinem Studium, dem Besuch und meiner Arbeit als Arbeiter in einem Arbeitsdienstlager, dass ich gesehen habe, dass die Arbeitsdienstlager ein weiteres Beispiel für die großen Errungenschaften sind, die Deutschlands Führer und Kanzler im Interesse der Menschheit und für die Wiedergenesung aller Volksschichten machte. Ich kann ohne Zögern erklären, dass diese Arbeitsdienstlager ein Beispiel für den sozialen Wiederaufstieg bedeuten, das in vielen anderen Ländern der Welt, die heute an Problemen sozialer Unruhe und Unzufriedenheit leiden, Nachahmung finden wird. Deutschland hat den anderen Nationen ein Vorbild gegeben."

Der Engländer Christopher Jowett war im Lager Oppenwahn: "Das lächerliche und vollkommen ungerechtfertigte Bild eines deutschen Arbeitslagers als einer Militärschule kann sofort widerlegt werden. Für mich ist es eine Ehre und Freude gewesen, die Gelegenheit gehabt zu haben, an der großen Bewegung teilzunehmen, die für eine bessere und herrliche Zukunft kämpft. Und zum Dank wird es mir eine freudige Pflicht sein, allen meinen Bekannten die Wahrheit zu berichten, so dass auch sie den wahren Zweck des neuen Deutschlands erkennen."

Der französische Student Rene Hallard im Lager Bernau bedankte sich bei seinem Abschied mit einem Brief, in dem es heißt: "In dem Augenblick, wo ich das Lager verlasse, halte ich mich für verpflichtet, meiner vollendeten Hochachtung und großen Freude Ausdruck zu geben. Ich habe so Gelegenheit gehabt, selbst festzustellen, welch ausgezeichneter Geist der Gemeinschaft zwischen allen Arbeitsmännern herrscht. Ich habe mich ganz als einer der Ihren gefühlt, und ich bedaure lebhaft, gezwungen zu sein, das Lager zu verlassen."

Die Frau im nationalsozialistischen Staat
Knut Hamsuns Gattin, Frau Marie Hamsun, berichtet: "Daheim in Norwegen kann man den Ausspruch hören: Die armen deutschen Frauen, die nur dazu da sind, zu kochen und Kinder zu gebären!" Als ich hierher (nach Deutschland) kam, hatte ich sogleich den Eindruck, falsch unterrichtet zu sein. Die Frauen, denen ich begegnete und die ich kennen lernte, wirkten weder unterdrückt, noch so, als geschehe ihnen Unrecht. Sie erschienen mir vielmehr munter, selbständig und sehr interessiert, vor allem die jungen... Es geht im neuen Staat nicht darum, sich um neue Rechte zu bemühen auf Gebieten, die dem Manne vorbehalten sind, sondern es gilt, Hand in Hand mit ihm am großen Bau des Volkes, an der Errichtung eines gesunden, starken und glücklichen Deutschlands zu arbeiten."

Die deutschen Frauen gehören zu denen, die seit dem Beginn der nationalsozialistischen Bewegung gefühlsmäßig ihr am eifrigsten zuströmten, wenn sie auch an den Parteikämpfen der Männer nicht anders teilnahmen, als in

den Formen, die ihnen als Frauen am nächsten lagen, indem sie sich zu kleinen Gruppen vereinigten, die für Kleidung, Schuhwerk, Nahrung und Einquartierung der Männer sorgten und die Propaganda durch Verbreitung von Schriften unterstützten.

"Was machte es uns aus" - so erzählt eine alte Kämpferin - "wenn vor der Haustür Tag für Tag kommunistisches Verbrechergesindel wartete und schrie: Nazi, verrecke!" Oder wenn sie in ihren Zeitungen schrieben, die Leute sollten nicht in unserem Laden kaufen bei dem Nazihäuptling! Unser Geschäft stand auf dem Spiel. Dauernd hing seitdem die Hakenkreuzfahne an unserem Hause... Ein Kommunist zerfetzte sie, ich nähte sogleich eine neue. Verfolgte SA-Männer mussten ihre Zuflucht suchen bei Freunden und Verwandten. Es war bekannt, dass wir den SA-Männern halfen, darum wurden wir dauernd beobachtet und bedroht."

Und Hitler sagt: "Als ich nach dreizehn Monaten der Gefangenschaft aus dem Gefängnis zurückkehrte, da waren es im wesentlichen Parteigenossinnen, die die Bewegung gehalten haben. Sie haben sich nicht eingelassen auf ein kluges und verstandesmäßiges Abwägen, sondern sie haben ihren Herzen entsprechend gehandelt und sind gefühlsmäßig bei mir geblieben bis heute."

Am 1. Oktober 1931 wurden die zahlreichen nationalsozialistischen Frauenorganisationen zur "NS-Frauenschaft" zusammengefasst. Sie ist die einzige parteiamtliche Frauenorganisation. Unter der Führung dieser aus der Kampfzeit hervorgegangenen NS-Frauenschaft wiederum wurde nach der Machtübernahme das "Deutsche Frauenwerk" gegründet.[122a)] Zu ihm gehören alle deutschen Frauenverbände sozialer, kultureller und konfessioneller Art, die bereit sind, an den Aufgaben, die der nationalsozialistische Staat der deutschen Frau stellt, mitzuarbeiten. Auch Einzelmitglieder können dem Deutschen Frauenwerk angehören. Von 1933 bis 1939 ist die Zahl der werktätigen Frauen von 4,6 Millionen auf 13,5 Millionen gestiegen.

Führerin der NS-Frauenschaft und des Deutschen Frauenwerkes sowie des "Reichsfrauenbundes vom Deutschen Roten Kreuz" ist seit dem 24. Februar 1934 Frau Gertrud Scholtz-Klink. Sie ist zugleich Amtsleiterin des "Frauenamtes der Deutschen Arbeitsfront", das nicht wie die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk eine selbständige Frauenorganisation, sondern eine Dienststelle in der Deutschen Arbeitsfront ist. Dieses Frauenamt findet also die von ihm zu betreuenden Frauen unter den Mitgliedern der DAF.

Mit der Betreuung geht die Schulung dieser erwerbs- und berufstätigen Frauen für spätere hausfrauliche Pflichten Hand in Hand. Unter der Führung von Gertrud Scholtz-Klink ist in wenigen Jahren ein Werk geschaffen worden, das heute einzigartig in der Welt ist. Nur Deutschland besitzt unter einheitlicher

Leitung eine Organisation, der es obliegt, alle fraulichen Arbeitsgebiete innerhalb eines Volkes zu betreuen und zu lenken und das gesamte Schaffen der Frau - ihr praktisches wie ihr geistiges - ganz bewusst von ihrer natürlichen Bestimmung aus als Mutter und als Hausfrau fruchtbar zu machen.

Indem der Nationalsozialismus in der grundsätzlichen Verpflichtung beider Geschlechter der Volksgemeinschaft gegenüber keinen Unterschied macht, stellt er doch an die Frau Forderungen ganz anderer Art als an den Mann. Er sieht in ihr in erster Linie die Mutter. Die Vorbereitung und Ermöglichung eines gesunden körperlichen Mutterwerdens und eines fruchtbaren geistig-seelischen Mutterseins spielen deshalb die erste Rolle in den Aufgaben, die sich der Nationalsozialismus gegenüber der Frau stellt. Als zweites Arbeitsgebiet der Frau betrachtet der Nationalsozialismus die Arbeit in der Volkswirtschaft im weitesten Sinne. Er sagt sich: 80 Prozent des gesamten Volkseinkommens geht allein in der Hauswirtschaft durch die Hand der Frau. Ihre Bedeutung im Volksleben ist also nicht gleichartig, aber gleichwertig der des Mannes. Ihre wichtigste Aufgabe sucht die NS-Frauenschaft deshalb in zwei der Arbeitshauptabteilungen des Deutschen Frauenwerks, nämlich im "Reichsmütterdienst" und in der "Volkswirtschaft - Hauswirtschaft" zu verwirklichen. Die drei anderen Hauptabteilungen sind: "Kultur - Erziehung - Schulung", "Grenz- und Ausland", "Hilfsdienst" (im Roten Kreuz, bei der NSV, im Winterhilfswerk und Hilfswerk "Mutter und Kind", im Reichsluftschutzbund).

Der am Muttertag 1934 begründete Reichsmütterdienst soll körperlich und seelisch tüchtige Mütter heranbilden, die in der Pflege und Erziehung ihrer Kinder erfahren und ihren hauswirtschaftlichen Aufgaben gewachsen sind. Ende 1937 standen bereits 1.265 hauptamtliche und 2.339 neben- und ehrenamtliche Lehrkräfte im Reich. In den ersten fünf Jahren haben rund zwei Millionen Frauen und Mädchen an etwa 100.000 Mütterschulkursen teilgenommen. Durch Wanderlehrerinnen, die in ihren "Wanderkörben" ein sorgfältig zusammengestelltes Anschauungs- und Lehrmaterial ständig mit sich führen, werden diese Kurse bis in die entferntesten Gegenden getragen. Die Zahl der Teilnehmerinnen an einem Kursus ist in der Regel auf 25 beschränkt. Die Teilnahme ist freiwillig. In Städten sind als Stützpunkte der Arbeit Mütterschulen eingerichtet, die zugleich als Beratungsstelle und Heimstatt dienen. Heute (1939) stehen etwa 3.500 Fachkräfte der verschiedensten Berufe und über 300 Mütterschulen für diese Aufgabe zur Verfügung. Sie werden dauernd weiter ausgebaut.[122b)]

Die zweite Arbeitshauptabteilung betrifft Volkswirtschaft und Hauswirtschaft.[122c)] Hier ist durch die Durchführungsanordnung vom 23. Dezember 1938 vom Beauftragten für den Vierjahresplan das weibliche Pflichtjahr für alle ledigen weiblichen Arbeitskräfte eingeführt Worden, die vor

dem 1. März 1938 noch nicht als Arbeiterinnen oder Angestellte beschäftigt waren und eine solche Beschäftigung aufnehmen wollen.[123)] Die Anordnung verlangt von jedem deutschen Mädchen unter 25 Jahren, das in der gewerblichen Wirtschaft oder in der öffentlichen Verwaltung als Arbeiterin oder Angestellte tätig worden will, den Nachweis einer mindestens einjährigen Tätigkeit in der Land- oder Hauswirtschaft.

Voraussetzung für die Anerkennung als Weibliches Pflichtjahr ist weiterhin, dass die einjährige Tätigkeit in der Land- oder Hauswirtschaft mit Zustimmung des Arbeitsamtes ausgeführt worden ist. Diese wird nur erteilt, wenn die Beschäftigung nach Art und Bedeutung dem Zweck des Pflichtjahres entspricht, und der Antritt der betreffenden Stelle arbeitseinsatzmäßig erwünscht ist.[124)]

Im Gegensatz zu der bisherigen Regelung wird künftig auch die im Landjahr verbrachte Zeit bis zur Dauer eines halben Jahres auf das Pflichtjahr angerechnet. Ebenso können land- und hauswirtschaftliche Ausbildungen in staatlich anerkannten Lehranstalten bis zur Dauer eines halben Jahres auf das Pflichtjahr angerechnet werden, wenn vor Beginn der Ausbildung die Zustimmung des Arbeitsamtes erteilt worden ist

Im Januar 1939 hat der Reichsnährstand an seine Dienststellen eine Anweisung erlassen, laut welcher dieser überwachen soll, dass eine sorgfältige Auswahl und Prüfung geeigneter Familien und Haushaltungen durch Vertrauensfrauen sowie eine beständige Betreuung der eingesetzten Pflichtmädel erfolgt. Verantwortlich dafür ist ein Ausschuss, zu dem u. a. auch eine Vertreterin des Deutschen Frauenwerks gehört. Er soll sich bemühen, die Mädchen dem Lande dauernd oder wenigstens für mehrere Jahre zu gewinnen und das Pflichtjahrverhältnis wenn möglich in ein Lehrverhältnis umzuwandeln.

Seit dem Frühjahr 1938 besteht ein freiwilliger zweijähriger Frauenhilfsdienst, zu dem 18 bis 30 Jahre alte Mädel und Frauen aufgenommen werden, um überall da in der Wohlfahrts- und Krankenpflege, in Anstalten und Privathäusern zu helfen, wo überlastete Krankenschwestern, Volkspflegerinnen, Kindergärtnerinnen usw. der Hilfe bedürfen. Als Entschädigung wird ein Taschengeld bezahlt und freie Verpflegung und Wohnung nebst Dienstkleidung gewährt. Der Frauenhilfsdienst ist keine Berufsausbildung, sondern Ehrendienst. Es kann durch ihn aber auch das Pflichtjahr abgedient werden. Nach abgeleistetem Frauenhilfsdienst werden die Mädel bevorzugt an neue Arbeitsplätze vermittelt und erhalten, wenn sie heiraten, eine Ehestandshilfe von 1.000 RM, die nicht zurückgezahlt zu worden braucht. Im März 1939 waren rund 9.000 Frauen und Mädel im Frauenhilfsdienst tätig.

Der Frauenhilfsdienst ist außerdem die Verbindungsstelle zur Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, zum Reichsluftschutzbund und zum Deutschen Roten Kreuz.

Neben Arbeitsdienst und BDM ist der "Ausgleichsdienst" eine gute Bewährungsprobe. Zu seiner Übernahme wird infolge des strengen Ausleseprinzips des Reichsarbeitsdienstes manche leistungsfähige Abiturientin veranlasst. Im Reichsarbeitsdienst werden die jungen, gerade aus der Schule entlassenen Kameradinnen, ohne Lagergemeinschaft, innerhalb der NS-Volkswohlfahrt in Aufgaben der Volksgemeinschaft eingestellt, die ihnen bisher völlig fremd waren, die aber von ihnen in sehr nutzbringender Weise gelöst werden. Neben Aufklärung über richtige Verbrauchslenkung und Ernährung, über eine zweckmäßige Kleidungs- und Wohnungsgestaltung, die zugleich den Forderungen der Schönheit und Billigkeit entspricht, vernünftige Einteilung von Arbeits- und Freizeit im Haushalt, gilt als besonders wichtige Aufgabe die Belehrung und Schulung der Frauen in folgenden hauswirtschaftlichen Pflichten: 1. Vernünftige Einteilung des Verbrauchs im Haushalt im Sinne des Vierjahresplanes, 2. größte Beweglichkeit und Überwindung von Schwierigkeiten bei notwendig erscheinender Ernährungsumstellung im Haushalt, 3. Erhaltung volkswirtschaftlicher Werte durch Kampf gegen den Verderb, und 4. Verständnis für die neuen Rohstoffe und Behandlung derselben.

Nach zweijähriger Ausbildung im Haushalt, die die Berufsschule praktisch und theoretisch ergänzt, schließt die hauswirtschaftliche Lehre mit einer Prüfung und der Berechtigung zur Bezeichnung "Geprüfte Hausgehilfin" ab. Hausfrauen, die fünf Jahre einen eigenen Haushalt geführt und in einem über zwei Jahre verteilten Kursus ihr praktisches Können theoretisch erweitert haben, werden als Hauswirtschaftsmeisterinnen in Arbeitsgemeinschaften zu besonderen Aufgaben berufen.

Am 1. Juli 1934 begann die Abteilung "Grenz- und Ausland" ihre Arbeit. Sie gab tausenden von Ausländern die Möglichkeit, aus eigener Anschauung ein Bild von deutscher Frauenarbeit zu bekommen.

Der Reichsfrauenführerin unmittelbar unterstehen die Jugend- und Kindergruppen, die in den Jahren 1937 und 1938 besonders stark ausgebaut wurden.

Die Gründung des Fachausschusses für Schwesternwesen in der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Deutschlands brachte der Reichsfrauenführerin auch die Leitung des gesamten deutschen Sehwesternwesens.

Das Jahr 1938 stellte die nationalsozialistische Frauenschaft und das deutsche Frauenwerk vor ganz besondere Aufgaben, denn die Gliederung der deutschen Frauenorganisation musste auf die ins Reich heimgekehrten Gebiete ausgedehnt werden. Bereits im Dezember 1938 waren über 500.000 Frauen der deutschen Ostmark und 300.000 des deutschen Sudetenlandes in der nationalsozialistischen Frauenschaft und dem deutschen Frauenwerk erfasst.

In welcher Weise sich die Frau in der Deutschen Arbeitsfront, im Arbeitsdienst und ähnlichen Organisationen betätigt, ist an anderer Stelle in diesem Buch geschildert. Hier sei noch in Kürze darauf hingewiesen, durch welche Maßregeln der Nationalsozialismus die berufs- und werktätige Frau einsetzt und ihr mit Rücksicht auf ihre notwendige Mutterschaftsleistung die Arbeit zu erleichtern sucht.

Von der weiblichen Bevölkerung Deutschlands sind 11,5 Millionen Erwerbspersonen. Sie verteilen sich auf folgende Gruppen:

40,5 Prozent arbeiten in der Land- und Forstwirtschaft,
24,0 Prozent arbeiten in Industrie und Handwerk,
16,7 Prozent arbeiten in Handel und Verkehr,
10,9 Prozent arbeiten in sog. häuslichen Diensten,
7,9 Prozent arbeiten in öffentlichen Diensten.

Um die Arbeitskraft dieser werktätigen Frauen vor frühzeitigem Verbrauch zu schützen und ihre Mutterschaftsleistungen nicht zu beeinträchtigen, hat das Frauenamt der DAF folgende Maßnahmen eingeleitet:

1. Arbeitsplatzaustausch zum Zwecke der Arbeitserleichterung. Die an leichteren Arbeitsplatz gebrachte Frau behält ihre frühere Lohnhöhe.
2. Ablösung von der Schwerarbeit; bei gewissen Schwerarbeiten dürfen Frauen überhaupt nicht mehr verwandt werden.[125)]
3. Abkommen mit der NSV zugunsten schwangerer Frauen in den Betrieben. Danach erhalten Frauen, die sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft ihre Arbeit niederlegen, statt des Lohnes eine "Wochen"-Hilfe der Krankenkasse (drei Viertel des Grundlohnes). Die Differenz (ein Viertel) bezahlt der Betrieb. Die NSV gibt bei Bedürftigkeit Wäsche, Milchgeld usw.; notwendigenfalls werden die Mütter zur Erholung vorschickt. Die gesetzlich zustehenden Stillpausen nach der Wiederaufnahme der Arbeit werden als Arbeitszeit entlohnt.
4. Zusätzlicher Urlaub durch freiwillige Studentinnenablösung. Hierdurch soll der verheirateten Fabrikarbeiterin, wenn sie besonders erholungsbedürftig ist, eine über den ihr zustehenden Urlaub hinaus verlängerte Freizeit verschafft werden, während welcher sie ihren vollen Lohn weiter erhält. Bisher (1939) haben durch diesen freiwilligen Einsatz von Studentinnen deutsche Arbeiterinnen 75.000 bezahlte zusätzliche Urlaubstage genießen können.

Am 9. März 1940 erhielten alle im ersten bis dritten Trimester stehenden Studentinnen zum ersten Mal die Aufforderung, zu dem nunmehr als Pflicht vorgeschriebenen Einsatz im Fabrikdienst. Dieser pflichtmäßige Fabrikdienst dient der Vorbereitung eines planmäßigen Fabriksonderdienstes von Studentinnen unter Berücksichtigung ihrer fachlichen Vorkenntnisse.

Eine erhöhte Bedeutung erhielten die Jugendgruppen der NS-Frauenschaft durch ein "Leistungsbuch", das im Sommer 1938 eingeführt wurde. Es ist nicht nur ein Ehrendiplom, sondern bringt auch praktischen Nutzen: wer einen vollen Kursus in der Reichsmütterschule nachweisen kann, hat das Recht, ein um 100 RM erhöhtes Ehestandsdarlehen zu bekommen und braucht diese zusätzlichen 100 RM nicht einmal zurückzubezahlen.

Seit dem 1. Januar 1936 bearbeitet das "Frauenamt der DAF die Frauenzeitschriften der DAF: "Die Frau am Werk" (Auflage 315.000) und "Der Deutsche Haushalt" (Auflage 365.000), die an die Arbeiterinnen kostenlos verteilt werden.

Da die Arbeit, die heute in Deutschland von der Werkfrauengruppe des DAF in den Betrieben auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege und Gesundheitsführung geleistet wird, eine Überlastung der vorhandenen Kräfte zur Folge hat, müssen freiwillige Helferinnen neben ihrer eigenen Berufs- und Erwerbsleistung einspringen. Deshalb betrachten die Jugendgruppen der NS-Frauenschaft und des Deutschen Frauenwerks und die Werkfrauengruppen der DAF es als Pflicht eines jeden Mitgliedes, an einem Mütterschulkursus teilzunehmen und einen Samariterkursus beim Deutschen Roten Kreuz abzuleisten, um notfalls einmal am Abend oder an einem Sonntag in Form von Nachbarschaftshilfe einspringen zu können. Und schließlich erwartet das DFW, dass die Mitglieder der Jugendgruppen freiwillig und unentgeltlich sechs Wochen lang Hilfsdienst in kinderreichen Haushalten, in kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Familien oder in Fabrikbetrieben übernehmen.

Eine der beachtenswertesten Maßregeln, die das Frauenamt der DAF durchgeführt hat, ist der Einsatz von sozialen Betriebsfürsorgerinnen in Fabriken und anderen Werkstätten. Ihre Ausbildung besteht aus vier bis sechs Wochen freiwilligem Arbeitsdienst, drei Monaten praktischer Arbeit in einer Fabrik, vierzehn Tagen im Schulungslager des Frauenamts und vierzehn Tagen Praxis bei einer sozialen Betriebsarbeiterin in einer Fabrik. Diese Frauen, an die menschlich und politisch außerordentlich große Anforderungen gestellt werden, haben die Aufgabe, dem Betriebsführer und dem Vertrauensrat in den Betrieben bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen beratend zur Seite zu stehen. Ihre Aufgabe ist dabei der Arbeiterin gegenüber nicht nur sozialer und rein menschlicher, sondern auch politischer Art: sie müssen die ihnen anvertrauten Arbeiterinnen auch zur Teilnahme an den Gesamtaufgaben des Volkes zu

gewinnen suchen. Sie sind zu dieser Arbeit sowohl sozialpädagogisch als auch arbeitspädagogisch ausgebildet und müssen nach ihrer Ausbildung selber ein viertel bis ein halbes Jahr Arbeiterin in einem Betrieb gewesen sein, um alle Arbeitsmethoden durch eigene Erfahrung kennen zu lernen, und kehren dann nach einem weltanschaulich-politischen Wiederholungskursus als Sendboten nationalsozialistischer Lebenshaltung, als Kameradin der Arbeiterin und als Beraterin des Betriebsführers in die Fabrik zurück.[126)]

Bei aller Verschiedenheit und allen neuen Formen, durch welche sich die nationalsozialistische Frau in ihrer politischen und sozialen Einstellung von der Frau früherer Zeit unterscheidet, zollt sie dennoch der politischen, kulturellen und sozialen Arbeit der vorangegangenen Frauengenerationen, soweit sie völkische Bedeutung gehabt hat, volle Anerkennung. Auf dem Nürnberger Parteitag 1937 wurden in der von der Reichsfrauenführung veranstalteten Schau unter dem Motto "Einsatz der Frau in der Nation" im Ehrenraum die Bildnisse einer Reihe von Frauen der früheren völkischen Frauenbewegung ausgestellt, deren Leben und Wirken als vorbildlich für Frauenschaffen besonders geehrt werden sollten. Und als am 9. April 1938 sich der neunzigste Geburtstag von Helene Lange, der größten Vorkämpferin der deutschen Frauenbewegung, jährte, schrieb die Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink, das Lebenswerk dieser Frau sei von völkischer Bedeutung gewesen und Helene Lange stehe im Bewusstsein der Frauen, die heute den Anspruch der Nation auf die unmittelbare Mitarbeit der Frau erfüllen, als ein Vorbild fraulichen Wirkens und deutschen Wesens da.

Im Sommer 1937 wurde im Deutschen Frauenwerk das Sachgebiet "Wissenschaftliche Arbeit" errichtet. Bei der Arbeitstagung im Deutschen Frauenwerk, zu der die Reichsfrauenführerin dann im Januar 1938 die Dozentinnen der deutschen Hochschulen zusammenrief, sprach sie über die Notwendigkeit, auch die wissenschaftlich arbeitende Frau in den Kreis der nationalsozialistischen Frauenarbeit einzubeziehen. Nun, da das Fundament dieser Arbeit durch die praktische Betätigung gelegt sei und feststehe, bedürfe es zur Untermauerung derselben auch des theoretischen Schaffens der Frau. Die von den nationalsozialistischen Frauenorganisationen geleistete praktische Arbeit lasse es notwendig erscheinen, dass auch die wissenschaftliche Betätigung der Frau gefördert und so gelenkt werde, dass sie die besonderen Aufgaben, welche der Nationalsozialismus an die Frau stelle, erkenne und zu lösen imstande sei.

Hierdurch wird ein harmonisches Zusammenwirken aller weiblichen Kräfte auf kulturellem, politischem und sozialem Gebiet im Dienste der Nation gewährleistet.

4.4 Blut und Boden

Volksgesundheit

"Blut und Boden" das bedeutet: Volk und Heimat oder näher begrenzt: Sippe und Erbhof. Diese zwei Grundelemente will der Nationalsozialismus vor Zerstörung bewahren, d. h. das Volk körperlich und geistig gesund erhalten und die Heimat in sozialistischem Geiste verwalten.

Die "Reinheit des deutschen Blutes als Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes" will die nationalsozialistische Gesetzgebung in zweifacher Hinsicht schützen. Erstens vom Standpunkt der Rasse und zweitens vom Standpunkt der Erbgesundheit. Die erstgenannte Aufgabe erfüllt das "Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" vom 15.September 1935, das Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes unter Androhung von Zuchthausstrafe verbietet. Der zweiten Aufgabe dient das "Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes" vom 18. Oktober 1935, das Vorschriften darüber enthält, wann eine Ehe nicht geschlossen werden darf und welche Maßregeln die Verlobten vor der Eheschließung zu ergreifen haben, um durch ein so genanntes Ehetauglichkeitszeugnis nachzuweisen, dass ein Ehehindernis nicht vorliegt. Das Gesetz beschränkt das Verbot nur auf schwere Fälle und überlässt es im Allgemeinen der Selbstverantwortung der Eheschließenden, ob sie sich vorher an eine Eheberatungsstelle wenden wollen. Dem Gesetzgeber kommt es nämlich nicht in erster Linie darauf an, Ehen zu verbieten, als vielmehr das Volk zu einer richtigen Auffassung der Erbgesundheit und Rassenreinheit zu erziehen und zu beraten.[127a)]

Aber nicht bloß durch Eheverbote will der Gesetzgeber die Gesundheit des Volkes schützen; er greift auch noch zu anderen, drastischeren Maßregeln.

Erblich belastete Personen (Geisteskranke, Taubstumme, Blinde, Epileptiker usw.), die auf öffentliche Kosten in Deutschland in Anstalten untergebracht sind, gibt es rund 240.000. Ihr Unterhalt kostet den Staat 166 Millionen RM. Dazu kommt die ungeheure Menge von Erbkranken, die sich in Familienfürsorge befinden, so dass die Ausgaben für Erbkranke mit mindestens 200 Millionen RM zu berechnen sind. Natürlich nicht in erster Linie um dieser Kosten willen, sondern um die weitere Vererbung und Verbreitung dieser Krankheiten zu verhindern, ist vor allem das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14. Juli 1933 erlassen worden, laut welchem ein Erbkranker unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden kann, wenn die ärztliche Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen darf, dass seine Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen Erbschäden leiden werden. Erkranke im Sinne dieses Gesetzes sind Personen, die an folgenden Krankheiten leiden: angeborenem Schwachsinn, Schizophrenie, zirkulärem (manisch depressivern) Irresein, erblicher Fallsucht, erblichem Veitstanz, erblicher Blindheit, erblicher Taubheit, schwerer erblicher körperlicher Missbildung oder schwerem

Alkoholismus.[127)] Ärzte, denen solche Personen bekannt werden, sind verpflichtet, darüber Meldung zu erstatten. Über einen Antrag auf Unfruchtbarmachung hat das "Erbgesundheitsgericht" zu entscheiden. Das Verfahren vor diesem Gericht ist nicht öffentlich. Dieses Gesetz wird ergänzt durch das "Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über die Maßregeln zur Sicherung und Besserung" vom 24. November 1933.

Nicht allein durch hindernde Vorschriften sorgt der Nationalsozialismus für die Wohlfahrt des Volkes. Auch positive Maßregeln sollen demselben Zwecke dienen. Der Nationalsozialismus stellt die Familie - die Keimzelle des Staates - in den Mittelpunkt seiner Aufbauarbeit. Für ihn war es deshalb von größter Bedeutung, die bevölkerungspolitische Lage des deutschen Volkes einer genauen Prüfung zu unterziehen. Es stellte sich hierbei heraus, dass in Deutschland ein Rückgang der Geburten stattfand, der ein bedrohliches Ausmaß anzunehmen begann. Die Ursache lag, wie man erkannte, nicht bloß in wirtschaftlichen Umständen, sondern sie war auch erzieherischer, psychologischer und ethischer Art. Es handelte sich darum nicht nur einer größeren Anzahl von Volksgenossen die Möglichkeit zu schaffen, eine Familie zu gründen, sondern auch den Sinn und die Neigung dafür zu wecken und zu fördern. Dieser Aufgabe diente anfangs die Einführung von Ehestandsdarlehen, [128)] vor allem aber das von der "Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt" geschaffene Hilfswerk "Mutter und Kind" (s. S. 194, 208 und Anmerkung [113a)]. Hierher gehören auch andere sozialpolitische Maßnahmen wie Arbeitsbeschaffung für Väter kinderreicher Familien und verschiedene steuerliche Erleichterungen.[129)]

Der Sicherung eines normalen und gesunden Familienzuwachses dient auch das am 21. Dezember 1938 erschienene neue Hebammengesetz. Jede Frau ist danach verpflichtet, bei der Niederkunft eine Hebamme zuzuziehen, und jede Hebamme ist verpflichtet, einem Zuruf Folge zu leisten. Jede Ausübung der Geburtshilfe durch andere Personen als Ärzte und Hebammen ist unter Strafe gestellt. Die Ausübung des Hebammenberufes muss sich auf staatliche Anerkennung stützen. Außerdem ist für die im freien Beruf tätigen Hebammen eine Niederlassungserlaubnis eingeführt, bei deren Erteilung ihr ein bestimmter Wohnsitz zugewiesen wird. Bei dieser Erteilung der Niederlassungserlaubnis wird ihr zugleich ein jährliches Mindesteinkommen aus öffentlichen Mitteln gewährleistet.

In das Gebiet der Gesundheitspflege gehören auch die Bemühungen, in verschiedenen Kreisen der Bevölkerung Mäßigung und, wenn möglich, freiwillige Entwöhnung vom Genuss von Alkohol und Nikotin zu propagieren. Das Reichsgesundheitsamt richtete im März 1939 an die deutsche medizinische Wissenschaft einen Aufruf zur Mitarbeit an dem Problem "Nikotin und Volksgesundheit", um u. a. die Wirkungen des Nikotins auf die biologische

Leistung festzustellen. Die zweite Reichstagung "Volksgesundheit und Genussgifte" im März 1939 stellte folgende vier Forderungen auf:
1. Schutz der Jugend vor Alkohol und Tabak, ohne dass eine Altersgrenze gezogen werde.
2. Völlige Enthaltsamkeit vom Alkohol im Verkehr auf allen Straßen für Berufsfahrer ebenso wie für die so genannten Herrenfahrer.
3. Entwicklung und Herstellung alkoholfreier Getränke, die geschmacklich gut, gesundheitlich einwandfrei und so preiswert sind, dass sie allen Kreisen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden können.
4. Das völlige Verschwinden der mit dem Volksempfinden unvereinbaren Industriereklame in Zeitungen, Film und Funk.

Der Generalfeldmarschall Göring gab im April 1939 einen Erlass über Alkohol- und Nikotinmissbrauch heraus. Er denke nicht daran, erklärte er, jeden Genuss von Alkohol und Nikotin zu verdammen, aber er bekämpfe den Missbrauch dieser Genussmittel. Für den Bereich der Luftwaffe erging eine Reihe von Verboten; in militärischen Heimen und Kantinen dürfen keine Bars eingerichtet werden und vielerlei anderes. Bemerkenswert war der Beschluss des Führerkorps der HJ 1939, geschlossen auf das Rauchen zu verzichten. Am 12. Juli 1939 wurde eine "Reichsstelle gegen die Alkohol- und Tabakgebühren" errichtet.

Leibesziehung
Schon in seinem Buch "Mein Kampf" hatte Hitler gesagt: "Es dürfte kein Tag vergehen, an dem der junge Mensch nicht mindestens vormittags und abends je eine Stunde lang körperlich geschult wird, und zwar in jeder Art von Sport und Turnen."

Unter "Turnen" verstand man früher in Deutschland alles, was mit Leibesübungen zusammenhing: Geräteübungen, Freiübungen, Rasenspiele, Schwimmen, Fechten, Wandern usw. Im Laufe der Jahre spezialisierte sich das Turnen. Es entstanden Vereine, die nur "Leichtathletik", andere, die nur Fußball, Boxen usw. betrieben. Sogar innerhalb dieser Spezialvereine spezialisierte man sich immer mehr: einer war nur Kurzstreckenläufer, einer nur Sechstagerenner, einer nur Rückenschwimmer usw. Es gab "bürgerliche" und "proletarische" Sportvereine. Die Konkurrenz unter den Vereinen rief manchmal gegenseitigen Hass hervor, kurz: auch auf diesem Gebiet hat das "freie Spiel der Kräfte" zu einem Zustande geführt, bei dem der eigentliche Zweck mehr oder weniger in den Hintergrund trat zugunsten von allerhand Nebenzwecken.

Diesen eigentlichen Zweck, nämlich im ganzen Volk Verständnis und Interesse für allseitige Kräftigung und für die leistungsfähige Tüchtigkeit des Körpers zu verbreiten, will der Nationalsozialismus als Hauptaufgabe des Sports betrachten und fördern. Er beurteilt den Sport nicht vom Standpunkt des Rekords, sondern

vom Standpunkt des gesunden Körpers als der Grundlage eines gesunden Charakters. Der Nationalsozialismus widersetzt sich freilich nicht den Bemühungen, besonders hervorragende Einzelleistungen zu fördern. Aber er betrachtet solche Leistungen nur als Beweise für die Kraft des Willens, für die Schlagfertigkeit des Geistes und für die Ausdauer der Nerven. Auf Weltrekorde und große "Kanonen" kommt es ihm nicht an. Er unterschätzt nicht die "nationale" und die "politische" Bedeutung der Olympischen Spiele. Aber in vorderster Reihe steht für ihn die große und möglichst gleichmäßige Leistung des Durchschnitts. Aus einer starken und gesunden zusammenwirkenden Gemeinschaft können auf natürlichem Wege, ohne künstliche Überzüchtung auch überragende Ausnahmeleistungen hervorwachsen. Körperliche Leistungen sollen Hand in Hand gehen mit charakterlicher Tüchtigkeit und Reinheit und Zähigkeit des Willens.

Im Juli 1934 wurden sämtliche sportlichen Vereine in Deutschland in den "Deutschen Reichsbund für Leibesübungen" zusammengeschlossen, der 1938 die Bezeichnung "Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen" (NSRL) erhielt und zu einer von der NSDAP betreuten Organisation erklärt wurde. Laut Erlass des Führers vom 21. Dezember 1938 obliegt dem NS-Reichsbund für Leibesübungen die Leibeserziehung des deutschen Volkes, soweit sie nicht durch den Staat oder durch die Partei, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände durchgeführt wird. Durch den Reichsbund erfolgt auch jede Vertretung der deutschen Leibesübungen gegenüber dem Ausland.

Bauerntum und Siedlung

Die ländlichen Grundbesitzverhältnisse hatten sich in Deutschland im Verlaufe des 19. Jahrhunderts infolge einer unvernünftigen Agrarpolitik bedenklich verschlechtert. Besonders war dies im Osten der Fall, wo schon 1907 Über die Hälfte der Bauerngüter sich in den Händen des Großgrundbesitzes befand. Nach dem Weltkriege und dem Verfall der deutschen Währung nahmen Bauern und Gutsbesitzer große Anleihen auf, für die sie unverhältnismäßig hohe Zinsen zahlen mussten. Bei den immer weiter sinkenden Preisen für landwirtschaftliche Produkte geriet die Landwirtschaft in eine wachsende Notlage, die schließlich zu Zwangsversteigerungen immer zahlreicherer ländlicher Grundstücke führte.[130)] Das Kapital des Spekulantentums ließ die Landgüter als Handelsware von Hand zu Hand laufen. Schließlich nahm die Entwurzelung des Bauern immer katastrophalere Formen an. Wegen seiner Steuerrückstände und infolge von Überschuldung wurde er rücksichtslos von Haus und Hof vertrieben. In manchen Teilen Deutschlands setzte er sich zur Wehr. Unter der schwarzen Bauernfahne standen die Bauern auf, um sich ihr Recht mit Gewalt zu erkämpfen. Aber auch diese Versuche führten zu keiner Besserung.

Der Nationalsozialismus nimmt auch gegenüber der Landwirtschaft einen ganz anderen Standpunkt ein als die vorhergehende Epoche der freien Konkurrenz. Er

betrachtet Getreidebau, Getreidehandel, Müllerei und Mehlhandel nicht als Beschäftigungen, mit denen man in erster Linie Geld verdienen kann, sondern als einen Dienst an der Ernährung des Volkes. Der Nährstand soll deshalb als die wichtigste Grundlage für die Existenz des Volkes in seinem Bestand als Erzeuger und Verkäufer des täglichen Brotes vor ungerechtigten Zugriffen egoistischer Gläubiger bewahrt werden.

Als der Nationalsozialismus zur Macht gelangte, war eine seiner ersten durchgreifenden Maßnahmen, vor allem die verheerenden Zwangsversteigerungen zum Stillstand zu bringen. Dies geschah durch einige schon gleich im Anfang erlassene Gesetze, und zwar durch die "Verordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz" vom 14. Februar 1933 und das "Gesetz über den Pächterschutz" vom 22. April 1933, an die sich eine großzügige Entschuldungsmaßnahme und eine fühlbare Zinssenkung anschlossen, welcher letzteren vor allem das "Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse" vom 1. Juni 1933 diente. Laut diesem Gesetz soll, falls der Landwirt es nicht aus eigenen Mitteln zu tun vermag, ein so genanntes Entschuldungsverfahren eingeleitet werden, das durch einen Zwangsvergleich eine Kapitalkürzung herbeiführt, wobei Forderungen bis auf die Hälfte gekürzt werden können. Eine andere Form ist, durch Landabgabe die Schuldsumme wesentlich zu vermindern oder zu tilgen.

Neben dieser legislativen Tätigkeit zur Heilung alter Schäden und sozialer Krankheiten ging eine andere Arbeit aufbauender und schöpferischer Art.

Vor 1933 hatte man durch viel zu kleine Bauernstellen den Siedler sofort wieder der Not ausgeliefert. Damals besaßen fast 30 Prozent der Siedlerstellen weniger als 2 ha; nach 1933 gehören nur 5 Prozent zu dieser niedrigen Kategorie, während 69 Prozent 10 ha und mehr Land besitzen.[131)]

Am 14. Juli 1933 bestimmte ein "Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums", dass die ländliche Siedlung (insbesondere die Schaffung von Bauernhöfen, also die Neubildung deutschen Bauerntums) ausschließlich Aufgabe des Reiches ist, und leitete damit eine einheitliche Politik zur Neubildung deutschen Bauerntums ein. Am 15. Juli erging ein "Gesetz über die Zuständigkeit des Reiches für die Regelung des ständischen Aufbaus der Landwirtschaft", das dem Reich die ausschließliche Aufsicht über diesen Aufbau sicherte. Da in Deutschland auf 100 Einwohner nur rund 42 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche entfallen (gegen 83 in Frankreich, 157 in Irland, 402 in Chile usw.) und Deutschland infolgedessen sich nur mit 83 Prozent aus seiner eigenen Produktion ernähren kann, während 17 Prozent der Nahrungsmittel aus dem Auslande eingeführt werden müssen, erwies es sich als notwendig, die bei der Einfuhr ausländischer Lebensmittel schädlichen Einflüsse ausländischer Preise auszuschalten. Zugleich mussten aber auch die Preise für

Lebensmittel auf dem einheimischen Markt vor Schwankungen bewahrt werden, welche durch die Spekulation verursacht wurden.

Durch das "Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregelung landwirtschaftlicher Erzeugnisse" vom 13. September 1933 wurde es möglich, vor allem die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes zu überwachen und dem Bauern einen angemessenen Preis für seine Arbeit zu sichern. Sämtliche Kräfte des Bauerntums wurden in einer großen Organisation, dem "Reichsnährstand", zusammengefasst.[132)] Dieser Begriff ist nicht mit dem traditionellen Begriffe eines "Standes" zu verwechseln; der Reichsnährstand ist keine Interessenvertretung der Bauern gegenüber dem Staat, kein "Reichsbauernstand", sondern eine Organisation, die alles das zusammenfasst und verwaltet, was zur Sicherstellung der Volksernährung gehört.

Es wurde zugleich eine Marktordnung geschaffen, indem man die wirkliche Erzeugung und den wirklichen Bedarf feststellte und dann den volkswirtschaftlich gerechten Marktpreis bestimmte, d. h. den Preis, den sowohl der Erzeuger wie der Verbraucher zu tragen imstande ist. Als erstes Gebiet wurde die Getreidewirtschaft durch das "Gesetz zur Sicherung der Getreidepreise" vom 26. September 1933 geregelt, das den Reichsernährungsminister ermächtigte, feste Preise für Getreide festzusetzen. An die Stelle der "Spekulationsbörse" trat ein "Getreidegroßmarkt", wobei ein gerechter Preis für die wichtigste Ernte des Bauern gesichert und der Bauer selbst von den Spekulationen und dem Auf und Ab der früheren Marktpreiswirtschaft freigemacht wurde. Außerdem erschien am 15. September 1933 ein "Gesetz über den Zusammenschluss von Mühlen", das den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zu bestimmen ermächtigte, in welchen Mengen die einzelnen Mühlen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes inländischen Roggen oder Weizen kaufen und verarbeiten und welchen Preis sie beim Ankauf zahlen müssen.

Vor allem wichtig war das "Gesetz zur Ordnung der Getreidewirtschaft" (Getreidegrundgesetz) vom 27. Juni 1934, durch welches für Jahre hinaus die Voraussetzungen geschaffen wurden, um dem Bauern den Absatz der Ernte zu gerechten Preisen und dem gesamten Volk die Versorgung mit Brot zu gewährleisten.

Im außerordentlich günstigen Erntejahr 1933/34 war die Landwirtschaft vor der Zerstörung durch kapitalistische Spekulationskäufe gerettet worden. Im bedeutend schlechteren Erntejahr 1934/35 wurde die neue Getreidewirtschaftsorganisation wirtschaftlich durch das Festpreissystem befestigt. Die vollkommene Marktregelung wurde durchgeführt und 19 Getreidewirtschaftsverbände wurden gebildet. Sie umfassen: Erzeuger,

Bearbeiter und Verarbeiter von Getreide, Getreidehandel, Mehlhandel, Bäcker und Brotfabriken.

Die Gesamtheit dieser Verbände hat die Aufgabe, den Absatz und die Verwertung von Getreide (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer) und Erzeugnissen hieraus und von Brot sowie die Preise dafür so zu regeln, dass die Versorgung der Verbraucher sichergestellt ist. Die Stabilisierung des Brotpreises im weitesten Sinne ermöglicht auch die Berechnung eines gerechten Lohnes für den Industriearbeiter und die Stetigkeit in den Kalkulationen der Industrieunternehmungen.

Ohne die neue Getreidepolitik hätte die Rekordernte des Jahres 1933 den Zusammenbruch der deutschen Getreidemärkte bedeutet. Das nationalsozialistische Festpreissystem verhinderte diesen Zusammenbruch. Statt eines Preissturzes konnte das deutsche Getreide über doppeltem Weltmarktpreis abgesetzt werden. Die Rekordernte wurde nicht sinnlos verschleudert. Der Regierung stand jetzt eine Reserve von 2 Millionen Tonnen zur Verfügung. Und als die Ernte 1934 wesentlich schlechter ausfiel als im Vorjahre (mit 11,7 Millionen Tonnen war sie immerhin noch gleich dem Durchschnitt der letzten zehn Erntejahre) wurde der Verbraucher vor kapitalistischer Spekulation geschützt. Und die Ernährungskosten sind die niedrigsten in den Gesamtlebenshaltungskosten.

Beim zweiten Reichsbauerntag in Goslar, über dem das Wort Hitlers stand: "Deutschland wird ein Bauernland sein oder es wird nicht sein", hielt der Reichsbauernführer Darre eine Rede, in der er u. a. sagte: "Indem das deutsche Bauerntum begonnen hat, mit der Ordnung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse anzufangen, wird über kurz oder lang die übrige Wirtschaft nach den gleichen Prinzipien sich in die Front des Bauern einreihen müssen... Und dann wird die Wirtschaft des deutschen Volkes die erste Wirtschaft der Welt sein, die auf einer neuen Ordnung aufgebaut ist, und in welcher nicht mehr die Geldsucht des Händlers, sondern das Ethos der Arbeit die Achse aller Überlegungen ist."

Die "Erzeugungsschlacht", zu der Darré die deutschen Bauern aufrief, sollte für Deutschland zunächst die volle Nahrungsfreiheit erobern. Am 15. Dezember 1934 erließ der Reichsbauernführer "Die zehn Gebote der Erzeugungsschlacht für den deutschen Bauern", die diesen belehrten, wie er wirtschaften soll, um auf die Dauer dem Ertrag seiner Arbeit Stetigkeit und Sicherheit zu verschaffen. Der Erfolg dieser Bemühungen zeigte sich darin, dass seit 1933 die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte in immer bedeutenderem Maße vermindert werden konnte (wodurch Devisen gespart wurden) und dass der deutsche Bauer im Jahre 1934 für 350 Millionen RM mehr Aufträge an die Wirtschaft erteilte als im Jahre 1932. Die straffe Organisation der "Erzeugungsschlacht" hatte zur Folge, dass sogar in einem dem Nationalsozialismus anfangs feindlichen Gebiet

wie dem Rheinland, die Landesbauernschaft für das Winterhilfswerk 1934/35 in wenigen Tagen aus den durchweg kleinbäuerlichen Betrieben 200.000 Zentner Kartoffeln, 45.000 Zentner Brotgetreide und 50.000 RM Bargeld zusammenbrachte.

Mit ganz besonderer Intensität schritt man an die Verbesserung des Bodens und die Gewinnung von Neuland. Während 1932 27 Millionen RM für Mehlrationen zur Verfügung gestellt wurden, waren es 1933 270 Millionen. Während früher durchschnittlich 68.500 Notstandsarbeiter in der Landeskultur beschäftigt wurden, waren es im März 1934 bereits 631.000 Mann. Im Jahre 1934 wurden 130.000 ha Land für das Bauernsiedlungswerk bereitgestellt und schon im Jahr 1933 waren über 138 Millionen RM in die Not leidenden Gebiete gesandt worden.

Der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung ist im Jahre 1934/35 auf 11,1 Milliarden RM gestiegen und liegt damit um 2,4 Milliarden RM (27 Prozent) höher als im Jahre 1932/33.

Für die Unterbringung von Landarbeitern in einwandfreien Wohnungen sorgte eine Verordnung vom 10. März 1937, die für diesen Zweck 44 Millionen RM. zur Verfügung stellte. Gegen eine monatliche Rente von 12 bis 14 RM. kann auf diesem Wege eine Landarbeiterwohnung errichtet werden.

Im September 1935 schrieb die "Lorbacher Bürgerzeitung" (die größte Tageszeitung Ost-Lothringens, die sonst sich recht gehässig gegen den Nationalsozialismus stellte): "In Deutschland stand die Landwirtschaft vor zwei und drei Jahren vor dem Bankrott und war in starke Verschuldung geraten. Heute ist sie aus dieser schweren Zeit ziemlich heraus. Der deutsche Bauer erhält anständige Preise für seine Produkte, und die Konsumentenpreise für landwirtschaftliche Produkte sind kaum merklich höher als in Frankreich." [133)]

Die grundlegende Maßnahme, die allen diesen Gesetzen und Verordnungen ihre praktische Wirkung sicherte, war das bereits am 15. Mai 1933 erlassene preußische "Gesetz über das bäuerliche Erbhofrecht", das im "Reichserbhofgesetz" vom 29. September 1933 seinen endgültigen Ausdruck fand.

Dieses Gesetz sicherte das Bauernland vor dem Zugriff der kapitalistischen Spekulation. Es bestimmte, dass die bäuerlichen Erbhöfe grundsätzlich unveräußerlich, unteilbar, unbelastbar und gegen Zwangsvollstreckung geschützt sind. Es will die Bauernhöfe vor Zersplitterung und vor Verschuldung bewahren. Nur ein Kind des Bauern, der so genannte "Anerbe", kann den Hof erben.[134)] Die anderen Kinder werden, bis sie wirtschaftlich selbständig geworden sind, vom Hof versorgt und können, wenn sie in Not geraten, dort

Zuflucht finden. Der Erbhof muss mindestens zur Ernährung und Erhaltung einer bäuerlichen Familie ausreichen ("Ackernahrung") und er darf nicht so groß sein, dass seine Bewirtschaftung nicht mehr von einer Hofstelle aus ohne Vorwerke erfolgen kann (d. h. höchstens 125 ha).

Am 1. Oktober 1936 waren 700.000 Bauernhöfe, d. h. 35,3 Prozent der landwirtschaftlich genützten Fläche Deutschlands, zu Erbhöfen erklärt.

Die Bewirtschaftung der Erbhöfe ist unter strenge Kontrolle gestellt. Ein Bauer, der seinen Betrieb vernachlässigt oder verkommen läßt, kann vom so genannten "Anerbengericht" bestraft werden, indem ihm die Verwaltung und Nutznießung oder sogar das Eigentum selbst entzogen wird. Im Rahmen des zweiten Vierjahresplans sind diese Strafbestimmungen auf alle landwirtschaftlichen Betriebe ohne Ausnahme ausgedehnt worden. Zugleich hat ein "Gesetz zur Änderung der Bekanntmachung über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken" vom 26. Januar 1937 ungeeigneten Personen den Erwerb von solchen Grundstücken unmöglich gemacht.[135)]

Wie die Marktordnung die Ernährung des Volkes sicherstellte, so hat das Erbhofgesetz den Bauern als den Träger der Volksnahrung vor dem Untergang gerettet.[136)]

Einen wichtigen Schritt in der nationalsozialistischen Agrarpolitik bildet das Gesetz vom 6. Juli 1928, laut welchem am 1. Januar 1939 sämtliche noch vorhandenen Familienfideikommisse in Deutschland aufgehoben wurden, da sie nur der Begünstigung gewisser Standes- und Familienprivilegien dienen. Neben diesem grundsätzlichen Zweck hat das Gesetz die Aufgabe, die Gefahr zu beseitigen, die die Institution des Familienfideikommisses für den kleineren Grundbesitz bedeutete, indem sie die Aufsaugung des selben durch den Großgrundbesitz förderte." [137)]

Die Bedeutung des Erbhofgesetzes beschränkt sich nicht auf die Wirkung, die es auf den nationalökonomischen Charakter des Bauernhofes ausübt; seinem Geiste nach leitet es auch eine Wandlung in der Auffassung des Eigentumsbegriffes überhaupt ein. Seine Wirkung erstreckt sich deshalb auch auf Lebensgebiete außerhalb des eigentlichen Bodenbesitzes.[138)]

4.5 Wirtschaftsleben

über die Regelung, die der Nationalsozialismus im Wirtschaftsleben traf, soll hier nur das Grundsätzliche in den Hauptpunkten berührt werden. Den Standpunkt, den der Nationalsozialismus auf diesem Gebiet einnimmt, hat Hitler in zwei Reden in klarer Weise zum Ausdruck gebracht. In seiner Reichstagsrede vom 31. Januar 1937 sagte er: "In den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Volk gibt es nur etwas Unveränderliches, und dies ist das Volk.

Wirtschaftsbetätigung aber ist kein Dogma und wird nie ein solches sein... Der Nationalsozialismus ist, wie wir wissen, der schärfste Gegner der liberalistischen Auffassung, dass die Wirtschaft für das Kapital da sei und das Volk für die Wirtschaft. Wir waren daher auch vom ersten Tage an entschlossen, mit dem Trugschluss zu brechen, dass etwa die Wirtschaft im Staate ein ungebundenes, unkontrollierbares und unbeaufsichtigtes Eigenlegen führen könnte. Eine freie, d. h. eine ausschließlich sich selbst überlassene Wirtschaft kann es heute nicht mehr geben. Nicht nur, dass dies etwa politisch untragbar wäre, nein, auch wirtschaftlich würden unmögliche Zustände die Folge sein... Die Rettung unseres Volkes ist nicht ein Problem der Finanzen, sondern ausschließlich ein Problem der Verbindung und des Einsatzes unserer vorhandenen Arbeitskraft einerseits und der Ausnutzung des vorhandenen Bodens und der Bodenschätze anderseits."

Und indem er auf den großen Gedanken des Vierjahresplanes zu sprechen kommt, fügt er hinzu: "Auch der neue Staat wird und will nicht Unternehmer sein. Er wird nur den Einsatz der Arbeitskraft der Nation insoweit regeln, als es zum Nutzen aller notwendig ist. Und er wird den Arbeitsprozess nur soweit beaufsichtigen, als es im Interesse aller Beteiligten sein muss."

Anderthalb Jahre später, auf dem zehnten Parteitag am 6. September 1938, hat er dann diesen Gedankengang weiter ausgeführt, indem er sagte: "Das deutsche Volk hat keine Goldwährung. Das heißt, es ist - dank dem Wirken unserer Feinde - wenn auch auf eine schmerzvolle Weise von dem Wahnwitz einer so genannten Goldwährung und damit Golddeckung erlöst worden. Umso wichtiger aber ist es gerade deshalb, der deutschen Währung jene einzige reale Deckung zu geben, die als Voraussetzung für ihre Stabilität die immer gleiche Kaufkraft sicherstellt. Nämlich: die ansteigende Produktion. Für jede Mark, die in Deutschland mehr bezahlt wird, muss um eine Mark mehr produziert werden. Im anderen Falle ist diese ausgegebene Mark ein wertloses Papier, weil für sie mangels der produktiven Gegenleistung nichts gekauft werden kann. Diese primitive nationalsozialistische Wirtschafts- und Währungspolitik hat es uns gestattet, in einer Zeit allgemeiner Währungsschwindeleien den Wert, d. h. die Kaufkraft der deutschen Mark, stabil zu halten... Es ist daher nationalsozialistische Wirtschaftserkenntnis, dass die einzig wahrhaftige Lohnerhöhung die Produktionserhöhung ist... Und es ist vielleicht mit das höchste Verdienst der nationalsozialistischen Bewegung, dass sie diese ebenso einfachen wie natürlichen, aber leider sehr oft unpopulären Grundsätze immer mehr zum Gemeingut des ganzen Volkes gemacht hat. Während zur selben Zeit in den Demokratien Löhne und Preise einander in wilder Hast emporjagen, die Gesamtproduktionen aber dauernd sinken, bietet die nationalsozialistische Wirtschaftsführung das Bild einer stetig steigenden Produktion und damit das Bild einer andauernden Hebung des Konsums und einer stabilen Währung. Gewiss - mehr als gearbeitet werden kann nicht. Wenn in einem so großen Volk

aber die ganze Nation produziert, so fließen diese gewaltigen Gebrauchsgüter wieder dem Konsum des ganzen Volkes zu. Denn man kann auf die Dauer wohl Geld aufspeichern, oder Gold horten, aber keine Produktionsgüter, mögen diese nun Lebensmittel oder Waren sein. Sie schreien nach dem Konsumenten. Indem wir also das deutsche Volk zu einer immer höher steigenden Produktion aufrufen, ergibt sich von selbst die Notwendigkeit, diese Gebrauchsgüter im Kreislauf wieder dem Volke zuzuführen."

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands drohte, nachdem die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch die Verkündung der "Arbeitsschlacht" in Gang gebracht worden war, Mitte 1934 durch den Umstand aufgehalten zu werden, dass Deutschland bei seiner schlechten Zahlungs- und Handelsbilanz die für diese Entwicklung nötigen Rohstoffe nicht mehr beschaffen konnte. Dieser Not sollte der am 24. September 1934 in Kraft gesetzte "Neue Plan" steuern, der sich auf dem Grundsatz aufbaute: "Nicht mehr kaufen als bezahlt werden kann." Trotz der mit Überwachung der Einfuhr und der Kontingentierung der eingeführten Waren unvermeidlichen Schwierigkeiten und Härten wirkte sich der "Neue Plan" doch im Allgemeinen günstig aus, was daraus ersichtlich ist, dass gegenüber einem Einfuhrüberschuss von 284 Millionen RM im Jahre 1934 die deutsche Handelsbilanz im zweiten Halbjahr 1935 ausgeglichen und im Jahre 1936 ein Ausfuhrüberschuss von 553 Millionen RM erzielt werden konnte. Dieser Ausfuhrüberschuss stand freilich nicht in voller Höhe in Devisen zur Verfügung. Und die Besserung der Außenhandelsbilanz verdankte Deutschland zum Teil der "Erzeugungsschlacht" des Reichsnähr-, d. h. des Bauernstandes. Nach Schätzungen des Institutes für Konjunkturforschung betrug nämlich der Anteil der inländischen Erzeugung am Gesamtverbrauch:

	1927	1935
bei Nahrungs- und Futtermitteln (Ernährungswirtschaft)	66%	83%
bei landwirtschaftlichen Rohstoffen (Rohstoffwirtschaft)	29%	43%

Aber die Abhängigkeit Deutschlands vom Auslande war in manchen Teilen der Versorgung und Ernährung noch sehr groß, wie aus folgenden Zahlen hervorgeht:

bei Wolle	90 Prozent,
bei Öl	84 Prozent,
bei Hanf	70 Prozent,
bei Fett	45 Prozent,
bei Schmalz	40 Prozent,
bei Butter	30 Prozent.

So entstand aus dem ersten Vierjahresplan der zweite, der in der "Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936" seine Formulierung fand. Mit der Durchführung dieses Planes wurde der

Ministerpräsident Reichsmarschall (damals Generaloberst) Hermann Göring betraut.

Aus der erfolgreichen Durchführung des ersten Vierjahresplanes waren neue Probleme entstanden, an deren Lösung die Wirtschaftspolitik sich nun machen musste, um die bisherigen Erfolge zu sichern und auszubauen. Es wuchs nicht nur die Nachfrage nach Verbrauchswaren, sondern es hatte sich vor allem in der Industrie das Bedürfnis nach Rohstoffen in steigendem Maße erhöht. Diese notwendigen ausländischen Rohstoffe konnten aber nur beschafft werden, wenn eine entsprechende Menge deutscher Erzeugnisse ausgeführt wurden. Diese Ausfuhr in demselben Verhältnis zu steigern wie der Rohstoffbedarf Deutschlands wuchs, erwies sich aber nur unter der Voraussetzung als möglich, dass das Ausland den gesteigerten deutschen Export aufzunehmen imstande war. Dies war nicht der Fall, und es drohte damit die Gefahr von Überproduktion und Inflation.

Die größte und schwierigste Aufgabe bestand also darin, die notwendigen Rohstoffe aus eigener Kraft und aus dem eigenen Boden zu schaffen. Was deutscher Boden in landwirtschaftlicher und bergbaulicher Hinsicht herzugeben und was deutscher Erfindergeist durch chemische und technische Leistungen zu erzielen vermochten, das wollte man nun selber zustande bringen.

Diese gigantische Aufgabe forderte vom Lenker des Vierjahresplanes die Lösung zweier anderer schwieriger Probleme. Erstens sollten Großanlagen errichtet werden, für die neue Rohstoffe beschafft werden mussten, und zweitens mussten für die Produktionswerke die nötigen neuen Arbeitskräfte gefunden werden. Durch Facharbeiterausbildung, Umschulung, umsichtige Lenkung des Arbeitseinsatzes versucht man hier zu dauerhaften Lösungen zu kommen. So entstand aus den Vertretern der oft gegensätzlichen Interessen von Staat, Arbeiter und Konkurrent eine neue Organisation der gewerblichen Wirtschaft, die als geschlossenes Gebilde das Verbindungsglied zwischen Wirtschaftsführung des Staates und dem Unternehmer- und Arbeitertum bildet.

Aus der Wirtschaftsführung hat sich eine Wirtschaftsplanung herausentwickelt. Es handelt sich jetzt nicht mehr bloß um ein Ankurbeln, sondern darum, die Wirtschaft so zu ordnen und zu lenken, dass sie durch Rationalisierung und Leistungssteigerung die höchste Wirtschaftlichkeit und damit die höchsten Erfolge erzielt. Die Rationalisierung sucht die Frage zu lösen: wie kann man den Nutzeffekt unter Einsatz derselben Mittel an Menschen, Material und Geld erhöhen? Oder: wie kann man dasselbe wie bisher, aber unter Einsparung von Menschen, Material und Geld leisten? Dies geschieht einerseits durch stärkere Beanspruchung der Maschinenarbeit und größere Effektivität dieser Arbeit durch Typisierung, [139)] anderseits durch Freimachung der Kräfte im Innern des

Menschen, indem Wille und Fähigkeit des Schaffenden zu höherer Leistung geweckt werden.[140)]

Die Durchführung dieses Programms stellt nicht nur an Landwirtschaft und Industrie, sondern auch an den einzelnen Volksgenossen erhöhte Forderungen an Arbeitseinsatz und Opferwillen, die aber nirgends versagt haben.[141)]

Unter den für die Durchführung des Vierjahresplanes notwendigen Rohstoffquellen stehen Kohle und Eisen an erster Stelle. Deutschland gehört zu den kohlenreichsten Ländern Europas. Bei der jetzigen Kohlenförderung reichen seine Braunkohlenvorräte noch für etwa dreihundert Jahre und seine Steinkohlenvorräte sogar für zweitausend Jahre aus. Über die Deckung des Inlandsbedarfs hinaus konnte der Steinkohlenbergbau in der Zeit von 1933 bis 1937 die Kohlenausfuhr mehr als verdoppeln, so dass die Steinkohlenausfuhr im Jahre 1937 10 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr ausmachte und annähernd 600 Millionen RM Devisen erbrachte. Die im Lauf der nächsten Jahre in Betrieb kommenden Werke des Vierjahresplanes stellen an den Kohlenbergbau so außergewöhnliche Ansprüche, dass der steigende Kohlen-, Koks und Brikettbedarf nur durch weiteren Ausbau der Kohlengewinnungsbetriebe, Kokereien und Brikettfabriken gedeckt werden kann.

Unvergleichlich größere Schwierigkeiten als die Kohle bietet die Beschaffung von Eisen für Deutschland. Das Versailler Diktat hatte das Reich um 80 Prozent seiner Eisenerzlager beraubt. Trotz alledem war es gelungen, Deutschlands Anteil an der Weltproduktion von Rohstahl von 18,5 Millionen Tonnen im Jahre 1929 auf 23,3 Millionen Tonnen im Jahre 1928 zu erhöhen. Aber auch diese Produktionserhöhung wird nicht genügen. Es sollen deshalb die Hüttenwerke Salzgitter [142)] in Mitteldeutschland und Linz an der Donau in Betrieb genommen und zu einem gewaltigen Eisen- und Stahlwerk (Hermann-Göring-Werke) ausgebaut werden.

Die Ausbeutung und Verarbeitung der Erzlager in Salzgitter ist ohne erhebliches Umlernen in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht nicht möglich. Sie enthalten ungefähr halb so viel Eisen wie die schwedischen Erze. In dem am leichtesten gewinnbaren Teile der Lagerstätten ist das Eisen in großem Umfange durch Kieselsäure verdrängt, die bei den gegenwärtigen Arbeitsmethoden als höchst unerwünschter Eisenbegleiter zu betrachten ist. Aber die Mengen an Eisenerz sind zweifellos ganz gewaltig. Die Bohrungen haben ergeben, dass nachweislich 1,2 Milliarden Tonnen Eisenerze zur Verfügung stehen. Es wurden dabei sogar Lager mit einem Eisengehalt zwischen 38 und 45 Prozent festgestellt. Im Laufe des Jahres 1939 sind die ersten Hochöfen der Hermann-Göring-Werke in Betrieb gekommen und werden, wenn das ganze Werk fertig ist, eine Jahreserzeugung von 4 Millionen Tonnen Stahl haben.

Außer diesen von der Natur gelieferten Rohstoffen soll ihr Vorrat noch durch die chemische Technik erweitert werden, was unter anderem z. B. durch die "Verwertung des Wertlosen" geschieht, d. h. von Nebenprodukten der Industrie, wie des Steinkohlenteers, der zur Grundlage eines selbständigen Industriezweiges geworden ist, dessen Ergebnisse (Farbstoffe, Arzneimittel, Sprengstoffe usw.) einen viel höheren Wert besitzen als die ursprünglichen Haupterzeugnisse.[143)]

Um die weitere Durchführung des Vierjahresplanes zu erleichtern, dient auch das bemerkenswerte "Gesetz über die Finanzierung nationalpolitischer Aufgaben des Reiches" vom 20. März 1939, oder der so genannte "Neue Finanzplan", dessen Aufgabe ist, die vom Reich benötigten Mittel zu beschaffen, ohne dass Anleihen begeben und der Reichshaushalt und das Volk mit den Zinsen dieser Anleihen belastet werden. Durch ein sinnreiches System von Steuergutscheinen (auf das hier nicht näher eingegangen werden kann) wird erreicht, dass die außerordentlichen Ausgaben des Reiches in den letzten Jahren auf die folgenden Jahre langsam und stetig verteilt werden. Der dadurch veranlasste Ausfall an Steuern soll durch eine "Mehreinkommensteuer" ausgeglichen werden, die von dem Betrag erhoben wird, um den das Einkommen einer Person in einem Jahr größer ist als in dem vergangenen Jahr. Sie wird nicht erhoben bei Einkommen unter 3000 RM, so dass der Großteil der Bevölkerung von ihr nicht betroffen wird.

Etwas Endgültiges kann über die Probleme des Wirtschaftslebens nicht gesagt werden, da nach Beendigung des Krieges gegen die Westmächte in der Wirtschaft Großdeutschlands so gewaltige neue Aufgaben der Lösung harren, dass erst nach Jahren ein klarer Überblick darüber gegeben werden kann.

5 Die Front der Jugend

5.1 Hitler-Jugend

Eine Jugendbewegung in der Form von Zusammenschlüssen von Knaben und Mädchen, die gemeinsame Fahrten unternahmen, gab es in Deutschland schon vor dem Weltkriege. Die so genannten "Wandervögel" sind überall bekannt. Ihre Ideale waren einfache Lebensweise, Liebe zur Natur, Pflege heimatlichen Volkstums. Zwölftausend Soldaten des Weltkrieges gingen aus der Wandervogelbewegung hervor. Siebentausend starben den Heldentod fürs Vaterland. Die innere Zersetzung, die nach dem Kriege sich im ganzen Volke bemerkbar machte, ergriff auch die Jugendbewegung, die sich in eine Menge der verschiedensten kleinen Bünde und Vereine zersplitterte. Die aus der Wandervogelbewegung hervorgegangenen, vor allem bürgerlichen Jugendbünde hielten sich meist von der Politik fern, während die Verbände der Arbeiterjugend schon den Klassenkampfgedanken verfechten. Während der Weimarer Republik versuchten außerdem die verschiedenen politischen Parteien aus ihren Reihen Jugendorganisationen zu gründen, die den jeweiligen Parteiparolen folgen sollten. Dem Nationalsozialismus stand jedoch diese aus der ehemaligen bündischen Jugendbewegung hervorgegangene Jugend fern, ja, im Grundsätzlichen sogar verständnislos gegenüber. Ihre Gemeinschaften waren nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck. Im Gegensatz zu dieser selbstgenügsamen Abgeschlossenheit entstand eine ganz neue Jugendbewegung, die von den weltanschaulichen und politischen Zielen des Nationalsozialismus ergriffen wurde und ihren Zweck und ihre Aufgabe im Kampf für diese Ziele erblickte. Hitler selbst streute den Samen unter diese Jugend, und sein Mitkämpfer Julius Streicher gab ihr den Namen, den sie für immer behalten sollte: Hitler-Jugend. Im Jahre 1926 fand sie ihre erste Organisation. Drei Jahre darauf, auf dem Reichsparteitag in Nürnberg, marschierten schon 2.000 Hitlerjungen am Führer vorbei. Im folgenden Jahre wurde die nationalsozialistische Jugendorganisation in der SA zentralisiert, und am 30. Oktober 1931 Baldur von Schirach zum Reichsjugendführer beim Stab der Obersten SA-Führung ernannt. Im folgenden Sommer zählte die Hitler-Jugend bereits 35.000 Mitglieder.

Aber es folgten nun schwere Zeiten. Am 13. April 1932 wurde die SA verboten, und auch die Hitler-Jugend konnte infolgedessen nur im geheimen weiterarbeiten. Dass alle Verbote und Verfolgungen nicht imstande waren sie zu unterdrücken, geht daraus hervor, dass trotz zahlreicher Relegationen aus der Schule, trotz Opfern an Leben und Gesundheit (21 Hitlerjungen sind in politischen Kämpfen getötet worden) die Bewegung bald 80.000 Mitglieder zählte. Als dann am 17. Juni 1932 das Uniformverbot der SA aufgehoben worden war, rief der Reichsjugendführer am 1. Oktober 1932 die gesamte Hitler-Jugend zu einem Reichsjugendtreffen in Potsdam zusammen. Vor den Toren Potsdams wurde ein Riesenzeltlager für 75.000 Hitlerjungen errichtet, das

sich aber als viel zu klein erwies, weil 35.000 mehr als man angenommen hatte herbeigeströmt waren. Als Hitler die Rednertribüne betrat, schaute er überwältigt auf die mächtige Schar von 110.000 Jugendlichen, die 7,5 Stunden brauchten, um zum Potsdamer Stadion aufzumarschieren. "Was kann einem Volk geschehen" - rief ihnen der Führer zu - "dessen Jugend auf alles verzichtet, um seinen großen Idealen zu dienen! Ich glaube, dass in der nationalsozialistischen Jugendbewegung ein neues Geschlecht heranwächst. Es wird dereinst den Mut besitzen, sich der Erfüllungspolitik zu widersetzen, und ihr werdet dereinst in glücklichem Stolze bekennen dürfen, dass eure Treue und Einsatzbereitschaft das neue Deutschland schufen."

Damals wussten weder der Führer noch die vor ihm marschierende Jugend, wie bald dieses prophetische Wort sich verwirklichen sollte.

Als Hitler Reichskanzler wurde, zählte die Hitler-Jugend rund eine Million Mitglieder. Baldur von Schirach fasste nun sämtliche Jugendverbände in der Hitler-Jugend (HJ) zusammen, nur die katholische Kirche weigerte sich, ihre Jugendverbände in die HJ einzugliedern. Auf einem Empfangsabend des Außenpolitischen Amtes der NSDAP im Mai 1935 umriss der Reichsjugendführer vor den Vertretern der in- und ausländischen Presse Charakter und Aufgabe der HJ mit folgenden Worten: "Die Erziehung der Jugend ist ein unveräußerliches Hoheitsrecht des Staates. Das Ziel der staatlichen Jugenderziehung ist die systematische Heranbildung des unbewussten Jungen zum bewussten Staatsbürger und Träger der Staatsidee... Die Hitler-Jugend ist die weltanschauliche Erziehungsgemeinschaft des jungen Deutschland. Wer nicht in die Hitler-Jugend eintritt, wird deswegen nicht verfolgt, er hat lediglich zu erkennen gegeben, dass er nicht am Werk des Führers mitschaffen will. Der konfessionelle Verband in seiner heutigen Gestalt ist ein außerhalb des Staates stehender Zusammenschluss derer, die die Idee des Staates verneinen. Jeder Jugendverband außerhalb der Hitler-Jugend verstößt gegen den Geist der Gemeinschaft, der der Geist des Staates ist."

Am 1. Dezember 1936 wurde durch das "Gesetz über die Hitler-Jugend" aus der freiwilligen Gemeinschaft eine Pflichtgemeinschaft für die gesamte deutsche Jugend im Reiche gebildet, und der "Jugendführer des deutschen Reiches" in der Eigenschaft einer Obersten Reichsbehörde unmittelbar dem Führer unterstellt. Der § 2 dieses Gesetzes lautet: Die gesamte deutsche Jugend ist außer in Elternhaus und Schule in der Hitler-Jugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft zu erziehen. Die HJ hat jedoch nicht nur die Aufgabe, die gesamte Jugend des deutschen Volkes zu betreuen und zu erziehen, sondern auch als Gliederung, der Bewegung für den Nachwuchs der Partei zu sorgen. Zwei Durchführungsverordnungen vom 6. April 1939 stellten deshalb eine besondere "Stamm-Hitlerjugend" auf, die als Vorbereitung zur Parteizugehörigkeit zu

betrachten ist. Der Eintritt in die Stamm-HJ ist deshalb freiwillig. Die Dienstleistung in der Stamm-HJ ist nach Beendigung des achtzehnten Lebensjahres Voraussetzung für die Aufnahme in die NSDAP, während die Dienstleistung in der Allgemeinen HJ die Voraussetzung für die spätere Einordnung in die Volksgemeinschaft und die Stellung im Staat, in der Wehrmacht und Wirtschaft ist. Zur Stamm-Hitlerjugend gehören laut den genannten Verordnungen die 971.631 Jungen und Mädel, die bis zum 20. April 1939 der HIJ angehört und sich vor dem 6. April 1939 zum Eintritt gemeldet hatten, und diejenigen Angehörigen der Allgemeinen HJ, die nach einjähriger Dienstzeit sich zum Eintritt melden.

Die HJ gliedert sich in vier große Abteilungen: die eigentliche HJ, der die 14- bis 18jährigen Jungen angehören, das Jungvolk, das, mit den Pimpfen angefangen, die 10- bis 14jährigen umfasst, der "Bund deutscher Mädel" (BDM) für Mädchen vom 14. bis zum 21. Lebensjahr, und die "Jungmädel" im LDM, die 10 bis 14 Jahre alt sind.[143a)]

Die HJ steht unter der Devise "Nichts für uns, alles für Deutschland". Im Vordergrund steht deshalb die Erziehung zur Selbstlosigkeit verbunden mit der Heranbildung eines selbständigen und verantwortungsbewussten Geschlechts. Die HJ ist auf dem Grundsatz der Selbstführung aufgebaut. Es gibt nur Führer, keine Vorgesetzten. Der Führer wird unter den Charaktervollsten und Hervorragendsten der Gemeinschaft bestimmt und hat in seinem Befehlsbereich unbedingte Befehlsgewalt und volle Verantwortung.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Reichsjugendführung gehört deshalb die Schulung von Führern, die in besonderen Führerschulen erfolgt. Hier werden die künftigen Führer in mehrwöchigen Lehrgängen in weltanschaulichen Kursen, in charakterlicher Erziehung und in körperlicher Ausbildung geschult. Die Spitze dieser Erziehungsstätten ist die Reichsakademie für Jugendführung in Braunschweig. Die weltanschauliche Schulung umfasst Rassenkunde, Geschichte, Sozialismus, Grenz- und Auslandsdeutschtum. Militärische Erziehung liegt nicht im Programm dieser Schulen.

Ebenso kommt auch für die HJ selbst natürlich keine rein militärische Erziehung in Frage (s. weiter unten über vormilitärische Übung). Wohl aber soll sie zum Bekenntnis eines soldatischen Geistes heranreifen, denn Mut und Tapferkeit, Ehrgefühl und Treue sind vor allem die Tugenden, zu denen die Bewegung ihre Jugend verpflichten will. In der Ertüchtigungsarbeit der HJ spielen deshalb eine wichtige Rolle bestimmte Übungen und Lehrgänge, die nicht nur Kraft und Gewandtheit des Körpers, sondern auch Geistesgegenwart und Willensstärke im Auge haben. Schon beim ersten Eintritt in das Jungvolk schreibt die "Dienstvorschrift für den Jungvolkdienst" vor: "Der erste größere Dienst ist die Ablegung der Pimpfenprobe, die jeder im ersten halben Jahr nach seinem

Eintritt machen muss, wenn er ein richtiger Pimpf werden will. Er muss 60m in 12 Sekunden laufen, 2,15 m weit springen, 25mn Ballweitwerfen, einen Tornister packen können und an einer eineinhalbtägigen Fahrt teilgenommen haben. Außerdem muss er die Schwertworte des Jungvolks, das Horst-Wessel- und das HJ-Fahnenlied auswendig wissen. Wenn er diese Bedingungen erfüllt, darf er ab 2.Oktober das HJ-Fahrtenmesser, das HJ-Abzeichen und die DJ-Armscheibe tragen. Eine Vereidigung wird in den Jungen Jahren nicht vorgenommen. Die Zehnjährigen werden bei der Aufnahme auf die Pflichten hingewiesen, die sie erwarten, über den Sinn der HJ und die ihrer harrenden Aufgaben belehrt. Die Verpflichtungen der Vierzehnjährigen bei übertritt in die HJ erfolgt in einer Feierstunde der Partei, an der die gesamte Elternschaft teilnimmt. Erst die Achtzehnjährigen werden auf ihre Pflicht und den Dienst für Führer und Gemeinschaft vereidigt. Wer unter den Siebzehn- und Achtzehnjährigen wegen der Berufsausbildung oder anderer zeitbedingter Umstände nicht rechtzeitig den Weg in die HJ fand, wird seit 1940 auch zur Dienstpflicht in der HJ herangezogen. Die Dienstleistung erstreckt sich auf die vormilitärische Ertüchtigung, die weltanschauliche Festigung auf den Einzelnen und auf den Einsatz für die Kriegsaufgaben der HJ. In Erfüllung des vom Führer proklamierten revolutionären Grundsatzes, dass Jugend von Jugend zu führen ist, werden die Zehnjährigen von gründlichst ausgebildeten Fünfzehn- bis Siebzehnjährigen geführt.

Hier seien als Beispiel einige der wichtigsten Übungen genannt und zugleich die Ergebnisse angegeben, soweit sie bis 1939 bekannt sind.

Jeder HJ-Führer muss, um seine Einheit ausbilden zu können, den Grund- oder Lehrschein im Geländesport haben.[144)] In den ersten sechs Jahren wurden jährlich 30.000 Führer geländesportlich auf den Gebietsführerschulen ausgebildet. In Zusammenarbeit mit der Wehrmacht hat für 1939 sich diese Zahl auf 50.000 erhöht.

Die Schießausbildung gehört zum allgemeinen Dienst der HJ. 15.000 Schießwarte wurden bisher für die Durchführung dieses Dienstes ausgebildet. Bereits 1937 beteiligten sich am Reichsschießwettkampf 500.000 Jungen, und 1938 waren es schon 950.000. Die Siegermannschaft erreichte einen Ringdurchschnitt von 10,74. Bisher wurden 27.000 Schießauszeichnungen verliehen, zurzeit sind es monatlich 3.000. Dazu wurde eine Scharfschützenauszeichnung geschaffen, die auch schon 2.000mal verliehen werden konnte. Von 1939 an ist es möglich, durch die pflichtmäßige Schießausbildung einen ganzen Jahrgang von 650.000 Jungen zu erfassen. Der augenblickliche Munitionsverbrauch der HJ beträgt jährlich 65 Millionen Schuss aus dem Kleinkalibergewehr. Das Jungvolk erprobt sich im Luftgewehrschießen. Am Reichsschießwettkampf von 1939 beteiligten sich 500.000 Pimpfe.

Die Marine-HJ zählte 1939 50.000 Jungen. Sie trägt die seesportliche Vorbildung für die Kriegs- und Handelsmarine. Durch Reichsgesetz ist festgelegt, dass durch Ablegung der so genannten "C-Führerprüfung im Seesport" der Betreffende zur seemännischen Bevölkerung gezählt wird und demzufolge in der Kriegsmarine dienen muss.

In der Flieger-HJ taten 1939 100.000 Jungen Dienst. In Zusammenarbeit mit dem NSFK erfolgt die Vorschulung für die Fliegertruppe. 15.000 Jungen haben bisher Gleit- und Segelflugprüfungen abgelegt. 1938 fanden in 120 Lagern der Flieger-HJ mit 10.000 Jungen rund 100.000 Starts statt. Im Jungvolk sind 80.000 Jungen in Modellarbeitsgemeinschaften zusammengefasst. Bei den Modellflugwettkämpfen konnte die HJ etwa 75 Prozent aller Preise holen. Von vier Reichswettbewerben stellte sie dreimal den Sieger und holte die goldene Medaille.

Die Motor-HJ hat 100.000 Jungen. Sie liefert den Ersatz für Kraftfahrtruppen. 1936 holte die Motor-HJ bei Nationalwettkämpfen 80 goldene, Medaillen, 1937 bereits 250 und 1938 350 Goldmedaillen.

Die Nachrichten-HJ zählt 45.000 Jungen. Sie stellt den Nachwuchs für die Nachrichtentruppe. 8.500 Jungen beherrschen im Morsen das Tempo 40-60.

In der Reiter-HJ sind 20.000 Jungen. 1938 hatten 9800 Jungen den Reiterschein erworben. Zu diesen Spezialaufgaben kommt für die gesamte HJ die Luftschutzausbildung.

"Flink wie Windhunde, zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl" ist der Wahlspruch dieser Jugend.

Wichtige Erziehungsmittel sind der "Heimabend" und das "Lager". Der "Heimabend" ist der Kameradschaft gewidmet; Hörspiele und Vorträge, Gesang und Spiel beleben diese in der Regel am Mittwoch stattfindenden Abende. Im "Lager" wird die HJ zur Selbständigkeit im freien Naturleben erzogen.

Aus diesen zunächst teils als Erholung, teils als eine Art kameradschaftlicher Erziehung gedachten Veranstaltungen ist allmählich eine Kulturarbeit von umfassender Bedeutung für die deutsche Jugend hervorgewachsen. Es werden nunmehr jährliche Musikschulungslager, eine Theaterwoche und Architektentagungen veranstaltet, auf denen der Hitler-Jugend Gelegenheit gegeben wird, die Ziele der neuen Kunstbestrebungen kennen zu lernen. Im Heimabend der Hitler-Jugend versammeln sich heute (1939) über acht Millionen deutscher Jungen und Mädel, um zu nationalsozialistischen Männern und Frauen erzogen zu werden. Damit werden auch die Erbauer der neuen Jugendheime mit

dem Geist der Hitlerjugend vertraut gemacht und die Jugend selbst als Mitschöpfer an diesen Häusern herangezogen.[145)] Für den Schulrundfunk wurden "Spielscharen" gegründet als Gemeinschaften von Instrumentenspielern, Sängern, Sprechern und Erzählern, Laien- und Puppenspielern. Die "Puppenspiele", für die ein Reichsinstitut für Puppenspiele in Stuttgart errichtet wurde (sie können als eine veredelte Form der ehemaligen "Kasperletheater" bezeichnet werden), haben sich bereits im ganzen Reich auf dem Lande verbreitet und tragen dazu bei, der Landflucht entgegenzuarbeiten.

Es wird genau darauf geachtet, dass zum Elternhaus gute Beziehungen unterhalten werden: "Nur der Führer kennt seine Jungen, der ihre Väter und Mütter, ihre Lebensbedingungen, ihr Heim, ihr Glück und ihre Sorgen kennt." (B. v. Schirach)

Eine besondere Aufmerksamkeit hat die Reichsjugendführung der Gesundheitsführung innerhalb der Jugend gewidmet. Die Feldschere und die Gesundheitsdienstmädel, von denen es 40.000 gibt, werden von rund 400 hauptamtlichen HJ-Ärzten ausgebildet. Gesundheitlich betreut werden 7 Millionen Jugendliche. Zu den Zielen der Gesundheitsführung gehört auch die Meidung von Nikotin und Alkohol bei der Jugend, die durch erzieherische Einwirkung erreicht werden soll. Das Führerkorps der HJ beschloss 1939 geschlossen den Verzicht auf das Rauchen durchzuführen. Für die gesamte Führerschaft der HJ ist die Verlobungsgenehmigung eingeführt, die nur für erblich vollwertige Partner erteilt wird. Das Jahr 1939 wurde zum "Jahr der Gesundheitspflicht" proklamiert. Bei allen Anforderungen an körperliche Tüchtigkeit soll die Erziehung durch Kraft und Ausdauer stets im Rahmen des Leistungsvermögens bleiben, das dem jeweiligen Alter des Jugendlichen entspricht. Der Heimnachmittag darf nicht länger als zwei Stunden dauern und muss in der Regel bis spätestens 20 Uhr beendet sein. Auch die Marschleistungen auf der Fahrt sind genau geregelt. Zehn- und Elfjährige dürfen täglich nicht mehr als 10 km marschieren, während für Zwölf- bis Fünfzehnjährige 15 km die Tagesleistung bilden. Ebenso ist das Marschtempo festgelegt. Es beträgt stündlich nicht mehr als 4,0 bzw. 4,5 km. Das Marschgepäck darf für die jüngeren ein Gewicht von 2,5 kg und für die älteren Jungvolkjungen ein solches von 5 kg nicht überschreiten. Für die beiden jüngsten Jahrgänge des Jungvolks sind Fahrten mit übernachten in Zelten grundsätzlich verboten. Sie dürfen an mehrtägigen Fahrten nur teilnehmen, wenn ihre Unterkunft in Jugendherbergen gesichert ist. Jeder Pimpf muss mindestens neun Stunden Nachtruhe auf der Fahrt haben.

Der "Bund deutscher Mädel" (BDM) ist die Zusammenfassung der weiblichen Mitglieder der HJ. Nach der Auffassung des Nationalsozialismus sind die beiden Geschlechter ihrem Wesen und ihrem Charakter nach so verschieden, dass ihnen auch im sozialen Leben verschiedene Aufgaben zuerteilt werden müssen. Die

Organisation der HJ konnte deshalb nicht unverändert auf den BDM übertragen werden. Auch beim Mädchen darf die körperliche Ausbildung nicht vernachlässigt werden: zwei Drittel aller Schulungsarbeit im BDM ist den Leibesübungen zu widmen. Neben der sportlichen Ausbildung wird weltanschauliche, kulturelle und praktische Schulung betrieben. Zeltlager sind selten, dafür gibt es besondere Jugendherbergen, in denen die Mitglieder des BDM bei ihren Wanderungen übernachten können. Auch hier wird auf Kameradschaft und die Heranbildung geeigneter Führerinnen großes Gewicht gelegt. Daneben gibt es Umschulungslager und Hauswirtschaftskurse, in denen u. a. junge Fabrikarbeiterinnen auf den Beruf der Hausgehilfin umgeschult werden.

Am 19. Januar 1938 wurde das BDM-Werk "Glaube und Schönheit" verkündet, das die Mädels vom 17. bis 21. Jahr umfasst. Sie werden hier mehr als in den anderen BDM-Gruppen auf ihre künftige Aufgabe als Hausfrau und Mutter erzogen und treiben außerdem gemeinsam Sport, Gymnastik usw.

Im Juni 1935 eröffnete der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, eine "Weltjugendherberge" auf der Burg Altena in Westfalen, wo die Jugend der verschiedensten Nationen regelmäßig sich versammeln soll.[146)]

5.2 Schule und Erziehung

Die nationalsozialistische Revolution gibt der Erziehung das neue Gesetz: "Die deutsche Schule hat den politischen Menschen zu bilden". Dies ist der völlige Gegensatz der liberalen pädagogischen Auffassung, die grundsätzlich die Politik von der Schule fernhalten wollte. Der Gegensatz erklärt sich aus der ganz und gar verschiedenen Auffassung des Begriffs "Politik". Der Liberalismus sah mit Recht in der Politik ein Gift, vor dem die Jugend bewahrt bleiben musste. Politik bedeutete dort Parteigezänk und nörgelnde Kritik der Staatsführung. Der Nationalsozialismus sieht in der Politik ein aufbauendes Erziehungselement und im politischen Menschen einen solchen Menschen, der in allem Denken und Handeln dienend und opfernd in seinem Volke wurzelt und der Geschichte und dem Schicksal seines Staates ganz und unabtrennlich zuinnerst verbunden ist. Damit stimmt das Programm überein, das Hitler in "Mein Kampf" über die grundlegenden Elemente der Erziehung sagt: "Der völkische Staat hat seine gesamte Erziehungsarbeit in erster Linie nicht auf das Einpumpen bloßen Wissens einzustellen, sondern auf das Heranzüchten kerngesunder Körper. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten. Hier aber wieder an der Spitze die Entwicklung des Charakters, besonders die Förderung der Willens- und Entschlusskraft, verbunden mit der Erziehung zur Verantwortungsfreudigkeit, und erst als letztes die wissenschaftliche Schulung."

Die drei Stufen, die jetzt fertig als das deutsche Schulwesen dastehen, sind: 1. die Volksschule mit vier unteren und vier oberen Klassen, 2. die Mittelschule

mit sechs Klassen und schließlich die Höhere Schule mit acht Klassen. Die Volksschule soll den Schülern ein Wissen und Können vermitteln, das sie in jedem Berufe sofort und jederzeit voll einsatzfähig macht. Die Mittelschule soll einer bestimmten Kategorie von Menschen, die eine über das Mittelmaß hinausreichende, aber vorzugsweise praktisch gerichtete Begabung haben, die Möglichkeit einer gehobenen Schulbildung geben. Sie trägt der Tatsache Rechnung, dass es eine Unzahl menschlicher Veranlagungen gibt, für die der Stoffkreis der Höheren Schule eine unzweckmäßige Belastung ist. Die Höhere Schule ist durch die beiden Formen: die deutsche Oberschule und das humanistische Gymnasium vertreten und bildet die Einführung zur Hochschule.

Eine ganz neue und wesentlich stärkere Bedeutung erhielt die Volksschule, [141a)] der die grundlegende Aufgabe zufiel, das Erlebnis der völkischen Schicksalsgemeinschaft und die Teilnahme an ihr zu gestalten. Zugleich wollte man die um sich greifende Flucht aus der Volksschule und den planlosen Zustrom in die Mittel- und höheren Schulen abriegeln, indem man durch eine genaue Auslese der Begabten nur diesen den Zutritt zu den letztgenannten Schulen ermöglichte. Während der jährliche Neubedarf an Akademikern in Deutschland 8.000 bis 10.000 beträgt, haben in den Schuljahren 1931/32 rund 32.000 männliche und 11.000 weibliche Abiturienten die höheren Schulen verlassen. Um diese Zahl zu beschränken, gab ein "Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen" vom 25. April 1933 dem Reichsminister des Innern das Recht, diese Zahl zu begrenzen. Dies geschah zum ersten Mal im Jahre 1934, wo die Zahl der Abiturienten, deren die Hochschulreife zuerkannt werden sollte, auf 15.000 festgesetzt wurde. Die Hochschulreife soll nur denjenigen Abiturienten zugesprochen werden, die in ihrer geistigen und körperlichen Reife, ihrem Charakter und ihrer nationalen Zuverlässigkeit den besonderen durch die Hochschule gestellten Anforderungen zu genügen scheinen. Doch schon im Jahre 1935 erwies sich die oben angegebene Begrenzung als überflüssig. Denn infolge des Aufblühens von Wirtschaft und Industrie wandte sich eine große Anzahl von Abiturienten diesen Berufen zu, andererseits benötigten Wehrmacht und Arbeitsdienst seit 1935 eine Menge von Abiturienten für ihren Führernachwuchs. Damit war der Zugang zur Hochschule auf ein normales Maß zurückgeführt.

In einer Rede im preußischen Staatsrat am 22. März 1935 betonte der Reichserziehungsminister Rust, dass nicht die Gleichheit schlechthin, sondern Auslese nach wesentlichen Grundsätzen die Losung der nationalsozialistischen Erziehung sei. In Übereinstimmung hiermit heißt es in dem Erlass über die "Schülerauslese an den höheren Schulen" vom 23. März 1935: "Die Aufgabe der höheren Schule ist es, den körperlich, charakterlich und geistig besonders gut veranlagten Teil der deutschen Jugend so zu erziehen, dass er fähig wird, später in gehobenen oder führenden Stellen unser politisches, kulturelles und wirtschaftliches Volksleben maßgebend mitzugestalten. Die höhere Schule hat

deshalb die Pflicht, unter den zu ihr kommenden Jugendlichen eine Auslese zu treffen, welche die Ungeeigneten und Unvermögenden ausscheidet, um die Geeigneten und Würdigen um so mehr fördern zu können. Die ständige Prüfung muss sich auf die körperliche, charakterliche, geistige und völkische Gesamteignung erstrecken. Bei der geistigen Auslese ist entscheidend nicht die Summe des angelernten Wissensstoffes, sondern die geistige Gesamtreife... Wertvoller als ein allgemeines Genügen ist, dass wenigstens auf einzelnen Gebieten Höherleistungen vorhanden sind. Um derentwillen kann über Minderleistungen in anderen Einzelfächern hinweggesehen werden."

Um für diese Auslese einen zuverlässigen Grundstock von wertvollem Menschenmaterial zu schaffen, wurden drei besondere Typen von Schul- und Erziehungsanstalten geschaffen. 1939 die "Nationalpolitischen Erziehungsanstalten", 1937 die "Adolf-Hitler-Schulen" und schließlich die "Ordensburgen", bei deren Gründung es sich um mehr als eine bloße Schul- oder Unterrichtsreform handelte.

"Die deutsche Geschichte der letzten Jahrhunderte kennt eine ganze Reihe weltanschaulicher und politischer Bewegungen und Mächte, die alle versucht haben, durch Gründung von Gemeinschafts-Erziehungsstätten einen typenmäßig durchgeformten Nachwuchs heranzuziehen, der Träger ihrer Ideen und Kräfte sein sollte", sagt der Inspekteur der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten, SS-Gruppenführer Heißmeyer, und kennzeichnet damit in schlagender Form die eigentliche Aufgabe dieser Anstalten.

Die erstgenannten Schulen, "die NAPOLA", sind der erste Versuch, die Erziehung der Jugend von der Ebene der Bildung auf die der politischen Erziehung zu stellen. Nicht vielseitiges Wissen ist das Ziel dieser Schulen, sondern charakterliche Ausbildung und Haltung.

Die Aufnahme in die Schule erfolgt nicht auf Grund von Stand und Vermögen der Eltern, sondern nur nach ihrer Art und ihrem Blut. Nach einer Vormusterung werden die für die Aufnahme vorgemerkten Jungen für etwa zehn Tage in den Anstalten zusammengefasst und allerlei Prüfungen unterzogen, die sich auf die geistige Regsamkeit, die körperliche Gesundheit und die charakterliche Haltung beziehen.

Die in die Anstalt aufgenommenen Jungmannen werden dazu erzogen, sich in ein strenggeordnetes Gemeinschafts- und Kameradschaftsleben einzufügen, und auch in den Unterrichtsfächern selbst vor den besten deutschen höheren Schulen nicht zurückzubleiben.

Eine wesentliche Bedeutung in der Erziehung hat der Sport, der möglichst vielseitig betrieben wird (Geländesport, Reiten, Boxen, Schießen, Fechten usw.).

Die Jungmannen unternehmen Fahrten ins Reich und ins Ausland (auch längerer Austausch mit Auslandsschülern). Sie werden für acht Wochen in die Industrie (insbesondere im Bergwerk) eingesetzt und ebenso für achtwöchige Arbeit beim deutschen Bauern und Siedler. Nach achtjähriger Ausbildung verlässt der Jungmann die Anstalt mit einem Abschlusszeugnis, das dem Zeugnis der Reife entspricht.[147)]

Die zweite Gruppe, die "Adolf-Hitler-Schulen", sind Einheiten der HJ und werden von dieser verantwortlich geführt. Die Adolf-Hitler-Schule umfasst sechs Klassen. Die Aufnahme erfolgt im Allgemeinen mit dem vollendeten 12. Lebensjahr. Aufnahme finden solche Jungen, die sich im deutschen Jungvolk hervorragend bewährt haben. Die Schulausbildung ist unentgeltlich. Nach erfolgter Reifeprüfung steht dem Adolf-Hitler-Schüler jede Laufbahn der Partei und des Staates offen. Am 5. Januar 1938 wurde der Grundstein zu zehn Adolf-Hitler-Schulen gelegt.

Mit diesen Schulen beginnt die Partei selbst unmittelbar an der Erziehung des Nachwuchses für das Führer und Unterführerkorps der Partei mitzuarbeiten. Diese Erziehungsstätten sind gedacht als Vorschulen für die großen Ordensburgen, auf denen der Führernachwuchs der Partei seine endgültige Schulung und Ausbildung erfährt. Entscheidend für die Aufnahme sind nur persönliche Fähigkeiten und rassische Erbanlage (nicht Herkunft oder finanzielle Verhältnisse).[148)]

Seit dem 1. Juli 1939 besteht mit Genehmigung des Reichserziehungsministers in Frankfurt a. M. ein "Musisches Gymnasium", eine Erziehungsanstalt von ganz neuer Form, die die musikalisch befähigte Jugend aus dem ganzen Reich sammelt und ihre musischen und künstlerischen Anlagen fördert. Sie soll eine Ausleseanstalt sein, in der musikalisch außerordentlich begabte Schüler ohne Rücksicht auf den Stand und die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Eltern von frühester Jugend an gemeinsam erzogen und ausgebildet werden. Das musische Gymnasium ist eine in allen wissenschaftlichen, körperlichen und künstlerischen Fachgebieten voll ausgebaute höhere Lehranstalt, die die in Musik, Sprache und Rhythmik besonders hochbegabten Knaben umfassend und vorbildlich ausbilden soll. Die Ausbildung schließt mit einer musischen, gymnastischen und wissenschaftlichen Reifeprüfung ab, die den Zugang zu jedem sonstigen Beruf ermöglicht und beim Studium an Hochschulen für Lehrerbildung, Hochschulen für Musik und insbesondere Hochschulen für musische Erziehung besondere Erleichterungen gewährt. Dem musischen Gymnasium ist ein Schülerheim angegliedert, in dem alle Schüler der Anstalt untergebracht sind.

Die äußere und innere Umgestaltung des höheren Schulwesens in nationalsozialistischem Sinne ist seit 1933 durch eine Reihe von Erlassen eingeleitet und vorbereitet worden. Nachdem im Laufe des Jahres 1937

zahlreiche bestehende Schulformen vereinfacht worden sind, hat im Februar 1938 ein Erlass über "Erziehung und Unterricht in der höheren Schule" das ganze Schulwesen durch eine Neuordnung endgültig geregelt, die mit dem Beginn des Schuljahrs 1938/1939 in Kraft getreten ist. Alle Verantwortung legt dieser Erlass in die Hände des Erziehers, der dadurch zu einer ununterbrochenen, persönlichen Beziehung zu seinen Schülern verpflichtet wird. Der Unterricht der höheren Schule umfasst acht Jahre, statt der früheren neun und erzwingt damit höhere Anforderungen an Schüler und Lehrerschaft. Ein großes Gewicht wird im Stundenplan auf Leibesübungen gelegt, für die fünf Wochenstunden angesetzt sind. Eine wichtige Rolle spielen die Fremdsprachen, vor allem Englisch, und ebenso Latein. Die höheren Schulen bauen sich auf die Grundschule auf, die vier Schuljahre umfasst. Sie haben zwei Grundformen; erstens die Oberschule als Hauptform für Jungen und Mädchen und zweitens das Gymnasium für Knaben als Sonderform. Die Oberstufe der Schule gabelt sich mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Begabungen in eine naturwissenschaftliche und eine sprachliche Abteilung. Außerdem gibt es eine sog. Aufbauform, gemeinhin unter dem Namen Aufbauschule bekannt, die aus den Klassen III bis VIII besteht. Ihre Oberstufe ist nicht gegabelt. Pflichtsprachen sind Englisch und Latein. Auch die Oberstufe des Gymnasiums ist nicht gegabelt. Als Pflichtsprache kommt hier noch Griechisch hinzu.

Seit Mitte April 1940 sind an den Hochschulen für Lehrerbildung in Hirschherg (Riesengebirge) und Lauenburg in Pommern Lehrgänge zur Ausbildung von Schulhelfern eingerichtet. Für jeden Lehrgang ist eine Dauer von etwa drei Monaten vorgesehen.

Zur Ausbildung werden Bewerber und Bewerberinnen zugelassen, die mindestens neunzehn und im Allgemeinen nicht über dreißig Jahre alt sind, das Abschlusszeugnis einer anerkannten Mittelschule oder ein entsprechendes Zeugnis einer anderen Schule besitzen, Interesse für den Lehrerberuf zeigen und bei einer Aufnahmeprüfung ausreichende Kenntnisse und sonstige Eignung nachweisen. Außerdem ist die Zulassung von Abiturienten und Abiturientinnen, die den Arbeitsdienst abgeleistet haben, möglich. Nach Abschluss der Ausbildung werden die Schulhelfer unter Anleitung erfahrener Lehrer im Volksschuldienst eingesetzt. Sie erhalten dafür eine Vergütung. Diejenigen Schulhelfer, die sich ein bis zwei Jahre lang im Schuldienst bewährt haben, sollen die Möglichkeit erhalten, nach einjährigem Besuch einer Hochschule für Lehrerbildung die erste Prüfung für das Lehramt an Volksschulen abzulegen und damit beamtete Volksschullehrer zu werden. Die Ausbildung ist kostenlos. Während des Lehrgangs erhalten die Teilnehmer monatliche Beihilfen, die für den Lebensunterhalt ausreichen.

5.3 Das Landjahr und der Landdienst

Im Zusammenhang mit der Frage des Schulwesens muss auch eine pädagogische Maßregel besprochen werden, mit der das Dritte Reich ganze neue Wege der Erziehung beschritten hat, nämlich die Einrichtung des so genannten Landjahres und des Landdienstes. Dem Landjahr liegt der Gedanke zugrunde, dass an sich gesunde und dem Charakter nach wertvolle Kinder, die aber in der Atmosphäre einer Groß- oder Industriestadt in Gefahr sind, ihre guten Anlagen zu verlieren, in ländliche Umgebung gebracht werden, um "als kraftvolle und zuverlässige Kämpfer" für den neuen Staat wieder in ihr Heim zurückzukehren.

Nach dem preußischen Landjahrgesetz vom 1. April 1934 sind alle Kinder zur Teilnahme am Landjahr verpflichtet, die die Schule nach Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht verlassen und zum Landjahr einberufen werden. Die Auswahl der Landjahrpflichtigen erfolgt durch eine besondere Auslesekommission.

Die Kinder werden aufs Land gebracht nicht bloß zur Erholung, sondern sie werden mitten in das bäuerliche Arbeitsleben eingeführt, wo sie als nützliche Mitschaffende in der freien Natur und unter gleichaltrigen Kameraden einen anderen Blick für das Leben gewinnen, als es in der oft verderblichen Umwelt der Groß- oder Industriestadt möglich ist. Sie leben, in Gruppen vereinigt, unter der Obhut eines Heimleiters [149)] in besonders hierfür errichteten Häusern. Die Erziehungsmittel sind Arbeit, Spiel, Sport, Schulung und gemeinsame Veranstaltungen an den Abenden. Der elterliche Einfluss ist während der Dauer des Landjahres ausgeschaltet. Das Landjahr dauert von Mitte April bis Mitte Dezember.

Das Jahr 1934 war ein Probejahr. Es wurden 20.000 dafür ausersehene Kinder in die Landheime gebracht. Die in diesem Probejahr gemachten Erfahrungen waren so günstig, dass im folgenden Jahre die doppelte Anzahl Kinder einberufen worden konnte.[150)]

Nahverwandt mit dem Landjahr, aber weit umfassender und in seinen Zielen höher greifend ist der Landdienst der HJ. Er ist nicht wie das Landjahr in erster Linie eine praktisch-pädagogische Maßregel, sondern vor allem eine Bewegung der seelischen Umkehr und des Idealismus. Er will nicht nur der Erziehung dienen, sondern zugleich ein wichtiger Weg zur sozialen und wirtschaftlichen Gesundung des Volkes sein. Seine praktische Hauptaufgabe aber ist, die immer stärker einsetzende Landflucht zu steuern, die in jedem Jahr einen immer größeren Umfang angenommen hat.

Allein in den letzten Jahren (vor 1939) wird der Verlust von Menschen auf dem Lande mit rund 800.000 Seelen beziffert. Sogar in einem so typisch landwirtschaftlichen Gebiet wie Bayern waren im Mai 1928 24.000 Landarbeiter weniger vorhanden als im Jahre 1934. Sogar die Bemühungen um neue

Landarbeiterwohnungen haben die Landflucht nicht vermindern können. An vielen Orten gibt es mustergültige neue Landarbeiterwohnungen, aber keine Insassen für dieselben.

Die Abwanderung vom Lande in die Stadt war anfangs eine natürliche, ja, sogar gesunde Erscheinung, als die Landwirtschaft den Geburtenüberschuss nicht aufzunehmen vermochte. Als aber diese Abwanderung zu einer Landflucht wurde, die eine Überbevölkerung der Städte und eine Entvölkerung der Landwirtschaft zur Folge hatte, sah man sich, zunächst vergeblich, nach Mitteln und Wegen um, dieser unheilvollen Entwicklung zu steuern.

Ein wirksames Mittel, die Landflucht zu bekämpfen, erhielt die Bewegung in dem Landdienst der HJ. Dank den Bemühungen des Reichsjugendführers, die Jugend aufs Land zurückzuführen und nach Möglichkeit auf dem Lande sesshaft zu machen, sind während der ersten fünf Jahre der Bewegung 43.255 Jugendliche im Landdienst tätig gewesen. Im Jahre 1928 befanden sich 18.000 Jungendliche, darunter 6.500 Mädel, in 1.350 Landdienstlagern, und von diesen ausschließlich aus Städten stammenden Landdienstlern sind rund 6.000 auf dem Lande verblieben. Im Jahre 1939 meldeten sich 25.000 Jugendliche. Um die Einrichtung des Landdienstes als ein wirksames Mittel gegen die Landflucht weiter auszubauen, sollen in Zukunft für die Ausbildung von Führern im Landdienst besondere "Führhöfe" und zwei Landdienst-Reichsschulen errichtet werden. Außerdem will man die materiellen Entschädigungen (Entlohnung, Bekleidung, Verheirateten- und Kinderzulagen u. ä.) nach Möglichkeit erhöhen, um die gegen die Tätigkeit auf dem Lande erhobenen Bedenken zu entkräften, dass man in der Stadt ein besseres Auskommen hätte. Das entscheidende Kennzeichen des Landdienstes ist, dass er nicht wie die früher betriebene Einzellandhilfe, sondern als Gemeinschaft erfolgt. Die Mädel und Jungen werden entweder als Betriebsgruppen oder als Dorfgruppen eingesetzt. Die ersteren kommen in große landwirtschaftliche Betriebe, die für ihre Unterkunft sorgen und in denen die Gruppen geschlossen unter der ständigen Leitung eines Gruppenführers arbeiten. In den Dorfgruppen kommen die Jugendlichen auf einzelne Bauernhöfe und Siedlerstellen. Sie werden beim Bauern verpflegt und kehren nach der Arbeitszeit in das gemeinsame Heim der Dorfgruppe zurück. Im Jahre 1938 gab es 1.050 Dorfgruppen und 330 Betriebsgruppen.

Die Reichsjugendführung hat in Zusammenarbeit mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und dem Reichsnährstand einen "Arbeitsvertrag" herausgegeben, dessen Einhaltung von diesen Dienststellen überwacht wird. Der Arbeitsvertrag regelt unter anderem die Dauer des Arbeitsverhältnisses, den Urlaub und die Arbeitszeit. Diese beträgt täglich neun Stunden, in den Erntemonaten zehn Stunden. Ein halber Tag in der Woche ist frei. Dieser halbe Tag ist der Arbeit der Jugendbewegung gewidmet. Sonntags darf die Arbeitskraft der Jugendlichen für höchstens drei Stunden in

Anspruch genommen werden. Ein Sonntag im Monat muss ganz frei bleiben. Der Lohn richtet sich immer nach der Leistung und dem Alter und beträgt in der Regel 10 bis 45 RM monatlich bei freier Station.

Vom Reichsnährstand ist der Landdienst als Landarbeitslehre anerkannt. Nach einer zweijährigen Tätigkeit im Landdienst ist es dem Jugendlichen möglich, die Landarbeitsgehilfenprüfung abzulegen. Nach weiteren zwei Jahren kann der Landarbeitsgehilfe den Landarbeiterbrief erhalten. Er kann außerdem den besonderen Ausbildungsweg zum Landwirt oder Bauern, zum Winzer, Melker, Schäfer usw. mit der Unterstützung des Reichsnährstandes einschlagen.

Ein bewährter Landdienstler, der seine Wehrpflicht bei den unter den Waffen stehenden Einheiten der SS abgeleistet hat, kann als "Wehrbauer" auf einer Siedlungsstelle eingesetzt werden.

Die weibliche Jugend kann ihr weibliches Pflichtjahr im Landdienst erfüllen.

Die Landarbeit wird wie jede andere Arbeit als eine Wertarbeit betrachtet. Es werden deshalb nur die besten jugendlichen Kräfte für den Landdienst ausgewählt. Da er zugleich neben dem Arbeitseinsatz eine politische Bewegung darstellt, wird auf Charakter und Haltung des Jugendlichen viel Gewicht gelegt. Vor allem gilt dies für die Führer und Führerinnen des Landdienstes.

Im Jahre 1938 wurden 42 Führer- und Führerinnenlehrgänge mit 706 Jungen und 525 Mädeln durchgeführt. Auch den Bauern bemüht sich der Landdienst zu einer inneren Bereitschaft gegenüber der landwilligen Stadtjugend zu erziehen.[151)]

5.4 Studententum

Die Regelung und Vereinheitlichung des Studententums an den zahlreichen deutschen Universitäten nahm längere Zeit in Anspruch, da die Zersplitterung in verschiedene Korps und Verbindungen sehr groß war und einer Neuordnung manche Schwierigkeiten in den Weg legte. Besonders waren es die so genannten "Alten Herren" der ehemaligen Korporationen, die den neuen Ideen wenig Verständnis entgegenbrachten. Erst Ende 1937 und Anfang 1938 ist es dem ebenso klugen wie energischen Vorgehen des Reichsstudentenführers gelungen, eine völlige Einigung zwischen dem "Alt-Herrenbunde deutscher Studenten" (der sog. "NS Studenten-Kampfhilfe") und dem Studentenbunde zu erzielen und alt und jung in der neuen nationalsozialistischen Lebensgemeinschaft zu vereinigen. Jetzt stehen rund 80 Prozent der ersten Semester aller Studenten in den "Kameradschaften" des Studentenbundes, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann der sog. Freistudent für immer verschwindet. Die Kameradschaften ersetzen die ehemaligen Verbindungen, bestehen aber in der Regel aus einer wesentlich geringeren Anzahl Mitgliedern. Sie haben meist die guten

Traditionen der früheren Studentenverbindungen übernommen, während sie alles andere, das dem Geist des Nationalsozialismus widerspricht, unbedingt ablehnen.

Drei Aufgaben stellte sich der Nationalsozialismus auf dem Gebiete des Hochschulwesens: Schaffung eines neuen Studententyps, Schaffung eines neuen Hochschullehrertyps und Gestaltung eines neuen Begriffs der Wissenschaft. Studentisches Leben ist von nun an nur noch in nationalsozialistischen Gemeinschaftsformen möglich, die auf ganz neuen Grundlagen und Vorbereitungen aufgebaut sind, nämlich in der HJ, der SA und im Arbeitsdienstlager, in denen jetzt das Grundwerk der Erziehung nach Absolvierung der Schule vor sich gehen soll. "Die wahre praktische Schule" - sagte der Erziehungsminister Rust im Juni 1934 bei einer Kundgebung der deutschen Studentenschaft in Berlin - "liegt nicht in der Universität und liegt nicht in Gymnasien, sie liegt im Arbeitsdienstlager, denn dort hören die Belehrungen und das Wort auf, und die Tat beginnt. Wer im Arbeitsdienstlager versagt, der hat das Recht verwirkt, als Akademiker zu führen." Erst vom vierten Semester an soll die wissenschaftliche Facharbeit wesentlich stärker in den Vordergrund treten.[152)]

Am 7. Februar 1934 wurde die "Verfassung der Deutschen Studentenschaft" verkündet, um der Studentenschaft und der Fachschulschaft die Möglichkeit zu sichern, ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung selbst zu verwalten. Die Selbstverwaltung soll ihr jedoch nicht um ihrer selbst willen übertragen werden, sondern zwecks Erreichung der höchsten Ziele von Volk und Reich. Die Studentenschaft trägt, wie der Minister in seiner Verkündung sagte, ihren Zweck nicht in sich selber. Sie würde ihre Aufgabe verfehlen und zu einer bloßen Organisationsspielerei entarten, wenn sie selbstgenügsam ihre Tätigkeit im eigenen engen Kreis der Studenten und Hochschulen erschöpfen und sich darauf beschränken wollte, den "Stand" der Studenten gegen andere Stände abzugrenzen. Ihre Aufgabe besteht im Gegenteil darin, die ständige Gefahr der Absonderung des Studenten vom Volk zu überwinden. Die Studentenschaft soll den nur studierenden, den nur seinem wissenschaftlichen Fach lebenden, den nur in seiner Verbindung verkehrenden Studenten aus der Enge des Hörsaales, des Faches, der Korporation herausreißen und ihn immer wieder in die Gesamtheit der Hochschule, des Volkes und Reichs hineinstellen. Sie soll ihn aus der abstrakten geistigen Welt der Begriffe und der wissenschaftlichen Betrachtung immer wieder in die Wirklichkeit des Volkes führen und ihn daraus den Sinn des Studiums und des künftigen Berufs gewinnen lassen. Sie soll ihm wieder zeigen, dass die Hochschule keine in sich geschlossene, auf sich selber beruhende Welt ist, und dass er sich für sein künftiges Wirken im Volk nur dadurch tauglich machen kann, dass er während des Studiums selber im Volk mitlebt.

Die Studentenschaft hat darüber zu wachen, dass die Studenten ihre Pflichten in Hochschule, Volk und Staat erfüllen. Sie muss die Studenten durch die Verpflichtung zum Reichsarbeitsdienst und durch politische Schulung zum verantwortungsbereiten selbstlosen Dienst in Volk und Staat erziehen. Die politische Erziehung der Studenten ist dem "NS Deutschen Studentenbund" anvertraut. Daneben kann der Student freiwillig einer Gliederung der NSDAP, also der SA, SS, HJ, NSKK oder NSFK angehören.

Ähnlich dem Fabrikdienst der Frauen besteht ein pflichtmäßiger Fabrik- oder Landdienst in der männlichen Studentenschaft. Innerhalb der Kameradschaften wird besonders darauf geachtet, dass die Mitglieder der Kameradschaft ihren Landdienst grundsätzlich im Osten und zwar immer wieder bei demselben Bauern ausüben, bei dem sie ihren Landdienst begonnen haben. Man will auf diese Weise eine engere Fühlungnahme des jungen deutschen Menschen mit der Landbevölkerung des Ostens herstellen.

Jedes Mitglied einer Studentenschaft gehört der Fachgehaft seines Fachgebietes an. Die Fachschaften haben auch eine erzieherische Aufgabe: ihre Mitglieder zum Dienst in ihrer künftigen Berufsgemeinschaft vorzubereiten. Am 2. November 1934 erschien eine Verordnung über die Bildung eines Reichsstudentenwerkes, das durch das Gesetz vom 6. Juli 1938 zu einer Anstalt des öffentlichen Rechts erhoben wurde. Das Reichsstudentenwerk hat (laut § 1) die Aufgabe, jeder volksdeutschen Begabung ohne Rücksicht auf Herkommen und wirtschaftliche Kraft den Zugang zur deutschen Hochschule zu ermöglichen. Sein Ziel ist die Auslese der Tüchtigsten im Sinne der nationalsozialistischen Forderungen.[153)]

Um den Grundsätzen der nationalsozialistischen Bewegung auch für den Zugang zur Hochschule Geltung zu verschaffen, wurde das so genannte "Langemarck-Studium" eingeführt und dem Reichsstudentenwerk zur Betreuung überwiesen.

Das "Langemarck-Studium" ist eine Vor-Studienbildung für begabte Arbeiter- und Bauernsöhne ohne Abitur. Schon seit 1934 wurden in Heidelberg und Königsberg kleinere Kurse durchgeführt, aber erst seit 1937 wurde der Gedanke zu einem großen sozialistischen Werk ausgestaltet, das sich auf der Erkenntnis aufbaut, dass alle, die Anlage und Begabung für geistige Arbeit und den Wunsch, sie auszubilden, besitzen, die Möglichkeit erhalten sollen, dies zu verwirklichen. Der Zugang zur Hochschule soll von wahrhaft sozialistischen Grundsätzen beherrscht sein. Es soll nicht irgendein "Aufstieg" Ehrgeiziger künstlich gezüchtet werden, sondern es soll geistig unverbrauchten und zur völlig wissenschaftlichen Arbeit befähigten Kräften, denen das Studium pekuniär nicht möglich ist, dieses ermöglicht werden.[154)]

Es werden von den Personalämtern der Partei und ihren Gliederungen, von der Wehrmacht und den staatlichen Behörden, dem Wirtschafts- und Sozialamt der Reichsstudentenführung die Kameraden vorgeschlagen, die dann in Wochenlagern für das "Langemarck-Stipendium" ausgewählt werden. Es wird dabei nicht so sehr das Wissen an sich als vielmehr die geistige Anlage und die Auffassungsgabe, die körperliche und die rassische Eignung, sowie die weltanschauliche Haltung und die politische Einstellung in Rechnung gezogen.

Im Dezember 1928 wies der Reichsstudentenführer Dr. Scheel darauf hin, dass die bisherigen Erfahrungen in Heidelberg und Königsberg gezeigt hatten, dass nicht nur die Form der Auslese und Erziehung richtig war, sondern dass die ehemaligen Angehörigen des Langemarck-Studiums zu den besten Studenten zählten und nicht nur in den Prüfungen, sondern vor allem in der politischen Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung sich hervorragend bewährten.

Als Beispiel für den sozialen Geist, der in der Studentenschaft angestrebt wird, mag ein Abkommen erwähnt werden, durch das der NSDStB in Thüringen Anfang 1938 mit der DAF eine Arbeitsgemeinschaft "Student und Arbeiter" gebildet hat, die den Zweck hat, Studenten und Arbeiter durch Veranstaltung von Aussprachegemeinschaften einander nahe zu bringen. Zugleich verpflichteten sich die Studenten des ersten und zweiten Semesters vierzehn Tage lang in einem Betrieb zu arbeiten, um damit zwei Arbeitskameraden, die besonders der Erholung bedürftig sind, je einen einwöchigen, vollbezahlten, zusätzlichen Erholungsurlaub zu ermöglichen.[155)]

Diese Hochschulreform ist in der Hauptsache ohne Mitwirkung der Hochschullehrerschaft, zum Teil sogar im Gegensatz zu ihr durchgeführt worden. Doch schon am 4. März 1933 erklärten dreihundert deutsche Hochschulprofessoren in einem Wahlaufruf, dass sie in der Machtübernahme Hitlers den richtigen Weg zur Rettung des deutschen Volkes sähen und versprachen an ihrem Teil mitzuwirken. Und in einer Kundgebung vom 11. November 1933 in Leipzig richteten deutsche Wissenschaftler von Weltruf (der Mediziner Geheimrat Prof. Dr. Sauerbruch, der Kunsthistoriker Prof. Pinder, der Anthropologe Prof. Dr. Eugen Fischer, der Philosoph Prof. Dr. Heidegger) einen Appell an die Gebildeten der ganzen Welt und forderten ihr Verstehen für Hitlers Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung.

Im Zusammenhang hiermit sei erwähnt, dass auch die Stellung der Dozenten an den Universitäten einer wesentlichen Veränderung unterworfen worden ist. Die am 4. Januar 1935 veröffentlichte "Reichshabilitationsordnung" beseitigt die so genannten Privatdozenten. Zwischen Habilitation und Dozentur wird jetzt streng unterschieden. Die Habilitation steht jedem Doktor oder Lizentiaten im dritten Jahr nach Studienabschluss offen und ist mit dem neugeschaffenen akademischen Grad eines "Dr. habil." verbunden, gibt aber noch keineswegs

automatisch akademische Lehrberechtigung. Diese ist vielmehr derjenigen "Dozenten" vorbehalten, deren Auslese nicht nur unter dem Gesichtspunkt rein wissenschaftlicher Leistung, sondern auch unter dem der Lehrbefähigung und der Persönlichkeit erfolgt. Die Erteilung der Dozentur ist deshalb abhängig von einer Lehrprobe und der Bewährung im Gemeinschaftslager und der Dozenten-Akademie.

6 Kulturleben

6.1 Nationalsozialistische Rechtsauffassung

Der Punkt 19 des nationalsozialistischen Programms, das Hitler im Anfang seiner politischen Laufbahn ausarbeitete, lautet: "Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein Deutsches Gemein-Recht." Die lapidare Formulierung dieses Satzes mag einem gewöhnlichen Juristen primitiv erscheinen. Aber sie fasst bei aller Kürze deutlich genug das Wesentliche dessen zusammen, was die nationalsozialistische Rechtsauffassung erstrebt.

Hitler hat in seiner Reichstagsrede vom 31. Januar 1937 dieser Auffassung klaren und bündigen Ausdruck verliehen. Es sind zwei polare Gegensätze, sagte er, die sich hier gegenüberstehen. Der eine vertritt die Auffassung, dass das Recht als solches seine eigene Existenzberechtigung in sich trage und daher hinsichtlich seiner Nützlichkeit gar nicht geprüft werden könne. Es würde bestehen auch wenn die Welt darüber zugrundeginge. Der andere Standpunkt sagt, dass die Aufgabe des Rechts sei, den Volksgenossen und sein Eigentum zu schützen und das Volk vor jenen Elementen zu sichern, die sich als Asoziale entweder den gemeinsamen Verpflichtungen zu entziehen trachten oder sich an diesen gemeinsamen Interessen versündigen. Die eine Auffassung stützt sich auf die Grundsätze des römischen Rechts und die naturrechtliche Aufklärungsphilosophie. Die zweite Auffassung knüpft an den Standpunkt des großen deutschen Rechtslehrers Friedrich Karl von Savigny (geb. 21.Februar 1769) an, der die lebendige natürliche Einheit des Volkstums als Schöpfer und Träger des Rechts betrachtete: "Das Recht nämlich hat kein Dasein für sich, sein Wesen vielmehr ist das Leben der Menschen selbst, von einer besonderen Seite gesehen."

Verschiedene Nationalsozialisten suchen diese letztere Auffassung näher zu begründen. "Die Gesetze dürfen nicht mehr auf der Anschauung beruhen" - sagt der Reichsmarschall Göring -, "es gebe ein abstraktes, vom Volk völlig losgelöstes Recht... Der Gesetzgeber darf nicht die aus verstandesmäßigen Abstraktionen entstandene Willkür an Stelle des Volksrechts setzen wollen." Nach Darrés Ansicht durchdringe die Vorstellung vom "Rechtsinhaber" das ganze römische Recht; im öffentlichen Rechte sei es der Wille des Staatsoberhauptes, im Privatrecht der Wille des Eigentümers und derjenige anderer Inhaber subjektiver Rechte. Der Gedanke der Gemeinschaft, der dem römischen Recht fremd sei, beherrsche das germanische Recht. Der Zug zur Gesellschafts- und Genossenschaftsbildung gehe durch die ganze deutsche Rechtsgeschichte. Der einzelne erscheine hier immer als Glied von engeren und weiteren Gemeinschaften, vor deren höheren Notwendigkeiten und Bedürfnissen sein Recht und seine freie Willensbestimmung zurücktreten müssen. Der Reichskirchenminister Kerrl erklärt: "Wir müssen hinweg von der Überfülle der

Schablonen, der Gesetzesmacherei, die jeden einzelnen Fall für den Richter mundgerecht machen will, damit er nicht ein hohes königliches Amt ausübt, sondern nur eine Technik ausführt." Und der Reichsleiter Walter Buch, der oberste Richter der NSDAP, sagt in einer Betrachtung "Rasse und Recht", es sei eine seichte Wahrheit, dass dem einen recht sei, was dem anderen billig ist. Viel schwerer wiege das Wort: "Wenn zwei das gleiche tun, ist es nicht das gleiche." Hier abzuwägen, wie eine Handlung oder Unterlassung zu werten oder zu ahnden sei, aus dem täglichen Leben Recht zu schöpfen, sei die schwere, aber auch unendlich schöne Aufgabe des Richters. Nur wenn der Richter sich vor Augen hält, dass er wie der Arzt an der Pflege des deutschen Volkskörpers beteiligt ist, wenn er sich bemüht, mit sorgsamer Hand Gestrauchelte in die Gesetzmäßigkeit des Volkes zurückzuführen, wenn er die Möglichkeit hat, gewisse Schädlinge aus dem Volkskörper auszumerzen, nur dann könne er für seinen wichtigen Auftrag den Frieden finden, den jeder Mensch zur Lösung einer tiefen Aufgabe brauche.

Die liberale Auffassung vom Rechtsstaat verlangt an erster Stelle eine grundsätzliche Garantierung der Freiheitsrechte des einzelnen. Der Nationalsozialismus stellt nicht die privaten Freiheits- und Rechtsinteressen in die Spitze seiner Rechtsordnung, sondern die Sicherung des Wohles der Volksgemeinschaft. Die Aufgabe des Richters besteht nach nationalsozialistischem Standpunkt nicht in der Interpretation von Gesetzesparagraphen, sondern darin, das Recht zu stieben. Das Gesetz soll ihn in diesem Bemühen unterstützen. Der Richter ist aber nicht an den Buchstaben des Gesetzes gebunden, wenn die buchstäbliche Anwendung desselben zu einer unbilligen und seinem Rechtsbewusstsein widersprechenden Entscheidung führen müsste. Er soll sich nicht ins Bequemlichkeit oder Ängstlichkeit hinter den buchstäblichen Wortlaut des Paragraphen verschanzen. Wenn ihm Erfahrung und Menschenkenntnis sagen, dass in einem bestimmten Falle der Sinn eines Paragraphen freier ausgelegt werden muss, als der Buchstabe desselben zu verlangen scheint, so ist er nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, diese Einsicht zu verwirklichen. Darin besteht seine Freiheit und verantwortungsvolle Selbständigkeit im Sinne des Nationalsozialismus. Der Richter soll unabhängig und zugleich seiner Verantwortung bewusst sein. Das sind Grundsätze, die dem nordischen Recht seit uralter Zeit vertraut sind.

Am allerklarsten und entschiedensten drückt die Einleitung zur neuen "Zivilprozessordnung" den Geist des neuen Rechts aus: "Eine volkstümliche Rechtspflüge ist nur in einem Verfahren möglich, das dem Volke verständlich ist und einen ebenso sicher wie schleunig wirkenden Rechtsschutz verbürgt. Die Parteien und ihre Vertreter müssen sich bewusst sein, dass die Rechtspflege nicht nur ihnen, sondern zugleich und vornehmlich der Rechtssicherheit des Volksgenossen dient. Keiner Partei darf gestattet werden, das Gericht durch Unwahrheiten irrezuführen oder seine Arbeitskraft durch böswillige oder

nachlässige Prozessverschleppung zu Missbrauchen. Dem Rechtsschutz, auf den jeder Anrecht hat, entspricht die Pflicht, durch redliche und sorgfältige Prozessführung dem Richter die Findung des Rechtes zu erleichtern.

Aufgabe des Richters ist es, durch straffe Leitung des Verfahrens und in enger Fühlung mit den Parteien dahin zu wirken, dass jede Streitsache nach gründlicher Vorbereitung möglichst in einer einzigen Verhandlung aufgeklärt und entschieden wird. Er hat Vertagungen, die nicht sachlich dringend geboten sind, zu vermeiden und zu verhindern, dass ein Verfahren durch verspätetes Vorbringen verschleppt wird.

Nur so gelangt man zu einem lebendigen Verfahren mit voller Mündlichkeit und Unmittelbarkeit, das dem Richter eine sichere Findung der Wahrheit ermöglicht und dessen Verlauf die Parteien mit Verständnis und Vertrauen folgen können."

In ganz nationalsozialistischem Geiste schützt das Patentgesetz vom 5. Mai 1936 das geistige Eigentum, indem es das Recht auf das Patent ausdrücklich der Person des Erfinders oder seines Rechtsnachfolgers sichert, nicht aber Körperschaften oder Betrieben. Andrerseits aber kann eine Zwangslizenz erteilt werden, falls die Reichsregierung erklärt, dass die Benutzung der Erfindung im Interesse der Volksgemeinschaft allgemein zugänglich gemacht werden soll. Dann muss der Erfinder sich mit einer angemessenen Entschädigung begnügen.

Am 1. August 1938 ist ein neues Ehegesetz in Kraft getreten, das in manchen wesentlichen Punkten einen ganz neuen Standpunkt hinsichtlich der Eheschließung und der Ehescheidung einnimmt.[156)]

Für eine Neuordnung des Erbrechts tritt eine Denkschrift der Akademie für Deutsches Recht ein, die darauf ausgeht, in Zukunft das gesetzliche Verwindlererbrecht mit den Großeltern und deren Abkömmlingen abzuschließen und die erbrechtliche Stellung des unehelichen Kindes zu verbessern.

Auf medizinischem Gebiet wurden alle Heildienste von weltanschaulich, politisch und sittlich unzulänglichen Elementen gesäubert. Die früher bestehende Kurierfreiheit gestattete grundsätzlich jedem auch ohne Vorkenntnisse, Ausbildung und Leistungsprüfung die berufs- und gewerbsmäßige Ausübung der Heilkunde. Diesen Zustand hebt das am 17. Februar 1939 erschienene "Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung" auf. Unter bestimmten Bedingungen dürfen aber für die Heilkunde begabte Praktiker auch ohne vorherige Examina usw. tätig sein. Hier wie überall im nationalsozialistischen Staat ist nicht das Formelle als solches, sondern die erwiesene Leistungsfähigkeit das Entscheidende.

Im Prozessrecht hat ein "Ermittlungshilfe" genanntes Verfahren eine gewisse Bedeutung erlangt, das besonders auf dem Gebiet der NSV praktische Anwendung gefunden hat.[157)]

Die weltanschauliche Grundeinstellung des Nationalsozialismus verlangt auch auf dem Gesamtgebiet des bürgerlichen Rechts weitgehende Reformen. Unter dem Titel "Abschied vom BGB" hat der Staatssekretär Schlegelberger in einem Vortrag am 25. Januar 1937 einen später auch im Druck erschienenen Vortrag gehalten, in dem er erklärte, dass das Reichsjustizministerium mit Zustimmung des Führers die Erneuerung des im BGB geregelten Rechts in Angriff nehmen soll, die an Stelle eines neuen Gesetzbuches einzelne, den verschiedenen Gebieten des bürgerlichen Lebens entsprechende Gesetze vorbereiten soll.[158)]

Wenn der Nationalsozialismus im bürgerlichen Recht den Kniffen und Winkelzügen einer asozialen Advokatur und ihrer Klienten ein Ende zu bereiten sucht, so tritt er im Strafrecht mit gleicher Entschiedenheit dem Standpunkt des "pereat mundus, fiat justitia" entgegen, nämlich dem bisher im Kriminalrecht allgemeinen Grundsatz: "Keine Strafe ohne Strafgesetz", und proklamiert den entgegengesetzten Grundsatz: "Kein Verbrechen ohne Strafe". Das frühere Strafgesetz gestattete die Bestrafung einer Tat nur, wenn ihre Strafbarkeit im Gesetz ausdrücklich festgesetzt war. Das "Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches" vom 28. Juni 1935 schreibt dagegen vor, dass jede Handlung, "die nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient", ihre Ahndung finden soll. Der strafrechtliche Schutz gegen strafwürdiges Verhalten darf nicht daran scheitern, dass der Text des Strafgesetzes Lücken aufweist, durch die ein geschickter Verbrecher hindurchschlüpfen kann. Der Satz "nulla poena sine lege" - sagt der Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Roland Freisler - ist zwar Schutz einer Freiheit, aber der "Freiheit zu unanständigem Handeln; er ist Schutz desjenigen Bürgers, der sein Leben in dem breiten Sumpfgebiet zwischen Wohlanständigkeit und ausdrücklich Verbotenem aufbauen will, im Gebiete des geschickten, gerissenen, juristisch gut beratenen, gewissenlosen Schiebertums".

Es kann aber auch umgekehrt geschehen, dass eine Straftat nicht verfolgt wird, wenn die Gerechtigkeit der Gemeinschaft, also eine höhere Gerechtigkeit, dies verlangt. Denn Recht ist, was dem Volke nützt, Unrecht, was ihm schadet.[159)]

Ebenso schreibt der Artikel 9 des genannten Gesetzes vor, dass, wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr nicht Hilfe leistet, obwohl dies nach gesundem Volksempfinden seine Pflicht ist und er dieser Pflicht ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten genügen kann, mit Gefängnis oder Geldbuße bestraft wird.

Im Strafvollzug wurde dem Grundsatze Geltung verschafft, dass eine Strafe auch von dem Bestraften als Strafe empfunden werden müsse.[160)] Die Strafe soll auch "bei einer inneren Erziehung nicht zugänglichen Verbrechern ein Hemmnis" sein, neue Straftaten zu begehen. "Dazu ist die zielbewusste Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung, Gewöhnung an Arbeit und Pflichterfüllung und der Versuch religiöser, sittlicher und geistiger Beeinflussung erforderlich" (§ 6 des Gesetzes vom 1. August 1933). Ganz streng und unnachsichtig ist das Strafgesetz gegen Verbrechen besonders gemeiner Art (wie z. B. erpresserischem Kindesraub u. a.). Für sie wird die Todesstrafe nicht nur vorgeschrieben, sondern auch tatsächlich vollzogen und ist nicht bloß eine leere Drohung auf dem Papier wie in gewissen Staaten. Junge, nicht vorbestrafte Gefangene sollen dagegen nicht mit Berufsverbrechern zusammen, sondern in besonderen Anstalten untergebracht worden.[161)] Das neue Jugendstrafrecht soll nur dann zur Anwendung kommen, wenn Erziehungsmaßnahmen nicht mehr ausreichend erscheinen, aber dann soll die Strafe streng und hart durchgeführt worden (d. h. nötigenfalls sog. Jugendzuchthaus). Man müsse versuchen, auch den letzten straffälligen Jugendlichen für die Volksgemeinschaft wiederzugewinnen.

6.2 Die Kirche

Die protestantischen Kirchen

Der Punkt 24 im Programm der NSDAP beginnt mit folgender. Worten: "Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden."

In seinem Buch "Mein Kampf" (S. 379) hat Hitler seinen Standpunkt noch genauer umrissen, indem er sagt: "Die Bewegung lehnt jede Stellungnahme zu Fragen, die entweder außerhalb des Rahmens ihrer politischen Arbeit liegen oder für sie als nicht von grundsätzlicher Bedeutung belanglos sind, entschieden ab. Ihre Aufgabe ist nicht die einer religiösen Reformation, sondern die einer politischen Reorganisation unseres Volkes. Sie sieht in beiden religiösen Bekenntnissen gleich wertvolle Stützen für den Bestand unseres Volkes und bekämpft deshalb diejenigen Parteien, die dieses Fundament einer sittlich-religiösen und moralischen Festigung unseres Volkskörpers zum Instrument ihrer Parteiinteressen herabwürdigen wollen."

Nachdem der Nationalsozialismus zur Macht gekommen war, bildete sich eine "Glaubensbewegung Deutscher Christen", die sich zur Aufgabe setzte, die noch bestehenden konfessionellen Unterschiede zwischen den lutherischen, kalvinischen und den preußisch-uniierten Kirchen [162)] miteinander in

Übereinstimmung zu bringen und "ihnen eine Gestalt zu geben, die sie fähig macht, dem deutschen Volke den Dienst zu tun, der ihnen durch das Evangelium von Jesus Christus gerade für ihr Volk aufgetragen ist".

"Angesichts eines gesamten seelischen Umbruchs in Deutschland", sagt Alfred Rosenberg, [163)] "entstanden eine Anzahl nicht zu übersehender religiöser Gruppierungen, welche die alten Kirchenformen als überlebt betrachteten und des festen Glaubens waren und sind, dass Luthers Reformation auf halbem Wege stehen geblieben sei und nun durch eine weitere Germanisierung des Glaubens vollendet werden müsste. Andere Gruppen wieder bekannten ihre Anschauung, dass bestimmte Prinzipien des Christentums an sich dem germanischen Charakter nicht entsprachen und dass deshalb eine Überwindung der alten mehr paulinischen als christlichen Kirchen notwendig sei." [164)] Außerdem verlangte diese Glaubensbewegung "eine Weiterbildung des Bekenntnisses im Sinne scharfer Abwehr aller modernen Irrlehren: des Materialismus, Mammonismus, Bolschewismus und des unchristlichen Pazifismus". Diesen Bemühungen gegenüber traten "in Sorge um die reformatorisch-glaubensmäßige Grundlage der evangelischen Kirche" vonseiten der protestantischen Landeskirchen Widerstände zu Tage. In einer Rundfunkrede vor der evangelischen Kirchenwahl sprach sich Hitler aus diesem Anlass am 22. Juli 1933 u. a. folgendermaßen aus: "... Der Nationalsozialismus hat stets versichert, dass er die christlichen Kirchen in staatlichen Schutz zu nehmen entschlossen ist. Die Kirchen ihrerseits können nicht eine Sekunde darüber im Zweifel sein, dass sie des staatlichen Schutzes bedürfen und nur durch ihn in die Lage gesetzt sind, ihre religiöse Mission zu erfüllen. Ja, die Kirchen fordern diesen Schutz vom Staate an. Der Staat muss dafür aber umgekehrt von den Kirchen verlangen, dass sie ihm auch ihrerseits jene Unterstützung zuteil werden lassen, deren er zu seinem Bestand bedarf... Entscheidend für die Existenzberechtigung von Kirche und Staat ist die seelische und körperliche Gesunderhaltung der Menschen; denn ihre Vernichtung würde sowohl das Ende des Staates als auch das Ende der Kirchen bedeuten. Es kann daher auch weder der Staat den religiösen Vorgängen seiner Zeit gegenüber indifferent sein, wie es auch umgekehrt nicht die Kirchen gegenüber den völkischpolitischen Ereignissen und Wandlungen zu sein vermögen... Im Interesse des Wiederaufstiegs der deutschen Nation, den ich als untrennbar mit der nationalsozialistischen Bewegung verbunden ansehe, wünsche ich daher verständlicherweise, dass die neuen Kirchenwahlen in ihrem Ergebnis unsere neue Volks- und Staatspolitik unterstützen werden. Denn indem der Staat die innere Freiheit des religiösen Lebens zu garantieren bereit ist, hat er das Recht zu hoffen, dass in den Bekenntnissen diejenigen Kräfte gehört werden müssen, die entschlossen und gewillt sind, auch ihrerseits für die Freiheit der Nation sich einzusetzen. Dies wird aber nicht gewährleistet durch weltabgewandte und den Erscheinungen und den Ereignissen der Zeit keine Bedeutung beimessende Kräfte einer kirchlichen Versteinerung, sondern durch

die Kräfte einer lebendigen Bejahung. Diese Kräfte sehe ich in jenem Teil des evangelischen Kirchenvolks in erster Linie versammelt, die als Deutsche Christen bewusst auf den Boden des nationalsozialistischen Staates getreten sind... Die inneren religiösen Fragen der einzelnen Bekenntnisse werden davon überhaupt nicht berührt."

Und Alfred Rosenberg fasst (a. a. O.) das Verhältnis der nationalsozialistischen Bewegung zur Religionsfrage in Kürze folgendermaßen zusammen: "Die NSDAP achtet jede echte religiöse Überzeugung, sie schirmt die Kirche vor jeder Verunglimpfung. Sie lehnt es ab, machtpolitisches Instrument einer einzelnen religiösen Gruppe zu sein und überlässt angesichts der nicht durch sie bestehenden Tatsache, dass es viele Bekenntnisse in Deutschland gibt, die religiöse Entscheidung dem Gewissen des einzelnen."

Und schließlich sah sich der stellvertretende Parteiführer Heß veranlasst, in einer Verfügung vom 13. Oktober 1933 zu erklären: "Kein Nationalsozialist darf irgendwie benachteiligt werden, weil er sich nicht zu einer bestimmten Glaubensrichtung oder Konfession, oder weil er sich zu überhaupt keiner Konfession bekennt. ... Gewissenszwang darf nicht geübt werden."

Trotz dieser toleranten Haltung des nationalsozialistischen Staates den Kirchen gegenüber gingen die Streitigkeiten unter dem Kirchenvolk und den Pfarrern der 28 Landeskirchen des "Deutsch-Evangelischen Kirchenbundes" weiter. Dieser Streit richtete sich nicht bloß gegen gewisse hier und da auftretende antichristlich eingestellte Bewegungen (gegen die auch der Staat entschieden Stellung nahm), [165)] sondern vor allem gegen die reformatorischen Bemühungen der "Deutschen Christen" und auch gegen den Staat selbst, soweit dieser eine straffere Konzentration der weltlichen Belange der Kirche anstrebte.

Wir übergehen hier die Meinungsverschiedenheiten in den kirchlichen Organisations- und Erneuerungsfragen und beschränken uns auf die geistigen Streitpunkte. Der Kampf um diese verschärfte sich auf Grund einiger Bestimmungen in der "Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche" vom 14. Juli 1933 und einer Verkündigung von "28 Thesen" einiger Landeskirchen, die am 21. Dezember 1933 auch von den "Deutschen Christen" angenommen wurden.

Unter diesen 28 Thesen erregten vor allem folgende Fassungen Widerspruch unter einem Teil des protestantischen Kirchenvolkes und eines so genannten "Pfarrernotbundes".

These 2. "...Kirchenführer kann nur sein, wer das Vertrauen der Staatsführung besitzt..."

These 3. "Die Volkskirche bekennt sich zu Blut und Rasse, weil das Volk eine Bluts- und Wesensgemeinschaft ist. Mitglied Kampf um den Arierparagraphen der Volkskirche kann daher nur sein, wer nach dem Rechte des Staates Volksgenosse ist. Amtsträger der Volkskirche kann nur sein, wer nach dem Rechte des Staates Beamter sein kann (so genannter Arierparagraph)."

These 4. "Volkskirche bedeutet nicht Ausschluss von Christen anderer Rasse von Wort und Sakrament und von der großen christlichen Glaubensgemeinschaft. Der Christ anderer Rasse ist nicht ein Christ minderen Ranges, sondern ein Christ anderer Art..."

These 12. "Das Alte Testament hat nicht den gleichen Wert (wie das Neue Testament). Die spezifisch jüdische Volkssittlichkeit und Volksreligion ist überwunden."

These 13. "... Wir erkennen ... im Alten Testament die ersten Strahlen der Gottesliebe, die sich in Jesus Christus endgültig offenbart. Um dieser Erkenntnis willen kann die Volkskirche das Alte Testament [166)] nicht aufgeben."

These 18. "Die Volkskirche wendet sich aber auch gegen die Versuche, den Christusglauben durch eine Religion zu ersetzen, die aus dem Rasseerlebnis gestaltet ist... Der Streit, ob Jesus Jude oder Arier war, erreicht das Wesen Jesu überhaupt nicht. Jesus ist nicht Träger menschlicher Art, sondern enthüllt uns in seiner Person Gottes Art." [167)]

Die Opposition erklärte zu These 2, dass für die Eignung zu einem kirchlichen Amt nur geistliche Gesichtspunkte als Maßstab dienen sollen; zu These 3, dass Blut und Rasse nach dem Bekenntnis der Reformation nicht Offenbarung Gottes seien. Ein besonders heftiger Widerstand erhob sich gegen den Arierparagraphen. Er mache, heißt es, an Stelle des Sakraments der Taufe und des vom Heiligen Geist gewirkten Glaubens an Jesus Christus die Zugehörigkeit zu einer Rasse zur Bedingung des Eintritts in die christliche Gemeinde. Er leugne damit die Wirksamkeit des Heiligen Geistes und hebe so die Kirche Christi auf; zu These 4, reformatorische Bekenntnis nicht Christen verschiedener Art, sondern nur verschiedener Bekenntnisse kenne. Die übrigen Einwände beruhen auf offenkundigen Missverständnissen.

Infolge dieser Streitigkeiten berief der Reichsbischof Ende Januar 1934 die Kirchenführer zu einer Besprechung, die in völliger Einmütigkeit verlief, und nach welcher die Kirchenführer in einer gemeinsamen Erklärung ihre unbedingte Treue zum Dritten Reich und seinem Führer bekräftigten und alle Machenschaften der Kritik an Staat, Volk und Bewegung aufs schärfste verurteilten.

Dass auch diese Erklärung der Kirchenführer unter der "Bekenntnisfront" keinen Frieden zu stiften vermochte, geht aus einer Rede hervor, die der Reichsinnenminister Dr. Frick am 8. Dezember 1934 in Stuttgart hielt und aus der folgende Stelle die damalige Lage hell beleuchtet:

"Es mag sein, dass die Reichskirchenregierung in dem Bestreben, die 28 Landeskirchen in der Reichskirche aufgehen zu lassen, etwas zu stürmisch vorging und Anordnungen erließ, die der nötigen Rechtsgrundlage entbehrten. Dadurch entstand eine Gegenwirkung. Schließlich sah aber die Reichskirchenregierung ein, dass dieser Weg einer besseren rechtlichen Fundierung bedürfe, und sie hat da wieder angefangen zu bauen, wo die Rechtmäßigkeit absolut feststand, nämlich auf der rechtmäßig erlassenen Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche. Der Staat denkt nicht daran, sich in kirchliche Dinge zu mischen. Aber es besteht der leider sehr begründete Anlass zu der Feststellung, dass sich unter dem Deckmantel christlicher Belange hier alle möglichen staatsfeindlichen und landesverräterischen Elemente sammeln, um auf angeblich rein kirchlichem Gebiet ihre Politik zu treiben und auf diesem Wege dem Dritten Reich Schwierigkeiten zu bereiten. Ich erkläre hierzu, dass die Reichsregierung nicht gewillt ist, dieses Treiben bis ins Endlose mit anzusehen, sondern dass sie entschlossen ist, dort, wo es die politischen Notwendigkeiten erfordern, auch gegen solche Staatsfeinde und Landesverräter durchzugreifen.

Das deutsche Volk hat diesen Kirchenstreit satt. Es hat gar kein Interesse an diesem Zank der Pastoren. Die Reichsregierung hat jedenfalls gar kein Interesse darin, Kirchen, die der inneren Erbauung des deutschen Menschen dienen sollen, die aber nur Zank und Streit ins Volk tragen, mit zu finanzieren."

Trotz aller Versöhnungsversuche und Warnungen ging der Kirchenstreit in der evangelischen Kirche auch im Jahre 1935 weiter. Vor allem trat in Sorge um die reformatorisch-glaubensmäßige Grundlage der evangelischen Kirche die so genannte "Bekenntnisfront" der Glaubensbewegung Deutscher Christen entgegen.

Der Kampf um die Macht und die Pfründen in der Kirche hatte hierbei Formen angenommen, die den Staat zwangen, einzugreifen. Am 16. Juli 1935 wurde Reichsminister Kerrl zum "Kirchenminister" ernannt. Am 24. September 1935 erschien das "Gesetz zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche", das den Zusammenschluss der Landeskirchen zu einer Deutschen Evangelischen Kirche vollzog, und den Kirchenminister ermächtigte, Verordnungen zu erlassen, um in der Evangelischen Kirche Ordnung zu schaffen, da "durch den Kampf kirchlicher Gruppen untereinander und gegeneinander allgemein ein Zustand hereingebrochen ist, der die Einigkeit des Kirchenvolks zerreißt, die Glaubens- und Gewissensfreiheit des einzelnen beeinträchtigt, die

Volksgemeinschaft schädigt und den Bestand der Evangelischen Kirche selbst den schwersten Gefahren aussetzt". Am 14. Oktober 1935 wurde ein Reichskirchenausschuss und ein Altpreußischer Landeskirchenausschuss gebildet, die am 17. Oktober einen Aufruf erließen, in dem es u. a. heißt: "Die unantastbare Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist. Wir bejahen die nationalsozialistische Volkwerdung auf der Grundlage von Rasse, Blut und Boden. Wir bejahen den Willen zur Freiheit, nationaler Würde und sozialistischer Opferbereitschaft bis zur Lebenshingabe für die Volksgemeinschaft. Wir erkennen darin die uns von Gott gegebene Wirklichkeit unseres deutschen Volkes... Spannungen sind unausbleiblich. Sie müssen in Würde, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit ausgetragen werden. Das gilt für uns und unsere Gegner."

Reichsminister Kerrl hob hervor, dass durch diesen Aufruf beide Teile zu ihrem Recht kommen, sowohl diejenigen, die in dem Evangelium Jesu Christi die Hauptsache des Glaubens an sich sehen, wie diejenigen, die sagen, jeder Deutsche ist doch letzten Endes ein Volksgenosse, und immer können Volksgenossen gemeinsam ein Ziel verfolgen. Wenn Verwirrungen in den letzten zwei Jahren innerhalb der Evangelischen Kirche vorgekommen sind, dann seien sie höchstens durch einzelne hervorgerufen worden, niemals durch die Partei als solche, niemals durch den Staat als solchen... Schließlich komme es immer nur auf das Volk an und nicht auf die Pastoren.

Als auch noch fernerhin Streitigkeiten rein materieller Art die Kirche beunruhigten, regelte der Reichsminister durch die 17. "Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche" vom 10. Dezember 1935 die finanziellen und steuerrechtlichen Angelegenheiten in endgültiger Weise, indem er die Führung dieser Geschäfte der so genannten Kirchenkanzlei unterstellte. In einer öffentlichen Erklärung hob er noch einmal hervor, dass noch nie ein Pfarrer an der Ausübung seines Amtes gehindert worden sei und kein einziger Gottesdienst und keine einzige Messe je gestört worden seien. Alle Verhaftungen und Bestrafungen seien nur wegen Vergehens gegen die Gesetze des Staates erfolgt. Eine Versöhnung zwischen der Deutschen Evangelischen Kirche und dem Staat fand schließlich am 11. April 1939 statt, wie aus einer Bekanntmachung des Gesetzblattes der Deutschen Evangelischen Kirche hervorgeht. In dieser Erklärung werden von kirchlichen Kräften, die gewillt sind, die kirchlichen Fragen einer positiv-christlichen Entscheidung entgegenzuführen, folgende Grundsätze aufgestellt:

1. Jedes überstaatliche oder internationale Kirchentum römischkatholischer oder weltprotestantischer Prägung ist politische Entartung des Christentums. Echter

christlicher Glaube entfaltet sich fruchtbar innerhalb der gegebenen Schöpfungsordnung.

2. Der christliche Glaube ist der unüberbrückbare religiöse Gegensatz zum Judentum.

3. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen jeden politischen Machtanspruch der Kirchen, sein Ringen um eine dem deutschen Volke artgemäße Weltanschauung sind nach der weltanschaulich-politischen Seite hin Fortsetzung und Vollendung des Werkes, das der deutsche Reformator Martin Luther begonnen hat. Mit der in diesem Kampf neugewonnenen echten Unterscheidung von Politik, Weltanschauung und Religion wird aber von selbst auch das wahre Verständnis des christlichen Glaubens wieder lebendig.

4. Voraussetzung für ein ehrliches religiöses Ringen, für Wachstum und Ausbreitung eines wahren christlichen Glaubens im deutschen Volke sind Ordnung und Toleranz innerhalb der bestehenden Kirchen.

Die unterzeichneten Landeskirchenleiter bejahen diese Sätze und bringen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, bei voller Wahrung religiöser Toleranz ihre gesamte kirchliche Arbeit entsprechend auszurichten. Als gewichtigen Schritt auf diesem Wege begrüßen sie die Verordnungen der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union vom 18. und 20. März (1939). Ihre erste Gemeinschaftsarbeit ist die Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Gründung eines Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das kirchliche Leben des deutschen Volkes.

2. Errichtung einer kirchlichen Zentralstelle zur Bekämpfung des Missbrauchs der Religion zu politischen Zwecken.

3. Errichtung eines religionspolitischen Seminars zum Zwecke der Erforschung der Zusammenhänge von Politik, Weltanschauung und Religion.

4. Herausgabe regelmäßiger monatlicher Nachrichten an Pfarrer und Kirchenälteste der beteiligten Landeskirchen.

Dass im deutschen Volk, besonders unter dem jüngeren Geschlecht, sich eine steigende Entfremdung der Kirche gegenüber bemerkbar macht, ist nicht die Schuld der nationalsozialistischen Bewegung. Diese hat nur etwas, das schon lange mit Stillschweigen als ein selbstverständliches Zeichen der Zeit hingenommen wurde, mit der ihr eigenen Aufrichtigkeit sichtbar werden lassen. Auch bedeutet diese Entfremdung keineswegs Irreligiosität oder Heidentum. Im Gegenteil. In der Idealität der Bewegung wird ein Gefühl immer mächtiger

lebendig, das mit viel größerem Recht als religiös bezeichnet werden muss, als die entschwindende orthodoxe Kirchengläubigkeit.

Im Auslande, besonders auch in den skandinavischen Ländern, wird (vielfach von der Geistlichkeit selbst) die Behauptung verbreitet, dass im Dritten Reich die Kirche verfolgt werde. Um diesen Irrtum zurechtzustellen, sei hier das Verhalten des Staates der Kirche gegenüber in USA, in Frankreich und in Deutschland vergleichshalber angegeben.

In USA werden die Kirchen und ihre Organisationen als Privatvereine angesehen. Sie unterstehen dem allgemeinen Vereins- und Versammlungsrecht. Die Gemeinde- (oder Gesellschafts-) Mitglieder müssen ihre Geistlichen und Kirchenbeamten selbst erhalten und selber die Beiträge erheben. In den Schulen wird kein Religionsunterricht erteilt. An den Universitäten gibt es keine theologischen Fakultäten.

In Frankreich bestand Trennung zwischen Staat und Kirche 1794 bis 1801 und besteht heute seit 1905. Das Kirchenvermögen ging in Höhe von 400 bis 600 Millionen Franken an die Gemeinden und an den Staat über. In den Schulen gibt es keinen Religionsunterricht, an den staatlichen Universitäten keine theologischen Fakultäten. Die Kirchen erhalten vom Staat keine finanziellen Unterstützungen, sondern werden von den Gemeindemitgliedern unterhalten. Es gibt keine Kirchensteuern und keine finanziellen Privilegien (Steuerfreiheit usw.). Die Annahme von Schenkungen und Stiftungen ist verboten. Die Studenten der Theologie und die Geistlichen sind nicht von der Wehrpflicht befreit.

In Deutschland sind die Kirchen Körperschaften des öffentlichen Rechts. Der Staat gibt aus seinen Mitteln für Dotationen und die Besoldung der Pfarrer viele Millionen Reichsmark jährlich aus. Die Finanzämter des Staates sorgen für die Erhebung der Kirchensteuern. Die Geistlichen genießen bei der Ausübung ihrer Seelsorgertätigkeit den Schutz des Staates wie die Staatsbeamten. Die Geistlichen sind frei von der Verpflichtung, öffentliche Ämter zu übernehmen. Ihr Amtseinkommen ist von Zwangsvollstreckung befreit. Sie sind von der Wehrpflicht zurückgestellt oder befreit. In den Schulen wird Religionsunterricht erteilt. An den Universitäten gibt es siebzehn evangelische und fünfzehn katholische staatliche Fakultäten und theologische Hochschulen.

Die Kirchen sind frei von Schenkungssteuer, Grundsteuer, Umsatzsteuer. In Deutschland gibt es männliche religiöse Orden mit 660 Niederlassungen und 15.000 Insassen und weibliche mit 6.900 Niederlassungen und 100.000 Insassen. Niemals sind im Dritten Reich die Religion und das religiöse Bekenntnis einer Verfolgung ausgesetzt gewesen. Das einzige, was der Staat in Deutschland der Geistlichkeit verbietet, ist, dass sie gegen den Staat hetzt. Sie

soll sich der Gesetzgebung des Staates unterwerfen, auch wenn ihr diese in manchen Punkten, wie in der Rassenfrage, nicht gefallen sollte.

Die katholische Kirche

Schwierig war die Stellung des nationalsozialistischen Staates zur katholischen Kirche infolge der Feindschaft des "Zentrums" der ehemaligen katholisch gerichteten politischen Partei, weil namhafte katholische Kirchenführer vor 1933 gegen den Nationalsozialismus Stellung genommen hatten. Dies Verhältnis wurde zunächst durch das Reichskonkordatgesetz vom 12. September 1933 in friedliche Formen gebracht. Das Konkordat sicherte dem Staat und der Kirche ihre Lebensrechte und zog gleichzeitig reinliche Grenzen zwischen den beiderseitigen Aufgabengebieten. Es bewilligte der Kirche grundsätzlich das freie Besetzungsrecht für alle Kirchenämter und Benefizien ohne Mitwirkung des Staates und der Gemeinden. Die Geistlichen müssen aber die deutsche Staatsangehörigkeit und deutsche Studienausweise besitzen. Die Bischöfe haben einen Treueid zu leisten und Erzbischöfe dürfen erst dann ernannt werden, nachdem festgestellt worden, dass keine allgemeinen politischen Bedenken gegen sie bestehen. Katholischer Religionsunterricht und Schulen werden gewährleistet. Alle katholischen Organisationen müssen sich von der Politik fernhalten. Von Bedeutung war, dass durch dieses Konkordat die höchste Autorität des Katholizismus die nationalsozialistische Revolution anerkannte und die politische Vernichtung der Zentrumspartei bestätigte. Mit dem Konkordat war ein politikfreier Katholizismus gestattet worden.

Es wurde ferner eine "Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher" unter Führung des damaligen Vizekanzlers Franz von Papen gegründet, deren Aufgabe sein soll, in dem katholischen Volksteil das Nationalbewusstsein zu stärken ... insbesondere für ein klares Verhältnis zwischen Kirche, Staat und NSDAP zu sorgen, damit so "trotz aller konfessionellen Grenzen die völkische Einheit vertieft und ausgebaut" werde.

Leider hat das Reichskonkordat die Gegensätze des politischen Katholizismus zum nationalsozialistischen Staat nicht völlig beseitigen können. Besonders gerieten die katholischen Jugendverbände in Gegensatz zur Hitler-Jugend. Daher wurde den konfessionellen Jugendverbänden das Tragen von Uniformen usw. verboten und ihre Tätigkeit auf das rein kirchlich-religiöse Gebiet beschränkt. Auch wurde der Reichsbund katholischer Frontkämpfer aufgelöst.

In einem Erlass vom 20. Juli 1935 erklärte der Preußische Ministerpräsident, dass die Kirche keine Veranlassung habe, über das Gebiet religiöser Betätigung hinaus politische Einflüsse aufrechtzuerhalten und von neuem anzustreben. Sie dürfe daher weder Gott anrufen gegen den Staat ("eine Ungeheuerlichkeit, die wir offener und versteckter Form allsonntäglich erleben"), noch dürfe sie eigene politische Kräfte unter der fadenscheinigen Begründung organisieren, sie müsse

vom Staat her drohende Gefahren abwehren. "Wir dulden Bestrebungen nicht, deren Träger früher das Zentrum war. Wir bekämpfen sie, auch wenn sie unter dem Deckmantel religiöser Betätigung in Erscheinung treten."

Und Reichsminister Goebbels erklärte in einer Rede am 5. August 1935: "Die Jugend zur Religiosität zu erziehen, mag Sache der Kirchen sein. Die Jugend politisch zu erziehen, ist unsere Sache! Wenn die Kirchen Sportvereine gründen, so ist es denn doch sehr die Frage, ob diese Sporterziehung auf das Jenseits gerichtet ist. Die Jugend gehört uns, und wir geben sie an niemand ab."

6.3 Wissenschaft

Wie jegliche körperliche Arbeit keine zwecklose Beschäftigung oder nur Zeitvertreib sein, sondern auf ein bestimmtes praktisches oder ideelles Ziel gerichtet sein soll, so muss auch jegliche ernsthafte geistige Arbeit, wenn sie einen Wert für sich beansprucht, nicht als eine zwecklose persönliche Liebhaberei betrieben werden sondern eine bestimmte Aufgabe im öffentlichen Leben vor Augen haben. Der geistige Arbeiter, der bisher keine konkrete praktische Aufgabe vor sich sah, also vor allem der Gelehrte, der Mann der Wissenschaft, begnügte sich damit, zu erklären, er betrachte als Aufgabe seiner Arbeit die Ergründung der Wahrheit. Wer das sagt, bedenkt nicht, dass dies mehr oder weniger das Ziel einer jeden geistigen Arbeit an sich ist. Ein geistiger Arbeiter, der sich als Anachoret in der Wüste lebt, muss aber neben dieser selbst verständlichen, seinem Tun sozusagen angeborenen Aufgabe auch noch ein konkretes, greifbares Ziel haben. Dies ist es, was der Nationalsozialismus meint, wenn er sagt, dass es so genannte "reine", d. h. vom Menschenleben losgelöste Wissenschaft gibt. Und auch hier stellt er wiederum als Ziel der wissenschaftlichen Arbeit das Wohl der Volksgemeinschaft auf. Der Wissenschaftler des Liberalismus tut das prinzipiell in gewissem Sinne auch, indem er sagt, der Zweck seines Arbeitens sei das Wohl der Menschheit. Der Unterschied liegt nur darin, dass das "Wohl der Menschheit" etwas so Allgemeines und Unbestimmtes ist, dass es sich im Wolkendunst der Abstraktion auflöst und nur zu leicht zu einer Phrase wird, mit der der individuelle Egoist seine Liebhaberei tarnt.

Gegen diese blasse Entpolitisierung der Wissenschaft wendet sich der Nationalsozialismus, wenn er eine "völkische", eine "politische" Wissenschaft verlangt. Und unter "politisch" versteht er im weiten Sinne die Ausrichtung auf das Volk und sein Leben. Nicht vom Weg der Erkenntnis der Wahrheit will der Nationalsozialismus die deutsche Wissenschaft abdrängen, aber er erwartet, dass sie die Wahrheit zunächst auf dem Boden zu suchen sich bemüht, auf dem sich das Leben des Volkes abspielt und aus auch schließlich die Wissenschaft Leben und Kraft erhält. Es gibt natürlich Abstufungen in den Berührungspunkten zwischen verschiedenen Wissenschaften und politisch-weltanschaulichen Fragen. Aber "mittelbar können und müssen alle Zweige der Wissenschaft in

den Lebensfragen des Volkes stehen und das Bindeglied zwischen sachlicher Forschung und volklichem Leben auf allen Richtungen der Arbeit finden... Durch eine Wendung des Ausgangspunktes der Wissenschaft zum Leben und zum Volke hin ist die freie Forschung nicht beeinträchtigt, wohl aber die Voraussetzung für eine wortschafferische Arbeit gegeben und Verständnis und Rückhalt im Volk sichergestellt." [169)]

"Die Wissenschaft" - sagte der Reichsminister Rust in einer Rede am 8. November 1936 - "ist kein freischwebendes, von Raum und Zeit unabhängiges Gebilde, sondern eine spezifische Leistung des völkischen Geistes." Zugleich warnte er vor dem Trugschluss, als könnten die letzten großen Forschungsaufgaben etwa nur in der Gemeinschaft gelöst werden, und fuhr fort: "Die große politische Front entsteht im Lager, die große Erfindung aber, glaube ich, im einsamen Forscherraum. Aber auch in der Studierstube und im Laboratorium bleibt der Forscher ein Glied seines Volkes. Eine wahrhaft große Forschung, auch wenn sie sich in den Formen einer äußeren Isolierung des einzelnen vollzieht, lebt aus der Bindung in die Notwendigkeiten des Volkes oder sie verliert sich in Kleinigkeiten und Nebensächlichleiten."

Der Nationalsozialismus bekämpft die zum Grundsatz erhobene Weltanschauungslosigkeit, die in der Devise "Tout comprendre c'est tout pardonner" die vollkommene Formel der so genannten Objektivität erblickt. Ihm erscheint eine derartige Objektivität als eine gefährliche Illusion. Wissenschaft ohne Objektivität, d. h. Sachlichkeit, ist undenkbar, aber die Voraussetzung für eine fruchtbare Wissenschaft ist eine festbegründete Weltanschauung. Sie hat mit den Methoden der Wissenschaft nichts zu tun, aber sie bildet den Ausgangspunkt und den sicheren Boden, auf dem sich alle Wissenschaft aufbaut. Dieser Boden heißt für den Nationalsozialismus Volksgebundenheit. Der Träger der Wissenschaft soll sich auch als Forscher der Verantwortung gegenüber seinem Volke bewusst bleiben.

Gegen den Vorwurf, dass der Nationalsozialismus die Freiheit der Wissenschaft knobele, wandte der Reichsleiter Rosenberg in einer Rede am 22. Februar 1934 in Berlin ein, dass der Nationalsozialismus nichts anderes tue als was der frühere Staat seinerseits getan, ohne dass ihm daraus ein Vorwurf gemacht worden wäre. Wie früher in die Hochschulen fast nur Männer berufen wurden, welche die liberale Wirtschaftsökonomie zugunsten eines internationalen Finanzkapitals lehrten und eine Geschichtsauffassung vortrugen, die zum Teil rein dynastisch, zum Teil rein konfessionell oder von abstrakten Theorien der französischen Revolution bestimmt war, so nehme der Nationalsozialismus für sich das Recht in Anspruch, die Lehrstühle auf deutschen Hochschulen mit den Vertretern seines Geistes zu besetzen. Der Nationalsozialismus will die Wissenschaft nicht ihrer Unabhängigkeit berauben: sie ist frei in der Form, in der sie die Wirklichkeit behandelt. Aber sie ist in ihrem Wesen an etwas gebunden, was

nicht selbst Wissenschaft ist: an die im Volk lebenden Kräfte, als deren geistiges Organ sie sich betätigen soll.

6.4 Kunst und Literatur

Das Gebiet der geistigen Kultur, das früher mehr oder weniger nur Objekt der Regierungszensur gewesen war, nämlich Literatur, Kunst und Presse, wurde durch das "Reichskulturkammergesetz" vom 22. September 1933 zu einem Gegenstand des speziellen Staatsinteresses erhoben. In der Begründung zu diesem Gesetz heißt es u. a.: "Es ist nicht die Absicht des nationalsozialistischen Staates, eine Kultur von oben her schaffen zu wollen. Die Kultur wächst aus dem Volke herauf. Die Aufgabe des Staates ist es, innerhalb der Kultur schädliche Kräfte zu bekämpfen und wertvolle zu fördern und zwar nach dem Maßstab des Verantwortungsbewusstseins für die nationale Gemeinschaft. In diesem Sinne bleibt das Kulturschaffen persönlich frei. Wohl aber ist es, um eine Politik deutscher Kultur zu treiben, notwendig, die Schaffenden auf allen ihren Gebieten unter Führung des Reiches zu einer einheitlichen Willensgestaltung zusammenzufassen. Das geschieht im Wege des ständischen Aufbaus. Erfassung der einzelnen."

Die verschiedenen Kulturgebiete - Literatur, Presse, Rundfunk, Theater, Musik, bildende Künste, Film - sind in Gestalt besonderer Kammern [170)] zur Reichskulturkammer unter Aufsicht des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda vereinigt.[171)] Die Reichskulturkammer hat die Aufgabe, die deutsche Kultur zu fördern und die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Kulturberufe zu regeln. Jeder auf dem Gebiete der Kultur Tätige ist, falls er mit seinen Erzeugnissen an die Öffentlichkeit treten will, verpflichtet derjenigen Kulturkammer als Mitglied anzugehören, in deren Gebiet seine Arbeit fällt. Die Mitgliedschaft kann von der Kulturkammer abgelehnt oder das Mitglied einer solchen ausgeschlossen werden, wenn die Kulturkammer zu der Überzeugung kommt, dass ihm die erforderliche Zuverlässigkeit oder Eignung fehlt.

"Die schaffenden Menschen" - sagte der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels am 15. November 1933 bei der Eröffnung der Reichskulturkammer - "sollen sich in Deutschland wieder als eine Einheit empfinden, es soll ihnen jenes Gefühl trostloser Leere genommen werden, das sie bisher von der Nation und ihren treibenden Kräften trennte. Jeder gilt an seinem Platze das, was er für die Nation und ihre Zukunft zu leisten entschlossen ist." Und er fügte hinzu, dass der Staat vom Künstler nichts anderes verlange, als dass er den neuen Staat anerkenne und seine Gesetze zur Richtschnur seines schöpferischen Handelns mache. Gesinnungskriecherei werde dagegen nicht geduldet. "Wir wollen nicht, dass der Nationalsozialismus durch die Auswahl des Stoffes zur Darstellung kommt, sondern durch die Gestaltung des Stoffes."

Schon am 8. Mai 1933 hatte er vor den Theaterleitern in Berlin sich über grundsätzliche Kunstfragen geäußert und erklärt, dass, wenn die Künstler behaupteten, die Kunst stehe über der Politik, dies wohl für solche Zeiten gelten möge, wo das Kennzeichen der Politik das Gezänk parlamentarischer Parteien ist. Wenn aber "die Politik ein Volksdrama schreibt, in dem alte Werte sinken und andere Werte steigen, in dem Augenblick kann der Künstler nicht sagen: Das geht mich nichts an!"

Auch in der Vergangenheit habe die Kunst eine Tendenz gehabt, nämlich eine Beziehung zum Individualismus, jetzt müsse ihre Tendenz eine Beziehung zum Volk sein. Es sei nicht die Aufgabe der Kunst, die Abarten des menschlichen Lebens zu beleuchten, sondern Typen zu zeigen, von denen man auch in späteren Jahrhunderten noch ablesen kann: So war jene Zeit. Er legte Verwahrung ein gegen das Schlagwort von der internationalen Kunst. Eine Kunst werde umso größeren internationalen Wert haben, je tiefer sie aus dem Volkstum steigt. "Die Meistersinger" hätten in Paris Erfolg, und chinesische Dichtung würde in Europa bewundert, weil sie typisch chinesische Kunst sind. "Der Volksboden ist die Mutter und die Kunst ist das Kind."

Am besten ist es, wenn man zum Kern der Frage vordringen will, zu Hitlers eigenen Worten zu greifen, mit denen er seinen, d. h. den nationalsozialistischen Standpunkt zu Fragen der Kunst kennzeichnet. Hitler ist seinem innersten Wesen nach nicht nur politischer Führer, sondern auch ein künstlerisch empfindender Mensch. Die Werke der Kunst und Fragen der Kunst haben von jeher seine Gedanken beschäftigt. Sein erstes jugendliches Lebensziel war Künstler zu werden. Er hat sich über die Kunst vor allem in seinen öffentlichen Reden geäußert. Schon in seiner großen Kulturrede auf der Parteitagung am 1. September 1933 hat er grundsätzlich zu der Frage Stellung genommen, welche Bedeutung der bildenden Kunst im Kulturleben des Volkes zukommt.

Konsequenterweise legt er auch dieser Frage den Rassenstandpunkt zu Grunde. Die Weltanschauung des Nationalsozialismus, die sich zu einer "heroischen Lehre der Wertung des Blutes, der Rasse und der Persönlichkeit" bekennt, bestimmt nach Hitlers Überzeugung nicht nur das Wesen der Politik, sondern auch das Bild des kulturellen Lebens. Man kann ohne diese Weltanschauung auch nicht zu einem neuen eigenen Kunststil gelangen. Die Rasse, die dem gesamten Leben eines Volkes ihren Stempel aufprägt, sieht denn auch die Aufgaben der Kunst mit ihren Augen. Und die nationalsozialistische Weltanschauung verlangt eine Kunst, die auf den Forderungen des Richtigen, Natürlichen und Gesunden beruht und deshalb auch die Forderungen des Schönen zu erfüllen imstande ist. Dieses Ideal hat vor mehr als tausend Jahren der Kunst des klassischen Zeitalters der Griechen und Römer vorgeschwebt und ist von ihnen in ihren größten Werken verwirklicht worden. Diese Kunst braucht nicht nachgeahmt zu werden, aber die Kraft, die sie ins Leben rief, kann weiter

wirken, so dass die Kunst einer fernen, späteren Zeit ihrerseits den Mut zur wahren Schönheit findet.

Diese Einsichten sind es, auf die sich Hitlers Bemühungen stützen, der deutschen Kunst von heute einen Weg zur Gesundheit, Natürlichkeit und Schönheit zu weisen. Wir finden sie verwirklicht in zahlreichen Bauten, in neu geplanten Stadtverschönerungen und -umänderungen, in den der Landschaft mit sicherem Auge für die Schönheit der Natur angepassten Reichsautostraßen, in neuen Dorf- und Fabrikanlagen und in der Wahl von Kunstwerken für öffentliche Ausstellungen und Museen. Und um dem Volk auch recht deutlich vor Augen zu führen, was nach der Auffassung des Nationalsozialismus keine Kunst mehr ist, ließ Hitler unter dem Kennwort "Entartete Kunst" Werke der vorhergehenden Epoche ausstellen, in denen das Kranke, Perverse und Hässliche als das Interessante, Bemerkenswerte und Beachtenswerte hingestellt und von der damaligen Kritik als wahre Kunst gepriesen worden war.

So verdichtet sich die nationalsozialistische Auffassung geistiger Kultur zu der Forderung, dass Kultur Ausdruck des gesamten inneren Lebens des Volkes sein soll, dass Problematik und Spitzfindigkeiten, Geistreichtum und Eleganz nebensächliche Dinge sind, und dass die Kultur zu den großen und einfachen Dingen zurückkehren muss, weil in ihnen allein Echtheit und Wahrheit lebendig sind.

Im Jahre 1924 schrieb Hitler in seinem Buch "Mein Kampf" (8. 35): "Die Baukunst ... erschien mir neben der Musik als die Königin der Künste: meine Beschäftigung mit ihr war unter solchen Umständen auch keine 'Arbeit', sondern höchstes Glück. Ich konnte bis in die späte Nacht hinein lesen oder zeichnen, müde wurde ich da nie. So verstärkte sich mein Glaube, dass mir mein schöner Zukunftstraum, wenn auch nach langen Jahren, doch Wirklichkeit werden würde. Ich war fest überzeugt, als Baumeister mir dereinst einen Namen zu machen."

Er wurde freilich schon nach wenigen Jahren zu einem Baumeister in viel umfassenderem Sinn als dem der Architektur, aber die Baukunst blieb auch ferner dasjenige geistige Gebiet, auf dem seine künstlerisch-schöpferischen Anlagen sich am fruchtbarsten betätigen sollten. Die Baukunst hat einen langen Atem: ihre Ideen und Pläne wie deren Ausführung reifen nicht in Tagen oder Wochen, sie verlangen Jahre, ehe sie in Wirklichkeit dastehen als Bauten, und manchmal vielleicht Jahrzehnte, ehe ihre Bedeutung und Größe recht verstanden und anerkannt werden. Hitlers Wort bei der Eröffnung der ersten Architektur- und Kunsthandwerkausstellung in München am 22. Januar 1938: "Das Verständnis der Mitwelt großen schöpferischen Werken gegenüber pflegt meist nicht gleichen Schritt zu halten mit der Entstehung dieser Werke" gilt vor allem für die Werke der Baukunst.

Er wies darauf hin, wie der künstlerische Wert der Bauwerke, die einst ein kunstverständiger König in München hatte errichten lassen, erst von einer viel späteren Zeit gewürdigt worden ist, und fügte hinzu: "Wir dürfen hoffen, dass auch wir einst auf eine so gnädige nachträgliche Beurteilung rechnen können."

Diese stolz-bescheidene Hoffnung hat sich schon in kurzer Zeit erfüllt. Die Größe und Schönheit der von Hitler in Angriff genommenen monumentalen Baupläne wird heute nicht mehr bestritten, und doch ist von ihnen erst nur ein Bruchteil so weit verwirklicht worden, dass man wesentlich mehr davon überblicken kann, als was Modelle und Pläne dem Urteil vermitteln können.

Einen noch stärkeren Eindruck von dem Umfang und der Vielgestaltigkeit der geplanten und zum Teil ausgeführten Bauten erhielt man auf der zweiten Architektur- und Kunsthandwerkausstellung in München am 10. Dezember 1938. Man sah hier noch etwas ganz anderes als bloß Modelle und Pläne von Häusern, man erhielt das Bild einer Städtebaukunst großen Stils. Berlin, [172)] München, Dresden, Breslau und andere Städte und Orte haben dank der Phantasie und dem Genie großer Baukünstler wie Paul Ludwig Troost, Albert Speer, Hermann Gießler, zum Teil ein neues Gesicht bekommen. Neben den Monumentalbauten des Staates und der Organisation der Bewegung sah man einen Wohnbau für die breiten Massen der Bevölkerung in Angriff genommen. In allen Projekten machte sich Zweckmäßigkeit und klare Einfachheit rieten Schönheit als erstes Ziel geltend. Die Technik wird in weitem Maße in Anspruch genommen, ohne dass man sie zur Herrin werden läßt. Wie praktischer und ästhetischer Sinn sich in überraschender Weise zu eindrucksvollen Wirkungen verbinden können, zeigen die neuen Autostraßen, deren Länge im März 1939 bereits 3.000 km erreicht hatte.[176)] "Man behauptete damals" (1933, als der Bau begann) - sagte Reichsminister Dr. Goebbels in einer Eröffnungsrede bei der Ausstellung -, "sie würden die deutsche Landschaft verschandeln und ihr die letzte Schönheit und Idyllik nehmen. Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Die Reichsautobahnen sind heute Musterbeispiele dafür, wie große architektonische Planungen in die Landschaft hineinkomponiert werden, wie Landschaft und Architektur sich ebenso wie Architektur und Landschaft einander ergänzen können."

Hitler selbst fasste bei dieser Gelegenheit in einigen kurzen Sätzen seine grundsätzliche Auffassung in Fragen der Kunst zusammen: "Wenn man" - sagte er - "überhaupt einer Zeitepoche ein einheitliches Stilgepräge geben will, dann ist es wichtig, dass die Künstler gegenseitig ihre Werke schon im Werden zu Gesicht bekommen, um dadurch voneinander zu lernen. Denn es kann ja auf dem Gebiet der Kunst kein Patent und keinen Musterschutz geben. Es wird selbstverständlich die Ehre jedes Künstlers sein, durch seine Arbeit den Reichtum des allgemeinen Kulturbildes noch zu vermehren und ihm eigene

Züge einzufügen. Allein es ist wichtig, dass sich daraus nicht eine Zerfahrenheit ergibt, sondern dass eine Gesamtausrichtung erfolgt, ebenso wie der Volkskörper ein einheitliches Gebilde darstellen soll und muss. Die Kunst unseres neuen Reiches soll daher einen so gleichartigen Charakterzug erhalten, dass man in späteren Jahrhunderten ohne weiteres daraus schließen kann, dass dies ein Werk des deutschen Volkes und dieser unserer Epoche ist. Das erfordert aber, dass die Künstler schon im Entstehen der Werke anderer sich selber davon befruchten lassen, dass ihr Blick geweitet wird, dass sie die Größe der Zeitaufgaben ermessen an den bereits vorhandenen Lösungen und an der Art, in der die anderen an solche herantreten."

Und in Bezug auf die großen städtebaulichen Aufgaben, mag es sich um die Bauten oder um Stadtpläne handeln, hob er hervor, dass das Aufgaben sind, die nicht im Handumdrehen gelöst werden können oder dürfen, sondern langer und wiederholter Vorbereitungen, Veränderungen und Überlegungen bedürfen, um wirklich in den Zeiten bestehen zu Können.

Die Leistungen der Kunst auf andern Gebieten als der Architektur können hier nicht im Einzelnen angeführt werden. Nur einige allgemeine Bemerkungen mögen darüber Aufschluss geben, dass der Nationalsozialismus in augenfälliger Weise die Auffassung widerlegt hat, dass Kunst und Politik sich nicht vertrügen oder sogar in solchem Gegensatz zueinander stünden, dass Kunst überhaupt nur dann zu richtiger Blüte gelange, wenn die Politik sich nicht um sie kümmere.

Dass dies auf einem Irrtum beruht, ist vorläufig auf dem Gebiete der Dichtung am wenigsten zu Tage getreten, und zwar nicht deswegen, weil die Dichtung etwa nach dem großen geistigen Umbruch ärmer geworden wäre. Dies muss insbesondere deswegen hervorgehoben werden, weil im Auslande die Anschauung allgemein verbreitet wird, dass man kaum mehr von einer deutschen Dichtung reden könne, nachdem die deutschschreibenden Schriftsteller, die bis zum Durchbruch des Nationalsozialismus in der übrigen Welt als die großen deutschen Dichter gepriesen und gelesen worden waren, nach dem Siege des Nationalsozialismus als Emigranten ins Ausland gegangen waren, und infolgedessen Werke von ihnen seitdem in Deutschland nicht mehr erscheinen. Diese Emigranten lassen sich auch heute noch von der Presse der demokratischen Länder als die einzigen noch vorhandenen deutschen Dichter propagieren, und diese Länder, denen nur Werke der Emigranten in Übersetzungen zugänglich gemacht werden, glauben tatsächlich, das Gebiet der deutschen Dichtung läge nun als eine Wüste da, die uninteressant sei und um die man sich deshalb nicht zu kümmern brauche.

Wem es aber um die Wahrheit zu tun ist, braucht nur ein Werk wie die umfangreiche Literaturgeschichte "Volkhafte Dichtung der Zeit" von Dr. Hellmuth Langenbucher zu durchblättern, um zu erkennen, dass es unter den

mehr als dreihundert in diesem Jahrhundert geborenen deutschen Dichtern, deren Werke Langenbucher behandelt, nicht wenige gibt, die in künstlerischer Beziehung sämtliche "berühmten" Emigranten überragen.

Am 16. April 1934 wurde eine "Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums" ins Leben gerufen. Für einen autoritären Staat gibt es, wie der Oberdienstleiter Reichsleiter Karl-Heinz Hederich, hervorhebt, nur zwei Stellungnahmen in der Schrifttumspolitik: entweder die Literatur als Zensor zu überwachen, um eine gewisse Linie zu erzwingen, oder sich darauf zu beschränken, das Schrifttum vor solchen Veröffentlichungen zu schützen, von denen Verwirrung und Zersetzung auszugehen droht, oder in denen offensichtlich böser Wille am Werk ist. Der Nationalsozialismus hat letzteren Weg gewählt. Um dieses unerwünschte Schrifttum zu bekämpfen, führt die Reichsschrifttumskammer zwei Listen schädlicher Bücher. Die eine enthält diejenigen Werke, deren Verbreitung überhaupt unerwünscht ist, während die andere die Schriften umfasst, die möglichst nicht in die Hände jugendlicher Personen gelangen sollen. Die Bücher der ersten Linie dürfen gar nicht verbreitet werden, die der zweiten dürfen nicht in den Schaufenstern ausgelegt oder in irgendeiner Form an Jugendliche unter achtzehn Jahren abgegeben werden. Die schon vom früheren Staat eingeführte Bekämpfung der sog. Schmutz- und Schundliteratur ist dadurch so erfolgreich geregelt worden, dass polizeiliche Verbote gar nicht mehr nötig sind, wenn ein Buch auf die Liste gesetzt worden ist. Die PPK befasst sich nur mit der Wertung, Sichtung und Ordnung der in Deutschland erscheinenden Literatur. Sie beschränkt sich darauf, festzustellen, inwieweit eine Schrift nationalsozialistischen Anforderungen genügt oder nicht und ob sie zum nationalsozialistischen Schrifttum gerechnet werden kann oder nicht. Die Grundideen des Nationalsozialismus sollen nicht von Unberufenen verfälscht oder in einer die Öffentlichkeit irreführenden Weise geschäftlich ausgewertet werden. Alle Schriftwerke, die sich mit politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und allgemein weltanschaulichen Problemen sowie mit Darstellungen führender Persönlichkeiten der NSDAP und mit dem Wesen und den Zielen der nationalsozialistischen Bewegung befassen, werden der parteiamtlichen Prüfungskommission vorgelegt und daraufhin durchgesehen, ob sie sachlich richtig sind. Verbote sind selten und treffen nur die oben gekennzeichneten schädlichen Schriften.[174)]

Zu den wichtigsten Aufgaben der PPK gehört die Herausgabe einer "Nationalsozialistischen Bibliographie", die seit Januar 1936 in monatlichen Heften erscheint, mit der Zeit aber auch die seit 1919 erschienene nationalsozialistische Literatur in einzelnen Jahresbänden behandeln wird. Diese Monatshefte enthalten eine erstaunlich reichhaltige Übersicht der wichtigsten auf den Nationalsozialismus sich beziehenden Bücher, Zeitschriften- und Zeitungsaufsätze in deutscher Sprache und geben - was vor allem dieser Bibliographie ihren wissenschaftlichen und praktischen Wert verleiht - bei

jedem Buch- und Aufsatztitel in einem kurzen Satz eine Inhaltsangabe und Charakteristik der betreffenden Nummer. Wer sich mit Fragen befasst, die sich auf den Nationalsozialismus beziehen, findet hier alles, was er braucht, in einer systematisch übersichtlichen Weise geordnet, wie in einem musterhaften Bibliothekskatalog, der dank den Beurteilungen, die er enthält, noch alle anderen übertrifft.

Während der PPK die Prüfung, Beurteilung und Verzeichnung derjenigen Literatur obliegt, die sich in irgend einer Weise auf den Nationalsozialismus bezieht (oder die zum politischen wesensverwandten Schrifttum gerechnet werden muss), hat die "Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums" (RFS), deren Mitbegründer und Leiter Hans Hagemeyer ist, die Aufgabe, die neuere deutsche Literatur nach politisch-weltanschaulichen, volkserzieherischen, künstlerischen und fachwissenschaftlichen Gesichtspunkten zu begutachten und die ihr am wertvollsten erscheinenden Werke zu fördern. Die Amtsstelle des Reichsleiters Alfred Rosenberg fordert von den deutschen Verlegern die Werke an, von denen anzunehmen ist, dass sie von Bedeutung sind. Neunhundert fachlich und welt, anschaulich zuverlässige Lektoren, die sich aus Vertretern der verschiedensten Stände und Berufe in allen Teilen des Reichs zusammensetzen, beurteilen die eingelaufenen Bücher, und die positiven Gutachten werden den Verlegern zu werbetechnischen Zwecken zur Verfügung gestellt. Diese ganze mühevolle Lektorenarbeit wird ehrenamtlich ausgeführt. Eine große Anzahl der Gutachten wird neben selbständigen Aufsätzen in der Zeitschrift "Bücherkunde" abgedruckt, die zugleich Listen über "zu empfehlende" oder "nicht zu empfehlende" Werke bringt. Außerdem führen etwa siebenhundert Dienststellen der RFS im ganzen Reich eine zuverlässige Beratung in allen Schrifttumsfragen durch. Vor die Öffentlichkeit ist die RFS mit einigen großen Duellausstellungen getreten, wie "Ewiges Deutschland" (1934-1935), "Das wehrhafte Deutschland" (1935-1936) und "Das politische Deutschland' (1936).

6.5 Presse

Zu Punkt 23 des Programms der NSDAP, der über die Presse handelt, hat Hitler sich in seinem Buch (S. 264) näher geäußert. Er sagt: "Es ist ein Staats- und Volksinteresse ersten Ranges, zu verhindern, dass die Menschen in die Hände schlechter, unwissender oder gar übelwollender Erzieher geraten. Der Staat hat deshalb die Pflicht, ihre Erziehung zu überwachen und jeden Unfug zu verhindern. Er muss dabei besonders der Presse auf die Finger sehen; denn ihr Einfluss... ist der weitaus stärkste und eindringlichste, da er nicht vorübergehend, sondern fortgesetzt zur Anwendung kommt... Wenn also irgendwo, dann darf gerade hier der Staat nicht vergessen, dass alle Mittel einem Zweck zu dienen haben; er darf sich nicht durch das Geflunker einer so genannten 'Pressefreiheit' beirren und beschwätzen lassen, seine Pflicht zu versäumen und der Nation die Kost vorzuenthalten, die sie braucht und die ihr

gut tut: er muss mit rücksichtsloser Entschlossenheit sich dieses Mittels der Volkserziehung versichern und es in den Dienst des Staates und der Nation stellen."

Und Dr. Goebbels erklärte am 6. April 1933 auf dem Empfangsabend des Verbandes der ausländischen Presse: Soweit man unter Pressefreiheit die Erlaubnis verstehe, gegen die Interessen der Nation zu handeln oder die Presse zum Tummelplatz geistiger Akrobatenkunststücke zu machen, habe eine Pressefreiheit unter der nationalsozialistischen Regierung allerdings keinen Platz. Gewiss stehe es der Presse zu, Ratschläge zu erteilen, vor verhängnisvollen Entschlüssen zu warnen. Diese öffentliche Kritik solle nicht verhindert werden. Aber diese Kritik habe immer im Rahmen einer allgemein gültigen nationalen Disziplin vor sich zu gehen. Die Regierung scheue keineswegs das Wort Tendenz. Aber es sei mutiger und ehrlicher, eine anständige Tendenz offen zu bekennen als einer unanständigen versteckt zu huldigen und sich dann hinter dem Schlagwort Objektivität zu verbergen. Und am 4. Oktober 1933 sagte er im Reichsverband der Deutschen Presse:

"Wenn mir heute ein Schriftleiter entgegenhält: die nationalsozialistische Regierung hat die Freiheit der Meinung genommen, so wollen wir uns doch als Fachmänner der Presse nicht selbst etwas vormachen. Ich hätte es einmal erleben wollen, dass irgendein Schriftleiter es gewagt hätte, eine freie Meinung gegen die seines Brotgebers zu vertreten und sich dann darauf zu berufen, dass doch in Deutschland die Freiheit des Geistes herrsche. Ist es nun für einen Schriftleiter etwas Entehrendes, wenn an Stelle des Verlegers der Staat eintritt?"

Er bedauerte, dass das Bild der deutschen Presse zu einförmig geworden sei, denn die Regierung zwinge sie nicht zur Charakterlosigkeit, sie verlange nur, dass die Presse nichts gegen den Staat unternehme. Die Mannigfaltigkeit der Presse brauche nicht darunter zu leiden, dass ihr geschlossener nationaler Wille einheitlich ist. Die Presse müsse von Personen geleitet werden, die ihrer Verantwortung bewusst sind und ganz bestimmte Qualifikationen dafür besitzen, und nicht von Individuen, die anderswo Schiffbruch gelitten hätten und nun sich anmaßten, zu Hunderttausenden zu reden und öffentliche Meinung zu fabrizieren.

Auch der Präsident der Reichspressekammer, Reichsleiter Amann, bestätigte in einer Rede am 13. Dezember 1933, dass die Mehrzahl der deutschen Zeitungen ihren Inhalt mehr oder weniger nach einem Schema auf denselben Ton abstimmte, und erklärte dies damit, dass die Ursache hierzu in einer inneren Fremdheit vieler in der Presse geistig Schaffenden mit dem nationalsozialistischen Gedankengut liege.

Diese Einförmigkeit der nationalsozialistischen Presse in der ersten Zeit nach der nationalsozialistischen Revolution war eine Folge der Unsicherheit, die sich als Begleiterscheinung großer geistiger Umwälzungen stets bei denen zu zeigen pflegt, die an der Gestaltung der neuen Ideen zunächst keinen unmittelbaren Anteil haben. Je mehr jedoch die verantwortlichen Stellen der Presse, also Schriftleiter, Verleger usw., mit nationalsozialistischen Gedankengängen vertraut wurden, und je mehr die nationalsozialistische Weltanschauung von ihnen Besitz ergriff, umso eher waren sie in der Lage, die Ereignisse aus eigener Anschauung darzustellen und ihre persönliche Meinung dazu zu sagen. Von einer Einförmigkeit der deutschen Presse kann also heute nicht mehr die Rede sein. Allerdings kann die gleiche Gesinnung, die aus allen deutschen Presseäußerungen spricht, sehr leicht vom Ausländer als Einförmigkeit gedeutet werden. In Wirklichkeit aber ist die deutsche Presse nicht weniger vielfältig als die Presse irgendeines anderen Landes, nur hat sie eben eine einheitliche Grundlage: die nationalsozialistische Weltanschauung.

Laut dem Schriftleitergesetz vorn 4. Oktober 1933 ist die Schriftleitung eine in ihren beruflichen Pflichten und Rechten vom Staat geregelte öffentliche Aufgabe, und Schriftleiter darf sich jetzt nur noch der nennen, der durch dieses Gesetz dazu befugt ist. Die Ausübung des Berufs steht nicht mehr wie bisher jedem Beliebigen offen, sondern ist an strenge Voraussetzungen gebunden. Schriftleiter kann nur noch werden, wer die deutsche Reichsangehörigkeit und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 21 Jahre alt, fachmännisch ausgebildet und arischer Abstammung ist usw. Der Schriftleiter ist verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten, was eigennützige Zwecke mit gemeinnützigen in einer die Öffentlichkeit irreführenden Weise vermengt, was geeignet ist, dem Deutschen Reich zu schaden, was die Ehre eines anderen verletzt, seinen Ruf schädigt und sonst sittenwidrig ist usw. Die Schriftleiter tragen für den geistigen Inhalt der Zeitung die berufs-, straf- und zivilrechtliche Verantwortung. Doch gehen ihre Verpflichtungen im nationalsozialistischen Staat noch weiter als in der früheren Zeit, wo es genügte, dass der Schriftleiter sich darauf beschränkte, Beiträge, die in irgendeiner Form gesetzwidrig waren, einfach abzulehnen. Er ist außerdem verpflichtet, die Wahrheit in positiver und ausdrücklicher Form zu vertreten. Das bedeutet für ihn zugleich "das Recht, die von ihm erkannte Wahrheit und seine Überzeugung unabhängig von allen äußeren Einflüssen zu vertreten". Der sog. "verantwortlich zeichnende Redakteur", der ja immer nur ein Strohmann war, ist abgeschafft. Der Schriftleiter oder der Verfasser oder beide zusammen tragen persönlich alle Verantwortung.

Auch dem Verleger gegenüber ist die Unabhängigkeit des Schriftleiters durch eine Reihe von Schutzvorschriften gesichert, so dass seine geistige Haltung nicht durch seine wirtschaftliche Abhängigkeit beeinflusst zu werden braucht.

Die Schriftleiter sind im Reichsverband der Deutschen Presse zusammengefasst, der eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Erst nach der Eintragung in die Berufsliste der Schriftleiter kann der Beruf ausgeübt werden. Zum Schutze der Schriftleiterberufe werden Berufsgerichte der Presse gebildet. Unabhängig vom Verfahren vor den Berufsgerichten kann der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda einen Schriftleiter aus der Berufsliste ausschließen, wenn er aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohles es für erforderlich hält. Wer sich als Schriftleiter betätigt, ohne in die Berufslisten eingetragen zu sein, wird im Gefängnis oder mit Geldbuße bestraft.

Außer diesem "Schriftleitergesetz" regeln zwei Anordnungen des Reichsleiters Amann vom 24.April 1935 "zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens" und über die "Schließung von Zeitungsverlagen zwecks Beseitigung ungesunder Wettbewerbsverhältnisse" speziell die Verhältnisse im Zeitungswesen Nach der erstgenannten Anordnung ist Nichtariern und ihren Verwandten und allen "Sondergemeinschaften, die der Einheit der Nation abträglich sind, seien sie z. B. ständischer, wirtschaftlicher oder konfessioneller Art", sowie deren Funktionären die Betätigung im Gebiet des Pressewesens verboten. Ferner sollen unkontrollierbare Einflüsse durch anonymen Kapitalbesitz und durch Dazwischenschieben von Treuhändern und die Korrumpierung der Presse durch Subventionen oder durch Sammelbestellungen bestimmter Interessenten unterbunden werden, und schließlich soll die ideell-kulturelle Aufgabe der Presse vor Schädigung durch Geschäftsverleger und vor einer Industrialisierung der Presse in Gestalt von Konzernen gesichert werden.

Diese Bestimmungen haben, wie Dr. F.A. Six in einem Vortrag "Die Freiheit der Presse in Deutschland" hervorhebt, eine wesentliche Bedeutung nicht nur dadurch, dass sie den Schriftleiter von allen privaten Bindungen befreien, so dass er nur der Volksgesamtheit gegenüber verpflichtet ist, sondern vor allem dadurch, dass es dank diesem Pressesystem unmöglich ist, dass unverantwortliche Elemente in der Presse einen internationalen Pressefeldzug beginnen und damit die allgemeine politische Atmosphäre vergiften. Eine Kriegshetze durch die Presse ist also, im Gegensatz zu den Behauptungen in so genannten pazifistischen Presseorganen, in Deutschland undenkbar.

Im Rundfunk wurde das System der unabhängigen Sender beseitigt. Die Sender sind keine Aktiengesellschaften mehr, sie gehören weder privaten Aktionären noch einzelnen Ländern, sie sind Arbeitsgruppen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft. Durch eine scharfe zentrale Zusammenfassung ist die schlagkräftigste und wendigste Rundfunkorganisation der Welt geschaffen worden.

Für die Bedürfnisse der deutschen Hörerschaft stehen im Gebiet von Großdeutschland einschl. Protektorat und Generalgouvernement zusammen 73 Sender zur Verfügung.

Der Großdeutsche Rundfunk hatte am 1. Dezember 1939 (einschließlich Danzig, aber ohne die übrigen rückgegliederten Ostgebiete) eine Hörerzahl von 13.435.301 aufzuweisen.

Das Filmwesen wird durch das Reichskulturkammergesetz, das Lichtspielgesetz vom 16. Februar 1934 und einige andere Verordnungen geregelt.

Im August 1940 wurde die Deutsche Kulturfilm-Zentrale errichtet, die alle Kulturfilm-Vorhaben betreut und gegebenenfalls durch Gewährung von Beihilfen fördert. Die dafür erforderlichen Mittel bringen die deutschen Filmtheater durch Förderungsbeiträge auf.

Der Reichspropagandaminister veranlasste, dass die deutschen Kinotheater an den Sonntagvormittagen zwecks politischer Erziehungsarbeit der HJ zur Verfügung stehen sollen. Die erste Filmfeierstunde der HJ versammelte die deutsche Jugend in allen Filmtheatern des Reiches am 5. November 1939.

7 Schlusswort

Es gibt zwei Erklärungen für die Entstehung des Nationalsozialismus. Die eine lautet: der Versailler Vertrag ist der Vater des Nationalsozialismus. Diese Erklärung haben sogar führende Politiker der Entente sich zu Eigen gemacht. Die andere lautet: der Nationalsozialismus ist im Schützengraben geboren. Das ist ein Ausspruch Hitlers. Beide Erklärungen sind richtig, nur mit dem Unterschiede, dass die erstgenannte Erklärung äußere Tatsachen als Ursache angibt, die letztere dagegen auf ein inneres Geschehen hinweist.

Der Versailler Vertrag mit seinen Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten, seinem Rachedurst und seiner Habsucht hat es tatsächlich zustande gebracht, dass das deutsche Volk unter den Wirkungen der Unterdrückung, Aussaugung und Demütigung durch die Siegerstaaten und der Unfähigkeit der deutschen Nachkriegsregierungen dieser würdelosen Marter ein Ende zu bereiten, reif wurde zu einem Umsturz und sich so gut wie einmütig und jubelnd einer Bewegung anschloss, die das Volk aus dem Elend und der Unehre zu retten entschlossen war und dazu die Kraft besaß. So wurde der Versailler Friede mit allen seinen Folgen zum Vater des Nationalsozialismus.

In den deutschen Schützengräben ging während der vier Kriegsjahre etwas anderes vor, das mit dem Versailler Frieden und allem Elend, das mit ihm zusammenhängt, nichts zu tun hat. Dort bereitete sich eine seelische Wandlung des deutschen Menschen vor. Ein innerer Prozess, bei welchem die bis dahin herrschende Auffassung des ganzen Menschenlebens zerbrach und sich auflöste und der den Boden für die Geburt einer ganz neuen und vollständig anders gearteten Auffassung des Lebens vorbereitete. Dieser Prozess war kein Werk des Nachdenkens und Grübelns, auch nicht der Verzweiflung und der Not. Er war nicht ein Werk des Oberflächenbewusstseins oder eines organisatorisch und zielbewusst gerichteten Willens. Er war das Kind eines den, aber immer heftiger sich aufdrängenden Verdachts, dass irgend etwas falsch war im bisherigen Leben, und einer aus den dunkelsten Tiefen der Seele aufsteigenden Sehnsucht nach einer richtigen, d. h. natürlichen und gesunden Richtung der Lebensführung, nach einem zugleich mutigen, wahrhaften und gütigen Verhalten der Menschen untereinander. Er war hervorgerufen durch die immer deutlicher werdende Erkenntnis, dass man von Überlieferungen und Anschauungen beherrscht und gehemmt war, die so überaltert und verknöchert waren, dass man einen Leichengeruch von ihnen zu verspüren glaubte, er war hervorgerufen durch die erschütternde Ahnung, dass etwas faul war nicht nur im Staate, nicht nur im Alltag der Menschen, sondern auch in ihrem Denken und in ihrer Seele. Und diese Ahnung gebar ein Wunder: ein Gemeinschaftsgefühl, das nicht nur die einzelnen Menschen aneinander band, sondern vor ihrem inneren Auge etwas Gemeinsames erstehen ließ, das sie in einem neuen, wie eine Offenbarung wirkenden Lichte erblickten: das Vaterland.[175)] Dieses

Gemeinschaftsgefühl wurde zur Quelle einer Hoffnung, eines Glaubens und einer Zuversicht, die, als ihre Zeit gekommen war, das Volk zu einer Einheit zusammenschweißte, in der allein die Kraft beschlossen war, das Volk aus der Not empor zu reißen und für ein neues Leben zu retten.

In diesem Sinne liegt in Hitlers Ausspruch eine große Wahrheit: dass der Nationalsozialismus im Schützengraben geboren ist. Darum und nur darum wurde die nationalsozialistische Bewegung zu einer wahren Revolution. Sie war eine Revolution politischen, sozialen und wirtschaftlichen Charakters. Aber dies ist nur die eine Seite ihres Wesens, und zwar nicht die ursprüngliche. Ihr wirksamer Ausgangspunkt liegt tiefer, er hat seine Wurzel, wie Hitler richtig erkannte, in der Seele, er ist geistiger Art. Die nationalsozialistische Bewegung will nicht in erster Linie eine neue Politik und eine neue Wirtschaftsform einführen. Das sind Probleme zweiten Ranges und selbstverständliche Folgeerscheinungen der Verwirklichung ihrer primären geistigen Idee. Diese Idee heißt: Umwandlung der Seele des Menschen. Sie vor allem hat der Bewegung ihren Sieg ermöglicht und verbürgt ihren Errungenschaften die Dauer. Hierin liegt der Grund, weshalb es der übrigen Welt so schwer fällt, die nationalsozialistische Bewegung in ihrem eigentlichen Kern und Wesen zu erkennen und zu begreifen.[176)]

Noch herrschen in einem großen Teil der Welt die von der französischen Revolution geborenen und unter die Menschheit geschleuderten Ideen. Dass die Herrschaft dieser Ideen durch die Nachwirkungen des Weltkrieges ins Wanken geraten ist und vor allem: dass sie in der schonungslosen Konsequenz des Kommunismus sich zu einer Fratze des Untergangs verzerrten, hat dazu beigetragen, dass sich ihre Anhänger mit umso zäherem Eigensinn gegen den neuen Gegner wehren. Der Menschheit, die noch in jenen Ideen befangen ist, fehlt nicht nur die Fähigkeit, sondern auch der Mut und der gute Wille, die Botschaft des Nationalsozialismus zu verstehen, geschweige denn zu empfangen oder auch nur an sie zu glauben. Selbst im deutschen Volke gibt es noch Unbelehrbare unter den Intellektuellen, den geschäftemachenden Bürgerlichen und den senilen "Konservativen". Ihre Anzahl ist nicht groß, das beweist die Tatsache, dass bei allen Volksabstimmungen 95 Prozent bis 99 Prozent den Nationalsozialismus bejahten. Und auch unter den noch in alten Anschauungen Befangenen verdichten sich unter dem Eindruck der täglich sich immer stärker entfaltenden lebendigen Wirklichkeit und dank einer klugen und zielbewusst geleiteten Schulung die noch schwankenden Gefühle und Ahnungen zu einer bewussten Erkenntnis, dass sich das Volk auf dem richtigen Wege befindet.

So steigt aus dem Leiden von Krieg und Nachkrieg und aus dem Erlebnis des Schützengrabens die Offenbarung des Dritten Reiches als siegreiche Verwirklichung des Traumes einer schöpferischen Sehergabe empor. Leiden

läutert. Das ist eine alte Wahrheit. Was seit 1933 in Deutschland geschieht, beweist, dass Leiden auch fruchtbar macht.

Der Mann, den die Vorsehung oder das Schicksal oder wie man es nennen mag, dazu ausersehen hat, die fruchtbare Wirkung jener Leiden zu einer sichtbaren Wirklichkeit zu verdichten, zu einer Wirklichkeit, die die Gestalt eines Wunders und eines Segens annimmt, fühlt sich selber in seiner bescheidenen Einfachheit als Werkzeug einer höheren geistigen Macht. Das verleiht ihm die unzerbrechliche Willenskraft und Entschlossenheit, die Furchtlosigkeit und den Erfolg. Und die wunderbare, vielen unbegreifliche Macht über das Volk.[177)]

Neben diesem Bewusstsein seiner hohen Aufgabe und Verantwortung erfüllt ihn begreiflicherweise ein anderes, menschliches Gefühl, dem er am 30.Januar 1937 folgenden Ausdruck verliehen hat:

"Ich habe in meinem Leben drei ungewöhnliche Freunde gehabt: in meiner Jugend war es die Not, die mich durch viele Jahre begleitete. Als der große Krieg zu Ende ging, da war es das tiefe Leid über den Zusammenbruch unseres Volkes, das mich nun erfasste und meinen Weg vorschrieb. Seit diesem 30. Januar vor vier Jahren habe ich als dritten Freund die Sorge kennen gelernt. Die Sorge für das meiner Führung anvertraute Volk und Reich. Sie hat mich seitdem nicht mehr verlassen und wird mich wohl nun begleiten bis an mein Ende."

8 Anmerkungen

(Die erhöhten Zahlen geben die Nummern an, auf die sich die Anmerkungen beziehen.)

1) Von Wilsons vierzehn Punkten mögen hier die ersten fünf genannt werden, die heute (August 1940) noch immer nicht verwirklicht worden sind: 1. Öffentlichkeit der Verträge. 2. Freiheit der Meere. 3. Gleichheit der Handelsbeziehungen. 4. Allgemeine Abrüstung. 5. Unparteiische Ordnung der Kolonialfragen.

2) Gegen diesen Artikel 88 erhob schon die Wiener Nationalversammlung bei der erzwungenen Annahme folgenden Protest:
"Die Nationalversammlung erliebt vor aller Welt feierlich Verwahrung dagegen, dass der Friedensvertrag von St.Germain unter dem Vorwand, die Unabhängigkeit Österreichs zu schützen, dem deutsch-österreichischen Volk sein Selbstbestimmungsrecht nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, politische und kulturelle Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem deutschen Mutterland verweigert. Ohne alle Macht, dieses Unheil abzuwenden und Europa die unvermeidbaren Wirren zu ersparen, legt die deutsch-österreichische Nationalversammlung die geschichtliche Verantwortung für diesen Beschluss auf das Gewissen jener Mächte, die ihn trotz unserer ernstesten Warnungen vollziehen."
Wenig später - im April 1921 - stimmten in Tirol 93,5 Prozent und in Salzburg 99,1 Prozent für die Vereinigung mit der deutschen Heimat, in privaten Abstimmungen allerdings, weil die rechtswirksame Ausübung der Selbstbestimmung eben durch den Artikel 88 verboten war. Schlimmer als das: Durch die Begebung einer Sanierungsanleihe an Österreich wurde im Jahre 1922 durch das berüchtigte Genfer Protokoll eine neuerliche Bekräftigung des Artikels 88 erpresst. Dieses bildete dann die Grundlage, die es den Mächten gestattete, im Jahre 1931 die Zollunion zwischen dem Deutschen Reich und Österreich zu verhindern.

3) Und noch am 24.März 1931 schreibt Léon Blum in einem mit seinem vollen Namen unterzeichneten Artikel im Pariser "Populaire": "Niemand kann leugnen, dass eine natürliche, vielfach begründete Verwandtschaft das kleine Österreich zu Deutschland hinzieht und dass der Anschluss sich einmal vollziehen wird; er würde lediglich der Ausdruck des unbestreitbarsten aller Rechte sein: des Rechtes eines Landes, über sich selbst zu bestimmen."

4) Vgl. Sven Hedin in einer Rede vor der Studentenschaft in Lund am 7.Februar 1938: "Wenn der so genannte Friede von Versailles mit besonderer Absicht diktiert wurde, um in die Welt den Keim zu kommenden Kriegen zu legen, so

hätten die Hunderte von Paragraphen nicht auf geschicktere, raffiniertere und infernalischere Weise diktiert werden können, als es geschehen ist."

5) Noch am 17.Februar 1919 war man bereit, Deutschland ein Heer von 200.000 Mann zuzugestehen. Am 3. März waren es nur noch 200.000 Mann, am 10. März 140.000 und wenige Stunden darauf langte man bei 100.000 Mann an.

6) Er gehörte zu jenen dreihundert Männern, die nach seiner eigenen Äußerung sich alle untereinander kennen und in deren Hände die Geschicke der Welt liegen. Er gehörte, wie jene Jugend überzeugt war, zu jenen Kapitalisten, für die der Weltkrieg ein glänzendes Geschäft gewesen war.

7) "Es ist eine allbekannte Sache, dass die Machtstellung der Sozialdemokratie in Wien zum großen Teil auf jüdischen Wählerstimmen beruht", sagt der Jude Dr. Edmund Wengraf im "Neuen Wiener Journal" vom 17. März 1929. Und der zionistische Gemeinderat Dr. Leopold Plaschkes erklärte auf einer jüdischen Versammlung in Wien (laut der zionistischen "Wiener Morgenzeitung" vom 9. Dezember 1926), "dass der Siegeszug des marxistischen Prinzips gerade in Österreich so ungeheuer sein konnte, verdanken die Sozialdemokraten der Agitation ihrer jüdischen Führer".

8) "Das Wort "fanatisch" kehrt in Hitlers Buch und in seinen Reden häufig wieder. Er legt ihm nicht die übliche Bedeutung von "sinnlosem und blindwütigem Eifer" bei, sondern meint damit eine Begeisterung, die gegebenenfalls bereit ist, auch das Leben für eine Idee oder Sache zu opfern.

9) Über seine Wiener Jahre und den Grund, weshalb er sich nicht beim österreichischen, sondern beim deutschen Heer als Freiwilliger meldete, sagte Hitler in seiner Rede vor dem Volksgericht in München am 26. Februar 1924:
"Ich kam als siebzehnjähriger Mensch nach Wien und lernte dort drei bedeutsame Fragen studieren und beobachten: die soziale Frage, das Rassenproblem und endlich die marxistische Bewegung. Ich ging von Wien weg als absoluter Antisemit, als Todfeind der gesamten marxistischen Weltanschauung, als alldeutsch in meiner politischen Gesinnung, und weil ich wusste, dass das deutsche Schicksal auch für Österreich nicht ausgefochten wird in der österreichischen Armee, sondern in der deutschen und österreichischen Armee, deshalb habe ich mich zur deutschen Armee gemeldet."

10) Gottfried Feder betrachtete als die Aufgabe der Volkswirtschaft die Bedarfsdeckung und nicht die Erzielung einer möglichst hohen Verzinsung für das Leihkapital, das sich nur für die Rentabilität, nicht aber für die Bedarfsdeckung interessiert. Er sah für den Staat drei Möglichkeiten, seinen Geldbedarf zu decken: a) seine Leistungshoheit, d.h. das souveräne Recht des Staates, seine Bürger zu kostenlosen Leistungen heranzuziehen; b) seine

Münzhoheit, d.h. sein Recht, Münzen zu schlagen oder Schatzscheine auszugeben, c) seine Finanzhoheit, d.h. das Recht, Steuern aufzuerlegen. Als die dümmste Art erschien ihm, Schulden zu machen. Nach seiner Ansicht hat der Anleihewahnsinn die Staaten in die Zinsknechtschaft gebracht. Unter Zinsknechtschaft versteht Feder die zinspflichtige Verschuldung von Staat und Volk gegenüber den überstaatlichen Mächten. Eine Gesundung sieht er nur in einer bargeldlosen Finanzierung großer nützlicher Unternehmungen. Vor allem müsse nach seiner Ansicht die Reichsbank verstaatlicht werden. Die deutsche Reichsbank war bis zum 15. Juni 1939 eine Aktiengesellschaft und zahlte auch während des Weltkrieges noch Dividenden an das Ausland. (Vgl. auch das Gesetz vom 10.Februar 1937.)

11) Über den Unterschied zwischen "Programmatiker" und "Politiker" hat sich Hitler an mehreren Stellen seines Buches ausgesprochen (S. 229, 230, 231, 418).

12) Über den Unterschied zwischen den Friedensverträgen von und Brest-Litowsk vgl. Heinrich Rogge "Hitlers Friedenspolitik und das Völkerrecht", S. 17.

13) Ungläubige Nörgler haben spöttisch gefragt, wer wohl seine Reden ausarbeite. Darauf ist zu erwidern, dass Hitler seine Fähigkeit, ohne fremde Hilfe als Redner zu bestehen, u. a. in glänzender Weise in der ersten Reichstagssitzung des neuen Reiches bewies, indem er dem sozialdemokratischen Abgeordneten Wels, der die Verdienste der sozialdemokratischen Partei in ein helles Licht zu stellen versuchte, mit Empörung, Satire und Ironie alle Behauptungen so vernichtend widerlegte, wie es in Bezug auf Bildhaftigkeit und Schlagkraft seit Bismarcks Tagen nicht gehört worden war.

14) Vgl. Rohan, K. A. "Schicksalsstunde Europas", S. 343: "Mag der Rassebegriff wissenschaftlich auch nicht zu klären sein, so spricht das nicht gegen die Existenz von Rasse, sondern gegen die Fähigkeit der Wissenschaft. Denn jeder Arier, auch der Judenfreund, weiß, und zwar mit der gleichen Gewissheit, mit der er weiß, dass er lebt, dass der Jude etwas anderes, etwas Artfremdes ist."

15) Welcher Art sein Ehrgeiz ist, zeigt eine Äußerung in seiner Schlussrede vor dem Volksgericht am 27. März 1924: "Nehmen Sie die Überzeugung hin, dass ich die Erringung eines Ministerpostens nicht als erstrebenswert halte. Ich halte es eines großen Mannes nicht für würdig, seinen Namen der Geschichte nur dadurch überliefern zu wollen, dass er Minister wird. Da könnte man auch die Gefahr laufen, neben anderen Ministern begraben zu werden, ich nenne nur die Namen Scheidemann und Wutzlhofer. Ich wollte mich nicht gemeinsam mit diesen in eine Gruft legen. Was mir vor Augen stand, das war vom ersten Tage

an tausendmal mehr als Minister zu werden. Ich wollte der Zertrümmerer des Marxismus werden. Ich werde diese Aufgabe lösen, und wenn ich sie löse, dann wäre der Titel eines Ministers für mich eine Lächerlichkeit... Nicht aus Bescheidenheit wollte ich damals 'Trommler' sein; das ist das Höchste, das andere ist eine Kleinigkeit."

16) "Die heutige Republik wird sterben in dem Augenblick, wo keiner dieser demokratischen Republikaner, Pazifisten usw. bereit sein wird, in den Stufen des Parlaments zu fallen. Aufsteigen wird die Bewegung, die bereit ist, für ihr Ideal mich zum letzten Gang anzutreten." (Rede am 21. August 1923.)

17) "Deutschlands Schicksal liegt nicht in der Republik oder in der Monarchie, sondern dem Inhalt der Republik oder der Monarchie. Was ich bekämpfe, ist nicht die Staatsform als solche, sondern der schmähliche Inhalt." (Hitler vor dem Volksgericht am 27. März 1924.)

18) "Was wir getan haben, haben wir nicht als Demagogen getan, sondern in dem Gefühl, dass es geschehen muss, und wenn wir zugrunde gehen, nicht aus der Frage heraus, ob wir den Sieg erringen. Wir haben in dem Bewusstsein gehandelt, dass wir unsere Pflicht tun, und die haben wir getan." Vgl. hierzu seine Ausführungen über die Berechtigung einer Revolution in "Mein Kampf".

19) In Landsberg diktierte Hitler seinem damaligen Privatsekretär und jetzigen stellvertretenden Parteiführer Rudolf Heß den ersten Band von "Mein Kampf". Der zweite Band wurde erst 1926 auf dem Obersalzberg vollendet. Der erste Band erschien in einer Auflage von 10.000 Exemplaren am 18. Juli 1925, der zweite am 11. Dezember 1926. Bis August 1940 wurden über 10 Millionen Exemplare verkauft. Übersetzungen des Buches erschienen in folgenden Sprachen: englisch (außer einer besonderen amerikanischen Ausgabe), dänisch, norwegisch, italienisch, portugiesisch, schwedisch, spanisch, ungarisch. Viele deutsche Städte und Gemeinden überreichen das Buch in besonders schöner Ausstattung als Geschenk jedem Hochzeitspaar bei der Trauung.

20) Treffend hat dies Verfahren der Norweger Arvid Broderson gekennzeichnet: "Zuerst wird das Land durch enorme Kriegstribute leer gepresst, dann wird es durch Auslandsanleihen wieder aufgepumpt. Mit anderen Worten: die erzwungenen politischen Schulden werden in freiwillig anerkannte Privatschulden umgewandelt."

21) Den kommunistischen Überfällen erlagen insgesamt 413 Nationalsozialisten im Kampf für die nationalsozialistische Idee (einschließlich der Ostmark).

22) Horst Wessel, junger Student, seit Mai 1929 Sturmführer in der SA, der durch seinen Idealismus und Mut bald berühmt wurde und sich den besonderen

Hass der Kommunisten zuzog. Am 14. Januar 1930 wurde er infolge Verrats seiner kommunistischen Zimmerwirtin von Kommunisten in seiner Wohnung überfallen und niedergeschossen. Er erlag seinen Verletzungen am 23. Februar 1930.

23) An der Hand des Materials, dass bei den Haussuchungen in Kommunistennestern beschlagnahmt wurde, stellte man folgendes fest: es sollten Terrorgruppen bis zu zweihundert Mann gebildet werden. Diese sollten möglichst in SA- und Stahlhelmuniform und in Lastwagen Überfälle auf Läden, Warenhäuser und nationale Parteistellen ausführen. Durch gefälschte Befehle von SA- und Stahlhelmführern wurde zum rücksichtslosen Waffengebrauch und Umsturz aufgefordert, während man der Polizei durch Befehle deren Panzerwagen usw. herauslocken wollte. Als Geißeln sollten Frauen und Kinder führender Persönlichkeiten sowie von Polizeibeamten usw. festgenommen werden. Am 23. Februar wurde eine Anweisung zur Bewaffnung der Arbeiterschaft und Anwendung des Terrors in jeder Form gegeben. In der Anweisung "Die Kunst des bewaffneten Aufstandes" wird festgelegt, dass Terrorgruppen an achttausend verschiedenen Stellen auf dem flachen Lande durch Inbrandsetzung von Gutshöfen zu wirken hätten, um die Polizei aus den Städten herauszulocken. Gleichzeitig sollten an achttausend anderen Stellen Bahnen und Brücken gesprengt, lebenswichtige Betriebe zerstört werden. Zur Bewaffnung sollten vorläufig alle Mittel, vom Messer und Schlagring bis zum kochenden Wasser und Ziegelstein, benutzt werden. Man dürfe keinerlei Humanität, auch nicht bei Frauen und Kindern, zeigen. Anweisungen zur Giftbeimischung in Speisen in den von Regierungsparteien besuchten Lokalen und für Anschläge auf führende Persönlichkeiten wurden gefunden.

24) Wichtig ist in dieser Verordnung der § 2: Werden in einem Lande (des Deutschen Reichs) die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen. Damit war der Reichsregierung die rechtliche Grundlage gegeben, nicht nur gegen die Zersetzung durch die staatsfeindlichen Parteien vorzugehen, sondern auch gegen die Opposition partikularistischer Länderregierungen.
Die Notwendigkeit dieses Paragraphen ergibt sich zwingend aus den geradezu revolutionären Verhältnissen, die sich während der letzten Weimarer Zeit zwischen der Reichsregierung und den Regierungen der einzelnen Länder entwickelt hatten. Ein haarsträubendes Beispiel hierfür zeigt folgender Fall: Als für die einzelnen Länder im Interesse einer einheitlichen Reichsregierung Reichskommissare ernannt werden sollten, erklärte der Führer der "Bayrischen Volkspartei", wenn ein Reichskommissar nach Bayern kommen würde, so werde er bereits an der Grenze verhaftet werden. Denn wenn die Reichsregierung die Verfassung nicht achte, so sei Bayern frei geworden und könne sich die Staatsform wählen, die es wolle.

25) In der Reichstagssitzung vom 15. September 1935 wurde durch Gesetz das Banner der Bewegung, das Hakenkreuz, zur einzigen Flagge des Dritten Reiches erklärt.

26) Im Grunde betrat dieses Ermächtigungsgesetz nur darin einen neuen Weg, dass es den § 48 der Verfassung zu einem besonderen Gesetz erhob. Schon die Weimarer Regierung hatte sich wiederholt dieses Verfahrens bedient. So waren z.B. allein im Jahre 1932 nur fünf ordentliche Gesetze, dagegen sechzig so genannte "Notverordnungen" erschienen.

27) Ein "Gesetz über die Vereinheitlichung des Behördenaufbaus vom 5. Juli 1939 bestimmt grundsätzlich, dass die Behörden der Länder zugleich Behörden des Reiches sind.

28) Die wichtigsten Paragraphen dieses Gesetzes haben folgenden Wortlaut:
§ 2. Beamte, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen, sind aus dem Dienste zu entlassen.
§ 3. Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen ... ausgenommen die Beamten, die bereits seitdem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkriege an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind.
§ 4. Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden.
§ 6. Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind.

29) Die Fachverbände der Freien Gewerkschaften waren zusammengefasst im "Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund" (ADGB). Zu den marxistischen Gewerkschaften gehörten auch der "Freie Angestelltenbund (AFA) und der "Allgemeine Deutsche Beamtenbund" (DAB). Eine dritte Gruppe bildeten der "Liberale Gewerkschaftsring" und der "Gewerkschaftsbund der angestellten" (GDA). Längere Zeit nach dem Kriege bildete sich innerhalb der Gewerkschaften die kommunistische "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" (RGO). Als Kampftruppe gegen die Gewerkschaften bildete sich die "Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation" (NSBO).

30) Nach jahrelangen Untersuchungen gelang es festzustellen, dass die führenden Beamten in den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht nur Bilanzen gefälscht, Rechnungen vernichtet und zum Teil gar keine Buchführung

angeordnet hatten, sondern auch Beträge von vielen Hunderttausenden RM unterschlagen, sich selber angeeignet und ins Ausland verschoben hatten.

31) Charakteristisch dafür, wie ohnmächtig die frühere Regierung dem Arbeitslosenproblem gegenüberstand, ist das Gutachten, das eine Kommission des damaligen Reichsarbeitsministers Brauns abgab. Sie erklärte nämlich, trotzdem sie wusste, dass Auslandskredite nicht mehr zu haben waren, dass die einzige Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung in neuen Auslandskrediten läge. Zugleich stellte sie fest, dass die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht nicht in Frage komme, weil die Bereitstellung von zusätzlicher Arbeitsgelegenheit für einen ganzen Jahrgang ein Kapital erfordern würde, das bei der Wirtschaftsnot nicht zu beschaffen sei.

32) Das "Berliner Tageblatt" berichtete im 15. Juli 1931, dass die Polizei öffentliche Arbeitsstellen mit Bretterzäunen absperren musste, um die Arbeitenden vor der Belästigung durch die Tausende von Erwerbslosen zu schützen, die sich um solche Arbeitsstellen zu sammeln pflegten. Zehntausende bevölkerten die Ländstraßen, Hunderttausende gingen betteln, andere Hunderttausense verbrachten die Sommer in Zeltlagern, um die Miete zu sparen. Die "Frankfurter Zeitung" schilderte am 8. Juli 1931 eine Kolonie, die sich in Mannheim auf einem Kehrichtgebiet an der Hochuferstraße angesiedelt hatte. Das war eine öffentliche Schuttabladestelle, wo die Fabriken und ein nahe gelegenes Epidemiekrankenhaus ihren Abfall abluden. Ein pestilenzartiger Geruch erfüllte diese Gegend. Die meisten Menschen hausten hier in Bretterhütten, auf welche Dachpappe genagelt war. Ein Kriegsbeschädigter hatte das Privilegium, als erster den Schutt auf seine "Verwendbarkeit" zu kontrollieren. So sah es am Rande vieler Großstädte aus. Man baute sich aus Kistendeckeln und Wellblech kümmerliche Hütten, in denen oft vielköpfige Familien hausten, oder man wühlte in sandige Anhöhen Höhlen hinein, wie das in der Umgebung von Berlin vielfach beobachtet wurde.

33) Auch in der Landwirtschaft bestand bereits ein erheblicher Arbeitermangel, so dass zur Sicherung der Ernteeinbringung im Jahre 1937 in Notfällen der Reichsarbeitsdienst eingesetzt werden musste. Im Jahre 1938 wurden 32.000 italienische Landarbeiter in deutschen landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt, im Jahre 1939 37.000 Arbeiter. Die Italiener fühlten sich in Deutschland so gut untergebracht, dass viele von ihnen den Wunsch ausdrückten, im folgenden Jahr wieder zu ihrem Betriebsführer zurückzukehren. Ebenso haben viele Betriebsführer gebeten, dass ihnen ihre alten Arbeitsgruppen wieder zugeteilt würden.
Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten betrug zur Zeit der Machtübernahme etwa 11,5 Millionen, sechs Jahre später (Januar 1939) war sie im Altreich auf 19,5 Millionen gestiegen (1,4 Millionen mehr als im Januar 1938). Von den Arbeitskräften, die 1938 neu in die Beschäftigung eintraten,

hatten 700.000 bis dahin keine Beschäftigung als Arbeiter oder Angestellte ausgeübt. Es war also gelungen, eine große Anzahl netter Arbeitskräfte zu gewinnen. Unter dem Zuwachs von 1,4 Millionen befanden sich 505.000 Frauen. Im Durchschnitt kamen auf 100 beschäftigte Männer 46 Frauen. Beim Zuwachs 1938 waren es dagegen 56 Frauen auf 100 beschäftigte Männer. Im Januar 1939 hatte die Zahl der Beschäftigten um 247.000 zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich im Januar im Altreich um 154.000 gesenkt und betrug Ende des Monats 302.000. Das sind zwei Drittel des Dezemberstandes.
An der Arbeitsbeschaffung war vor allem die deutsche Industrie beteiligt. Von 1932 bis 1936 stieg die Zahl der Industriearbeiter von 3,7 auf 6,6 Millionen, die Zahl der Arbeitsstunden per Monat von 600 Millionen auf 1,2 Milliarden, die Lohnsumme per Monat von 400 Millionen auf 865 Millionen RM.

34) Hitler am 13. September 1933 zur Eröffnung des Kampfes "Gegen Hunger und Kälte".

35) "Der Nationalsozialismus weiß", sagt Gottfried Feder, "dass persönlicher Besitz und freies Verfügungsrecht über das Erworbene die Grundlage jeder Wirtschaft und jeder höheren Kultur ist. Aber ebenso sehr hat der Nationalsozialismus erkannt, dass es für die Anerkennung des Privateigentums ganz bestimmte Grenzen zu ziehen gilt, nämlich da, wo Besitz zum bloßen Machtinstrument wird und sich in ausbeuterischer Weise gegen das Wohl der Gesamtheit wendet."

36) Das Gesetz über die Volksabstimmung vom 14. Juli 1933 bestimmt, dass die Reichsregierung das Volk befragen kann, ob es einer beabsichtigten oder erfolgten Maßnahme zustimmt. Die Entscheidung erfolgt durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, auch wenn es ein verfassungsänderndes Gesetz betrifft. Es handelt sich hier nicht um ein "Plebiszit" im Sinne des Liberalismus, das politische Parteien von sich aus beantragen und damit vielleicht die Absichten der Regierung durchkreuzen können. Es handelt sich um eine Volksbefragung, die nur von der Reichsregierung beschlossen und durchgeführt werden kann.

37) Die allgemeine SS halten als die politischen Soldaten des Führers die Wacht für die nationalsozialistische Bewegung. Als besondere Abteilungen sind zu betrachten: a) SS-Verfügungstruppe, die militärisch ausgebildet ist, aber weder zur Polizei noch zur Wehrmacht zählt und ausschließlich dem Führer für besondere Aufgaben im Frieden und im Kriege zur Verfügung steht, b) die SS-Totenkopfverbände sind ein Teil der bewaffneten SS, dem die Sonderaufgaben der Bewachung der Konzentrationslager und des Einsatzes für bestimmte Zwecke der Staatssicherung gestellt sind. Das Presseorgan der SS ist die Wochenschrift "Das Schwarze Korps". Der Reichsführer SS, Heinrich Himmler,

beabsichtigt, die Schutzstaffel und die deutsche Polizei zu einem einheitlichen Staatsschutzkorps neuer Prägung zusammenzufassen.

38) In einer Rede, die Lloyd George am 14. März 1933 in Sheffield hielt, erklärte er: "Ich muss als alter Gegner sagen und ich fühle eine persönliche Verpflichtung, es als einer der Schöpfer des Versailler Vertrages zu sagen: Deutschlands Teil am Versailler Vertrag ist buchstäblich und dem Geiste nach erfüllt worden, während ihn diejenigen, die den Vertrag erzwangen, gebrochen haben."

39) Eine vernichtende Kritik über diese Art von Politik gibt Hitler in seiner Friedensrede vom 21. Mai 1935: "Die Welt lebt heute im Zeitalter der Konferenzen. Wenn so viele dieser Zusammenkünfte gänzlich erfolglos verlaufen, dann liegt die Ursache für diese Enttäuschung nicht selten schon in der Art der Programmaufstellung und Zielsetzung. Irgendein Kabinett empfindet - wie alle anderen auch - die Notwendigkeit, etwas für den als bedroht gehaltenen Frieden Europas zu tun.
Statt nun erst allen in Aussicht genommenen Beteiligten den allgemeinen Gedanken zu unterbreiten mit dem Wunsche, die Auffassungen der einzelnen Staaten bzw. ihrer Regierungen über die möglichen Mittel und Wege der Behandlung und Lösung dieser Fragen kennen zu lernen, wird zwischen zwei oder drei Kanzleien ein perfektes Programm aufgestellt. Dabei kann man sich manchmal nicht des Eindrucks erwehren, als ob bei der Fixierung des Inhalts der zu treffenden Beschlüsse der Wunsch als Vater des Gedankens eine Rolle spielt, durch eine Vermengung von Möglichem und Unmöglichem das sichere Scheitern auf Kosten der später Eingeladenen herbeizuführen. Denn indem zwei oder drei Staaten sich auf ein so bis ins Detail hinein festgelegtes Programm einigen, wird dem nachträglich Eingeladenen nur mehr die Kenntnis des aufgestellten Programms vermittelt mit dem Bemerken, dass dieses Programm ein unteilbares Ganzes sei und entweder allgemein und ganz angenommen würde oder im gesamten als abgelehnt betrachtet werden müsse. Da sich in einem solchen Programm naturgemäß auch sehr gute Gedanken finden können, trägt der Staat, der nicht dem gesamten Entwurf die Zustimmung erteilt, damit die Verantwortung für das Scheitern auch der nützlichen Teile."

40) In einem Artikel "Gebrochenes Versprechen" in "News Chronicle" nennt Lloyd George die Verweigerung der Gleichberechtigung "die Infamie dieses abscheulichsten Vertragsbruches in der Weltgeschichte".

41) Im Jester Lloyd" (4. März 1934) äußerte Lloyd George anlässlich dieses deutsch-polnischen Vertrages: "Hitler scheint der einzige zu sein, der in der allgemeinen Erregung einen ruhigen Kopf behält. Er müht sich eifrig jeder Ursache zu Reibungen mit den Nachbarn Deutschlands aus dem Wege zu gehen.

Sein Pakt mit Polen ist ein bemerkenswertes Ereignis. Es ist die Tat eines kühnen Politikers."

42) Über dieses Flottenabkommen sagte Chamberlain in einer Rede vom 226. Juli 1938: "Als Herr Hitler seiner Zeit das Angebot eines Flottenvertrages machte, hat er eine bedeutende Geste höchst willkommener Art in der Richtung des Friedens vollbracht. Die Bedeutung dieser Geste ist, so scheint mir, nicht voll verstanden und bewertet worden als ein Fortschritt für eine allgemeine Befriedung. Aber die vertragliche Verwirklichung der Anregung rückt die Möglichkeiten nahe, sich über Punkte von vitaler Bedeutung für die beiden Länder auch in Zukunft zu einigen. Wir halten es jedenfalls nicht für unmöglich, die Bemühungen fortzusetzen in der Richtung einer Verständigung der beiden Länder, die so außerordentlich viel für die Rückkehr des Vertrauens in Europa bedeuten würde."

43) Die deutsche Rheinlandbesetzung wurde natürlich sofort von den so genannten Internationalen Friedensvereinigungen, die fast ausnahmslos kommunistisch verseucht sind, für eine Kriegsdrohung erklärt. Nur der alte schwedische Radikalpazifist Carl Lindhagen erklärte in einem Interview: "Das Verbot an Deutschland, aufzurüsten und über seine eigenen Mittel nach Belieben zu verfügen, während die siegreichen Großmächte ihre Rüstungen fortsetzten und am französischen Rheinufer Festungen angelegt wurden, ist Deutschland laut historischer Praxis berechtigt abzuschütteln, wenn es kann. Jetzt konnte Deutschland es aus eigener Initiative tun, und die Furcht vor Deutschland zwang die siegreichen Großmächte, sich nicht zu opponieren. Dadurch ist dieser Vertragsbruch nicht nur zulässig, sondern auch zum allgemeinen Nutzen gewesen. Das Resultat hätte auch später durch Krieg erreicht werden können. Jetzt ist die Welt wenigstens von diesem Krieg befreit." (Tidevarvet, 15. August 1936.)

44) Es wurden Stimmzettel mir mit fertiggedrucktem "Ja" unter der Bevölkerung verteilt. Wer mit "Nein" antworten wollte, war gezwungen, sich selber einen genau gleichen Stimmzettel herzustellen und konnte auf diese Weise seine Stimme nicht geheim abgeben.

45) Den Verlauf der Verhandlungen auf dem Obersalzberg und Schuschniggs Verhalten danach hat Hitler in seiner Königsberger Rede vom 25. März 1938 folgendermaßen geschildert: "Man hat erst eine tyrannische Gruppe, die im Besitz der Machtmittel war, zum Herrn des österreichischen Staates erhoben, durch diese Gruppe eine neue Verfassung niederlegen lassen, und seitdem dem Volke jede Einspruchsmöglichkeit, jede Beurteilungs- und Begutachtungsmöglichkeit entzogen. Der Mann, der nun Sachwalter dieser kleinen herrschenden Gruppe war, hieß Schuschnigg. Ich habe im Laufe dieses Winters aus vielen Anzeichen gesehen, dass auf die Dauer dieser Zustand nicht

mehr zu halten war, und dass es mir zwei Möglichkeiten gab: entweder eine geregelte Lösung oder einen ungeregelten revolutionären Ausbruch.
Ich wollte das letztere vermeiden, und ich habe diesen Mann, der mir gegenüber überhaupt kein Mandat besaß, dieses Gebiet zu vertreten, trotzdem zu mir eingeladen. Ich habe ihn zu mir gebeten, und ich habe ihm mit vollem Ernst auseinandergesetzt, was die Folge einer weiteren Aufrechterhaltung dieser Tyrannei sein müsse. Ich habe ihm gesagt: 'Herr Schuschnigg, Sie unterdrücken ein Land! Sie haben kein Recht dazu! Dieses Land ist auch meine Heimat, genau so wie die Ihre! Wie kommen Sie dazu, dieses Land fortgesetzt zu vergewaltigen? Ich bin bereit, mich mit Ihnen dem Volke zur Abstimmung zu stellen. Wir treten beide als Kandidaten auf. Das Volk soll entscheiden.' Er meinte, das ginge nicht aus verfassungsrechtlichen Gründen. Allein ich ermahnte ihn, einen Weg der friedlichen Entspannung zu suchen, da im anderen Falle niemand Gewähr übernehmen könnte, dass nicht die gequälte Volksseele aufschreien würde. Und darüber konnte ich keinen Zweifel lassen: an den deutschen Grenzen wird nicht mehr gegen deutsche Volksgenossen geschossen!
Ich habe ihm wirklich in allem Ernst klarzumachen versucht, dass es der letzte Weg ist, der vielleicht friedlich zu einer Lösung dieser Krise führen kann. Ich habe ihm keinen Zweifel gelassen, dass, wenn dieser Weg fehlschlägt, so oder so die Entwicklung weitergehen wird. Und ich bat ihn, nicht an meinem Ernst, die Hilfe des Reiches den unterdrückten Volksgenossen zur Verfügung zu stellen, zu zweifeln und nicht zu zweifeln an meiner Entschlossenheit, wenn aus einem Verlassen dieses Weges eine Krise entstehen sollte. Er hat nicht an den Ernst meiner Versicherungen geglaubt, und er hat deshalb wohl auch das Abkommen gebrochen. Wir haben heute die Unterlagen dafür, wir haben die Briefe gefunden, in denen er am 19. Februar, noch einen Tag vor meiner Rede im Reichstag, schreibt, dass das ganze von ihm nur ein rein taktischer Schachzug sein würde, dazu bestimmt, Zeit zu gewinnen, um abzuwarten, bis die außenpolitische Situation günstiger wäre. Er rechnete also damit, in einer glückhafteren Stunde das Ausland gegen Deutschland aufrufen zu können.
Um diesem seinem Vorhaben eine moralischere Grundlage zu geben, dieser Mann nun jene lächerliche Abstimmungskomödie erfunden, die ihre schärfste Beleuchtung durch die Tatsache erfährt, dass, wir jetzt Flugblätter und Plakate beschlagnahmen konnten, in denen bereits acht Tage vorher die Zahlen der Abstimmung bekannt gegeben wurden! Es war ein unerhörter Betrug in einem Lande, das seit vielen Jahren keine Wahl mehr hatte, nicht mehr abstimmen konnte. Es war klar, dass, wenn dieser neue Bot gelingen würde, die Welt eiskalt erklärt hätte: Jetzt ist dieses Regime legalisiert!"

46) Stimmen maßgebender englischer und französischer Blätter zeigten dass man auch dort nicht nur die Berechtigung des Anschlusses anerkannte sondern auch von der Begeisterung, die er in ganz Österreich ausgelöst hat, voller Bewunderung war. Eine Zuschrift an "Daily Telegraph" vom 15. März 1938 fordert Verständnis für die Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland, die

ein historisches Ereignis sei. Vierhundert Jahre hätten sich die Engländer mit Kanonen, Bajonetten und Bomben in der Welt das angeeignet, was ihnen wertvoll erschien. Wenn Hitler heute den deutschen Drang des Anschlusses mit Propaganda durch Überzeugen und ohne Blutvergießen Wirklichkeit werden lasse, dann bezeichneten ihn die Engländer als Feind des Friedens und der Freiheit. Friede aber bedeute weiter nichts als nationale Bestrebungen ohne Krieg zu verwirklichen. England solle doch endlich von seiner Heuchelei lassen und mit den Realisten dieser Welt Freundschaft schließen. Sie würden gern ihr Wort halten, wenn man es ihnen ermöglichte, frei von jedem wirtschaftlichem Druck und allen Drohungen mit etwaigen Folgen, ausgehandelte Verträge zu unterzeichnen.
Die französischen Sonderkorrespondenten, selbst von dem ungeheuren Jubel mitgerissen, berichteten in farbenkräftigen Worten von der Triumphfahrt des Führers und erklärten, dass er schon längst die Herzen der Deutsch-Österreicher erobert habe. Hitler komme tatsächlich als ein Befreier, als der erwartete Führer von sechs Millionen Deutschen in Österreich. Der Einzug des Führers in Wien sei heute schon eine wahre Volksabstimmung. Hitler habe Osterreich erobert.
"Hitler ist in Wien im Sturm einer Begeisterung eingezogen. Die Ehrlichkeit dieser Begeisterung der Wiener und vor allem der zahlreichen nach Wien gekommenen Provinzler ist unbeschreiblich und nicht zu analysieren. Diese Begeisterung, die sicher sehr ehrlich ist, hat einen religiösen Charakter", schrieb der "Petit Parisyen".
Das "Journal" sagte: "Der ganze Ring hallte von inbrünstigen Begeisterungswellen wider. Immer wieder rief die Menge: 'Ein Reich, ein Volk, ein Führer. Heil Hitler!' Schließlich konnte man das Wort Hitler nicht mehr verstehen. Man hörte nur noch einige Silben. Zum ersten Male von Angesicht zu Angesicht mit dem Führer, bestätigte Wien ihm die Macht seiner Persönlichkeit."

47) Mit dem Namen Sudetendeutschland und Sudetendeutsche bezeichnet man sämtliche deutschen Gebiete und deutschstämmigen und -sprechenden Bewohner derselben, die 1919 mit dem tschechischen Staatsgebilde vereinigt wurden. Das Sudetenland ist also ein weit größeres Gebiet als bloß das an den "Stideteil", dem Grenzgebirge Schlesiens gegen die Länder Böhmens und Mähren liegende. Die Gesamtfläche umfasst ein Gebiet von fast 30.000 qkm mit einer Bevölkerung von etwa 3.600.000 Einwohnern oder durchschnittlich 128 auf den qkm (Reichsdurchschnitt 131 auf den qkm).
In Südmähren wird fast ausschließlich Landwirtschaft betrieben. Die Industriereviere erstrecken sich vom Egerland bis Reichenberg. Nordmähren-Schlesien ist ein gemischt-wirtschaftliches Gebiet.
Die Bodenschätze sind in der Hauptsache: 1. Braunkohle rund 12 Milliarden t. Jahresproduktion; 2. Reiche 16 Millionen t. Ton- und Kaolinlagerstätten in der Karlsbader Gegend; 3. Uranerz mit Uran-Pechblende bei Joachimstal am Südfuß des Erzgebirges, das zweitgrößte Vorkommen in der Welt.

Forst- und Landwirtschaft: ca. 3 Mill. ha landwirtschaftlich genutzte Fläche mit rund 300.000 landwirtschaftlichen Betrieben. Davon rund 1 Mill. ha Wald (81 Prozent Nadelwald, 5 Prozent Laubwald, 14 Prozent gemischt). Die Gesamtfällung wird 5,6 Mill. Festmeter Nutzholz betragen.
Mähren und Böhmen sind ältester germanischer Kulturboden und bildeten schon Teile des ersten deutschen Reiches. Sämtliche Städte Böhmens und Mährens mit Ausnahme von Thabor sind rein deutsche Gründungen. Im Jahre 973 wurde in Prag vom deutschen König ein Reichsbistum gegründet, dessen erster Bischof der Sachse Thietmar war, und dem noch fünf deutsche Bischöfe folgten. An die Bischofskirche lehnte sich eine deutsche Kaufmannssiedlung an, wo schon im 11. Jahrhundert deutsches Recht galt, das um die Mitte des 13. Jahrhunderts in 83 Städten Böhmens eingeführt wurde. Die im Jahr 1348 gegründete Universität in Prag ist die älteste deutsche Hochschule. Das Deutsch der Prager Kanzlei war lange Zeiten hindurch Hof- und Amtssprache und wurde von Luther in vielem als Vorbild bei seiner Bibel-Übersetzung benutzt.
Nach den Stürmen der Hussitenzeit wurden Böhmen und Mähren mit den österreichischen Ländern unter den Habsburgern vereinigt. Schon im alten Osterreich war das Sudetendeutschtum ein kulturell besonders wertvoller Bestandteil der österreichischen Monarchie gewesen. Das Schulwesen war vorbildlich und blieb es auch unter tschechischer Herrschaft, sofern nicht die fortschreitenden Tschechisierungsmaßnahmen die deutschen Anstalten steigend in solche verwandelten, wo in deutscher Sprache tschechisch-bolschewistischer Geist vermittelt wurde. Dagegen stemmten sich die deutschvölkischen Verbände, die deutsche Studentenschaft und insbesondere der völkische Turnverein.

48) Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde die deutsche Bevölkerung auf jede Weise zugunsten der tschechischen Einwohner benachteiligt, indem man die gewerblichen Unternehmungen rücksichtslos tschechisierte und den deutschen Grundbesitz durch eine so genannte "Bodenreform" enteignete. Hand in Hand damit ging eine künstliche Besiedelung dieser Gebiete durch die Tschechen.
Als Beispiel für die willkürliche Tschechisierung der sudetendeutschen Gebiete sei erwähnt, dass die Tschechen sich durch Zuwanderung auf ihrem eigenen Siedlungsgebiet in der ersten Nachkriegszeit um 4,5 Prozent vermehrten, im deutschen Siedlungsgebiet aber um 80 Prozent. in der Zeit von 1921 bis 1930 im tschechischen Gebiet um 8 Prozent, im sudetendeutschen aber um 30 Prozent. Absolut gerechnet wurden rund 260.000 Tschechen im deutschen Gebiet ansässig gemacht.

49) Die ersten Wahlgänge 1935 ergaben für Henlein mehr als 5 Prozent, im Jahre 1938 bei den Gemeindewahlen unter tschechischen Thabor 90 bis 95 Prozent, während die Beitritte zur Sudetendeutschen Partei sprunghaft stiegen; zuletzt im Juni 1938 waren es 1,5 Millionen, also nahezu alle über 18-jährigen

Sudetendeutschen, wobei die Jugend unter 21 Jahren fast vollzählig sich zum Nationalsozialismus bekannte.

50) Schon im September 1933 hatte Hitler einen Brief an Daladier geschrieben, der damals ebenfalls Konzilpräsident war, und ihn zu einem Zusammentreffen in München eingeladen. Daladier soll die Absicht gehabt haben, dieser Einladung Folge zu leisten, aber Paul Boncour riet davon entschieden ab und erklärte, Hitler würde schon nach wenigen Monaten politisch erledigt sein.

51) Am 27. September 1938 hatte die Pariser "Epoque" geschrieben: "Die Tschecho-Slowakei ist ohne Zweifel im französischen Spiel eine großartige Karte, die mit dem Auftreten der Luftwaffe einen beträchtlichen Wert gewonnen hat. Das böhmische Land mit seinen weiten Ebenen ist ein wunderbarer Ausgangspunkt für die Luftwaffe. Wenn der böhmische Ausganggpunkt zur Verfügung Frankreichs steht und von den Russen besetzt wird, so ist das alliierte Geschwader in der Lage, Deutschland ins Herz selbst zu treffen."
Es bedurfte nur einiger Stunden nächtlicher Besprechungen, um diese kriegerischen Absichten über den Haufen zu werfen.

52) Die dreizehn Artikel des Erlasses über das "Protektorat Böhmen und Mähren" haben folgenden Wortlaut:
Artikel 1.
1. Die von den deutschen Truppen im März 1939 besetzten Landesteile der ehemaligen tschecho-slowakischen Republik gehören von jetzt ab zum Gebiet des Großdeutschen Reiches und treten als "Protektorat Böhmen und Mähren" unter dessen Schutz.
2. Soweit die Verteidigung des Reiches es erfordert, trifft der Führer und Reichskanzler für einzelne Teile dieser Gebiete eine hiervon abweichende Regelung.

Artikel 2.
1. Die volksdeutschen Bewohner des Protektorats werden deutsche Staatsangehörige und nach den Vorschriften des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 (RGBI. 1 Seite 1146) Reichsbürger. Für sie gelten daher auch die Bestimmungen zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre. Sie unterstehen deutscher Gerichtsbarkeit.
2. Die übrigen Bewohner von Böhmen und Mähren werden Staatsangehörige des Protektorats Böhmen und Mähren.

Artikel 3.
1. Das Protektorat Böhmen und Mähren ist autonom und verwaltet sich selbst.
2. Es übt seine ihm im Rahmen des Protektorats zustehenden Hoheitsrechte im Einklang mit den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Belangen des Reiches aus.

3. Diese Hoheitsrechte werden durch eigene Organe und eigene Behörden mit eigenen Beamten wahrgenommen.

Artikel 4.
Das Oberhaupt der autonomen Verwaltung des Protektorats Böhmen und Mähren genießt den Schutz und die Ehrenrechte eines Staatsoberhauptes. Das Oberhaupt des Protektorats bedarf für die Ausübung seines Amtes des Vertrauens des Führers und Reichskanzlers.

Artikel 5.
1. Als Wahrer der Reichsinteressen ernennt der Führer und Reichskanzler einen "Reichsprotektor in Böhmen und Mähren". Sein Amtssitz ist Prag.
2. Der Reichsprotektor hat als Vertreter des Führers und Reichskanzlers und als Beauftragter der Reichsregierung die Aufgabe, für die Beachtung der politischen Richtlinien des Führers und Reichskanzlers zu sorgen.
3. Die Mitglieder der Regierung des Protektorats werden vom Reichsprotektor bestätigt. Die Bestätigung kann zurückgenommen werden.
4. Der Reichsprotektor ist befugt, sich über alle Maßnahmen der Regierung des Protektorats unterrichten zu lassen und ihr Ratschläge zu erteilen. Er kann gegen Maßnahmen, die das Reich zu schädigen geeignet sind, Einspruch einlegen und bei Gefahr im Verzuge die im gemeinsamen Interesse notwendigen Anordnungen treffen.
5. Die Verfügung von Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Rechtsvorschriften sowie der Vollzug von Verwaltungsmaßnahmen und rechtskräftigen gerichtlichen Urteilen ist auszusetzen, wenn der Reichsprotektor Einspruch einlegt.

Artikel 6.
1. Die auswärtigen Angelegenheiten des Protektorats, insbesondere den Schutz seiner Staatsangehörigen im Auslande, nimmt das Reich wahr. Das Reich wird die auswärtigen Angelegenheiten so führen, wie es den gemeinsamen Interessen entspricht.
2. Das Protektorat erhält einen Vertreter bei der Reichsregierung mit der Amtsbezeichnung "Gesandter".

Artikel 7.
1. Das Reich gewährt dem Protektorat den militärischen Schutz.
2. In Ausübung dieses Schutzes unterhält das Reich im Protektorat Garnisonen und militärische Anlagen.
3. Für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung kann das Protektorat eigene Verbände aufstellen. Organisation, Stärke, Zahl und Bewaffnung bestimmt die Reichsregierung.

Artikel 8.

Das Reich führt die unmittelbare Aufsicht über das Verkehrwesen sowie das Post- und Fernmeldewesen.

Artikel 9.
Das Protektorat gehört zum Zollgebiet des Deutschen Reiches und untersteht seiner Zollhoheit.

Artikel 10.
1. Gesetzliches Zahlungsmittel ist neben der Reichsmark bis auf weiteres die Krone.
2. Das Verhältnis beider Währungen zueinander bestimmt die Regierung.

Artikel 11.
1. Das Reich kann Rechtsvorschriften mit Gültigkeit für das Protektorat erlassen, soweit das gemeinsame Interesse es erfordert.
2. Soweit ein gemeinsames Bedürfnis besteht, kann das Reich Verwaltungszweige in eigene Verwaltung übernehmen und die dafür erforderlichen reichseigenen Behörden einrichten.
3. Die Reichsregierung kann die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen treffen.

Artikel 12.
Das zurzeit in Böhmen und Mähren geltende Recht bleibt in Kraft, soweit es nicht dem Sinne der Übernahme des Schutzes durch das Deutsche Reich widerspricht.

Artikel 13.
Der Reichminister des Innern erlässt im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern die zur Durchführung und Ergänzung dieses Erlasses erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Prag, den 16. März 1939.

Der Führer und Reichskanzler (gez.) Adolf Hitler
Der Reichsminister des Innern (gez.) Dr. Frick
Der Reichsminister des Auswärtigen (gez.) v. Ribbentrop
Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei (gez.) Dr. Lammers.

53) Über die in Wien lebenden zahlreichen Tschechen wird von dort am 17. März 1939 berichtet: "Jeder, der sich in Wien heute als Tscheche bekennt, hat Gelegenheit, seine Kinder in tschechische Schulen zu schicken. In Wien sind heute fünf tschechische öffentliche Volksschulen, vier Hauptschulen, zwei Mittelschulen, eine Handelschule, meist moderne Großgebäude, wahre Schulpaläste, die aus städtischen Mitteln errichtet wurden, in vollem Betrieb.

Weiter stehen den tschechischen Kindern zehn große, modern eingerichtete Kindergärten zur Verfügung. Überdies unterhält der tschechische "Komensky-Verein" acht private Volksschulen, eine Realschule und ein Realgymnasium mit Öffentlichkeitsrecht. In allen diesen Schulen unterrichten durchweg tschechische Volkszugehörige.
Es bestehen auch weiter in der Ostmark alle tschechischen Vereine, die ihre Tätigkeit voll und uneingeschränkt ausüben können. Die Tschechen haben auch Gelegenheit, tschechische Theatervorstellungen in ausreichendem Maße zu veranstalten.
In wirtschaftlicher Beziehung geht es der tschechischen Volksgruppe unbestritten besser als vor dem Anschluss. Viele Tschechen sind qualifizierte Arbeiter. Die NSV hat sich in tatkräftiger Weise vieler während der Systemzeit in Not geratener tschechischer Familien angenommen und gegen neuntausend tschechische Hilfsbedürftige mit Kleidern und Lebensmitteln versorgt. Selbstverständlich wurden auch viele Tausende tschechischer Arbeitsloser nach dem Umbruch wieder in den Arbeitsprozess eingeschaltet. Deshalb versteht man auch die Feststellung so vieler Tschechen: "Wir fühlen uns hier gesicherter als im eigenen Staat."

54) Gemäß Artikel 87 des Versailler Diktats erhielt Polen im ganzen 42.928 qkm mit 2.269.000 Einwohnern, von denen durch Verlust der Existenzgrundlagen weit über 1 Million Deutsche zur Auswanderung gezwungen wurden. Ein Teil, z. B. die wertvollere Hälfte von Oberschlesien, kam dank gefälschter Abstimmungen an Polen. Vergebens hatte Pilsudski seinen Landsleuten zugerufen: "Nach Oberschlesien gelüstet's euch! Das ist eine unmögliche Sache. Oberschlesien ist doch eine uralte deutsche Kolonie!" Von dem Gesamt-Kohlenvorkommen von 60 Milliarden t fielen an Polen 53,9 Milliarden t, an Deutschland 6,1 Milliarden t. Sämtliche Eisenerzgruben erhielt Polen. Von der Gesamtproduktion der Hochofenwerke entfielen auf Polen 67 Prozent, der Eisen- und Stahlgießereien 57 Prozent, der Stahl- und Walzwerke 84 Prozent, der Zink- und Bleierzgruben 93 Prozent. Sämtliche Eisenerzgruben, Zink-, Blei- und Silberhütten mussten den Polen übergeben werden. Aber selbst hiermit waren damals die Polen gar nicht zufrieden. In ihrem maßlosen imperialistischen Größenwahn forderten sie die Grenzen von 1772. Hierüber schreibt das Mitglied der ehemaligen französischen Militärkommission in Polen, Graf Olivier d'Etchegoyen: "Ist es angesichts dieser maßlosen Ansprüche nicht bemerkenswert, dass die Schwächung und die Teilung Polens, statt ein Element der Zwietracht in Osteuropa zu sein, im Gegenteil ein Element des Friedens war? Von 1762 bis 1914, also durch mehr als 150 Jahre, gab es keinen Krieg zwischen Russland und Preußen, was ohne Beispiel in der Geschichte ist... Wenn der Quai d'Orsay sich von polnischen Intrigen beeinflussen lassen sollte, so würde er vielleicht dem Ehrgeiz Warschaus, aber sehr schlecht den Interessen Frankreichs dienen. Denn Polen… heute eine Wirklichkeit, kann schon morgen

nichts als ein Traum sein; Frankreich aber ist unsterblich." (In "Polens wahres Gesicht", 1927.)
Die Bestimmungen des Versailler Vertrags über die Grenzen des neuen polnischen Staates sind von den meisten Politikern als unglaublich ungerecht bezeichnet worden, am schärfsten schon von Lloyd George, einem der Schöpfer des Friedenstraktats.
In seiner Denkschrift vom 25. März 1919 "Einige Erwägungen für die Friedenskonferenz, ehe sie ihre Bedingungen endgültig festsetze, sagt Lloyd George: "Ich kann mir keine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg vorstellen, als dass das deutsche Volk, das sich zweifellos als eine der kraftvollsten und mächtigsten Rassen der Welt erwiesen hat, rings von einer Anzahl kleiner Staaten umgeben werden soll, von denen viele aus Völkern bestehen, die noch nie vorher eine Regierung aufgestellt haben, aber jeder breite Massen von Deutschen einschließt, die die Vereinigung mit ihrem Heimatland fordern. Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2.100.000 Deutsche unter Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muss meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen."
In ähnlicher Weise hat er sich bei vielen anderen Gelegenheiten über die polnische Frage geäußert. Wie ausländische Politiker, Militärs, Diplomaten usw. über Danzig und den Korridor denken, ersieht man aus der reichen Zitierung von Zitaten in dem Buch "Zeugnisse der Wahrheit" von Bargarete Gärtner. Sämtliche Beurteiler sehen im Korridor eine politische Missgeburt und eine schreiende Ungerechtigkeit und halten es für unvermeidlich und ganz natürlich, dass er zu einem Kriege führen muss, falls Polen nicht freiwillig auf ihn verzichtet.

55) Im Gegenteil: am 13. September 1934 erklärte Polen sogar, dass es künftighin die Ausübung dieser Aufsicht nicht mehr dulden werde.

56) Am 10.September 1923 erklärte der Ständige Internationale Gerichtshof auf Ersuchen des Völkerbundsrats in einem Rechtsgutachten, dass die Haltung der polnischen Regierung gegenüber den Deutschen in Polen nicht im Einklang mit ihren internationalen Verpflichtungen stand.

57) Hierauf erwiderte Hitler in seiner Reichstagsrede vom 28. April 1939, die Errichtung des Protektorates in Böhmen und Mähren sei in keiner Weise als ein Bruch des Münchener Übereinkommens zu betrachten, da die Abmachung zwischen Chamberlain und Hitler in München sich gar nicht auf das tschecho-slowakische Problem bezogen habe, sondern ausschließlich auf Fragen, die das Zusammenleben Englands und Deutschlands betreffen. Denn wenn sich dieses Abkommen "auf jede künftige deutsche Betätigung politischer Art bezogen haben sollte, dann dürfte auch England keinen Schritt mehr unternehmen, sei es

z.B. in Palästina, oder woanders, ohne sich mit Deutschland erst zu konsultieren."

58) Noch am 10. Juli 1939 erklärte Chamberlain im Unterhaus: "Volksmäßig ist Danzig fast völlig eine deutsche Stadt; aber der Wohlstand seiner Bewohner hängt in sehr hohem Maße vom polnischen Handel ab."

59) Laut dem Pariser Vertrag vom 9. November 1920 zwischen Danzig Polen lag die Verwaltung der Zölle in der Hand der Danziger Behörden. Die Polen durften durch eigene Inspektoren jene Behörden überwachen. Dies missbrauchten sie, indem sie allmählich unter dem Namen von Zoll-Inspektorheit ein immer zahlreicheres bewaffnetes Korps nach Danzig verlegten und durch dieses die Danziger Handelshäuser und Industriebetriebe zu kontrollieren suchten.

60) Englands Verhalten in der polnischen Frage wird in sehr treffender Weise vom polnischen Botschafter in Paris Jules Lukasiewicz in seinem Bericht an den polnischen Außenminister in Warschau vom 29. März 1939 gekennzeichnet, wie folgende Auszüge beweisen:
"Es ist kindisch, naiv und gleichzeitig unfair, einem Staat, der sich in einer solchen Lage wie Polen befindet, vorzuschlagen, er solle seine Beziehungen zu einem so starken Nachbarn wie Deutschland kompromittieren und die Welt der Katastrophe eines Krieges aussetzen, nur um den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains willfährig zu sein. Noch naiver wäre es jedoch, anzunehmen, die polnische Regierung verstände nicht den wahren Sinn dieses Manövers und seine Konsequenzen... Nach den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre, in deren Verlauf England und Frankreich nicht nur keine einzige internationale Verpflichtung gehalten haben, sondern auch niemals imstande waren, ihre eigenen Interessen auf gehörige Weise zu verteidigen, ist es völlig unmöglich, zu glauben, irgend ein Staat in Mittel- oder Osteuropa, wie ebenso auf der entgegengesetzten Seite der Achse Berlin-Rom, könnte auch nur einen einzigen englischen Vorschlag ernst nehmen, es sei denn, England schwingt sich zu Taten auf, die zweifellos und unabweisbar seinen Entschluss bestätigen, die Beziehungen zu Deutschland aufzugeben... Bei diesem Stand der Dinge ist es ebenso kindisch wie verbrecherisch, Polen für Krieg oder Frieden verantwortlich machen zu wollen. Es muss ein für allemal festgestellt werden, dass die Verantwortung zum größten Teil bei Frankreich und England liegt, deren unsinnige oder lächerlich schwache Politik zu der Situation und zu den Ereignissen führte, in denen wir leben. Wenn die englische Regierung dieses heute nicht einsieht, dann ist ein allgemein europäischer Konflikt, ja, vielleicht sogar ein Weltkrieg unvermeidbar und muss schnell kommen, denn die Wahl des geeigneten Moments liegt bei Hitler." (Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges S. 28. Auswärtiges Amt 1940 Nr. 3.)

61) Damit wiederholte sich nur das diplomatische Heuchelspiel Englands und das Schicksal Polens, wie es sich im Jahre 1831 erfüllt hatte. Damals hetzten England und Frankreich Polen zum Widerstand gegen Russland auf, ohne ihm aber irgendeine Hilfe zu leisten. Das Komitee der polnischen Nationalregierung schrieb am 15. August 1831 an seine Auslandsvertreter: "Wenn Frankreich und England uns heute im Stich lassen und in keiner Weise die Hoffnungen verwirklichen, die sie uns gegeben haben, dann hat weder die Raubgier Russlands, noch die Feindschaft Preußens, noch die Gleichgültigkeit Österreichs, sondern die Sympathie, die uns Frankreich und England bezeugt haben, unseren Zusammenbruch verschuldet."

62) "In Wahrheit hatte Deutschland keine andere Wahl. Denn selbst wenn es sich aus den polnischen Angelegenheiten herausgehalten hätte, hätte es sich doch vor einem Krieg nicht retten können. Deutschland hat dabei trotz seiner Notlage das Wohl Europas nicht preisgegeben. Die Verständigung zwischen beiden Ländern betraf nur das Außenpolitische, bedeutete keine Preisgabe innenpolitischer Anschauungen. Russland hat im Gegenteil darauf verzichtet, seine Weltanschauung über die Grenzen des russischen Staates hinauszutragen.
Die Nationen dagegen, die ihre kommunistischen Parteien auflösten und wegen der Unabhängigkeit der kleinen Staaten zu Felde zogen (England und Frankreich), klatschten dem russischen Vordringen in den baltischen Staaten Beifall, weil sie darin eine Schädigung Deutschlands sahen." (Carlo Searloglio: "England und das Festland" s . 229 u. 230.)

63) "Nachdem Polen die Aufnahme unmittelbarer Verhandlungen, zu denen Deutschland bereit war, vereitelt hatte, war Großbritannien ebenso wie Frankreich die Möglichkeit zur Besinnung geboten. Wenn sie aufrichtig den Frieden wollten... mussten sich nun beide auf den Standpunkt stellen, dass sie Polen zwar nicht hatten hindern können, einen Krieg zu entfesseln, dass aber Polen zweifellos als Angreifer zu betrachten und dass damit die von ihnen übernommene Beistandverpflichtung hinfällig geworden war." (Axel Freiherr von Freytag-Loringhoven: "Kriegsausbruch und Kriegsschuld", S.102.)

64) Die furchtbarsten Formen nahmen diese Verfolgungen unmittelbar nach Ausbruch der Feindseligkeiten an. Die amtliche deutsche Veröffentlichung "Gräueltaten an den Deutschen in Polen" enthält eine durch Zeugen und Urkunden bewiesene Sammlung von Fällen, in denen Deutsche in Polen in der unmenschlichsten Weise gemartert und ermordet worden sind. Es handelt sich hier um rund sechzigtausend (60.000) Morde! Es werden noch immer (1940) verstümmelte Leichen solcher Ermordeten gefunden.

65) Nach einer Zusammenstellung des deutschen statistischen Reichsamts betrug die Zahl der der mosaischen Religionsgemeinschaft angehörenden Juden auf der Erde um das Jahr 1937 etwa 16,8 Millionen. Davon wohnten 10

Millionen in Europa und rund 5 Millionen in Amerika. Die europäischen Juden leben hauptsächlich in den Städten der osteuropäischen Grenzgebiete zwischen Ostsee und Schwarzem Meer. Allein in dem Viereck, das durch Leningrad, Riga, Wien und Rostow am Don abgegrenzt wird, leben mehr als 8 Millionen, das sind nahezu die Hälfte aller Juden. Die judenreichste Stadt aller Länder und Zeiten ist heute New-York, das 2,5 Millionen Juden beherbergt. In Palästina bilden die dort wohnenden rund 400.000 Juden ein Drittel der dortigen Gesamtbevölkerung.

66) Der norwegische Schriftsteller Myhrer: "Es ist tatsächlich wahr, was Fredrik Böök sagt: Die Judenfrage ist wie die Weltgeschichte und das Meer ohne Beginn und ohne Ende."

67) Eine ausgezeichnete Studie über diese Frage gibt Dr. Karl Georg Kuhn in seinem Aufsatz: "Die Entstehung des talmudischen Denkens" in "Forschungen zur Judenfrage", S.64 ff. und Dr. Hans Alfred Grunsky in seiner Broschüre "Der Einbruch des Judentums in die Philosophie".

68) G. Kittel in Forschungen zur Judenfrage, S. 48.
Laut Jakob Klatzkin (in "Der Jude", 1916, Heft 9) erklärt sich das Rätsel der vieltausendjährigen Diaspora durch die jüdische Religion, die keine Ideenlehre, sondern eine Gesetzeslehre sei. "Wir haben unseren Staat verloren, aber nicht unsere Staatsverfassung: wir erretteten sie gleichsam als tragbaren Staat, der uns auch in der Diaspora eine Art nationaler Autonomie ermöglichte."

69) Eine scheinbare Ausnahme bildet die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Sie gründet sich auf eine am 2. Nov. 1977 abgegebene Erklärung des englischen Staatssekretärs des Äußern A. J. Balfour, die von einer Reihe Zionisten aufgesetzt und in der Form eines Briefes an Lord Rothschild gerichtet war.
Die Erklärung hat zwei entscheidende Umstände nicht in Betracht gezogen. Erstens: Palästina ist zu klein, um einem nennenswerten Teil des Weltjudentums Aufnahme zu gewähren, und zweitens: die Araber betrachten sich nicht nur auf Grund historischer und tatsächlicher Ursachen, sondern auch auf Grund eines Versprechens Englands als die eigentlichen und einzigen Herren von Palästina. Die Balfour-Deklaration hat also ein Problem geschaffen, dessen Lösung auf unüberwindliche Hindernisse stößt.
Ein lesenswertes Kapitel über den Zionismus hat Heinz Krieger in seinem Buch "England und die Judenfrage in Geschichte und Gegenwart" geschrieben (S. 57-81).

70) Für die katholische Kirche gilt dies nur bedingungsweise. Sie betrachtet, wie Josef Roth (Forschungen zur Judenfrage, 17 S. 163 ff.) nachweist, die

Judenfrage mit der Taufe als gelöst und ist überhaupt von jeher von philosemitischen Tendenzen durchsetzt gewesen (vor allem dank den Jesuiten).

71) Von der amerikanischen Verfassung sind die Juden bis auf den heutigen Tag so begeistert, dass ihre Rassegenossen Paul Massermann und Max Baker 1932 in der Schrift "The Jews come to Amerika" (Die Juden kommen nach Amerika) in folgende alttestamentarische Lobpreisung ausbrechen konnten: "Die erste Struktur der amerikanischen Regierung war in all ihren wesentlichen Zügen genau derjenigen nachgemacht, die die Juden unter dem großen Gesetzgeber Moses aufstellten. Hinunter in die tiefe, reiche Erde Judas gehen die Wurzeln amerikanischen Lebens und der amerikanischen Regierung, bis sie, weit unten, eins werden mit dem Gesetz von Moses und der Weisheit der Propheten." (F. 0. H. Schulz: Komödie der Freiheit. Die Sozialpolitik der großen Demokratien. S. 184-185.)
Die Französische Nationalversammlung setzte im September 1791 alle auf die Juden bezüglichen Ausnahmebestimmungen und Klauseln außer Kraft und verlieh ihnen die Gleichberechtigung mit den französischen Staatsbürgern (ausgenommen das Recht öffentliche Ämter zu bekleiden). Dieser Beschluss hatte eine Bedeutung, deren Wirkung sich auf die übrige europäische Welt in verhängnisvollster Weise geltend machte. Eine wie große Gefahr damit gerade für Deutschland heraufbeschworen wurde, zeigt in überzeugender Weise Graf E. Reventlow in seinem Buch "Von Potsdam bis Doorn", S. 61-70.

72) Doch auch unter den Assimilanten machen sich zwei entgegengesetzte Richtungen geltend: neben denjenigen, die ein ehrliches Aufgeben im Wirtsvolk erstreben (sie sind sicher in der Minderzahl), denken im Gegenteil die meisten anderen an eine Assimilierung des Wirtsvolkes an die Juden. Ganz deutlich kommt dies zum Ausdruck in einem Aufsatz des Juden Dr. Ludwig Tietz in der C.-V.-Zeitung vom 10. Februar 1928, S. 10, wo es heißt: "So hat auch das Judentum jederzeit die seinem ursprünglichen Wesen gemäßen Elemente der Umwelt (sic!) assimiliert. Es ist die Aufgabe seiner Lehrer und Führer zu verhüten, dass es sich (se) assimiliere und auflöse." Im "Leipziger jüdischen Familienblatt" Nr. 1 vom 1. Januar 1926 heißt es: "Unter den vielen Völkern wollen wir ein Volk sein, das sein Volkstum bewahren muss." Die "Jüdische Rundschau" Nr. 94, 1924, schreibt, dass "nur das Bekenntnis zur jüdischen Nationalität den Juden Würde und Halt gibt". Und im "Leipziger jüdischen Familienblatt Nr. 3 vom 15. Januar 1926 erklärt der Rabbiner Fischl: "Doch das (die Anpassung an andere Völker) wollen wir nicht, so lange in uns noch Seele und Atemzüge wohnen, so lange in uns jüdisches Blut zirkuliert, wollen wir weder uns noch unser Judentum verleugnen. Wir wollen jüdisch denken und jüdische Gedanken in aller Welt verkünden, damit sie nicht dem Laster dieses Jahrhunderts verfallen."

73) Prof. Otmar Frh. v. Verschür: "Rassenbiologie der Juden" in "Forschungen zur Judenfrage", Band III, S. 137.

74) Paul de Lagarde: "Erinnerungen aus seinem Leben." Für die Freunde zusammengestellt von Anna de Lagarde (1894), S. 142.

75) In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts ergoss sich allerdings ein Strom von proletarisierten Ostjuden nach England, der dort heftige Proteste, aber kaum irgendwelche gesetzgeberischen Maßnahmen zur Folge hatte. (Vgl. Dr. Peter Aldag: "Juden beherrschen England", S. 155 ff.)
Nicht ohne Bedeutung ist die Unterscheidung zwischen den ins Portugal und Frankreich eingewanderten reichen Sephardim und den aus Russland und Polen stammenden, meist proletarischen Ashkenazim. Heinz Krieger ("England und die Judenfrage in Geschäft und Gegenwart", S. 107) sagt hierüber: "Es ist den Mitgliedern der Sephardimgemeinde verboten, den Gottesdienst einer Ashkenazimgemeinde zu besuchen oder gar in diese Gemeinde zu heiraten. Der Abstand zwischen den beiden beruht auf einem rassistischen und wirtschaftlichen Gegensatz. Die Sephardimjuden (von Sepharad = Pyrenäenhalbinsel) sind vorwiegend orientalisch, die Ashkenazim (Ashkenas = Deutschland) haben mehr vorderasiatisches Blut. Im Gegensatz zu den Sephardim sind von Anfang an die Ashkenazim weniger bemittelt, und sie schließen sich in Ghettos von ihrer Umwelt ab. Die Sephardim haben dagegen immer das Bestreben gehabt, sich in allem den westlichen Kulturen anzupassen, ohne dabei ihre Religion oder ihre Art aufzugeben. Sie wollen als Juden in den Völkern weiterleben und nicht in Palästina eine nationale Heimstätte aufrichten."

76) A. J. Berndt: "Gebt mir vier Jahre Zeit!", S. 95.

77) In der Sitzung am 28. September 1927 erklärte er bei der Beratung über Bestrafung des Konkubinats, es sei notwendig, "endlich mit dem Vorurteil zu brechen und die veralteten Bestimmungen über das Konkubinat (d. h. das Verbot desselben) aufzuheben". In der Sitzung am 4. Juni 1929 erklärte er, "weil die Abtreibung nicht mehr generell als unsittlich empfunden werde, sei es auch nicht mehr gerechtfertigt, sie mit Strafe zu bedrohen, zumal dabei verbrecherische Motive keine Rolle spielten". Laut Reichstagsprotokoll vom 11. Oktober 1929 erklärte Rosenfeld, die Sozialdemokraten "seien der Überzeugung, dass der wesentliche Grund für die Bestrafung der Blutschande in dem Missbrauch des Abhängigkeitsverhältnisses liege. Daraus ergebe sich ohne weiteres, dass gegenüber Geschwistern eine Bestrafung nicht am Platze sei." Im Reichstagsprotokoll vom 15. Oktober 1929 lesen wir den Satz: "Abgeordneter Dr. Rosenfeld (SPD) bestreitet die Berechtigung zur Bestrafung der Sodomie. Er bittet um Streichung der Vorschrift." Im Protokoll vom 16. Oktober 1929 heißt es: "Abgeordneter Dr. Rosenfeld (SPD) erklärt... die Inkonsequenz, auf die

schon Bebel hingewiesen habe, dass der gleichgeschlechtliche Verkehr zwischen Frauen nicht bestraft werde, könne nur dadurch beseitigt werden, dass Straflosigkeit des gleichgeschlechtlichen Verkehrs zwischen Männern eintrete."

78) Derselbe Dr. F. A. Theilhaber schreibt in den "Neuen jüdischen Monatsheften", Nr. 19, 20. Juli 1919: "Kein Volk der Welt hat soviel Psychosen, Selbstmörder, Kranke und venerisch Infizierte. Keine Klasse kennt die hohe Ziffer von Individuen, die mit Surrogaten der Liebe ihr Leben ausfüllen." Und der jüdische Schriftsteller Conrad Alberti (Sittenfeld) schrieb schon 1889 in Nr. 12 der Zeitschrift "Die Gesellschaft": "Niemand kann bestreiten, dass das Judentum in hervorragender Weise an der Verstimpfung und Korruption aller Verhältnisse Anteil nimmt. Eine Charaktereigenschaft der Juden ist das hartnäckige Bestreben, Werte zu produzieren ohne Aufwendung von Arbeit, das heißt, da dies ein Ding der Unmöglichkeit ist, den Schwindel, die Korruption, das Bemühen, durch Börsenmanöver, falsche Nachrichten mit Hilfe der Presse und auf ähnliche künstliche Weise Werte zu schaffen, sich diese anzueignen und sie dann im Eintausch gegen reale durch Arbeit geschaffene Werte von sich abzuwälzen auf andere."
Der jüdische Philosoph Otto Weininger sagt in "Geschlecht und Charakter" (Kap. 13, S. 426 f.): "Im Christen liegen Stolz und Demut, im Juden Hochmut und Kriecherei miteinander im Kampf, in jenem Selbstbewusstsein und Zerknirschung, in diesem Arroganz und Devotion... Aus seiner kriechischen Veranlagung entspringt seine heterogene Ethik, der Dekalog, das unmoralischste Gesetzbuch der Welt, welches für die gehorsame Befolgung eines mächtigen fremden Willens das Wohlergehen auf Erden in Aussicht stellt und die Eroberung der Welt verheißt... Von dem Göttlichen im Menschen, dem Gott, der mir im Busen wohnt, weiß der echte Jude nichts. Denn was im Menschen von Gott ist, das ist des Menschen Seele, der absolute Jude aber ist seelenlos."
Karl Marx ("Zur Judenfrage"): "Das Geld ist der eifrige Gott Israels, vor welchem ein anderer Gott bestehen darf. Das Geld erniedrigt alle Götter des Menschen und verwandelt sie eine Ware... Welches ist der weltliche Grund des Judentums. Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz... Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld."
Es sei hier noch ein Zitat aus Jakob Wassermanns Buch "Vorn. Judentum" angeführt: "Wir kennen sie ja, lieber Freund, wir kennen sie und wir leiden an ihnen, diesen Tatisenden modernen Juden, die alle Fundamente benagen, weil sie selbst ohne Fundament sind; die heute verwerfen, was sie gestern erobert, besudeln, was sie gestern geliebt, denen der Verrat eine Wollust, Würdelosigkeit ein Schmuck und Verneinung ein Ziel ist." Und noch ein Charakteristikum: Der jüdische Schriftsteller Alfred Kerr sagt in einem seiner Bücher: "Lieber Sklave als tot!", während der Nationalsozialist - oder vielleicht kann man sogar verallgemeinernd sagen: der Arier - immer sagen wird: "Lieber tot als Sklave!" Das ist die denkbar kürzeste Formel für den Unterschied zwischen der Mentalität des Ariers und des Juden. Der letztere ist ausschließlich und immer

auf das Diesseitige eingestellt, während der Arier geistig stets mit dem Metaphysischen in Verbindung bleibt.
Mit Zitaten ähnlichen Inhalts aus den Werken und Aufsätzen jüdischer Schriftsteller könnte man Bände füllen.

79) Vgl. hierzu, was der jüdische Schriftsteller Eberlin S. 20 in seinem Buch "Die Juden von heute" (Edition Rieder, Paris, 1927) über das Interesse der Juden für die Landwirtschaft sagt. Ebenso über den Sinn des Ausdrucks "produktive Arbeit". Zitiert bei Diewerge, S. 56 und 57.

80) Midrasch-Tolpiot-Ausgabe von Elia Ben Salomon Abraham aus Syrakus, S. 255 (Warschau 1875).
Der ganze Zonar (das Hauptwerk, der Kabbala) ist angefüllt mit Wendungen und Ausdrücken ähnlicher Art. Es sei hier nur noch auf ein Zitat in der Rabbinischen Abhandlung Ernek-ha-Melek aus dem 17. Jahrhundert hingewiesen, in dem es heißt: "Unsere Rabbis seligen Angedenkens haben gesagt: Ihr Juden seid Menschen, weil ihr die Seele vom Höchsten Menschen (d.h. Gott) habt. Aber die Völker der Welt sind nicht Menschen benannt, denn sie haben nicht die Nescharma (oder herrliche Seele) des Heiligen und Höchsten Menschen, sondern sie haben die Nephesch (Tierseele) von Adam Belial, das ist der boshafte und unnütze Mensch, genannt Sammael, der Oberste der Teufel." (Zitiert nach J. F. C. Fuller, London, aus "Secret Societies and Subversive Movements", S. 13.)

81) Das Blutschutzgesetz vom 14. November 1925 wurde durch eine Verordnung vom 16. Februar 1940 ergänzt, nach welcher für das Verbrechen der Rassenschande nur der Mann verantwortlich ist.

82) Die Nürnberger Gesetze nebst den dazugehörigen Verordnungen und Hitler ausführlichen Tabelle über Deutschblütige, Mischlinge und Juden befinden sich u. a. als Anhang in der Broschüre "Freizeit - Frohe Zeit" der Deutschen Arbeitsfront. "Das Dritte Reich im Aufbau" von Kurt Jacoby enthält auf S. 120 eine übersichtliche Tabelle in dieser Frage.

83) Ein französisches Edikt von 1743 verbot den Juden, "Christen als Dienstboten anzustellen und körperlichen Umgang mit ihnen zu pflegen". Den Anlass hierzu gab wahrscheinlich ein Generalbericht, den der Kanzler Milvezin schon im Jahre 1733 über die Lage der Juden in Bordeaux erhalten hatte und in dem u. a. folgendes gestanden hatte: "Sie (die Juden) nehmen hübsche Landmädchen als Dienstboten und schwängern sie, damit sie ihren eigenen Sprösslingen als Amme dienen, und lassen die von den Dienstmädchen zur Welt gebrachten Kinder ins Findelhaus schaffen." (Diewerge, S. 60.) Zum Vergleich mag hier noch angeführt werden, dass das bis 1918 gültige katholische kirchliche Gesetzbuch (Codex juris canonici) u. a, folgende Vorschriften

hinsichtlich der Juden enthielt: Die Ansässigmachung der Juden ist zu beschränken und dahin zu wirken, dass sie womöglich zusammenwohnen. Christen sollen weder als Ärzte noch als Krankenpfleger Juden gebrauchen, außer im Falle der Not. Der Jude darf kein öffentliches Amt bekleiden, insbesondere kein Richter-, Regierungs- oder Lehramt außer an jüdischen Schulen. Der Christ darf nicht dem Juden als Hausdienstbote dienen. Ehen zwischen Christen und Juden sind, weil "disparitas eultus" vorliegt, streng verboten. (Fritsch, "Handbuch der Judenfrage" S. 248 f.)

84) Als Stichprobe mag nur angeführt werden, dass (nach Abzug von Hypotheken und Schulden) z.B. in Berlin 199 Millionäre mehr als 700 Millionen RM, in Frankfurt a. M. 14 Millionäre rund 439 Millionen RM. (darunter einer allein 16 Millionen) besaßen. In Schleswig-Holstein meldeten 233 Juden ein Vermögen von 14,5 Millionen RM an. Auf jeden entfiel also im Durchschnitt ein Vermögen von mehr als 60.000 RM.
Folgende Beispiele mögen das beleuchten, die Knesebeckstraße in Berlin-Charlottenburg zählt 100 Grundstücke. Davon waren 88 in jüdischem Besitz. In der Tatientzienstraße gab es noch Anfang November 1938 neben 58 arischen Geschäften 25 jüdische. Am Kurfürstendamm (nur von der Gedächtniskirche bis zum Lehniner Platz gerechnet) gab es neben 171 deutschen noch 80 hebräische Geschäfte. Laut Grundbuch Berlin-Charlottenburg gehört das Haus Pestalozzistraße 17 13 jüdischen miteinander verwandten oder verschwägerten Personen in Deutschland, Holland, Amerika und Palästina. Diese Verteilung des Besitzes auch an Ausländer sollte dem Zweck dienen, eine Entjudung unmöglich zu machen.
Angesichts der angegebenen Zahlen muss man es als ein vorsichtiges Vorgehen bezeichnen, wenn in Großberlin in der Zeit vom 6, Mai 1938 bis 18. März 1939 im ganzen 565 jüdische Betriebe mit einem Gesamtkaufpreis von rund 51 Millionen RM arisiert wurden; davon waren 338 Kleinbetriebe im Werte bis zu 30.000 RM für insgesamt 5 Millionen; 120 mittlere Betriebe im Werte bis zu 90.000 RM für 5,4 Millionen und 117 Großbetriebe im Werte von 100.000 RM und darüber, für insgesamt 46,7 Millionen.
Eine umfangreiche Anordnung des Reichswirtschaftsministers vom Februar 1939 enthält genaue Einzelbestimmungen darüber, dass diese Entjudung in volkswirtschaftlich vernünftiger Weise erfolgt. Eine Verordnung vom 10. Juni 1940 verlangt außerdem eine Nachprüfung von Entjudungsgeschäften. Danach kann der Erwerber oder Rechtsnachfolger eines gewerblichen, land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes oder anderer Vermögenswerte, deren Entjudung nach dem 30. Januar 1933 durchgeführt wurde und deren Erwerber einen unangemessenen Vermögensvorteil erlangte, zu einer Ausgleichszahlung zugunsten des Reichs herangezogen werden. Das gleiche gilt für denjenigen, der den Erwerb vermittelte.

85) Vom 1.Januar 1939 an müssen Juden, die keinen von den in einem Runderlass des Reichsministers des Innern verzeichneten jüdischen Vornamen tragen, zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar Juden den Vornamen Israel und Jüdinnen den Vornamen Sara.

86) Die Abgabe beträgt insgesamt 20 Prozent des Vermögens eines jeden Juden, der mindestens 5.000 RM besitzt, und wird in vier Teilen zu je 5 Prozent des Vermögens am 15. Dezember 1938, den 15.Mai und 15. August 1939 bezahlt. Die Zahlungspflicht hört auf, sobald eine Milliarde Reichsmark erreicht ist, und wird nötigenfalls verlängert, bis diese Summe eingezahlt ist. Zur Vervollständigung des Aufkommens hat sich die Erhebung eines weiteren Teilbetrages als erforderlich erwiesen. Durch eine Verordnung des Reichsministers der Finanzen ist die Abgabe von 20 Prozent auf 25 Prozent des Vermögens erhöht worden. Der Unterschiedsbetrag von 5 Prozent war am 15.November 1939 fällig und an diesem Tag von allen abgabepflichtigen Juden zu entrichten.
Im Zusammenhang hiermit sei auf ein sehr altes Zitat hingewiesen. Thomas von Aquin schreibt an die Herzogin Alice von Braljant: "Die Juden dürfen nicht für sich behalten, was sie durch Wucher von anderen entlockt haben... Die Strafe muss für einen Juden, wenn er sich eines Vergehens schuldig macht, strenger bemessen werden, als für andere, und dies umso mehr, je bekannter es ist, dass die Gelder, welche den Juden weggenommen werden sollen, nicht ihm gehören." (De regimine Judaeorum ad dueissam Brabantiae. Opuseukt St. Thom. 2. Band.)

87) Das ganze Weltjudentum hat sich in folgenden internationalen Verbindungen organisiert: 1. "Alliance Israélite Universelle", gegründet 1860. 2. "The Non-Sectarian Anti-Nazi League To Champion Human Rights", 1933 gegründet. 3. "Ligue Internationale contre l'Antisemitisme" (LICA, 1926 gegründet). In England wurde schon 1760 die "Board of Deputies of British Jews" gegründet. Die rund 4 Millionen organisierten Juden in USA verteilen sich auf folgende vier große Organisationen: 1. "American Jewish Committee" (Kommunisten David Dubinshy und Sidney Hillman vom "Jewish Labor Committee", verschiedene Millionäre und der Konservative Dr. Cyrus Adler), 2. "American Jewish Congress" (1917 vom Rabbi Stephen Wise, Richter Brandeis, Prof. Felix Frankfurter u. a. gegründet), 3. "Bne Brith" (Sohn des Bundes), unabhängiger Orden, und 4. "Jewish Labor Committee". Diese vier haben sich im Juli 1938 zu einer "Single Defence Agency" zusammengetan, um eine "Mobilmachung des amerikanischen Judentums für die jüdische Gleichberechtigung in aller Welt" zuwege zu bringen. (Vgl. Othmar Krainz: "Juda entdeckt Amerika".)
Diese Hetze ist ursprünglich von jüdischen deutschen Emigranten ausgegangen. So fordert der bekannte jüdische Schriftsteller Emil Ludwig (Cohn) in einer Broschüre "Die neue heilige Allianz" Frankreich, England und USA auf, gegen

das deutsche Volk "vorbeugend" Krieg zu führen und es in seinem eigenen Blut zu ersticken.

88) Allein während der acht Monate September 1934 bis Ende April 1935 haben in 61 Städten insgesamt 1.070 Veranstaltungen des Judentums stattgefunden, und zwar 385 Konzerte, 317 Vorträge, 163 Schauspiele, 57 Opern, 109 Kabarett- und sonstige Veranstaltungen. (Die Angaben über den jüdischen Kulturbund stützen sich auf einen Aufsatz von Hans Hinkel in "Deutsche Sozialisten am Werk", S. 163-173.)

89) E. H. Schulz und R. Frerks: "Warum Arierparagraph?", S. 55. Laut Ziffern, die der Internationalen Flüchtlingskommission in Genf vorgelegt wurden, sollen 120.000 Juden Deutschland verlassen haben. Diese Zahlen waren vielleicht übertrieben.

90) Freimaurerlogen sind Vereinigungen von Männern, die unter Anwendung sinnbildlicher Formen eine übervölkische Geistesbewegung, den Humanitätsgedanken, vertreten, um ohne Unterschied von Rassen, Völkern, Religionen, sozialen und politischen Überzeugungen einen allgemeinen Menschheitsbund herbeizuführen.
Trotz dieser scheinbar edlen Ziele ist schon bald nach dem Entstehen der Freimaurerlogen von vielen Seiten scharfe Kritik geübt und Widerspruch gegen sie erhoben worden. Diese Kritik richtete sich in erster Linie gegen den politischen Charakter, den sie annahmen und den schon Goethe in klarer Weise gekennzeichnet hat: "Die Freimaurerei" - sagt er - "macht durchaus statu in statu. Wo sie einmal eingeführt ist, wird das Gouvernement sie zu beherrschen und unschädlich zu machen suchen. Sie einzuführen, wo sie nicht war, ist niemals rätlich."
Was diese Stellung der Freimaurerei als eines "Staates im Staate" vor allem gefährlich macht, ist der Umstand, dass die Freimaurerei in der ganzen zivilisierten Welt verbreitet ist und ihre sämtlichen Logen in mehr oder weniger enger Beziehung miteinander stehen. Dies hat dazu beigetragen, dass das Prinzip der Internationalität die Logen allem Nationalen entfremdet hat, sodass sie sogar das Nationale als etwas zu Überwindendes, Minderwertiges bekämpfen. Die deutschen Freimaurerlogen haben freilich stets behauptet, dass sie durchaus nationalgesinnt und unpolitisch seien und in keiner Verbindung mit ausländischen Logen stünden. Diese Behauptung ist aber als unwahr nachgewiesen worden. Sie haben wie die Logen aller anderen Länder sich zum Grundsatz der allgemeinen Menschenverbrüderung bekannt und, in Übereinstimmung mit ihren internationalen Verbindungen, dem Nationalen keinen bindenden Wert zugebilligt.
Die Freimaurerei greift überall in die außenpolitischen Beziehungen der Völker ein und betreibt neben den Regierungen eine geheime Außen- und Weltpolitik, die von den verantwortlichen Stellen im Staat nicht kontrolliert werden kann.

"Außerdem sorgt ihre Personal- und Günstlingswirtschaft dafür, dass die maßgebenden Stellen eines Volkes mit Logenbrüdern besetzt werden, die die Gedanken des Freimaurertums in die Tat umsetzen." (Dieter Schwarz: "Die Freimaurerei. Weltanschauung, Organisation und Politik-." S.9.) Jeder Logenbruder muss sich nämlich bei der Aufnahme eidlich verpflichten, über alles, was in der Loge geschieht, besprochen und beschlossen wird, unverbrüchliches Schweigen zu beobachten.
Im nationalsozialistischen Deutschland ist für die Freimaurerei auch aus dem Grunde kein Dasein denkbar, weil sie trotz aller Tarnungsversuche als ein Werkzeug des internationalen Judentums erkannt wurde. Dies geht nicht nur daraus hervor, dass ein großer Teil der Logenbrüder, vor allem aber in den höchsten und Einflussreichsten Graden, Juden sind, sondern auch daraus, dass das Zeremonial und die Symbolik der Freimaurerei ihrem Geist und ihren Formen nach ganz und gar jüdisch sind. Ihre Sinn- und Lehrbilder gruppieren sich zum größten Teil um das Symbol Jehovas und seines salomonischen Tempels, und als Eingangsspruch im Vorbereitungszimmer muss immer die Bibel mit der Stelle Johannes IV, Vers 22, aufgeschlagen liegen, in dem es heißt: "Ihr wisset nicht, was ihr anbetet, wir wissen aber, was wir anbeten, denn das Heil kommt von den Juden." (Dieter S.44.)

9) Ober die Begriffe Demokratie und Diktatur sei auf die Schrift "Demokratie und Diktatur" von Paul Ritterbusch hingewiesen, der in überzeugender Weise den Unterschied zwischen der Auffassung der westlichen Demokratien und der des Nationalsozialismus kennzeichnet.

92) "Das, was die Zeit vor uns verkannte, dass nämlich der Einzelmensch nicht losgelöst von den Bindungen seines Blutes sein Dasein führt, sondern dass das Individuum ein Glied in der Kette der Generationen darstellt, ist das Kriterium des Lebens schlechthin", sagt Dr. Walter Groß, dessen ausgezeichnete und klare Ausführungen über "Rasse und Volk" im VB vom 15. Januar 1939 hier dem Studium empfohlen seien.

93) Etwas anderes ist es natürlich, das Ausland mit dem Gedankengut und den Leistungen des Nationalsozialismus bekannt zu machen. Es liegt nicht bloß im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse des Auslands und des Völkerfriedens, Missverständnissen und Missdeutungen vorzubeugen.

94) Wie konsequent der Grundsatz der verantwortlich führenden Persönlichkeit auf allen Gebieten des Staatslebens durchgeführt wird, zeigt z.B. die bedeutungsvolle Gemeindeordnung vom 30.Januar 1935, die nicht nur den staatspolitischen Grundsatz der Selbstverwaltung verwirklicht, sondern auch diese Selbstverwaltung mit der höchsten Verantwortung umkleidet. Die oberste Aufsicht über die Gemeindeverwaltung liegt in den Händen des Staates: ihm gegenüber sind allein die Bürgermeister der Gemeinden persönlich

verantwortlich. Nur um die Verbundenheit mit der NSDAP aufrecht zu erhalten, werden die Gemeinderäte ("Ratsherren"), die unter eigener Verantwortung den Bürgermeister zu beraten haben, im Einvernehmen mit dem Bürgermeister vom Beauftragten der NSDAP berufen.

95) "Der Führer selbst verwendet das Wort Staat regelmäßig nur für die staatliche Behörden- und Ämterorganisation, nicht aber für das Ganze der politischen Einheit des deutschen Volkes." (Dr. Anton Linge: Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, S. 22.)
Über die obersten Organe der NSDAP und der Reichsregierung sei noch folgendes hinzugefügt:
Die NSDAP gliedert sich in die Reichsleitung, Gaue, Kreise und Ortsgruppen. In vermögensrechtlichen Angelegenheiten wird die Partei allein durch den Reichsschatzmeister der NSDAP als dem Generalbevollmächtigten des Führers vertreten.
Die Gliederungen der Partei sind: SA, SS, NSKK, HJ, NSD-Dozentenbund, NSD-Studentenbund, NS-Frauenschaft.
Die angeschlossenen Verbände der NSDAP sind: der NSD-Ärztebund e. V., der NS-Rechtswahrerbund e.V., der NS-Lehrerbund e.V., die NS-Volkswohlfahrt e.V., die NS-Kriegsopferversorgung e.V., der Reichsbund der Deutschen Beamten. e.V., der NS-Bund Deutscher Technik, die Deutsche Arbeitsfront.
Die Reichsregierung besteht aus dem Führer und Reichskanzler und den Reichsministern. Die einzelnen Fachministerien sind folgende: 1. Das Auswärtige Amt. 2. Reichs- und Preußisches Ministerium des Innern. 3. Reichsfinanzministerium. 4. Reichs- und Preußisches Wirtschaftsministerium. 5. Reichsarbeitsministerium. 6. Reichsjustizministerium. 7. Reichskriegsministerium. 8. Reichspostministerium. 9. Reichsverkehrsministerium. 10. Reichs- und Preußisches Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft. 11. Reichsluftfahrtministerium. 12. Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. 13. Reichs- und Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. 14. Der Reichs- und Preußische Minister für die kirchlichen Angelegenheiten.

96) Die Wehrpflicht dauert vom 18. bis zum 45. Lebensjahr. Die Jahrgänge nach dem 45. Jahre bilden den Landsturm. Zum Wehrdienst wird nicht herangezogen: 1. wer wehrunwürdig ist, 2. wer nichtarischer Abstammung ist, 3. wer die katholische Priesterweihe erhalten hat, 4. wer körperlich untauglich ist. Der Wehrpflichtige muss vor der Wehrpflicht den Arbeitsdienst absolviert haben. Die aktive Wehrpflicht datiert zwei Jahre.

97) Vorläufig (1938) gibt es folgende Fachämter: 1. Nahrung und Genuss. 2. Textil. 8. Bekleidung und Leder. 4. Bau. 5. Holz. 6. Eisen und Metall. 7. Chemie 8. Druck und Papier. 9. Verkehr und öffentliche Betriebe. 10. Bergbau. 11.

Banken und Versicherungen. 12. Freie Berufe. 12. Landwirtschaft. 14. Stein und Erden. 15. Handel. 16. Handwerk.

98) Dazu gehören u. a.: das Sozialamt, das Amt für Volksgesundheit, das Reichstättenamt, das Frauenamt, das Jugendamt, das Amt für Rechtsberatungsstellen und das äußerst wichtige Amt für Berufserziehung und Betriebsführung, das in acht besonderen Abteilungen dis Ausbildungswesen der Einzelmitglieder und die Gestaltung der Betriebe überwacht und leitet.
Selbständige Arbeitsgebiete sind Presse und Propaganda, ein "Arbeitswissenschaftliches Institut", ein "Amt für technische Wissenschaften" und das "Amt für den Berufswettkampf".

99) Außer durch diese beiden grundlegenden Gesetze wurde die Tätigkeit der DAF noch durch folgende Maßnahmen geregelt: Gesetz über die Heimarbeit vom 23. März 1934, Verfügung über die Auszeichnung von NS Musterbetrieben vom 29. August 1936 und Anordnung über die Bezahlung der Feiertage vom 3. Dezember 1937.

100) Es heißt hier "organisierte Arbeitsgemeinschaft" statt des nahe liegenden Begriffs "Unternehmen". Zwischen Unternehmen und Betrieb besteht nämlich der Unterschied, dass der Betrieb durch die Einheit des technischen Zwecks gekennzeichnet wird, während das Unternehmen eine wirtschaftliche Einheit ist, von der mehrere Betriebe umfasst werden können.

101) Durch eine Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 30. Oktober 1939 sind eine Reihe wichtiger Änderungen in diesem Gesetz eingeführt worden (RGBI. I S. 2146).

102) Die Anzahl der Streitfälle hat sich von 371.000 im Jahre 1932 auf 17.400 im Jahre 1933 vermindert.
Die Rechtsberatungsstellen der DAF sind etwas anderes als die Rechtsbetreuungsstellen der NSDAP. Die Rechtsbetreuungsstellen der NSDAP leisten ehrenamtlichen und unentgeltlichen Rechtsbetreuungsdienst für alle Volksgenossen, die nicht in der Lage sind, die Kosten für die Inanspruchnahme eines Rechtsanwalts aufzubringen, ebenso für alle Kriegsbeschädigten. Die DAF-Rechtsberatungsstellen sind für alle DAF-Mitglieder, jedoch nur in Fragen, die das Arbeitsverhältnis oder Ansprüche aus einer öffentlich-rechtlichen Alters-, Invaliden-, Kranken-, Arbeitslosen- oder Unfallversicherung oder einer gesetzlich zugelassenen Ersatzeinrichtung betreffen, darüber hinaus für das Handwerk in allen Fragen des Steuerrechts. Auf allen diesen Gebieten erteilen sie kostenlos Rat und übernehmen auch kostenlos die Durchführung des Streitfalles.

103) Darunter die Zeitschrift "Arbeitertum" mit einer Auflage von fast 8.199.230 Exemplaren und "Aufbau" von rund 660.000 Exemplaren. Am wichtigsten ist die durch ihre vorzüglichen Informierungsaufsätze und Notizen hervorragende Monatsschrift "Der Schulungsbrief", die im Januar 1939 eine Auflage von 4.160.000 Exemplaren aufwies.

104) Vorläufig folgende drei Ordensburgen: "Vogelsing" in der Eifel, "Croessinsee" in Pommern und "Sonthofen" im Allgäu. Sie sind die Hohen Schulen der nationalsozialistischen Weltanschauung. Am 1.Mai 1936 kamen die ersten 500 Mann nach Burg Vogelsang. Für diese Burgen ausgemustert kann nur werden, wer ein Alter von 25 bis 30 Jahren hat, rassisch geeignet ist, gesundheitlich den Anforderungen genügt, die Hitler-Jugend, den Arbeitsdienst und die Wehrmacht absolviert hat und sich in einer Parteigliederung entweder als politischer Leiter, SA- oder SS-Mann betätigt hat.
In den Betrieben der sog. "Wilhelm-Gustloff-Stiftung" wird ein ständiges Amt für die nationalsozialistische weltanschauliche Schulung aller Mitglieder der Gefolgschaft der Betriebe mit einem eigenen Schulungsleiter errichtet.

105) Eine Anordnung des Reichsorganisationsleiters vom 6. Mai 1939 sagt: "Die Werkscharen haben in Zukunft noch mehr als bisher rein politische Aufgaben zu erfüllen. Diese Tatsache sowie der vorgesehene beziehentlich durchgeführte Einbau der Betriebe in den Hoheitsbereich der Ortsgruppen der NSDAP machen die Unterstellung der Werkscharen unter den jeweils zuständigen Hoheitsträger der NSDAP erforderlich.
Die Aufgaben und den Einsatz der Werkscharen bestimmt im Auftrag der NSDAP die Deutsche Arbeitsfront.
Soweit die Werkscharführer Parteigenossen sind, sind sie als Politische Leiter einzubauen. Sofern sie nicht Parteigenossen sind, sind sie ebenso wie die Werkscharmannschaften als Politische Leiteranwärter zu betrachten und bei entsprechender Eignung mit politischen Aufgaben zu betrauen."

106) Im Jahre 1934 nahmen von etwa 2 Millionen Mitgliedern der Deutschen Angestelltenschaft rund 1,5 Millionen an der Fortbildungsarbeit teil.

107) Unter der "Deutschen Übungswirtschaft" sind fingierte Unternehmen zu verstehen, die von Jugendlichen dargestellt und geführt werden. Jede Übungsfirma hat durchschnittlich 25 "Angestellte", die unter Aufsicht von Fachleuten arbeiten. Die Übungsfirmen stehen untereinander wie richtige Wirtschaftsunternehmen in geschäftlicher Verbindung. Alle Geschäftsvorgänge werden genauestens nachgeahmt mit dem Zweck, durch praktische Übung die berufliche Leistungsfähigkeit der Jugendlichen zu steigern. Die Übungen finden abends während der Freizeit statt. Im Jahre 1938 haben in 1.271 Übungsfirmen und Übungsbüros rund 12.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gearbeitet.

108) Diese sehr beliebten Fahrten, die 3-6 Tage dauern und auf das ganze Reich, manchmal auch ins Ausland ausgedehnt werden, sollen Höhepunkte der Berufserziehungsmaßnahmen sein.

109) Der sog. "Robinsonerziehung" sollen die Schüler des letzten Schuljahres unterworfen werden. Sie soll zeigen, ob der Schüler Disziplin halten kann und ob er schöpferisch veranlagt ist. Die Veranlagung zur Disziplin zeigt sich am besten durch die Arbeiten am Eisen mit primitiven Hilfswerkzeugen, Hammer, Feile und Meißel, während die schöpferische Begabung, das Neuformen und handwerkliche Können durch Arbeit am Holz festgestellt wird. In Zukunft soll daher jeder Junge ein Jahr lang mit Arbeiten an diesen beiden Grundstoffen beschäftigt werden.

110) Am ersten Leistungskampf beteiligten sich 84.000 Betriebe, am zweiten 164.239, am dritten, zugleich dem ersten Kriegsleistungskampf, nicht weniger als 212.763 Betriebe. In diesen drei ersten Leistungskämpfen wurden 297 Betriebe mit der Bezeichnung "Nationalsozialistischer Musterbetrieb", 2.923 Betriebe mit den von Dr. Ley verliehenen Leistungsabzeichen und 5.434 Betriebe mit Gaudiplomen der Gauleiter ausgezeichnet.
"Eine Umfrage bei 50.000 im Leistungskampf stehenden Betrieben ergab folgende im Sinne des Vierjahresplanes liegende wirtschaftliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen: Durch Rationalisierung wurden 12.654 Arbeitskräfte gespart, 46.692 männliche Arbeitskräfte durch weibliche ersetzt, 62.320 Körperbehinderte und Arbeitsinvaliden neu eingestellt, 12.931 Betriebe zahlten Prämien für Arbeitsverbesserungen und Materialeinsparung, 2.170 Betriebe verbesserten durch Einsatz von Sonderzügen, Omnibussen, Anlegen von Radfahrwegen den Anmarsch der Arbeiter und sparten 531.701 Arbeitsstunden." (Dr. Ley in "Der Angriff", 10. Oktober 1939.) Ähnliche Zahlen können für die sozialen Verbesserungen angeführt werden.

111) Zur Bearbeitung der biologischen Fragen, die mit jeder Begabtenförderung verbunden sind, wurde von der Führungsstelle eine erbbiologische Arbeitsgemeinschaft geschaffen. In ihr ist ein kleiner Kreis von Männern und Frauen zusammengefasst, von denen jeder einzelne aus seinem Arbeitsgebiet (z. B. Rassenpolitisches Amt der NSDAP, Reichsarbeitsverwaltung, Reichsstudentenwerk, usw.) seine Erfahrungen mitbringt und die Führungsstelle in Fragen der Begabtenförderung berät.

111a) Eine bedeutsame sozialpolitische Maßregel auf dem Gebiete des Wohnungswesens erfolgte durch die am 20.Juli 1940 von der DAF gegründete "Bau- und Betreuungsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront m. b. H." die die Erstellung und technische und finanzielle Betreuung von Wohnungsbauten für Dritte zum Zweck hat. Für Bauwillige aller Kreise, ob Gesellschaften, Genossenschaften oder private Bauherren, übernimmt die Gesellschaft alle

Aufgaben und Arbeiten, die mit dem Bau im Zusammenhang stehen, wie Grundstückbeschaffung, Aufstellung des Bebauungsplanes., Verhandlungen mit den Behörden, Regelung der Finanzierung des Baues usw.
Anfang Oktober 1940 überreichte Reichsorganisationsleiter Dr. Ley dem Führer den ersten Entwurf eines großen Gesetzes über eine allgemeine, das ganze arbeitende Volk umfassende Altersversorgung, mit dessen Ausarbeitung der Führer ihn beauftragt hatte.

112) Bis 80. Juni 1938 waren in Deutschland 2.557 Kameradschaftshäuser und Ferienheime, 15.595 neue Kantinen und Aufenthaltsräume, 13.122 Grünanlagen und Werkhöfe, 200 Schwimmbäder und rund 20.455 Wasch- und Umkleideräume, 20.741 Arbeitsräume und 2.107 Sportanlagen nach den Grundsätzen "Schönheit der Arbeit" errichtet worden.

113) Am 14. Februar 1940 wurde in Berlin-Borsigwalde die erste fahrbare KdF-Bühne eröffnet. Das aus Leichtmetall hergestellte Zelt fasst 800 bis 900 Personen. Eine Bühne enthält alle Vorrichtungen zur Anbringung von Vorhängen, Kulissen und Beleuchtung. Im Winter kann das Zelt geheizt werden.

113a) Ganz außerordentlich sind die Leistungen des Hilfswerkes "Mutter und Kind", wie man aus einem Bericht vom Mai 1940 ersicht. Allein in Berlin wurde in 440.000 Fällen Hilfe gewährt an werdende Mütter, stillende Mütter, Kleinkinder und kinderreiche Familien. Diese Hilfe erstreckte sich auf Ernährungsbeihilfen, Wäscheausstattungen für Wöchnerinnen und Säuglinge im Werte von fast 1 Million Mark. In der Wohnungsfrage wurde in 29.000 Fällen helfend eingegriffen. Dabei wurden über 10.000 Mietsbeihilfen gewährt und weitere 31.000 Mietsbeihilfen vermittelt. Außerdem wurden durch die Dr.-Goebbels-Wohnungsaktion 31.000 Wohnungen instand gesetzt. So konnte insgesamt 76.000 Familien bei der Sicherung oder Beschaffung ihrer Wohnungen geholfen werden.
Durch die NSV-Hauspflege sind im verflossenen Jahre über 10.000 Hauspflegerinnen für die Betreuung von Mutter und Kind zum Einsatz gekommen. In den NSV-Kindertagesstätten finden täglich 5.000 Kinder werktätiger Mütter Aufnahme, Betreuung und Pflege. Durch die Müttererholungspflege konnten 3.500 Mütter für vier Wochen in die in allen Gauen des Reiches vorhandenen NSV-Heime geschickt werden. Als wichtigste Erholungsmaßnahme für unsere Jugend konnten 11.000 Kinder für sechs Wochen in Erholungsheime und 15.000 Kinder für mehrere Wochen zur Erholung verschickt werden.
In diesem Zusammenhang sei auch auf den Unterschied zwischen NS-Schwestern und NSV-Schwestern hingewiesen. Die NS-Schwestern (Braune Schwestern) sind ausschließlich in der Gemeindepflege, in den NS-Gemeindestationen, tätig oder sie werden für besondere Aufgaben, z. D. auf den Ordensburgen, eingesetzt. Die NSV-Schwestern (Blaue Schwestern) versehen

ihren Dienst als Säuglingspflegerinnen in Kinderkrippen, Säuglingsheimen usw. Kindergärten und Horte werden stets nur von NSV-Kindergärtnerinnen betreut.

114) Bei den Straßensammlungen werden Abzeichen verkauft, die in wirtschaftlichen Notstandsgebieten hergestellt werden. So bestand ein Abzeichen aus Bernstein. Zur Bearbeitung dieser Abzeichen waren über 200.000 kg Rohmaterial nötig. Dadurch konnten neben den bereits in Arbeit befindlichen Bernsteinarbeitern noch 500 Arbeitslose länger als drei Monate beschäftigt werden. Im Februar 1939 wurden kleine Tierfiguren verteilt, aus einem neuen Leichtmetall, dem Magnesium, geschnitten, geprägt, gelackt und schließlich mit einem kleinen Schmuckstein, dem Cabochort, versehen, das jedes Mal das leuchtende Tierauge darstellt. Im März 1939 wiederum kleine reizende Porzellanfiguren, ebenfalls zum Anstecken mit einer Sicherheitsnadel versehen usw.
Ausländische Zeitungen haben wiederholt ihrer Verwunderung und Bewunderung über diese Sammlungen Ausdruck gegeben. Als Beispiel sei hier nur eine französische Zeitung angeführt. "Paris Midi" schreibt: "Die deutschen Minister, die selbst in den Straßen Berlins gesammelt haben, haben sich wieder einmal von ihrer großen Popularität überzeugen können. Sie mussten nicht nur mehrere Male ihre Sammelbuchsen wechseln, sondern der Ansturm war oft so groß, dass polizeiliche Maßnahmen getroffen werden mussten. Das will aber nicht besagen, dass in anderen Stadtteilen das Ergebnis zu wünschen übrig ließ. Man könnte vielleicht annehmen, dass auf die Dauer diese Sammlungen dem deutschen Volk leid würden. Dies ist ein großer Irrtum. Das Ergebnis des Tages der nationalen Solidarität 1937 hat alle Vorjahrsergebnisse geschlagen und bewiesen, dass Hitler nach wie vor das Vertrauen des Volkes besitzt."

115) Von der Tätigkeit der NS-Volkswohlfahrt mögen noch folgende Zahlen eine Vorstellung gehen: Im ersten Vierteljahr 1938 hatte die NSV im ganzen 8.220.410 Mitglieder und 864.303 ständige Mitarbeiter. Während derselben drei Monate wurden in dem Hilfswerk "Mutter und Kind" 991.191 Personen von 15.972 fachlich ausgebildeten Kräften betreut. Die 21.035 Hilfsstellen wurden von 911.067 hilfsbedürftigen Personen aufgesucht, die 1.489 Beratungsstellen von 50.570 ratsuchenden Personen. In Tagesstätten für Kinder wurden 132.294 Kinder betreut. Von werdenden Müttern wurden betreut 73.833 verheiratete und 6.785 ledige. Durch die NSV wurden 153.130 Kinder und 13.896 Erwachsene gespeist. Haushalthilfen wurden in 9.979 Fällen gestellt. Zur Erholung wurden verschickt 19.325 Mütter und 52.011 Kinder. Hitlerfreiplätze erhielten 9.186 Jugendliche. Die Versicherungssumme der Deutschen Jugendversicherungshilfe betrug 483.500 RM (im ganzen Jahr 1937 2.238.500 RM). Die NS-Schwesternschaft hatte 5.607 Schwestern auf 2.528 Schwesternstationen. Durch das Tuberkulosewerk wurden 2.600 Kranke untergebracht. Sämtliche Zahlen beziehen sich, wie angegeben, auf das erste Vierteljahr 1938.

116) Die Regierung Brüning hatte durch eine Notverordnung von Juni 1931 einen freiwilligen Arbeitsdienst eingeführt, um die Arbeitslosigkeit zu steuern. Das war aber eine ungeschickte und unfruchtbare Maßregel gewesen, die in ganz bürokratischer Form durchgeführt wurde und weder einen sozialen noch ethischen Inhalt hatte. Der Erfolg war eine zusammenhanglose Summe von unpraktischen Anordnungen.

117) Eine allgemeine Dienstpflicht für alle Deutschen wurde durch die Verordnung vom 22. Juni 1938 eingeführt. Sie hatte vor allem den Zweck, Arbeiter für den Bau des Westwalls bereitzustellen. Sie ist auf Aufgabe von besonderer staatspolitischer Bedeutung beschränkt und wird vom Beauftragen für den Vierjahresplan vorgeschrieben.

118) Der Arbeitsdienst soll weder dem Bau der Autobahnen noch der Wirtschaft Konkurrenz machen. Seine wirtschaftliche Hauptaufgabe ist, der Landwirtschaft neue Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

119) Vom vollendeten 17. Lebensjahr an kann sich jeder auch freiwillig zum Reichsarbeitsdienst melden. Er muss sich hierbei auf eine Mindestdienstzeit von 1 Jahr verpflichten, kann aber auf Wunsch auch "Längerdienender" werden. Ab 1. April 1940 müssen alle Abiturientinnen sich vor dem Hochschulstudium (eine Ausnahme besteht nur für die Anwärterinnen Hochschule für Lehrerinnenbildung) zum Arbeitsdienst melden.

120) Vom Frauenarbeitsdienst zu unterscheiden ist das so genannte weibliche Pflichtjahr, von dem weiter unten näher berichtet wird.

121) Studenten und Studentinnen, die für den Arbeitsdienst nicht tauglich sind, werden in den "Ausgleichsdienst" eingestellt, den die Reichsstudentenführung leitet. Die Ausgleichsdienstpflichtigen erhalten Arbeit zugewiesen, die sie auszuführen fähig sind, die männlichen Mitglieder im Luftschutzbund, die weiblichen im Hilfswerk "Mutter und Kind".
Ein anschauliches Bild von dem Leben und Schaffen einer "Arbeitsmaid" gibt es von der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes herausgegebenem Heft "Die Arbeitsmaid". Es enthält auch nähere Angaben über die Ausbildung zur Führerin.

122) Sogar eine amtlich hoch stehende Person wie der Vorsitzende der Regierungskommission des Saargebietes, Herr Knox, scheute sich nicht zu erklären, der Deutsche Arbeitsdienst bilde Saarländer militärisch aus. Das Auswärtige Amt in Berlin widerlegte diese Behauptung und forderte die Regierungskommission auf, nach eigener Wahl Arbeitsdienstlager zu besuchen. Die Korrespondenz "Impress" in Paris verbreitete die Nachricht, dass die

Arbeitsdienstler von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends ohne warme Mahlzeit arbeiten müssten, usw.

122a) Die Mitgliederzahl der NS-Frauenschaft stieg in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 30. Juni 1936 um das 18fache, die Mitgliederzahl des Deutschen Frauenwerkes stieg vom 30. Juni 1936 bis zum 30.Juni 1940 um das 115fache.

122b) Durch die Hauptabteilung Volkswirtschaft/Hauswirtschaft wurden von 1936 bis 1940 insgesamt in 119.340 Lehrgängen über volks- und hauswirtschaftliche Fragen 2.402.097 Frauen ausgerichtet. Auf die Jahre verteilen sich die Lehrgänge wie folgt:

	Kurse	Teilnehmerinnen
1936	22.140	447.000
1937	28.083	705.952
1938	29.337	559.260
1939	39.780	690.885

In der Zeit vom 1. September 1939 bis zum 30. April 1940 wurden im Rahmen des Kriegseinsatzes der Abteilung Hilfsdienst von 2.913.098 Frauen 69.081.403 Stunden Nachbarschaftshilfe geleistet.

122c) Die Entwicklung der Mütterschulen zeigt folgende Tabelle:

	Kurse	Teilnehmerinnen
1934	2.013	60.542
1935	14.969	358.193
1936	23.141	458.649
1937	26.042	474.506
1938	29.064	512.037
1939	30.668	530.007
1940	125.897	2.393.954

123) Notwendig wurde die Einführung des weiblichen Pflichtjahres durch den anhaltenden Mangel an weiblichen Arbeitskräften in der Land- und Hauswirtschaft.

124) Mütter, die ihre Töchter selbst ins Pflichtjahr nehmen wollen, dürfen dies nur dann tun, wenn noch mindestens 4 Kinder unter 14 Jahren in der Familie sind (dies gilt auch für verwandte Familien).

125) Verboten ist Frauenarbeit, z. B. in gewissen Maschinen in der Schuhindustrie, Fischkonservenindustrie, Ziegeleien und Kohlenverladen. Bei den Grubenarbeiten im Ruhrgebiet ist die Frauenarbeit völlig abgeschafft

worden. In der Metallindustrie sind in 20 Prozent aller Unternehmungen die Frauen von den groben Arbeiten ausgeschlossen worden.

126) Das Hamburger Fremdenblatt vorn 14. März 1938 berichtet: "Seit vierzehn Tagen wohnen etwa neunzig Hamburger werktätige Mütter in Mütterheimen der NSV in Tesperhude und Sachsenwaldau (Hapagheim). Ihre Arbeitsplätze werden wahrgenommen von ebensoviel Studentinnen, die in freiwilligem Einsitz die Arbeiterinnen vertreten, damit sich diese einmal von Grund auf erholen können. Am gestrigen Sonntag waren die Studentinnen zu Besuch in die Heime gefahren. Mit Gesang wurden sie empfangen, dann folgte die Einzelbegrüßung, bei der jede Mutter sich 'ihre' Studentin heraussuchte. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel wandelten Mütter und Studentinnen Arm in Arm über die Waldwege und es hub ein großes Erzählen in. Die Mädels mussten berichten von ihren Erfahrungen in der Fabrik, ob ihnen die Arbeit auch nicht zu schwer wird, ob sie sich an den Geruch in der Fischfabrik gewöhnt haben, ob sie als Vertreterinnen der Reinmachefrauen auch allen Angestellten zu Dank gearbeitet haben. Die Studentinnen, die in Gummifabriken, Batherlefabriken, in Klein- und Großbetrieben tätig sind, mussten erzählen von den Arbeitskameradinnen in den Betrieben, von denen sie herzliche Grüße überbrachten."

127) Die Zahl der Menschen, die nach dem Gesetz der Sterilisation unterzogen werden müssten, kann insgesamt auf rund 400.000 geschätzt werden, und zwar angeborener Schwachsinn 200.000, Schizophrenie 80.000, manisch depressives Irresein 20.000, Epilepsie 60.000, erbliche Blindheit 4.000, erbliche Taubheit 16.000, erblicher Alkoholismus 10.000, schwere körperliche Missbildungen 20.000.
Der internationale Verband eugenischer Organisationen fasste bei einer Tagung in Zürich am 21. Juli 1934 nach viertägiger Aussprache über das deutsche "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14. Juli 1933 folgende Entschließurig: "Die Versammlungsteilnehmer, Vertreter der verschiedensten Länder, stellen fest, dass sie bei aller Verschiedenheit ihres politischen oder weltanschaulichen Standpunktes doch die tiefe Überzeugung geeint hat, dass rassenhygienische Forschung und Praxis für alle Kulturländer höchst lebenswichtig und unausweichlich sind."

127a) Es gibt auch erbgesunde Menschen, die keine Kinder haben können, weil sie aus irgendwelchen Gründen unfruchtbar sind. Sowohl Erbkranke als auch Unfruchtbare brauchen aber nicht ehelos zu bleiben. Allerdings ist für sie die Ehewahl nicht so leicht wie für die meisten anderen Menschen, da Ehen zwischen einem unfruchtbaren und einem fruchtbaren Partner nicht geschlossen werden dürfen. Die Schwierigkeiten zu mildern, die den Erbkranken und Unfruchtbaren bei der Ehewahl entgegentreten, ist die Aufgabe einer besonderen Ehevermittlung für Erbkranke und Unfruchtbare. Diese befindet sich beim

Rassenpolitischen Amt der NSDAP, Gauleitung Sachsen, Dresden Al., Bürgerwiese 24. Sie vermittelt Ehen im ganzen Reichsgebiet und erhebt von ihren Teilnehmern nur einen geringen Unkostenbeitrag. (Vgl. VB, 1.Oktober 1940.)

128) Die Gewährung so genannter "Ehestandsdarlehen" die bis zu einem Betrag von 1.000 RM ausgegeben werden, um Eheschließungen zu fördern, ist eine Maßregel die nicht nur eine Erhörung der Geburtenziffern im Auge hat, sondern auch eine wirtschaftliche Belebung der Produktionszweige, die für den Bedarf neuer Wohnungen und eines neuen Hausstandes arbeiten. Die Ehestandsdarlehen sind unverzinslich und werden in monatlichen Teilbeträgen von je 1 Prozent der Gesamtsumme zurückbezahlt. Bei der Geburt jedes Kindes ermäßigt sich außerdem die Gesamtschuld um 25 Prozent. Vom August 1933 bis Anfang 1936 wurden mehr als 900.000 Ehestandsdarlehen im Gesamtbetrag von rund 600 Mill. RM gewährt. Bis September 1940 war der Gesamtbetrag der bewilligten Ehestandsdarlehen auf mehr als eine Milliarde RM gestiegen. Auch weiterhin werden rund 15 Millionen RM Ehestandsdarlehen monatlich verfügbar gemacht werden. Den Ehen, die Ehestandsdarlehen erhalten haben, sind bis Juli 1937 550.000 Kinder geboren, ungefähr doppelt so viel wie in den Ehen, die in der gleichen Zeit ohne Ehestandsdarlehen geschlossen worden sind. Die Gewährung und Auszahlung von Ehestandsdarlehen hat, auch durch den Krieg keine Unterbrechung erfahren. Wie das Statistische Reichsamt im neuen Heft von "Wirtschaft und Statistik" mitteilt, wurden im vierten Vierteljahr 1939 im gesamten Reichsgebiet wieder 73.089 Ehestandsdarlehen an neuverheiratete Paare ausgezahlt. Im ganzen Jahre 1939 betrug die Anzahl der ausgezahlten Ehestandsdarlehen 310.599, das sind 53.337 mehr als im Jahre 1938. Damit sind von August 1933 bis Ende 1939 insgesamt 1.445.877 Ehestandsdarlehen zur Auszahlung gekommen. In diesen mit Darlehen geschlossenen Ehen sind bis Ende 1939 1.313.890 Kinder lebend geboren worden, für die Erlass von Darlehensvierteln gewährt wurden.

129) Zu den bevölkerungspolitischen Maßnahmen des Dritten Reiches gehören auch die verschiedenen Formen von Familienhilfen, besonders für kinderreiche Familien. Vom 1. April 1938 ab sind noch weitere Erleichterungen eingeführt und für diese Zwecke ein Betrag von 30 Millionen RM im Voretat angesetzt worden. Die Maßnahmen werden zielbewusst fortentwickelt, bis der Übergang in eine große Reichsfamilienkasse und schließlich ein vollständiger Ausgleich der Familienlasten möglich sein wird. Die Errichtung der Reichsfamilienkasse ist für das Jahr 1943 in Aussicht genommen. Sie soll die Volksgenossen aller Stände umschließen. Die Auswirkung der neuen Grundsätze zeigt folgendes Beispiel: Ein Arbeiter, verheiratet und mit sechs Kindern, bezieht monatlich 130 RM Lohn. Er erhielt bisher laufende Kinderbeihilfen in Höhe von 20 RM, in Zukunft jedoch von 60 RM monatlich.

Die Steuerreformen von 1934, 1938 und 1939 brachten die erhöhte Besteuerung von Junggesellen und Kinderlosen und weitgehende Steuerbefreiung oder wenigstens Steuerermäßigung für kinderreiche Familienväter und -mütter. Dieses Steuersystem wurde ergänzt durch das System der laufenden und der erweiterten laufenden Kinderbeihilfen: die erstgenannten bestimmten eine regelmäßige monatliche Unterstützung vom fünften Kinde an, die letzteren bereits vom dritten Kinde an. Der Familienvater, der auf seinen Antrag beim Finanzamt erweiterte laufende Kinderbeihilfe bekommt, erhält für das dritte und vierte Kind monatlich je 10 Mark, für das fünfte und jedes weitere Kind monatlich je 20 Mark. Wie die Mutterschutzbestimmungen und die Wochenhilfe kommen diese Unterstützungen auch allein stehenden Frauen, selbst den ledigen, zugute (Vgl. Frankfurter Ztg. März 1940 Nr. 152-153.)
Die Finanzierung dieser verschiedenen Beihilfen geschieht jetzt größtenteils aus den Rückflüssen aus den Ehestandsdarlehen und aus der Arbeitslosenversicherung.
Zu erwähnen wäre hier noch das "Gesetz zur Förderung der Frühehe von Beamten" vom August 1937 und andere Maßnahmen, wie die Übernahme von Patenschaften für jedes dritte und vierte Kind. So übernimmt z. B. die Stadt Berlin die Patenschaft für jedes dritte und vierte Kind. Die Eltern solcher Kinder erhalten von der Stadt Berlin im ersten Jahr einen monatlichen Zuschuss von 30 RM, vom zweiten bis vierzehnten Jahre einen monatlichen Zuschuss von 20 für das dritte und für das vierte Kind. Es wäre ferner auch hier darauf hinzuweisen, dass der nationalsozialistische Staat erhebliche Summen zur Gewährung von Kinderbeihilfen aufwendet. Von Oktober 1935 bis Herbst 1937 wurden mehr als 500.000 einmalige Kinderbeihilfen im Durchschnittsbetrage von 340 RM an minderbemittelte kinderreiche Familien gewährt. Seit August 1936 gewährt der Staat außerdem laufende Kinderbeihilfen an bedürftige kinderreiche Familien.
Im Jahre 1939 wurden 40 Prozent Kinder mehr geboren als 1932. Über Eheschließungen und Geburten im Altreich geben folgende Zahlen Aufschluss:

Jahr	Ehen	Lebendgeborene in Tausenden	Bevölkerungszunahme
1929	648	1.276	364
1932	562	1.095	294
1936	656	1.366	481
1939	772	1.407	554

130) Zwangsversteigerungen ländlicher Grundstücke fanden statt:

In den Jahren:	Anzahl:	Fläche in ha:
1924-26	4.282	37.754
1927-29	7.900	200.110
1930-32	17.157	462.485

Für weitere 1.019.000 ha Bauernland war 1930-32 die Zwangsversteigerung bereits eingeleitet.

131) Zum Teil dank der Arbeit der Gaustättenämter konnten in der Zeit von 1933 bis 1939 rund 90.000 Bauernhöfe geschaffen werden, der weitaus größere Anteil davon in Form von Erbhöfen. Von dieser Zahl sind rund 21.000 Siedlungsstellen als neue Bauernhöfe errichtet worden, die eine Gesamtackerfläche von 346.000 ha umfassen. Die übrigen 68.800 Höfe wurden aus kleineren, nicht lebensfähigen Betrieben durch Zulagen von Land im Wege der Anliegersiedlung gebildet. Hierfür wurde insgesamt fast 140.000 ha aufgewendet. Durch die Vergrößerung dieser Betriebe auf ein wirtschaftlich ausgeglichenes Maß wurde ihre Leistungskraft erheblich gesteigert. 1939 umfasste eine Neubauernstelle durchschnittlich 22,6 ha. Sie war also nahezu doppelt so groß wie beispielsweise 1933, als die Hofgröße im Durchschnitt 12,3 ha betrug.
In den Jahren 1935/36 wurden 100 Millionen RM zur Errichtung von Arbeiterwohnstätten angewiesen. Das Ziel ist, einen ausreichenden Wohnraum für 5 Millionen Familien zu schaffen.
Im Jahre 1939 gab es im Deutschen Reich ohne die neuen Ostgebiete insgesamt 3.901.843 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit 0,6 und mehr ha Betriebsfläche. Die Gesamtfläche dieser Betriebe umfasste 53,5 Millionen ha, das sind 92 Prozent der Gesamtfläche des Reiches.
Über die Probleme der Landwirtschaft findet man viel Beachtenswerter in dem Buch "So steht es um die Landwirtschaft" von Ludwig Hermann (1939).

132) Zum Reichsnährstand gehören (außer der Landwirtschaft) auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Landhandel (Groß- und Kleinhandel) und die Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse" heißt es im § 1.

133) Für 1938 können folgende Zahlen angegeben werden: die Gesamtgetreideernte 1938 war die größte, die Deutschland je zu verzeichnen hatte. Beim Futtergetreide übertraf die Ernte an Gerste im Jahre 1938 die ausgezeichneten Gerstenernten der Jahre 1911 bis 1913 um 40 Prozent. Die Kartoffelernte lag um mehr als 6 Millionen Tonnen über der Rekordernte des Jahres 1913 und um 8,5 Millionen Tonnen oder um 21 Prozent über dem Durchschnitt der Ernten von 1928 bis 1932. Die Heuernte überstieg diesen Durchschnitt ebenfalls um 1 Million Tonnen. Die Fleischerzeugung ist gegenüber den genannten Jahren um 500.000 Tonnen gesteigert worden. Die Buttererzeugung ist zwar infolge der Maul- und Klauenseuche und des Melkermangels 1938 gegenüber dem Vorjahre um etwa 20.000 Tonnen zurückgeblieben, aber trotzdem hat auch sie noch einen Stand gehalten, der früher nie erreicht worden ist. Die Zuckerrübenernte ist von 7,9 Millionen Tonnen im Jahre 1932 auf fast das Doppelte erhöht worden. Die Raps- und

Rübsenernte lag 1928 um 107 Prozent über dem Durchschnitt der vorangegangenen 5 Jahre. Die Hanfernte übertraf den Durchschnitt der letzten 3 Jahre um 126 Prozent. Und ähnlich steht es bei zahlreichen weiteren Produkten.

134) Wer Anerbe ist, bestimmt die besondere Anerbenordnung oder der im Testament enthaltene Wille des Erblassers. Zum Erbhof gehört nur das nach Größe und Lage gebundene Grundvermögen und Inventar. Über das sonst am Hofe vorhandene Vermögen können Erblasser und Anerben von Todes wegen frei verfügen.

135) Dass auch dieses wichtige Gesetz nicht in bürokratischer Weise angewendet wird, beweist folgender Fall:
Wenn Erbhofgelände zu Siedlungszwecken verwendet werden soll, bedarf es nach § 37 Abs. 2 des Reichserbhofgesetzes einer Ausnahmegenehmigung durch das Anerbengericht. Es war zweifelhaft, wann die Voraussetzungen zur Erteilung dieser Genehmigung gegeben sind. Durch ein vom Landeserbhofgericht Celle ergangenes Urteil ist klargestellt, dass gegenüber dem Grundsatz der Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit der Erbhöfe das öffentliche Interesse dann überwiegt, wenn der Erbhof im Stadtrandgebiet liegt und städtebauliche Interessen (Auflockerung der Städte, Herausführung der Stadtbewohner aus der Enge der Großstadt in frische Luft und ländliche Gegend) eine Aufschließung des betreffenden Gebietes zu Wohnzwecken erfordern.
Das Gericht hat in dem genannten Urteil in sorgsamer Abwägung von städtischen Belangen und erbhofrechtlichen Zielsetzungen den Interessen gesunder Wohn- und Siedelwirtschaft den Vorzug gegeben und die Veräußerung an ein Siedlungsunternehmen (mit juristischer Persönlichkeit) gebilligt. Für Landverluste von Gemeinden und Kirchen darf kein Erbhofland bereitgestellt werden. Im Übrigen kommt Erbhofland für Siedlungszwecke und Kleingärten erst dann in Frage, wenn geeigneteres erbhoffreies Gelände nicht zur Verfügung steht. Außerdem muss verlangt werden, dass der Erbhofbauer unmittelbar an den Siedlungsträger (z. B. Heinistätte, Gemeinde, Baugenossenschaft) veräußert, Zwischenkosten also vermieden werden.

136) Dieser ganzen weitläufigen Gesetzgebung zur Neuregelung und Neubelebung der Landwirtschaft und des Bauerntums folgte das Ausland mit großem Interesse. Einige Zitate aus der ausländischen Presse mögen das zeigen:
"La Presse libre" (AIgier) veröffentlichte am 2. Januar 1937 einen Artikel "Die Rettung der deutschen Landwirtschaft", in dem es heißt: "Hitler hat, als er zur Macht kam, die Landwirtschaft mitten in der Krise vorgefunden, und zwar aus den gleichen Gründen, die das Absterben der französischen Landwirtschaft bedingen. Anstatt in dem Irrtum zu verharren, wie wir es in Frankreich machen, hat er die Notwendigkeit eines zusammenhängenden und praktischen Programms zur Wiedergesundung erkannt. Das Reichserbhofgesetz verhindert

nicht nur die Zerstückelung des Bodens, sondern bindet den Bauern an den Boden und sichert seine Zukunft. Es ist, wie man zugeben muss, ein großer Unterschied zwischen einer solchen Gesamtheit von gleichzeitig wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen und den unglücklichen hingepfuschten Gesetzen, mit denen die französische Regierung alle sechs Monate - mit einem Semester Verspätung - unsere Landwirtschaft beschenkt. Hitler hat einfach eingesehen, dass der Bauer in Deutschland die erste Stelle einnehmen muss, und weil er es eingesehen hat. arbeitet er daran, dieses Ideal zu verwirklichen."
"Victoire" (Paris) schrieb in einem Artikel über die deutsche Arbeitschlacht: "Die Rückkehr zum Boden ist ein ausgezeichnetes Kampfmittel gegen die Arbeitslosigkeit und ihre verheerenden Folgen für das Land, und wir sind überzeugt, dass es Frankreich besser ginge, wenn die Regierenden sich dazu entschließen würden, auf diesem Gebiet vom Reden zum Handeln überzugehen."
"The Times": "In der Tat, Land wird nicht länger als Ware behandelt, sondern als ein besonderes Heiligtum bewertet. Ein Bauerngeschlecht wird sich über Deutschland ausbreiten und die Basis und das Fundament seiner sozialen Struktur bilden, und zwar als eine Quelle der Gesundheit, der Kraft und der Bevölkerungsziffer."
"Daily Express": "Deutschland schafft sich für die verlorenen Märkte neue innerhalb der eigenen Landesgrenzen durch vollkommen neuartige agrarpolitische Maßnahmen. Die Stabilisierung der Preise führte zu einer vollkommenen Abschaffung der Spekulation, das Erbhofgesetz hat Stabilität und Sicherheit geschaffen. Der deutsche Bauer erhält gute Preise und gibt seit Jahren zum ersten Mal wieder Geld aus."
"Schweizer Bauer": "Vom Gesichtspunkt der bäuerlichen Standespolitik sind deshalb die landwirtschaftlichen Pläne des deutschen Reichsernährungsministers und Reichsbauernführers Darré höchster Beachtung wert. Mag man sich sonst zu den staatspolitischen Ideen des neuen Deutschland aus demokratisch-freiheitlicher Überzeugung heraus noch so zurückhaltend oder ablehnend verhalten, hier hat man es gerade angesichts der neuen Notlage der Landwirtschaft und der Unzulänglichkeit der herkömmlichen, freiwirtschaftlichen Mittel zu ihrer Befreiung aus der würgenden Krisenzange mit einer wahrhaft großen Idee zu tun. Der Hauptzweck unseres Hinweises auf die nationalpolitische Neuschöpfung in Deutschland liegt aber darin, zu zeigen, wie man anderwärts das Gebot der Stunde erkennt und keine Anstrengungen und Opfer scheut, um den Bestand eines gesunden Bauernstandes."

137) Der Kampf gegen die Familienfideikommisse hatte in Deutschland schon im Jahre 1848 begonnen, hatte aber zu keiner einheitlichen Reform führen können, weil jedes einzelne Land in Deutschland einen eigenen abweichenden Standpunkt zu der Frage einnahm. Am 1. Juni 1938 gab es noch immer 1,4 Millionen ha Boden unter Familienfideikommissrecht.

138) Der Reichsnährstand zeichnet alle Bauern- und Landwirtsgeschlechter aus, die ihren landwirtschaftlichen Grundbesitz zweihundert und mehr Jahre selbst bewirtschaftet haben. In den Grenzmarkbezirken, die zum Teil erst 1772 bzw. 1793 zu Preußen kamen, wird die Besitzdauer auf 150 Jahre herabgesetzt. Eine Ehrung der alteingesessenen Geschlechter durch eine andere Stelle ist nicht vorgesehen.
Reichseinheitliche Voraussetzung für die Ehrung der Bauern- und Landwirtsgeschlechter ist ein lückenloser familiengeschichtlicher und besitzrechtlicher Nachweis der Alteingesessenheit. Für den familiengeschichtlichen Nachweis sind die erforderlichen Urkunden aus den Kirchenbüchern zu beschaffen, wobei alle Nachrichten über die Familie mindestens 200 Jahre zurückzuverfolgen und alle Angaben sorgfältig und im vollen Wortlaut herauszuschreiben sind. Diese Auszüge sind amtlich zu beglaubigen. Für den besitzrechtlichen Nachweis sind alle Besitzurkunden zu beschaffen, die den lückenlosen Eigentumsübergang des fraglichen Grundstückes für sämtliche als Besitzer in Betracht kommenden Vorfahren bis zum Antragsteller für einen Mindestzeitraum von 200 Jahren nachweisen. In erster Linie sind dabei die Grundbücher bzw. Katasterämter und vor Beginn des 19. Jahrhunderts etwaige Kaufverträge, Grund-, Sal- oder Lagerbücher in (teil Archiven, alte Gemeinde- und Kirchenrechnungsbücher, Flurbücher, Flurkarten, Landes- oder Provinzarchive bzw. heranzuziehen. Vererbung auf männliche oder weibliche Nachkommen bzw. sonstige Verwandte wird gleichgewertet. Kurzfristige Besitzunterbrechung durch schuldlose Enteignung ist kein Grund, den Ehrungsantrag abzulehnen. Die Kosten für die Beschaffung aller erforderlichen, Urkunden hat der Betrieb zu tragen, soweit sie nicht die Landesbauernschaften durch ihren Sachbearbeiter kostenlos beschaffen können.
Für die zu ehrenden Landwirtsgeschlechter ist ferner Voraussetzung, dass sie bauernfähig sind. Jetzt lebende Eltern und Kinder müssen in der Lage sein, ihre deutsche Abstammung bis zum 1. Januar 1800 zurück nachzuweisen. Sie müssen erbgesund und ehrbar, d. h. erbtüchtig in jeder Beziehung sein. Es können nur wirtschaftlich Tüchtige geehrt werden. Schließlich müssen die zu ehrenden Bauern und Landwirte auch politisch zuverlässig sein und einen Anerben haben.

139) lm Kraftfahrzeugbau z. B. werden die 330 verschiedenen Typen Schritt für Schritt auf etwa 80 abgebaut und die Herstellung der Wagen dadurch immer mehr verbilligt. In der Landmaschinenerzeugung ist es schon gelungen, trotz der Steigerung der Werkstoffpreise um 10 bis 15 Prozent (bei Holz sogar um 60 Prozent) eine 18prozentige Senkung gegenüber 1930 durchzusetzen. Infolgedessen sind die Fabriken dieser Maschinen schon jetzt (1939) für Monate, ja, sogar für Jahre mit Aufträgen eingedeckt. Ebenso soll in der Energiewirtschaft die Energieverteilung der im Reich noch vorhandenen mehr als 1.200 Gasversorgungsunternehmen und rund 12.000

Elektrizitätsversorgungsunternehmen durch Verbundwirtschaft, Tarifvereinheitlichung und Energieverbilligung befördert werden. In gleicher Weise werden auf den verschiedensten Arbeitsgebieten (z.B. für das Bauwesen in der Akademie für Bauforschung) wissenschaftlich die Wege und Maßnahmen erforscht und festgestellt, durch welche Material, Kräfte und Zeit erspart und verbilligt werden können.

140) Die DAF hat sog. Arbeitsbestverfahren geschaffen, die in den einzelnen Berufen festlegen, auf welche Weise mit dem geringsten Aufwand an Kraft und Zeit die höchste Leistung erreicht werden kann. Dieses Verfahren unterscheidet sich durchaus von amerikanischen Rationalisierungsmethoden, indem es nicht die Maschine, sondern den Menschen in den Mittelpunkt des Betriebes stellt, der die Maschine beherrscht. Noch deutlicher betont dies ein Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 13. Februar 1939, der Richtlinien für diese Leistungssteigerung des einzelnen Arbeiters enthält, die nicht darauf ausgehen, den Arbeiter zu kurz dauernden Spitzenleistungen aufzupeitschen, sondern durch ein möglichst reibungsloses und ermüdungsfreies Arbeiten die Kräfte im Menschen freizumachen und sie zu wirklichen höheren Dauerleistungen zu befähigen. Ein "Reichsausschuss für Leistungssteigerung" bat als beratendes Organ des Reichswirtschaftsministers die Aufgabe, allen Stellen aus Staat, Partei und Wirtschaft, die an der Herstellung und Durchführung einer Wirtschaftsplanung, der technischen Rationalisierung und der Leistungsertüchtigung beteiligt sind, die organisatorische Grundlage für eine Gemeinschaftsarbeit auf diesem Gebiete zu geben.

141) So musste z.B. zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung durch die zweite Durchführungsanordnung vom 10. März 1939 der Verlust an wertvoller Arbeitskraft, der mit einer ungesunden Fluktuation unter den Arbeitskräften verbunden ist, dadurch verhindert werden, dass man das Recht der Kündigung von der Zustimmung des Arbeitsamtes abhängig machte.
Diese Maßregel wurde in den demokratischen Ländern scharf kritisiert. Sehr bald darauf ist aber Frankreich dem deutschen Beispiel gefolgt (ohne dass es irgendwelche Indignation hervorgerufen hätte), indem es der Industrie verbot, Arbeiter anzustellen, die aus der Rüstungsindustrie in weniger anstrengende Industrien hinüberwechseln wollten, und sogar Arbeitslose zwang, jede ihnen angebotene Arbeit anzunehmen, falls sie nicht ihrer Arbeitslosenunterstützung verlustig gehen wollten.

142) Die Werke bei Salzgitter werden eine Breite von 3 km und eine Länge von 7 km haben. Für das Walzwerk allein wird eine Halle von 940 m Länge und 250m Breite errichtet. Das Stahlwerk arbeitet im Wesentlichen nach dem Thomasverfahren, und das anfallende Thomasmehl deckt zu einem beträchtlichen Teil den deutschen landwirtschaftlichen Bedarf. Das bei der

Kokerei anfallende Gas wird zur Gasfernversorgung nutzbar gemacht. Das Elektrizitätswerk wird zu den größten Werken dieser Art überhaupt gehören. Für den ungeheuren Wohnbedarf sind schon jetzt 8.500 Siedlungswohnungen fertig gestellt, und im Lauf der Zeit wird eine Stadt für 200.000 Einwohner entstehen. Die Werke in Linz sollen 2 Millionen Tonnen Stahl jährlich erzeugen. In Südbaden gibt es Erzlager, die zwar bedeutend ärmer sind, deren leicht übersehbarer Vorrat aber so groß ist, dass sie ebenfalls ausgebeutet werden können.

143) Nach langen Bemühungen ist es auch gelungen, durch ein verhältnismäßig einfaches Verfahren aus der bei der Thomsstahl-Produktion gebildeten Schlacke das als Legierungsstoff sehr wichtige Vanadin herzustellen, das die Einfuhr ausländischer Legierungsstoffe überflüssig macht.

143a) Auf einer Arbeitstagung der Führerschaft der gesamten Hitler-Jugend in München im Herbst 1940 gab der Reichsschatzmeister der NSDAP bekannt, dass ab 1. Oktober 1940 von den Angehörigen der Hitler-Jugend, einschließlich des BdM, des Jungvolks und der Jungmädelschaft, kein Mitgliedsbeitrag mehr erhoben wird. Auch alle Beitragsrückstände werden hinfällig. Die Angehörigen aller Formationen der HJ bleiben unverändert Unfall und Haftpflicht versichert. Die Beiträge für die Versicherung werden in Zukunft durch den Reichsschatzmeister abgelöst.

144) Das Leistungsabzeichen der HJ umfasst die gesamte Grundausbildung. Es wurde 1934 in drei Stufen gestiftet und stellt allerhöchste Anforderungen. Es weist eindeutig die Wehrhaftigkeit seines Trägers aus. Darum erlaubte auch die Wehrmacht, dass die Soldaten es an der Uniform tragen dürfen. Zum besonderen Charakter dieses Leistungsabzeichens muss vermerkt werden, dass es in jeder Sparte eine Mindestleistung verlangt. Ein Mangel in einer Übung kann durch bessere Leistung in einer anderen nicht wettgemacht werden. Bisher wurden von diesem Abzeichen rund 120.000 für die HJ und 40.000 vom Jungvolkabzeichen verliehen. Monatlich werden nun laufend 7.000 Anträge bearbeitet und ebenso viele Abzeichen verliehen.

145) Nach einem Gesetz vom Februar 1939 liegt die Errichtung und Unterhaltung der Heime der HJ den Gemeinden ob. Partei und Staat beteiligen sich an den Baukosten nach Maßgabe der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel (in der Regel mit 50 Prozent). Von den Jugendheimen zu unterscheiden sind die Jugendherbergen. Die Jugendheime sind nur Versammlungsstätten, die Jugendherbergen dagegen Übernachtungs- und Verpflegungsstätten. Wie sehr die letzteren geschätzt werden, zeigen die statistischen Zahlen. In den Berliner Jugendherbergen wurden im Jahre 1938 insgesamt 47.694 Gäste gezählt, darunter 12.190 weibliche Personen; die Zahl der Übernachtungen stellte sich auf 113.721; darunter 25.455 von weiblichen Gästen. In den

Übernachtungszahlen der in Berlin gelegenen Jugendherbergen sind 14.169 oder 12,1 Prozent Übernachtungen ausländischer Jugendwanderer enthalten, und zwar 10.332 von männlichen und 3.837 von weiblichen Personen.

146) Die Zeitschrift "Die HJ", die als wöchentliches Kampfblatt der HJ erschien, wurde im April 1939 durch eine neue Zeitschrift "Junge Welt" ersetzt. Außerdem erscheint seit 1937 zweimal monatlich eine Zeitschrift "Wille und Macht", Führerorgan der nationalsozialistischen Jugend, die Baldur von Schirach herausgibt.

146a) Im Jahr 1939 betrug laut einer neuen statistischen Erhebung die Zahl der Volksschulen in Großdeutschland ohne die neu eingegliederten Ortsgebiete über 60.000. Im alten Reichsgebiet wurden 50.952 Volksschulen mit 186.582 Schulklassen gezählt, an denen von 177.303 hauptamtlich beschäftigten Lehrern 7.503.195 Schulkinder unterrichtet wurden. Der mäßige Rückgang der Zahl der Schulkinder entspricht der Entwicklung der im volksschulpflichtigen Alter stehenden Bevölkerungsjahrgänge. Wie im Vorjahre kamen auf eine Klasse 40,3, auf einen Lehrer 42,4 Schulkinder. Auf 10.000 Einwohner kommen 7,3 Schulen, 25,4 Lehrer und 1.078 Schulkinder.
Die Zahl der Schulkinder jüdischer Rasse hat sich um über 80 Prozent auf rund 2.000 vermindert. Einschließlich der Privatschulen betrug die Zahl der jüdischen Schulkinder 8.692 gegen fast 20.000 im Vorjahr. Im Jahre 1939 bestanden 207 Privatschulen mit dem Lehrziel der Volksschule. Die Zahl der Öffentlichen Hilfsschulen hat sich dadurch stark erhöht, dass die Hilfsschulklassen der Volksschulen jetzt als selbständige Hilfsschulen geführt wurden. Somit bestanden 1.028 öffentliche Hilfsschulen.
In den Reichsgauen der Ostmark wurden 4.721 öffentliche Volksschulen gezählt, in denen rund 657.000 Schulkinder unterrichtet wurden, im Reichsgau Sudetenland 2.957 Volksschulen mit rund 274.000 Schulkindern.

147) Bis jetzt (1939) sind folgende NAPOLA errichtet, beziehungsweise in Aussicht genommen: die ehemaligen Kadettenanstalten und damaligen Bildungsanstalten Köslin, Plön und Potsdam, Naumburg (Saale), Berlin-Spandau, Oranienstein (Lahn), Bensberg bei Köln, Ilfeld a. Harz, Schulpforte, Stuhm in Westpreußen, Neuzelle bei Guben, Klotzsche bei Dresden, Ballenstedt am Harz, Ballenstedt-Köthen, Rottweil Lind Backnang in Württemberg, das "Theresianum" in Wien, Traiskirchen N. D., Breitensee in Wien, die Staatserziehungsanstalten für Mädchen in Wien und Hubertendorf, Schloss Ploschkowitz b. Leitmeritz im Sudetenland sind Schloss Reisen im Warthegau.

148) Als ein Beispiel dafür, wie die Auswahl der Schüler für die Adolf Hitler-Schulen vor sich geht, mag folgender Bericht aus dem Hamburger Fremdenblatt vom 16. März 1938 dienen:

"Für die Adolf-Hitler-Schulen, in denen besonders befähigte Jungen zu Führern der Bewegung erzogen werden sollen, sind jetzt in allen deutschen Gauen eine Anzahl zwölfjähriger Pimpfe ausgewählt worden. Der Gau Hamburg hatte acht Jungen zu stellen. Da eine Auswahl nicht von heute auf morgen getroffen werden kann, begann man bereits im vorigen Sommer auf Fahrt, im Lager und auf Führernachwuchslehrgängen die dreihundert Besten auszuwählen. Weiter und weiter wurde gesiebt, bis schließlich dreiundvierzig Jungen übrig blieben - sportlich, geistig, weltanschaulich sind charakterlich gut durchgebildet. Aus diesen dreiundvierzig galt es, nun die acht Besten herauszustellen. Das geschah mit einem besonderen Lehrgang in der Gesundungsstätte Uhlenbusch bei Hanstedt inmitten herrlicher Heidelandschaft. Unter Leitung von Oberjungbannführer Hermann Eggers, dem fünf Jungmannführer zugeteilt waren, wurde jeder Junge aufs Korn genommen und nach allen Richtungen hin bewertet. Sein Benehmen den Kameraden gegenüber, sein Auftreten, seine Auffassungsgabe, sein Wissen, Charakter und Mut wurden überwacht, und so bildete sich langsam ein Kern der besten Jungen heraus.
Gestern nun hat Gauleiter Kaufmann in Anwesenheit von Gebietsführer Kohlmeyer, dem Leiter des Amtes für Volksgesundheit, Professor Holzmann, und dem Gebietsarzt Dr. Matthies die acht Besten endgültig bestimmt. Sieben Jungen wurden vorgeschlagen und vier weitere für den achten Platz in die engere Wahl gezogen. Der Gauleiter unterrichtete sich eingehend über die Fähigkeiten jedes einzelnen Jungen und wählte schließlich diejenigen aus, die Schüler der Adolf-Hitler-Schule werden sollen. Es war eine Probe auf Herz und Nieren, die nur die Besten bestanden."

149) Durch einen Runderlass von 8. Februar 1939 hat das Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die bisher erlassenen Bestimmungen über Ausbildung und berufliche Stellung eines Landjahrerziehers und einer Landjahrerzieherin in übersichtlicher Form zusammengefasst. Bewerber ohne erzieherische Vorbildung müssen hiernach ein Alter von 20 bis 30 Jahren haben und sich gegebenenfalls in einem vierwöchigen Bewerberschulungslager und in einer vierwöchigen Praktikentenzeit ausbilden.

150) Später wurde die Anzahl wesentlich herabgesetzt. Im Jahre 1940 (Kriegsjahr) waren es nur 6.000 Jungen und 12.500 Mädchen.
Ein Beispiel für das Leben in einem Landjahrheim gibt Walther Ruthe in seinem Buch "Der Nationalsozialismus in seinen Programmpunkten. Organisationsformen und Aufbaumaßnahmen", S. 69 f..

151) Man vergleiche hierzu den Aufsatz des RJF Axmann im VB vom 16. Februar 1939 und von Karl C.Thalheim in der "Agrarrundschau" 1939.

152) Nach der neuen medizinischen Studienordnung, die am 1. April 1939 in Kraft trat, kann die Studienzeit durch praktische Verteilung der Studiensemester nahezu um zwei Jahre verkürzt werden.

153) Ein Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 8. Juli 1938 bestimmte, dass nur solche Studenten in die deutsche Studentenschaft Aufnahme finden sollen, die ihre arische Abstammung nachweisen können. Und ein Runderlass des Reichserziehungsministers vom 27. März 1940 bestimmte, dass Studierende, die es an der notwendigen Eignung, Leistung der angemessenen Haltung und dem selbstverständlichen Einsatz innerhalb und außerhalb der Hochschule während ihres Studiums fehlen lassen, von der Hochschule entfernt werden.
Ein neues "Gesetz über das vom 1. April 1938 fasst seine Aufgabe in § 2 dahin zusammen, dass ihm "die wirtschaftliche und gesundheitliche Betreuung des deutschen Nachwuchses an den deutschen Hoch- und Fachschulen" anvertraut ist. Die bis dahin bestehenden Selbsthilfeeinrichtungen des studentischen Hilfswerkes all den deutschen Hoch- und Fachschulen werden durch dieses Gesetz aufgelöst.

154) Der Unterricht in den Langemarck-Kursen findet statt in: Deutsch, Geographie, Geopolitik und Wehrpolitik, Staatslehre, Biologie, Mathematik, Physik, Chemie und Englisch. Im zweiten Halbjahr allgemeine Vorlesungen vom dritten Halbjahr in leichtere Fachvorlesungen. Die Finanzierung hat in voller Höhe das Reichsstudentenwerk übernommen, das zentral über einen Jahresetat von 4 Millionen RM verfügt. Der Umsatz der örtlichen Studentenwerke beträgt jährlich rund 10 Millionen RM und ihr Vermögen in Rücklagen, Häusern und Grundstücken rund 10 Millionen RM ("Die Bewegung" vom 12. Juli 1938).

155) Unter den Zeitschriften, die für und von Studenten herausgegeben werden, seien genannt "Die Bewegung", das Zentralorgan des NS-Deutschen Studentenbundes und der Deutschen Studentenschaft (erscheint wöchentlich) und "Thüringer Studenten". Amtliches Organ des NS-Deutschen Studentenbundes, Gau Thüringen, mit "Die Jenaer Studentenschaft", Nachrichtenblatt für die Studentenschaft der Universität Jena.

156) Besonders bemerkenswert und für die nationalsozialistische Rechts- und Prozessauffassung kennzeichnend ist der § 55, der die sog. "Zerrüttung". einer Ehegemeinschaft behandelt und in der Prozesspraxis und in der juristischen Literatur schon mehrfach Beispiele dafür geliefert hat, wie es der früheren formalistischen Rechtsauffassung noch immer schwer fällt, die lebensnahe und vernunftgemäße Stellungnahme des nationalsozialistischen Rechts zu verstehen. Das "Schwarze Korps" hat dafür charakteristische Fälle angeführt (z. B. 16. März 1939).

157) Die "Ermittlungshilfe" ist eine Laienhilfe, die es dem Staatsanwalt und dem Richter ermöglichen soll, ein möglichst objektives Urteil zu fällen. Die Geschäftsstelle dieser Ermittlungshilfe der NSV ist im Kammergericht zu Berlin, und der Leiter ist der Generalstaatsanwalt persönlich. Ausgewählt werden die "Helfer" durch den zuständigen Kreisamtleiter der NSV. Der Helfer muss für jede seiner Behauptungen eine Quellenangabe beibringen und jederzeit bereit sein, als Zeuge unter seinem Eid für seine Feststellungen einzustehen. Bagatellsachen und Schwerverbrechen (Mord und dergl.) sind von diesem Verfahren ausgeschlossen. Als sehr nützlich bat sich die Ermittlungshilfe bei politischen Strafsachen und bei mittleren Delikten erwiesen.

158) Das Nähere darüber enthält die Sammlung von Vorträgen angesehener Rechtslehrer, die unter dem Titel "Zur Erneuerung des Bürgerlichen Rechts" erschienen ist.

159) Man vergleiche hierzu den Aufsatz "Rechtssicherheit und Gerechtigkeit" von H. Barth in "Deutscher Juristentag 1936", S. 137-148.

160) Über den Strafvollzug der Weimarer Regierung sagt A. J. Berndt S. 1S3: "Der Strafvollzug wurde von weltfremden Phantasten und marxistischen Ideologen zu einem Kuraufenthalt gestaltet. Die Verbrecher in den Strafanstalten hatten es erheblich besser als die Millionen von Erwerbslosen auf der Straße. Sie hatten helle, freundliche Zellen, die wohnlich möbliert waren, konnten Rundfunk hören, hatten Blumensträuße auf den Tischen. Kanarienvögel in den Zellen, sie bekamen ein gutes, reichliches Essen und hatten leichte Arbeit, einen Klub- und Leseraum und eine gute Bibliothek. Und so kam es gar nicht selten vor, dass sie nach Verbüßung ihrer Strafe darum baten, im Zuchthause bleiben zu dürfen."

161) Der Ministerrat für die Reichsverteidigung bestimmte in einer Verordnung vom 6. Mai 1940, dass das deutsche Strafrecht für die Tat eines deutschen Staatsangehörigen gilt, einerlei, ob er sie im Inland oder im Ausland begeht.

162) Die evangelischen Kirchen sind teils lutherisch, teils kalvinisch reformiert, teils gehören sie der 1817 von Friedrich Wilhelm III. in Altpreußen aus beiden Bekenntnissen zusammengeschlossenen "Union" an. Im Jahre 1922 schlossen sich diese verschiedenen evangelischen Kirchen "unter Wahrung ihrer vollen in Bekenntnis, Verfassung und Verwaltung" zu einem "Deutsch-evangelischen Kirchenbund" zusammen.

163) "Grundlagen, Aufbau und Wirtschaftsordnung des nationalsozialistischen Staates", herausgegeben von H. H. Lammers und Hans Pfundtner, Band 1, Abt. 1, S. 1.

164) Es bestehen oder bestanden folgende vierzehn "deutsch-gläubige" Richtungen: 1. Haus Ludendorff; 2. Deutsche Glaubensbewegung; 3. Nordische Glaubensbewegung; 4. Germanische Glaubensbewegung; 5. Deutschgläubige Gemeinde; 6. Geistchristentum; 7. Deutsche Aktion; 8. Aktion; 9. Bund für deutsche Einheitsreligion; 10. Gruppe Reventlow; 11. Gruppe Hauer; 12, Gruppe Kummer, 13. Gruppe Krauß 14. Deutsch-gläubige Bewegung.

165) "Ich gedenke weder in den Wäldern Germaniens heidnische Opferstätten zu errichten und die Jugend zu irgendeinem Wodanskult zu bringen noch das junge Deutschland sonst wie den Zauberkünsten irgendwelcher bärtiger Krautapostel auszuliefern", sagte der Reichsjugendführer bei einer Tagung.

166) Im Volke dürfte der Widerstand gegen das Alte Testament viel mehr verbreitet sein, als man aus dem Wortlaut dieser Thesen schließen kann. Dieser Widerstand hat übrigens schon vor mehreren Jahrzehnten bei hervorragenden Deutschen sehr deutlichen Ausdruck gefunden. So sagte schon Paul de Lagarde in seinen "Deutschen Schriften", S. 183-184: "Was ist uns, Adam und Eva? Was Abraham, Isaak, Jakob? Was Moses und David? Fremde sind sie uns, sie geben unser Empfinden nichts an. Sie sind schlimmeres als nur gleichgültig. An Adam und Eva die Erbsünde hängt die Versöhnungslehre, an Abraham der Glaube, in Moses das Gesetz, an David der Messias und das Erfüllungssystem, welches alle Wissenschaft vom Alten und Neuen Testamente bisher unmöglich gemacht hat. Wollt ihr die orthodoxen Satzungen und Anschauungen nicht, ihr deutschen Väter, so schafft euch zunächst die Biblische Geschichte des Alten Testamentes vom Halse, aber so gründlich, dass ihre Namen in Gegenwart eurer Kinder nie genannt werden dürfen. Um so mehr so, als was an Sage - denn an die Geschichtlichkeit der Darstellungen wird doch kein Mensch mehr denken - um Abraham und dessen Genossen geschlungen ist, mit verschwindenden Ausnahmen die Jugend nicht anders erzieht, als indem es sie mit Widerwillen erfüllt."

167) Dass die "Nationalkirchliche Einung Deutsche Christen" nicht mit dem gesamten Wortlaut dieser Thesen einverstanden ist, geht aus einem von ihr veröffentlichten Programm hervor, wo sie in Punkt 4 sich ausdrücklich für "die Überwindung und Beseitigung alles jüdischen und fremdvölkischen Geistes in den kirchlichen Lehr- und Lebensformen" einsetzt und erklärt: "Christus ist nicht Spross und Vollender des Judentums, sondern sein Todfeind und Überwinder." In Punkt 7 heißt es: "Sie (die Einung) lehnt jede politische Sonderstellung und rechtliche Eigenständigkeit der Kirche ab und fordert die Übertragung der gesamten kirchlichen Ordnung auf die Ordnungsorgane des deutschen Volkes."

168) In seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 sagte Hitler: "Zu den Vorwürfen, die in den so genannten Demokratien gegen Deutschland erhoben werden, gehört auch der, das nationalsozialistische Deutschland sei ein 'religionsfeindlicher Staat'. Ich möchte dazu vor dem ganzen deutschen Volk folgende feierliche Erklärung abgeben:
1. In Deutschland ist niemand wegen seiner religiösen Einstellung bisher verfolgt worden, noch wird deshalb jemand verfolgt werden!
2. Der nationalsozialistische Staat hat seit dem 30. Januar 1933 an öffentlichen Steuererträgnissen durch seine Staatsorgane folgende Summen den beiden Kirchen zur Verfügung gestellt:
Im Rechnungsjahr
1933 120 Millionen Reichsmark
1931 170 Millionen Reichsmark
1935 250 Millionen Reichsmark
1936 320 Millionen Reichsmark
1931 400 Millionen Reichsmark
1938 500 Millionen Reichsmark

Dazu noch jährlich rund 85 Millionen Reichsmark aus Zuschüssen der Länder und rund 7 Millionen Reichsmark aus Zuschüssen der Gemeinden und Gemeindeverbände. Abgesehen davon sind die Kirchen der größte Grundeigentümer nach dem Staate. Der Wert ihres ländlichen und forstwirtschaftlichen Besitzes übersteigt einen Betrag von rund 100 Millionen Reichsmark. Die Einkünfte aus diesem Grundbesitz sind auf über 300 Millionen jährlich zu schätzen. Dazu kommen noch die zahllosen Schenkungen, testamentarischen Übereignungen und vor allem die Ergebnisse der Kirchensammlungen."

169) Vgl. den Aufsatz "Über den politischen Wert der in den letzten Jahren erschienenen Doktordissertationen" von Karl Helmut Patutschnick in Heft 6, Juni 1936, der NSB, der besonders jene vollkommen lebensfremden Themen geißelt wie z. B. "Goethes Zahnleiden" u. dgl.

170) In diesen Kammern sind die Künstler und Literaten berufsständisch mit denjenigen Gewerben und Berufsgruppen in Verbindung, die zwischen ihnen und dem Volk vermittelnd stehen. Die Reichsschrifttumskammer umfasst z. B. außer den Schriftstellern auch die Buchhändler, Leihbibliotheken, Verlage, Libristen usw. Dies ist der Sinn des "ständischen Aufbaus".

171) Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ist laut Gesetz vom 30.Juni 1933 zuständig für alle Aufgaben der geistigen Einwirkung auf die Nation, der Werbung für Staat, Kultur und Wirtschaft, der Unterrichtung der in- und ausländischen Öffentlichkeit über sie und der Verwaltung aller diesen Zwecken dienenden Einrichtungen." Er hat die Verpflichtung, im Volke für die

politischen und wirtschaftlichen Taten der Regierung Verständnis zu wecken und die Millionen deutscher Menschen zur freiwilligen Mitarbeit im großen gemeinsamen Werk zu erziehen. Er ist die Verbindungsstelle zwischen Regierung und Volk. Goebbels (in einer Rede): "Aufgabe der staatlichen Propaganda ist es, komplizierte Gedankengänge so zu vereinfachen, dass auch der Mann auf der Straße die Gedankengänge versteht."

172) Anlässlich der Eröffnung der zweiten Architektur- und Kunsthandwerksausstellung gab Prof. Albert Speer eine umfassende Darstellung des Programms der Neugestaltung Berlins bekannt, die von einem Umfang und von einer Bedeutung ist, dass man, wenn diese Umgestaltung der Reichshauptstadt durchgeführt worden ist, von ihr an eine neue Epoche in der Geschichte Berlins rechnen wird. Das hochinteressante Schriftstück ist u. a. im "Archiv", Nr. 46, S. 1331-1337, veröffentlicht.

173) Die längste zusammenhängende Strecke führt von Stettin über Berlin und Halle-Leipzig-Nürnberg nach München und Salzburg in einer Gesamtlange von 900 km, die zweitlängste zusammenhängende Fernstrecke von Göttingen über Kassel-Frankfurt a. M. - Karlsruhe - Stuttgart nach München mit einer Gesamtlänge von 650 km. Die Verbindung von Berlin zum Industriegebiet und ins Rheinland nach Köln ist die - mit Ausnahme von 60 km zwischen Bielefeld und Hannover - mit 480 km fertige Reichsautobahn.

174) Dass eine Kritik der nationalsozialistischen Weltanschauung und auch mehr oder weniger versteckte Angriffe gegen sie nicht ohne weiteres verfolgt werden, zeigt Dieter Schwarz. Im Übrigen sei darauf hingewiesen, was hier auf S. 164-165 über den Begriff der Freiheit ausgeführt worden.

175) Die Grundschwäche der Demokratie, den Begriff Vaterland überhaupt nicht zu kennen und die "Demokratie" als den Götzen des politischen Menschen mit dem Begriff des Staates zu identifizieren, wird von Edgar Schumacher in einem dichterischen Beitrag im Maiheft 1937 der "Neuen Schweizer Rundschau" in geistvoll-ironischer Form enthüllt.

176) Im Jahre 1938 erschien in englischer Sprache ein Buch "Germany speaks", in welchem einundzwanzig führende Männer des neuen Deutschland in grundlegenden Aufsätzen das Dritte Reich schildern. Die zahlreichen Urteile in der englischen Presse über dieses Buch zeigen, dass sich in England langsam, aber doch bemerkbar einiges Verständnis für die leitenden Ideen (wenn auch nicht für den eigentlichen Kern) des Nationalsozialismus anzubahnen scheint. Einen überraschenden Beweis hierfür bildet das Buch "l know these Dictators" von G.Ward Price, dem Chef der "Daily mail", das in verständnisvoller Weise die Ideen und die Führer des und des Faschismus darstellt.

177) Die ausländische Presse sieht sich, wenn auch meist widerwillig, gezwungen, zuzugeben, dass Hitler eine für diese Presse unverständliche Popularität im deutschen Volk genießt. Und doch ist das Wort Popularität viel zu schwach in diesem Fall. Dass es sich hier um ein viel stärkeres und tieferes Gefühl handelt, mögen folgende Beispiele zeigen, die Hadamovsky in einem Buch "Hitler kämpft um den Frieden", S. 116 und 150 anführt:

"Als im März 1936 der erste Spatenstich an der Reichsautobahn von Frankfurt nach Darmstadt getan werden sollte, schaufelte Hitler die Erde einer bis an den Rand gefüllten Lore auf die Stelle, an der die künftige Autobahn als überhöhter Damm in die Mainbrücke überleiten sollte. Diese Erde ist nur noch zum Teil in dem heutigen Damm enthalten; denn in den Tagen, Wochen und Monaten, die darauf folgten, begann ein seltsames Schauspiel. Jedes Mal, wenn die Arbeitsschicht auf der Autobahn zu Ende war, kamen die Arbeiter und nahmen von der Erde, die Hitler vor ihren eigenen Augen geschaufelt hatte, ein klein wenig in ein eigens mitgebrachtes Schächtelchen oder in ihr Taschentuch oder in ihren Tabaksbeutel hinein, und bewahrten es zu Hause sorgfältiger als einen Schatz, wie ein heiliges Vermächtnis."

Im März 1936 hielt Hitler eine Rede in der Hanseatenhalle in Hamburg. Noch lange nachdem Hitler die Halle verlassen hatte, schoben sich die Tausende von Zuhörern über das Rednerpodium. "Und jeder legte einmal die Hände auf das Pult, hinter dem der Führer gesprochen hatte. Was an diesem Pult nicht niet- und nagelfest war, das verschwand in dieser Nacht. Am Ende wurden Holzsplitter mit Taschenmessern abgeschnitzt und abgebrochen."